

Holger-Michael Arndt, Markus W. Behne und Stefan Rappenglück

Neuaufgabe:
28 Staaten
der EU
spielen mit!

|||||

Fokus Balkan

Ein Planspiel zur Erweiterung
der Europäischen Union

Inhalt

▶ Richtlinien für die Organisation eines EU-Planspiels „Fokus Balkan“ in Südosteuropa	3
▶ Storybook – Fokus Balkan	13
▶ Vorschläge zur Rollenverteilung für verschiedene Gruppengrößen	16
▶ Ablauf des EU-Planspiels „Fokus Balkan“	18

Szenario 49

Die Europäische Kommission 54

Der Rat 63

▶ Belgien	70
▶ Bulgarien	76
▶ Dänemark	83
▶ Deutschland	89
▶ Estland	98
▶ Finnland	103
▶ Frankreich	108
▶ Griechenland	118
▶ Großbritannien und Nordirland	126
▶ Irland	131
▶ Italien	136
▶ Kroatien	141
▶ Lettland	150
▶ Litauen	155
▶ Luxemburg	160
▶ Malta	164
▶ Niederlande	168

▶ Österreich	173
▶ Polen	177
▶ Portugal	182
▶ Rumänien	186
▶ Schweden	191
▶ Slowakei	196
▶ Slowenien	202
▶ Spanien	207
▶ Tschechische Republik	212
▶ Ungarn	216
▶ Zypern	221

Das Europäische Parlament (EP) 227

▶ Fraktion „Europäische Volkspartei“ (EVP)	232
▶ Fraktion „Progressive Allianz der Sozialisten und Demokraten (S&D)“	264
▶ Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE)	285
▶ Fraktion „Die Grünen“ (Die Grünen)	299
▶ Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten (ECR)	316
▶ Fraktion „Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne“ (GUE/NGL)	324
▶ Fraktion Europa der Freiheit und der Demokratie (EFD)	332

Beitrittsbewerber 338

▶ Albanien	342
▶ Bosnien und Herzegowina	354
▶ Kosovo	366
▶ Mazedonien	375
▶ Montenegro	385
▶ Serbien	391
▶ Türkei	401

Die Vertreterinnen u. Vertreter der Medien 412

Materialien 415

▶ Friedensabkommen von Dayton	420
▶ Kopenhagener Kriterien	423
▶ Aufnahmegesuch	425
▶ Aufnahmevertrag	427

HERAUSGEBER Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg | Staffenbergstraße 38 | 70184 Stuttgart | E-Mail: lpb@lpb-bw.de | www.lpb-bw.de

CIVIC-Institut für internationale Bildung | Arndt Behne Burka GbR | Alt-Eller 38 | 40229 Düsseldorf | E-Mail: duesseldorf@civic-institute.de | www.civic-institute.de

AUTOREN Holger-Michael Arndt, Markus W. Behne und Stefan Rappenglück

LAYOUT Printambulanz | Fürstenwall 147 | 40215 Düsseldorf | E-Mail: hilfe@printambulanz.de | printambulanz.de

REDAKTIONSSCHLUSS 31.03.2011

IMPRESSUM

Richtlinien für die Organisation eines EU-Planspiels „Fokus Balkan“ in Südosteuropa

Planspieldauer und –ablauf

Das vorliegende Planspielformat für Südosteuropa ist bereits erprobt und hat sich bewährt. In dieser Form dauert es zwei Tage. Aus praktischen Gründen wird empfohlen, ein Wochenende (Samstag und Sonntag) für die Durchführung zu wählen. Das hat folgende Vorteile:

- ▶ Die berufstätigen Planspielleiter müssen keinen Urlaub nehmen.
- ▶ Teilnehmende SchülerInnen brauchen keine Befreiung vom Unterricht.
- ▶ Anreisezeiten sind besser zu bewältigen.
- ▶ Die Räume in politischen Institutionen wie z.B. Rathäusern, Parlaments- oder Regierungsgebäuden sind in der Regel frei. (Nachteil: Hausmeisterdienste sind am Wochenende möglicherweise schlechter zu erhalten.)

Selbstverständlich ist es möglich, das Planspiel auch in einem anderen Format oder eingebettet in eine andere Veranstaltung durchzuführen. Auch die Länge des Planspiels ist grundsätzlich variabel.



Folgende Grobstruktur des Planspiels hat sich bewährt:

Tag 1

- ▶ **09:30 Uhr**
Beginn: Ankunft der Teilnehmenden und Registrierung
- ▶ **10:00 Uhr**
Begrüßung und Vorstellung der Spielleitung (Teamer)
- ▶ **10:30 Uhr**
Vorstellung des Gesamtablaufs
- ▶ **10:45 Uhr**
Einführung in die Europäische Union
- ▶ **12:00 Uhr**
Vorstellung des Planspielablaufs, Verteilung der Rollen, Einlesen in die Rollenprofile
- ▶ **13:00 Uhr**
Bekanntgabe der Prinzipien und Regeln und Eröffnung des Planspiels
- ▶ **13:15 Uhr**
Rede des/der Kommissionspräsidenten/-in
- ▶ **13:30 Uhr**
Mittagessen
- ▶ **14:30 Uhr**
Beitrittsanträge werden gestellt und dem Rat übergeben, der diese an EP und EK weiterleitet
- ▶ **15:30 Uhr**
Die Beitrittsanträge werden in den drei Institutionen bearbeitet, um sie dann parallel mit den Bewerberstaaten besprechen zu können
- ▶ **15:45 Uhr**
Die Institutionen führen Gespräche mit den Antragstellern
- ▶ **16:45 Uhr**
Pause
- ▶ **17:00 Uhr**
Die Institutionen beraten über die Anträge auf der Grundlage der Kopenhagener Kriterien
- ▶ **17:30 Uhr**
EP und EK schreiben Stellungnahmen über die mögliche Verleihung des Kandidatenstatus' und leiten diese an den Rat weiter. Der Rat berät die Stellungnahmen
- ▶ **18:00 Uhr**
Der bisherige Ablauf wird zusammengefasst und der nächste Tag erklärt



Tag 2

- ▶ **09:00 Uhr**
Beginn und Eintreffen der Teilnehmenden
- ▶ **09:15 Uhr**
Begrüßung und Ausblick auf den Ablauf diese Tages
- ▶ **09:30 Uhr**
Der Rat trifft die Entscheidung über den Kandidatenstatus
- ▶ **10:00 Uhr**
Pressekonferenz und Bekanntgabe der Entscheidungen
- ▶ **10:15 Uhr**
Pause
- ▶ **10:30 Uhr**
Verhandlungen seitens des Rates und der EK mit den Beitrittskandidaten; Einstimmige Abstimmung im Rat, das Parlament entscheidet mit Mehrheit
- ▶ **12:00 Uhr**
Mittagessen
- ▶ **13:30 Uhr**
Bekanntgabe der neuen EU-Mitglieder, Unterzeichnung der Verträge und Pressekonferenz
- ▶ **14:00 Uhr**
Pause
- ▶ **14:30 Uhr**
Evaluierung und Verteilung der Teilnahme-Zertifikate
- ▶ **15:30 Uhr**
Ende der Veranstaltung

Veranstaltungsort und Räume

Für die Teilnehmenden des Planspiels ist es sehr attraktiv, in den Räumlichkeiten politischer Institutionen – Rathäusern, Parlamentsgebäuden etc. – zu spielen. Dort gelingt es auch leichter, sich in die Rolle aktiver Politikerinnen und Politiker hinein zu versetzen. Es macht gerade Jugendlichen sehr viel Spaß, an authentischen Orten zu agieren, die sie im Regelfall nur aus dem Fernsehen oder der Presse kennen.

Die Nutzung solcher Gebäude muss sehr frühzeitig, mindestens sechs bis acht Wochen vor der geplanten Veranstaltung, bei der zuständigen Stelle oder Person beantragt werden. Am einfachsten ist die offizielle schriftliche Beantragung durch die jeweilige Trägerorganisation.



Vor der Einreichung des Antrags wird jedoch ein persönliches Gespräch mit einer zuständigen Person oder Stelle empfohlen, bei dem praktische Einzelheiten besprochen werden sollten:

- ▶ Dürfen Getränke ins Gebäude gebracht werden?
- ▶ Kann eine Kantine für die Mahlzeiten genutzt werden? Wenn ja, welche Kosten verursacht dies?
- ▶ Ist es erlaubt, dass eine Cateringfirma das Mittagessen im Gebäude serviert?
- ▶ Gibt es Sicherheitsbestimmungen und Sicherheitskontrollen? Müssen die Teilnehmenden Ausweisdokumente mitbringen?
- ▶ Kann die Institution eventuell notwendige Mehrarbeit des Personals finanzieren?
- ▶ Wie genau sind die Öffnungszeiten des Gebäudes?
- ▶ Sind am Wochenende technische Geräte wie z.B. Lautsprecheranlage und Kopiergerät verfügbar?

▶ Gibt es eine Hausordnung, die beachtet werden muss?

Im Antrag sollte Folgendes stehen:

- ▶ Um welche Art der Maßnahme (politische Bildung) geht es und wie viele Personen werden erwartet?
- ▶ Wer ist der Träger und wer finanziert die Maßnahme?
- ▶ Welche und wie viele Räume werden benötigt?
- ▶ Welche Hilfen werden durch den Veranstaltungsort erwartet?
- ▶ Welche Materialien und Geräte werden mitgebracht?
- ▶ Wie lauten die mündlich besprochenen Vereinbarungen?

Es wird dringend empfohlen, rechtzeitig auf eine schriftliche Genehmigung zu bestehen und sich nicht auf mündliche Zusagen zu verlassen. In dieser Genehmigung sollten die o.g. Einzelpunkte aus dem Antrag aufgelistet sein.

Folgende Einzelräume werden für das Planspiel benötigt:

- ▶ Plenarsaal oder großer Sitzungssaal für das Plenum aller Teilnehmenden
- ▶ Sitzungsraum für den Rat
- ▶ Sitzungsraum für das Parlament, falls der Plenarsaal zu groß oder sonst ungeeignet ist
- ▶ ein kleinerer Arbeitsraum für die Europäische Kommission
- ▶ Sitzgruppen in der Lobby oder im Flur oder ein größerer Raum für die Delegationen der beitragswilligen Staaten
- ▶ ein kleiner Arbeitsraum für die Medien



Rekrutierung und Registrierung der Teilnehmenden

Das Planspiel ist für ältere Schüler aller Schularten und jüngere Universitätsstudenten jeder Fachrichtung geeignet. Es müssen keine Vorkenntnisse vorhanden sein.

Bewährt hat sich die freie Ausschreibung der Teilnahme am Planspiel, denn vor allem diejenigen sind motiviert, die sich aus freien Stücken entscheiden. Voraussetzung ist jedoch eine sorgfältige Information über die Methode des Planspiels, da diese in Südosteuropa nicht bekannt ist.

Am wirksamsten ist es dabei, wenn Schulklassen oder Seminargruppen an der Uni von einer Person besucht werden, die bereits praktische Erfahrung mit dem Planspiel hat und das Vorhaben lebendig und praxisnah schildern kann.

Die Anmeldung kann mit einem Bewerbungsbogen erfolgen, auf dem Name und Vorname, email und Telefonnummer und Klassenstufe eingetragen werden. Soll zusätzlich ein Wettbewerbscharakter entstehen, kann der Veranstalter Bewerbungsvoraussetzungen bestimmen. Eine solche könnte z.B. ein kurzer Essay des Bewerbers zu der Frage sein: Was erwarte ich von der Europäischen Union? Dieser kann dann nach eigens entwickelten Kriterien bewertet werden. Gehen zu viele Bewerbungen ein, können diejenigen ausgewählt werden, die den besten Essay geschrieben haben.

Den ausgewählten Teilnehmerinnen und Teilnehmern sollten rechtzeitig folgende Informationen gegeben werden:

- ▶ Datum und Uhrzeit (Beginn, Ende) der Veranstaltung
- ▶ Treffpunkt am ersten Tag
- ▶ eventuell notwendige Ausweispapiere
- ▶ Hinweis, dass keine Vorkenntnisse notwendig sind
- ▶ Bitte um angemessene Kleidung, wie sie Politiker tragen
- ▶ verbindliche Rückmeldung



Registrierung der Teilnehmenden:

Vor Beginn der Veranstaltung muss die genaue Anzahl der Teilnehmenden bekannt sein, damit die Rollenverteilung organisiert werden kann. Viele Geldgeber verlangen zudem Unterschriftenlisten. Es wird daher empfohlen, am Eingang der Institution einen Tisch aufzubauen, auf dem alphabetisch geordnete Listen mit den Namen der Angemeldeten zur Unterschrift bereit liegen.

Gestaltung der Mittagessen und der Pausen

Für die zweitägige Planspielveranstaltung müssen zwei Mahlzeiten für die Spielenden eingeplant werden. Besonders bei einer großen Anzahl von Teilnehmerinnen und Teilnehmern empfiehlt es sich, eine Cateringfirma zu beauftragen, ein warmes Mittagbuffet im Gebäude zu servieren, wenn dies genehmigt worden ist.

Wenn es in der Nähe ein geeignetes Restaurant gibt, sollte im Vorfeld ein Einheitsmenu zu einem Pauschalpreis abgesprochen werden, da die Zeit für individuelle Bestellungen zu kurz ist.

Während des Planspiels sollten entweder in den kurzen Pausen Getränke gereicht werden oder in den Sitzungsräumen Getränke bereit stehen. Viel reden und denken macht durstig!

Die Spielleiter (Teamer) sollten die Spielenden darauf hinweisen, dass die Mittagspause und die kurzen Pausen keine Pausen vom Planspiel sind, sondern dass – wie im richtigen Politikerleben auch – die Pausen für informelle Gespräche und Lobbyarbeit genutzt werden sollten. Die Spielenden sollen die Pausen in ihren Spielrollen verbringen, sich also auch gegenseitig mit den Spielnamen und „Sie“ anreden.



Vorbereitung der Materialien, der technischen Geräte und der Rollenbeschreibungen

Die Organisatoren sollten eine Person für die Vorbereitung und Besorgung der Materialien bestimmen, die dann auch während des kompletten Ablaufs die Verantwortung hierfür trägt und die Materialien verwaltet.

Folgende (technischen) Geräte können, müssen aber nicht zur Verfügung stehen:

- ▶ Beamer und Laptop für die Projektion von Stichpunkten bei Plenumsveranstaltungen
- ▶ Alternativen sind: Overhead-Projektor oder große Papierbögen/Flipcharts, auf denen die Stichworte aufgeschrieben werden (als Wandzeitung)
- ▶ Kamera und/oder Fotoapparat
- ▶ Kopierer (falls in der Institution nicht vorhanden oder kein Copyshop in der Nähe)

Materialien:

- ▶ große Papierbögen
- ▶ eine Packung weißes Papier
- ▶ eine kleine Packung buntes Papier (Karteikarten)
- ▶ Stifte/Kugelschreiber für alle Teilnehmenden
- ▶ Namensschilder (dickes, beschreibbares Klebeband)
- ▶ dicke Stifte zur Beschriftung der Namensschilder
- ▶ dicke Marker für das Flipchart
- ▶ Klebeband, um Papierbögen an den Wänden zu befestigen
- ▶ Tesafilm bzw. Klebeband
- ▶ Schere
- ▶ Wegweiser und Schilder zum Beschriften der Sitzungs- und Arbeitsräume („Rat der EU“, „Europäisches Parlament“, „Kommission“, Namen der beitragswilligen Länder, „Medien“), daneben eventuell noch „Restaurant“, „WC“, „Eingang“, „Ausgang“ usw

- ▶ Broschüren zur Information über die EU auf Englisch oder in der Landessprache (zu beziehen bei den Gesandten der EU-Kommission)

Planspielunterlagen:

Die Planspielunterlagen müssen sehr sorgfältig vorbereitet werden, damit beim Verteilen der Rollenbeschreibungen auf keinen Fall etwas schief geht.

Wenn das Planspiel für beispielsweise 40 Teilnehmende vorgesehen und ausgeschrieben ist, sollten ein paar Rollenbeschreibungen mehr kopiert werden, damit für den Fall, dass mehr Teilnehmende kommen, ausreichend Rollen vorhanden sind.



Folgende Unterlagen erhält jeder Teilnehmende:

- ▶ kurze Beschreibung und Zuständigkeiten der EU-Institutionen
- ▶ kurze Beschreibung der (beteiligten) beitrittswilligen Länder
- ▶ Datenblatt zu den beitrittswilligen Ländern
- ▶ Szenario
- ▶ Hintergrundinformationen (Kopenhagener Kriterien)
- ▶ Ablaufplan des Planspiels

Zusätzliche Unterlagen für die Kommission:

- ▶ jedes Mitglied erhält eine Beschreibung der Kommission
- ▶ der gewählte Kommissionspräsident erhält den Text der Eingangsrede
- ▶ Beide Dokumente werden vorab zusammengeheftet.

Zusätzliche Unterlagen für den Rat:

- ▶ allgemeine Einführung in die Arbeitsweise des Rates
- ▶ Beschreibung der Rolle des jeweiligen Außenministers
- ▶ Beide Dokumente werden vorab zusammengeheftet.

Zusätzliche Unterlagen für das Parlament der EU:

- ▶ allgemeine Einführung in die Zusammensetzung und die Arbeitsweise des Parlamentes der EU
- ▶ Einführung in die Fraktion, der der Abgeordnete angehört
- ▶ Rollenbeschreibung des Abgeordneten
- ▶ Diese drei Dokumente werden vorab zusammengeheftet.

Zusätzliche Unterlagen für jedes beitrittswillige Land:

- ▶ allgemeine Einführung in die Strukturen und Besonderheiten des jeweiligen Landes
- ▶ Rollenbeschreibung des Landes
- ▶ Vordrucke für die Antragsstellung
- ▶ Die ersten beiden Dokumente werden zusammengeheftet.

Unterlagen für die Mitglieder der Mediengruppe:

- ▶ Rollenbeschreibung der Medien



Teilnahmezertifikate

Für die Teilnehmenden ist es besonders attraktiv, als Erinnerung, Ansporn und ein wenig auch als Belohnung, am Ende des Planspiels ein Zertifikat über die Teilnahme ausgehändigt zu bekommen. Diese Zertifikate sollten für jeden Teilnehmer persönlich, d.h. individuell mit Namen, ausgestellt sein sowie das Datum und die Dauer der Veranstaltung enthalten. Auch der Inhalt der Veranstaltung kann kurz dargestellt werden.

Die Zertifikate sollten auf (sauberem) festem Papier gedruckt sein, farbige Logos enthalten – auch die der Partnerorganisationen – und eigenhändig durch den Spielleiter bzw. die Partnerorganisation unterschrieben sein. Die Übergabe der Seminarzertifikate kann feierlich organisiert sein. Hierzu bietet sich beispielsweise das Abspielen der Hymne der Europäischen Union an.

Der Umgang mit Gästen und echten Medien

Ein Planspiel ist immer ein besonderes Ereignis und löst oftmals ein ganz besonderes Interesse aus – bei den Partner- oder Trägerorganisationen ebenso wie bei der Presse. Finden Veranstaltungen in Schulen bzw. Universitäten mit Schülerinnen und Schülern bzw. Studierenden statt, so kann auch das Lehrpersonal Interesse an der Veranstaltung zeigen.

An dieser Stelle muss deutlich gesagt werden, dass jeder Gast von außen eine Störung der Simulation bedeutet, da er nicht Teil des Spielprozesses ist. Sollte sich die Anwesenheit von Gästen dennoch nicht vermeiden lassen, ist unbedingt darauf hinzuwirken, dass diese sich ruhig verhalten und sich nicht mit Kommentaren, Tipps oder sogar falschem Wissen in das Geschehen einmischen. Die Spielleiter müssen hier hart durchgreifen, Gäste mitunter auch des Raumes verweisen und dabei – wenn überhaupt – auf die Diskussion bzw.

Auswertung am Ende des Planspiels hinweisen. Auch die „echte“ Presse muss sich an diese Regeln halten und kann allenfalls in den kurzen Pausen einzelne Akteure vor der Tür interviewen. In diesem Fall ist darauf hinzuweisen, dass die Spielenden unbedingt in ihrer Rolle (als Minister, Abgeordneter oder Kommissar) interviewt werden müssen. Ein Durchbrechen der Planspielebene ist in keinem Fall erwünscht. Dies ist auch wohlmeinenden Lehrkräften so zu erklären.



Wenn es Gäste gibt, die dauerhaft während der Veranstaltung anwesend sind, kann man darüber nachdenken, ihnen Aufgaben zu geben und sie so in das Spiel mit einzubeziehen (z.B. als Mitglied der Presse oder als Berater). Dabei muss aber allen Beteiligten klar sein, dass diese Gäste dann Teil des Planspiels werden und nicht mehr nach Belieben aus ihren Rollen herauskommen oder zwischen ihren Identitäten wechseln können. Für Lehrkräfte ist diese Option jedoch von vorn herein abzulehnen, da sich im Planspiel selbst dadurch eine ungewollte Hierarchie ergeben kann. Das Instrument der Einbindung der Gäste sollte daher besonders umsichtig eingesetzt werden.

Erarbeitung einer Jugenderklärung an die EU

Die Planspielveranstaltung kann mit einem konkret politischen Element angereichert werden, indem man den Teilnehmenden die

Möglichkeit gibt, ihre Wünsche und Erwartungen an die Europäische Union zu kommunizieren. Zu diesem Zweck hat sich die Form der gemeinsamen Jugenderklärung, die der Veranstalter anschließend an reale Europapolitiker weiterleitet, bewährt. Hierbei kann die Leitfrage lauten: Was erwarten wir, die Teilnehmenden des EU-Planspiels, von der Europäischen Union?

Als Vorbereitungsphase dafür eignet sich der Leerlauf, der für das Europäische Parlament am zweiten Tag entsteht, während der Rat mit den einzelnen Bewerberstaaten die Vertragsbedingungen aushandelt (siehe o.g. Zeitplan am zweiten Tag um 10:30 Uhr). Die Parlamentarier erhalten für diese Zeit die Aufgabe, einen Vorschlag für eine Erklärung zu erarbeiten, der dann vor dem Mittagessen im Plenum verlesen, kommentiert und evtl. verändert wird. Die endgültige Version wird dann noch einmal verlesen und im Plenum mit Mehrheit verabschiedet. Sollten

ausländische Gäste, wie z. B. Leiter von Delegationen der Europäischen Kommission, zur Vertragsunterzeichnung und Pressekonferenz eingeladen sein, kann die Erklärung während der Mittagspause in eine Fremdsprache übersetzt und nach der Presseerklärung öffentlich verlesen werden. Die Gäste können gebeten werden, zu dieser Erklärung Stellung zu nehmen. Lernziel dieses zusätzlichen Elements ist es, Erwartungen und Wünschen Ausdruck zu verleihen, sie zu formulieren und mit einer größeren Gruppe abzustimmen. Darüber hinaus wirkt es auf die Jugendlichen stimulierend, mit politischen Akteuren, die üblicherweise außer Reichweite sind, in Kontakt zu treten.

Storybook – Fokus Balkan

Beginn des Planspiels

Das Planspiel beginnt mit einem Empfang in den Räumlichkeiten der Europäischen Kommission in Brüssel, bei dem alle Akteure anwesend sind. Hier kommen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger zusammen: die Staats- und Regierungschefs, ausgewählte Parlamentarier, Mitglieder der Kommission, Gesandte der Bewerberstaaten und wenige ausgesuchte Vertreterinnen und Vertreter der Medien. Sie alle nutzen diesen Anlass, um erste informelle Kontakte aufzunehmen und vorsichtig Beziehungen zu knüpfen. Die Präsidentin bzw. der Präsident der Europäischen Kommission hält eine wegweisende Rede und gibt der Presse im Anschluss ein ausführliches Interview.

Erste Treffen

Die einzelnen Institutionen treten sodann in getrennten Räumen zu einem ersten Arbeitstreffen zusammen. Sie beginnen, ihre Positionen zu erarbeiten. Dazu findet zuerst eine Vorstellungsrunde statt, auf die eine erste kurze Beschreibung der einzelnen politischen Positionen folgt. Danach wählen sowohl der Rat als auch das Europäische Parlament aus ihren Reihen eine Vorsitzende/einen Vorsitzenden und geben sich eine Geschäftsordnung (z.B. Festlegung der Redezeit, RednerInnenliste etc.). Anschließend erarbeiten die Gremien unter der Leitung der/des Vorsitzenden ein Positionspapier („Was eint uns?“, „Was trennt uns?“, „Welche Interessen haben die jeweiligen Mitglieder (ge-

meinsam)?“), das als Grundlage für die weiteren Verhandlungen dient. Beide Institutionen bestimmen außerdem aus ihren Reihen eine Vertreterin/einen Vertreter, der regelmäßig für die Kommunikation zwischen den Akteuren sorgt (man könnte diese Personen Pressesprecher nennen).

Formulierung der Beitrittsanträge und deren Überreichen

Die Bewerber um die Mitgliedschaft in der Europäischen Union formulieren währenddessen ihre Beitrittsanträge und übergeben diese an den Rat. Der Rat nimmt die Anträge dankend, ohne inhaltlich darauf einzugehen, von den Bewerbenden entgegen und



reicht diese mit der Bitte um Stellungnahme an die Europäische Kommission und das Europäische Parlament weiter. Grundlage für eine Stellungnahme ist die Diskussion der Anträge auf Mitgliedschaft mit den jeweiligen Bewerbern. Dabei wird aber lediglich überprüft, ob die Bewerbenden garantieren können, dass die Kriterien von Kopenhagen eingehalten werden.

Die beitrittswilligen Länder erarbeiten darüber hinaus Strategien und Taktiken für die anstehenden Gespräche mit Rat, Europäischer Kommission und Europäischem Parlament.

Präsentation und Diskussion

Der Rat lädt die südosteuropäischen Bewerber ein, sich in seiner Sitzung zu präsentieren. Nach einer Einführung durch die Ratsvorsitzende/den Ratsvorsitzenden geben die Vertreter jeweils ein kurzes Plädoyer für den EU-Beitritt ihres Landes ab. Danach ist Zeit für Fragen im Hinblick auf die Kriterien von Kopenhagen. Im Anschluss an die Gespräche geht der Rat auf die Presse zu, die Ratsmitglieder halten sich jedoch insgesamt über den Stand der Dinge noch sehr bedeckt. Ebenso führen die Europäische Kommission und das Europäische Parlament Gespräche mit den Bewerbenden im Hinblick auf die Einhaltung der Kriterien von Kopenhagen. Die Ergebnisse der Gespräche fließen in die Stellungnahmen dieser Organe mit ein.

Stellungnahmen und Entscheidung

Der Rat legt den gemeinsamen Standpunkt auf der Grundlage der Stellungnahmen der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlaments und eigener Erkenntnisse vor. Er entscheidet, ob Beitrittsverhandlungen beginnen können und mit welchen Ländern verhandelt wird. Der Status eines Beitrittskandidaten wird offiziell verliehen.

Das Europäische Parlament erklärt parallel dazu in einer öffentlichen Sitzung seine Stellungnahmen, die es dem Rat gegenüber abgegeben hat. Anschließend können die Vertreterinnen und Vertreter der Beitrittskandidaten im Rahmen von Pressegesprächen ihre Hoffnungen und Wünsche zum Ausdruck bringen.



Beginn der Verhandlungen

Der Rat beauftragt sodann die Europäischen Kommission mit der Verhandlungsführung. Gemeinsam mit dieser verhandelt der Rat (in seiner Gesamtheit oder wahlweise in einer Kleingruppe) mit den Beitrittskandidaten (in einer Großgruppe mit allen Kandidaten oder in einzelnen Arbeitsgruppen je nach Anzahl der Beitrittskandidaten) den Aufnahmevertrag in die EU. Der Rat diskutiert dazu die Modalitäten und Kriterien der Beitritte und legt den Zeitplan sowie die Reihenfolge der Verhandlungen fest.

Anschließend findet eine kurze Talkshow statt. Das Europäische Parlament wird von der Kommission über den Fortgang der Verhandlungen informiert.

Abstimmung im Rat und im Europäischen Parlament

Dem Rat und dem Europäischen Parlament werden die ausgehandelten Verträge vorgelegt. Der Rat muss einstimmig auf der Grundlage und in Kenntnis der gemachten Vereinbarungen über die Aufnahme weiterer Staaten in die EU beschließen. Das Europäische Parlament stimmt mit der Mehrheit seiner Mitglieder über die Aufnahme von Ländern in die Europäische Union ab. Die Beitrittskandidaten können Gäste der Abstimmung im EP sein.

Die Medien dokumentieren die Abstimmung und führen anschließend mit den Mitgliedern des Rates, den Abgeordneten sowie den Vertreterinnen und Vertretern der neuen Mitgliedstaaten Interviews, die in die Zeitung einfließen.

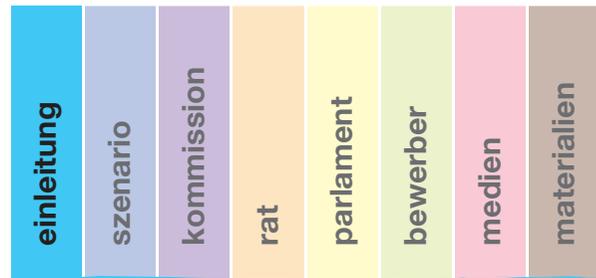
Abschlusskonferenz

Auf der abschließenden Aufnahmekonferenz spricht zuerst die Präsidentin/der Präsident der Kommission, außerdem halten zwei Mitglieder des Rates der Union, zwei Abgeordnete des Europäischen Parlamentes und je ein Vertreter der neuen Mitgliedstaaten eine Rede vor den Akteuren und Journalisten. Die Beitrittsabkommen werden unterschrieben. Die Präsidentin/der Präsident der Europäischen Kommission beendet abschließend die Zeremonie. Anschließend wird durch die Europäische Kommission und die Vorsitzende/den Vorsitzenden des Rates noch eine gemeinsame Talkshow durchgeführt.

Vorschläge zur Rollenverteilung für verschiedene Gruppengrößen

	25 Teilnehmende	40 Teilnehmende	60 Teilnehmende	80 Teilnehmende
Ministerrat	6	12	20	27
Europäische Kommission	2	3	3	5
Europäisches Parlament	9	13	21	23
EVP	3	4	6	7
S&D	2	3	5	6
Liberale	2	2	4	4
Grüne	1	2	3	3
Linke	1	1	2	2





UEN	1	1	1	1
Bewerberstaaten	6			
(3 Länder je 2 Personen)	9			
(3 Länder je 3 Personen)	12			
(4 Länder je 3 Personen)	20			
(5 Länder je 4 Personen)				
Medien	2	3	4	5

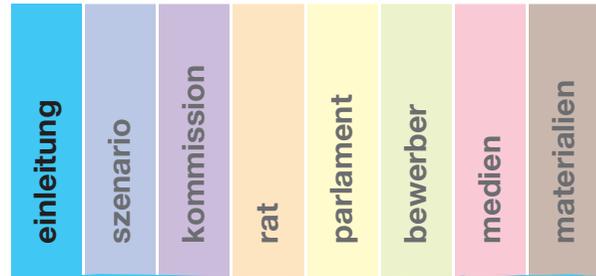
Hinweis zur Vergabe der Rollen: Es wird empfohlen, die Kommission, die Medien und die beitrittswilligen Länder mit starken, engagiert wirkenden Schülern zu besetzen. Aus diesem Grunde wählt (anders als in der Realität) der Rat seine Präsidentin/seinen Präsidenten auch selbst. Das EP wählt – wie in der Realität – seine Präsidentin/seinen Präsidenten allerdings nach politischen und weniger nach persönlichen Kriterien. Die Spielenden sollten angeregt werden, die Rollenprofile für sich sinnvoll, aber politisch realistisch weiterzuentwickeln.

Ablauf des EU-Planspiels „Fokus Balkan“

Tag 1

Uhrzeit	Beschreibung der Aktivität
09:30 Uhr	Ankunft der Teilnehmenden und Registrierung beim Eingang
10:00 Uhr	Plenum: Begrüßung, Vorstellung der Spielleiter, Bekanntgabe von organisatorischen Rahmendaten (Beginn und Ende der Veranstaltung am ersten und zweiten Tag)
10:30 Uhr	Plenum: Vorstellung des Ablaufs beider Tage (Gesamtmoderation), wenn möglich mit Visualisierung (PowerPoint Präsentation oder Flipchart)
10:45 Uhr	Plenum: Aufteilung der Spieler in Arbeitsgruppen (zwischen 10 und 15 Personen) zur EU-Einführung. Die Gruppen gehen in ihre Arbeitsräume
11:45 Uhr	Pause und Ausschank von Getränken





12:00 Uhr	<p>Plenum: Vorstellung des Planspiel-Ablaufs (Gesamtmoderation) Verteilung der Rollenbeschreibungen Spielgruppen gehen in ihre Arbeitsräume, lesen sich in die Rollen ein, denken sich passende, aber fiktive Spielnamen aus und schreiben sich Namensschilder Die Mitglieder der Kommission wählen eine Präsidentenperson; diese Person bereitet ihre (Eröffnungs-)Rede vor</p>
13:00 Uhr	<p>Plenum: Gesamtmoderation erklärt die Prinzipien des Planspiels und eröffnet das Planspiel offiziell</p>
13:15 Uhr	<p>Plenum: Rede des Kommissionspräsidenten, nach der Rede werden alle Anwesenden zu einem offiziellen Begrüßungssessen im Namen der Europäischen Kommission eingeladen</p>
13:30 Uhr	<p>Mittagessen</p>



<p>14:30 Uhr</p>	<p>Beitrittswillige Länder (Bewerber): schreiben Anträge, bereiten Präsentationen für die Gespräche in den EU-Gremien vor</p>	<p>Parlament (EP): MdEP stellen sich und ihre Positionen vor, im Anschluss Wahl Präsident, Stellvertreter und Pressesprecher; Herausfinden von gemeinsamen Positionen und Erstellen eines Positionspapiers für die Presse</p>	<p>Rat (Rat): MdR stellen sich und ihre Positionen vor, im Anschluss Wahl Präsident, Stellvertreter und Pressesprecher; Herausfinden von gemeinsamen Positionen und Erstellen eines Positionspapiers für die Presse</p>	<p>Kommission (EK): fasst Positionen aus Rede zusammen; schreibt Presseerklärung und führt ein erstes Gespräch mit der Presse</p>
<p>15:00 Uhr</p>	<p>Bewerber: übergeben Anträge an ER</p>	<p>Rat: reicht die Kopien der Anträge an EP/EK weiter mit der Bitte um Stellungnahme und führt erste Gespräche</p>	<p>Medien: Anträge der Bewerber, EK-Presseerklärung und Interviews (Hintergrundberichte) werden als Pressewand, d.h. Wandzeitung, gestaltet</p>	
<p>15:30 Uhr</p>	<p>Bewerber führen ca. 15-minütige Gespräche mit Rat, EP und EK, werden von den Medien begleitet und interviewt. Medien berichten der Öffentlichkeit. Der zeitliche Ablauf der Gespräche geschieht nach einer zuvor erstellten und an alle verteilten Matrix (vgl. Vorlage).</p>			



16:45 Uhr	Pause			
17:00 Uhr	EP: berät über Anträge; Gespräche mit den Bewerbern über die Verleihung des Kandidatenstatus	Rat: berät über Anträge; Gespräche mit den Bewerbern über die Verleihung des Kandidatenstatus	EK: berät über Anträge; Gespräche mit den Bewerbern über die Verleihung des Kandidatenstatus	Medien: nehmen Stimmung und Erwartungen der Bewerber auf und führen Interviews
17:30 Uhr	EP: schreibt Stellungnahmen zu den Anträgen und übergibt diese dem Rat	EK: schreibt Stellungnahmen zu den Anträgen und übergibt diese dem Rat	Rat: wartet auf Stellungnahmen, diskutiert die eigenen Positionen; Vorbereitung möglicher Fragen an EK und EP	
18:00 – 18:15 Uhr	Plenum: Gesamtmoderation fasst den Tag zusammen und erklärt den folgenden Tag			



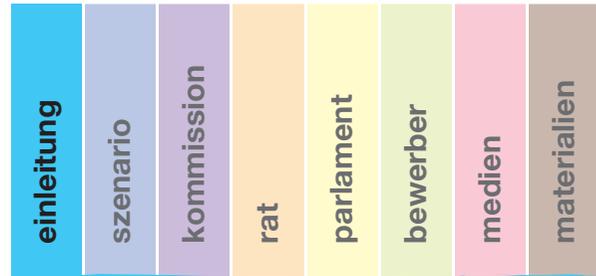
Tag 2

Uhrzeit	Beschreibung der Aktivitäten			
09:00 Uhr	Eintreffen der Teilnehmenden und Spielleiter			
09:15 Uhr	Plenum: Begrüßung durch Gesamtmoderation, diese erklärt kurz, wie der Tag/das Planspiel weiter verläuft			
09:30 Uhr	Rat: trifft Entscheidung und stimmt einstimmig ab, welche Bewerber einen Kandidatenstatus erhalten	EK und EP: EK besucht EP, informiert sich über dessen Stellungnahmen und bespricht die Chancen der einzelnen Bewerber, Kandidat zu werden	Bewerber: Gespräche mit den Medien/Lobbyarbeit für das eigene Land	Medien: Interviews mit den Bewerbern (Greenroom)
10:00 Uhr	Plenum: Pressekonferenz – Rat gibt seine Entscheidung bekannt, welche Bewerber Beitrittskandidaten werden und begründet die Entscheidung. Bewerber, die nicht den Kandidatenstatus erhalten haben, machen Öffentlichkeitsarbeit mit der Mediengruppe.			
10:15 Uhr	Pause			



ab 10:30 Uhr	Verhandlungen, welche Kandidaten (wer!) zu welchem Zeitpunkt (wann!) und zu welchen Bedingungen (wie!) als Mitglieder in die EU aufgenommen werden.	
10:30 Uhr	Rat: teilt sich in Verhandlungsgruppen und verhandelt in Anwesenheit eines EK-Mitglieds mit den Beitrittskandidaten (aus Bewerbern werden BK) über Vertragsinhalte	<p>Variante 1 (einfache Variante): EP und Medien nehmen als Beobachter an den Vertragsunterzeichnungen teil.</p> <p>Variante 2 (kreative Variante): EP und Medien gestalten eine kurze (interaktive) Abschlusspräsentation zu der Frage, warum die Staaten des westlichen Balkans ein wichtiger Teil der EU sein müssen.</p> <p>Variante 3 (klassische politische Bildung – eher anspruchsvoll): EP und Medien diskutieren, wie die Bevölkerung mehr Einfluss auf Entscheidungen der Politik (in ihrem Heimatland sowie in der EU) nehmen kann und warum diese Einflussnahme so wichtig ist.</p>
11:30 Uhr	EK und EP: Mitglieder der EK besuchen das Parlament, berichten über Verhandlungen und stellen nach Abschluss der Verhandlungen die Verträge vor; Parlament stimmt mit einfacher Mehrheit ab	Rat: stimmt über die Verhandlungsergebnisse bzw. Verträge <u>einstimmig</u> ab.
12:00 Uhr	Mittagessen unter Schweigepflicht :) über Abstimmungsergebnisse	





13:30 Uhr	Plenum: Feierliche Unterzeichnung der Verträge durch BK (nun Mitglied der EU), EK und Rat im Beisein der Presse, Stellungnahmen der neuen EU-Mitgliedstaaten (ehemals Bewerber und dann BK) und abschließende Pressekonferenz
14:00 Uhr	Ende des Planspiels
14:00 Uhr	Pause, Ausschank von Getränken
14:30 Uhr	Evaluierung des Planspiels und der Ergebnisse des Planspiels (Abgleich mit der Realität) und Verteilung der Teilnahme-Zertifikate
15:30 – 15:45 Uhr	Verabschiedung und Ende der Veranstaltung

Gestaltung der Verhandlungsgruppen (Kandidatenstatus)

Grundsätzliche Aufteilung

	Bewerber I	Bewerber II	Bewerber III	Bewerber IV
Rat	1	2	3	4
Europäisches Parlament	2	3	4	1
Europäische Kommission	3	4	1	2

Beispiel für die zeitliche Gestaltung

	Bewerber I	Bewerber II	Bewerber III	Bewerber IV
Rat	15:00	15:15	15:30	15:45
Europäisches Parlament	15:15	15:30	15:45	15:00
Europäische Kommission	15:30	15:45	15:00	15:15

Richtlinien für die Arbeit der Spielleitung während des Planspiels

- ▶ Es sollte eine Gesamtleitung ohne eigene Spielgruppe geben, die vor dem Beginn des eigentlichen Planspiels den Gesamt Ablauf darstellt, und sich auch innerhalb des Spiels dafür verantwortlich fühlt. Sie sollte von Beginn an von den europäischen Institutionen Rat, Parlament und Kommission sprechen und Ämter und Funktionen benennen. Zudem spricht sie die Teilnehmenden dauerhaft mit „Sie“ bzw. mit dem korrekten Titel (z.B. Herr Ratspräsident, Frau Außenministerin etc.) an.

Die Gesamtleitung sollte schon im Vorfeld des Planspiels benannt werden, um eine entsprechende Vorbereitung zu ermöglichen. Die Gesamtleitung muss vor allem darauf achten, dass die Teilnehmenden die Ebene des Planspiels während der gesamten Spielphase nicht verlassen.

Vor dem Planspiel bespricht die Gesamtleitung mit allen den konkreten Ablauf und weist auf Besonderheiten bzgl. der Räumlichkeiten, der Gruppen, der Anwesenheit von Gästen etc. hin. Während des Planspiels begleitet die Gesamtleitung die Teilnehmenden durch den Ablauf.

- ▶ Der Spielverlauf sollte schon vor Beginn des Planspiels visualisiert (skizziert) auf einer Tafel/dem Flipchart für jede Räumlichkeit zur Verfügung stehen und als DinA4-Blatt allen Spielenden vorliegen.



einleitung

szenario

kommission

rat

parlament

bewerber

medien

materialien

- ▶ In den Plenumstreffen (z.B. Pressekonferenzen) gibt die Gesamtleitung Hinweise auf den weiteren Ablauf des Spiels. Wie unter 1. dargestellt, erklärt sie, wie es in der konkreten Situation weitergeht. Das ist vor allem wichtig, wenn sich der Spielverlauf spontan ein wenig ändern muss (z.B. durch zusätzliche Ratssitzungen, weil in der zur Verfügung stehenden Zeit noch keine Einigung erzielt werden konnte). Von solchen Änderungen sind insbesondere die Zeitangaben betroffen.
- ▶ Zur Rolle der Spielleitung in den einzelnen Spielgruppen: Die jeweilige Spielleitung sollte sich eine Spielidentität mit eigenem Namen geben, z.B. politischer Berater der Ratspräsidentschaft. Sollten Interventionen in der Spielgruppe notwendig werden, müssen diese immer mit dieser Identität und innerhalb des Spiels, also durch die Anrede mit „Sie“ und dem Spielnamen bzw. der Funktionsbezeichnung, z.B. Frau Bundeskanzlerin, Herr Außenminister etc., geschehen. Der Spielleiter achtet darauf, dass diese Regeln auch unter den Spielenden eingehalten werden.
- ▶ Muss von der Spielleitung tatsächlich in das Spielgeschehen eingegriffen werden, sollte dies nach Möglichkeit nur mit politischen bzw. strategischen Argumenten, also mit Argumenten innerhalb des Spiels, geschehen. Z.B. kann man bei Entscheidungsproblemen den Hinweis auf die Möglichkeit geben, beitriftswillige Staaten zu einem weiteren Gespräch einzuladen, um so zusätzliche Informationen zu erhalten oder auf Alternativen aufmerksam machen: „Kann man es sich politisch erlauben, das Land nicht aufzunehmen?“

Umgang mit den Pausen während des Planspiels

Pausen sind in einem Planspiel ein wichtiges Element und gehören ganz bewusst zum Ablauf eines Planspiels. Sie dienen nicht nur zur Erholung der Teilnehmenden von der „erledigten“ Arbeit, vielmehr sollen sie einen Freiraum bieten, um Gespräche zwischen den verschiedenen Spielgruppen zu ermöglichen, Allianzen in inoffiziellen Gesprächsrunden zu schmieden, die Presse über zukünftiges Handeln zu informieren und diese für die eigene Sache positiv zu „instrumentalisieren“.

Den Teilnehmenden muss deutlich gemacht werden, dass der Weg zu positiven Entscheidungen auf sehr unterschiedlichen Ebenen bereitet wird. Oft ist dabei das vertrauensvolle Gespräch „unter vier Augen“ ein wichtiger Baustein, um Entscheidungsträger zu informieren und auch zu beeinflussen. Diese Ebene findet zumeist nur in den Pausen statt.

Eine große Pause haben das EP, die Medien (falls nicht bei den Beitrittsverhandlungen zugelassen) und die abgelehnten Bewerberstaaten in der Phase der Verhandlungen des Rats, der Kommission und der zugelassenen Kandidaten über einen Beitritt in die Union. Hier gibt es unterschiedliche Varianten, wie mit dieser Zeit umgegangen werden kann:

Variante 1 (einfache Variante):

Das EP, die abgelehnten Bewerber und die Medien nehmen als Beobachter an den Vertragsverhandlungen teil. Dies kann anfangs eher langweilig wirken, für die Nachvollziehbarkeit und das Verständnis des Prozesses und der Schwierigkeit einer Erweiterung ist die Teilnahme jedoch besonders sinnvoll.



einleitung

szenario

kommission

rat

parlament

bewerber

medien

materialien

Variante 2 (kreative Variante):

Das EP, die abgelehnten Bewerber und die Medien gestalten eine kurze (interaktive) Abschlusspräsentation zu der Frage, warum die Staaten des westlichen Balkans ein wichtiger Teil der EU sein müssen. Alle kreativen Formen einer Präsentation sollten zugelassen sein.

Variante 3 (klassische politische Bildung – eher anspruchsvoll):

Das EP, die abgelehnten Bewerber und die Medien diskutieren, wie die Bevölkerung mehr Einfluss auf Entscheidungen der Politik (in ihrem Heimatland sowie in der EU) nehmen kann und warum diese Einflussnahme so wichtig ist. Hier bewegt man sich jedoch am Rande des Planspiels bereits auf der Ebene der Metadiskussion. Die Teilnehmenden sollten trotzdem auch hier in ihren Rollen verbleiben.

einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

¹ Einführend zum Beispiel: Massing, Peter (2006), *Planspiele und Entscheidungsspiele*, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), *Methodentraining für den Politikunterricht I*, 2. Aufl., Bonn, S. 163-194.

² Mickel, Wolfgang W. (2003), *Praxis und Methode. Einführung in die Methodenlehre der politischen Bildung*, Berlin, Cornelsen Verlag, S. 278ff..

³ Vgl. gängige Fachlexika wie: Schubert, Klaus/Klein, Martina (2006), *Politiklexikon*, Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung.

Hintergrundinformationen und Hinweise zur Arbeit der Mediengruppe

Ein Planspiel ist das Modell eines komplexen Systems. Planspiele in der politischen Bildung (Civic Education) sind die Simulation eines Ausschnitts der unübersichtlichen politisch-institutionellen Welt¹. Zu dieser Welt gehören politische Akteure in ihren Gremien, die Gesellschaft der Bürgerinnen und Bürger als Ausgangs- und Zielpunkt politischen Handelns und die Medien als Mittler zwischen Politik und Gesellschaft. Aus diesem Grund sind auch die Medien Grundlage und Inhalt der politischen Bildung². Im Folgenden sollen deshalb Hinweise darauf gegeben werden, wie die Mediengruppe innerhalb des Planspiels am besten genutzt werden kann.

Medien – Mittler zwischen Politik und Gesellschaft

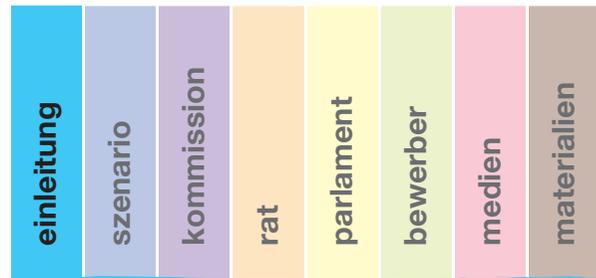
Wer in der Politik informiert sein will, braucht Nachrichten. Zwischen dem Sender und dem Empfänger von Nachrichten stehen die Medien bildlich gesprochen in der Mitte. Das lateinische Wort Medium bedeutet auch nichts anderes als Mitte. Zu den modernen Medien gehören alle audiovisuellen Verfahren zur Übermittlung von Informationen, Bildern und Nachrichten. Dazu zählen z.B. das Internet, der Rundfunk mit Radio und Fernsehen und die als Printmedien bezeichnete Presse mit Zeitungen und Zeitschriften. Medien und Presse bedeutet oft dasselbe³.

Medien werden in Demokratien oft als die vierte Gewalt oder Macht betrachtet. Sie sind unabhängig von der staatlichen Gewaltenteilung zwischen Legislative (Gesetzgebung durch Parlamente), Exekutive (Ausführung durch Regierungen) und Jurisdiktion (Rechtsprechung durch Gerichte). Medien besitzen aber selbst politische Macht, indem sie Entscheidungen befördern oder behindern. Tatsächlich sind sie deshalb viel mehr als nur die Mitte zwischen dem Sender und dem Empfänger einer Nachricht.



⁴ Giesecke, Michael (1998), *Der Buchdruck in der frühen Neuzeit. Eine historische Fallstudie über die Durchsetzung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien*, Frankfurt/M.

⁵ Reinhardt, Sybille (2005), *Handlungsorientierung*, in: Sanders, Wolfgang (Hg.), *Handbuch politische Bildung*, Schwalbach/Ts., Wochenschau Verlag, S. 146-155.



Die öffentliche Meinung wird häufig auch als „veröffentlichte Meinung“ bezeichnet. Durch die Auswahl dessen, was veröffentlicht wird, haben die Medien Macht. Politikerinnen und Politiker nutzen diese Macht zum Beispiel, wenn sie Medienkampagnen inszenieren. Besonders in Diktaturen suchen Oppositionelle die Medienöffentlichkeit: Nur wer gehört wird, kann etwas sagen. Die Herrschenden behindern in diesen Fällen zunehmend die freie Presse. Die Macht der Medien ist deshalb bedroht und muss geschützt werden. Pressefreiheit ist eines der ältesten Freiheitsrechte in den Demokratien. Alle Verfassungen in demokratischen Rechtsstaaten enthalten einen Artikel, der die Pressefreiheit garantiert.

In Deutschland ist dies der Artikel 5 des Grundgesetzes, und die Charta der Grundrechte der Europäischen Union formuliert im Artikel 11: „Die Freiheit der Medien und ihre Pluralität werden geachtet“. Geschützt durch dieses Recht können die Medien in Demokratien zu nichts gezwungen werden. Der Anspruch, die „Wahrheit“ zu berichten, ist für sie eine reine Selbstverpflichtung.

Medien sind alltagsdominant. Für viele Menschen bilden die morgendliche Zeitung und die abendlichen Hauptnachrichten im Fernsehen wichtige Eckpunkte im Tagesrhythmus. Nachrichten sind deshalb sogar dann wichtig, wenn es gar nicht um den Inhalt einer Nachricht geht. Und Medien sind, seit der Erfindung des Buchdrucks durch Johannes Gutenberg⁴ zu Beginn des 15ten Jahrhunderts, auch ein Wissensspeicher. Alte Zeitungen geben einen Einblick in vergangene Zeiten.

Somit sind Medien in der Realität:

- ▶ Mitteilungs- und Informationsinstrument (zwischen Politik und Gesellschaft),
- ▶ Kampagneninstrument (also politisches Machtmittel),
- ▶ Rhythmusinstrument (zwischen Morgenzeitung und Abendnachrichten),
- ▶ Dokumentationsinstrument (Ideen-Archive).

Medien im Planspiel

Planspiele sind handlungsorientierte Lernarrangements. Handeln ist Tun und die Reflektion dieses Tuns. Handeln ist in der politischen Bildung reales Handeln, simulatives Handeln und produktives Gestalten⁵. Reales Handeln kommt in Planspielen nicht vor. Medienrollen sind sowohl Simulation als auch produktiv gestaltend.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Die Bedeutung der Medien für die gesellschaftliche Realität in Demokratien ist Jugendlichen zumeist nicht wirklich bewusst. Medien sind für sie allein ein Informationsmedium. Die Freiheit und die politische Macht der Medien sind wenig bekannt. Planspiele wie „Fokus Balkan“ können dabei helfen, auch die Funktion der Medien besser zu verstehen. In der Vorbereitungsphase des Planspiels, spätestens während der Rollenvergabe, sollte die Spielleitung alle Planspieler und –spielerinnen auf die verschiedenen Funktionen der Medien hinweisen. Zu dieser Einführung gehört unbedingt der Hinweis auf die Unabhängigkeit der Medien. Ihre Vertreter sind selbstständige, autonome Akteurinnen und Akteure, die notwendiger Weise mit denen kooperieren müssen, von denen sie berichten. Politikerinnen und Politiker haben ihrerseits häufig bereits die Erfahrung gemacht, dass die Medien nur berichten, was sie wollen. Sie sind daher zu einer Kooperation mit den Medien bereit, um die Öffentlichkeit auf diese Weise zu erreichen.

Die Medien können helfen, Planspielen eine deutliche Struktur zu geben. Ähnlich dem ritualisierten Blick in die Zeitung und in die Fernsehnachrichten, können die Medien im Planspiel bestimmte Zeiten festlegen, zu denen sie Informationen verbreiten. Auch in kurzen Planspielen ist eine Pressekonferenz oder eine Talkshow oft der gemeinsame Abschluss der Spielphase. Talkshows oder Videoaufzeichnungen in Form einer Hauptnachrichtensendung sind dabei normalerweise besser geeignet als „Pressekonferenzen“, da hier die Mediengruppe und einige Interviewpartner auf einem Podium vereint und mit den übrigen Spielern als Publikum zusammengeführt werden.

Sogar bereits zu Beginn eines Planspiels, nach der Einlese-Phase, kann eine Talkshow eine besondere Aufgabe erfüllen! Oft sind die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit der Anfangssituation überfordert, dies wird in Auswertungsrunden immer wieder deutlich. Sie müssen in kurzer Zeit eine vermeintlich unüberschaubar große Menge an Informationen aufnehmen und die eigene Rolle vorbereiten. Zumeist verliert sich der erste Stress schnell, wenn das tatsächliche Rollenspielen beginnt. Dieser „magische“ Moment der Identitätsfindung in die Rolle kann unterstützt werden, indem der Mediengruppe die Gelegenheit gegeben wird, einzelne Teilnehmerinnen und Teilnehmer vor Publikum in einer Talkshow zu interviewen. In diesem Fall fungieren die Medien als ein Rollenkatalysator. Die Spielerinnen und Spieler müssen in der Interviewsituation in ihre Rolle schlüpfen und können diese dann oft erstaunlich schnell und überzeugend einnehmen und vertreten.



Natürlich befinden sich die Medien auch in Planspielen in einer Mitteilungsrolle. Den anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmern muss dafür aber vorab ausdrücklich erklärt werden, dass sie die Medien nutzen können, um andere Mitspielerinnen und Mitspieler oder Gremien zu informieren. Diese „Hauptaufgabe“ können die Medien-Leute in der Regel aber nur erfüllen, wenn sie dazu ausreichend Zeit zur Verfügung haben. In kurzen, eintägigen Planspielen wird meistens zu schnell über das kurzfristige, aktuelle Mitteilungsbedürfnis Einzelner hinweg gegangen.

Geübte Planspielerinnen und Planspieler wissen um diese Zeitnot und können damit in der Regel gut umgehen, in dem sie extrem verkürzte und zugespitzte Nachrichten über die Medien verbreiten. Dies gilt sowohl für die Spielerinnen und Spieler in Medien-Rollen als auch für alle anderen. Ein möglicher wichtiger Lerneffekt! Auch in der Realität sehen sich nur die Politikerinnen und Politiker in den Medien vertreten, die kurz und knapp ihre Botschaft ausdrücken können. In einer längeren Reflektionsphase kann dieser Schlagworteffekt einer gut recherchierten Medienarbeit gegenüber gestellt und nach Gründen und Auswegen gefragt werden.

In Planspielen kann auch die Spielleitung die Mediengruppe als Informationskanal nutzen. Zum Beispiel, um einen Hinweis oder einen Spielstimulus in den Spielverlauf einzubringen. Regieanweisungen sind in einem Planspiel problematisch, weil sie das Setting verlassen und auf einer Metaebene ablaufen. Wenn die Spielleitung einen bestimmten Zeitplan einhalten muss, kann sie über die Medien zum Beispiel vor einem bevorstehenden Streik auf dem Flughafen warnen, so dass die Gremien in 30 Minuten einen Entschluss präsentieren müssen, da sonst keine Abreise mehr möglich ist. Zeitdruck ist auch in der Realität ein wichtiger Faktor bei der Bewältigung festgefahrener Situationen.



⁶ Herdegen, Peter (2007), Planspiel, in: Lange, Dirk (Hg.), Methoden politischer Bildung, Baltmannsweiler, Schneider Verlag Hohengehren, S. 180-188.

einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

In „Fokus BALKAN“ können besonders oppositionelle Rollen im Parlament und die Beitrittskandidaten, die nicht zu den Beitrittsverhandlungen eingeladen wurden, die Medien nutzen, um trotzdem die Öffentlichkeit zu erreichen. Auch in der Realität werden sich solche Gruppen nicht mit Untätigkeit und Langeweile begnügen, sondern über Medienkampagnen versuchen, Stimmung für das eigene Anliegen zu machen. Im Planspiel ist das ebenfalls möglich und schützt manche Rollen tatsächlich vor einem ungesunden Übermaß an Langeweile.

In der Reflektionsphase kommt die Dokumentationsfunktion von Medien besonders zu Geltung. Wandzeitungen und kurze Artikel können genutzt werden, um noch einmal einzelne Phasen des Spiels zu thematisieren und die unterschiedlichen Sichtweisen zu diskutieren. Die produktiv gestalteten Materialien lassen sich auch sehr gut der echten Presse präsentieren.

Somit sind Medien im Planspiel:

- ▶ Autonomieerfahrungen (Medien können berichten, müssen aber nicht),
- ▶ Strukturinstrument (zeitlich festgelegte Presseaktionen),
- ▶ Rollenkatalysator (Identitätsbildung durch Selbstdarstellung),
- ▶ Mitteilungsinstrument (zwischen Rollen und Institutionen),
- ▶ Stimulusmittler (festgefahrene Situationen aufbrechen),
- ▶ Kampagneninstrument (zwischen Rollen und Institutionen),
- ▶ Dokumentationsinstrument (Visualisierung)⁶.



Methodenauswahl für Aufwärmübungen und zur Auswertung

1. Warm Ups
2. Evaluationsmethoden

Warm Ups

Impulskette

- ▶ **Ziel**
Aufwärmübung am Anfang eines Seminars
- ▶ **Ablauf**
Die Gruppe bildet einen Kreis und fasst sich an den Händen. Die Spielleitung startet mit einem Impuls, der im Uhrzeigersinn im Kreis weitergegeben wird. Am Anfang eignet sich ein einfaches Beispiel: Die Spielleitung drückt mit ihrer linken Hand die Hand der Nachbarin/des Nachbarn, die/der diesen Impuls weitergeben muss. Die Teilnehmenden sollen den Impuls dabei möglichst schnell weiterleiten. Mit einer Uhr/Stoppuhr wird die benötigte Zeit gemessen. Der Impuls wird wiederholt, und es wird versucht, die Runde schneller zu schaffen.
- ▶ **Variante**
Die Impulse können verändert werden, z.B.: Hände hoch heben und durch Abklatschen den Impuls weitergeben; La Ola Welle
- ▶ **Zeitaufwand**
5 – 10 Minuten
- ▶ **Zielgruppe**
Alter nicht spezifisch, ab 15 Personen
- ▶ **Raum**
Gruppenraum oder im Freien
- ▶ **Material**
Uhr mit Sekundenzeiger oder Stoppuhr



Storch und Pinguin

- ▶ Ziel
Auflockerungsübung, speziell fürs Freie geeignet
- ▶ Ablauf
Die Teilnehmenden bewegen sich wie Pinguine im Trippelschritt, ohne die Füße hochzuheben und lassen dabei die Arme an der Seite. Eine/einer der Teilnehmenden ist der Storch. Sie/er hat die Arme gerade ausgestreckt vor der Brust und klappt sie auf und zu, um so den Schnabel des Storches nachzuahmen. Die Beine des Storches bewegen sich im Stehschritt. Nun versucht er in seiner Fortbewegungsart, Pinguine zu fangen. Erwischt er einen, verwandelt der sich ebenfalls in einen Storch, so dass immer mehr Pinguine zum Fänger werden. Am Ende sind alle Teilnehmenden Störche.
- ▶ Zeitaufwand
10 Minuten
- ▶ Zielgruppe
Alter nicht spezifisch, mindestens 15 Personen, speziell für Großgruppen geeignet
- ▶ Raum
großer Gruppenraum, optimal im Freien
- ▶ Material
nicht erforderlich



Toaster

- ▶ Ziel
Aufwärmübung am Anfang eines Seminars
- ▶ Ablauf
Die Teilnehmenden bilden Dreiergruppen und verteilen sich im Raum. Die Teamenden erklären die unten beschriebenen Figuren. In der Mitte steht eine/einer der Teilnehmenden, zeigt auf eine Dreiergruppierung aus dem Kreis und ruft eine der unten genannten Figuren. Diese Gruppe hat nun schnell die genannte Figur zu bilden. Wer zu langsam ist, geht in den Kreis usw. Folgende Figuren können gebildet werden:

Elefant: Die Teilnehmerin/der Teilnehmer, auf die/den gezeigt wird, bildet die Mittelfigur und greift sich schnell mit der

Hand an die Nase, durch die entstehende „Armschlaufe“ wird der andere Arm als Rüssel geführt. Die rechts und links stehenden Teilnehmenden bilden mit dem rechten bzw. linken Arm die Ohren.

James Bond: Mittelfigur zeigt mit dem Arm schießend nach vorne und schaut verführerisch, die Teilnehmenden zur Linken und Rechten knien sich aufschauend zu Bond und sagen: „Oh James“.

Toaster: Die Spielerinnen/Spieler rechts und links drehen sich zur Seite, so dass sie sich ansehen können und fassen sich an beiden Händen. Die Mittelfigur ist nun der Toast, hüpft aus dem Toasterschlitz und ruft: „Pling“.

Waschmaschine: Die Teilnehmenden rechts und links reichen sich die Hände und bilden einen angedeuteten Kreis. Die Person in der Mitte dreht den Kopf im Schleudergang.

- ▶ Zeitaufwand
10 Minuten
- ▶ Zielgruppe
Alter nicht spezifisch, auch für Großgruppen geeignet
- ▶ Raum
Gruppenraum oder im Freien
- ▶ Material
nicht erforderlich



Eisscholle

- ▶ Ziel
Kooperationsübung mit gruppenbildendem Charakter
 - ▶ Ablauf
In einem leeren Gruppenraum werden zwei Tische zusammengestellt. Sie bilden die rettende Eisscholle. Alle Teilnehmenden nehmen einen Stuhl, stellen ihn irgendwo in den Raum und stellen sich darauf. Der Boden ist das Wasser. Ziel ist es, nicht alleine die rettende Eisinsel zu erreichen, sondern gemeinsam als Gruppe, ohne jemanden auf einem kleinen Eisstück (Stuhl) oder im Wasser (man schafft es nicht mehr zu einem Stuhl) zurück zu lassen. Die Teilnehmenden gelangen also nur über die Stühle zu der Scholle, können dabei auch Stühle verrücken.
- Dabei müssen sie sich als Gruppe gemeinsam genau einen Weg überlegen, wer von wo zunächst auf die Insel geht, wer folgt etc.
- ▶ Zeitaufwand
15 Minuten
 - ▶ Zielgruppe
ab 12 Jahre, ab 10 Personen
 - ▶ Raum
Gruppenraum
 - ▶ Material
Stühle nach Anzahl der Teilnehmenden, zwei Tische



Grenzen Europas

- ▶ Ziel
Hinführung zum Thema, Auseinandersetzung mit dem Thema Europa
- ▶ Ablauf
Die Teilnehmenden erhalten eine Europakarte.
Sie sollen nun die Staaten mit einem Stift einkreisen, die ihrer Meinung nach 2020 zur Europäischen Union dazugehören werden. Daran anschließend vergleichen die Teilnehmenden ihre Grenzziehungen, erklären diese und diskutieren über die Erweiterungspolitik der Europäischen Union.
Wenn die Gruppe größer ist, kann dies in Kleingruppen geschehen.
- ▶ Zeitaufwand
30 – 45 Minuten
- ▶ Zielgruppe
ab 15 Jahre, 10 – 20 Personen
- ▶ Raum
Stuhlkreis im Gruppenraum
- ▶ Material
Europakarten



Evaluationsmethoden

Blitzball

- ▶ Ziel
Unkommentierte Bewertung
- ▶ Ablauf
Die Teilnehmenden sitzen im Stuhlkreis. Die Teamerin/der Teamer wirft einer/einem Teilnehmenden den Ball zu. Sie/er wird damit quasi von einem Blitz getroffen und kann nun eine kurze, unkommentierte Bewertung zu dem Seminar/Workshop geben, muss aber nichts sagen. Wenn sie/er fertig ist, wirft sie/er den Ball einer/einem anderen Teilnehmenden zu. Nur wer den Ball gefangen hat, darf reden. Die Aussagen bleiben unkommentiert.
- ▶ Zielgruppe
Alter unspezifisch
- ▶ Material
kleiner Ball

Kartenampel

- ▶ Ziel
Eigene Bewertung und Gruppenauswertung
- ▶ Ablauf
Die Teilnehmenden sitzen im Stuhlkreis. Jede/jeder erhält je eine rote, gelbe und grüne Karte, wobei rot für schlechte Bewertung, grün für gute Bewertung und gelb für weder-noch steht. Die Teamerin/der Teamer stellt verschiedene Fragen zur Bewertung des Seminars/Workshops, wie z.B.: Wie hat euch die Methode gefallen? Fandet ihr das Thema spannend? Habt ihr das Gefühl, etwas gelernt zu haben?

Danach legen die Teilnehmenden ihre Bewertungskarten vor sich auf den Boden und nehmen die Bewertungen der anderen wahr. Die Teamerin/der Teamer kann die Bewertungen zusammenfassen und moderierende Fragen an Einzelne stellen, so dass die Möglichkeit einer Begründung besteht.

- ▶ Zeitrahmen
10 – 20 Minuten
- ▶ Zielgruppe
ab 12 Jahre
- ▶ Material
je eine rote, gelbe und grüne Karteikarte für alle Teilnehmenden



Obstbaum

- ▶ Ziel
Eigene Bewertung, Gruppenauswertung
- ▶ Ablauf
Die Teamerin/der Teamer zeichnet auf ein großes Plakat oder einen Papierbogen einen Baum mit Ästen und Wurzeln. Die Teilnehmenden erhalten runde Karteikarten in verschiedenen Farben und schreiben darauf ihre Eindrücke vom Seminar/Workshop. Die Karteikarten werden dann in, an und unter den Baum geheftet. Positive Aussagen werden als reife Früchte in den Ästen angebracht, kritische Aussagen als Fallobst unter den Baum in die Wiese gelegt und Ideen, Anregungen etc., die noch der Entwicklung bedürfen, an die Wurzeln geheftet. Nachdem alle ihre „Äpfel“ geschrieben und angebracht haben, schaut sich die Gruppe den Baum gemeinsam an und stellt gegebenenfalls Nachfragen, was einzelne Äußerungen bedeuten.
- ▶ Zielgruppe
ab 12 Jahre
- ▶ Material
Plakatpapier, rote, grüne und gelbe runde Karteikarten, Stifte, Kleber



Grüße aus/nach Europa

- ▶ Ziel
Mitteilung der Seminareindrücke durch Schreiben einer Grußkarte vom Seminar/ Workshop
- ▶ Zielrahmen
30 – 45 Minuten
- ▶ Zielgruppe
ab 12 Jahre, maximal 15 Teilnehmende
- ▶ Ablauf
Die Teilnehmenden erhalten Karteikarten in Postkartenformat. Diese können sie mit Text und Bild gestalten, um so den Seminar- bzw. Workshopinhalt zu reflektieren. Danach werden die Karteikarten in eine Box geworfen und versendet. Der Briefkasten wird im Kreis der Teilnehmenden geleert, und jede/jeder zieht eine Postkarte. Diese wird vorgelesen, herumgezeigt, kommentiert und diskutiert.
- ▶ Material
Karteikarten in Postkartengröße, bunte Stifte, evtl. Bastelmaterial

Hinweise zur Evaluation und Leitfragen

Die spielerische und thematische Auswertung ist wichtig für einen guten Abschluss des Planspiels. So können politische Fakten, historische Gegebenheiten oder aber das tatsächliche Handeln von Politikerinnen und Politikern hinterfragt, richtig gestellt und analysiert werden.

Der Transfer des Ergebnisses des Planspiels in die Realität und der Vergleich mit der aktuellen politischen Situation ist unerlässlich, um kein falsches Bild in der Vorstellung der Teilnehmenden entstehen zu lassen.

Die Auswertung erfolgt über mehrere Stufen und kann entweder mündlich oder schriftlich mit unterschiedlichen Methoden

erfolgen (z.B. können die Spielerinnen und Spieler dazu aufgefordert werden, einige der unten genannten Fragen schriftlich zu beantworten).

- ▶ Zuerst werden die Teilnehmenden gebeten, sich spontan zum Verlauf des Planspiels und zu ihren ganz persönlichen Erfahrungen während des Tages zu äußern. Je nach Voraussetzungen der Gruppen kann/soll der Spielleiter diesen Prozess mit möglichen Einfühlungsfragen (Empathie) fördern.
- ▶ Anschließend können – je nach Größe der Gruppe – die Teilnehmenden charakteristische Stellen ihrer spezifischen Rollenanweisungen dem Plenum vortragen.

Dadurch wird für alle das Verhalten der Mitspieler einsichtiger, und zugleich werden die oftmals auch widersprüchlichen Interessen der Spieler noch einmal deutlich. Mögliche Rollenkonflikte, Probleme und Fragen, die während des Spieles auftraten, sollten jetzt aufgegriffen und diskutiert werden. Wenn Rollen verfremdet wurden, sollte auch das problematisiert werden. Es sollte auch besprochen werden, inwieweit es den Teilnehmenden vielleicht auch nicht gelungen ist, ihre Rolle anzunehmen bzw. inwieweit sie sich in letzter Konsequenz doch selbst gespielt haben.

- ▶ Die thematische Auswertung besteht insbesondere darin, die Schwierigkeiten der



Integrationsdynamik der Europäischen Union und das Auseinanderklaffen zwischen nationalstaatlichem Interesse und europäischer Verantwortung aufzuzeigen und anhand der Situation von Politikerinnen und Politikern zu diskutieren. Falls die Gruppenstruktur dies ermöglicht und es von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern gewünscht wird, kann vertiefendes Material in diesen Prozess eingebracht werden. Eventuell kann diese abschließende Diskussion den Ausgangspunkt für eine weitere Einheit im Rahmen des Seminars bilden.

Folgende Kernfragen sind für eine Abschlussdiskussion denkbar:

- ▶ Was sind die Chancen, was die Risiken einer Erweiterung der Europäischen Union um die Staaten des westlichen Balkans und der Türkei?
- ▶ Was sind die wichtigsten Problemfelder der europäischen Einigung in diesem Kontext?
- ▶ Welche Konzepte liegen für eine Erweiterung vor bzw. wie kann ein Europa der 28+ in der Zukunft aussehen?
- ▶ Wo sind die Grenzen der Erweiterung der Europäischen Union?
- ▶ Was verstehen die einzelnen Staaten unter dem Stichwort 'Integration' bzw. warum möchten sie gerne aufgenommen werden?
- ▶ Wie muss eine größere EU verfasst sein?
- ▶ Was sind die Vorteile, was die Nachteile einer intensiveren Zusammenarbeit in der EU?
- ▶ Welche Rolle in der Weltpolitik kann eine erweiterte EU spielen?
- ▶ Wie fiktiv ist das Szenario?
- ▶ Welches Land hat Chancen, bald in die EU aufgenommen zu werden?
- ▶ Wie könnte der Zeitplan aussehen? Wie sieht er in der Realität aus?
- ▶ Welche Reihenfolge ist bei der Aufnahme zu erwarten? Warum?
- ▶ Wie sehen die konkreten Beitrittsmodalitäten aus? Welche Beitrittsanpassungen sind zu erwarten?
- ▶ Wie wird sich das Verhältnis zwischen den Staaten des westlichen Balkans und den Ländern im europäischen Mittelmeerraum gestalten?
- ▶ Was sind die schwierigsten Problemfelder bei der Beurteilung einer Erweiterungsfähigkeit der Europäischen Union?
- ▶ Werden sich die Staaten des westlichen Balkans gegenseitig bei der Aufnahme in die Europäische Union unterstützen?
- ▶ Welche politischen Fragen müssten dringend vor einer Erweiterung durch die Staaten des westlichen Balkans selbst geklärt werden?



Die Europäische Union verstehen

Von Ragnar Müller

Der beste Weg, die EU zu verstehen, besteht darin, sie als ein Schnabeltier zu sehen. Was heißt das? Es bedeutet, dass man die EU nicht so genau einordnen kann, ebenso wie das Schnabeltier: Zoologen ordnen alle Tiere, die Eier legen, in die Kategorie „Reptilien“ ein. Alle Tiere, die ihre Jungen säugen, kommen dagegen in die Kategorie „Säugetiere“. Das Besondere am Schnabeltier ist nun, dass es Eier legt UND seine Jungen säugt. Damit sprengt es das Kategoriensystem der Zoologie. Extra für das Schnabeltier musste eine neue Kategorie gefunden werden, die der Monotremata.

Mit der EU verhält es sich ganz ähnlich. Die Politikwissenschaft kennt die beiden Kategorien „internationale Organisationen“ und „nationale politische Systeme“ bzw. einfach „Staaten“. Die EU umfasst aber Elemente BEIDER Kategorien und sprengt dadurch wie das Schnabeltier das Kategoriensystem.

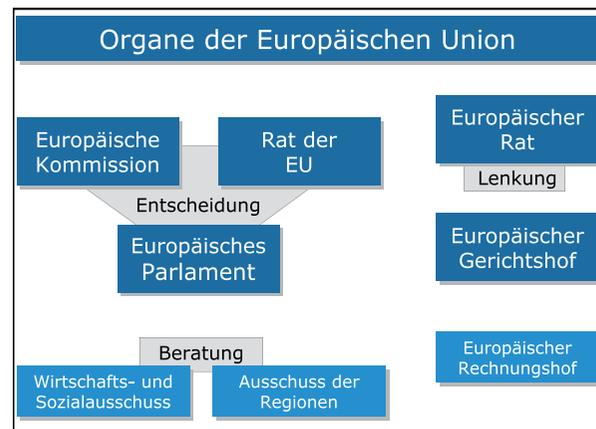
Die EU ist also zum einen eine internationale Organisation – sie besteht ja aus Nationalstaaten – UND sie funktioniert gleichzeitig in vielerlei Hinsicht wie ein nationales politisches System. So verfügt die EU etwa über ein direkt gewähltes Parlament und ein Rechtssystem, das es in dieser Form im Bereich der internationalen Politik sonst nirgends gibt.

Wie die Zoologen haben auch die Politikwissenschaftler versucht, das Problem ihres Kategoriensystems zu kaschieren. Sie nennen die EU deshalb ein „Gebilde sui generis“. Aus dem Lateinischen übersetzt bedeutet das: Gebilde eigener Art. Das ist eine Verlegenheitsbezeichnung, die eigentlich nichts aussagt.



Aus dieser Tatsache resultieren viele der Probleme, die wir bei der Beschäftigung mit der EU haben. Wir haben kein Modell im Kopf, das uns hilft, zu verstehen, was wir in der Zeitung über die EU lesen. So kann es schnell passieren, dass wir gar keine Lust mehr haben, einen Artikel zur EU überhaupt erst zu lesen. Das ist ein wichtiger Grund dafür, dass die Menschen in Europa nur unzureichend über europäische Politik Bescheid wissen, obwohl die EU mittlerweile überragende Bedeutung besitzt.

Die Probleme fangen schon bei den zentralen EU-Organen an: Europäische Kommission – Europäisches Parlament – Rat der EU (Ministerrat). Außer beim Parlament sind schon die Bezeichnungen ungewohnt. Wer ist denn hier eigentlich die Regierung? Dann gibt es ja auch noch den Europäischen Rat. Nein, der Europarat gehört nicht zur EU, das ist eine eigene internationale Organisation.



Die gute Nachricht ist, dass die Art und Weise, wie das EU-System Entscheidungen trifft, im Grunde ganz einfach ist: Der Rat entscheidet auf Vorschlag der Kommission unter Mitwirkung des Parlaments. Die schlechte Nachricht ist, dass das Zusammenspiel dieser drei Entscheidungsorgane unzählige Ausprägungen annehmen kann.

Vor allem die Mitwirkung des Parlaments unterscheidet sich ganz erheblich von Fall zu Fall. In manchen Fällen wirkt es lediglich beratend mit, in mehr und mehr Fällen ist es aber zum gleichberechtigten Mitspieler aufgestiegen. Das bedeutet, dass Rat und Parlament beide einem Gesetzesvorhaben zustimmen müssen, damit es beschlossen werden kann.

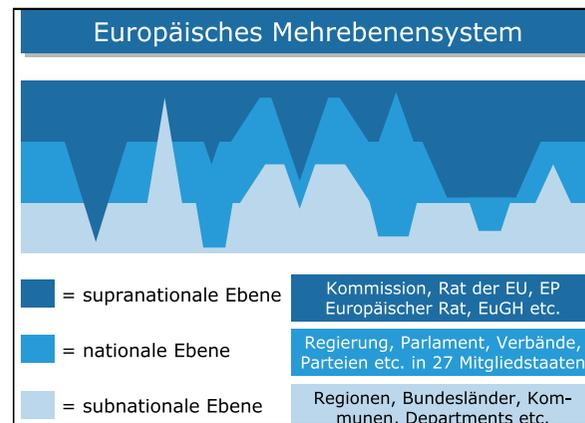
Im Rat sitzen die Minister der Mitgliedstaaten. Geht es um Umweltpolitik, setzt sich der Rat aus den Umweltministern der Regierungen der Mitgliedstaaten zusammen. Entsprechendes gilt für die anderen Politikbereiche (Wirtschaftspolitik, Außenpolitik, Agrarpolitik etc.). Das heißt aber, dass die nationalen Regierungen (Exekutive) im EU-System zum Gesetzgeber (Legislative) werden.



Allein dieses Beispiel macht schon deutlich, dass man mit den alten Kategorien der Politikwissenschaft im EU-System nicht weit kommt. Zu diesem Ergebnis kommt man auch, wenn man sich lange genug Gedanken darüber gemacht hat, ob der deutsche, französische oder polnische Umweltminister in Brüssel Innen- oder Außenpolitik macht. Kategorien wie Innen- und Außenpolitik greifen einfach nicht mehr.

Die meisten Politikwissenschaftler sprechen deswegen vom Europäischen Mehrebenensystem. Das heißt, sie betrachten alle Politikebenen im EU-Europa als ein zusammengehöriges System: Von den Städten und Kommunen über die Bundesländer und die nationale Ebene bis hin zur supranationalen Ebene der EU im engeren Sinne. Das ist deswegen sinnvoll, weil alle diese Ebenen bei Entscheidungen und ihrer Umsetzung eng zusammenarbeiten.

Stehen besonders wichtige Entscheidungen an – beispielsweise eine Änderung der Verträge, auf denen die EU beruht, oder die Erweiterung um neue Staaten, dann müssen alle Mitgliedstaaten noch einmal gesondert zustimmen. Der Fachausdruck dafür ist, dass die Mitgliedstaaten den Vertrag ratifizieren müssen. Das geschieht in jedem Land nach den jeweiligen Vorschriften. In manchen Ländern wird ein Vertrag durch Parlamentsbeschluss ratifiziert, in anderen hingegen ist eine Volksabstimmung erforderlich.

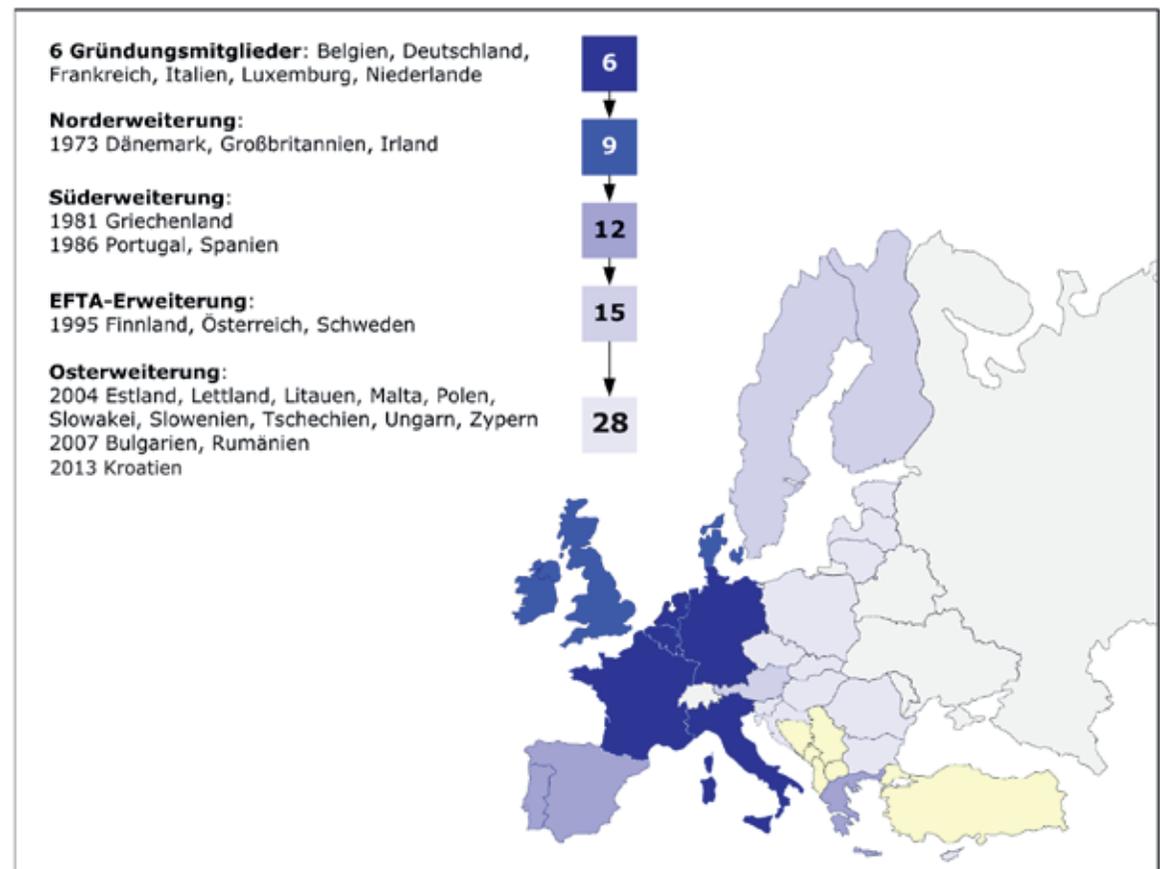


Konkret bedeutet das für einen Beitrittskandidaten, dass neben den EU-Organen (Kommission, Rat und Parlament) auch ALLE Mitgliedstaaten zustimmen müssen, bevor der Staat der EU beitreten kann. Trotz dieser schwierigen Erfordernisse hat es immer wieder Erweiterungsrounds gegeben. Die EU wurde in den 1950er Jahren von sechs Staaten gegründet, mittlerweile umfasst sie 27 Mitgliedstaaten.

Eines ist aber gleich geblieben in über 50 Jahren EU-Entwicklung: Frieden war von Anfang an das wichtigste Ziel der Zusammenarbeit und ist es bis heute geblieben. Nach dem Zweiten Weltkrieg stand die Versöhnung der ehemaligen Kriegsgegner (vor allem Deutschlands und Frankreichs) im Vordergrund, heute geht es um Frieden und Stabilität in ganz Europa (Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik) und der Welt.



Hierzu zählt in der heutigen Zeit auch die Gestaltung der Globalisierung. Selbst den großen Mitgliedstaaten würden dazu die Möglichkeiten fehlen, wenn sie auf sich allein gestellt wären. Die EU insgesamt aber bildet wirtschaftlich und politisch einen bedeutsamen Faktor und kann ihr Gewicht bei internationalen Verhandlungen mit Erfolg in die Waagschale werfen. Deshalb und weil sich die europäische Integration als sehr erfolgreiche Friedensstrategie erwiesen hat, ist die EU ein Vorbild für andere Weltregionen.



Szenario

Das nachfolgende Szenario dient dazu, die Ausgangssituation und die Problemfelder zu skizzieren, die den Rahmen der Erweiterung der Europäischen Union bestimmen. Es beschreibt das Umfeld, in dem sich die Akteure bewegen, wenn es darum geht, Kriterien, Fristen und Übergangsregelungen für die Aufnahme weiterer Staaten in die EU festzulegen und damit gemeinsam zu einer Entscheidung über die zukünftige Gestaltung des „Hauses Europa“ zu kommen.

Die reale Situation:

Seit ihren Anfängen ist die europäische Integration ein offener Prozess, der im Laufe der Zeit immer mehr Länder einbezogen hat. Seit ihrer Gründung im Jahr 1951 hat die Europäische Gemeinschaft sieben Erweiterungsrounds durchlaufen. Die letzte Erweiterung der Europäischen Union im Juli 2013 um Kroatien ist von ganz besonderer Bedeutung, da mit ihr die Erweiterung der EU um Staaten des westlichen Balkans fortgesetzt wird und als ein Signal für die ganze Region verstanden werden kann, dass trotz unterschiedlichster Krisen in der Europäischen Union am Grundsatz der Erweiterung festgehalten wird. Bereits mit den historischen Beitritten von Estland, Lettland, Litauen, Malta,

Polen, der Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern im Mai 2004 konnte der ehemalige „Eiserne Vorhang“, der Europa in Ost und West geteilt hatte, endgültig durchbrochen werden. Das europäische Haus umfasst nunmehr 28 vollwertige Mitglieder. Insgesamt sind es jetzt mehr als 500 Millionen Menschen, die in den Grenzen der EU mit 11,1 Billionen Euro ein Viertel des Bruttonationalprodukts der gesamten Welt erwirtschaften.



Das Szenario:

Unser Szenario konzentriert sich auf sieben weitere beitriftswillige Länder: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Serbien und die Türkei. In der ersten Phase nach den Erweiterungen von 2004 und 2007 haben alte und neue Mitgliedstaaten erste Erfahrungen mit den Chancen und Problemen der Zusammenarbeit in der großen EU der 27 gesammelt. Zusammen sind sie nun nach der Aufnahme von Kroatien im Jahr 2013 erneut mit der Entscheidung über die Aufnahme weiterer Mitglieder in die EU konfrontiert, denn alle verbleibenden sieben Staaten Südosteuropas haben angekündigt, sobald wie möglich einen Antrag auf Mitgliedschaft einzureichen.

Die Institutionen der EU mit nunmehr 28 Mitgliedstaaten sind nun gefordert, auf diese historische Situation zu reagieren und in einem konfliktreichen Umfeld die notwendigen Entscheidungen für die nächste Erweiterungsrunde zu treffen. Soll die EU weitere Mitglieder aufnehmen? Wenn ja, unter welchen Bedingungen? Und wann?

Vor dem Hintergrund dieser schwierigen Entscheidungen treffen heute die Europäische Kommission, der Ministerrat, die Abgeordneten des Europäischen Parlaments und die Vertreterinnen und Vertreter der beitriftswilligen Länder zusammen, um die Modalitäten einer möglichen nächsten Erweiterungsrunde zu diskutieren. Sie alle müssen zu einer Entscheidung über die Zukunft Europas kommen. Die Europäische Kommission, die schon lange auf eine Fortsetzung des Erweiterungsprozesses drängt, steht einer Aufnahme von Beitrittsverhandlungen grundsätzlich positiv gegenüber. Das Europäische Parlament wird sich in seinen nächsten Sitzungen mit den Kandidatenländern beschäftigen. Doch zu welchem Ergebnis die 28 Außenministerinnen und Außenminister auf ihrem anstehenden Ratstreffen kommen, ist noch völlig offen.



Folgende Problemkomplexe beherrschen die politische Landschaft zur Zeit der Beitrittsverhandlungen:

- ▶ In einem sehr allgemeinen Sinn dreht sich die Diskussion um die Frage, wo die endgültigen Grenzen der EU liegen und ob es sinnvoll ist, die Gemeinschaft immer weiter auszudehnen. In diesem Zusammenhang werden auch mögliche Alternativen zur Erweiterung diskutiert. Besonders im Falle der Türkei wird diese Alternativlösung oft vorgebracht, da immer wieder argumentiert wird, dass die Türkei geografisch nicht zu Europa gehöre und sich kulturell zu sehr von der EU unterscheide, um ein Vollmitglied zu werden. Diesem Argument wird von anderer Seite entgegengehalten, dass die EU keine kulturelle oder religiöse Vereinigung sei, sondern eine Wertegemeinschaft, die gerade von ihrer Vielfalt lebe.
- ▶ Weiteres Konfliktpotenzial zeigt sich bei einem Blick auf die Finanzierung der Erweiterung. Bereits jetzt besteht ein großes Wohlstandsgefälle zwischen den alten und insbesondere den 2007 und 2013 neu hinzugekommenen Mitgliedern Bulgarien, Rumänien und Kroatien, das die EU durch milliardenschwere Hilfszahlungen zu beheben versucht. Einige der jetzigen Mitgliedstaaten fürchten, dass sie bestimmte finanzielle Privilegien verlieren werden, sollte es zu einer erneuten Erweiterung kommen. Insgesamt wäre sehr viel mehr Geld nötig, um sowohl den alten als auch den neuen ärmeren Mitgliedstaaten eine angemessene Unterstützung zu garantieren. Das trifft jedoch auf den Widerstand derjenigen Mitgliedstaaten, die besonders viel zum Europäischen Haushalt beitragen und die zudem Last der Finanzkrise der Europäischen Union tragen.
- ▶ Diskussionen gibt es weiterhin bezüglich der möglichen Auswirkungen der Erweiterung auf die Wirtschaft und die Arbeitsmärkte in den jetzigen Mitgliedstaaten. Viele der betroffenen EU-Länder fürchten, dass Firmen ihre Produktion in die potenziellen neuen Mitgliedstaaten auslagern könnten, weil dort Löhne und Produktionskosten niedriger sind und dass umgekehrt im Rahmen der Personenfreizügigkeit billige Arbeitskräfte aus diesen Staaten zum Arbeiten in die alten Mitgliedsländer kommen werden.



- ▶ Die Diskussion um eine Erweiterung der EU muss aber auch immer im weiteren internationalen Kontext gesehen werden. Insbesondere zwei internationale Konflikte haben Auswirkungen auf die Beitrittsverhandlungen, da sie Mitgliedstaaten und/oder Beitrittskandidaten betreffen. Zunächst spielt der Zypernkonflikt eine elementare Rolle in den Verhandlungen mit der Türkei. Seit 1974 ist die Insel faktisch in zwei Teile geteilt: in den türkisch-zyprischen Norden, der nur von der Türkei als Staat anerkannt ist, und in die griechisch-zyprische Republik Zypern im Süden, die seit 2004 Mitglied der EU ist, von der Türkei jedoch nicht anerkannt wird. Ein UN-Referendum über die Wiedervereinigung der Insel ist im April 2004 an der Ablehnung der griechisch-zyprischen Bevölkerung im Süden der Insel gescheitert.
- ▶ Der zweite Konflikt, der sich auf die Beitrittsverhandlungen auswirkt, ist der Bürgerkrieg der neunziger Jahre auf dem Balkan. Diese gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen, die auf das Auseinanderbrechen der Republik Jugoslawien folgten, brachten fürchterliche ethnische Säuberungen und die Vertreibung hunderttausender Menschen mit sich und haben die Region für lange Zeit destabilisiert. Ein möglicher Beitritt bereits eines der acht Staaten zur EU könnte eine Art Vorbildfunktion für die anderen Staaten haben und wird als weiterer wichtiger Schritt zu einer dauerhaften Befriedung des Balkans gesehen. In diesem Zusammenhang ist die Aufklärung der begangenen Kriegsverbrechen noch nicht abgeschlossen. Die Zusammenarbeit mit den internationalen Gerichten könnte weiter verbessert werden.
- ▶ Die Anerkennung des Kosovo als unabhängigen Staat hat Unruhe in die Europäische Union gebracht. Fünf Staaten der EU haben den Kosovo bislang noch nicht anerkannt: Griechenland, Rumänien, die Slowakei, Spanien und Zypern. Die Aufnahme eines Staates, der nicht von allen Mitgliedern der EU anerkannt wird, ist jedoch nicht denkbar. Die EU muss deshalb eine gemeinsame Position zum Kosovo finden.



▶ Griechenland weigert sich, die Republik Mazedonien mit ihrem Verfassungsnamen anzuerkennen. Es ist ein Streit um die Frage entbrannt, ob jemand und wenn ja, wer in der EU bestimmen darf, welchen Namen sich ein anderes Volk gibt. Die Staaten der EU haben in dieser Frage keine einheitliche Meinung. Ein Teil der Staaten der Europäischen Union haben das Land bereits mit seinem Verfassungsnamen anerkannt. Gegen das Veto eines Mitgliedstaats wird jedoch kein neuer Staat in die EU aufgenommen werden können. Die EU muss deshalb eine gemeinsame Position in der Namensfrage finden.

▶ Schließlich ist eine Diskussion über die Erweiterung auch immer eine Diskussion über die EU und ihre so genannte „Aufnahmefähigkeit“. Je mehr Mitglieder an der gemeinsamen Entscheidungsfindung in den Institutionen beteiligt sind, desto komplizierter und schwerfälliger werden diese Prozeduren. Daher gingen bisherige Erweiterungen meistens mit einer Reform der Institutionen und Entscheidungsprozesse der EU einher. Unterschiedliche Ansichten herrschen allerdings hinsichtlich der Frage, wie die EU-Institutionen am besten an eine größere Anzahl von Mitgliedern angepasst werden können.

Die Institutionen und Entscheidungsmechanismen der EU bieten einen Rahmen, in dem all diese verschiedenen Interessen ausbalanciert und zu einem Kompromiss gebracht werden können. Schließlich geht es darum, zu einer Einigung über die zukünftige geografische und organisatorische Gestalt der Europäischen Union zu kommen, die für alle Seiten von Vorteil ist. Die Zukunft Europas liegt jetzt in Ihren Händen. Viel Glück für die Verhandlungen!

Wichtiger Hinweis: Die Simulation verkürzt den Erweiterungsprozess, der sich in der Realität über mehrere Jahre erstreckt, auf wenige Stunden und Tage.

Die Europäische Kommission

http://ec.europa.eu/index_de.htm

Die Kommission fördert die allgemeinen Interessen der Union und ergreift geeignete Initiativen zu diesem Zweck. Sie sorgt für die Anwendung der Verträge sowie der von den Organen kraft der Verträge erlassenen Maßnahmen. Sie überwacht die Anwendung des Unionsrechts unter der Kontrolle des Gerichtshofs der Europäischen Union.

(Art. 17 EU-Vertrag)

Die Europäische Kommission ist die ausführende Gewalt innerhalb der Europäischen Union. Sie ist dem Wohl der Union als Ganzes verpflichtet und nur dem Europäischen Parlament verantwortlich.

Die Europäische Kommission hat im Wesentlichen vier Aufgaben:

- ▶ Sie macht dem Parlament und dem Rat Vorschläge für neue Rechtsvorschriften.
- ▶ Sie setzt die EU-Politik um und verwaltet den Haushalt.
- ▶ Sie sorgt (gemeinsam mit dem Gerichtshof) für die Einhaltung des europäischen Rechts.
- ▶ Sie vertritt die Europäische Union auf internationaler Ebene, zum Beispiel beim Aushandeln von Übereinkommen zwischen der EU und anderen Ländern.

Die Kommission besitzt durch das Initiativrecht eine besondere Schlüsselrolle innerhalb der Institutionen der Europäischen Union. Bevor gemeinsame Schritte eingeleitet werden können, ist die Kommission dazu verpflichtet, durch die Unterbreitung eines Vorschlages die politische Initiative zu ergreifen, wenn dies im Interesse der Europäischen Union ist. Wenn also der Rat es für notwendig hält, dass die Union in einem Politikfeld tätig wird, muss er zunächst die Kommission auffordern, einen entsprechenden Vorschlag auszuarbeiten.



Bei der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) übernehmen im Allgemeinen der Europäische Rat und der Rat der Europäischen Union (Ministerrat) die Initiative, die Kommission ist jedoch an den Arbeiten beteiligt und kann selbst Vorschläge unterbreiten. Gemeinsam mit dem Rat ist die Kommission für gemeinsame Maßnahmen im Rahmen der Außen-, Sicherheits-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik verantwortlich. Kommission und Rat arbeiten zu diesem Zweck zusammen und stellen jeweils in ihrem Zuständigkeitsbereich die Durchführung der betreffenden Politiken sicher.

Die Fäden dieser unterschiedlichen Entscheidungsprozesse laufen immer wieder in der Kommission zusammen. Die letzte Entscheidung darüber, ob ein Vorschlag der Kommission umgesetzt wird oder nicht, liegt oft beim Rat der Europäischen Union. Im Rahmen der Gesetzgebung beschließen Europäisches Parlament und Rat der Europäischen

Art. 3 EU-Vertrag

(1) Ziel der Union ist es, den Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern.

(2) Die Union bietet ihren Bürgerinnen und Bürgern einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ohne Binnengrenzen, in dem – in Verbindung mit geeigneten Maßnahmen in Bezug auf die Kontrollen an den Außengrenzen, das Asyl, die Einwanderung sowie die Verhütung und Bekämpfung der Kriminalität – der freie Personenverkehr gewährleistet ist.

(3) Die Union errichtet einen Binnenmarkt. Sie wirkt auf die nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums und von Preisstabilität, eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt, sowie ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität hin. Sie fördert den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt.

Sie bekämpft soziale Ausgrenzung und Diskriminierungen und fördert soziale Gerechtigkeit und sozialen Schutz, die Gleichstellung von Frauen und Männern, die Solidarität zwischen den Generationen und den Schutz der Rechte des Kindes.

Sie fördert den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten.

Sie wahrt den Reichtum ihrer kulturellen und sprachlichen Vielfalt und sorgt für den Schutz und die Entwicklung des kulturellen Erbes Europas.

(4) Die Union errichtet eine Wirtschafts- und Währungsunion, deren Währung der Euro ist.

(5) In ihren Beziehungen zur übrigen Welt schützt und fördert die Union ihre Werte und Interessen und trägt zum Schutz ihrer Bürgerinnen und Bürger bei. Sie leistet einen Beitrag zu Frieden, Sicherheit, globaler nachhaltiger Entwicklung, Solidarität und gegenseitiger Achtung unter den Völkern, zu freiem und rechtem Handel, zur Beseitigung der Armut und zum Schutz der Menschenrechte, insbesondere der Rechte des Kindes, sowie zur strikten Einhaltung und Weiterentwicklung des Völkerrechts, insbesondere zur Wahrung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen.

(6) Die Union verfolgt ihre Ziele mit geeigneten Mitteln entsprechend den Zuständigkeiten, die ihr in den Verträgen übertragen sind.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Union gemeinsam über die Initiativen der Kommission. Die Kommission hat die Aufgabe, zwischen den unterschiedlichen Positionen im Rat oder zwischen dem Rat und dem Parlament zu vermitteln. Ihre zentrale Rolle wird dadurch deutlich, dass der Rat im Gesetzgebungsverfahren ihre Vorschläge mit qualifizierter Mehrheit annehmen, aber nur einstimmig ablehnen kann.

Als Beispiel soll an dieser Stelle die Annahme dienen, dass die Kommission Bedarf für europäische Rechtsvorschriften gegen die Verschmutzung der Flüsse in Europa sieht. Die Generaldirektion Umwelt arbeitet nun auf der Grundlage von umfassenden Gesprächen mit europäischen Unternehmen und Landwirten, mit Umweltministerien in den Mitgliedstaaten und Umweltschutzorganisationen einen Vorschlag aus.

Der Entwurf wird dann mit den anderen Kommissionsdienststellen erörtert sowie vom Juristischen Dienst und dem Generalsekretariat geprüft. Sobald der fertige Vorschlag vorliegt, wird er auf die Tagesordnung der nächsten Kommissionssitzung gesetzt. Stimmen ihm mindestens 15 der 28 Kommissionsmitglieder zu, ist er von der Kommission angenommen und hat die uneingeschränkte Unterstützung des gesamten Kollegiums. Der Vorgang wird dann an das Europäische Parlament und an den Rat der Europäischen Union als Initiative zur Gesetzgebung in diesem Bereich weitergeleitet.

Die Europäische Kommission besitzt auch die Kompetenz zur Durchführung von Verhandlungen. So schließt die Kommission für die Union beispielsweise Handelsverträge mit Drittstaaten ab oder führt Verhandlungen über Handelsabkommen.

In einigen speziellen Politikfeldern, wie z.B. der Agrarpolitik und der Wettbewerbspolitik, in denen ausschließlich die Europäische Union zuständig ist, fallen der Kommission exekutive Aufgaben zu. Damit ist sie für die Ausführung der Politik der Europäischen Union verantwortlich.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	-------------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Die Kommission hat zu überprüfen, ob das beschlossene Recht eingehalten und richtig angewendet wird. Sie wird deswegen auch als Hüterin der Verträge bezeichnet. So kann sie beispielsweise bei dem Verdacht, dass Mitgliedstaaten gegen das Recht der Europäischen Union verstoßen, vor dem Europäischen Gerichtshof der EU Anklage erheben.

Der Kommission stehen zur Erreichung ihrer Ziele unterschiedliche Instrumente zur Verfügung. So legt die Kommission unter anderem Strategiepapiere vor, gibt Empfehlungen und Mitteilungen an den Rat, schließt internationale Abkommen und koordiniert humanitäre Hilfe.

Gegenwärtig besteht die Europäische Kommission aus dem Präsidenten der Kommission und 27 weiteren Kommissaren. Jeder Kommissar vertritt spezielle Politikfelder. Die Entscheidungen werden mit absoluter Mehrheit (mindestens 15 anwesende Mitglieder stimmen zu) gemeinsam getroffen. Die Kommission muss sich zu Beginn ihrer Amtsperiode der Zustimmung durch das Europäische Parlament stellen. Ihre Amtszeit beträgt fünf Jahre.

Im Politikfeld der Erweiterung der Europäischen Union spielt die Kommission eine ganz besondere Rolle. Der Kommissar für Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik ist in der Praxis für den Vorbereitungsprozess und die Beitrittsverhandlungen zuständig und trägt die Verantwortung für alle bilateralen Beziehungen mit den Ländern, die einen Beitrittsantrag gestellt haben. Obwohl es nahe liegen würde, ist die Hohe Vertreterin für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die zugleich als Vizepräsidentin Mitglied der Kommission ist, nicht mit der Kompetenz für die Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik ausgestattet worden. Für dieses wichtige Aufgabenfeld ist stattdessen weiterhin ein eigenständiger Kommissar zuständig.



Im Interesse der gesamten Union setzt dieser sich für das Gelingen der Erweiterung ein. Daher ist es für ihn empfehlenswert, sowohl mit den Vertretern der Beitrittskandidaten als auch mit den europäischen Institutionen gute Kontakte zu pflegen. Mit den einen, um sie in ihrem Integrationsprozess in die Union so gut wie möglich unterstützen zu können, mit den anderen, um integrationsfördernde Lösungen einbringen und für diese in aller Überzeugung werben zu können.

Um dieses Ziel zu erreichen, stehen Ihnen als Kommissar und Mitglied der Kommission einige Mittel zur Verfügung (je nach eigener Einschätzung):

- ▶ Sie sind bzw. werden ein Kenner der Fortschritte und Probleme in den Beitrittskandidatenländern.
- ▶ Sie sind ein Experte bei informellen Verhandlungen mit den Ministern und Parlamentariern.
- ▶ Sie versuchen, die Vertreter der Presse zu beeinflussen.
- ▶ Um die Unterstützung der Bevölkerung zu erhalten, starten Sie eine große Pressekampagne.
- ▶ Sie bitten die beteiligten Verhandlungspartner immer wieder um konstruktive Zusammenarbeit.
- ▶ Sie unterbreiten dem Rat und dem Parlament selbst Vorschläge, die trotz der unterschiedlichen Interessen in den jeweiligen Ländern oder Fraktionen eine Zustimmung finden können.

Zur Erinnerung: Welche Rolle spielt die Europäische Kommission im Erweiterungsprozess?

Art. 49 EUV [Aufnahme weiterer Mitglieder):

„Jeder europäische Staat [...] kann beantragen, Mitglied der Union zu werden. Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente werden über diesen Antrag unterrichtet. Der antragstellende Staat richtet seinen Antrag an den Rat; dieser beschließt einstimmig nach Anhörung der Kommission und nach Zustimmung des Europäischen Parlaments, das mit der Mehrheit seiner Mitglieder beschließt. Die vom Europäischen Rat vereinbarten Kriterien werden berücksichtigt.“



Ihre Aufgaben als Kommissionspräsident/in oder Kommissar/in für Erweiterung (während der Simulation):

- ▶ Sie eröffnen als Präsidentin/Präsident mit einer vorbereiteten Rede die Simulation.
- ▶ Sie erarbeiten sich mit Hilfe des Rollenprofils, der Eröffnungsrede und der Informationen über die Beitrittskandidaten Ihre Position.
- ▶ Sie klären und verabschieden eine Geschäftsordnung für die Europäische Kommission (Ablauf der Sitzung, Protokollführung etc.).
- ▶ Sie erhalten durch die Vorsitzende/den Vorsitzenden des Rates der Europäischen Union die Aufnahmege suchte der beitragswilligen Staaten auf Grundlage der Kriterien von Kopenhagen.
- ▶ Sie erhalten vom Rat der Europäischen Union den Auftrag, eine Stellungnahme zu den Beitrittsanträgen zu erarbeiten.
- ▶ Sie führen persönliche Informationsgespräche mit den Vertretern der beitragswilligen Länder.
- ▶ Sie arbeiten eine Stellungnahme zu den Anträgen der beitragswilligen Länder aus: Beschreibung der politischen und wirtschaftlichen Situation dieser Länder, Hinweise auf mögliche Probleme während der Beitrittsverhandlungen und Empfehlungen über die Aufnahme der Verhandlungen.
- ▶ Sie präsentieren die Stellungnahme dem Rat der Europäischen Union.
- ▶ Nach dem Beschluss des Rates der Europäischen Union über den Kandidatenstatus werden sie durch den Rat der Europäischen Union mit der Durchführung der Verhandlungen beauftragt.
- ▶ Sie formulieren die Beitrittsabkommen.
- ▶ Sie laden zur „Abschlusskonferenz“ ein.
- ▶ Sie bereiten die Abschlussrede der Präsidentin/des Präsidenten vor.

Wichtig: Die Kommission ist die Mittlerin zwischen dem Rat und dem Parlament; sie muss das Parlament kontinuierlich über den Fortgang der Verhandlungen informieren. In der Realität werden die geschlossenen Abkommen anschließend an EU-Länder (d.h. an die Minister) zur Ratifizierung durch die Verfassungsorgane des jeweiligen Mitgliedstaates weitergeleitet. Dieser Schritt entfällt in der Simulation.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	-------------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Rede der Kommissionspräsidentin/ des Kommissionspräsidenten

„Sehr geehrte Ministerinnen und Minister,
sehr geehrte Abgeordnete,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, Sie heute zu dieser feierlichen Stunde hier in Brüssel begrüßen zu dürfen. Wir alle sehen der Konferenz und den anstehenden Verhandlungen mit großen Erwartungen entgegen.

In den Jahren 2004 und 2007 sind der Europäischen Union zwölf mittel- und osteuropäische Staaten erfolgreich beigetreten. 2013 konnte der Beitritt von Kroatien, einem weiteren Staat des ehemaligen Jugoslawien erfolgen. Nun stehen weitere Gespräche mit sechs Staaten des westlichen Balkans und der Türkei an.

Heute liegt es an Ihnen, meine Damen und Herren, die Annäherung, die im Lauf der Jahre so weit vorangeschritten ist, zu vollenden. Dass die Erweiterung kommen muss, ist uns allen bewusst. Es ist Ihre Aufgabe zu entscheiden, wann dem Europäischen Haus wie viele neue Wohnungen hinzugefügt werden. Sicher wird sich dies in Etappen vollziehen, und einige Länder werden früher beitreten können als andere.

Vor mehr als 60 Jahren war es die Vision der Gründungsväter, eine Europäische Gemeinschaft des Friedens, der Stabilität und des Wohlstands zu errichten. Dieses europäische Ideal ist für unsere Bürgerinnen und Bürger von Bedeutung – heute wie damals. Wir können uns also nicht auf dem bereits Erreichten ausruhen.



Mit militärischer Gewalt ausgetragene Konflikte haben in den letzten Jahren Krieg, Vertreibung und unermessliches Leid über die Menschen im ehemaligen Jugoslawien gebracht. Wir, die Länder der EU, wollen diese schrecklichen Erfahrungen gemeinsam überwinden und uns mit den Ländern des westlichen Balkans und der Türkei zu einer immer enger werdenden demokratischen Wertegemeinschaft zusammenschließen.

Ich denke, wir sollten unseren direkten Nachbarn die Chance einer Teilhabe am europäischen Projekt nicht verwehren. Denn noch immer gibt es Unsicherheit, wirtschaftliche Probleme und Armut in Europa. Wir dürfen die Augen auch nicht vor zunehmendem Nationalismus und mangelndem Respekt vor den Rechten nationaler Minderheiten verschließen. In einer vernetzten Welt im Zeitalter der Globalisierung sind die Probleme nicht mehr nur vor der eigenen Haustür zu klären. Sie erfordern Zusammenarbeit – auch eine europäische Zusammenarbeit!

Es ist eine unablässige Aufgabe für uns, im Europäischen Haus weiter für Einigkeit zu sorgen und es auszubauen, und diese Aufgabe liegt jetzt in Ihren Händen! Sie entscheiden, welche Länder zu welchem Zeitpunkt der Europäischen Union beitreten können und werden!

Die Europäische Union wird durch eine Erweiterung in Richtung Südosten reicher und vielfältiger an kulturellen und regionalen Identitäten. Der historische Prozess der Erweiterung birgt die einmalige Chance, eine „neue Architektur“ für Gesamteuropa zu schaffen, in der Frieden und Sicherheit zu einer Partnerschaft der Kulturen führen kann und in der dem „Kampf der Kulturen“ eine entschiedene Absage erteilt wird.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Wir alle spüren derzeit den Gegenwind. Er ist kälter geworden. Überall werden die Skeptiker lauter, die gegen Europa und gegen die Erweiterung sprechen und dabei auf Unwissen, Ängste und Vorurteile setzen. Risiken und Probleme dürfen nicht verschwiegen, sondern müssen thematisiert und gelöst werden. Aber es bleibt dabei: Das größte Risiko für die Zukunft Europas in Frieden und Sicherheit wäre es, wenn wir die historische Chance zur weiteren Einigung unseres Kontinents verstreichen ließen, weil uns auf den letzten Metern der Mut verlässt.

Deshalb bitte ich Sie um eine konstruktive Zusammenarbeit mit der Kommission und appelliere an beide Seiten, an die EU, aber auch an die beitrittswilligen Länder, die vor uns liegende Zeit energisch zu nutzen, das Tempo zu halten und neue Kräfte zu mobilisieren, damit das gemeinsam gesetzte Ziel erreicht werden kann.

Ich darf Sie nun bitten, mit Ihren Beratungen in den Gremien zu beginnen und wünsche Ihnen viel Erfolg in den Verhandlungen! Meine Damen und Herren, vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Der Rat

www.consilium.europa.eu

Die Entscheidungsfindung in der Europäischen Union ist zwischen den gemeinschaftlichen europäischen Institutionen (Europäisches Parlament und Europäische Kommission) und den Regierungen der Mitgliedstaaten aufgeteilt.

Der Rat besteht aus den (Fach-)Ministern der Mitgliedstaaten und wirkt als Legislative (rechtsetzende Gewalt) und Exekutive (ausführende Gewalt). Aus diesem Grund wird der Rat auch häufig Ministerrat genannt.

Je nach angewandtem Entscheidungsverfahren hat das Europäische Parlament mehr oder weniger Mitbestimmungsrechte.

Bei der Erweiterung der EU ist die Zustimmung des Europäischen Parlaments erforderlich.

Deswegen kann der Rat das Europäische Parlament im Entscheidungsprozess keinesfalls außer Acht lassen; er muss immer die Position des Europäischen Parlaments mit bedenken.

Neben den (Fach-)Ministern treffen sich vier Mal im Jahr die europäischen Staats- und Regierungschefs zu einem sogenannten Gipfel. Dieses Gremium heißt Europäischer Rat und wird aufgrund des ähnlichen Namens häufig mit dem Rat der (Fach-)Minister verwechselt.

Ihre Rolle als Minister eines Mitgliedstaates

Der Rat ist neben dem Europäischen Parlament der Hauptgesetzgeber in der Europäischen Union. Er besteht aus den Fachministern der Mitgliedstaaten, wobei jedes Land jeweils einen Vertreter in den Rat entsendet. Die Sitzungen des Rats finden einmal oder manchmal auch mehrmals im Monat in Brüssel statt. Je nach Politikfeld setzt sich der Rat dazu in mittlerweile insgesamt zehn unterschiedlichen Formationen zusammen (z.B. Rat der Umweltminister, Rat der Agrarminister, Rat der Wirtschafts- und Finanzminister). Eine Ausnahme bilden gemäß dem Vertrag von Lissabon die Außenminister. Diese kommen in zwei unterschiedlichen so genann-



ten Ratsformationen zusammen (Allgemeiner Rat und Rat für Außenbeziehungen). Bei Erweiterungsfragen tagt er als Allgemeiner Rat, der sich mit zentralen Fragen der Europäischen Union beschäftigt. Im Rat für Außenbeziehungen hat – abweichend von dem System der im Turnus von sechs Monaten wechselnden Ratspräsidentschaft, das auch für den Allgemeinen Rat angewendet wird – die Hohe Vertreterin für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik dauerhaft den Vorsitz. Der Rat für auswärtige Angelegenheiten hat keine Entscheidungsbefugnis im Hinblick auf die Erweiterung der Europäischen Union. Hier entscheidet der Allgemeine Rat, der sich aber ebenso aus den Außenministerinnen und -minister zusammensetzt.

Der Rat in seinen unterschiedlichen Formationen hat sechs zentrale Aufgaben:

- ▶ Er verabschiedet zusammen mit dem Europäischen Parlament europäische Rechtsvorschriften.
- ▶ Er sorgt für die Abstimmung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik in den Mitgliedstaaten.
- ▶ Er schließt internationale Übereinkünfte zwischen der EU und anderen Staaten oder internationalen Organisationen.
- ▶ Gemeinsam mit dem Europäischen Parlament genehmigt er den Haushaltsplan der EU.
- ▶ Auf der Grundlage der vom Europäischen Rat (Staats- und Regierungschefs) festgelegten allgemeinen Leitlinien entwickelt er die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP: weitere Einzelheiten siehe Abschnitt über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik).
- ▶ Er koordiniert die Zusammenarbeit der nationalen Gerichte und Polizeikräfte in Strafsachen (siehe Abschnitt Freiheit, Sicherheit und Recht).

Auf die Arbeit des Rats wird im Folgenden näher eingegangen.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

1. Rechtsvorschriften

Ein großer Teil der europäischen Rechtsvorschriften wird von Rat und Parlament gemeinsam verabschiedet.

In der Regel wird der Rat nur auf Vorschlag der Kommission tätig. Nach der Annahme von europäischen Rechtsvorschriften ist normalerweise die Kommission dafür verantwortlich, dass diese korrekt angewendet werden.

2. Koordinierung der Politik der Mitgliedstaaten

Die EU-Staaten haben sich für eine allgemeine Wirtschaftspolitik ausgesprochen, die auf einer guten Abstimmung ihrer nationalen Wirtschaftspolitik beruht. Diese Koordinierung erfolgt durch die Wirtschafts- und Finanzminister, die zusammen den Rat „Wirtschaft und Finanzen“ (ECOFIN) bilden.

Weitere Ziele sind die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Verbesserung der Bildungs-, Gesundheits- und Sozialsysteme. Obwohl jeder EU-Mitgliedstaat für seine eigene Politik in diesen Bereichen zuständig ist, ist eine Einigung auf gemeinsame Ziele und das Lernen aus den Erfahrungen der anderen möglich und sinnvoll. Dieser Prozess heißt „Methode der offenen Koordinierung“ und findet innerhalb des Rats statt.

3. Abschluss internationaler Übereinkünfte

Jedes Jahr unterzeichnet der Rat mehrere Übereinkünfte zwischen der Europäischen Union und Drittländern sowie internationalen Organisationen. Diese Übereinkünfte können sich auf große Bereiche wie Handel, Zusammenarbeit und Entwicklung beziehen oder spezifische Themen betreffen wie Textilwaren, Fischerei, Wissenschaft und Technologie, Verkehr usw.

Darüber hinaus kann der Rat Übereinkommen zwischen den Mitgliedstaaten der EU in Bereichen wie Besteuerung, Gesellschaftsrecht oder konsularischer Schutz abschließen. Außerdem kann die Zusammenarbeit im Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht Gegenstand von Übereinkünften sein.



4. Annahme des EU-Haushalts

Der Haushaltsplan der EU wird jährlich vom Rat und vom Europäischen Parlament gemeinsam verabschiedet.

5. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

Die EU-Mitgliedstaaten arbeiten an der Entwicklung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Allerdings behalten dabei die einzelnen Regierungen die Kontrolle über ihre Außenpolitik, Sicherheit und Verteidigung. Sie haben die nationalen Hoheitsrechte in diesen Bereichen nicht abgegeben, so dass das Parlament und die Europäische Kommission hier nur eine beschränkte Rolle spielen. Die EU-Staaten können jedoch von einer Kooperation in diesen Angelegenheiten stark profitieren, und der Rat bildet das wichtigste Forum, in dem diese „zwischenstaatliche Zusammenarbeit“ stattfindet.

Damit die EU effizienter auf internationale Krisen reagieren kann, hat sie eine „Schnelleingreiftruppe“ aufgestellt. Hierbei handelt es sich nicht um eine europäische Armee. Die Soldaten bleiben vielmehr Teil der nationalen Streitkräfte und stehen unter nationalem Kommando. Ihre Funktion beschränkt sich auf humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Maßnahmen und andere Aufgaben in der Krisenbewältigung. Beispielsweise führte die EU 2003 eine militärische Operation unter der Bezeichnung „Artemis“ in der Demokratischen Republik Kongo durch und begann 2004 eine friedenssichernde Maßnahme mit dem Namen „Althea“ in Bosnien und Herzegowina.

Bei solchen Einsätzen wird der Rat unterstützt durch:

- ▶ das Politische und Sicherheitspolitische Komitee (PSK),
- ▶ den Militärausschuss der Europäischen Union (EUMC) und
- ▶ den Militärstab der Europäischen Union (EUMS), der aus Militärsachverständigen besteht, die von den Mitgliedstaaten in das Ratssekretariat abgeordnet werden.



6. Freiheit, Sicherheit und Recht

Die Bürger der Europäischen Union können in jedem beliebigen EU-Land leben und arbeiten. Daher müssen sie auch in der gesamten Europäischen Union gleichberechtigten Zugang zur Zivilgerichtsbarkeit haben. Die nationalen Gerichte müssen zusammenarbeiten, um beispielsweise sicherzustellen, dass ein Scheidungsurteil oder eine Entscheidung über das Sorgerecht für Kinder aus einem EU-Land in allen anderen Mitgliedstaaten anerkannt wird.

Die Freizügigkeit innerhalb der EU ist ein großer Vorteil für gesetzestreue Bürger, wird aber auch von international operierenden Verbrechern und Terroristen ausgenutzt. Die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität erfordert die grenzübergreifende Zusammenarbeit der nationalen Gerichte, Polizeikräfte, Zollbeamten und Einwanderungsbehörden aller EU-Staaten.

Sie müssen zum Beispiel sicherstellen, dass

- ▶ die Außengrenzen der EU wirkungsvoll gesichert werden;
- ▶ Zollbeamte und Polizisten Informationen über die Bewegungen mutmaßlicher Drogenhändler oder Schleuser austauschen;
- ▶ Asylbewerber in der ganzen EU gleich beurteilt und behandelt werden, um das „Asylhopping“ zu verhindern.
- ▶ Diese Fragen werden vom Rat „Justiz und Inneres“, d.h. von den Justiz- und Innenministern, behandelt. Angestrebt wird die Errichtung eines „Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ innerhalb der EU-Grenzen.

Gemäß dem Vertrag von Lissabon ist der Rat als Institution der Europäischen Union dazu verpflichtet, die Interessen der EU als Ganzes zu vertreten. Dennoch ist es nicht verwunderlich, dass die Minister der Mitgliedstaaten die anstehenden Themen bzw. Entscheidungen auch aus ihrer nationalen Perspektive bewerten. Die Staaten haben zahlreiche nationale Interessen, wobei europäische Integration und Erweiterung nur zwei von vielen Zielen sind. Bei Fragen zur Erweiterung der EU muss im Rat weiterhin eine einstimmige Entscheidung herbeigeführt werden, auch wenn seit Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon die Regelung der Einstimmigkeit im Rat für Entscheidungen in vielen Fragen der Fachpolitik zu Gunsten der Mehrheitsentscheidung abgeschafft worden ist.



Für Sie als Ministerin oder Minister eines Mitgliedstaats bedeutet das, dass Sie sich mit Ihren Kollegen so lange auseinandersetzen müssen, bis Einstimmigkeit erreicht ist. Lettland muss also genauso zustimmen wie Deutschland. Auch wenn es sicherlich Unterschiede bezüglich des tatsächlichen Einflusses der Länder mit Blick auf Einwohnerzahl und Wirtschaftskraft gibt, bei Abstimmungen über die Erweiterung zählt am Ende jede Stimme gleich viel.

Es ist wichtig, dass Sie in der Simulation den Konsens suchen und finden!

Manchmal kann es passieren, dass Minister versuchen, eine Entscheidung zu verhindern, die möglicherweise einen Nachteil für das eigene Land nach sich ziehen könnte. Eine notwendige gemeinsame Entscheidung zu treffen und gleichzeitig die wichtigen eigenen Interessen zu wahren, ist nicht immer einfach. Als Folge entstehen oft „verwässerte“ Kompromisse.

Für Sie als Ministerin oder Minister heißt das, dass Sie immer die Interessen Ihres Landes bedenken müssen, während Sie auf der Suche nach einer gemeinsamen Position im Rat der Union sind. Sie müssen eine Strategie finden, um Ihre Positionen umsetzen zu können, ohne die Regeln der Diplomatie zu verletzen. Daher ist es sehr empfehlenswert, Kontakte zu anderen Ministerkollegen oder Abgeordneten aus dem Europäischen Parlament zu knüpfen, um deren Position herauszufinden und die Chancen zu erhöhen, Verbündete für die eigenen Ziele zu gewinnen.

Um dies zu erreichen, stehen Ihnen einige Mittel zur Verfügung (je nach eigener Einschätzung):

- ▶ Sie nutzen insbesondere informelle Verhandlungen mit anderen Kollegen, weil Sie persönlich besonders gut überzeugen können.
- ▶ Sie versuchen, die Vertreter der Presse zu beeinflussen.
- ▶ Um die Unterstützung Ihrer Bevölkerung zu erhalten, starten Sie eine große Pressekampagne.
- ▶ Sie drohen, die Vorschläge der anderen Länder zu blockieren.
- ▶ Sie suchen so genannte „Paket-Lösungen“ (Sie machen in einem Bereich Zugeständnisse, um an anderer Stelle Ihre Interessen durchzusetzen), weil innerhalb der EU der Konsens wichtig ist!



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Bedenken Sie: Nur mit einer gemeinsamen Entscheidung können Sie Europa auch in Ihrem eigenen Interesse voranbringen!

Zur Erinnerung: Welche Rolle spielt der Rat im Erweiterungsprozess?

Art. 49 EUV [Aufnahme weiterer Mitglieder]

„Jeder europäische Staat [...] kann beantragen, Mitglied der Union zu werden. Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente werden über diesen Antrag unterrichtet. Der antragstellende Staat richtet seinen Antrag an den Rat; dieser beschließt einstimmig nach Anhörung der Kommission und nach Zustimmung des Europäischen Parlaments, das mit der Mehrheit seiner Mitglieder beschließt. Die vom Europäischen Rat vereinbarten Kriterien werden berücksichtigt.“

Ihre Aufgaben als Ministerin/Minister während der Simulation

- ▶ Sie erarbeiten sich mit Hilfe des Rollenprofils Ihre Position; bei der Aufnahmekonferenz haben Sie die Möglichkeit für erste informelle Kontakte.
- ▶ Sie wählen aus Ihren Reihen mit einfacher Mehrheit eine Präsidentin/einen Präsidenten, die/der die Sitzungen des Rats leitet, außerdem bestimmen Sie eine Protokollführerin bzw. einen Protokollführer. Sie klären und verabschieden eine Geschäftsordnung wie z.B. Redezeiten, Ablauf, Protokoll. Sie geben Ihr individuelles Statement ab (maximal drei Minuten je Statement).
- ▶ Sie nehmen die Anträge der Beitrittskandidaten entgegen und beauftragen die Kommission mit einer Stellungnahme.
- ▶ Sie geben eine Presseerklärung ab.
- ▶ Die Beitrittskandidaten präsentieren sich im Rat.
- ▶ Die Kommission präsentiert ihre Stellungnahme im Rat. Sie legen gemeinsame Standpunkte auf der Grundlage der Kommissionsvorschläge fest.
- ▶ Sie beauftragen die Kommission mit der Verhandlungsführung, die Ratspräsidentin/der Ratspräsident nimmt an den Verhandlungen teil. Sie erarbeiten die Beitrittsbedingungen.
- ▶ Der Rat hat einstimmig über Beitrittsverträge abzustimmen, die Beitrittsländer sind Gast bei der Abstimmung.
- ▶ Mitglieder des Rates halten auf der abschließenden Aufnahmekonferenz Reden.
- ▶ Sie unterzeichnen auf der feierlichen Aufnahmekonferenz (gegebenenfalls) die Beitrittsabkommen und stehen im Anschluss für eventuelle Interviews oder eine Talkshow bereit.

Belgien (Belge/Belgique)



HAUPTSTADT Brüssel (1,099 Mio. Einwohner)
STAATSFORM parlamentarische Monarchie, föderaler Staat mit Zweikammersystem
FLÄCHE 32.545 km²
EINWOHNER 10,789 Millionen
EINWOHNER/KM² 362
BIP/EINWOHNER (2011) 29.800 Euro
WACHSTUMSRATE (2011) 1,8%
ARBEITSLOSENQUOTE 7,2%
SPRACHEN 59 %Flämisch (Niederländisch), 40%Französisch, 1,2% Deutsch
RELIGIONEN 75% Katholiken, 4% Muslime, 0,7% Protestanten, 16% konfessionslos
ETHNISCHE GRUPPEN 59% Flamen, 40% Wallonen, 1% Deutschsprachige
BEITRITT ZUR EG/EU Gründungsmitglied
STAATSOBERHAUPT König Albert II.
REGIERUNGSCHEF Elio Di Rupo
WEITERE INFORMATIONEN www.diplomatie.be

*Der Neue Fischer Weltatlas 2012 // Wirtschaftsdaten: Eurostat
epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home*

Sie sind die Vertreterin/der Vertreter Belgiens. Kurz nach der Aufnahme von Kroatien sind Sie nun erneut mit der Entscheidung über weitere Beitrittsgesuche konfrontiert.

Belgien in der EU

Belgien ist eines der sechs Gründungsmitglieder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und hat von Beginn an dem Aufbau eines geeinten Europas höchste Priorität beigemessen. Gerade als mittelgroßes Land sieht Belgien seine elementaren Interessen und seinen internationalen Einfluss am besten in einer starken, supranational organisierten Union gesichert. Diese Einsicht hat sich im Laufe der Einigungsgeschichte immer wieder



durch eine äußerst konstruktive und integrationsfreundliche Haltung des Landes bei den verschiedenen europäischen Reformschritten (Maastricht, Amsterdam, Nizza und dem Vertrag von Lissabon) geäußert. Bei all diesen Reformbemühungen und zuletzt besonders im Rahmen des Verfassungskonvents und der anschließenden Regierungskonferenz haben sich die belgischen Regierungen in den letzten Jahren mit großem Nachdruck für die Stärkung der integrativen Mechanismen in der EU ausgesprochen. Belgien sieht darin nicht zuletzt auch einen Schutz gegen einen zu starken Einfluss der großen EU-Mitgliedstaaten und eine Voraussetzung dafür, dass ein Europa mit mehr als 28 Mitgliedstaaten auf Dauer handlungsfähig bleiben kann.

Während die belgischen Regierungen diesen europafreundlichen Kurs fortschrieben, durchlebte die belgische Bevölkerung in den letzten Jahren eine intensive interne Auseinandersetzung um die zukünftige Gestaltung der Europäischen Union. Aus den Wahlen zum belgischen und zum Europäischen Parlament sind die Anhänger der radikalen Gruppierung Vlaams Belang, die sich für eine Stärkung der Regionen auch innerhalb Belgiens aussprechen und die bisherigen Erfolge des europäischen Einigungsprozesses in Frage stellen, mit mehr als zehn Prozent der Wählerstimmen gestärkt hervorgegangen. Außer dieser radikalen Gruppierung in Flandern und ihrem politisch unbedeutenden Pendant in der Wallonie (Front National) sind die anderen belgischen Parteien Anhänger des europäischen Einigungsprozesses. Auch die belgische Regierung setzt sich für die Fortsetzung der europäischen Integration und der damit verbundenen Erweiterung ein.

Entscheidend für die belgische Position ist trotz allem die Stärkung der Kompetenzen der Europäischen Union. So soll endlich sowohl eine gemeinsame Außenpolitik auf den Weg gebracht werden, die eine autonome europäische Verteidigung ermöglicht, als auch eine gemeinsame Rechts- und Einwanderungspolitik geschaffen werden. Die Einbeziehung der Union in die Felder Umwelt, Soziales und Steuern und eine Angleichung der Wirtschaftspolitiken zur Unterstützung der Wirtschafts- und Währungsunion sollen intensiviert werden. Gerade im Bereich der gemeinsamen Sozialpolitik mahnt Belgien erheblichen Handlungsbedarf an. Hier muss eine Angleichung erreicht werden, die in den alten wie in den neuen Mitgliedstaaten einen modernen Sozialstaat ermöglicht und sichert.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Belgien und die nächste Erweiterung

Belgien hat bereits die letzten Erweiterungen der Europäischen Union um insgesamt dreizehn neue Mitgliedstaaten aktiv unterstützt und unterstreicht auch jetzt die allseitigen Vorteile einer erneuten Erweiterungsrunde, die auch die Türkei mit einbeziehen soll. Das Land sieht in der fortschreitenden Erweiterung ein Erfolgsmerkmal des europäischen Modells eines auf einem gemeinsamen Wertefundament basierenden politischen Zusammenschlusses, der seinen Bürgern Freiheit, Demokratie und Wohlstand bringt.

Die Anziehungskraft dieser Idee und die Tatsache, dass sich die EU immer als offene Gemeinschaft verstanden hat, tragen aus Belgiens Sicht dazu bei, Frieden, Stabilität und europäische Werte auf dem gesamten Kontinent zu verankern. In diesem Sinne unterstützt die belgische Regierung eine Beitrittsperspektive für die Balkanländer, wodurch die Stabilität in der gesamten Region gesichert werden soll, ebenso wie für die Türkei, deren enorme Reformfortschritte in Richtung Europa nicht unbelohnt bleiben dürfen. Darüber hinaus will Belgien die EU als eine wertebasierte und interkulturelle Gemeinschaft verstanden wissen und nicht als einen geschlossenen christlichen Kreis. Für den angestrebten Dialog zwischen den Kulturen und für die sicherheitspolitische Stabilisierung des Kontinents ist die Mitgliedschaft der Türkei unerlässlich. Allerdings müssen die Reformbemühungen im Land konsequenter vorangetrieben werden.

Darüber hinaus sind die Balkanländer aus Sicht Belgiens dafür prädestiniert, den europäischen und atlantischen Institutionen beizutreten.

Der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess, der im Jahr 2001 anlässlich des ersten EU-Balkan-Gipfels begann, hat die politischen, juristischen und finanziellen Instrumente geschaffen, um die Balkanländer in ihren europäischen Integrationsbemühungen zu unterstützen. Jedes dieser Länder schreitet in seiner Annäherung an die EU nach seinem ausgewählten Rhythmus und seinen eigenen Verdiensten voran.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Die seit 2001 erzielten Fortschritte der Balkanländer im Bereich der politischen und ökonomischen Reformen sind bemerkenswert. Aber auch diese Fortschritte sind noch brüchig, wenn man die aktuelle konfliktreiche Situation in der Region betrachtet. Deshalb ist Belgien sehr daran gelegen, den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess mit Bedingungen zu versehen, die einen unumkehrbaren Charakter besitzen.

Diese Bedingungen verlangen von der Region den Respekt vor den Ursprungsdokumenten zur Stabilität (Rahmenabkommen von Dayton/Paris, Resolution 1244 des Sicherheitsrates, das Rahmenabkommen von Ohrid und das Abkommen von Belgrad), die Ausdehnung der regionalen Kooperation, die Rückkehr der durch den Krieg vertriebenen Personen und eine vollständige Kooperation mit dem Internationalen Strafgericht für Ex-Jugoslawien.

Der belgische Beitrag zum Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess ist wichtig und vielfältig. Belgien finanziert sowohl die Aktivitäten der internationalen Organisationen, die in den Ländern vor Ort präsent sind, als auch die Umsetzung verschiedener Projekte vor Ort. Der belgische Beitrag beinhaltet auch das Entsenden von qualifiziertem Personal (Truppen, Polizisten und Experten aus verschiedenen Bereichen) und die Erstellung von Gutachten.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Seinen erweiterungsfreundlichen Kurs verbindet Belgien jedoch mit klaren Forderungen an alle beitrittswilligen Länder: Nur nach der eindeutigen und unmissverständlichen Erfüllung der Kopenhagener Kriterien und im Fall des Balkans der Vorgaben der Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen kann ein Beitritt erfolgen. Eine Erweiterung darf die Errungenschaften der EU in den verschiedenen Politikfeldern weder in Frage stellen noch schwächen. Daher müssen alle Kandidatenländer den gemeinschaftlichen Besitzstand (*acquis communautaire*) übernehmen. Die Erweiterung muss die Wohlfahrt und die Sicherheit in Europa erhöhen. Deshalb müssen sich die neuen Mitgliedstaaten auf jeden Fall dem jetzigen EU-Stand anpassen.

Belgiens größtes Anliegen ist, dass die angestrebte Erweiterung eine gleichzeitig gewünschte föderale Vertiefung nicht behindert. Wie bereits dargelegt, möchte Belgien eine handlungsfähige, supranationale Union. Das Land fordert daher im Vorfeld der Erweiterung eine Stärkung der supranationalen Institutionen wie Kommission und Europäisches Parlament und eine effizientere Entscheidungsfindung.

Taktik

Als mittelgroßes Land sind Sie von einem funktionierenden Europa abhängig. Wenn es zu einer Erweiterung kommt, muss deshalb gewährleistet sein, dass die Institutionen weiterhin bzw. besser funktionieren. Sie legen großen Wert darauf, dass die kleinen Länder nicht unterrepräsentiert sind. Versuchen Sie, Ihre Bereitschaft zur Integration als Verhandlungsmasse einzusetzen und dafür eine Stärkung Ihrer Position in der EU und einen Ausbau der supranationalen Handlungsmöglichkeiten zu erreichen. Da Sie sich für ein Gleichgewicht der europäischen Institutionen und für eine Stärkung des Parlaments einsetzen, scheuen Sie sich nicht, sich mit Parlamentariern auszutauschen und Ihre Ideen einzubringen.

Ist die von Ihnen angestrebte Vertiefung gewährleistet, unterstützen Sie die Beitritts-gesuche aller Länder mit Nachdruck. Als allgemein gültige Vorteile einer erneuten Erweiterungsrunde können Sie folgende Punkte anführen: das steigende internationale Gewicht der EU in der Weltpolitik, die Steigerung der Lebensqualität und des Wohlstandes in Gesamteuropa, die wirtschaftlichen Vorteile eines größeren Binnenmarktes für alle Beteiligten, die Ausweitung des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts und die damit einhergehende innere Sicherheit. Ängste aus der Bevölkerung bezüglich billiger Lohnkonkurrenz aus den potentiellen neuen Mitgliedstaaten und der damit verbundenen Gefahr für heimische Arbeitsplätze nehmen Sie ernst. Argumentieren Sie mit der Erfahrung der vorherigen Erweiterungen, bei denen sich diese Ängste bereits als unbegründet herausgestellt haben.

An die potentiellen neuen Mitgliedstaaten stellen Sie konkrete Forderungen: Sie müssen die gestellten Kriterien erfüllen und sich dem jetzigen EU-Standard anpassen. Da es bei der Erweiterung jedoch zu keinem Abbau der bisherigen gemeinschaftlichen Politik kommen soll, müssen jeweils spezifische Übergangsmaßnahmen vereinbart werden. Die anstehenden Verhandlungen sollen mit den Beitrittskandidaten einzeln durchgeführt werden. Die Übergangsvereinbarungen (z.B. bei der Reform der Agrarpolitik und der Strukturpolitik) sollen zeitlich befristet werden und je nach Reformfolgen der einzelnen Beitrittsländer zu gegebener Zeit ganz wegfallen.





Bulgarien [Bǎlgarija]

HAUPTSTADT Sofia (1,270 Mio. Einwohner)
STAATSFORM Republik mit parlamentarischer Regierungsform
FLÄCHE 110.994 km²
EINWOHNER 7,585 Mio.
EINWOHNER/KM² 68
BIP/EINWOHNER (2010) 10.700 Euro
WACHSTUMSRATE (2010) 1,7%
ARBEITSLSENQUOTE (2011) 11,3%
SPRACHEN Bulgarisch
RELIGIONEN 85% orthodoxe Christen, 13% Muslime, 5% Katholiken, ca. 2% Protestanten
ETHNISCHE GRUPPEN 83,9% Bulgaren, 9,4% Türken, 4,7% Roma, 2% Sonstige
BEITRITT ZUR EU 2007
STAATSPRÄSIDENT Rosen Plewneliew
REGIERUNGSCHEF Bojko Borisow
WEITERE INFORMATIONEN www.mfa.bg/berlin

*Der Neue Fischer Weltatlas 2012 // Wirtschaftsdaten: Eurostat
epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home*

Sie sind die Vertreterin/der Vertreter Bulgariens. Wenige Jahre nach Ihrem Beitritt sind Sie nun mit den Verhandlungen über die Beitrittsgesuche weiterer Staaten konfrontiert.

Geschichte des Reformprozesses seit 1989

Der friedlich verlaufene Umbruch, der im November 1989 in Mittel- und Osteuropa vollzogen wurde, stellte auch für Bulgarien einen entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte des Staates dar. Am 10.11.1989 wurde der Vorsitzende des bulgarischen Staatsrates und der kommunistischen Partei, Todor Schivkov, gestürzt, und ein Demokratisierungsprozess setzte ein. Die bulgarische



kommunistische Partei sah sich gezwungen, die Gründung von Oppositionsparteien zu tolerieren und freie Wahlen zuzulassen. 1991 verabschiedete das bulgarische Parlament eine neue Verfassung, in der das Mehrparteiensystem, freie und allgemeine Wahlen sowie Menschen- und Bürgerrechte garantiert wurden.

Das politische System und die Menschenrechtssituation

Bulgarien ist seit diesem Umsturz eine parlamentarische Demokratie mit einem Einkammersystem. Der Präsident ist das Staatsoberhaupt und wird vom Volk direkt gewählt. Darüber hinaus hat sich Bulgarien zu einem Rechtsstaat mit Gewaltenteilung entwickelt. Trotz erfolgter Reformen hat das bulgarische Justizsystem erhebliche Schwächen.

Darüber hinaus stellt der relativ hohe Grad an Korruption noch immer ein großes Problem dar, auch wenn deren Bekämpfung inzwischen politische Priorität hat.

Die bulgarische Gesellschaft kennt keine ausgeprägten ethnisch begründeten Konflikte. Auch die beiden großen Religionsgemeinschaften – die Orthodoxe Kirche und der Islam – gehen in toleranter Weise miteinander um. Die Minderheit der Roma ist allerdings noch unzureichend in die Gesellschaft integriert. Mehrheitlich leben die Roma in schwierigen wirtschaftlich-sozialen Verhältnissen. Mit dem neuen Aktionsprogramm für die gleichberechtigte Integration der Roma in die bulgarische Gesellschaft macht die Eingliederung der Minderheit aber inzwischen Fortschritte. Das Programm umfasst die Bereiche Erziehung, Kultur, Wohnung, Beschäftigung und Sozialschutz. Dennoch sieht die EU hier weiteren Handlungsbedarf.

Wirtschaftliche und soziale Entwicklungen
Bulgarien besitzt inzwischen eine funktionierende Marktwirtschaft. Diese Entwicklung ist umso bemerkenswerter, weil die bulgarische Wirtschaft noch im „Hungerwinter“ 1996/1997 buchstäblich am Abgrund stand.

Die zunehmende Privatisierung, der Abbau staatlicher Subventionen und die Konsolidierung der Staatsfinanzen haben erheblich zu diesem Erfolg beigetragen.

Angesichts der wirtschaftlichen Transformationsleistungen und der erreichten Stabilität hat sich Bulgarien zu einem interessanten Wirtschaftsstandort für Auslandsinvestitionen entwickelt. Hinzu kommt das einfache und attraktive Steuersystem, das viele Anleger anzieht.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Der Transformationsprozess hat aber auch erhebliche soziale Lasten für die Bevölkerung mit sich gebracht. Die Bulgaren profitieren zwar langsam auch vom Wirtschaftswachstum, das Durchschnittseinkommen liegt aber weiterhin bei weniger als 25% des EU-Durchschnitts, und rund eine Million Bulgaren bleiben vom Wirtschaftsaufschwung komplett ausgeschlossen. Diese Situation könnte in der Zukunft einige soziale Sprengkraft entwickeln.

Bulgarien in der EU

Am 1. Januar 2007 wurde die Republik Bulgarien Mitglied der Europäischen Union. Diese Mitgliedschaft ist das Resultat einer Entwicklung, die bereits Anfang der 1990er Jahre begann: Im Rahmen des so genannten Assoziierungsprozesses wurde 1993 ein politischer Dialog eingeleitet – begleitet von einem gemeinsamen Bulgarien-EU-Ausschuss. 1995 entschlossen sich Regierung und Parlament Bulgariens, einen Beitrittsantrag zu stellen. Da jedoch ab Mitte der 1990er Jahre das bulgarische Wirtschafts- und Finanzsystem in schwere Krisen geriet, wurde in dieser Zeit zunächst ein NATO-Beitritt forciert, der als eine Art Sprungbrett gesehen wurde. Am 25. April 2005 schließlich wurde der Beitrittsvertrag zwischen Bulgarien und der EU unterschrieben. Bereits am 29. März 2004 waren Bulgarien und sechs weitere Staaten in die NATO aufgenommen worden.

Die bulgarische Wirtschaft hat sich seit dem Beitritt des Landes in die EU gut entwickelt. Nach Schätzungen der Europäischen Union sind die Investitionen um 400 Millionen Euro gestiegen. Die Kaufkraft der Bevölkerung nimmt zu, und der Staatshaushalt, der einst kurz vor dem Bankrott stand, verzeichnet einen Überschuss.

Allerdings profitieren von den positiven wirtschaftlichen Entwicklungen nur bestimmte soziale Gruppen, etwa die Städter, die Jüngeren und die gut Ausgebildeten. Alte Menschen und die Landbevölkerung leben weiterhin in Armut. Die desolate soziale Lage vieler Menschen ist ein Grund für die Radikalisierung und Kriminalisierung der bulgarischen Gesellschaft. So werden zum Beispiel mehr als 10.000 bulgarische Frauen jährlich Opfer organisierter Frauenhändler – wobei die Dunkelziffer vermutlich noch weitaus höher ist.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Im Energiebereich stellt die Abhängigkeit Bulgariens von der Kernenergie, die mehr als 40% der Stromerzeugung des Landes ausmacht, immer noch ein großes Problem dar.

Im Umweltbereich hat das Land noch erheblichen Aufholbedarf. Die Förderung vor allem der Schwerindustrie, des Energiesektors und des Bergbaus sowie der Einsatz veralteter Technologien haben zum Teil erhebliche Luft-, Boden-, und Wasserverschmutzungen verursacht. Obwohl mit der Wende ein Umdenken einsetzte (Gründung des Umweltministeriums 1990, Festschreibung des Umweltschutzes als Staatsziel 1991) und die Umweltbelastung stetig verringert wurde, kann Bulgarien noch nicht bei allen EU-Standards mithalten.

Als Bulgarien 2007 der EU beitrug, erfüllte es die Kopenhagener Kriterien – Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte – noch nicht vollständig. Als letzte Maßnahme sind im Beitrittsvertrag Schutzklauseln vorgesehen: Sollten Reformen in den Problembereichen ausbleiben, droht die Kürzung von Subventionen und die Nichtanerkennung von Gerichtsurteilen. Darauf wies die EU-Kommission in ihrem ersten Zwischenbericht zur Entwicklung Bulgariens am 27. Juni 2007 hin. Auch Transparency International kritisierte, bei der Korruptionsbekämpfung bleibe der gewünschte Fortschritt Bulgariens aus. Für den Zeitraum 2007-2009 waren weitere EU-Mittel von insgesamt rund 4,5 Milliarden Euro vorgesehen. Die massiven Aufbauhilfen und auch die Aufnahme Bulgariens und Rumäniens in die EU liegen jedoch auch im Interesse der Union selbst, da dies mittelfristig eine positive Signalwirkung auf den gesamten Balkan mit sich bringen könnte.

Trotzdem wurden die Gelder für das Jahr 2008 von Seiten der Europäischen Kommission gesperrt – ein bislang einmaliger Vorgang. Die Europäische Kommission reagierte mit dieser ungewöhnlichen Maßnahme auf die Versäumnisse Bulgariens bei der Bekämpfung der Korruption und der organisierten Kriminalität. Bulgarien riskiert durch dieses Verhalten das Vertrauen, das die EU mit dem Beitritt 2007 in das Land gesetzt hat. Im Zuge der Heranführungsstrategie seit 1994 sind über 6 Milliarden Euro an Struktur- und Konversionshilfen nach Bulgarien geflossen, von denen ein erheblicher Anteil jedoch offensichtlich auch in dunklen Kanälen verschwunden ist.



Die Kommission wird die jährlichen Fortschritts- und Monitoring-Berichte trotz des Beitritts noch fortsetzen. Damit sollen die zugesagten, bislang aber mangelhaft umgesetzten Transformationsanstrengungen im Auge behalten werden.

Auch in der europäischen Presse wurde die EU-Mitgliedschaft Bulgariens durchaus kritisch bilanziert. So schrieb die österreichische Presse: „Die meisten politischen Akteure sind bereit, unter der Hand zuzugeben, dass der Beitritt Bulgariens und Rumäniens vor einem Jahr ein Fehler war. Die Fakten belegen das. Die Staaten waren damals weder politisch noch wirtschaftlich EU-reif und haben seither – ohne die Karotte des Beitritts vor der Nase – noch mehr nachgelassen.“

Auch innerhalb Bulgariens sieht man durchaus, dass die größten Fortschritte in den Jahren der Heranführung an die EU und unmittelbar vor dem Beitritt gemacht wurden. Seit der Aufnahme in die EU gab es wenig konkrete Anstrengungen, europäische Standards zu erreichen, auch wenn Innenminister Rumens Petkow behauptet hat, die Zahl der Auftragsmorde sei zurückgegangen, kriminelle Gruppierungen seien zerschlagen und korrupte Beamte entlassen worden.

Die Bulgaren bekommen die reale Kriminalität im Alltag jedoch immer noch heftig zu spüren. Hinzu kommen spektakuläre Korruptionsskandale wie der um Wirtschafts- und Energieminister Rumens Owtscharow. Von Vertrauen der bulgarischen Gesellschaft in Polizei und Justiz kann keine Rede sein. Bereits nach dem ersten Quartal der EU-Mitgliedschaft war klar: Der Strukturwandel, der eigentlich noch über die Erfüllung der EU-Vorgaben hinausgehen sollte, ist nicht in Gang gekommen, denn eine klare Trennung von Exekutive, Legislative und Judikative, die für diesen Wandel notwendig wäre, ist bis heute nicht möglich.



Außenpolitische Ziele

Außenpolitisch hat Bulgarien in letzter Zeit bedeutende Schritte unternommen, um die regionale Zusammenarbeit zu intensivieren. Im Kosovo-Konflikt nahm die bulgarische Regierung von Anfang an eine deutlich pro-westliche Haltung ein. Bulgarien unterstützte die NATO-Luftschläge gegen Jugoslawien und erteilte Überfluggenehmigungen für NATO-Flugzeuge. Mit dem Beitritt zur NATO im März 2004 hatte Bulgarien das erste große außenpolitische Ziel erreicht. Außerdem hat es wie insgesamt 21 weitere Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Jahr 2008 die Unabhängigkeit Kosovos anerkannt, womit es seinen ohnehin nicht besonders guten Beziehungen zu Serbien weiter geschadet hat.

Auch in der eigenen Region Südosteuropa tritt Bulgarien für einen friedlichen nachbarschaftlichen Interessensausgleich und eine verbesserte wirtschaftliche Zusammenarbeit auf allen Gebieten ein. Durch Bulgarien führen wichtige Transitstrecken (Verkehr, Energieträger). Das Land betreibt eine aktive Außenpolitik und versteht sich als ein Stabilitätsanker in der Region. Von 2002 bis 2003 war es „nichtständiges Mitglied“ im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Im Jahr 2004 hatte Bulgarien den Vorsitz in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) inne und beteiligte sich an internationalen Friedensmissionen in Kosovo, in Bosnien-Herzegowina, Afghanistan und Äthiopien/Eritrea. Ab August 2003 war auch ein bulgarisches Kontingent mit rund 450 Soldaten als Teil der so genannten „Koalition der Willigen“ im Irak stationiert.

Die zunehmende internationale Aktivität des Landes wird allgemein als Zeichen der Etablierung Bulgariens im internationalen System und der damit verbundenen Übernahme von Verantwortung gesehen.

In „Namensstreit“ zwischen Mazedonien und Griechenland steht Bulgarien fest an der Seite Mazedoniens. Bulgarien hat als erster Staat Mazedonien mit seinem Verfassungsnamen „Republik Mazedonien“ anerkannt und alle Forderungen Griechenlands, eine andere Bezeichnung zu wählen, abgelehnt.



Taktik

Betonen Sie als Delegierte/Delegierter Ihres Landes, dass sich Bulgarien der europäischen Wertegemeinschaft (Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Pluralismus, freie Marktwirtschaft und Menschenrechte) stark verbunden fühlt. Verweisen Sie auf die große Unterstützung der Bevölkerung für eine weitere Integration von Balkanstaaten in die EU. Unterstreichen Sie die langjährigen tiefen Beziehungen Ihres Landes zum Balkan und betonen Sie, dass die südosteuropäischen Staaten aus der politischen Union nicht ausgeschlossen bleiben dürfen.

Aus sicherheitspolitischer Sicht verweisen Sie auf die positive Strahlkraft, die ein florierendes und stabiles Bulgarien für die kriegsgebeutelte Region des Balkans hat.

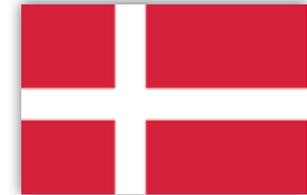
Ihr Land ist aus wirtschaftlichen Gründen an einer raschen und nachhaltigen Entspannung auf dem Balkan interessiert. Betonen Sie die Bereitschaft Bulgariens, im Rahmen des Stabilitätspaktes für den Wiederaufbau des Balkans auch künftig eine stabilisierende Rolle für Südosteuropa zu übernehmen. Machen Sie aber auch klar, dass die ultimative Stabilisierungsmaßnahme ein Beitritt der Balkan-Länder in die EU ist.

Ihr erstes Ziel ist dabei die Aufnahme Mazedoniens in die EU, und das so schnell wie möglich! Aufgrund der historischen Nähe und kultureller Gemeinsamkeiten sehen Sie hier eine ganz besondere Verantwortung Ihrerseits, auch dann, wenn Mazedonien sich durch Ihr Handeln eher vereinnahmt und bevormundet fühlen könnte.

In der Frage eines Beitritts der Türkei betonen Sie die guten Beziehungen, die Ihre christlichen und muslimischen Bevölkerungsteile pflegen. Dies können Sie als ein Beispiel für ein gutes Zusammenleben auch mit der Türkei anführen. Sie beharren aber gegenüber der türkischen Delegation auf einer gründlichen und nachhaltigen Durchsetzung der geplanten Reformen.

einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Dänemark (Danmark)



HAUPTSTADT Kopenhagen (1,181 Mio. Einwohner)
STAATSFORM konstitutionelle Monarchie
FLÄCHE 43.098 km²
EINWOHNER 5,494 Millionen
EINWOHNER/KM² 128
BIP/EINWOHNER (2011) 31.400 Euro
WACHSTUMSRATE (2011) 0,8%
ARBEITSLSENQUOTE (2011) 7,6%
SPRACHEN Dänisch, Deutsch (regional)
RELIGIONEN 81% Lutheraner, 4% Muslime
ETHNISCHE GRUPPEN 95% Dänen
BEITRITT ZUR EG/EU 1973
STAATSOBERHAUPT Königin Margarethe II.
REGIERUNGSCHEF Helle Thorning-Schmidt
WEITERE INFORMATIONEN www.daenemark.org

*Der Neue Fischer Weltatlas 2012 // Wirtschaftsdaten: Eurostat
epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home*

Sie sind die Vertreterin/der Vertreter Dänemarks im Rat der Europäischen Union. In dieser Funktion sind Sie kurz nach Abschluss der letzten Erweiterungsrunde um insgesamt dreizehn mittel- und osteuropäische Staaten – zuletzt Kroatien – erneut mit der Entscheidung über die Beitrittsgesuche weiterer Kandidaten konfrontiert.

Dänemark in der EU

Dänemark gilt als einer der Mitgliedstaaten der Union, der die Richtlinien am schnellsten und loyalsten umsetzt. Die gut informierte Bevölkerung gilt aber als kritisch. Das zeigte sich, als im Jahre 1992 die Ratifizierung des Maastrichter Vertrages in einem Referendum



nicht anerkannt wurde, wodurch sich das Inkrafttreten des Vertrages um ein Jahr verzögerte.

Dänemark bekam dabei in Nachverhandlungen folgende Ausnahmegarantien zugestanden:

- ▶ Keine Teilnahme an der dritten Stufe der WWU, d.h. keine Einführung des Euro als Bargeld (obwohl es die Euro-Kriterien erfüllte), dennoch ist die dänische Krone an den Euro gekoppelt.
- ▶ Verzicht auf die Teilnahme an der Europäischen Verteidigungspolitik (Beispiel WEU).
- ▶ Ablehnung eines weiteren Souveränitätstransfers in den Bereichen „Justiz“ und „Innere Angelegenheiten“.
- ▶ Opposition zur gemeinsamen Unionsbürgerschaft.

Nach diesen Nachbesserungen wurde dem Vertrag 1993 doch noch zugestimmt. Auch heute befürchten viele Dänen immer noch eine zu starke Machtkonzentration in der EU. Umfragen zeigen immer wieder, dass ein großer Teil der dänischen Bevölkerung der Meinung ist, dass das Europäische Parlament zu viel Macht besitzt. Diese skeptische Grundhaltung wird nur noch von der Einstellung der britischen Bevölkerung übertroffen.

Die dänische Regierung fühlte sich nach der Aufnahme Finnlands und Schwedens 1995 in ihrem Anliegen bestärkt, die Themen „Umweltschutz“, „Transparenz“, „Subsidiarität“ und „Demokratie“ in den Vordergrund der europapolitischen Diskussion zu rücken. Mit einer erneuten Abstimmung über die Einführung des Euro versuchte die Regierung, den dänischen Sonderstatus aufzuheben und argumentierte, dass der Beitritt zum Euroland den dänischen Wohlfahrtsstaat und die Beschäftigung im Zeitalter der Globalisierung schützen könnte. Mit dem Nein der Bevölkerung zur Einführung der europäischen Währung ist der dänische Sonderweg jedoch ein weiteres Mal bekräftigt worden.



Dänemark und die Erweiterung

Dänemark versteht sich selbst als einen der größten Verfechter der ersten Osterweiterungsrunde. Das Land sieht es als außenpolitische Priorität an, ein friedliches und vereintes Europa als Garant für Stabilität und Wohlstand zu schaffen. Aufgrund der geografischen Nähe und der bestehenden bilateralen Beziehungen setzte sich das Königreich insbesondere für eine schnelle Aufnahme der drei baltischen Staaten ein. Die Verhandlungen mit den zehn neuen Mitgliedstaaten wurden im Jahr 2002 unter dänischer EU-Präsidentschaft zu einem Abschluss gebracht.

Auch mit Blick auf die nächste Erweiterungsrunde zählt Dänemark zu den aufgeschlossenen Mitgliedstaaten, ohne dabei jedoch alle Beitrittsgesuche blind zu befürworten. Aufgrund der skeptischen Grundhaltung der dänischen Bevölkerung muss die Regierung immer prüfen, in welchem Maße der nächste Erweiterungsprozess die nationalen Interessen Dänemarks wahren bzw. fördern kann. In diesem Zusammenhang spielen die Errungenschaften im Sozialbereich und beim Umweltschutz, auf die die dänische Bevölkerung sehr stolz ist, eine große Rolle. Die Dänen befürchten, dass die zunehmende „Europäisierung“ zu Lasten dieser Errungenschaften gehen könnte. Die Erweiterung der Europäischen Union um neue Mitgliedstaaten aus Mittel-, Ost- und Südeuropa ist für Dänemark somit an die Bedingung von klaren Richtlinien für Umweltschutz und Sozialstandards geknüpft.

Auch bezüglich der Beitrittswünsche der Türkei zeigt sich Dänemark deutlich verhandlungsbereit. Nach Ansicht der dänischen Regierung käme in einer langfristigen Beitrittsoption für die Türkei zum Ausdruck, dass die EU sich als eine Wertegemeinschaft definiert, die von der Tolerierung der Verschiedenheiten lebt.

Die dänische Regierung begrüßt außerordentlich die Bemühungen der Türkei um eine Normalisierung in der Zypernfrage. Die Türkei hatte in den letzten Jahren eine mögliche Wiedervereinigung, die vorerst in einer Volksabstimmung am Nein der griechischen Zyprioten scheiterte, nicht mehr blockiert.



Auch Kosovo wird auf seinem Weg zu einem funktionierenden Staat ausdrücklich von der dänischen Regierung unterstützt. Die Bedenken der fünf Mitgliedstaaten, die den Kosovo noch nicht anerkannt haben, kann sie dabei nicht teilen. Vielmehr sieht sie die innenpolitischen Schwierigkeiten dieser Länder als ausschlaggebend für ihre Haltung an, da diese selbst Unabhängigkeitsbestrebungen der in ihren Ländern lebenden Minderheiten befürchten.

Dänemark hat von Anfang an den verfassungsgemäßen Namen der Republik Mazedonien anerkannt und drängt, wenn auch vorsichtig, alle Mitgliedstaaten der EU, dieses auch zu tun.

Mit Blick auf den Balkan zeigt sich Dänemark aufgrund von Sicherheits- und Stabilitätsbedenken hingegen vorsichtiger. Die europäische Unterstützung für den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess soll zunächst mit allen Kräften fortgesetzt werden, so dass die Bedingungen für einen Beitritt langfristig geschaffen werden können.

Taktik

Als Vertreterin/Vertreter Dänemarks unterstützen Sie die Aufnahme weiterer Länder in die EU im Allgemeinen. Hierbei kommt Ihnen zugute, dass der historische Abschluss der Verhandlungen mit den letzten zehn Beitrittsländern 2004 unter Ihrer Präsidentschaft erfolgte. In Ihrer Argumentation unterstreichen Sie – auch mit Blick auf Ihre skeptische Bevölkerung – die allseitigen Vorteile für Beitrittsländer, EU und nicht zuletzt für Dänemark selbst. Die durch die Erweiterung zu erreichende friedliche Demokratisierung bedeutet einen großen Vorteil für die Sicherheit und die Stabilität des gesamten Kontinents.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Es ist Ihnen ein besonderes Anliegen, zu unterstreichen, dass Sicherheit heute mehr als nur reine Kriegsvermeidung bedeutet. Die Bekämpfung von Terrorismus und internationaler Kriminalität sowie ein effektiver Umweltschutz sind ebenso wichtige Faktoren einer umfassenden Sicherheit. Sie argumentieren, dass Sicherheit in diesem Sinne eine transnationale Aufgabe ist, die ganz Europa betrifft, und daher einer gemeinsamen Lösung im Rahmen einer erweiterten EU bedarf. Schließlich unterstreichen Sie, dass ein größerer Binnenmarkt auch neue wirtschaftliche Vorteile für Handel und Investitionen mit sich bringt und so auch der dänischen Wirtschaft zugute kommt.

Sie werfen jedoch insbesondere bei den Staaten Albanien, Kosovo und Montenegro einen kritischen Blick auf die bestehende organisierte Kriminalität. Von allen Staaten, die an einem Beitritt interessiert sind, fordern Sie verstärkte Aktivitäten der Bekämpfung in diesem Bereich.

Bei aller Betonung der Notwendigkeit einer EU-Erweiterung behalten Sie jedoch im Auge, dass der europäische Integrationsprozess gewisse Grenzen der Belastbarkeit hat und nicht überstrapaziert werden darf. Auch die skeptische Grundhaltung Ihrer Bevölkerung zu Hause muss Ihnen jederzeit bewusst sein. Setzen Sie sich deshalb dafür ein, dass die notwendige Erweiterung vorsichtig und schrittweise erfolgt. Beitrittswillige Länder sollten vor der Aufnahme auf jeden Fall wirtschaftliche Kriterien erfüllen, um den Binnenmarkt der Union nicht zu belasten. Auch westeuropäische Umwelt- und Menschenrechtsstandards sollten vor dem Beitritt eingehalten werden.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Bei Ihren EU-Kollegen drängen Sie darauf, Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtskriterien als klare Voraussetzungen für einen Beitritt zu definieren. Bezüglich der Türkei stehen Sie einem Verhandlungsbeginn aufgeschlossen gegenüber. Dabei ist Ihnen wichtig, dass die EU keine Religions-, sondern eine Wertegemeinschaft ist, deren Fundamente Verschiedenheit und Toleranz sind. Absolute Priorität hat allerdings die Achtung der Menschenrechte.

Auf dem Balkan soll die EU ihre Stabilisierungs- und Assoziierungspolitik aktiv weiter betreiben. Sie sehen hierin durchaus die Chance, auf lange Sicht die Bedingungen für einen Beitritt der Region zu schaffen. Es ist aber wichtig, dass die Kooperation mit dem IKriegsverbrechertribunal für die Verbrechen in Ex-Jugoslawien fortgesetzt wird, da sonst die Glaubwürdigkeit der EU in Sachen Menschenrechtsschutz und Rechtsstaat untergraben werden würde.

Schließlich sollten Sie nicht vergessen, dass Sie als großer Beitragszahler innerhalb der EU auch die mit neuen Beitritten verbundenen finanziellen Mehrbelastungen fürchten.



Deutschland

- HAUPTSTADT** Berlin (3,442 Mio. Einwohner)
- STAATSFORM** Republik, Bundesstaat
- FLÄCHE** 357.123 km²
- EINWOHNER** 82,800 Millionen
- EINWOHNER/KM²** 229
- BIP/EINWOHNER (2011)** 30.300 Euro
- WACHSTUMSRATE (2011)** 3%
- ARBEITSLOSENQUOTE** 5,5%
- SPRACHEN** Deutsch, Dänisch, (Sater-)Friesisch, Sorbisch
- RELIGIONEN** 30,5% Katholiken, 30% Protestanten, 4,9-5,4% Muslime, 1,7% orthodoxe Christen
- ETHNISCHEN GRUPPEN** 91,5% Deutsche, 2,4% Türken, 6,1% Sonstige
- BEITRITT ZUR EG/EU** Gründungsmitglied
- STAATSOBERHAUPT** Joachim Gauck
- REGIERUNGSCHEFIN** Dr. Angela Merkel
- WEITERE INFORMATIONEN** www.bundesregierung.de

*Der Neue Fischer Weltatlas 2012 // Wirtschaftsdaten: Eurostat
epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home*

Sie sind die Vertreterin/der Vertreter Deutschlands im Rat der Europäischen Union. Kurz nach der Aufnahme von Kroatien sind Sie erneut mit der Entscheidung über weitere Beitrittsgesuche zur EU konfrontiert.

Deutschland in der EU

Deutschland ist eines der sechs Gründungsmitglieder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und hat seit den Anfängen der europäischen Einigung eine sehr integrationsfreundliche Politik betrieben. Ein geeintes Europa galt durchweg als elementares deutsches Interesse, die Zusammenarbeit mit Frankreich im Rahmen des „deutsch-französischen Motors“ hatte erste Priorität.



Die gegenwärtige Regierung setzt diese Politik weitgehend fort. Deutschland befürwortet eine Vertiefung der Union und eine Erweiterung aus verschiedenen Gründen sehr stark:

Die europäische Einigung sichert Frieden und Freiheit in Europa. Bei verschiedenen Anlässen hat Deutschland immer wieder auf die historisch-moralische Pflicht hingewiesen, auch den südosteuropäischen Staaten die Einbindung in die EU zu ermöglichen.

Nach der Osterweiterung des Jahres 2004 hat sich das politische und geografische Zentrum Europas zugunsten Deutschlands verlagert. Dennoch gilt es zu verhindern, dass sich durch wirtschaftliche und politische Unterschiede neue Blöcke an den Grenzen Europas ergeben. Um die Entstehung neuer Grenzen zu verhindern, müssen die entsprechenden gesamteuropäischen Kooperationsstrukturen sowie die Beziehungen zwischen der EU und Russland intensiviert werden.

Durch die Erweiterung der Union erhofft sich die Bundesrepublik eine größere internationale Geltung.

Gerade exportorientierte Staaten wie Deutschland haben durch den Wegfall von Handelshindernissen im EU-Binnenmarkt profitiert. In einer globalisierten Welt wird nur ein geeintes Europa mit einer gemeinsamen Währung auf den Weltmärkten bestehen können. Deutschland fördert deshalb auch den wirtschaftlichen Aufholprozess ärmerer Regionen, um die wirtschaftliche Stabilität in den Beitritts- und Kandidatenländern zu gewährleisten und diese als Absatzmarkt für deutsche Produkte zu gewinnen. Bereits jetzt ist Deutschland der größte Handelspartner der Staaten Mittel- und Osteuropas.



Neben der Erweiterung ist Deutschland bemüht, auch die zukünftige Vertiefung der Europäischen Union voranzutreiben. Dazu gehört die Bereitschaft, die Europäische Verfassung zu ratifizieren, um so die Entscheidungsfindung der 28 Mitglieder erheblich zu erleichtern. Außerdem ist der deutschen Regierung bewusst, dass bei globalen Fragen wie der Migrations- und Asylpolitik, der Sicherheits- und Umweltpolitik nur europäische Lösungen Wirkung entfalten können.

Deutschland und die nächste Erweiterung

Die deutsche Regierung befürwortet die nächste Stufe der Erweiterung der Europäischen Union um die Länder des Balkans und die Türkei. In Bezug auf den Balkan spielt Deutschland eine wesentliche Rolle bei der Friedenserhaltung nach den blutigen Bürgerkriegen der Neunzigerjahre. Deutschland ist einer der Initiatoren und Unterstützer des Stabilitätspaktes für Südosteuropa. Auch die wirtschaftliche Kooperation mit diesen Ländern ist weit vorangeschritten.

Deutschland und Albanien

Die deutsch-albanischen Beziehungen sind eng und partnerschaftlich. Deutschland ist nach albanischen Angaben der größte bilaterale Geber von Entwicklungshilfe, vor allem in den zentralen Bereichen der Wasser- und Energieversorgung, und genießt als Förderer des albanischen Reformprozesses hohes Ansehen.

Im Zuge des Demokratisierungsprozesses seit dem Frühjahr 1991 haben sich die Beziehungen deutlich belebt. Albanien möchte sich der deutschen Unterstützung für seinen Weg in die euroatlantischen Strukturen versichern. Im deutschen Interesse liegt es, durch Unterstützung des demokratischen Transformationsprozesses zu stabilen Verhältnissen in Albanien und in der Region beizutragen. Das im Juni 2006 unterzeichnete Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU bietet Albanien eine verlässliche europäische Perspektive, zudem unterstützte Deutschland die Einladung an Albanien zum Beitritt in die NATO im April 2008. Nicht nur im Rahmen des Stabilitätspaktes für Südosteuropa betrachtet Albanien Deutschland als besonderen Fürsprecher seiner Interessen.



Albanien ist wirtschaftlich klar auf die EU ausgerichtet (mit 88% der albanischen Exporte und 60% der albanischen Importe), wobei Italien der größte Handelspartner ist, gefolgt von Griechenland. Deutschland folgt nach der Türkei und China auf Platz fünf.

Deutschland und Bosnien-Herzegowina

Deutschland ist einer der wichtigsten außenpolitischen Partner von Bosnien-Herzegowina. Seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen Mitte 1994 haben sich die bilateralen Beziehungen stetig positiv entwickelt. Deutschland war an den Friedensbemühungen vor und nach Abschluss des Dayton-Abkommens intensiv beteiligt, u.a. durch sein Engagement in der Kontaktgruppe, im Lenkungsausschuss des Dayton-Friedensimplementierungsrats, bei Geberkonferenzen, durch große deutsche Kontingente bei der EU-Militärmission EUFOR (European Union Force) sowie der Polizeimission der EU (EUPM – European Union Police Mission).

Bosnien-Herzegowina wiederum sieht in Deutschland einen der wichtigsten Fürsprecher in Europa sowie Unterstützer im lokalen Reformprozess und bei der Annäherung des Landes an die Europäische Union.

Deutschland und Kosovo

Deutschland unterhält seit jeher gute Kontakte in diese Region, insbesondere zu Serbien, und unterstützt Serbien auf seinem Weg in die Europäische Union. Das darf jedoch keinesfalls darüber hinweg täuschen, dass Deutschland zusammen mit Frankreich als erste Staaten der Europäischen Union die Unabhängigkeit Kosovo im Februar 2008 anerkannt hat. Mittlerweile haben dies weitere 20 Staaten der EU ebenfalls getan. Lediglich Spanien, Griechenland, Zypern, Rumänien und die Slowakei erkennen Kosovo noch nicht als souveränen Staat an. Deutschland hat sich zum Ziel gesetzt, diese Mitgliedstaaten davon zu überzeugen, ihre Haltung in

dieser Frage zu ändern, damit die EU gemeinsam auf Kosovo zugehen kann.

Deutschland zeigt sich kompromisslos in seiner Haltung, dass Serbien und Kosovo als zwei souveräne Staaten gleich behandelt werden müssen und verfolgt das Ziel, Serbien und Kosovo zeitgleich eine Perspektive für den Weg in die EU anzubieten.

Deutschland und Mazedonien

Die bilateralen Beziehungen sind sehr gut. Deutschland ist wichtigster politischer und wirtschaftlicher bilateraler Partner Mazedoniens. Die frühe und konsequente Unterstützung des Landes nach dessen Unabhängigkeitserklärung, die Rolle Deutschlands als führender Kooperationspartner sowie enge menschliche Bindungen durch ca. 80.000 in Deutschland lebende mazedonische Staatsangehörige sind die zentralen Anknüpfungspunkte. Auch die Unterstützung von



deutscher Seite in der Kosovo-Krise und in der Krise Mazedoniens selbst im Jahr 2001, die sich bis heute fortsetzt, haben den Ruf Deutschlands dahingehend gefestigt, ein besonders verlässlicher Partner zu sein. Mazedonien sieht in Deutschland ferner einen wichtigen Fürsprecher und Unterstützer für seine Bemühungen um eine Annäherung an die euroatlantischen Strukturen.

Deutschland ist traditionell einer der wichtigsten Handelspartner Mazedoniens. Die wichtigsten deutschen Exportgüter sind Vorerzeugnisse für die Textilindustrie sowie Personen- und Lastkraftwagen, bei den Importen aus Mazedonien sind Kleidung, Bleche aus Eisen oder Stahl sowie Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes die wichtigsten Güter.

Das bilaterale Handelsvolumen stieg im Jahr 2006 um 20% gegenüber dem Vorjahr auf über 700 Mio. Euro an (Importe nach Deutschland ca. 370 Mio. Euro, Exporte nach Mazedonien ca. 343 Mio. Euro). Nach Angaben des Statistischen Bundesamts stieg das Handelsvolumen bis November 2007 um weitere 18,9% auf 770 Mio. Euro.

Deutschland und Montenegro

Im Vordergrund der deutschen und europäischen Politik gegenüber Montenegro steht die Unterstützung für den politischen und wirtschaftlichen Reformkurs zur weiteren Stabilisierung des Landes. Dem mit einem erheblichen Anteil an deutschen Mitteln finanzierten „Stabilitätspakt für Südosteuropa“ kam in der jüngeren Vergangenheit in der Kooperation zwischen Deutschland und der Republik Montenegro eine wichtige Rolle zu.

Darüber hinaus engagiert sich Deutschland mit einer Vielzahl von Projekten in der bilateralen Zusammenarbeit und im Rahmen der EU.

Mehrere von Deutschland unterstützte Projekte zielen auf das Vorantreiben von Reformbemühungen demokratischer Kräfte und auf die Stärkung des Europabewusstseins der Bevölkerung von Montenegro.

Zusätzlich unterstützt Deutschland die Bereiche Rechts- und Verwaltungsreform, die Demokratisierung und die Reform von Polizei und Armee sowie die Rolle der Medien. Weitere Schwerpunkte der Projektzusammenarbeit sind die Förderung der Zivilgesellschaft sowie die Bereiche Minderheiten und Menschenrechte.



Nach dem demokratischen Umbruch im Jahr 2000 wurde die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Serbien und Montenegro aufgenommen. Mit einem Sofortprogramm in Höhe von 26 Mio. Euro für Serbien und Montenegro konnte ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung der Staatenunion geleistet werden.

Mit Montenegro konnte in den letzten Jahren eine gute und erfolgreiche entwicklungspolitische Zusammenarbeit (EZ) etabliert werden. Mit insgesamt bisher rund 110 Mio. Euro erhält das Land im Rahmen der bilateralen EZ von Deutschland einen überproportional hohen Beitrag.

Deutschland und Serbien

Im Vordergrund der deutschen und europäischen Politik gegenüber Serbien steht die Unterstützung für den politischen und wirtschaftlichen Reformkurs zur weiteren Stabilisierung des Landes. Dem mit einem erheblichen Anteil an deutschen Mitteln finanzierten „Stabilitätspakt für Südosteuropa“, dessen Kernaufgaben von einem im Februar 2008 neu geschaffenen regionalen Kooperationsrat übernommen wurden, kommt in der Kooperation zwischen Deutschland und Serbien eine wichtige Rolle zu. Darüber hinaus engagiert sich Deutschland mit einer Vielzahl von weiteren Projekten in der bilateralen Zusammenarbeit.

Schon vor den Wahlen im Herbst 2000, die zum Sturz von Milošević führten, unterstützte die Bundesregierung die serbischen Reformkräfte mit einer Vielzahl von Projekten, die gemeinsam mit der in rund 30 Städten und Gemeinden regierenden demokrati-

schen Opposition und mit Vertretern der Zivilgesellschaft realisiert wurden (Lieferung von Medikamenten und Medizintechnik, Heizöl, Asphalt; Reparaturmaßnahmen in der Wasserversorgung und an Schulen; Medienzusammenarbeit u.Ä.). Nach der Abwahl Miloševićs und der friedlichen Revolution wurde diese Unterstützung weiter geführt. Die Projekte zielen seitdem vor allem auf die Unterstützung der Reformbemühungen demokratischer Kräfte und konzentrieren sich auf die Bereiche Rechts- und Verwaltungsreform, Demokratisierung und Reform von Polizei und Armee sowie Medienreform. Ein weiterer Schwerpunkt der Projektzusammenarbeit ist der Bereich Minderheiten- und Menschenrechtsfragen.

Weiterhin fordert Deutschland von Serbien die Anerkennung der Unabhängigkeit des Staates Kosovo.



Deutschland und die Türkei

In der Frage der Türkei betont Deutschland die positiven Aspekte, die ein Beitritt mit sich bringen würde. Die Regierung hat sich mehrmals für einen Beitritt ausgesprochen, sofern die Beitrittskriterien vollständig erfüllt sind. Durch die Integration der Türkei in die Europäische Union erhofft sich Deutschland eine Stabilisierung der Verhältnisse im Nahen Osten und größere Einflussmöglichkeiten auf Länder der arabischen Welt, auf deren Kooperation Europa im internationalen Kampf gegen fundamentalistisch-terroristische Tendenzen angewiesen ist. Innenpolitisch ist das Thema jedoch weiterhin umstritten, nicht zuletzt aufgrund der umfassend notwendigen und bis jetzt nur bedingt gelungenen Integration der türkischen Minderheit in die deutsche Gesellschaft. Besonders die CDU/CSU lehnt einen Beitritt der Türkei vehement ab und möchte stattdessen eine privilegierte Partnerschaft zwischen dem Land und der EU aufbauen.

Auch als Wirtschaftspartner und Absatzmarkt ist die Türkei für die EU von hohem Interesse. Die EU und Deutschland profitieren schon heute erheblich durch die seit der Zollunion intensivierten Wirtschaftsbeziehungen. Deutschland ist seit Jahren der wichtigste Handelspartner der Türkei, die ihrerseits 50% ihres Außenhandels mit der EU abwickelt. Davon entfällt ein Drittel auf Deutschland. Deutschland ist führend bei Direktinvestitionen in der Türkei. Andererseits existieren in Deutschland mehr als 40.000 türkische Unternehmen, die zusätzliche Arbeitsplätze schaffen.

Die Wirtschaft der Türkei verzeichnet eine positive Entwicklung. So wuchs die türkische Wirtschaft zwischen 1990 und 2002 durchschnittlich um 3%. 2003 legte das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) sogar um 5% zu. Auch das Problem der Inflation konnte in den letzten Jahren abgemildert werden.

Deutschlands Haltung zu den aktuellen Entwicklungen auf dem Balkan

Die Regierung begrüßt die Festnahme von Radovan Karadzic im Jahr 2008 und wertet dies als ein besonders positives Zeichen für Serbien. Sie als Vertreterin/Vertreter Deutschlands weisen trotzdem mit Nachdruck darauf hin, dass dieser alleinige Fahndungserfolg nicht ausreicht und weiter mit aller Energie nach flüchtigen Kriegsverbrechern gesucht werden muss. Vom unabhängigen Internationalen Gerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY – International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia) fordern Sie weiterhin ein intensives Engagement und hohe Haftstrafen.

Im Rahmen des „Namenstreits“ zwischen Mazedonien und Griechenland verhält sich Deutschland eher neutral. Deutschland hat garantiert, eine Lösung, die von beiden Ländern gemeinsam gefunden wird, zu akzeptieren. Gleichwohl zeigt Deutschland großes



Verständnis für Mazedonien, seinen Verfassungs-namen führen zu wollen, zumal dieser bereits von fast 110 Staaten der Vereinten Nationen anerkannt wurde.

Auch im innerstaatlichen Gebrauch weicht die deutsche Bezeichnung „Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien (EJR)“ immer mehr dem mazedonischen Verfassungs-namen „Republik Mazedonien“. Seit 2007 benutzt Deutschland im bilateralen Verkehr zu Mazedonien auch den Verfassungs-namen.

Eine Erweiterung der Europäischen Union an dieser Frage scheitern lassen zu wollen, halten Sie deshalb für unvorstellbar. Sie wollen Ihre griechischen Kollegen offiziell nicht brüskieren, wirken aber hinter den Kulissen stark an einer Einigung mit. Unterstützen Sie in dieser Frage indirekt Ihre britischen und österreichischen Kollegen, die sich dazu weit offensiver äußern.

Aus deutscher Sicht können die nächsten Erweiterungen der EU nur dann gelingen, wenn die EU-Statten bereit sind, ihre Zusammenarbeit entscheidend zu vertiefen. Deshalb setzt sich Deutschland im Vorfeld einer erneuten Erweiterung intensiv für eine Stärkung der supranationalen Institutionen (Europäisches Parlament und Kommission) und eine effizientere Entscheidungsfindung (z.B. qualifizierte Mehrheitsentscheidung im Rat) ein.

Taktik

Sie verhehlen nicht, dass Sie Deutschland als Führungsmacht in Europa sehen, die sich besonders in Fragen des Umweltschutzes, der sozialen Standards und des Verbraucherschutzes engagiert. Deutschland ist durch die letzte Erweiterungsrunde ins Zentrum der EU gerückt und hat ein erhebliches Gewicht in der Union. Sie befürworten deshalb auch die nächsten Erweiterungsschritte der EU. Der Balkan und die Türkei liegen Ihnen gleichermaßen am Herzen.

Sie müssen aber immer auch berücksichtigen, welche Auswirkungen Ihre Entscheidungen auf Ihre wichtigsten Partner in der Europäischen Union haben, wobei insbesondere Frankreich, aber auch die anderen wichtigen westeuropäischen Länder und nun auch Polen im Mittelpunkt Ihres diplomatischen Interesses stehen. Machen Sie deutlich, dass das Engagement Deutschlands für weitere Integrations- und Erweiterungs-



schritte der Union nicht nationalistischen Motiven entspringt, sondern dem Vorteil aller dienen soll.

Sprechen Sie sich für die Gewährung weiterer Erweiterungsschritte aus. Sie sehen den Balkan als integralen Bestandteil der EU an, verweisen aber auch auf die Pflicht dieser Staaten, mit der internationalen Gemeinschaft zusammenzuarbeiten. Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie müssen ohne Abstriche respektiert werden. Gleiches gilt für die Türkei.

Zugleich müssen Sie auf die Stimmungslage der bundesdeutschen Wählerschaft Rücksicht nehmen. Eine Erweiterung ist mit erheblichen finanziellen Mehrbelastungen verbunden – nicht zuletzt wird immer wieder der zu hohe bundesdeutsche Anteil am EU-Haushalt kritisiert und eine Reduzierung des EU-Beitrages gefordert. Daher versuchen Sie, auf europäischer Ebene eine Begrenzung des EU-Haushaltes durchzusetzen, die die Kosten der Erweiterung auf ein verträgliches Maß reduziert.

Viele Bürger befürchten außerdem, dass bei einer Aufnahme weiterer Staaten durch den damit verbundenen freien Arbeitsmarkt und durch Migration von billigeren Arbeitskräften aus Ost- und Südosteuropa die Arbeitslosigkeit in Deutschland steigen wird. Auch die innere Sicherheit sehen viele durch verstärkte internationale Kriminalität gefährdet. Die bundesdeutsche Bevölkerung unterstützt deswegen eher eine langfristig angelegte

Integration in die Europäische Union mit langen Übergangsfristen im Bereich der Freizügigkeit von Personen. Sie sollten sich im Sinne Ihrer Wähler für diese Fristen einsetzen.

Die Skepsis gegenüber der Europäischen Union und ihrer Fähigkeit, den angestauten Problemdruck auch lösen zu können, wächst ebenso wie die Zweifel an der Entscheidungsfähigkeit der Union. Machen Sie deshalb deutlich, dass Deutschland ein glühender Verfechter weiterer Vertiefungsschritte ist. Eine weitere Vertiefung der Integration ist für Sie eine Voraussetzung für das Gelingen der geplanten Erweiterungen.

Estland [Eesti]



HAUPTSTADT Tallin (398.594 Einwohner)
STAATSFORM parlamentarische Demokratie
FLÄCHE 45.227 km²
EINWOHNER 1,340 Millionen
EINWOHNER/KM² 30
BIP/EINWOHNER (2011) 16.800 Euro
WACHSTUMSRATE (2011) 8,3%
ARBEITSLOSENQUOTE 12,5%
SPRACHEN Estnisch (Amtssprache), Russisch
RELIGIONEN evangelisch-lutherisch, beim nichtestnischen Bevölkerungsanteil dominiert russisch-orthodox
ETHNISCHE GRUPPEN 69% Esten, 26% Russen, 2% Ukrainer, 1% Weißrussen, 0,8% Finnen
BEITRIFF ZUR EU 2004
STAATSOBERHAUPT Toomas Hendrik Ilves
REGIERUNGSCHEF Andrus Ansip
WEITERE INFORMATIONEN www.estemb.de

*Der Neue Fischer Weltatlas 2012 // Wirtschaftsdaten: Eurostat
epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home*

Sie sind die Vertreterin/der Vertreter Estlands im Rat der Europäischen Union. Ihr Land ist seit dem 1. Mai 2004 Mitglied der EU. In dieser Funktion sind Sie nun mit der Entscheidung über die nächste Erweiterungsrunde der EU konfrontiert.

Estland in der EU

Die unabhängige Republik Estland entstand nach dem Ersten Weltkrieg im Jahr 1918 und wurde von der internationalen Staatengemeinschaft von 1920 an, trotz Besetzungen durch die Sowjetunion (1940-1941, 1944-1991) und das nationalsozialistische Deutschland (1941-1944), kontinuierlich als Staat anerkannt.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Mit der 1991 wiedererlangten Unabhängigkeit und nationalstaatlicher Souveränität und nach mehreren freien Parlamentswahlen haben sich die parlamentarisch-demokratischen Strukturen weiter konsolidiert. In Estland besteht seit jeher ein pro-marktwirtschaftlicher Konsens, der breiter ist als in den meisten anderen osteuropäischen Staaten. Mit dem Abschluss der Beitrittsverhandlungen zur EU im Jahr 2002 verwirklichte Estland eine oberste außenpolitische Priorität, die über Jahre hinweg die Außen- und Innenpolitik des Landes bestimmt hatte. Nachdem sich die estnische Bevölkerung in einem Referendum mit 67% Zustimmung für eine Aufnahme in die EU ausgesprochen hatte, trat Estland am 1. Mai 2004 der Gemeinschaft bei.

Seitdem verfolgt das Land einige Punkte der europäischen Agenda mit besonderem Nachdruck. So liegt Estland viel an einer Stärkung der Rolle der EU als internationalem Akteur und an einem Ausbau der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Außerdem sind dem Land die Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit durch eine weitere Liberalisierung des Binnenmarktes sowie ein Erfolg des Lissabonprozesses wichtige Anliegen.

Traditionell ist Estland eng mit der Kooperation der nordischen Länder im Ostseeraum verflochten und hat diese regionale Fokussierung auch mit in die EU gebracht. Im Rat der baltischen Staaten ist Estland seit längerem aktiv in die Zusammenarbeit dieser Ländergruppe eingebunden. Einen besonderen Schwerpunkt legt das Land in diesem Zusammenhang auf eine verstärkte Kooperation der EU mit dem Nachbarn Russland. Das Verhältnis der beiden Staaten ist aufgrund der sowjetischen Besetzung des Baltikums nicht immer einfach. Konflikte gibt es besonders bei andauernden Grenzverhandlungen und in der Frage über den Status russischer Militärpensionäre in Estland. Inzwischen verfolgt Estland jedoch eine Politik des „positiven Engagements“ gegenüber Russland und setzt sich auch auf EU-Ebene für eine verstärkte Zusammenarbeit ein.



Estland und die nächste Erweiterungsrunde

Estland hält die Erweiterung für eines der wichtigsten Politikfelder der Europäischen Union. Die bisher erfolgten Erweiterungen haben maßgeblich dazu beigetragen, Frieden, Stabilität und Wohlstand in Europa zu erhöhen. Aus estnischer Sicht kann dies durch die Fortsetzung des Beitrittsprozesses weiterhin intensiviert werden. Der Beitrittsprozess Estlands zur EU und sein Beitritt im Jahr 2004 sind dafür ein eindrucksvolles Beispiel. Estland ist der Auffassung, dass die Mitgliedstaaten sich vor negativer Rhetorik im Zusammenhang mit der Erweiterung hüten und stattdessen dafür einstehen sollten, dass die positiven Seiten der letzten Erweiterung deutlich zum Ausdruck gebracht werden.

Estland unterstützt konsequent die Erweiterung der Europäischen Union und ist der Ansicht, dass die EU sowohl bei ihren früheren Entscheidungen hinsichtlich der Erweiterung als auch bei dem auf dem Gipfel der EU und des Westbalkans in Thessaloniki im Jahr 2003 den Staaten des Westbalkans in Aussicht gestellten EU-Beitritt bleiben muss. Estland weiß aus eigener Erfahrung, dass die Perspektive des EU-Beitritts eine gute zusätzliche Motivation bei der Umsetzung von politischen und wirtschaftlichen Reformen darstellt.

Die EU-Beitrittskriterien (Kopenhagener Kriterien) sind klar definiert und müssen von allen Beitrittskandidaten erfüllt werden. Estland vertritt die Meinung, dass die EU-Erweiterung fortgeführt und jeder Beitrittskandidat bei der Erfüllung dieser Kriterien nach seinen eigenen Leistungen bewertet werden sollte. Estland als ein vor kurzem in die EU integrierter Staat ist bereit, seine Erfahrungen

mit den Beitrittskandidaten auszutauschen. Allerdings bringt die Erweiterung aus estnischer Sicht auch neue Grenzen und damit die Notwendigkeit einer neuen Nachbarschaftspolitik der EU mit sich. Im allseitigen Interesse an Wachstum, Sicherheit, Wohlstand und Demokratie müssen die Nachbarländer eng an die Europäische Union angebunden werden. Estland verfolgt daher mit Nachdruck die geografische Ausdehnung und die Stärkung der europäischen Nachbarschaftspolitik in dieser Region. In diesem Rahmen soll von Seiten der EU Unterstützung für Reformen und den Aufbau demokratischer Institutionen gewährt werden.



Eine grundsätzlich positive und gesprächsbereite Haltung vertritt die estnische Regierung bezüglich der Türkei. Die Aufnahme von Verhandlungen wird befürwortet, da sich Estland von der Beitrittsperspektive eine weitere Beschleunigung des Reformprozesses in der Türkei verspricht.

Estland beteiligt sich zudem seit 1999 an der friedenserhaltenden Operation der NATO im Kosovo. Derzeit nehmen estnische Stabsoffiziere im Hauptquartier der KFOR an der Operation teil, und eine 26 Mann zählende Aufklärungskompanie befindet sich innerhalb des dänischen Bataillons in Mitrovica, im nördlichen Teil Kosovos. Da es sich im Falle Kosovos um ein europäisches Problem handelt, dessen Lösung einen hohen Stellenwert sowohl auf der Tagesordnung der NATO als auch der EU hat, hält es Estland für erforderlich, seinen Einsatz dort so lange fortzusetzen, wie es notwendig ist.

Estland hat die Unabhängigkeit Kosovos von Serbien anerkannt.

Taktik

Als Vertreterin/Vertreter Estlands befürworten Sie im Grunde eine erneute Erweiterung der EU in Richtung Balkan und Türkei. Für Sie ist es wichtig, dass Europa seinen Wiedervereinigungsprozess, der mit dem Fall des Eisernen Vorhangs begann, konsequent nach Süden fortsetzt, damit dauerhaft Stabilität und Wohlstand in der gesamten Region garantiert sind. Allerdings sind Sie keinesfalls für bedingungslose oder übereilte Beitritte der neuen Kandidaten. Setzen Sie sich für eine strikte Anwendung der Kopenhagener Kriterien ein und argumentieren Sie, dass für die neuen Beitrittskandidaten ganz klar die gleichen Bedingungen gelten müssen wie für die zuvor neu aufgenommenen dreizehn Mitgliedstaaten.

Sind diese Bedingungen erfüllt, unterstützen Sie insbesondere einen Beitritt Montenegros und Mazedoniens in naher Zukunft. Sie fordern allerdings von den Regierungen eine konsequentere Bekämpfung der Korruption. Mazedonien unterstützen Sie spürbar bei der Forderung gegenüber Griechenland, selbst über seinen Landesnamen entscheiden zu dürfen.

Auch der Türkei sagen Sie Ihre Unterstützung für einen Beginn der Beitrittsverhandlungen zu. Gegenüber skeptischen EU-Mitgliedstaaten argumentieren Sie, dass die Türkei bereits erstaunliche Reformschritte vollbracht hat und eine reale Beitrittsperspektive diesen Modernisierungsprozess weiter beschleunigen wird.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Insgesamt plädieren Sie für einen langsamen Beitrittsprozess, da sich so die finanziellen Folgen auch für Ihr Land abmildern lassen. Die Haushaltslage Estlands ist, bedingt durch die Einflüsse der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009, zurzeit eher angespannt.

Neben den konkreten Beitrittsgesuchen noch anderer Länder des westlichen Balkans ist es Ihnen schließlich ein großes Anliegen, eine europäische Region der Stabilität und des Wachstums auch jenseits der erweiterten EU-Grenzen zu schaffen. Sie setzen sich daher im Rat mit Nachdruck für eine Ausweitung und Konkretisierung der europäischen Nachbarschaftspolitik an der östlichen Grenze der EU ein. Dies gilt auch für eine Intensivierung der Beziehungen mit Russland.

Um Einfluss nehmen zu können, müssen Sie sich taktische Unterstützung für Ihre Positionen bei anderen Mitgliedstaaten suchen. Traditionell haben die drei baltischen Staaten oft konvergierende Interessen und stimmen ihr Vorgehen miteinander ab.

Finnland (Suomi)



HAUPTSTADT Helsinki (583.350 Einwohner)

STAATSFORM Republik, Einheitsstaat

FLÄCHE 390.920 km²

EINWOHNER 5,338 Millionen

EINWOHNER/KM² 14

BIP/EINWOHNER (2011) 28.900 Euro

WACHSTUMSRATE (2011) 2,7%

ARBEITSLSENRATE 7,8%

SPRACHEN Finnisch, Schwedisch, Russisch, Samisch

RELIGIONEN 81% Lutheraner, 1% Griechisch-Orthodoxe, 1% Sonstige, 17% konfessionslos

ETHNISCHE GRUPPEN 92% Finnen, 6% Schweden, 2% Russen, Esten und Samen

BEITRITT ZUR EG/EU 1995

STAATSPRÄSIDENT Sauli Niinistö

REGIERUNGSCHEF Jyrki Katainen

WEITERE INFORMATIONEN www.finnland.de

*Der Neue Fischer Weltalmanach 2012 // Wirtschaftsdaten: Eurostat
epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home*

Sie sind die Vertreterin/der Vertreter Finnlands. Ihr Land ist seit 1995 Mitglied der EU und war bereits an den Verhandlungen der letzten Osterweiterungsrunde beteiligt. Nun sind Sie erneut mit der Entscheidung über weitere Beitrittsgesuche ost- und südosteuropäischer Länder konfrontiert.

Finnland in der EU

Seit 1955 konnte Finnland Erfahrungen bei der Durchführung gemeinsamer Politik über seine eigenen Staatsgrenzen hinweg sammeln. Denn zusammen mit den vier anderen nordeuropäischen Staaten (Dänemark, Island, Norwegen und Schweden) bildet es im Rahmen des „Nordischen Rates“ seitdem



einen Großraum, in dem beispielsweise der Arbeitsmarkt und die Sozialversicherung gemeinsam geregelt werden.

Lange Zeit neutral, hat Finnland durch den Beitritt zum NATO-Programm „Partnerschaft des Friedens“ 1994 entsprechende Bindungen zur NATO aufgenommen. 1995 folgte der Beitritt zur EU, der in erster Linie durch die Solidarität und die gemeinsame Sicherheit, die die Union zu bieten hat, motiviert war. Finnland setzt sich in der Europäischen Union dafür ein, Wohlstand und Sicherheit in Europa möglichst wirksam zu gewährleisten. Das Land sucht seit seinem Beitritt besonders die Nähe zur Kerngruppe der Union und forciert eine Verbesserung der Effizienz und Handlungsfähigkeit der EU.

Finnland hat sich 1999 als einziges nordisches Land der dritten Stufe der Währungs- und Wirtschaftsunion (WWU) angeschlossen und den Euro eingeführt. Obwohl das Land auch weiterhin an seiner militärischen Bündnisfreiheit festhält, befürwortet es mit Nachdruck eine Stärkung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und des Krisenmanagements der EU.

Weiterhin höchste Priorität hat für Finnland die regionale Kooperation im gesamten Ostseeraum auch über die Grenzen der EU hinaus. Insbesondere das gute Verhältnis zum Nachbarn Russland ist der finnischen Regierung ein elementares Anliegen, nicht nur, weil die beiden Volkswirtschaften eng verknüpft sind und Finnland auf russische Energieimporte angewiesen ist, sondern auch aufgrund geografischer und historischer Gegebenheiten. So war Finnland der erste westliche Staat, der mit Russland schon 1992 einen Vertrag über den Ausbau der Beziehungen abschloss. Durch das Ende des Ost-West-Konflikts wird Finnland immer mehr zu einer westöstlichen Drehscheibe für den Handel zwischen Europäischer Union, Russland und Osteuropa.



Auf Initiative Finnlands hin entwickelte die Europäische Union 1997 eine „Nordische Dimension“ ihrer Politik, die darauf abzielt, die Zusammenarbeit mit Russland und anderen Partnern im Bereich Volkswirtschaftsmanagement, Energiepolitik, Umweltschutz und anderen Feldern in der Region zu fördern. Mit dieser Aufwertung steht der Ostseeraum nun auf derselben Stufe wie die europäische Mittelmeerregion. Finnland gehört auch heute noch zu den aktivsten Verfechtern eines weiteren Ausbaus dieser Regionalpolitik und sieht in der „Nordischen Dimension“ einen Garanten für die eigene Sicherheit.

Finnland und die nächste Erweiterungsrunde

Aufgrund seiner engen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den baltischen und anderen osteuropäischen Staaten war Finnland ein aktiver Unterstützer der ersten Osterweiterung. Mit dem Vollzug dieser Erweiterung am 1. Mai 2004 wurde somit ein wichtiges finnisches Ziel erfüllt. Besonders positiv bewertet das Land die Tatsache, dass mit dem Beitritt der baltischen Staaten die „Nordische Dimension“ der EU deutlich gestärkt wurde, denn danach hat sich die Zahl der nordischen Mitgliedstaaten verdreifacht. In der erweiterten EU drängt Finnland zusammen mit seinen nordischen Nachbarn folglich auch auf eine stärkere (finanzielle) Berücksichtigung dieses Politikbereichs.

Mit Blick auf die noch außerhalb der EU stehenden Staaten wendet sich das Land auch zukünftig gegen eine Beschränkung der EU auf die europäischen Märkte und fördert stattdessen alle Maßnahmen zur Öffnung der Weltmärkte. Außerdem unterstützt Finnland eine erneute Erweiterung der Union, wird diese doch als elementarer Garant der Stabilität und Sicherheit ganz Europas und insbesondere Finnlands angesehen. Auch in wirtschaftlicher Hinsicht wird eine Einbeziehung weiterer Länder in den Binnenmarkt als großer Vorteil gewertet.



Allerdings kann eine solche notwendige Erweiterung aus finnischer Sicht nicht um jeden Preis geschehen und darf auf keinen Fall die Entscheidungsfähigkeit und Effizienz der europäischen Institutionen gefährden.

Außerdem tritt Finnland dafür ein, den Blick über die nächste Erweiterung hinaus zu richten. Der Beitritt neuer Mitgliedstaaten wird die EU näher an die Grenzen instabiler Regionen wie Weißrussland, Moldawien und den Kaukasus bringen, was große Herausforderungen für Grenzschutz, Sicherheit und Entwicklungshilfe bedeutet. Diesen Herausforderungen muss die EU sich stellen, indem sie weiterhin eine effektive Nachbarschaftspolitik für diese Regionen entwirft und Transformationsländer jenseits ihrer Grenzen unterstützt.

Die Stimmung in der finnischen Bevölkerung bezüglich einer erneuten Erweiterung der EU ist zwar insgesamt noch positiv, die Regierung muss jedoch auch auf Sorgen hinsichtlich einer verstärkten Einwanderung aus den neuen Ländern im Rahmen der Arbeitnehmerfreizügigkeit und in Bezug auf die starken wirtschaftlichen Einbrüche durch die Wirtschafts- und Finanzkrise Rücksicht nehmen.

Taktik

Aus geografischen, politischen und wirtschaftlichen Gründen setzen Sie sich für die Aufnahme weiterer Länder in die EU ein. Allerdings knüpfen Sie Ihre Zustimmung an bestimmte Bedingungen, die sich sowohl an die jetzige EU als auch an die Beitrittskandidaten richten.

In EU-Kreisen pochen Sie zunächst darauf, vor weiteren Beitritten das Institutionengefüge so weit zu reformieren, dass die Aufnahme neuer Mitglieder nicht die Transparenz und Handlungsfähigkeit der großen EU negativ beeinflusst. Ein weiteres Anliegen ist Ihnen der Ausbau der nordischen Dimension europäischer Politik besonders in finanzieller Hinsicht. Versuchen Sie, von Ihren EU-Partnern die Zusage zu bekommen, dass finanzielle Mittel für diesen Politikbereich ausgebaut oder zumindest nicht gekürzt werden. Argumentieren Sie, dass diese regionale Kooperation und insbesondere ein en-



ges Verhältnis zu Russland von strategischer und sicherheitsrelevanter Bedeutung für Europa sind.

Zum Schutz des heimischen Arbeitsmarktes und zur Beruhigung Ihrer Bevölkerung setzen Sie sich außerdem verstärkt für eine Übergangsfrist im Bereich der Arbeitnehmerfreizügigkeit ein.

Beachten Sie darüber hinaus, dass gerade Ihr Land bereits von der Wirtschafts- und Finanzkrise in den Jahren 2008 und 2009 besonders stark getroffen wurde. Kein anderes Industrieland der EU hat so starke Einbußen hinnehmen müssen. Wichtig ist für Sie, dass die Europäische Union in der Frage der Erweiterung nicht zu schnell handelt und die wirtschaftliche Konsolidierung der Mitgliedstaaten nicht aus den Augen verliert.

Das Beharren auf die konsequente Einhaltung der Kopenhagener Kriterien bestimmt Ihre Haltung gegenüber dem Beitritt aller interessierten Staaten. Sie machen deutlich, dass Sie enge Beziehungen zwischen der EU und dem westlichen Balkan als elementar für die weitere Entwicklung in der Region ansehen. Ihrer Ansicht nach werden in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren wahrscheinlich alle Länder des westlichen Balkans der EU beigetreten sein oder ihren Beitritt verhandeln.

Sie teilen die Meinung des Kriegsverbrechertribunals für Ex-Jugoslawien, dass die Staaten des westlichen Balkans nicht ausreichend mit dem Tribunal kooperieren.

Gegenüber allen Beitrittsbefürwortern argumentieren Sie mit Nachdruck, dass die EU sämtliche Glaubwürdigkeit in Sachen Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit verlieren würde, sollte sie in diesem Punkt nachgeben.

Bezüglich der Türkei befürworten Sie zwar die Aufnahme von Verhandlungen, sobald diese ihr Reformpaket, wie von der Kommission gefordert, zufriedenstellend umgesetzt hat. Sie sehen die Türkei allerdings noch weit entfernt von einer tatsächlichen Beitrittsreife.

Frankreich (France)



HAUPTSTADT Paris (2,211 Mio. Einwohner)
STAATSFORM parlamentarische Präsidentialdemokratie mit zwei Kammern
FLÄCHE 543.965 km²
EINWOHNER 62,616 Millionen
EINWOHNER/KM² 115
BIP/EINWOHNER (2011) 27.000 Euro
WACHSTUMSRATE (2011) 1,7%
ARBEITSLOSENQUOTE 10,1%
SPRACHEN Französisch
RELIGIONEN 64% Katholiken, 4,3% Muslime, 1,9% Protestanten
BEITRIFF ZUR EG/EU Gründungsmitglied
STAATSOBERHAUPT François Hollande
REGIERUNGSCHEF Jean-Marc Ayrault
WEITERE INFORMATIONEN www.botschaft-frankreich.de

*Der Neue Fischer Weltalmanach 2012 // Wirtschaftsdaten: Eurostat
epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home*

Sie sind die Vertreterin/der Vertreter Frankreichs im Rat der Europäischen Union. In dieser Funktion sind Sie kurz nach der Erweiterung um Kroatien erneut mit der Entscheidung über weitere Beitrittsgesuche konfrontiert.

Frankreich in der EU

Frankreich gehört zu den Mitbegründern der europäischen Integration, wobei die Überwindung der langjährigen Feindschaft zum Nachbarn Deutschland und der Aufbau einer Vertrauensbeziehung zwischen den beiden Ländern immer zu den treibenden Kräften des europäischen Einigungsprozesses gehört haben. Von der Gründung der Europäischen



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Gemeinschaft für Kohle und Stahl im Jahre 1952 bis heute gehen fast alle entscheidenden Integrationsschritte auf eine Einigkeit des deutsch-französischen Motors zurück. So hat Frankreich die Entwicklung der EU immer aktiv vorangetrieben, war aber stets darauf bedacht, das entstehende Institutionen-Gebilde nach seinen Vorstellungen zu prägen. Zu den Prämissen Frankreichs gehört die Idee eines starken, international handlungsfähigen und unabhängigen Europas, das in einer multipolaren Welt eines von mehreren ausbalancierten Machtzentren und damit auch ein Gegengewicht zu den USA bilden soll.

Bei der Verwirklichung dieser „Europe Puisse“ setzt Frankreich traditionell mehr auf zwischenstaatliche Zusammenarbeit und gegenseitige Vertrauensbildung denn auf supranationale Institutionen.

Bei allem Einsatz für ein geeintes Europa ist Frankreich auch stets am Erhalt einer gewissen Führungsrolle in Europa, an einem angemessenen Einfluss im europäischen Entscheidungsgefüge sowie an der Übertragung französischer Strukturmerkmale auf die europäische Ebene interessiert. So soll insbesondere die kulturelle und sprachliche Diversität in Europa erhalten bleiben und der französischen Sprache ein angemessener Platz in der europäischen Verständigung eingeräumt werden. Auch der Erhalt und die Ausbreitung des französischen Sozial- und Gesellschaftsmodells, das ein hohes Maß an staatlicher sozialer Sicherung für die gesamte Bevölkerung garantiert, ist Frankreich ein großes Anliegen.

Wie groß die Angst vor einem Verlust dieser grundlegenden Gesellschaftsvorstellungen in einer größer werdenden EU auch in der französischen Bevölkerung ist, hat der negative Ausgang des Referendums über den Europäischen Verfassungsvertrag gezeigt (54,8% Nein-Stimmen). Dieses Votum ist auch ein klares Zeichen dafür, dass sich die Franzosen vom Tempo ihrer Regierung bezüglich der europäischen Integration überrannt und überfordert fühlen.



Frankreich und die nächste Erweiterung

Frankreich betrachtet den Erweiterungsprozess als ein Symbol für das Ende der Teilung Europas. Die Durchsetzung der Werte des Friedens, der Demokratie und der Solidarität, die seit der Gründung der Gemeinschaft im Zentrum des europäischen Aufbaus stehen, ist ein wichtiger Bestandteil französischer Politik. Die Erweiterung der Europäischen Union ist eine Folge der geografischen und geschichtlichen Logik des Kontinents und gleichzeitig eine historische Herausforderung.

Der grundsätzlich erweiterungsfreundliche Kurs der französischen politischen Elite muss bei konkreten Entscheidungen der Regierung jedoch auch mit den ihm entgegenstehenden Einflussfaktoren abgewogen werden. Einer dieser Faktoren ist die Tatsache, dass die Position der Regierung in weiten Teilen der Bevölkerung nicht mitgetragen wird. Das Nein der Franzosen zur Europäischen Verfassung war zum großen Teil auch motiviert durch die Angst vor sozialen und arbeitsmarktbezogenen Konsequenzen der schnell aufeinander folgenden Erweiterungen sowie durch eine klare Ablehnung eines Türkeibeitritts. Die Vorbehalte gegenüber einem Beitritt der Türkei stützen sich auf religiöse und geografische Realitäten und auf Befürchtungen hinsichtlich der Einwanderung. Die Frage ist, wie lange die französische Regierung noch eine Position vertreten kann, die im Gegensatz zur Stimmung in der französischen Bevölkerung steht. Ein erstes Entgegenkommen besteht in der Zusai-

cherung, dass in Frankreich per Referendum über einen tatsächlichen Beitritt der Türkei abgestimmt wird.

Ein weiterer bedeutender Faktor, der Frankreichs vorbehaltlose Unterstützung für erneute Erweiterungsrunden erschwert, ist die Sorge um einen Verlust des eigenen Einflusses in einer erweiterten EU. Hierbei spielen folgende Überlegungen eine Rolle:

Durch den Beitritt von weiteren osteuropäischen Staaten wird sich der Binnenmarkt geografisch zugunsten Deutschlands verschieben.



Die Konzentration auf den Beitritt von weiteren osteuropäischen Staaten könnte zur Vernachlässigung des akuten Gefahrenherdes Mittelmeer bzw. Nordafrika führen. Gerade hier hat Frankreich aber traditionell bedingt sehr enge Bindungen und sieht einen wesentlich stärkeren Handlungsbedarf.

Eine Aufnahme weiterer südosteuropäischer Staaten ist ohne Reform der Agrarpolitik nicht möglich. Damit sind aber erhebliche Einbußen für Landwirte verbunden, die eine starke Opposition der französischen Agrarlobby hervorrufen würden. Frankreich sträubt sich daher vehement gegen den Abbau der Agrarsubventionen für die alten Mitglieder.

Frankreich und die Türkei

Zusammen mit Deutschland setzt sich Frankreich auch für einen EU-Beitritt der Türkei ein. Die Regierung führt hier ebenso sicherheitspolitische wie kulturelle Gründe an. Zum einen ist die Türkei von strategischem Interesse für das Verhältnis zur islamischen Welt und für die Stabilisierung der gesamten Region, zum anderen darf die EU sich nicht als „christlichen Klub“ verstehen, sondern sollte sich vielmehr als Wertegemeinschaft auf der Basis der kulturellen Vielfalt und Toleranz begreifen.

Frankreich und Bosnien-Herzegowina

Frankreich und Bosnien-Herzegowina haben seit vielen Jahren gute gemeinsame Erfahrungen in der Zusammenarbeit gesammelt.

Der Service de coopération et d'action culturelle (Kultur- und Kooperationsabteilung), der unmittelbar nach Beendigung des Krieges in Sarajewo eingerichtet wurde, verfolgt eine Politik, bei der die Unterstützung Bosnien-Herzegowinas auf institutioneller Ebene im Vordergrund steht. 2002 wurde anlässlich des Besuchs von Außenminister de Villepin ein französisch-bosnisches Kultur-, Wissenschafts- und Technikabkommen unterzeichnet. In einem Land, in dem das Klima noch immer von interethnischen Konflikten geprägt wird, war diese Aktion entschieden zukunftsorientiert und richtete sich somit vor allem an die bosnische Jugend (junges Publikum und junge Kulturschaffende).



Die Verbreitung der französischen Sprache und Kultur in Bosnien-Herzegowina stützt sich auf das Institut français mit seinen Niederlassungen in Mostar, Banja Luka und Tuzla sowie auf das Centre André-Malraux, das in Sarajewo in der Zeit der Belagerung gegründet wurde und dessen Funktion als kulturelle Brücke und Sprachzentrum von wesentlicher Bedeutung ist.

Seit 2004 erhält der Französischunterricht, der große Einbußen erlitten hatte, im Rahmen des Programms „Educ-action“ (Stipendien, Einladungen, Sprachaufenthalte, Fortbildungen und Fachfranzösischkurse insbesondere für Beamte) neue Impulse. Das zwischen Frankreich und Bosnien-Herzegowina 2006 unterzeichnete zwischenstaatliche Abkommen bietet einen angemessenen Rahmen für den landesweiten Französischunterricht. 2007 soll ein Lehrstuhl für Französisch an der Universität Banja Luka (RS) eingerichtet werden. Im Bereich des Fremd-

sprachenunterrichts an den Schulen liegt der Schwerpunkt auf dem Ausbau der bilingualen Zweige in Sarajewo und Mostar und auf Aktionen im Bereich der Jugendarbeit (Austauschprogramme für französische und bosnische Jugendliche, Ausbildung junger Lehrer).

Im Hochschul- und Forschungsbereich konzentrieren sich die Bemühungen auf die Entwicklung der Hochschul- und Forschungspartnerschaften, die Erhöhung der Stipendien, die Unterstützung der Forschungsprojekte und auf den universitären Austausch. Die Zusammenarbeit mit den NGOs basiert auf einem Subventionssystem, wobei die Subventionen in erster Linie für Partner bestimmt sind, die aktiv in Jugendprojekten engagiert sind. Darüber hinaus werden Subventionen für die Unterstützung lokaler Akteure in den benachteiligten Regionen des Landes bereitgestellt.

Die medizinische Zusammenarbeit wird durch die Unterstützung des bereits seit vielen Jahren aktiven französischen Vereins MFBH (Medizin Frankreich Bosnien-Herzegowina) gefördert. Im Bereich der Justiz wurden zwei französische Rechtsexperten an den Staatlichen Gerichtshof von Bosnien-Herzegowina entsandt: eine Rechtsanwältin für internationales Recht seit November 2006 und ein Richter. Derzeit werden Projekte ausgearbeitet, um Nutzen aus dem französischen Expertenwissen im Bereich der Jugendgerichtsbarkeit und der Organisation der Rechtsanwaltschaft zu ziehen. Frankreich finanziert darüber hinaus Aktionen im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit. Die administrative Zusammenarbeit kam 2007 in der Ausbildung zweier bosnischer Studenten an der Verwaltungshochschule ENA zum Ausdruck. Die Entwicklung des Tourismus ist ein weiterer Bereich, in dem Frankreich sein Know-how, insbesondere durch die Präsenz eines technischen Assistenten, bereitstellt.



Für den kulturellen Austausch sorgen Ereignisse wie die „Zehn Tage der Frankophonie“, ein Projekt, das landesweit organisiert wird. Außerdem wurde ein Programm zur Unterstützung der Veröffentlichung französischer Werke ins Leben gerufen. Die jährlich stattfindende Literaturveranstaltung „Rencontres européennes du livre“ ist die größte Veranstaltung dieser Art in diesem Teil Europas. Darüber hinaus werden die visuelle Kunst, Musik, Bühnenkunst, Architektur und das Kulturerbe unterstützt.

Aufgrund der bestehenden Verflechtung der Gemeinden und Regionen ist eine dezentralisierte Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern noch begrenzt, wobei die Gefahr besteht, dass diese gänzlich zum Erliegen kommt. Dabei sind die französischen Gemeindeverbände an einer Zusammenarbeit in den Bereichen Ökotourismus, ökologische Landwirtschaft und Energie durchaus interessiert. Auf Initiative der Region Auvergne wurde beispielsweise eine Zusammenarbeit mit dem Kanton Zentralbosnien (Travnik) entwickelt, und die Städte Millau und Mostar unterzeichneten im Dezember 2006 ein Kooperationsabkommen. Ein Partnerschaftsprojekt zwischen Mostar und Saint-Denis wird derzeit geprüft. Am 19. April 2007 fand ein erstes Seminar statt, das drei Zielsetzungen hatte: eine neue Dynamik für die dezentralisierte Zusammenarbeit, den Aufbau eines Städtepartnerschaftsnetzes und den Ausbau der Zusammenarbeit auf regionaler Ebene.

Frankreich und Mazedonien

Zwischen Mazedonien und Frankreich bestehen ebenso intensive Verbindungen. Diese Verbindungen dürfen jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass Frankreich (anders als Deutschland, Italien oder Großbritannien) die Position Griechenlands in der Frage des „Namenstreits“ unterstützt.

Im Januar 1998 unterzeichneten beide Länder ein Abkommen über kulturelle, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit. Die finanziellen Mittel, die dafür bereitgestellt werden, sind in erster Linie für die Stärkung des Rechtsstaates, die Ausbildung mazedonischer Führungskräfte und die Förderung der französischen Sprache bestimmt.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Das seit 2002 laufende Ausbildungsprogramm für künftige administrative Führungskräfte des Landes wird fortgesetzt und ergänzt durch eine Aktion zur Unterstützung der vor Kurzem zur Aus- und Weiterbildung von Richtern und anderen im Justizbereich beschäftigten Personen eingerichteten „Richter- und Staatsanwaltsakademie“.

Für frankofone mazedonische und albanische Studenten wurde in Zusammenarbeit mit französischen Universitäten und Forschungslabors ein Austausch- und Stipendienprogramm mit Schwerpunkt Staatsführung eingerichtet.

Die Förderung des frühen Französischunterrichts, der Ausbau eines Netzes bilingualer Klassen, die Ausbildung von pädagogischen Koordinatoren und eine verstärkte Präsenz in den großen Universitäten des Landes (Bitola, Tetovo et Skopje) stellen die vier großen Ausrichtungen der sprachlichen Zusammenarbeit dar.

Das 1972 gegründete französische Kulturzentrum in Skopje ist die älteste bestehende ausländische kulturelle Einrichtung des Landes. Das Zentrum ist insofern der Angelpunkt der kulturellen und künstlerischen Zusammenarbeit, als dass es die Verbreitung des französischen künstlerischen Schaffens gewährleistet und gleichzeitig Aktionen im Bereich von Ausbildung und Expertenwissen zugunsten der örtlichen Strukturen fördert.



Frankreich und Serbien

Seit jeher unterhält Frankreich gute Kontakte zu Serbien und unterstützt das Land auf seinem Weg in die Europäische Union. Dennoch darf diese Nähe nicht darüber hinwegtäuschen, dass Frankreich zusammen mit Deutschland als erste Staaten der Europäischen Union die Unabhängigkeit Kosovos im Februar 2008 anerkannt hat. Mittlerweile haben insgesamt 22 Staaten der EU den Kosovo als souveränen Staat anerkannt.

Die französische Regierung begrüßt die Festnahme von Radovan Karadzic im Jahr 2008 und wertet dies als ein besonders positives Zeichen für Serbien. Sie als Vertreterin/Vertreter Frankreichs weisen trotzdem mit Nachdruck darauf hin, dass dieser alleinige Fahndungserfolg nicht ausreicht und dass weiter mit aller Energie nach flüchtigen Kriegsverbrechern gesucht werden muss. Vom unabhängigen Internationalen Gerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) fordern Sie weiterhin ein intensives Engagement und hohe Haftstrafen.

Taktik

Sie setzen sich insgesamt für eine weitere Integration ein, was Ihrer historischen Rolle entspricht. Dennoch hegen Sie gewisse Befürchtungen bezüglich des möglichen Verlustes Ihrer Vormachtrolle im Integrationsprozess. Sie unterstützen also nach außen eine zügige Integration, versuchen aber trotzdem, möglichst viel für Frankreich herauszuschlagen und dafür zu sorgen, dass Deutschland dabei einen Großteil der Kosten übernimmt.



Dennoch versuchen Sie gemeinsam mit Deutschland, eine gute Startposition für die Staaten des westlichen Balkans zu schaffen.

Betonen Sie bei der Erweiterungsfrage, dass prinzipiell für alle Staaten eine Aufnahme möglich ist, wenn am Ende der Verhandlungen sämtliche Kriterien ohne Kompromisse erfüllt sind. Schlagen Sie folgende Prinzipien für die Verhandlungen vor:

- ▶ Die Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstands, d.h. der gesamten europäischen Rechte und Pflichten durch die Beitrittskandidaten. So soll die Erweiterung keine Schwächung der Union und ihrer Politik bewirken. Frankreich will nicht hinnehmen, dass Europa auf eine regionale wirtschaftliche Integrationszone reduziert wird.

- ▶ Damit die Größe des zukünftigen Europas und die geringere Homogenität kein Hindernis für Länder darstellen, die zusätzliche Integrationsschritte unternehmen wollen, soll eine „vertiefte Zusammenarbeit“ eingeführt werden, wie sie im Vertrag von Amsterdam vorgesehen ist. Das soll weder dazu führen, dass ein Europa „à la carte“ entsteht, in dem jeder das Gewünschte nimmt, noch dazu, dass sich ein „harter Kern“ bildet, der alle diejenigen, die nicht dazugehören, in eine „zweite Liga“ abstuft, sondern es sollen auf diese Weise Instrumente geschaffen werden, um das Aufbauwerk Europas in einem neuen Zusammenhang fortzusetzen.

Mit Blick auf Ihre erweiterungskritische Bevölkerung sollten Sie Argumente für die Aufnahme neuer Mitglieder in die EU gut abwägen und auf die Ängste Ihrer Wähler eingehen. Weisen Sie z.B. darauf hin, dass sich gerade die Verhandlungen mit der Türkei im Interesse aller über einen sehr langen Zeitraum erstrecken müssen, bis das Land tatsächlich beitragsfähig ist. Machen Sie mit Rücksicht auf Ihre Bevölkerung deutlich, dass die Türkei, die der EU beitreten wird, nicht die Türkei von heute sein kann.

Die Abschiebung von Roma aus Frankreich, die ihrerseits Bürgerinnen und Bürger der EU sind, insbesondere zurück nach Rumänien und Bulgarien, hat der französischen Regierung scharfe Kritik durch die anderen Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission eingebracht. Seien Sie in diesem Themenfeld sensibel in Ihrem Auftreten.

Als Nettoempfänger in der Agrarpolitik der Union sind Sie darüber hinaus besonders an Übergangsfristen im Agrarbereich interessiert und wenden sich gegen eine sofortige Eingliederung der neuen Staaten in das Subventionssystem der EU. Sie wissen um den starken Einfluss der Agrarlobby Ihres Landes und wollen nach Möglichkeit eine Konfrontation mit dieser Interessensgruppe vermeiden.

Sie versuchen daher, schnelle Einschnitte in das Subventionssystem für die alten Mitgliedstaaten abzuwenden. Weil Sie wissen, dass sich Deutschland besonders im Bereich der Arbeitnehmerfreizügigkeit für Übergangsfristen einsetzt, haben Sie hier die Möglichkeit, eine Paketlösung zu schnüren.

Behalten Sie jedoch im Auge, dass die französische Öffentlichkeit einer schnellen und vielleicht überhasteten Erweiterung der Europäischen Union sehr kritisch gegenüber steht.

Sie stehen vor der schwierigen Aufgabe, einerseits den Beitrittsprozess voranzutreiben, gleichzeitig jedoch den Eindruck zu vermeiden, zu deutliche Zusagen und Versprechungen insbesondere an die Adresse der Türkei zu machen.



Griechenland (Ελλάδα) (Hellas)



HAUPTSTADT Athen (ca. 3,4 Mio. Einwohner)
STAATSFORM parlamentarische Demokratie, Einkammersystem
FLÄCHE 131.957 km²
EINWOHNER 11,283 Millionen
EINWOHNER/KM² 86
BIP/EINWOHNER (2011) 20.100 Euro
WACHSTUMSRATE (2011) -7,1%
ARBEITSLÖSENQUOTE (2011) 17,7%
SPRACHEN Neugriechisch
RELIGIONEN 97% griechisch-orthodoxe Christen, Minderheiten von Protestanten, Katholiken und Muslimen
ETHNISCHE GRUPPEN offiziell 100% Griechen, aber Minderheiten von Mazedoniern, Albanern, Türken, Arumonen, Pomaken (slaw. Muslime)
BEITRITT ZUR EG/EU 1981
STAATSOBERHAUPT Karolos Papoulias
REGIERUNGSCHEF Andonis Samaras
WEITERE INFORMATIONEN www.griechische-botschaft.de

Der Neue Fischer Weltalmanach 2012 // Wirtschaftsdaten: Eurostat
epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home

Sie sind Vertreterin/Vertreter Griechenlands im Rat der Europäischen Union. In dieser Funktion sind Sie mit der Entscheidung über erneute Beitrittsgesuche zur EU konfrontiert.

Griechenland in der EU

Griechenland hat seit 1974, nach einer kurzen Periode der Herrschaft einer rechtsgerichteten Militärdiktatur (Obristendiktatur), wieder eine demokratische Verfassungsordnung und ist 1981 der EG beigetreten. Seitdem hat Griechenland von den Strukturhilfen aus europäischen Töpfen profitiert und sich zu einer sehr stabilen Demokratie am südöstlichen Rand der EU entwickelt.



Auch wenn Griechenlands politisches System die Trennung zwischen Staat und Kirche vorsieht, ist die Bevölkerung Griechenlands doch sehr stark durch die weit verbreitete und einflussreiche orthodoxe Kirche geprägt.

Als relativ armes Land hat Griechenland sehr stark von der Aufnahme in die EU profitiert, sind ihm doch viele finanzielle Leistungen aus den Strukturfonds zugeflossen. Noch heute machen die regulären Hilfen aus dem Haushalt der EU zirka 3,3% des Bruttoinlandsproduktes aus. Die Wirtschaft Griechenlands ist immer noch rückständig und wurde bezogen auf das statistische Pro-Kopf-Einkommen selbst vom Neumitglied Slowenien überholt.

Die griechische Finanzkrise ist eine Haushalts- und Staatsschuldenkrise Griechenlands, die spätestens seit 2010 auch in der breiten Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Diese Krise entwickelte sich bereits seit vielen Jahren, war aber bis 2009 von verschiedenen griechischen Regierungen mit falschen Darstellungen und Meldungen über Griechenlands Wirtschaftsdaten verschleiert worden. Die Auswirkungen betreffen außer Griechenland selbst vor allem die Euro-Zone der EU.

Der nationale Haushalt Griechenlands weist strukturell ein krisenhaft hohes jährliches Defizit (Nettoneuverschuldung) auf, er gibt also mittel- oder langfristig deutlich mehr aus als er einnimmt. Das Minus überschreitet seit vielen Jahren deutlich den in den vereinbarten Grenzwerten.

Staatsschuldenkrise bedeutet, dass der Staat Griechenland eine krisenhaft hohe Menge an Schulden aufgehäuft hat, welche Griechenland aus eigener Kraft nicht mehr zurückzahlen kann. In der Folge hat Griechenland so gut wie keinen Zugang mehr zum Kapitalmarkt und kann damit auch neue Haushaltsdefizite nicht mehr finanzieren. Der Schuldenstand Griechenlands lag schon beim Beitritt zum Euro über dem in den EU-Konvergenzkriterien vereinbarten Grenzwert von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und stieg von knapp 100 % 2003 jedes Jahr (ab 2009 stark beschleunigt) auf derzeit etwa 160% weiter an.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Aufgrund seiner offenen Meergrenzen zu Nordafrika und als Tor zur EU ist Griechenland zum Ziel vieler Flüchtlinge aus Afrika und Mittelasien geworden. Die griechische Regierung fordert deshalb eine strengere Asylpolitik innerhalb der EU und setzt sich für eine starke Partnerschaft mit den Mittelmeeranrainerstaaten ein (Barcelona Prozess).

In institutioneller Hinsicht fordert Griechenland eine gleichmäßige Vertiefung der EU und lehnt ein „Europa verschiedener Geschwindigkeiten“ ab, das eine Spaltung der Union bewirken könnte. Auch wenn Griechenland sehr lange an der Einstimmigkeitsklausel festgehalten hat, stimmte es dem Europäischen Verfassungsvertrag zu, der im Rat in vielen Bereichen Entscheidungen auch mit qualifizierter Mehrheit zulässt und es möglich macht, dass ein Mitgliedstaat in fachpolitischen Fragen überstimmt wird. In der Frage der Erweiterung der EU gilt jedoch weiterhin das wichtige Prinzip der Einstimmigkeit.

Ferner spricht sich Griechenland für eine langfristige Stärkung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik aus. Es ist sehr aktiv an der Stabilisierung des Balkans beteiligt und initiierte die Bildung einer „Multinationalen Brigade in Südosteuropa“.

Griechenland und die nächste Erweiterung
Griechenland ist durch seine geografische Lage das einzige EU-Mitgliedsland mit gemeinsamen Grenzen und Beziehungen zum europäisch-türkischen und arabischen Mittelmeerraum sowie zu den südosteuropäischen Staaten. Damit ist es sowohl von der Frage der Erweiterung um südosteuropäische Staaten und die Türkei als auch von der zukünftigen europäischen Mittelmeerpolitik direkt betroffen.

Das Verhältnis Griechenlands zu seinen unmittelbaren Nachbarn war in der Geschichte stets sehr konfliktgeladen. Ende der Neunzigerjahre haben sich die Verhältnisse jedoch wesentlich entspannt und freundschaftlich entwickelt. Dies gilt auch für den jungen Staat Mazedonien, mit dem Griechenland lange um Gebietsansprüche und die offizielle Namensführung gestritten hat.



Dabei ist der Namensstreit auch heute noch nicht endgültig beigelegt. Griechenland verlangt, dass Mazedonien seinen Verfassungsnamen „Republik Mazedonien“ ändert. Im Rahmen der Vereinten Nationen muss Mazedonien aufgrund des griechischen Interventions „Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien“ genannt werden. Griechenland argumentiert dabei, Makedonien (griechisch *Μακεδονία*, Makedonía) sei ein Name griechischen Ursprungs, der bereits für die nördliche griechische Region Makedonien und die historische Region Makedonien verwendet wird.

Slawische Stämme seien in der Balkanregion aber erst im frühen Mittelalter (ab dem 6. Jahrhundert n.Chr.) erschienen – und die Bewohner der ehemaligen jugoslawischen Teilrepublik Mazedonien seien Slawen. Außerdem umfasse das Staatsgebiet der ehemaligen jugoslawischen Teilrepublik größtenteils ein Gebiet, das nicht zum ursprünglichen historischen Gebiet Makedoniens zähle. In der Antike habe man dieses Gebiet, in dem heute auch die Hauptstadt Skopje liegt, auch Paionien genannt. Die Verwendung des Namens Mazedonien stelle somit ein Aufnehmen fremder Geschichte und Kultur dar. Dies geschehe aus politischen Gründen, um sich von den benachbarten und eng verwandten Bulgaren abzugrenzen und um ein identitätsstiftendes Nationalgefühl begründen zu können, das die Grundlage für die Existenz des neuen Staates sein soll.

Zudem handele es sich bei der ehemaligen jugoslawischen Teilrepublik um einen Vielvölkerstaat (unter anderem 25% Albaner, 4% Türken, 3% Roma, 2% Serben), dessen territoriale Einheit es sicherzustellen gelte. Ein weiterer Grund für die historisch nicht haltbare Bezugnahme auf die antiken Makedonier und ihren Staat liege im Anspruch auf eine politische Vorrangstellung der slawischstämmigen Bevölkerungsgruppe gegenüber den anderen Volksgruppen, die so historisch begründet werden solle.



Die slawischstämmigen Bewohner dieser Region hätten sich selbst in den vergangenen Jahrhunderten wohl auch in Teilen als Bulgaren bezeichnet. Dies habe sich nach Ansicht Griechenlands erst mit der Verordnung Titos geändert, der der südlichsten Region Jugoslawiens, der ehemaligen Vardar-Banschaft, den offiziellen Namen Vardar-Mazedonien verlieh. Damit hätten bulgarische Gebietsansprüche auf Südjugoslawien abgewehrt und zugleich jugoslawische Gebietsansprüche gegen Nordgriechenland gestützt werden sollen. Zu diesem Zweck hätten die Bewohner der südlichsten Provinz Jugoslawiens eine neue nationale Orientierung erhalten sollen. Die Sprache der slawischen Bevölkerungsmehrheit, wesentliche Grundlage eines Volkes, welche dem Bulgarischen äußerst nahe stehe, sei in Mazedonisch umbenannt worden.

Es habe außerdem eine groß angelegte Geschichtsfälschung nach kommunistischem Muster begonnen. Die verfälschte Geschichte sei in den Schulen unterrichtet worden, mit der Folge, dass die heutigen slawischstämmigen Bewohner ein falsches Bild von ihrer Geschichte hätten.

Griechenland sperrt sich auch gegen den Namen Republik Mazedonien, weil es mazedonische Gebietsansprüche gegen die gleichnamige nordgriechische Region Makedonien befürchtet – eine Angst, die damit begründet wird, dass die ebenfalls slawischstämmigen Bulgaren von 1941 bis 1945 unter faschistischer Regierung auch Ostmakedonien besetzt haben.

Zwar habe Griechenland nach eigener Aussage gegenwärtig militärisch von Mazedonien nichts zu befürchten, durch Beeinflussung der Bevölkerung des griechischen Teils Makedoniens und durch mögliche gemeinsame Interessen von Mazedonien und der Türkei könne dessen Politik aber durchaus eine Gefahr darstellen.

Die letzte staatliche Zahl zur Verbreitung der mazedonischen Sprache veröffentlichte Griechenland nach der Volkszählung 1951, die 41.017 „slawophone Griechen“ auswies. Aufgrund der starken Repressionen gegen das Mazedonische in der Öffentlichkeit gilt diese Zahl jedoch als viel zu niedrig.



Da sich die antiken Makedonier seit dem Altertum und damit bereits vor den sich im sechsten Jahrhundert nach Christus ansiedelnden Slawen als Makedonier bezeichnet haben, ist es für Griechenland inakzeptabel, dass dieser Name jetzt von einer neu geschaffenen Nation verwendet werden soll, noch dazu ohne jede historische, ethnische oder sprachliche Grundlage.

Griechenland hat deutlich gemacht, dass es nicht gegen die Existenz des neuen Staates ist, sondern nur gegen den Namen, den dieser für sich und seine Einwohner beansprucht. Auch die Griechen sind im Grunde an guten nachbarschaftlichen Beziehungen interessiert und bereit, den jungen Staat politisch und wirtschaftlich zu unterstützen. Seit nunmehr vielen Jahren finden deshalb Gespräche zur Annäherung in der Frage der Namensgebung mit Hilfe eines UN-Mediators statt. Ein konkretes Ergebnis zeichnet sich jedoch auch heute noch nicht ab.

Offen bleibt nach wie vor, welche Lösung für die Insel Zypern gefunden werden kann, die seit 1974 in einen griechischen und einen türkischen Teil gespalten ist. Die Regierungen der beiden Staaten hatten sich für eine Lösung im Rahmen des Einigungsplanes von Kofi Annan ausgesprochen, die jedoch am Referendum der griechischen Zyprioten im Jahr 2004 scheiterte. Nur der griechische Teil Zyperns ist heute Mitglied der EU. Dennoch lehnen die Griechen einen Beitritt der Türkei zur EU nicht grundsätzlich ab, weil sie sich davon, wie ihnen ihre eigene Geschichte zeigt, eine Stabilisierung der Beziehungen erhoffen. Auch könnten mit einem Beitritt die umstrittenen Hoheitsrechte in der Ägäis und der Konflikt auf Zypern gelöst werden. Allerdings betrachtet Griechenland die Anerkennung des griechischen Teils Zyperns durch die Türkei als elementare Bedingung für den Beginn von Beitrittsverhandlungen.

Griechenland gehört zu den fünf Staaten der Europäischen Union, die Kosovo nicht als unabhängig anerkennen (ebenso wie Spanien, Zypern, Rumänien und die Slowakei). Ein Grund dafür ist sicher, dass Minderheiten, die in Griechenland leben, keine eigenen und aus griechischer Sicht höchst unbegründeten Unabhängigkeitswünsche entwickeln sollen.

Taktik

Als Vertreterin/Vertreter Griechenlands haben Sie traditionell gute Beziehungen zu den anderen südeuropäischen Staaten wie Italien, Spanien und Portugal, die ähnliche Interessen vertreten wie Sie. Auch zu den großen Staaten, insbesondere zu Deutschland, unterhält Ihr Land sehr tief gehende und freundschaftliche Beziehungen.

Durch die Wirtschafts- und Finanzkrise gelten Sie innerhalb der Mitgliedstaaten der EU als eher geschwächt. Dies lassen Sie sich aber durch Ihr selbstbewusstes Auftreten nicht anmerken.

Denken Sie daran, dass Beitrittsentscheidungen im Rat einstimmig getroffen werden müssen. Versuchen Sie deshalb, offensiv für Ihre Anliegen zu werben. Betonen Sie bei den Beitrittsverhandlungen die positiven Potentiale, die ein Beitritt der Antragsstaaten haben dürfte. Zeigen Sie auf, dass sich in den letzten Jahren bereits sehr gute Entwicklungen abgezeichnet haben und dass die Balkanregion durch die Aufnahme des Landes Kroatien in die EU die Schrecken des Bürgerkrieges und der Armut überwinden konnte.

Für die Stabilität der Region ist auch eine demokratische Türkei unermesslich wichtig. Deshalb sprechen Sie sich für die Aufnahme der Türkei in die EU aus. Allerdings fordern Sie als Bedingung für Ihre Zustimmung, dass die Türkei den griechischen Teil Zyperns als Staat anerkennt. Als Rückfallposition könnten Sie auch die faktische Anerkennung über die Ausdehnung der Zollunion zwischen der EU und der Türkei auf die neuen Mitgliedstaaten akzeptieren. Für die definitive Aufnahme müssen Ihrer Ansicht nach faire und gleiche Maßstäbe gelten, die bei fehlender Umsetzung von Reformen auch Kritik nicht auslassen (beispielsweise in den Bereichen Medienfreiheit, Rechtsstaatlichkeit und Respektierung der Menschenrechte). Diese Anliegen sind nicht nur im Interesse Griechenlands, sondern der gesamten EU.



Auch in wirtschaftlicher Hinsicht wären die nächsten Schritte der Erweiterung sehr lukrativ. Allerdings dürften Strukturmaßnahmen für die Entwicklung ländlicher Regionen der jetzigen EU-Staaten nicht gekürzt werden, da sie zu wirtschaftlichen Problemen führen könnten. Aus diesem Grund fordern Sie längere Übergangsfristen.

Eine Erweiterung bedarf auch einer Vertiefung, damit die Entscheidungsfindung in der EU auch mit mehr Mitgliedern noch funktionieren kann. Deshalb plädieren Sie für eine Stärkung der Kompetenzen der EU-Institutionen wie Parlament und Kommission.



Großbritannien und Nordirland (Great Britain)



HAUPTSTADT London (ca. 8,278 Mio. Einwohner)
STAATSFORM parlamentarische Monarchie mit Zweikammersystem
FLÄCHE 242.910 km²
EINWOHNER 61,838 Millionen
EINWOHNER/KM² 255
BIP/EINWOHNER (2011) 27.300 Euro
WACHSTUMSRATE (2011) 0,8%
ARBEITSLOSENQUOTE 8,1%
SPRACHEN Englisch (Amtssprache), außerdem Irisch-Gälisch, Scots, Schottisch-Gälisch, Walisisch
RELIGIONEN 72% Christen (darunter Anglikaner, Protestanten, Methodisten, Katholiken, u.a.), 2,8% Muslime
ETHNISCHE GRUPPEN 80% Engländer, 10% Schotten, 4% Nordiren, 2% Waliser, 1,8% Ulster
BEITRITT ZUR EG/EU 1973
STAATSOBERHAUPT Königin Elisabeth II.
REGIERUNGSCHEF David Cameron
WEITERE INFORMATIONEN www.britischebotschaft.de

Der Neue Fischer Weltalmanach 2012 // Wirtschaftsdaten: Eurostat
epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home

Sie sind die Vertreterin/der Vertreter Großbritanniens im Rat der Europäischen Union. In dieser Funktion sind Sie kurz nach der letzten Erweiterung um Kroatien erneut mit der Entscheidung über weitere Beitrittsgesuche zur EU konfrontiert.

Großbritannien in der EU

Großbritannien ist 1973 der damaligen EG beigetreten, nachdem mit dem Rückzug des französischen Präsidenten De Gaulle aus der Politik auch Frankreich seinen harten Widerstand gegen eine Mitgliedschaft des Nachbarlandes aufgegeben hatte. Die französische Blockadehaltung wurde mit der Befürchtung begründet, das Vereinigte Königreich würde



sich nicht in ausreichendem Maße zur europäischen Einigung bekennen.

Die Interessen Großbritanniens sind wegen seiner früheren Weltmachtrolle und seiner Beziehungen zu seinen ehemaligen Kolonialstaaten in der Tat global und nicht nur auf Europa beschränkt. In der Vergangenheit betrieb Großbritannien daher oft eine zweideutige oder ablehnende Politik gegenüber der EU. Den Sinn europäischer Integration sah es vor allem im wirtschaftlichen Bereich, während es eine weitergehende politische Integration – verbunden mit der Abgabe staatlicher Souveränität an supranationale EU-Institutionen – skeptisch beurteilte. Obwohl EU-Politik für Großbritannien inzwischen Priorität hat, sind andere Interessen, wie z.B. das enge Bündnis mit den USA, gleichfalls Hauptpfeiler britischer Außenpolitik.

Mit Beginn der Regierungszeit von Tony Blair vor mehr als zehn Jahren versuchte Großbritannien verstärkt, ein führender und ernst zu nehmender Partner in der EU zu sein und für ein friedliches und demokratisches Europa der Stabilität und des Wohlstands einzutreten. Dieses positive Engagement wurde als bester Weg betrachtet, um nationale Interessen zu schützen, verlorenen Einfluss zurückzugewinnen, mit den Mitgliedstaaten gemeinsam eine florierende Zukunft zu gestalten und für das eigene Land das Beste herauszuholen.

In der EU setzt Großbritannien sich für ökonomische Reformen ein, die mittels Marktliberalisierung, Privatisierung und sozialer Gerechtigkeit helfen sollen, neue Beschäftigungsmöglichkeiten und Innovationen zu schaffen. Auch an einem Ausbau der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie einer gemeinsamen Verteidigungspolitik ist Großbritannien interessiert. Dies sollte aber

auf zwischenstaatlicher Ebene geschehen und andere Bündnisse – vor allem die NATO – nicht untergraben.

Großbritannien und die nächste Erweiterung

Erweiterungen der Europäischen Union bewertet die Regierung des Vereinigten Königreichs als große historische Chance und Entwicklungsmöglichkeit, für beitrittswillige Staaten genauso wie für EU-Mitglieder. Großbritannien hat sich auch für die letzten Erweiterungen am 1. Mai 2004 und am 01. Januar 2007 eingesetzt.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Künftigen Erweiterungen der EU steht Großbritannien im Allgemeinen ebenfalls abgeschlossen gegenüber und propagiert bei Erweiterungsfragen das „fair play“, mit anderen Worten: Jedes Land soll nach seinen Fortschritten bei der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien individuell und objektiv beurteilt werden. Vor allem auf dem Balkan erhofft sich Großbritannien durch EU-Beitritte Stabilität und Wohlstand und damit eine Garantie gegen Unruhen und Kriege, wie sie diese Region in den Neunzigerjahren erfahren musste.

Aus hauptsächlich strategischen Gründen ist Großbritannien prinzipiell auch für einen Beitritt der Türkei. Nach britischen Einschätzungen werden jedoch noch mindestens 20 Jahre bis zum tatsächlichen Beitritt aller potenziellen Kandidaten vergehen, weil es noch Zeit braucht, bis die politischen, ökonomischen und rechtlichen Voraussetzungen einer Mitgliedschaft dort erfüllt werden können.

Großbritannien begrüßt die Unabhängigkeit Kosovos. Sie als Vertreterin/Vertreter der Regierung geben trotzdem zu bedenken, dass auch für eine Annäherung Kosovos an die Europäische Union die strengen Regeln der „Kopenhagener Kriterien“ gelten. Ebenso darf Serbien durch seine Außenpolitik im Hinblick auf die Unabhängigkeit Kosovos nicht isoliert werden.

Sehr deutlich, viel deutlicher als Deutschland oder Italien, steht Großbritannien an der Seite der „Republik Mazedonien“ bei der Durchsetzung der Anerkennung seines Verfassungsnamens. Für die griechische Position im Rahmen des „Namensstreits“ haben Sie deshalb keinerlei Verständnis. Trotzdem wollen Sie Griechenland nicht isolieren, da für jede weitere Erweiterung auch die Zustimmung Griechenlands notwendig ist. Hinter den Kulissen versuchen Sie jedoch, aus einer Position der Stärke heraus Einfluss zu nehmen.



Europapolitik (sofern sie nicht einen wirtschaftlichen Kontext hat) hat in Großbritannien nur einen geringen Stellenwert. Große Teile der Bevölkerung sind der EU gegenüber skeptisch eingestellt oder desinteressiert. Argumente der konservativen Tories gegen die Einführung des Euro und gegen die EU-Verfassung fallen auf fruchtbaren Boden. So muss die Regierung der Bevölkerung glaubwürdig aufzeigen können, was die Vorteile ihrer Europapolitik sind. Das hat zur Folge, dass sie einerseits möglichst eine Erhöhung ihres Anteils am EU-Budget vermeiden will und andererseits sehr darauf bedacht ist, nicht den Eindruck zu erwecken, in strategisch wichtigen Bereichen eigenstaatliche Souveränität an Brüssel abzugeben.

Taktik

Als Vertreterin/Vertreter Großbritanniens sind Sie der EU gegenüber pragmatisch eingestellt. Sie sehen in ihr immer noch hauptsächlich eine Gemeinschaft, die Ihrem Land ökonomischen Nutzen bringt und sind daher an einer institutionellen Vertiefung (also einem Machtzuwachs Brüssels) nicht interessiert. Künftigen EU-Erweiterungen stehen Sie verhalten positiv gegenüber.

Bei allen Überlegungen schwingen natürlich – wenn auch aus diplomatischem Fingerspitzengefühl heraus meist unausgesprochen – finanzielle Bedenken mit. Künftige Erweiterungen sollten keine Mehrbelastungen für Sie bedeuten. Deshalb fordern Sie weitere Reformen der von Ihnen nicht geliebten gemeinsamen Agrarpolitik sowie neue Ansätze bei der Regionalpolitik (also der Geldmittel, die die EU ärmeren Regionen durch ihre Fonds zur Verfügung stellt). An Übergangsregelungen (sowohl seitens der beitragswilligen Länder als auch der EU), die für Sie von finanziellem Vorteil sind, sind Sie sehr interessiert.



Einen schnellen Beitritt der Staaten des Westbalkans würden Sie allein schon aus sicherheitsstrategischen Gründen begrüßen, allerdings sehen Sie die Lage hier sehr differenziert. Von ernsthaften ökonomischen Problemen abgesehen, ist vor allem die ethnische Aussöhnung nach den Kriegen wichtig. Schließlich will man keine potenziellen Konflikte in die EU importieren. Montenegro und Mazedonien haben Ihrer Ansicht nach die besten Voraussetzungen für einen schnellen Beitritt und wären als EU-Beitrittskandidat ein weiteres wichtiges regionales Vorbild. Ökonomisch stehen die Länder (zumindest im Vergleich mit Rumänien) nicht schlecht da, jedoch sorgen Sie sich um die politischen Beitrittskriterien, die zu 100 Prozent erfüllt sein müssen. So fordern Sie unter anderem eine weiterhin aktive Zusammenarbeit aller Staaten des westlichen Balkans mit dem UN-Kriegsverbrechertribunal für Ex-Jugoslawien.

Die Türkei, seit langem Mitglied der NATO, ist für Sie ein Partner von großer strategischer Bedeutung. Das Land kann als Brücke zwischen Ost und West sowie zwischen christlich geprägter Kultur und dem Islam fungieren und stellt ein wichtiges Vorzeigebispiel dafür dar, dass auch ein überwiegend muslimisches Land demokratisch sein kann. Außerdem hat die Türkei ökonomisch und demografisch mit seiner jungen Bevölkerung ein großes Potenzial als Wachstumsmarkt der Zukunft. Aber natürlich können und wollen auch Sie die Augen vor den großen Problemen des Landes nicht verschließen. Sie halten der Türkei Menschenrechtsverletzungen, Umsetzungsschwächen bei Justizreformen und ungenügende zivile Kontrolle des Militärs vor.

Weisen Sie auch auf die in der Türkei seit 1999 durchgeführten einschneidenden politischen Reformen hin und warnen Sie davor, dass diese Reformbemühungen ohne konkrete und rasche Beitrittsperspektive zusammenbrechen und islamistische Kräfte die Überhand gewinnen könnten. Schlagen Sie allmähliche Beitrittsverhandlungen mit intensiver Unterstützung und Kontrolle seitens der EU vor. Dies gäbe einerseits der Türkei Zeit, Reformen umzusetzen und andererseits der EU die Möglichkeit, sich durch weitere (Ihrer Meinung nach sowieso unumgängliche) Reformen der gemeinsamen Agrarpolitik und der Regionalpolitik auf die türkische Mitgliedschaft vorzubereiten.

Irland (Ireland)



HAUPTSTADT Dublin (505.739 Einwohner)
STAATSFORM parlamentarisch-demokratische Republik
FLÄCHE 70.273 km²
EINWOHNER 4,450 Millionen
EINWOHNER/KM² 63
BIP/EINWOHNER (2010) 32.400 Euro
WACHSTUMSRATE (2011) 1,4%
ARBEITSLOSENQUOTE 14,4%
SPRACHEN Irisch, Englisch
RELIGIONEN 86,8% Katholiken, 2,9% Anglikaner, 7,4% Protestanten, 0,8% Muslime
BEITRIFF ZUR EG/EU 1973
STAATSOBERHAUPT Michael D. Higgins
REGIERUNGSCHEF Enda Kenny
KONTAKT www.embassyofireland.de

*Der Neue Fischer Weltalmanach 2012 // Wirtschaftsdaten: Eurostat
epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home*

Sie sind die Vertreterin/der Vertreter Irlands im Rat der Europäischen Union. In dieser Funktion sind Sie mit der Entscheidung über die Beitrittsgesuche einer Reihe von Ländern konfrontiert.

Irland in der EU

Irland trat 1973 gemeinsam mit Großbritannien der EG bei. Es ist kein Mitglied der NATO. Die Aufnahme der nordeuropäischen Länder in die EU zum 1. Januar 1995 hat Irland sehr stark unterstützt.

Damit ergab sich für Irland die Aussicht, Beziehungen zu den anderen kleineren Staaten zu entwickeln. Zudem handelte es sich um



die Aufnahme neuer Gewinn versprechender Märkte und stabiler gleichgesinnter Staaten.

Irlands kleine, offene Volkswirtschaft hat von der Globalisierung sehr stark profitiert. Nachdem die wirtschaftliche Entwicklung in den vergangenen Jahren durch hohe Wachstumsraten und einen starken Rückgang der Arbeitslosigkeit gekennzeichnet war, befindet sich das Land seit einigen Jahren jedoch offiziell in einer Rezession. Besonders in der Baubranche ist es zu einem erheblichen Auftragsrückgang gekommen. Der private Konsum, lange ein Motor des Wirtschaftswachstums, lässt seit der zweiten Jahreshälfte 2008 ebenfalls nach.

Nach einer Steigerung der Arbeitslosenrate von 4,5% im Jahr 2006 auf 6,3% im Jahr 2008 auf nunmehr fast 15%.hat derer bislang starke Zustrom junger ausländischer Arbeitskräfte, insbesondere aus Polen und den baltischen Staaten, merklich nachgelassen, es ist bereits zu einer Rückwanderung gekommen.

Die internationale Banken- und Finanzkrise hat auch Irland schwer getroffen. Die Regierung hat im September/Oktober 2008 mit einer umfassenden Garantieerklärung für Einlagen und Verbindlichkeiten irischer Geldinstitute (die auch auf irische Niederlassungen von ausländischen Häusern ausgedehnt werden kann) reagiert. Die „Anglo-Irish Bank“ wurde im Januar 2009 verstaatlicht.

Die Diskussion über die Weiterentwicklung der Europäischen Union ist in Irland durch unterschiedliche Ansichten über die Notwendigkeit und den Umfang der institutionellen Reformen geprägt. In der Vergangenheit hatte die irische Wählerschaft in wirtschaftlichen Schlüsselfragen wie der Einführung des Euro bereitwillig Souveränität an die europäische Ebene abgegeben. Die Skepsis gegenüber Europa und der Vormachtstellung großer Staaten wächst jedoch.



Zwar wird von der Regierung anerkannt, dass institutionelle Reformen notwendig sind, diese Reformen müssen aber dazu beitragen, das System insgesamt effektiver und transparenter zu machen, ohne das gegenwärtige institutionelle Gleichgewicht in Frage zu stellen. Irland möchte auf jeden Fall den Stellenwert der kleinen Staaten innerhalb der Europäischen Union wahren und wird hier gegebenenfalls auch gegen die Mehrheit entscheiden. Irland ist deshalb gegen eine Überprüfung der Stimmgewichtung im Rat und eine zu weite Auflockerung der Einstimmigkeitsregelung. Ein „Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten“ lehnt das Land ab.

Zwischen Irland und den USA bestehen wegen der Auswanderung vieler Iren in die USA enge Verbindungen. Irland legt deshalb ein Schwerpunkt seiner außenpolitischen Orientierung auf die transatlantischen Beziehungen. Gerade im Rahmen des Friedensprozesses in Nordirland wurde diese Zusammenarbeit weiter ausgebaut.

Irland und die nächste Erweiterung

Irland hat die bisherigen Erweiterungen der Europäischen Union uneingeschränkt befürwortet. Nur erhebliche Zuwanderung, besonders aus den neuen EU-Mitgliedstaaten, konnte in den Jahren vor der Weltwirtschaftskrise die Nachfrage der irischen Wirtschaft nach Arbeitskräften befriedigen.

Irland steht der Aufnahme von Verhandlungen zwischen der EU und der Türkei auf der Basis der Kopenhagener Kriterien aufgeschlossen gegenüber und unterstützt ebenso die Stabilisierung und langfristige Befriedung des Balkans. Insgesamt befürwortet das Land somit die fortschreitende Erweiterung als Beitrag zu einer Stabilisierung und Demokratisierung des gesamten Kontinents. Allerdings ist diese Zustimmung an bestimmte Voraussetzungen bezüglich des Erhalts des irischen Einflusses im europäischen Entscheidungsgefüge gebunden.



Die Regierung steht zu ihren Zusagen gegenüber den Ländern des westlichen Balkans, fordert jedoch heute, auch angesichts der geänderten Wirtschaftslage, einen „pragmatischen Ansatz“, der die Aufnahmefähigkeit der EU und die Zustimmung der Bevölkerung besonders berücksichtigt.

Die irische Bevölkerung befürchtet auch diesmal negative Auswirkungen auf die irische Agrar- und Handelspolitik, wie bereits bei der Aufnahme von Rumänien und Bulgarien im Jahr 2007. Irland möchte auf jeden Fall eine Aufstockung der EU-Haushaltsmittel erreichen, um eine Kürzung der eigenen EU-Subventionen nach dem Beitritt wirtschaftlich schwächerer Länder zu verhindern.

Taktik

Ihr primäres Ziel ist die Stärkung der irischen Position innerhalb der EU. Sie sind zwar einer der kleinsten Staaten der Gemeinschaft, haben aber trotzdem erheblichen Einfluss auf EU-Entscheidungen. In einer erweiterten Union möchten Sie diesen Einfluss nicht verlieren. Deshalb versuchen Sie, gemeinsam mit anderen kleinen Staaten Ihre Ziele zu erreichen.

Menschenrechtspolitik nimmt seit jeher einen wichtigen Platz in der irischen Politik ein. Irland respektiert und fördert die Menschenrechte national wie international. Die in der irischen Verfassung verankerten Menschenrechte sind in fünf Teile gegliedert: persönliche Rechte, Familie, Bildung, Privateigentum und Religion. Eine lebendige Zivilgesellschaft sowie starke Institutionen sorgen für ihre Wahrung und Durchsetzung.

Die irische Menschenrechtskommission hat weitreichende Befugnisse, um sowohl die in der Verfassung als auch die in internationalen Abkommen verankerten Menschenrechte zu verteidigt. Diese Grundsätze sollte auch jeder Staat, der in die EU beitreten will, teilen.

Sie sind davon überzeugt, dass eine Erweiterung der Union um den Westbalkan nicht nur moralische Verpflichtungen gegenüber den ärmeren Ländern Südosteuropas mit sich bringt, sondern auch im Interesse Irlands und der gesamten Union ist und langfristig positive Auswirkung zeigen wird. Eine Erweiterung kann und darf dabei aber nicht als Vorwand dienen, um das bestehende Gleichgewicht oder gemeinsame Politikbereiche – wie beispielsweise die gemeinsame Agrarpolitik – zu gefährden. Irland kann auch weiterhin auf Förderung seitens der EU nicht verzichten.



Um die Bedenken in der Bevölkerung gegen eine Erweiterung nicht zu verstärken und die Angst vor einem Anstieg der Einwanderung nicht zu schüren, sprechen Sie sich für mehrere Erweiterungsetappen inklusive längerer Übergangsfristen für bestimmte Bereiche wie z.B. Arbeitnehmerfreizügigkeit aus. Sie können auch für die Aufstockung des EU-Haushaltes plädieren, um weniger entwickelten neuen Mitgliedstaaten entgegen zu kommen, ohne eine Kürzung der bisherigen Hilfen für Irland im Agrarbereich hinnehmen zu müssen.



Italien (Italia)



HAUPTSTADT Rom (2,761 Mio. Einwohner)

STAATSFORM Republik, parlamentarische Demokratie mit Zweikammersystem

FLÄCHE 301.336 km²

EINWOHNER 60,221 Millionen

EINWOHNER/KM² 200

BIP/EINWOHNER (2011) 25.300 Euro

WACHSTUMSRATE (2011) 0,4%

ARBEITSLOSENQUOTE 10,1%

SPRACHEN Italienisch, Minderheitensprachen in Südtirol (Deutsch, Ladinisch), Aostatal (Französisch), Friaul (Slowenisch)

RELIGIONEN 89% Katholiken, 2% Muslime, 2% orthodoxe Christen, 1% Protestanten

BEITRIFF ZUR EG/EU Gründungsmitglied

STAATSOBERHAUPT Giorgio Neapolitano

REGIERUNGSCHEF Mario Monti

WEITERE INFORMATIONEN www.ambberlino.ersteri.it

*Der Neue Fischer Weltatlas 2012 // Wirtschaftsdaten: Eurostat
epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home*

Sie sind die Vertreterin/der Vertreter Italiens im Rat der Europäischen Union. In dieser Funktion sind Sie kurz nach der letzten Erweiterung um Kroatien erneut mit der Entscheidung über weitere Beitrittsgesuche konfrontiert.

Italien in der EU

Italien ist Mitunterzeichner der Römischen Verträge von 1957, Mitglied der NATO und der Westeuropäischen Union. Unter den vier großen Staaten der Europäischen Union (Deutschland, Frankreich, Großbritannien und eben Italien) gilt es als das am meisten europabegeisterte Land. Diese proeuropäische Politik hatte jedoch in der Vergangen-



heit vor allem innenpolitische Gründe und hat sich in den letzten Jahren in einen pragmatischeren, teilweise auch kritischeren Kurs gewandelt.

Sorge bereiten der italienischen Regierung Übergriffe von Seiten der Bevölkerung auf (zum Teil illegale) Arbeitskräfte aus Rumänien. Die Akzeptanz von Menschen aus den neuen und ärmeren Staaten der Europäischen Union ist zurzeit noch sehr gering.

Bei den diversen institutionellen Reformbemühungen der EU vertritt Italien grundsätzlich eine sehr integrationsfreundliche Position und spricht sich für eine Stärkung der supranationalen Elemente im Gefüge der Institutionen (Kommission, Europäisches Parlament und Rat) aus.

Von den Politikbereichen der EU liegen Italien drei besonders am Herzen. Aufgrund seiner geografischen Lage ist das Land ein aktiver Verfechter der Europäischen Mittelmeerpolitik, die sich im Rahmen des Barcelona-Prozesses für den Aufbau einer intensiven Partnerschaft mit den weiteren Mittelmeerranrainern einsetzt. Eng verbunden mit Italiens Engagement für diese Nachbarschaftsbeziehungen ist das Bemühen des Landes, auf europäischer Ebene zu einer gemeinsamen Asylpolitik und einer gesamt-europäischen Lösung für die Problematik der illegalen Immigration aus Nordafrika zu kommen. Schließlich setzt sich das Land verstärkt für den Ausbau der transeuropäischen Infrastrukturnetze als Faktor für mehr Integration und als Motor des wirtschaftlichen Wachstums in Europa ein.

Italien und die nächste Erweiterung

Italien hat seit Beginn der europäischen Einigung alle Maßnahmen unterstützt, die auf eine Vertiefung der Gemeinschaft abzielen. Deswegen wurden auch alle bisherigen Erweiterungen als positive Entwicklungen für die Europäische Union bewertet. Aufgrund der Interessensfokussierung auf den Mittelmeerraum hat das Land auch die Süderweiterung der EU (Aufnahme Griechenlands, Spaniens und Portugals) unterstützt, obwohl es in diesen drei Ländern auch Konkurrenten für den südlichen Agrarmarkt sieht.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Diese positive Grundeinstellung hat sich Italien auch angesichts der anstehenden Erweiterungsrounden bewahrt. Allerdings ist man in letzter Zeit zunehmend besorgt, dass die Aufnahme neuer Mitglieder einige der elementaren Interessen des eigenen Landes einträchtigen könnte. Wie schon bei der ersten Osterweiterung besteht die Sorge, dass die mit der Erweiterung einhergehenden geografischen Akzentverschiebungen zur politischen und ökonomischen Vernachlässigung der Mittelmeerregion führen könnten. Die Mittelmeerindustrien fürchten den auf sie zukommenden Wettbewerb und bangen um ihren Anteil an den europäischen Strukturhilfen.

Darüber hinaus sieht Italien in der Erweiterung auch die Gefahr einer Vernachlässigung der europäischen Mittelmeerpolitik. Aufgrund seiner geografischen Lage ist Italien ganz besonders den Unsicherheiten ausgesetzt, die von den nordafrikanischen Nachbarstaaten ausgehen: dem zunehmenden internationalen Terrorismus, dem islamischen Fundamentalismus und der illegalen Immigration über den Seeweg.

Gerade wegen seiner Konzentration auf den Mittelmeerraum liegt Italien aber der Beitritt einiger Kandidaten auch besonders am Herzen. Dies gilt vor allem für die Aufnahme der westlichen Balkanstaaten, insbesondere für Montenegro als quasi östlichen Nachbarn Italiens und Adriaanrainer. Selbstverständlich geht es der italienischen Regierung in diesem Zusammenhang auch um eine Gesamtlösung für die Konflikte auf dem Balkan – die Flüchtlingsströme in Folge dieser Konflikte treffen Italien besonders intensiv – sowie um die Demokratisierung und Stabilisierung der Region.



Italien hat, nachdem Deutschland und Frankreich im Februar 2008 die Unabhängigkeit Kosovos anerkannt haben, ebenso wie neunzehn weitere EU-Staaten ebenfalls diesen Weg eingeschlagen. Gleichermassen betont Italien aber auch seine Verbundenheit zu Serbien.

In der Erweiterungsdiskussion rücken auch immer stärker finanzielle Aspekte ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Italien, das harte Einschnitte hinnehmen musste, um die Euro-Kriterien zu erfüllen, fürchtet die erhöhten Kosten, die mit der Erweiterung auf das Land zukommen könnten. Darum setzt es sich dafür ein, dass die Erweiterung finanziell nicht zu seinen Lasten gehen darf.

Schließlich ist der italienischen Regierung auch wichtig, dass über der fortschreitenden Erweiterung der Gedanke der Vertiefung nicht verloren geht und dass die Handlungsfähigkeit der Institutionen erhalten bleibt. Daher fordert sie, als Voraussetzung für die nächste Erweiterung die qualifizierte Mehrheitsentscheidung im Rat zur Regel zu machen. Auch in wichtigen Politikbereichen, wie insbesondere der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, müssen qualitative Fortschritte gemacht werden, um ein effektives Handeln der EU auf der Weltbühne zu garantieren.

Taktik

Sie unterstützen als Vertreterin/Vertreter Italiens im Allgemeinen eine erneute Erweiterung der EU um die beitrtrittswilligen Staaten.

Allerdings hegen Sie einige Zweifel an der Realisierbarkeit und müssen die innenpolitischen und finanziellen Folgen bedenken. Insbesondere haben Sie hier Ihre eigene Bevölkerung im Auge. Bevor Sie den Beitritten zustimmen, stellen Sie einige Forderungen:

- ▶ Die beitrtrittswilligen Staaten müssen nach und nach die Gemeinschaftsrechtsvorschriften übernehmen, erst dann ist eine Aufnahme möglich.
- ▶ Die gemeinsame Agrarpolitik muss an die Erfordernisse einer erweiterten Union angepasst werden, ohne dabei alte Subventionsempfänger überproportional zu benachteiligen.



- ▶ Die Mittelmeerregion darf nicht aus dem Blickfeld geraten. Sie verlangen ein deutliches Bekenntnis der EU zu einer aktiven Mittelmeerpolitik auch nach der Erweiterung.
- ▶ Eine Erweiterung ist ohne die entsprechenden finanziellen Zuwendungen unrealistisch, allerdings muss diese Mehrbelastung hauptsächlich von den finanzstarken Staaten getragen werden.
- ▶ Eine weitgehende Harmonisierung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften auf dem Gebiet der Freizügigkeit muss erreicht werden.

Als „Verhandlungsmasse“ bringen Sie die Forderung nach verstärkter Hilfe für den strukturschwachen Süden Italiens und nach geringen Kosten der Erweiterung für Ihr Land ein. Schließlich fordern Sie die Unterstützung von Frankreich und Deutschland, um mögliche finanzielle Belastungen abfedern zu können.

Sie können versuchen, in Spanien einen Partner für Ihre Anliegen zu suchen. Übersehen Sie allerdings nicht, dass Spanien bzgl. Kosovos eine ganz andere Meinung vertritt als Italien.

Unterstützen Sie den Beitrittsprozess von Montenegro und Serbien, der aber Ihrer Ansicht nach nicht zu Lasten anderer Beitrittskandidaten geschehen darf.

Kroatien (Hrvatska)



HAUPTSTADT Zagreb (779.145 Einwohner)
STAATSFORM Republik
FLÄCHE 56.542 km²
EINWOHNER 4,432 Millionen
EINWOHNER/KM² 78
BIP/EINWOHNER (2011) 15.500 Euro (vorläufig)
WACHSTUMSRATE (2011) 0% (vorläufig)
ARBEITSLOSENQUOTE 15,9%
WÄHRUNG Kuna
SPRACHEN 97% Kroatisch, 0,5% Italienisch, 0,3% Albanisch, 0,3% Ungarisch, 0,3% Slowenisch
RELIGIONEN 88% Katholiken, 4% orthodoxe Christen, 1% Muslime, 0,3% Protestanten
ETHNISCHEN GRUPPEN 89,6% Kroaten, 4,5% Serben, 5,9% andere
STAATSCHEF Ivo Josipović
REGIERUNGSCHEF Zoran Milanović
WEITERE INFORMATIONEN www.kroatische-botschaft.de

*Der Neue Fischer Weltatlas 2012 // Wirtschaftsdaten: Eurostat
epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home*

Sie sind die Vertreterin/der Vertreter Kroatiens. Bereits kurz nach Ihrem Beitritt in die Europäische Union sind Sie nun mit den Verhandlungen über die Beitrittsgesuche weiterer Staaten konfrontiert.



Geschichte Kroatiens und die Bürgerkriege des ehemaligen Jugoslawien

Kroatien war bis 1918 Teil des Königreichs Österreich-Ungarn. Nach dem Ersten Weltkrieg schloss es sich mit Serbien und Slowenien zu einem föderalen Staat zusammen, der 1929 zum „Königreich Jugoslawien“ erklärt wurde. Nach dem Zweiten Weltkrieg stand Jugoslawien unter der sozialistischen Herrschaft Josep Broz Titos, der die südslawische Staatengemeinschaft unter strenger Führung einte. Nach Titos Tod im Jahr 1980 und insbesondere nach dem Fall des Eisernen Vorhangs wuchsen in ganz Jugoslawien Unabhängigkeitsbestrebungen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Nach einer langen Phase der ökonomischen Rezession kam es in den frühen Neunzigerjahren in den multiethnischen Gebieten des ehemaligen Jugoslawien zu gewaltsamen Auseinandersetzungen.

In Kroatien begann der Krieg 1991, nachdem sich die Kroaten in einem Referendum mehrheitlich für die Unabhängigkeit entschieden hatten und es in den Gebieten der Krajina und Slawoniens zu Zusammenstößen zwischen Serben und Kroaten gekommen war. Kroatien erklärte sich, wie schon zuvor Slowenien, als unabhängig, das Land war damals jedoch zum großen Teil von der serbisch dominierten jugoslawischen Armee besetzt. Auch in Bosnien-Herzegowina kämpften kroatische Einheiten gegen das jugoslawische Militär. 1993 kam es dort darüber hinaus zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen bosnischen Kroaten und Muslimen. Erst Anfang August 1995 konnte Kroatien durch eine Offensive die serbisch besetzten Gebiete in Kroatien zurückerobern, bis es schließlich im Dezember 1995 dem Abkommen von Dayton zustimmte, das den Bürgerkrieg auf dem Balkan beendete.

Das politische System und die Innenpolitik

Kroatiens politisches System ist präsidentiell geprägt, d.h. der kroatische Präsident besitzt erheblichen Einfluss auf wesentliche Politikbereiche (insbesondere die Außenpolitik) des Landes. Die Machtfülle des Präsidenten ist der Person Franjo Tudjman geschuldet, der das Land in die Unabhängigkeit und durch die Kriegsjahre führte. Im Jahre 2001 hat eine Verfassungsreform einige der Kompetenzen des Präsidenten auf die Regierung und zum geringen Teil auf das Parlament verschoben.



Die Innenpolitik des Landes ist stark durch die Auswirkungen des Krieges geprägt. Ziel der Regierung ist deshalb die schnellstmögliche wirtschaftliche Gesundung des Landes, die in Verbindung mit einem Beitritt zur EU und zur NATO angestrebt wird. Seit 2000 hat Kroatien in dieser Beziehung wesentliche Fortschritte gemacht, ist jedoch im Bereich der Gerichtsbarkeit noch rückständig. Trotzdem hat sich in Kroatien eine demokratiefreundliche politische Kultur etabliert, die durch eine vielfältige Medien- und Parteienlandschaft sowie durch den wirtschaftlichen Aufschwung gestützt wird. Mit dem Inkrafttreten des im Jahr 2001 unterschriebenen Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens mit der EU hat sich Kroatien verpflichtet, binnen sechs Jahren 60% des EU-Rechts in nationales Recht zu übernehmen. Das ist gelungen.

Trotz des Beitritts in die Europäische Union sind noch erhebliche Herausforderungen in Schlüsselbereichen zu bewältigen:

- ▶ Das immer noch ineffiziente Justizsystem muss weiter reformiert werden.
- ▶ Die öffentliche Verwaltung bedarf einer Reform, wobei die Bekämpfung der immer noch verbreiteten Korruption von besonderer Bedeutung ist.
- ▶ Verstärktes Augenmerk muss auf die Rechte von Minderheiten, vor allem auf die Rückkehr der Flüchtlinge, gerichtet werden.
- ▶ Die Verfolgung von Kriegsverbrechen bedarf weiterer Aufmerksamkeit.
- ▶ Die Fortsetzung der regionalen Zusammenarbeit ist ebenso von entscheidender Bedeutung wie Bemühungen um die Lösung der bilateralen Probleme mit den Nachbarn, vor allem im Bereich der Grenzfestlegung.

Die Situation der Flüchtlinge und die Minderheitenpolitik Kroatiens

Ein großes Problem stellt die Situation der 320.000 in Kroatien lebenden Flüchtlinge dar, von denen nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks 108.000 serbischer Zugehörigkeit sind. Die massiven Flüchtlingsströme gehören ebenfalls zu den Folgen der kriegesischen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen und den daraus resultierenden Vertreibungen. Die meisten Flüchtlinge sind kroatische Binnenflüchtlinge oder kommen aus dem angrenzenden Bosnien-Herzegowina, wo die Kroaten einen großen Bevölkerungsanteil stellen. Im Rahmen des Pakts für Stabilität für Südosteuropa arbeitet Kroatien mit seinen ehemaligen Kriegsgegnern in der Flüchtlingsfrage zusammen.



Ein großer Teil der Vertriebenen strebt eine Integration in die kroatische Gesellschaft an, da die Herkunftsgebiete der Flüchtlinge wirtschaftlich stark zerstört und immer noch vermint sind. Außerdem fürchten viele von ihnen Diskriminierungen im Fall einer Rückkehr.

In Kroatien leben zahlreiche Minderheiten (Serben, Slowenen, Italiener, Ungarn, Bosnier, Slowaken, Deutsche, Albaner, Roma), wobei die Serben mit 4,5% (vor dem Krieg: 12%) der Gesamtbevölkerung die größte Minderheit stellen. Seit 2002 genießen die Minderheiten in Kroatien mehr Rechte, was in der Reservierung von fünf bis acht Sitzen für ihre Vertreter bei insgesamt 152 Sitzen im Parlament zum Ausdruck kommt. Zudem haben sie die Möglichkeit, sich in politischen Parteien zu organisieren, ihre Sprache und ihre Schrift gelten in Gebieten mit großem Bevölkerungsanteil als gleichberechtigt.

Die Wirtschaft Kroatiens

Auch die Wirtschaft Kroatiens ist von den Folgeerscheinungen des Krieges geprägt. Die Löhne sanken zwischen 1990 und 1992 auf ein Drittel der Vorjahre. Die Industrieproduktion reduzierte sich bis 1993 um fast 50% im Vergleich zu 1989 und bewirkte einen erheblichen Anstieg der Arbeitslosigkeit auf fast 30%. Nach offiziellen Angaben der kroatischen Regierung belaufen sich die direkten und indirekten Kriegsschäden auf zirka 30 Milliarden Euro, mehr als das Dreifache des jährlichen Bruttoinlandsproduktes Kroatiens.

In den letzten Jahren konnte Kroatien beachtliche wirtschaftliche Erfolge aufweisen. Das Wirtschaftswachstum 2003 betrug 4,5%, die Inflationsrate sank auf 1,5%, was den besten Wert aller Transformationsländer Osteuropas darstellt. Die Wirtschaftsdaten sind besser als viele der bereits beigetretenen osteuropäischen Länder. Getrübt wird der wirtschaftliche Aufschwung jedoch von der immer noch sehr hohen Arbeitslosigkeit, dem mangelhaften Sozialsystem und der hohen Staatsverschuldung, die der Regierung eine rigide Sparpolitik aufzwingt. Außerdem sind die Privatisierungen ehemaliger Staatsbetriebe in den Bereichen Landwirtschaft und Schiffbau nur sehr schleppend vorangekommen. Kroatien hat zudem mit einem hohen Grad an Korruption zu kämpfen. Fehlende Rechtssicherheit, hohe Produktionskosten und die überbewertete Landeswährung „Kuna“, die den Export kroatischer Produkte hemmt, gelten als weitere Problemfelder der kroatischen Wirtschaft.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Zu den Stützpfeilern des Landes gehören dagegen der florierende Tourismus (besonders an der Küste), der 21% des BIP ausmacht und die weiterverarbeitende Industrie (ca. 17% des BIP). Dabei kann Kroatien traditionell auf sehr gut ausgebildete Facharbeitskräfte zurückgreifen.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zur EU machen 57% des gesamten ausländischen Handelsvolumens aus. Italien, Deutschland, Österreich und Slowenien sind die größten Handelspartner, die auch den höchsten Anteil der Auslandsinvestitionen in Kroatien tätigen. Die bisherigen wirtschaftlichen Reformen des Landes wurden von der EU-Kommission als gut bewertet.

Kroatien ist seit März 2003 Mitglied in der zentraleuropäischen Freihandelszone CEFTA (Central European Free Trade Agreement), genießt durch das „CARD Programm“ (Community Assistance for Reconstruction, Development and Stabilisation) der EU spezielle Wiederaufbauhilfe und ist aktiver Partner des Stabilitätspaktes für Südosteuropa.

Außenpolitik Kroatiens

Primäres Ziel der Außenpolitik Kroatiens war die schnellstmögliche Integration in EU und in die NATO. Von beidem verspricht sich Kroatien wirtschaftliche und sicherheitspolitische Vorteile. In der Sicherheits- und Verteidigungspolitik nimmt Kroatien seit 2000 am „Partnership-for-Peace“-Programm für die Zusammenarbeit der NATO mit Nicht-NATO-Mitgliedern teil und ist Mitglied in der „Vilnius Gruppe“ von NATO-Beitrittsaspiranten.

Getrübt wurden die Beziehungen zur EU durch die nur zögerliche Auslieferung von mutmaßlichen Kriegsverbrechern an das Den Haager Tribunal ICTY (International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia) für das frühere Jugoslawien. Die EU hat die Kooperation mit dem Strafgerichtshof aber zu einer wesentlichen Voraussetzung für den EU-Beitritt erklärt. Die für März 2005 geplante Aufnahme der Beitrittsverhandlungen wurde aus diesem Grund von der EU um ein Jahr verschoben.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Neben der Überstellung des früheren Generals Ante Gotovina an den Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) in Den Haag Ende 2005, sorgte der Fall des mutmaßlichen Kriegsverbrechers Branimir Glavas für erhebliches Aufsehen. Der prominente Politiker wurde beschuldigt, zu Beginn des Krieges 1991, als er die Verteidigung der ostkroatischen Stadt Osijek gegen die jugoslawische Armee und kroatische Serben-Milizen leitete, u.a. für die Verschleppung, Folter und Ermordung von serbischen Zivilisten verantwortlich gewesen zu sein. Glavas ist bisher der politisch ranghöchste wegen Kriegsverbrechen angeklagte Kroat.

Mit einem wochenlangen Hungerstreik gegen das Verfahren, hinter dem er ein Komplott seiner politischen Konkurrenten vermutete, und unterstützt von nationalistischen Medien und Teilen der Öffentlichkeit, erreichte Glavas am 02.12.2006 die Haftentlassung aus gesundheitlichen Gründen und die Suspendierung des Verfahrens auf unbestimmte Zeit. Am 18.4.2007 wurde er erneut verhaftet. Zuvor hatte sich die Regierung mit Zweifeln der EU-Kommission am Fortschritt der rechtsstaatlichen Entwicklung Kroatiens auseinandersetzen müssen.

Zusammen mit Glavas müssen sich sechs weitere Kroaten wegen Kriegsverbrechen in Osijek vor Gericht verantworten. Im Verfahren gegen den früheren General Gotovina vor dem ICTY kürzte das Gericht am 21.2.2007 den Katalog der Anklagepunkte, um den Prozess zu beschleunigen. Gotovina muss sich wegen schwerer Kriegsverbrechen verantworten, die von kroatischen Truppen 1995 bei der Rückeroberung der von Serben beanspruchten Region Krajina begangen wurden. Die Vertreter der Anklage sprachen sich gegen die Kürzung der Anklagepunkte aus.



Am 12.6.2007 verurteilte das Gericht in Den Haag den früheren Führer der kroatischen Serben, Milan Martić, zu 35 Jahren Haft. Der ehemalige Präsident der 1991 einseitig ausgerufenen Serbischen Republik Krajina in Kroatien (die 1995 von kroatischen Truppen zurückerobert wurde), wurde zahlreicher Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, insbesondere im Zusammenhang mit sogenannten ethnischen Säuberungen, für schuldig befunden.

Veranlasst durch eine Rede des italienischen Staatspräsidenten am 10.02.2007 anlässlich des 60. Jahrestags der Abtrennung italienischer Gebiete in Istrien, Dalmatien und Julisch-Venetien (gemäß Pariser Friedensvertrag von 1947), warf der kroatische Präsident Stipe Mesić seinem Amtskollegen Giorgio Napolitano „offenen Rassismus, historischen Revisionismus und politischen Revanchismus“ vor. Napolitano hatte neben den italienischen Opfern der Massaker der Truppen des jugoslawischen Partisanenführers Tito in Istrien nach dem Zweiten Weltkrieg beklagt, dass durch diese Gräueltaten die „slawischen Pläne zur Annexion“ und eine damit verbundene „ethnische Säuberung“ der Halbinsel umgesetzt worden seien. Mesić zog seine Äußerungen nach einem scharfen Protest des italienischen Außenministers Massimo D'Alema am 18.02.2007 in aller Form und inhaltlich vollständig zurück.

Auch die EU-Kommission hatte die kroatische Führung ermahnt, sich nicht in der Wahl zu vergreifen. Im Gegenzug versicherte die italienische Regierung, sie strebe keinesfalls eine Revision der mit dem ehemaligen Jugoslawien geschlossenen Friedensverträge an und unterstütze vorbehaltlos Kroatiens Kandidatur für eine EU-Mitgliedschaft.

Zu Beginn des Jahres 2008 gerieten die Beitrittsverhandlungen der EU mit Kroatien ins Stocken: Die zum 1. Januar 2008 einseitig proklamierte Fischereizone außerhalb kroatischer Territorialgewässer belasteten sowohl die Beziehungen Kroatiens zu seinen EU-Nachbarn Italien und Slowenien als auch die zur EU selbst. Offiziell sprach Zagreb von einer ökologischen Zone zum Schutz des Fischbestandes in der Adria. Gleichzeitig beanspruchte Kroatien damit aber auch internationale Hoheitsrechte jenseits seiner Territorialzonen.



Die ausgerufenen Zone selbst umfasst rund 25.000 Quadratkilometer. Die kroatische Seite berief sich dabei auf internationales Recht und verwies darauf, dass es dafür bereits Präzedenzfälle in der Region gebe: auch Italien und Slowenien hätten derartige Zonen einseitig proklamiert.

Slowenien und Italien wiesen diese Darstellung jedoch als nicht korrekt zurück und betonten, sie hätten nie versucht, unter dem Vorwand des Schutzes von Fischbeständen einseitig Hoheitsrechte in der Adria auszuweiten und dort auf diese Weise neue völkerrechtliche Tatsachen zu schaffen. Slowenien erinnerte ferner daran, dass Kroatien durch sein Handeln auch eine zusätzliche Verschärfung des bereits seit Jahren ungelösten Streits um die Grenzziehung in der Bucht von Piran in Kauf nahm.

Schließlich lenkte Kroatien ein und erklärte, dass diese Schutzzone nicht für EU-Mitgliedstaaten gelte. Die EU-Kommission reagierte darauf am Rande des letzten EU-Gipfels und attestierte Kroatien ein Handeln auf EU-Niveau. „Diese Entscheidung war richtig im Sinne des nationalen Interesses – und das ist der EU-Beitritt“, sagte der damalige kroatische Ministerpräsident Ivo Sanader in Brüssel.

Nach langen Verhandlungen über einen Beitritt Kroatiens stimmte der Europäische Rat einer Aufnahme in die EU im Jahr 2013 zu. Kroatien ist der 28. Mitgliedstaat der Europäischen Union.

Taktik

Betonen Sie als Delegierte/Delegierter Ihres Landes, dass sich Kroatien als neues Mitglied der EU sich der europäischen Wertegemeinschaft (Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Pluralismus, freie Marktwirtschaft und Menschenrechte) stark verbunden fühlt. Verweisen Sie auf die große Unterstützung der Bevölkerung für eine weitere Integration von Balkanstaaten in die EU. Unterstreichen Sie die langjährigen tiefen Beziehungen Ihres Landes zu den Staaten des westlichen Balkans und betonen Sie, dass die südosteuropäischen Staaten aus der politischen Union nicht ausgeschlossen bleiben dürfen.



Aus sicherheitspolitischer Sicht verweisen Sie auf die positive Strahlkraft, die ein florierendes und stabiles Kroatien für die kriegsgebeutelte Region des Balkans hat. Verweisen Sie auch darauf, dass Ihr Land bemüht ist, alle weiterhin notwendigen Reformen durchzuführen, Sie aber möglicherweise dafür doch mehr Zeit benötigen als geplant.

Ihr Land ist aus wirtschaftlichen Gründen an einer raschen und nachhaltigen Entspannung auf dem Balkan interessiert. Betonen Sie die Bereitschaft Kroatiens auch künftig eine stabilisierende Rolle für Südosteuropa zu übernehmen. Machen Sie aber auch klar, dass die ultimative Stabilisierungsmaßnahme ein Beitritt der Balkan-Länder in die EU ist.

Ihr erstes Ziel ist dabei die Aufnahme von Montenegro und Mazedonien in die EU, und das so schnell wie möglich! Aufgrund der historischen Nähe und kultureller Gemeinsamkeiten sehen Sie hier eine ganz besondere Verantwortung Ihrerseits.

Betonen Sie die unbedingte Bereitschaft Ihres Landes zur Zusammenarbeit mit der Internationalen Gemeinschaft. Kroatien unterstützte die NATO während des Kosovo-Konfliktes bedingungslos, auch beim Stabilitätspakt für den Balkan will sich Kroatien als stabilisierender Faktor einbringen.

Halten Sie sich bei den weiteren Verhandlungen vor allem an Deutschland, Österreich und Italien. Zu diesen Staaten haben Sie traditionell gute Beziehungen. Auch mit den neuen Mitgliedstaaten Slowenien und Ungarn pflegen Sie gute Kontakte.

Das außenpolitische Verhältnis zu Serbien hat sich in den letzten Jahren deutlich entspannt, zwischenstaatliche Verträge wurden geschlossen. Versichern Sie Serbien Ihre Unterstützung, jedoch weisen Sie darauf hin, dass die Bereitschaft vorhanden sein muss, die Kopenhagener Kriterien bei einem Beitritt ohne Abstriche einzuhalten.

Betonen Sie die Notwendigkeit seitens der Kandidaten, mit dem Haager Kriegsverbrecher-Tribunal zu kooperieren, zeigen Sie aber auch Ihre Abneigung gegen Pauschalurteilungen. Signalisieren Sie Ihre Bereitschaft, bei Streitigkeiten zwischen Kandidaten und anderen Mitgliedstaaten der EU zu vermitteln.





Lettland [Latvija]

HAUPTSTADT Riga (706.413 Einwohner)
STAATSFORM parlamentarische Demokratie
FLÄCHE 64.589 km²
EINWOHNER 2,255 Millionen
EINWOHNER/KM² 35
BIP/EINWOHNER (2011) 14.800 Euro
WACHSTUMSRATE (2011) 5,9%
ARBEITSLÖSENQUOTE 16,2%
SPRACHEN 62% Lettisch (Amtssprache), 36% Russisch
RELIGIONEN 22% Katholiken, 20% Lutheraner, 16% orthodoxe Christen, Minderheiten von Baptisten, Pfingstlern u.a
ETHNISCHE GRUPPEN 59% Letten, 27% Russen, 3,6% Weißrussen, 2,5% Ukrainer, 2,4% Polen, 1,3% Litauer
BEITRITT ZUR EG/EU 2004
STAATSOBERHAUPT Andris Berziņš
REGIERUNGSCHEF Valdis Dombrovskis
WEITERE INFORMATIONEN www.mfa.gov.lv/de/berlin

Der Neue Fischer Weltalmanach 2012 // Wirtschaftsdaten: Eurostat
epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home

Sie sind die Vertreterin/der Vertreter Lettlands im Rat der Europäischen Union. Ihr Land ist seit dem 1. Mai 2004 Mitglied der EU. In dieser Funktion sind Sie nun mit der Entscheidung über die nächste Erweiterungsrunde der EU konfrontiert.

Lettland in der EU

Lettland erklärte im Jahr 1989 seine Unabhängigkeit von der Sowjetunion und gab sich 1991 eine eigene Verfassung. Im selben Jahr erkannte die Sowjetunion auch formell die Unabhängigkeit Lettlands an. Seit Beginn der Unabhängigkeit verfolgt das Land konsequent eine pro-westliche und marktwirtschaftliche Politik. Mit dem Abschluss der



Beitrittsverhandlungen zur EU 2002 verwirklichte Lettland eine oberste außenpolitische Priorität, die über Jahre hinweg die Außen- und Innenpolitik des Landes bestimmt hatte. Die Bevölkerung von Lettland stimmte im September 2003 mit 67% für einen EU-Beitritt, allerdings gab es große regionale Differenzen – in Valmiera befürworteten 87% einen Beitritt, während er in Daugavpils von 67% der Bevölkerung abgelehnt wurde. Am 1. Mai 2004 trat Lettland der EU bei und nahm im gleichen Jahr erstmals an den Wahlen zum Europäischen Parlament teil. Lettland entsendet nun neun Abgeordnete in das Europäische Parlament. Ebenfalls im Jahr 2004 trat Lettland zusammen mit weiteren Ländern der NATO bei.

Darüber hinaus ist Lettland eng in die regionale Kooperation der nordischen Länder im Ostseeraum eingebunden. Das Land betreibt im Rahmen des Baltischen Rates in vielen Bereichen eine gemeinsame Politik mit Litauen und Estland und koordiniert auch innerhalb der EU meist seinen Standpunkt mit den beiden Nachbarländern. Über die EU-Grenzen hinaus ist das Verhältnis zu Russland sowohl in wirtschaftlicher als auch in politischer Hinsicht von zentraler Bedeutung für Lettland. Die Beziehungen zwischen beiden Ländern waren lange Zeit durch Konflikte belastet. Dies hat einerseits historische Gründe, andererseits ist die schleppende Einbürgerung der russischen Bevölkerungsminderheit in Lettland (30% der Gesamtbevölkerung¹ bis heute ein Problem. Aufgrund vieler Mahnungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte bemühte sich die lettische Regierung in den letzten Jahren verstärkt darum, die Einbürgerungsraten zu erhöhen. Insgesamt wird inzwischen trotz bleibender

Streitpunkte ein gutes Verhältnis zu Russland als wichtig erachtet, und Lettland bemüht sich um eine enge Zusammenarbeit der beiden Länder.

Der lettische Außenhandel ist zum größten Teil (77,4% im Jahr 2011) auf die Europäische Union ausgerichtet, Haupthandelspartner ist Deutschland, gefolgt von England und Russland.

Die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise erschütterte Lettland bereits seit 2006 sehr stark. Für weite Teile der Bevölkerung bedeutete dies zunächst spürbare Einbußen bei Lohnzahlungen und Sozialleistungen. Es folgte eine Reihe von Firmenzusammenbrüchen im gesamten Land.



Die lettische Wirtschaft zeigt aber inzwischen wieder deutliche Anzeichen der Stabilisierung. Die Regierung ist zuversichtlich, die Krise bald überwinden zu können. Im Dezember 2008 hatte Lettland von der internationalen Gebergemeinschaft ein Kreditpaket von insgesamt 7,5 Milliarden Euro erhalten. Im Gegenzug leitete Lettland einen harten Spar- und Reformkurs zur Haushaltskonsolidierung ein. Die lettische Regierung hat das Ziel, das Haushaltsdefizit deutlich zu reduzieren und die Staatsverschuldung innerhalb der Maastricht-Kriterien zu halten. Der Beitritt zum Euro-Raum wird für das Jahr 2014 angestrebt.

Lettland und die nächste Erweiterung

Lettland vertritt in Fragen der Erweiterung eine ähnliche Position wie die anderen beiden baltischen Staaten. Die Fortsetzung des Erweiterungsprozesses der Europäischen Union wird als elementar wichtig angesehen, sowohl für die beitragswilligen Staaten als auch für die EU selbst. Für erstere bedeutet die Aussicht auf einen EU-Beitritt eine hohe Motivation, den Prozess der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Reformen fortzusetzen. Aus eigener Erfahrung weiß die lettische Regierung, wie wichtig der Anreiz einer EU-Mitgliedschaft für die Modernisierung und Demokratisierung des politischen Systems in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion ist. Die EU hat ihrerseits nicht nur die Verantwortung, diese positiven Entwicklungen weiter zu unterstützen, sondern sie zieht in den Augen Lettlands aus einer Fortsetzung der Erweiterung auch zahlreiche eigene Vorteile. Die Stabilisierung und Demokratisierung der gesamten Region liegt im ureigenen Interes-

se der EU, die es sich zum Ziel gesetzt hat, den gesamten Kontinent zu einem Raum des Friedens und der Demokratie zu machen. Weiterhin steigt mit der Aufnahme jedes neuen Mitgliedstaats das Gewicht der Europäischen Union als internationaler Akteur auf der Weltbühne. Gerade in Bezug auf die immer wichtiger werdenden Beziehungen nach Osten können die neuen Mitglieder aufgrund ihrer historisch gewachsenen Verbindungen einen großen Beitrag leisten.

Lettland sieht sich als starken Anwalt der Staaten, die in die Europäische Union beitreten wollen. Lettland setzt sich insbesondere für die Republik Mazedonien ein.

Auch für die übrigen Bewerberstaaten – die Türkei eingeschlossen – sehen Sie eine Zukunft in der Europäischen Union. Sie achten jedoch sehr deutlich auf die Einhaltung der Kriterien von Kopenhagen und ganz besonders auf die Einhaltung der Menschenrechte.



Taktik

Als Vertreterin/Vertreter Lettlands sind Sie ein großer Befürworter der Aufnahme neuer Mitgliedstaaten in die EU. Argumentieren Sie mit Blick auf die obigen Ausführungen mit dem Nutzen, den eine neue Erweiterungsrunde für beide Seiten – die Kandidatenländer wie auch die EU – mit sich bringen würde.

Kritikern halten Sie vehement entgegen, dass es immer das Ziel der europäischen Einigung war, den gesamten Kontinent in das Projekt einzubinden. Mit Blick auf Ihre eigene noch junge Erfahrung mit dem Beitrittsprozess und den damit verbundenen Reformerfolgen ist es für Sie selbstverständlich, dass andere Länder die gleiche Chance erhalten sollen, diese Entwicklung zu durchlaufen.

Eine Abschottung der EU gegenüber beitriftswilligen Staaten würde Ihrer Meinung nach zu einem erheblichen Rückschlag für die Reformbemühungen in diesen Ländern führen, was wiederum eine destabilisierende Wirkung für die Region bedeuten würde.

Natürlich fordern Sie in diesem Zusammenhang auch, dass den neuen Beitrittskandidaten die gleichen Pflichten auferlegt werden, die auch für Ihren Beitritt galten. Dies bedeutet in der Praxis, dass Sie auf eine strenge Einhaltung der Kopenhagener Kriterien pochen, bevor ein Beitritt erfolgen kann. Nur so kann in Ihren Augen der genannte beidseitige Nutzen einer Erweiterung garantiert werden, da anderenfalls der jetzige rechtliche Besitzstand der EU gefährdet wäre. Bei aller grundsätzlichen Unterstützung für den Erweiterungskurs wachen Sie also darüber, dass die Beitritte gut vorbereitet und nicht übereilt erfolgen.

Neben der Erweiterungspolitik halten Sie auch die Europäische Nachbarschaftspolitik für ein sehr wirksames Instrument zur Verbreitung von Stabilität und Frieden über die Grenzen der EU hinweg. Sie setzen sich deshalb dafür ein, diese Politik gegenüber den Nachbarländern zu verstärken. So kann die Nachbarschaftspolitik einerseits dazu dienen, beitriftswillige Länder näher an die EU heranzuführen und auf einen Beitritt vorzubereiten, andererseits bietet sie eine Möglichkeit, mit den Ländern, die nicht beitreten wollen, oder für die ein Beitritt derzeit nicht in Frage kommt, feste Kooperationsbeziehungen und Partnerschaften aufzubauen. Letzteres gilt insbesondere für Russland.



Aufgrund Ihrer geografischen Lage und Ihrer historischen Verbindungen sind für Sie – wie auch für die anderen baltischen Staaten – enge Kooperationsbeziehungen zwischen der EU und Russland von großer Bedeutung. Dennoch haben Sie sich, ebenso aus eigener historischer Erfahrung, für eine schnelle Anerkennung des von Serbien unabhängigen Kosovo eingesetzt und sehen diesen durchaus als ein zukünftiges Mitglied der Europäischen Union.

Vergessen Sie nicht, dass Sie als kleines Land immer auf Koalitionen mit anderen Mitgliedstaaten angewiesen sind, um Ihrer Position Gehör zu verschaffen. Setzen Sie sich zuerst mit den anderen baltischen Staaten in Verbindung, da diese meist ähnliche Interessen haben wie Sie. Versuchen Sie zusammen auszuloten, welche der größeren Mitgliedstaaten Interesse an einer gemeinsamen Positionsvertretung haben könnten. Seien Sie bereit, auch Kompromisse einzugehen, da Sie als kleines Land sonst Gefahr laufen, isoliert zu werden.

Kein anderes Land wurde so stark von der Wirtschafts- und Finanzkrise getroffen wie Lettland. Nur massivste finanzielle Kürzungen in allen Bereichen der Gesellschaft konnten einen Staatsbankrott verhindern. Achten Sie mit aller Strenge darauf, dass eine Erweiterung keine finanziellen Mehrbelastungen für Ihren Staatshaushalt zur Folge hat.

Um Ihrer erweiterungsfreundlichen Haltung Ausdruck zu verleihen, können Sie den beitragswilligen Staaten auch Ihre Unterstützung bei der Heranführung an die EU anbieten.



Litauen (Lietuva)

- HAUPTSTADT** Vilnius (548.835 Einwohner)
- STAATSFORM** parlamentarische Demokratie, ausgeprägte präsidentiale Elemente
- FLÄCHE** 65.301 km²
- EINWOHNER** 3,340 Millionen
- EINWOHNER/KM²** 51
- BIP/EINWOHNER (2011)** 16.600 Euro
- WACHSTUMSRATE (2011)** 5,9%
- ARBEITSLÖSENQUOTE** 15,4 %
- SPRACHEN** Litauisch
- RELIGIONEN** 79% Katholiken, 4% orthodoxe Christen, 9% konfessionslos, Minderheiten von Protestanten und Muslimen
- ETHNISCHE GRUPPEN** 85% Litauer, 6,3% Polen ,5,1% Russen, 1,1% Weißrussen, 0,6% Ukrainer, u.a.
- BEITRIFF ZUR EU/EG** 2004
- STAATSOBERHAUPT** Dalia Grybauskaitė
- REGIERUNGSCHEF** Andrius Kubilius
- WEITERE INFORMATIONEN** www.botschaft-litauen.de

Der Neue Fischer Weltalmanach 2012 // Wirtschaftsdaten: Eurostat
epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home

Sie sind die Vertreterin/der Vertreter Litauens im Rat der Europäischen Union. In dieser Funktion sind Sie nun mit der Entscheidung über eine erneute Erweiterungsrunde der Gemeinschaft konfrontiert, der Sie selbst erst am 1. Mai 2004 beigetreten sind.

Litauen in der EU

Der heutige Staat Litauen wurde 1918 gegründet, erlangte jedoch erst 1990 nach 50 Jahren Fremdherrschaft seine Unabhängigkeit. Die Mehrheit der Bevölkerung sieht in der Mitgliedschaft des Landes in EU und NATO die einzige wirkliche Garantie für den Erhalt der Unabhängigkeit. Litauen grenzt an Polen, Lettland, Belarus und die russische En-



klave Königsberg. 25 Kilometer nördlich von Wilna, in dem Dorf Bernotai, liegt den Kartografen zufolge der geografische Mittelpunkt des europäischen Kontinents.

Die Integration des Landes in westliche Strukturen, d.h. der Beitritt zu EU und NATO, war lange die wichtigste außenpolitische Priorität und ist nun realisiert. Im Dezember 2002 unterzeichnete die litauische Regierung den EU-Beitrittsvertrag, der in einem Referendum im Mai 2003 mit 91% Ja-Stimmen von der litauischen Bevölkerung eindrücklich bestätigt wurde. Seit dem 1. Mai 2004 ist Litauen EU-Mitglied.

Das erste Jahr der Mitgliedschaft nutzte Litauen für die Etablierung und Festigung seiner Mitwirkung in den europäischen Institutionen. Inhaltlich legt das Land aufgrund seiner historischen und geografischen Verbindungen großen Wert auf den Ausbau der regionalen Kooperationen im Ostseeraum, insbesondere mit den zwei weiteren baltischen Staaten. Das Land sieht sich hier als geografisches Zentrum der interregionalen Zusammenarbeit. Die litauische Regierung setzt sich dafür ein, dass diesem Thema auch auf europäischer Ebene mehr Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Die teilweise belasteten Beziehungen zu Russland haben sich verbessert (unter anderem hat Litauen auch russischen Bürgern im Land die Staatsbürgerschaft eingeräumt), und Litauen ist daran gelegen, diese Kooperationsansätze auch auf europäischer Ebene im Rahmen der EU-Russland-Beziehungen zu intensivieren. In diesem Zusammenhang treibt Litauen auch eine Einigung bezüglich der Enklave Kaliningrad voran.

In der europäischen Außenpolitik setzt sich Litauen sehr deutlich für eine Stärkung der transatlantischen Beziehungen und für eine starke Rolle der NATO ein.



Litauen und die nächste Erweiterungsrunde

Mit Litauen ist der Europäischen Union ein Land beigetreten, das ein großes Maß an Kenntnissen über die neuen Nachbarn der EU in Osteuropa und eine Vielzahl bilateraler Kontakte mit in die Gemeinschaft bringt. Vor diesem Hintergrund gehört das Land zu den vehementesten Verfechtern einer aktiven Erweiterungspolitik der EU, besonders in Richtung Osteuropa.

Der Grundgedanke dieser Politik der Offenheit gegenüber beitriftswilligen Staaten stützt sich auf die Überzeugung, dass die demokratische Transformation dieser Länder die Grundlage für Stabilität und Erfolg in Europa ist, jetzt und in der Zukunft.

Für Litauen überwiegen die Vorteile auch künftiger Erweiterungen für beide Seiten deutlich: Für die Kandidatenländer bedeuten sie eine Hinwendung zu Sicherheit, Stabilität und Wachstum nach einer Zeit der Konflikte und der Unfreiheit, für die EU bringen Erweiterungen ebenfalls Vorteile in vielerlei Hinsicht. Litauen weist dabei deutlich darauf hin, dass jede Erweiterung bisher nicht nur ein Plus an regionaler Stabilität und bei der Stärkung des Einflusses als globaler Akteur gebracht hat, sondern auch ein Katalysator für institutionellen Fortschritt innerhalb der EU war. In diesem Sinne plädiert die litauische Regierung dafür, sich keinem Beitritts-gesuch von vornherein zu verschließen, sondern immer offen zu sein für zukünftige Entwicklungen.

Kaum ein anderes Land der EU geht so offen und vorurteilsfrei an weitere neue Erweiterungsrunden heran. Auch die Türkei wird von Litauen nicht grundsätzlich ausgeschlossen, obwohl natürlich auch hier die Einhaltung der Kopenhagener Kriterien deutlich gefordert wird.

Zur Vorbereitung zukünftiger Beitritte fordert Litauen die schnelle Implementierung einer aktiven Nachbarschaftspolitik der EU im Osten, die die dortigen Staaten in ihren Transformationsprozessen unterstützen soll. Nur mit dieser Unterstützung und mit der Eröffnung klarer Beitrittsperspektiven kann die vollständige Demokratisierung ganz Osteuropas gelingen. Im Rahmen dieser Nachbarschaftspolitik strebt Litauen auch eine engere Kooperation mit Russland an.



Taktik

Als Vertreterin/Vertreter Litauens sind Sie einer der vehementesten und radikalsten Verfechter einer umfassenden Erweiterungspolitik. Im Sinne der obigen Argumentation unterstützen Sie nicht nur die Integrationspolitik der beitrittswilligen Staaten aktiv, sondern setzen sich auch innerhalb der EU für einen klaren Erweiterungskurs ein. Dabei weisen Sie darauf hin, dass es nur konsequent ist, Argumente wie Demokratisierung, Stabilität und wirtschaftlichen Aufschwung, die für den eigenen Beitritt vorgebracht wurden, nun auch für die neuen Beitrittskandidaten gelten zu lassen.

Ihrer Meinung nach sollen die Türen offen bleiben für alle Nationen, die den Weg der Demokratie und der Marktwirtschaft gewählt haben. Von der EU verlangen Sie, dass an die möglichen Kandidaten ein klares Signal ausgesandt wird: Die strenge Verpflichtung auf diesen Weg wird zum Erfolg führen! Skeptikern innerhalb der EU halten Sie entgegen, dass die Gemeinschaft ohne Erweiterungsperspektive ihren Sinn und ihre Mission als global player verliert. Für Montenegro und Mazedonien steht für Sie ein Beitritt in außer Frage.

Ähnlich argumentieren Sie im Fall der Türkei, die Sie als wichtigen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Partner ansehen. Deshalb sollte Ihrer Meinung nach mit Beitrittsverhandlungen möglichst bald begonnen werden. Neben dem Stabilitätswachstum in der Region würde sich mit einem Türkeibeitritt der Einfluss der EU im Mittleren Osten und im Kaukasus deutlich verstärken und die Gemeinschaft zu einer führenden multi-kulturellen und multireligiösen Kraft aufsteigen. Gegenüber der Türkei verlangen Sie in den Verhandlungen, die begonnenen Reformen konsequent weiter zu betreiben und ab sofort besser umzusetzen.



Natürlich unterstützen Sie auch das Beitritts- gesuch der weiteren Balkanstaaten, wobei Sie jedoch auf die bedingungslose Zusammen- arbeit mit dem Kriegsverbrechertribunal bestehen.

Die Anerkennung Kosovos war innenpo- litisch über mehrere Monate umstritten, gleichwohl reichen Sie nun auch dem unab- hängigen Kosovo die Hand. Ihre langfristigen Ziele gehen aber noch über die Runde der jetzigen Beitrittskandidaten hinaus. Sie sehen auf lange Sicht auch Weißrussland, Mol- dawien, die Ukraine und Georgien in der EU.

Diese Sichtweise äußern Sie jedoch nicht öf- fentlich, da Ihnen bewusst ist, dass Sie damit starken Widerstand innerhalb der EU her- vorrufen würden. Sie setzen sich stattdessen zunächst aktiv für den Aufbau von Nachbar- schaftsprogrammen mit diesen Ländern ein.

Beachten Sie aber, dass gerade Ihr Land be- reits von der Wirtschafts- und Finanzkrise in den Jahren 2008 und 2009 besonders stark getroffen wurde. Wichtig ist für Sie, dass die Europäische Union in der Frage der Erweite- rung nicht zu schnell handelt und die wirt- schaftliche Konsolidierung der Mitgliedstaa- ten nicht aus den Augen verliert.

Grundsätzlich sind Sie für die Realisierung Ihrer Positionen natürlich auf Partner und Koalitionen angewiesen. Viele Mitgliedstaa- ten der EU stehen einer erneuten Erweite- rung bei weitem nicht so positiv gegenüber wie Sie. Traditionell sprechen die drei balti- schen Staaten oft mit einer Stimme. Auch in Polen könnten Sie Partner für Ihren Erweite- rungskurs finden. Seien Sie aber bereit, auch Kompromisse einzugehen, da Sie sonst Ge- fahr laufen, isoliert zu werden.



Luxemburg (Luxembourg)

HAUPTSTADT Luxemburg (90.848 Einwohner)
STAATSFORM Großherzogtum
FLÄCHE 2.586 km²
EINWOHNER 498.000
EINWOHNER/KM² 193
BIP/EINWOHNER (2011) 68.900 Euro
WACHSTUMSRATE (2011) 1,6%
ARBEITSLOSENQUOTE 5,2 %
SPRACHEN Letztebueresch, Deutsch, Französisch
RELIGIONEN 90% Katholiken
ETHNISCHEN GRUPPEN 60% Luxemburger, 40% zumeist EU-Bürgerinnen und Bürger (hoher Anteil von Portugiesen)
BEITRITT ZUR EG/EU Gründungsmitglied
STAATSOBERHAUPT Großherzog Henri
REGIERUNGSCHEF Jean-Claude Juncker
WEITERE INFORMATIONEN berlin.mea.lu/ge

*Der Neue Fischer Weltatlas 2012 // Wirtschaftsdaten: Eurostat
epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home*

Sie sind die Vertreterin/der Vertreter Luxemburgs im Rat der Europäischen Union. Luxemburg war als Gründungsmitglied der EG bereits an allen Erweiterungsentscheidungen beteiligt. Kurz nach der Ostererweiterung und dem Beitritt Kroatiens im Jahr 2013 ist das Land nun erneut mit Beitrittsgesuchen aus Ost- und Südosteuropa konfrontiert.

Luxemburg in der EU

Seit jeher ist Luxemburgs Außenpolitik von zwei Anliegen geprägt: Sicherheit und die Integration in einen wirtschaftlichen Großraum. Schon vor der Gründung der EGKS (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl) 1952 schloss sich Luxemburg im Jahr



1948 mit Belgien und den Niederlanden in der BENELUX-Wirtschaftsunion zusammen. Luxemburg hat seit den Anfängen des europäischen Integrationsprozesses eine sehr europazentrierte Politik betrieben. Als Kleinstaat ist Luxemburg an einem sicheren und stabilen Umfeld interessiert, deshalb wird die Europäische Integration hier als Instrument der Friedenssicherung bewertet. In der multilateralen Zusammenarbeit sieht das Land außerdem die beste Möglichkeit zur Wahrung seiner Unabhängigkeit und des Gewichts seiner Stimme in der Welt. Das Land hat stark von der Entwicklung der Europäischen Union, besonders auch von den in Luxemburg ansässigen europäischen Institutionen, profitiert. Es nimmt traditionell eine starke Vermittlerfunktion im europäischen Einigungsprozess wahr.

Luxemburg hat ein klares Interesse daran, die Vertiefung der Europäischen Union fortzusetzen. Allerdings ist es als zweitkleinster Mitgliedstaat auch um die Situation der kleineren Staaten und ihre zukünftigen Einwirkungsmöglichkeiten besorgt. Luxemburg will weiterhin im Zentrum der Europäischen Union und ihrer Institutionen stehen und seine traditionelle Maklerrolle ausüben.

Luxemburg und die nächste Erweiterungsrunde

Luxemburg hat zwar ein gutes Verhältnis zu den meisten ost- und südosteuropäischen Staaten, insbesondere zu Rumänien, wo noch heute die Nachkommen luxemburgischer Auswanderer des 18. Jahrhunderts leben. Die nächste Erweiterung um weitere Staaten des westlichen Balkans betrifft das Land durch seine innereuropäische Lage jedoch eher indirekt. In erster Linie erhofft sich die luxemburgische Regierung von der Integration weiterer Staaten eine Stabilisierung der politischen Lage auf dem gesamten Kontinent. Daher unterstützt sie ein Fortfahren im Erweiterungszeitplan.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Wichtig ist der luxemburgischen Regierung, dass die Entscheidung über neue Beitritte allein auf der Grundlage einer individuellen und objektiven Beurteilung der Eigenleistungen der einzelnen Kandidatenländer und nicht in Form von politischen Blockentscheidungen gefällt wird.

Einen kritischen Blick werfen Sie bei Bosnien-Herzegowina auf das Miteinander von Christen und Moslems. Für Sie ist ein friedliches Miteinander der Religionen ein entscheidendes Kriterium für einen Beitritt.

Zwar haben die Republik Mazedonien (Mehrheit Christen) und Kosovo (kleine Minderheit von Christen) ebenso zwei große Religionsgruppen in ihrem Land vereinigt, dort kam es in der Vergangenheit zwischen diesen Gruppen allerdings nicht zu Spannungen aus allein religiösen Motiven.

In Bezug auf den Namensstreit zwischen Griechenland und Mazedonien agiert Luxemburg sehr vorsichtig und wagt seinerseits keine ausdrückliche Positionierung. Auch in dieser Frage sieht es sich aber in der Rolle eines Vermittlers.

Als Probleme einer erneuten Erweiterung werden hauptsächlich die damit verbundenen finanziellen Belastungen (Luxemburg ist Europas reichster Staat und damit Nettozahler in die Kassen der Europäischen Union) und die Verringerung des Luxemburger Einflusses als kleiner Staat auf die Entscheidungen in einer sich erweiternden EU genannt. Diese beiden Punkte spielen für das Land eine große Rolle in den anstehenden Verhandlungen.

Taktik

Als Vertreterin/Vertreter Luxemburgs stehen Sie im Allgemeinen hinter einer Fortsetzung der europäischen Erweiterung, beharren jedoch auf der strikten Anwendung der Kopenhagener Kriterien auf die einzelnen Beitrittskandidaten, bevor eine Aufnahme erfolgen kann. Zudem fordern Sie vor einer Zustimmung zu einer erneuten Erweiterung in EU-Kreisen eine Reform der kostspieligen Agrar- und Strukturpolitik. Außerdem verlangen Sie Garantien dafür, dass der Einfluss kleiner Länder und die Gleichbehandlung aller Mitgliedstaaten in der erweiterten EU gesichert bleiben und keine Rückschritte in der Integration erfolgen. Unter diesen Voraussetzungen befürworten Sie die Erweiterung dann klar und deutlich.



Ihre Regierung sieht sich starken Sparerfordernissen im Land ausgesetzt. Das schlägt sich auch auf Ihre Forderungen in den europäischen Verhandlungen nieder. Stellen Sie klar, dass es auch für Ihr Land nicht mehr möglich ist, großzügige Summen bereit zu stellen, um damit die Probleme neuer Mitgliedstaaten zu beheben.

Für Montenegro und Mazedonien sehen Sie eine Beitrittsmöglichkeit in der Zukunft, allerdings setzen Sie sich dafür ein, dass die Überwachung der Reformfortschritte in der Praxis auch nach Unterzeichnung des Beitrittsvertrags bis zum tatsächlichen Beitritt beibehalten wird, um bei möglichen Versäumnissen sofort reagieren zu können.

Generell sehen Sie die Zukunft des Balkans auf lange Sicht innerhalb der EU. Speziell mit Blick auf die Staaten des westlichen Balkans betonen Sie jedoch, dass der Schlüssel für den Beginn von Beitrittsverhandlungen in den Hauptstädten vor Ort liegt. Auch wenn Sie ein negatives Zeichen für den Reformprozess des gesamten Balkans vermeiden wollen, kommen Verhandlungen auch mit Serbien für Sie erst in Frage, wenn das Land zufriedenstellend mit dem Kriegsverbrechertribunal für Ex-Jugoslawien kooperiert.

Von der Türkei fordern Sie die konsequente Implementierung der beschlossenen Reformen (insbesondere die Verankerung von Menschenrechten) und eine Unterstützung des Prozesses des Friedens und der Zusammenarbeit auf der zyprischen Insel. Ist dies gegeben, befürworten Sie durchaus Beitrittsverhandlungen.

Neben der Erweiterung an sich ist es Ihnen ein wichtiges Anliegen, dafür zu sorgen, dass Sie Ihre Interessen – in erster Linie die Wahrung des luxemburgischen Einflusses in der EU – durchsetzen können. Dies bedeutet, dass Luxemburg weiterhin ausreichend berücksichtigt werden muss. Versuchen Sie, einen „package deal“ abzuschließen, indem Sie an anderer Stelle Zugeständnisse machen, für sich selbst aber auch Einfluss sichern. Machen Sie aber deutlich darauf aufmerksam, dass Sie zwar geografisch klein, wirtschaftlich aber vor allem im Finanzwesen sehr einflussreich sind.

Malta (Malta)



HAUPTSTADT La Valetta (6.266 Einwohner)
STAATSFORM Republik
FLÄCHE 315,6 km²
EINWOHNER 415.000
EINWOHNER/KM² 1.313
BIP/EINWOHNER (2011) 21.300 Euro
WACHSTUMSRATE (2011) 1,9%
ARBEITSLÖSENQUOTE 6,5%
SPRACHEN Maltesisch, Englisch und z.T. Italienisch als Umgangssprache
RELIGIONEN 95% Katholiken, 2% Muslime
ETHNISCHEN GRUPPEN Malteser
BEITRITT ZUR EG/EU 2004
STAATSOBERHAUPT George Abela
REGIERUNGSCHEF Lawrence Gonzi
WEITERE INFORMATIONEN maltaembassy.berlin@gov.mt

*Der Neue Fischer Weltatlas 2012 // Wirtschaftsdaten: Eurostat
 epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home*

Sie sind die Vertreterin/der Vertreter Maltas im Rat der Europäischen Union. Ihr Land ist seit dem 1. Mai 2004 Mitglied der EU. In dieser Funktion sind Sie nun mit der Entscheidung über die nächste Erweiterungsrunde der EU konfrontiert.

Malta in der EU

Die Insel Malta, die zusammen mit der dazugehörigen kleineren Nachbarinsel Gozo im Mittelmeer zwischen Sizilien und der afrikanischen Küste liegt, hat eine sehr wechselhafte Geschichte hinter sich. Aufgrund der strategisch günstigen Lage im Mittelmeer wechselte die Insel im Lauf der Zeit mehrfach den Besitzer. So fiel Malta nach der Herr-



schaft der Phönizier, der Karthager und der Römer unter die Hoheit des byzantinischen Reichs, danach folgten die Araber, die Normannen und schließlich die Sizilianer. Ein Schlüsseldatum in der Geschichte Maltas stellt das Jahr 1523 dar, in dem die Insel von Rittern des Johanniterordens aus Jerusalem erobert wurde. Nach kurzer französischer Herrschaft wurde Malta 1814 freiwillig ein Teil von Großbritannien und erhielt im Jahr 1964 seine Unabhängigkeit.

Das politische Geschehen in Malta wird vor allem von zwei großen Parteien dominiert, der Arbeiterpartei und der nationalistischen Partei. Beide stellten bisher abwechselnd die Mehrheit im maltesischen Parlament und damit die Regierung des Landes.

Bezüglich des Beitritts zur Europäischen Union herrschte in Malta kein übergreifender politischer Konsens. 1990 stellte das Land unter der Regierung der nationalistischen Partei seinen Antrag auf Aufnahme in die EU, den die 1996 gewählte Regierung der Arbeiterpartei wieder aussetzte. Nach dem Regierungswechsel 1998 erneuerte Malta seinen Beitrittsantrag. Von diesem Zeitpunkt an war der Beitritt zur EU das wichtigste außenpolitische Ziel Maltas. Im Referendum vom 8. März 2003 sprachen sich 53,6% der Malteser für einen EU-Beitritt aus. Dem Trend des Referendums folgend und die EU-Annäherung begrüßend, wurde die nationalistische Partei 2003 wiedergewählt. Am 1. Mai 2004 trat Malta der EU bei und löste damit Luxemburg als kleinstes Land der Gemeinschaft ab.

Durch seine Verfassung aus dem Jahr 1987 ist Malta auf Neutralität festgelegt, was auch im Beitrittsvertrag zur EU erneut bekräftigt wurde. So führt Malta auch heute seine bisherige Politik der Neutralität und Blockfreiheit konsequent fort.

Malta betreibt eine mediterran orientierte Außenpolitik und pflegt neben guten Beziehungen zu seiner ehemaligen Kolonialmacht Großbritannien enge Kontakte zu Italien, den USA und den nordafrikanischen Staaten, besonders zu Libyen. Durch seine geografische Lage ist Malta für die EU von strategischer Bedeutung und sieht sich als „Brücke über das Mittelmeer“, über die wichtige Verbindungen zwischen der EU und den nordafrikanischen Staaten entstehen können.



Malta und die Erweiterung

Malta steht einer erneuten Erweiterung der EU im Allgemeinen aufgeschlossen gegenüber. In der Fortsetzung des Erweiterungskurses sieht das Land einen starken Anreiz für beitrittswillige Staaten, positive Reformen entschieden voranzutreiben, um Teil des europäischen Projekts zu werden. Dieser Reformschub würde letztlich dem gesamten Kontinent zugute kommen, da so auf lange Sicht Stabilität garantiert werden kann.

Für Länder, deren politische und wirtschaftliche Situation keinen zeitnahen Beitritt erlaubt, drängt Malta auf einen Ausbau der Nachbarschaftspolitik, um auch dort eine stabilisierende Wirkung zu erreichen. Im Rahmen dieser Kooperationen sollen besonders die Kontrolle von Migrationsbewegungen, die Stärkung von Menschenrechten, die Demokratisierung, die Terrorismusbekämpfung und die Förderung eines positiven Investitionsklimas im Vordergrund stehen.

Grundsätzlich ist daher Malta ein Fürsprecher aller am Beitritt interessierten Staaten. Einem Beitritt der Türkei steht Malta sehr offen gegenüber. Es setzt sich dabei ausdrücklich für eine Beschleunigung der Annäherung und für verbindliche Zusagen an die Adresse der Türkei ein.

Etwas kritischer sieht Malta die Politik in Bosnien-Herzegowina. Die Regierung von Malta befürchtet ein Auseinanderbrechen des Staates und fordert daher insbesondere die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen auf, religiöse Unterschiede zu überwinden und auf die Einheit des Staates zu setzen. Nur so können die Menschen dieser Region auf einen Beitritt in die EU hoffen.

Die Unabhängigkeit Kosovos hat Malta anerkannt.

Taktik

Als Vertreterin/Vertreter Maltas unterstützen Sie grundsätzlich die Aufnahme weiterer Mitglieder in die EU. Allerdings knüpfen Sie Ihre Zustimmung an die Bedingung, dass Länder erst aufgenommen werden können, wenn sie fähig sind, die Kopenhagener Kriterien voll zu erfüllen und wenn ihre politischen und wirtschaftlichen Systeme stabil sind.

Ihnen ist wichtig, dass die Integration neuer Mitglieder den sozialen, politischen und wirtschaftlichen Zusammenhalt der EU nicht untergräbt, sondern fördert.

Unter den verschiedenen Beitrittskandidaten haben Sie kein Land, dem Sie ganz besonders positiv gegenüber stehen. Sie drängen auf eine rasche Aufnahme, sobald die Staaten insbesondere die Bedingungen des Kriegsverbrechertribunals für Ex-Jugoslawien erfüllt und alle gesuchten Kriegsverbrecher ausgeliefert haben.



Weiterhin wollen Sie verstärkt das Instrument der europäischen Nachbarschaftspolitik einsetzen, um benachbarte Staaten enger an die EU zu binden.

Die Anwendung dieser Politik ist Ihnen besonders bezogen auf den Mittelmeerraum und Nordafrika wichtig, denn Sie haben gewisse Sorgen, dass sich das Interesse der EU mit der Erweiterung eher nach Osten verlagern wird und die südlichen Nachbarn dann vernachlässigt werden. Um dies zu verhindern, sollten Sie sich mit den anderen Mittelmeeranrainerstaaten in der EU zusammenschließen.

Auch einem Türkeibeitritt stehen Sie positiv gegenüber, da durch eine Aufnahme des Landes die Position der südlichen Staaten und Mittelmeeranrainer innerhalb der EU gestärkt würde.

Darüber hinaus pflegen Sie traditionell enge Bindungen zu Großbritannien und versuchen deshalb, gemeinsame Positionen zu erarbeiten. Schließlich sollten Sie bedenken, dass Sie als kleinstes Land in der EU auch um Ihren Einfluss im Entscheidungsgefüge bangen.

Drängen Sie vor der Erweiterung darauf, dass die kleinen Staaten angemessen vertreten bleiben und nicht an Einfluss verlieren.

Niederlande (Nederland)



HAUPTSTADT Amsterdam (1,1 Millionen Einwohner)
REGIERUNGSSITZ Den Haag
STAATSFORM parlamentarische Monarchie
FLÄCHE 41.526 km²
EINWOHNER 16,531 Millionen
EINWOHNER/KM 398
BIP/EINWOHNER (2011) 32.900 Euro
WACHSTUMSRATE (2011) 1,2%
ARBEITSLÖSENQUOTE 5%
SPRACHEN Niederländisch, Friesisch (regional)
RELIGIONEN 30% Katholiken, 20% Protestanten, 5,7% Muslime, über 42% konfessionslos
ETHNISCHEN GRUPPEN 95,7% Niederländer
BEITRITT ZUR EG/EU Gründungsmitglied
STAATSOBERHAUPT Königin Beatrix Wilhelmina Armgard
REGIERUNGSCHEF Mark Rutte
WEITERE INFORMATIONEN www.niederlandeweb.de

*Der Neue Fischer Weltatlas 2012 // Wirtschaftsdaten: Eurostat
epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home*

Sie sind die Vertreterin/der Vertreter der Niederlande im Rat der Europäischen Union. Als Gründungsmitglied der EWG hat ihr Land bereits an den Entscheidungen über zahlreiche Erweiterungsrounds mitgewirkt. Kurz nach der Erweiterung um Kroatien sind die Niederlande mit erneuten Beitrittsgesuchen ost- und südosteuropäischer Staaten konfrontiert.

Die Niederlande in der EU

Die Niederlande pflegen aufgrund ihrer geografischen Lage und ihrer Größe traditionell eine intensive Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten. Schon vor der Gründung der ersten Europäischen Gemeinschaft (der



EGKS) 1951 schlossen sie sich im Jahr 1948 mit Luxemburg und Belgien in der BENELUX-Wirtschaftsunion zusammen. Seit der Gründung der EWG haben die Niederlande ein großes Interesse an einem funktionierenden Binnenmarkt, denn 75% ihrer Exportprodukte werden in den europäischen Markt ausgeführt.

Allerdings ist die niederländische Europapolitik nicht allein auf die wirtschaftlichen Aspekte der Integration ausgerichtet. Das Land betreibt innerhalb der EU seit jeher eine sehr integrationsfreundliche Politik und ist ein Verfechter eines engen Zusammenschlusses nach innen, der eine Stärkung der Position von Parlament und Kommission sowie eine Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen im Rat vorsieht. In diesem Sinne ist für die Niederlande eine Reform der Institutionen der EU unausweichlich, um auch in Zukunft die Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft zu garantieren.

Auch in der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik fordert die niederländische Regierung eine stärkere Zusammenarbeit und größeres Engagement, das jedoch nicht zu Lasten der transatlantischen Beziehungen gehen darf. Für die Niederlande hat das Verhältnis zu den USA eine hohe außenpolitische Priorität und soll nicht gefährdet werden.

Schließlich fordert der große Beitragszahler Niederlande, dass alle künftigen Schritte der europäischen Integration zu vertretbaren Kosten realisiert werden, was eine radikale Reform der kostenintensiven gemeinsamen Agrarpolitik einschließt.

Die Niederlande und die nächste Erweiterung der EU

Die Niederlande unterstützen eine erneute Erweiterung der EU um eine begrenzte Anzahl von Staaten unter bestimmten Bedingungen. Prinzipiell wird die Aufnahme neuer Mitglieder befürwortet, weil dadurch ein Stabilitätswachstum in Europa gewonnen wird und gleichzeitig wirtschaftliche Vorteile besonders für die exportorientierten niederländischen Unternehmen entstehen. Allerdings sprechen sich die Niederlande aus mehreren Gründen für ein langsames Tempo der nächsten Erweiterungsschritte aus.

Aktuelle Probleme des Landes mit der Integration von Einwanderern und den daraus resultierenden Ängsten und ausländerkritischen Tendenzen in der niederländischen Gesellschaft müssen von der Regierung ernst genommen werden. Um die Ängste nicht weiter zu schüren, fährt die Regierung den Kurs, neue Beitritte nur nach Festlegung von



bestimmten Sicherheitsklauseln und Übergangsfristen insbesondere im Bereich der Personenfreizügigkeit zu befürworten.

Die Wirkung einer Erweiterung auf das institutionelle Gefüge muss im Vorhinein klar analysiert und eine weitere Vertiefung der Integration zur Voraussetzung gemacht werden, um das Entscheidungsvermögen der EU nicht zu gefährden.

Eine weitere Maßnahme zum Schutz einer handlungsfähigen EU besteht in der strikten Anwendung der aufgestellten politischen wie wirtschaftlichen Kriterien auf die einzelnen Beitrittskandidaten. So soll garantiert werden, dass durch die Erweiterung weder der Binnenmarkt noch andere europäische Politikbereiche (wie z.B. der Umweltschutz) verwässert werden.

Die Dynamik des europäischen Einigungsprozesses muss erhalten bleiben, weshalb für die Niederlande ein gewisser Grad an differenzierter Integration innerhalb einer erweiterten Europäischen Union unumgänglich ist. Unter den im Vertrag festgeschriebenen Bedingungen für die verstärkte Zusammenarbeit – sie muss jederzeit offen für kooperationswillige Mitgliedstaaten sein und darf weder die Rechtsordnung noch den Binnenmarkt untergraben – plädiert die Regierung folglich für eine gezieltere Nutzung dieses Instruments, um eine Stagnation des Integrationsprozesses in der großen EU zu verhindern.

Die Niederländer fürchten zunehmend, in einer immer größer werdenden EU unterzugehen und an Einfluss zu verlieren. Dabei spielt auch die Angst vor massiven Einwanderungsströmen und einer „Überfremdung“ der Gesellschaft eine Rolle. Vor dem Hintergrund dieser Mischung aus unterschiedlichen Sorgen haben die Niederländer im Juni 2005 in einem Referendum auch die Europäische Verfassung mehrheitlich abgelehnt.

Die niederländische Regierung tritt dennoch stark für das Selbstbestimmungsrecht der Völker ein, begrüßt deshalb die Unabhängigkeit Kosovos und fordert auch für Mazedonien das Recht ein, seinen Namen gegenüber Griechenland selbst bestimmen zu können.



Taktik

Als Vertreterin/Vertreter der Niederlande sind Sie für eine langfristige Erweiterung der EU um den westlichen Balkan und eventuell die Türkei, wollen aber gleichzeitig sicherstellen, dass sowohl der Zusammenhalt als auch die Beständigkeit der Union gewährleistet bleiben. Gemäß der obigen Argumentationslinie drängen Sie deshalb auf eine weitreichende institutionelle Reform, bevor neue Beitritte erfolgen.

Auch bezüglich aufkeimender europaskeptischer Tendenzen bei der Bürgerinnen und Bürgern der EU, insbesondere aber in der eigenen Bevölkerung, unterstreichen Sie die Notwendigkeit einer allmählichen Integration neuer Mitglieder und sprechen sich für die Einführung von Sicherheitsklauseln und Übergangsfristen in sensiblen Bereichen wie der Personenfreizügigkeit aus. Argumentieren Sie, dass die öffentliche Unterstützung unverzichtbar für eine erneute Erweiterung ist.

Ein großes Anliegen ist Ihnen außerdem die Einschränkung der Kosten einer neuen Erweiterung. Sie fordern daher eine entschiedene Reform der Ausgabenstruktur der Union sowie eine allgemeine Begrenzung des EU-Budgets auf ein Prozent der europäischen Wirtschaftskraft. Dies würde eine spürbare Reduzierung der Finanzkraft der EU bedeuten.

Die Länder, die Ihrer Meinung nach in näherer Zukunft am ehesten die Aussicht auf einen Beitritt haben, sind Montenegro und Mazedonien, deren Transformationsprozess Sie aktiv unterstützen. Allerdings fordern Sie eine strenge Überwachung der Reformbemühungen beider Länder bis unmittelbar vor der tatsächlichen Aufnahme sowie die vertragliche Möglichkeit, den Beitritt bei unzureichenden Erfolgen verschieben zu können.

Die Zukunft der restlichen Staaten des westlichen Balkans sehen Sie langfristig ebenfalls innerhalb der EU. Bezüglich der aktuellen Beitrittsgesuche – ganz speziell Serbiens – sind Sie jedoch ein vehementer Verfechter der aufgestellten politischen Kriterien, zu denen auch die uneingeschränkte Kooperation mit dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag gehört.



Ähnlich verhält es sich mit der Türkei. Sie hegen zwar sehr ernsthafte Bedenken bezüglich der Wirkung eines Türkeibeitritts auf die EU, sind jedoch dagegen, auf die Türkei zusätzliche Beitrittskriterien – religiöser oder kultureller Natur – anzuwenden. Wenn die Türkei die politischen Kriterien erfüllt, stehen Sie einer Verhandlungsaufnahme nicht im Wege.

Allerdings machen Sie unmissverständlich deutlich, dass die Verhandlungen über lange Zeit ergebnisoffen und ohne die Festlegung eines Enddatums geführt werden müssen. Eine strikte Überwachung der Implementierung der Reformen in der Türkei ist für Sie Voraussetzung für die Gespräche. Achten Sie bei diesem Thema besonders darauf, besonnenen und vorsichtig zu agieren, da der Rechtspopulismus in der niederländischen Gesellschaft zunimmt: bei Wahlen erreichen diese politischen Kräfte gute bis sehr gute Ergebnisse (bis zu 30%). Sie haben kein Interesse daran, den rechten Rand des politischen Spektrums zu stärken.

Über den Balkan und die Türkei hinaus sehen Sie derzeit für kein weiteres Land eine konkrete Beitrittsperspektive. Stattdessen ist für Sie eine aktive und faire Nachbarschaftspolitik ein gutes Alternativinstrument zur unbegrenzten Erweiterung, um Stabilität und Demokratie über die Grenzen der EU hinaus zu verbreiten.



Österreich

HAUPTSTADT Wien (1,698 Mio. Einwohner)
STAATSFORM Bundesrepublik, parlamentarische Demokratie
FLÄCHE 83.879 km²
EINWOHNER 8,364 Millionen
EINWOHNER/KM² 100
BIP/EINWOHNER (2011) 32.299 Euro
WACHSTUMSRATE (2011) 2,7%
ARBEITSLOSENQUOTE 4,2%
SPRACHEN Deutsch, (regional Slowenisch, Kroatisch, Ungarisch)
RELIGIONEN 66% Katholiken, 3,9% Protestanten, 4,4% Muslime, ca. 12% konfessionslos
ETHNISCHE GRUPPEN 88,5% Österreicher, 10% Immigranten (Türken, Bosnier, u.a.), 1,5% indigene Minderheiten (Slowenen, Kroaten, Ungarn)
BEITRITT ZUR EG/EU 1995
STAATSOBERHAUPT Dr. Heinz Fischer
BUNDESKANZLER Werner Faymann
WEITERE INFORMATIONEN www.bmeia.gv.at/botschaft/berlin

Der Neue Fischer Weltatlas 2012 // Wirtschaftsdaten: Eurostat
epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home

Sie sind die Vertreterin/der Vertreter Österreichs im Rat der Europäischen Union. Kurz nach der Aufnahme von Kroatien im Jahr 2013 sind Sie nun erneut mit der Entscheidung über weitere Beitrittsgesuche konfrontiert.

Österreich in der EU

Österreich ist der Europäischen Union erst zum 1. Januar 1995 beigetreten. Mittlerweile hat sich das Land zu einem aktiven Mitglied innerhalb der EU entwickelt und sich immer wieder als Sprecher der kleinen EU-Staaten profiliert.



Die Vertiefung der Europäischen Union ist ein Ziel der österreichischen EU-Politik. Gute Beziehungen zu Deutschland sind wichtig für Österreich, allerdings identifiziert sich das Land eher mit anderen „Mittelstaaten“ der EU (Belgien, Schweden), die um ihren Einfluss in einer erweiterten Union fürchten. Österreich betreibt eine sehr selbstbewusste EU-Politik, was mit dem großen Einfluss national-konservativer Parteien zusammenhängt, die das Land vor „Überfremdung“ schützen wollen.

Aufgrund der Neutralitätspolitik Österreichs und der gewachsenen Aufgaben der EU in der Welt geriet die österreichische Sicherheits- und Außenpolitik ins Spannungsfeld zwischen Neutralität und internationaler militärischer Verantwortung. Österreich bevorzugt im Bereich der gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik die Zusammenarbeit zwischen den Regierungen und ist gegen zu viel Souveränitätsabgabe an die europä-

ischen Institutionen. Es befürchtet dabei stets die Dominanz der großen EU-Staaten Deutschland und Frankreich.

Österreich und die nächste Erweiterung

Österreich war einer der größten Profiteure des politischen Wandels der mittel- und osteuropäischen Staaten des letzten Jahrzehnts. Österreichische Firmen sind in vielen ost- und südosteuropäischen Staaten die größten Investoren, und ein Großteil des Exports wird in diesen Staaten abgesetzt. Österreich profitiert auch noch knapp ein Jahrhundert nach dem Zusammenbruch der österreichischen Monarchie von lang andauernden, gewachsenen Kontakten in der Region.

Das Land hat deshalb die erste Erweiterungsrunde von 2004 unterstützt, die sich besonders in wirtschaftlicher Hinsicht positiv für Österreich ausgewirkt hat. Österreichs Handel mit den mittel- und osteuropäischen Staaten wächst kontinuierlich. Ebenso wie in Deutschland gab es innerhalb der Bevölkerung Bedenken wegen eines befürchteten Anstiegs der Arbeitsimmigration. Durch längere Übergangsfristen im Bereich der Freizügigkeit wurde auf diese Ängste eingegangen.

Dem Beitrittswunsch Kroatiens stand Österreich sehr positiv gegenüber. Kroatien war bis 1918 Teil der österreichisch-ungarischen Monarchie. Österreich ist aber nicht nur geschichtlich stark mit Kroatien verbunden, sondern ist dort auch wirtschaftlich sehr aktiv. Das Land war direkt von den Auswirkungen des Bürgerkrieges in Ex-Jugoslawien betroffen und befürwortete Österreich die schnellstmögliche Integration Kroatiens in die EU.



In Bezug auf die zukünftigen weiteren Mitglieder der EU nimmt Österreich aber eine sehr reservierte Position ein. Der österreichische Regierungschef äußerte mehrmals seine Vorbehalte gegen eine Vollmitgliedschaft der Türkei. Bei der Argumentation gegen die Aufnahme der Türkei werden kulturelle Unterschiede hervorgehoben und auf die mögliche Handlungsunfähigkeit der EU hingewiesen.

Österreich befürchtet auch ein Sicherheitsdefizit, da die EU mit einem Beitritt der Türkei direkt an den Nahen Osten und die instabile Kaukasusregion grenzen würde. Des Weiteren wird der ungenügende Schutz von Menschenrechten in der Türkei angeführt. Die „Türkenangst“ der Österreicher mag auch historisch begründet sein, da Österreich über Jahrhunderte hinweg mit dem Osmanischen Reich über die Vorherrschaft auf dem Balkan gestritten hat.

Dennoch befürwortet Österreich die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei unter bestimmten Konditionen: So muss die Aufnahmefähigkeit von Seiten der EU und die finanzielle Gleichbehandlung aller Mitgliedstaaten als Voraussetzung für einen Beitritt künftiger Mitgliedsländer in die Verhandlungen einbezogen werden.

Dennoch gehört Österreich zu den vehementen Befürwortern ambitionierter Integrationsstrategien für die Länder des Westbalkans und Südosteuropas wie Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Serbien, Mazedonien, Albanien. Es setzt sich aktiv für eine konsensuale Lösung des Kosovo-Konflikts ein und tritt für die Unabhängigkeit Kosovos unter internationaler Beobachtung ein. Österreich hat offiziell die Unabhängigkeit Kosovos anerkannt.

Mit Blick auf eventuelle weitere Beitrittsge-suche fordert Österreich mit Nachdruck eine EU-interne Debatte über die endgültigen Grenzen der Gemeinschaft. Die Regierung besteht darauf, dass diese Grenzen klar definiert werden müssen, um einer unendlich fortlaufenden Erweiterung entgegen zu treten. Andernfalls würde eine immer weiter wachsende EU ihre Identität, ihre Handlungsfähigkeit und insbesondere die Unterstützung ihrer Bürgerinnen und Bürger verlieren und schließlich durch Überdehnung scheitern.

Taktik

Sie sind Vertreterin/Vertreter eines selbstbewussten, kleinen EU-Landes. Versuchen Sie, den großen EU-Staaten Ihre Anliegen so plausibel wie möglich deutlich zu machen, da diese bei einer Entscheidung auch auf Ihre Interessen eingehen müssen.



Präsentieren Sie sich als Anwalt der kleinen EU-Staaten, die ein Interesse an einer handlungsfähigen Union haben. In diesem Zusammenhang sprechen Sie sich momentan gegen eine Vollmitgliedschaft der Türkei aus. Die Türkei würde die EU nicht nur überlasten, sie ist derzeit auch noch nicht bereit, alle europäischen Kriterien glaubhaft zu erfüllen. Wenn überhaupt, wäre eine Türkei-Mitgliedschaft Ihrer Ansicht nach nur auf sehr lange Sicht möglich und nur unter der Voraussetzung, dass die EU bis dahin so weit vertieft ist, dass ein Beitritt der Türkei nicht zu einer Lähmung der europäischen Institutionen führen würde.

Die Umsetzung der EU-Verfassung wäre ein erster großer Schritt in diese Richtung. Eine bessere Alternative zu einem Türkeibeitritt wäre für Sie ein abschließender Vertrag, durch den der Türkei eine privilegierte Partnerschaft gewährt würde.

Anders ist Ihre Position in Bezug auf die weiteren beitragswilligen Staaten. Besonders die Staaten des Balkans müssen auf ihrem Weg in die EU unterstützt werden. Diese Region gehört aus kulturellen und historischen Gründen in die EU. Außerdem würde ein Beitritt die instabilen Verhältnisse der letzten Jahrzehnte beenden und endlich Frieden und Sicherheit in diese Region bringen.

Das bedeutet aber nicht, dass Sie einen Beitritt ohne Bedingungen befürworten. Mit Blick auf Ihren nationalen Arbeitsmarkt fordern Sie längere Übergangsfristen für die Freizügigkeit von Personen. Sie wollen einen zu großen Wettbewerb auf dem prekären heimischen Arbeitsmarkt verhindern.

Außerdem kann sich die EU in Zukunft die großzügigen Subventionen für eine wachsende Zahl von Ländern nicht mehr leisten, so dass die Strukturhilfen, insbesondere die Unterstützung für die Landwirtschaft und für benachteiligte Regionen, für die Neumitglieder wesentlich geringer ausfallen werden und müssen.

Setzen Sie sich massiv dafür ein, dass unabhängig von der Entscheidung über die einzelnen Beitrittsgesuche auch eine allgemeine Debatte über die Aufnahmefähigkeit und die Grenzen der EU geführt wird. Ihr stärkstes Argument ist hier die Stimmung in der europäischen Bevölkerung, die erneuten Erweiterungen äußerst skeptisch gegenübersteht und sich mehr Orientierung und klare geografische wie inhaltliche Zielvorgaben durch die EU wünscht.

Polen (Polska)



HAUPTSTADT Warschau (1,716 Mio. Einwohner)
STAATSFORM parlamentarische Demokratie mit Zweikammerparlament
FLÄCHE 312.685 km²
EINWOHNER 38,150 Mio.
EINWOHNER/KM² 122
BIP/EINWOHNER (2010) 15.300 Euro
WACHSTUMSRATE (2011) 4,3%
ARBEITSLOSENQUOTE 9,7%
SPRACHEN Polnisch
RELIGIONEN 96% Katholiken, Minderheiten von russisch-orthodoxen Christen, Protestanten, Altkatholiken, Juden
ETHNISCHE GRUPPEN 98,7% Polen, 0,8-1,5% Deutsche, 0,8% Ukrainer, 0,5% Weißrussen, u.a.
BEITRITT ZUR EU/EG 2004
STAATSOBERHAUPT Bronisław Komorowski
REGIERUNGSCHEF Donald Tusk
WEITERE INFORMATIONEN www.berlin.polemb.net

*Der Neue Fischer Weltatlas 2012 // Wirtschaftsdaten: Eurostat
epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home*

Sie sind die Vertreterin/der Vertreter der Republik Polen. Ihr Land ist gemeinsam mit neun anderen Staaten am 1. Mai 2004 der Europäischen Union beigetreten. Als nun vollwertiges Mitglied der EU ist es jetzt mit den Beitrittsgesuchen weiterer Länder konfrontiert.

Polen in der EU

Während die polnische Bevölkerung dem EU-Beitritt ihres Landes im Mai 2004 noch mehrheitlich eher skeptisch und abwartend begegnete, hat sich inzwischen die Erkenntnis durchgesetzt, dass Polen von der EU-Mitgliedschaft im Großen und Ganzen profitiert. Dies gilt insbesondere für den subventionierten



Landwirtschaftsbereich und die Exportwirtschaft. Im Rahmen der Verhandlungen um eine Europäische Verfassung hat sich Polen als selbstbewusster Mitgliedstaat präsentiert, der sich für den Erhalt seines Einflusses innerhalb der EU-Institutionen einsetzt. In der alltäglichen inhaltlichen Arbeit der EU engagiert sich Polen besonders in der Nachbarschaftspolitik, in der Weiterentwicklung der Lissabon-Strategie und in der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Letztere soll allerdings als Ergänzung und nicht als Konkurrenz zur NATO konzipiert sein. Gute Beziehungen zu seinem Nachbarn im Westen Deutschland sind dem Land innerhalb der EU sehr wichtig. Darüber hinaus pflegt Polen gute Beziehungen zu den USA.

Polen ist ein starker Verfechter einer Fortsetzung der Erweiterungspolitik.

Polen und die nächste Erweiterung

Obwohl Polen ein sehr junger Mitgliedstaat ist, will das Land durch seine spezifische geografische Lage zwischen Ost und West sowie durch seine kulturellen und historischen Verbindungen mit den östlichen Nachbarn einen Einfluss auf die künftige Erweiterungspolitik nehmen. Polen steht einer Fortsetzung der Erweiterung insgesamt äußerst positiv gegenüber und unterstützt die beitrittswilligen Staaten aktiv in ihren Bemühungen um Aufnahme.

Eine Fortsetzung des Erweiterungsprozesses liegt auch deshalb im polnischen Interesse, weil das Land intensive Wirtschaftsbeziehungen nach Ost- und Südosteuropa pflegt und sich daher wirtschaftliche Vorteile von einer Aufnahme dieser Länder in die EU erhofft.

Für den Fall erneuter Erweiterungen ist Polen daran gelegen, die eigenen Interessen zu wahren. Die internen Reformen, die für den

EU-Beitritt nötig waren, konnten der Bevölkerung vor allem durch die Aussicht auf eine Aufnahme in die EU plausibel gemacht werden. Nachdem Polen dieses Ziel jetzt erreicht hat, will das Land als Nettosubventionsempfänger die daraus erwachsenden Chancen für den Modernisierungs- und Aufholprozess nutzen.

Polen seinerseits hatte im Rahmen seines Beitritts auf Subventionszahlungen verzichtet, die rechnerisch dem Land zu gestanden hätten, damit der Beitritt des Landes nicht noch durch ein Veto eines Mitgliedslandes der EU hätte blockiert werden können. Deshalb liegt es nicht in Polens Interesse, neue Erweiterungsrounds durch Kürzungen der eigenen EU-Subventionen zu finanzieren. Diese notwendigen Mittel sollen wenn möglich größtenteils von den finanziell besser gestellten Mitgliedern übernommen werden.



Als mittelgroßes Land will Polen seinen Einfluss auf die Politik der EU nicht verlieren. Es fühlt sich als ein wichtiger Partner innerhalb der EU, nicht nur wegen seiner hohen Einwohnerzahl, sondern vor allem aufgrund seines historischen Beitrags zur Einigung des Kontinents. Zudem ist das Land derzeit als natürlicher Mittler zwischen Ost und West für die EU von großer Bedeutung. Künftige Erweiterungen sollen nicht zu einer Verringerung des politischen Gewichts Polens in den Institutionen der EU führen.

Eine historische Verbindung Polens besteht zu den Ländern Ukraine und Weißrussland, weil der Westen der Ukraine und Belarus bis zu den drei Teilungen Ende des 18. Jahrhunderts über lange Zeit einen Bestandteil des polnischen Staates bildeten. Daraus entwickelten sich enge kulturelle Verbindungen, die bis heute ihre Spuren hinterlassen und Polens Gewicht als Vermittler zwischen diesen Staaten und der EU stärken. Da ein Beitritt Weißrusslands und der Ukraine bei den anderen Mitgliedern der EU in naher Zukunft nicht durchzusetzen ist, macht sich Polen für einen Ausbau der Nachbarschaftspolitik mit diesen Ländern stark. Auch aus wirtschaftlicher Sicht ist Polen nicht daran interessiert, dass die eigene Ost- und EU-Außengrenze zu einer scharfen Trennlinie wird. Die wirtschaftlichen Beziehungen und der Grenzhandel sollen aufrechterhalten werden, weil davon wichtige Arbeitsplätze abhängen.

Taktik

Sie sind Vertreterin/Vertreter Polens. In dieser Eigenschaft betonen Sie besonders die Bedeutung Ihres Landes als natürlicher Mittler zwischen Ost und West. Bezüglich des künftigen Vorgehens bei der Erweiterung verfolgen Sie das Motto: „gestern Kroatien, heute Mazedonien und die Türkei, morgen die Ukraine“. Sie wollen die Erweiterung also sehr konsequent vorantreiben.

Zunächst setzen Sie sich besonders für einen Beitritt Mazedoniens ein, natürlich unter der Voraussetzung, dass das Land mit Griechenland eine Einigung erzielt. Aus Ihrer Sicht muss das aber nicht bedeuten, dass das Land seinen Namen ändern muss.



Auch die Türkei sehen Sie langfristig in der EU. Eine Einbindung des Landes in europäische Strukturen ist ein elementarer Stabilitätsfaktor für die gesamte Region. Eine Beitrittsperspektive wird den internen Reformprozess der Türkei Ihrer Ansicht nach weiter beschleunigen, obwohl Sie auch wissen, dass es hier noch viel für das Land zu tun gibt, insbesondere im Bereich der Rechte der Frauen und des Schutzes von Minderheiten. Fordern Sie von der Türkei verstärkte Reformanstrengungen und bieten Sie im Gegenzug eine aktive Unterstützung des Beitritts gesuchs im Rat der EU an.

Eine Aufnahme weiterer Kandidatenländer in die EU kommt für Sie nur dann in Frage, wenn am Ende der Verhandlungen alle Kriterien erfüllt sind.

Die völkerrechtliche Anerkennung Kosovos wurde auch von Polen vollzogen, obwohl in der polnischen Innenpolitik eine große inhaltliche Auseinandersetzung darüber stattfand, ob es erlaubt sein kann, dass die EU sich in eine innere Angelegenheit Serbiens einmischt und seine territoriale Integrität in Frage stellt. Die Angst, dass der polnische Staat ebenso zerfallen könnte, teilt jedoch nur eine kleine Minderheit der polnischen Bevölkerung.

Als Nettoempfänger sind Sie nicht daran interessiert, dass durch weitere Beitritte in die EU Strukturfonds und Agrarsubventionen für Ihr Land gekürzt werden. Sie hoffen, dass Sie durch genau diese Gelder Ihren Modernisierungs- und Aufholprozess beschleunigen können und sind deshalb nicht bereit, darauf zu verzichten. Die durch die Erweiterung entstehenden Kosten sollen von den wohlhabenden Staaten der EU finanziert werden und nicht durch Leistungskürzungen von den ärmeren Ländern.

Für diese Strategie können Sie mit großer Sicherheit alle neuen Mitglieder aus Mittel- und Osteuropa gewinnen und als größter Staat unter ihnen die Interessen bündeln. Potenziell Verbündete dürften aber auch andere Nettoempfänger in der Agrarwirtschaft sein. Hierzu zählen Frankreich, Spanien, Portugal, Griechenland und andere.

Künftige Erweiterungen sollen außerdem nicht dazu führen, dass Sie Ihr Gewicht in den Gremien der EU einbüßen. Sie verstehen sich gemeinsam mit Spanien, das ebenso viele Einwohner hat wie Polen, als mittelgroße, aber einflussreiche Staaten innerhalb der EU.

Deshalb wollen Sie alle Versuche des Umbaus der EU, die Ihre Rolle schmälern könnten, vereiteln. Es darf nicht dazu kommen, dass die vier großen Nationen (Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien) gemeinsam die mittelgroßen und kleinen Staaten überstimmen können.

In diesem Punkt dürfen Sie auf eine große Zustimmung vieler Mitgliedstaaten hoffen.



Portugal (República Portuguesa)



HAUPTSTADT Lissabon (2,6 Millionen Einwohner)
STAATSFORM Republik
FLÄCHE 92.345 km²
EINWOHNER 10,632 Millionen
EINWOHNER/KM² 115
BIP/EINWOHNER (2011) 19.400 Euro
WACHSTUMSRATE (2011) -1,7%
ARBEITSLOSENQUOTE 12,9%
SPRACHEN Portugiesisch
RELIGIONEN 89% Katholiken, protestantische, muslimische und jüdische Minderheiten
ETHNISCHEN GRUPPEN 97,8% Portugiesen
BEITRITT ZUR EG/EU 1986
STAATSOBERHAUPT Aníbal Cavaco Silva
REGIERUNGSCHEF Pedro Passos Coelho
WEITERE INFORMATIONEN www.botschaftportugal.de

*Der Neue Fischer Weltatlas 2012 // Wirtschaftsdaten: Eurostat
epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home*

Sie sind die Vertreterin/der Vertreter Portugals im Rat der Europäischen Union. Ihr Land trat 1986 der EU bei. Kurz nach der letzten Erweiterung der EU um Kroatien von sind Sie nun erneut mit der Entscheidung über die Beitritts Gesuche weiterer Kandidaten konfrontiert.

Portugal in der EU

Schon 1977 stellte Portugal, einer der ältesten europäischen Nationalstaaten, seinen Antrag auf Mitgliedschaft in der EU.

Dass das Land tatsächlich erst 1986 beitreten konnte, lag daran, dass die Aufnahme Portugals mit dem Beitritt Spaniens verknüpft war



und die Verhandlungen zwischen der EU und Spanien länger dauerten als vorgesehen.

Die EU-Mitgliedschaft verhalf Portugal zu einem raschen Ausbau demokratischer Strukturen im Land, das unter der Diktatur Salazars und den nachfolgenden Unruhen gelitten hatte. Durch zahlreiche politische und wirtschaftliche Reformen und dank erheblicher EU-Strukturhilfen hat Portugal die Konsolidierung seiner Wirtschaft seit dem EU-Beitritt geschafft, auch wenn noch immer ein gewisser Nachholbedarf vorhanden ist und einige Differenzen zwischen ländlichen und städtischen Gebieten bestehen.

Zudem musste die portugiesische Regierung in jüngster Zeit drastische Sparmaßnahmen und Steuererhöhungen beschließen, um das große Staatsdefizit zu senken und Schulden abzubauen. Deshalb hat Portugal, was die Finanzen betrifft, gar keinen politischen Spielraum für Verhandlungen.

In den ersten Jahren der Mitgliedschaft wurde die EU von der portugiesischen Bevölkerung oft skeptisch betrachtet und für negative Entwicklungen im Agrarhandel und die steigende Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht. Dazu traten häufig innenpolitische Schwierigkeiten in den Vordergrund der europapolitischen Debatte. Die Jahre der Mitgliedschaft Portugals in der EU führten jedoch zu einer stärkeren Orientierung in Richtung Europa. Die Ratspräsidentschaft im Jahr 2000, die Einführung des Euro und die Ernennung des ehemaligen Ministerpräsidenten José Manuel Barroso zum Kommissionspräsidenten verstärkten diese Entwicklung zusätzlich. Dennoch behalten auch die transatlantischen Beziehungen eine hohe Priorität in der portugiesischen Politik.

Portugal unterhält außerdem gute Beziehungen zu Spanien, das unter anderem wirtschaftlich eine wichtige Rolle für das Land spielt, ebenso wie Deutschland. Enge Beziehungen bestehen auch zu Großbritannien und Frankreich, dem Land, in dem der größte Teil der Auslandsportugiesen lebt. Traditionell pflegt Portugal aufgrund seiner geografischen Lage auch gute Beziehungen zu afrikanischen Staaten wie Marokko.

Portugal und die Erweiterung

Portugal sieht den Erweiterungsprozess als eine Voraussetzung für europaweite Stabilität und Fortschritt an, versteht sich jedoch nicht als Motor der Erweiterung. Die Frage nach einer Zusammenarbeit mit allen Mittelmeerstaaten – auch denen in Nordafrika – ist für Portugal von ebenso großer Bedeutung.



Da auch für Portugal aber die EU einmal der Schlüssel zu wirtschaftlicher und politischer Stabilität war, billigt das Land grundsätzlich die gleichen Rechte jetzt auch den neuen Demokratien auf dem Balkan zu. Aus der Erfahrung heraus, dass der eigene Beitritt in die EU an den Beitritt Spaniens gebunden war und dies zu unangenehmen Verzögerungen führte, spricht sich Portugal nun für einen flexiblen Beitritt der aktuellen Kandidaten aus, abhängig von ihren jeweiligen Fortschritten, so dass niemand auf eventuelle „Nachzügler“ warten muss.

Eine Erweiterung darf die angestrebte Vertiefung der Europäischen Union zu einer politischen Union nicht erschweren. Der gegenwärtige gemeinschaftliche Besitzstand (acquis communautaire) muss vollständig erhalten bleiben, und eine Auflösung in eine bloße Freihandelszone muss verhindert werden. Der portugiesischen Regierung scheint es richtiger zu sein, auf Beitritte zu verzichten, als die Errungenschaften der Union der 28 Mitgliedstaaten zu gefährden. Portugal fürchtet, dass mit einer künftigen Erweiterung nach Osten das Interesse der EU für den Mittelmeerraum schwindet und dass die Unterstützungszahlungen eher in Richtung Osten fließen werden. Dies möchte das Land auf jeden Fall verhindern, denn selbstverständlich ist Portugal auch weiterhin daran interessiert, von den EU-Strukturfonds zu profitieren und durch die Erweiterung nicht übermäßig an Gewicht in den europäischen Institutionen zu verlieren.

Da sich Portugal aber gegen einen „Kurzzeit-Egoismus“ ausspricht, ist es auch selbst bereit, Kompromisse zu schließen ohne dabei jedoch seine eigenen Interessen komplett zu vernachlässigen.

Portugal hat sich erst spät dazu entschlossen, die Unabhängigkeit Kosovos anzuerkennen. Dass die Entscheidung aber schließlich doch fiel, wird als ein Beitrag zur Stabilität auf dem Balkan gesehen. Hier ist Portugal aus dem Schatten seines Nachbarlandes Spanien herausgetreten, das die Anerkennung Kosovos immer noch verweigert.



Taktik

Sie sind Vertreterin/Vertreter Portugals. In dieser Funktion waren Sie Befürworter der letzten Osterweiterung und sind auch bei den anstehenden Erweiterungen grundsätzlich für eine langfristige Aufnahme der Beitrittskandidaten. Sie möchten die hierfür notwendigen Entscheidungen nicht blockieren, weisen aber dennoch darauf hin, dass die EU sich nicht um jeden Preis erweitern darf. Machen Sie daher deutlich, dass Sie von Werten wie Solidarität, Gleichheit und Freiheit überzeugt sind, die auch für die Erweiterungspolitik gelten sollten.

Vergessen Sie aber auch nicht Ihre eigenen Interessen: Sie wollen weiterhin Unterstützungszahlungen von der EU erhalten, was konkret bedeutet, dass die Erweiterung durch eine Erhöhung des europäischen Haushalts finanziert werden muss. Versuchen Sie, sich mit anderen südlichen Mitgliedsländern, die ähnliche Interessen haben, zu verbünden

und damit sicherzustellen, dass weitere Subventionen aus den Strukturfonds nach Portugal fließen. Auch bei Ihrem Einsatz für die europäische Mittelmeerpolitik werden Sie bei Ihren südlichen Nachbarn sicher Unterstützung finden.

Außerdem kämpfen Sie für eine kontinuierliche Vertiefung der politischen Integration der Union. Diese kann in Verbindung mit der Erweiterung allerdings nur gelingen, wenn die europäischen Institutionen reformiert und handlungsfähiger gemacht werden. Weisen Sie deshalb darauf hin, dass nur ein stabiles Europa der 28 auch ein stabiles Europa für weitere Mitgliedstaaten sein kann.

Sind diese elementaren Interessen Ihres Landes gesichert, können Sie der Erweiterung als klarer und aktiver Befürworter zustimmen. Suchen Sie auch bilaterale Kontakte zu den beitriftswilligen Ländern, und zeigen Sie Ihre Kooperationsbereitschaft.

Den Beitritt der Türkei zur EU befürworten und unterstützen Sie. Europa sollte sich Ihrer Meinung nach nicht als „christlicher Verein“ verstehen. Kulturelle oder religiöse Argumente gegen einen Türkeibeitritt können Sie nicht nachvollziehen.

Versuchen Sie, Beziehungen zur Türkei und zu anderen Mitgliedstaaten, die einem Türkeibeitritt positiv gegenüberstehen, aufzunehmen und für den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union zu werben.



Rumänien [Romania]

HAUPTSTADT Bukarest (1,944 Mio. Einwohner)
STAATSFORM Republik
FLÄCHE 238.391 km²
EINWOHNER 21,482 Millionen
EINWOHNER/KM² 90
BIP/EINWOHNER (2010) 11.400 Euro
WACHSTUMSRATE (2011) 2,5%
ARBEITSLÖSENQUOTE 7,2%
SPRACHEN Rumänisch, Ungarisch, Deutsch, Serbisch
RELIGIONEN 86,7% orthodoxe Christen, 4,7% Katholiken, 3,2% Reformisten, 1,5% Pfingstler, 0,3% Muslime
ETHNISCHEN GRUPPEN 89,5% Rumänen, 6,6% Ungarn, 2,5% Roma, 0,3% Ukrainer, 0,3% Deutsche, 0,2% Russen, 0,2% Türken, 0,4% andere (2006)
BEITRITT ZUR EG/EU 2007
STAATSOBERHAUPT Traian Basescu
REGIERUNGSCHEF Victor Ponta
WEITERE INFORMATIONEN www.berlin.mae.ro

Der Neue Fischer Weltalmanach 2012 // Wirtschaftsdaten: Eurostat
epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home

Sie sind Delegierte/Delegierter Rumäniens im Rat der Europäischen Union. Sie streben den schnellstmöglichen EU-Beitritt Ihrer Nachbarstaaten an.

Geschichte des Reformprozesses seit 1989

Rumänien wurde bis November 1989 vom kommunistischen Diktator Nicolae Ceau escu regiert. Durch einen Volksaufstand wurde dieser gestürzt und kurz darauf zum Tode verurteilt und hingerichtet. Die ersten freien Wahlen zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung fanden im Mai 1990 statt, im Dezember des Jahres 1991 wurde eine demokratische Verfassung durch



Volksentscheid angenommen. Damit hat Rumänien den Übergang vom sozialistischen Einparteiensystem hin zu einem relativ stabilen Mehrparteiensystem geschafft.

Das politische System und Menschenrechte

Rumäniens politisches System ist mit dem französischen Regierungssystem zu vergleichen, auch der rumänische Präsident besitzt erheblichen Einfluss auf wesentliche Politikbereiche, insbesondere die Außenpolitik des Landes. Für die Gestaltung der Politik sorgt die Regierung, die vom Premierminister geführt wird und die für ihre Regierungstätigkeit das Vertrauen des Parlaments benötigt. Die nach westlichen Vorbildern gestaltete Verfassung sowie das Verfassungsgericht sorgen für politische Stabilität. Die Medien sind zum größten Teil in privater Hand.

Obwohl sich der politische Reformprozess fortsetzt, hat Rumänien mit großen innenpolitischen Problemen zu kämpfen. Zwar werden die Menschenrechte im Allgemeinen respektiert, jedoch zeigen sich Probleme bei der Gewährung von Minderheitenrechten für die im Land lebenden Ungarn und Roma. Das Recht auf die freie Ausübung ethnischer und kultureller Traditionen wird beispielsweise nur sehr zögerlich umgesetzt. Als ebenfalls mangelhaft werden die Lebensverhältnisse für die Roma eingestuft. Im Bereich der Menschenrechte fordert die EU von Rumänien außerdem ein stärkeres Vorgehen gegen Kinder- und Frauenhandel und gegen die Praxis von Kinder-Ehen, die in der Roma-Bevölkerung verbreitet ist.

Durch die fehlende Unabhängigkeit der Justiz und die verbreitete Korruption leidet auch die wirtschaftliche Entwicklung, da sich Investoren aus dem Ausland aufgrund fehlender Rechtssicherheit zurückhalten. Die größten ausländischen Investitionen kommen aus den Niederlanden, Deutschland und Frankreich.

Die Wirtschafts- und Soziallage Rumäniens

Trotz eines geringen Lebensstandards hat sich Rumänien inzwischen gesamtwirtschaftlich stabilisiert. Noch immer leben ca. 45% der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze, und die Kindersterblichkeitsrate ist die höchste in Europa (22% der Kinder sterben im ersten Lebensjahr!).



Zu den bedeutendsten Wirtschaftszweigen zählt neben der Agrarwirtschaft mit 37,7% der Arbeitsplätze inzwischen der Textilsektor, in dem über 20% der rumänischen Arbeitskräfte beschäftigt sind. Als weitere Wachstumsbranchen werden der Technologiesektor (IT-Branche), die Telekommunikation und die Energiewirtschaft angeführt. Rumänien gerät aufgrund seiner attraktiven Standortfaktoren, insbesondere wegen der billigen Löhne, auch immer mehr ins Blickfeld von Kfz-Zulieferfirmen. Durch eine forcierte Atomenergiepolitik will Rumänien zukünftig auch Energie exportieren können. Hinzu kommt, dass Rumänien als Anrainerstaat des Schwarzen Meeres bestrebt ist, den Transportweg von Erdöl und Erdgas aus dem Kaukasus über den Donau-Schwarzmeer-Kanal nach Westeuropa zu sichern.

Um das Land bis 2007 an die Union heranzuführen, erhielt Rumänien in den Jahren 1990-2006 insgesamt knapp 7 Mrd. Euro durch die Vorbeitrittshilfe-Instrumente der EU und erleichterten Zugang zum gemeinsamen Binnenmarkt. Zwischen 2007 und 2013 sind für Rumänien netto 21,7 Mrd. Euro Unterstützung der EU geplant. Für die Entwicklung der Landwirtschaft kommen voraussichtlich noch über 7 Mrd. Euro hinzu. Rumänien bemüht sich um Schaffung der notwendigen Infrastruktur und die konkrete Projektierung, damit die vorgesehenen Mittel auch abgerufen werden können. Dabei gibt es jedoch noch deutliche Defizite.

Auch nach dem EU-Beitritt am 1. Januar 2007 bestehen in Rumänien noch immer Defizite beim Abschluss der Justizreform, bei der Bekämpfung der Korruption und in der Landwirtschaft. In ihrem letzten Bericht vom Juli 2009 bescheinigt die EU-Kommission Rumänien zwar, weitere Reformfortschritte im Bereich Inneres und Justiz erzielt zu haben, dennoch müsse Rumänien insbesondere in den Bereichen Korruptionsbekämpfung und Justizsystem weitere Reformen durchführen, um die rumänische Gesetzeslage an den Standard der EU anzupassen.

Der Beitritt zur Währungsunion ist ein wichtiges Ziel der rumänischen Politik, das aufgrund finanzpolitischer Schwierigkeiten und wirtschaftlichen Aufholbedarfs in den nächsten Jahren aber nicht realisierbar sein wird.



Am 25. November 2007 wurden in Rumänien erstmals Wahlen zur Besetzung der 35 rumänischen Sitze im Europäischen Parlament durchgeführt (Wahlbeteiligung: 29,4%).

Ziele der rumänischen Außenpolitik

Rumänien unterhält gute Beziehungen zu seinen Nachbarstaaten, was sich in vielen Kooperationsabkommen äußert, die von Rumänien aktiv unterstützt werden, wie beispielsweise dem „Stabilitätspakt für Südosteuropa“. Außerdem bemüht es sich intensiv um den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wiederaufbau der Region, die durch die Balkankriege der Neunzigerjahre stark in Mitleidenschaft gezogen wurde.

Rumänien verweigert die Anerkennung Kosovos und verhindert damit zurzeit noch einen Beitritt dieses Landes in die EU. Zum einen möchte Rumänien einen Präzedenzfall im Hinblick auf Transnistrien vermei-

den, dem Landstrich zwischen der Republik Moldau und der Ukraine, in dem ein rückwärtsgewandtes kommunistisches Regime seit 1992 mit der Unterstützung russischer Truppen einen kleinen fiktiven Staat unterhält. Zweitens ist Rumänien daran interessiert, über eine gute Verbindung zu Serbien seinen Einfluss auf dem Balkan zu stärken. Drittens zeigt die rumänische Öffentlichkeit einen gewissen Stolz darauf, dass sich ihre Regierung erstmals bei einer Entscheidung von beträchtlicher Tragweite gegen die europäischen Großmächte stellt und selbstbewusst eine eigene Position vertritt. Dazu kommt, dass in Rumänien eine große Minderheit von Ungarn lebt. In der Bevölkerung besteht durchaus die (zumindest zurzeit unbegründete) Angst, dass die Ungarn – wie die Kosovaren – eine Unabhängigkeit anstreben oder einen Anschluss an Ungarn befürworten könnten.

Taktik

Betonen Sie als Delegierte/Delegierter Rumäniens, dass sich Ihr Land – trotz immer noch erheblicher Mängel bei der Umsetzung europäischer Regelungen – der europäischen Wertegemeinschaft (Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Pluralismus, freie Marktwirtschaft und Menschenrechte) stark verbunden fühlt. Verweisen Sie auf die große Unterstützung der Bevölkerung für eine weitere Integration von Balkanstaaten, insbesondere von Serbien, in die EU. Unterstreichen Sie die langjährigen tiefen Beziehungen Ihres Landes zum Balkan und betonen Sie, dass die südosteuropäischen Staaten aus der politischen Union nicht ausgeschlossen bleiben dürfen.



us sicherheitspolitischer Sicht verweisen Sie auf die positive Strahlkraft, die ein florierendes und stabiles Rumänien für die kriegsgebeutelte Region des Balkans hat. Verweisen Sie auch darauf, dass Ihr Land bemüht ist, alle notwendigen Reformen durchzuführen, Sie aber möglicherweise dafür doch mehr Zeit benötigen als geplant.

Anmerkungen von außen, dass Kroatien und Mazedonien die europäischen Regelungen schon jetzt besser umgesetzt haben und Korruption weitaus effektiver bekämpfen als Rumänien nach fünf Jahren Mitgliedschaft in der EU, überhören Sie selbstverständlich.

Denken Sie immer daran, Ihr erstes Ziel – nach der erfolgreichen Aufnahme von Kroatien in die EU – ist die Aufnahme Serbiens in die EU, und das so schnell wie möglich! Die Erweiterung der Europäischen Union darf Südosteuropa nicht weiter ausklammern!

In der Kosovo-Frage geben Sie sich unnachgiebig. Sollte jedoch eine Einigung zwischen Serbien und Kosovo erreicht werden, geben auch Sie Ihre Bedenken gegen eine Annäherung Kosovos an die Europäische Union auf.

Ihr Land ist aus wirtschaftlichen Gründen an einer raschen und nachhaltigen Entspannung auf dem Balkan interessiert. Betonen Sie die Bereitschaft Rumäniens, im Rahmen des Stabilitätspaktes für den Wiederaufbau des Balkans auch künftig eine stabilisierende Rolle für Südosteuropa zu übernehmen. Machen Sie aber auch klar, dass die ultimative Stabilisierungsmaßnahme ein Beitritt der Balkan-Länder in die EU ist.

In Bezug auf die Türkei betonen Sie Ihre guten Beziehungen, die Sie auch als ein Beispiel für ein gutes Zusammenleben mit der Türkei anführen können. Trotzdem beharren Sie gegenüber der türkischen Delegation auf einer gründlichen und nachhaltigen Durchsetzung der Reformen.

Schweden (Sverige)



HAUPTSTADT Stockholm (847.073 Einwohner Gemeinde, 2.100.000 Einwohner Großraum)
STAATSFORM konstitutionelle Monarchie
FLÄCHE 449.964 km²
EINWOHNER 9,302 Millionen
EINWOHNER/KM² 21
BIP/EINWOHNER (2011) 31.800 Euro
WACHSTUMSRATE (2011) 3,9%
ARBEITSLOSENQUOTE (2011) 7,5%
SPRACHEN Schwedisch, Finnisch, Samisch, Englisch und Deutsch
RELIGIONEN 73% Angehörige der evangelisch-lutherischen Staatskirche, 4,4% Muslime, 1,6% Katholiken
ETHNISCHEN GRUPPEN ca. 90% Schweden, 2,5% Finnen und ca. 20.000 Samen
BEITRITT ZUR EG/EU 1995
STAATSOBERHAUPT König Carl Gustav XVI.
REGIERUNGSCHEF Fredrik Reinfeldt
WEITERE INFORMATIONEN www.schweden.org

Der Neue Fischer Weltatlas 2012 // Wirtschaftsdaten: Eurostat
epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home

Sie sind die Vertreterin/der Vertreter Schwedens im Rat der Europäischen Union. Ihr Land ist seit 1995 Mitglied der EU. Nachdem Sie bereits an den Verhandlungen der letzten großen Osterweiterungsrunde beteiligt waren, die zum Beitritt von insgesamt dreizehn neuen Mitgliedstaaten – zuletzt Kroatien – geführt hat, sind Sie nun erneut mit Beitrittsgesuchen weiterer ost- und südosteuropäischer Länder konfrontiert.

Schweden in der EU

Schweden war historisch betrachtet vom frühen 19. Jahrhundert an ein Land, das sich im Wesentlichen von politischen Entwicklungen auf dem europäischen Festland fern-



hielt. Durch diese „Neutralitätspolitik“ erfuhr das Land eine ausgedehnte Friedenszeit, die mit zu dem Verständnis beitrug, dass die Einbindung Schwedens in die Europäische Union eigentlich nicht notwendig sei. „Europa“ sollte in den Augen der schwedischen Bevölkerung lediglich ein Kontinent des freien Handels unter souveränen Staaten sein. Eine intensive gemeinsame Politik mit den direkten Nachbarstaaten wurde bereits seit 1952 im „Nordischen Rat“ praktiziert, deren praktischen Vorteile für die Bürgerinnen und Bürger direkt ersichtlich waren (z.B. beim gemeinsamen Arbeitsmarkt).

Der Vertrag von Maastricht (1993), der große Umbruch in Mittel- und Osteuropa sowie die immer enger werdenden Handelsbeziehungen zwischen Schweden und der EU führten jedoch zu einer Neuausrichtung der schwedischen Europapolitik. Am 1. Januar 1995 trat Schweden der Europäischen Union bei. Zwei Referenda zum Beitritt zur Wirtschafts- und Währungsunion im September 2003 und 2006 fielen jedoch negativ aus, so dass das Land den Euro nicht einführen konnte. Hier zeigt sich, dass die schwedische Bevölkerung ihre bisweilen sehr EU-kritische Haltung nicht vollständig aufgegeben hat.

Das schwedische Interesse an der EU-Mitgliedschaft ist in erster Linie von dem Wunsch bestimmt, einen freien Zugang zu internationalen Märkten nutzen und so die Basis für Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Wohlstand schaffen zu können. Zudem sind die Schweden sehr stolz auf die Errungenschaften ihres Sozialmodells, die

Standards im Umweltschutz und den transparenten Regierungsstil des Landes. All dies soll durch europäische Politik nicht gefährdet werden. Schwerpunkte der schwedischen Europapolitik sind daher die Beschäftigungs- und Wachstumspolitik, die Gleichstellung von Mann und Frau, der Umwelt- und Verbraucherschutz sowie Transparenz, demokratische Legitimation und Bürgernähe der europäischen Institutionen.



Schweden und die nächste Erweiterungsrunde

Das wichtigste Ziel, das Schweden mit der letzten Erweiterung verband, war die Aufnahme der baltischen Nachbarn und Handelspartner in die EU. Diese historische Chance ist am 1. Mai 2004 ergriffen worden. Trotz gewisser Bedenken hat Schweden den gesamten letzten Erweiterungsprozess während seiner Ratspräsidentschaft 2001 deutlich unterstützt und steht auch jetzt einer Fortsetzung dieser aktiven Erweiterungspolitik abgeschlossen gegenüber. Das Hauptargument ist dabei, dass die Anziehungskraft der EU einen beeindruckenden demokratischen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt in den Kandidatenländern bewirkt. Dies wiederum wirkt sich positiv auf die Sicherheitssituation Schwedens und ganz Europas aus.

Darüber hinaus liegt Schweden aus historischen und geografischen Gründen viel an einer engen Partnerschaft mit Russland. Die Regierung verspricht sich von der Aufnahme weiterer osteuropäischer Staaten gleichzeitig einen Impuls für die EU-Russland-Beziehungen.

Die schwedische Regierung ist bei aller Befürwortung des Erweiterungsprozesses um die Staaten des westlichen Balkans und der Türkei ein Verfechter der sehr strengen Anwendung der Kopenhagener Kriterien als Bedingung für einen Beitritt. Sie sollen der Maßstab dafür sein, ob ein Land beitriffs-fähig ist oder nicht. Besonders bedacht ist Schweden in diesem Zusammenhang auf die Wahrung von Sozial- und Umweltstandards in den Beitrittsstaaten, um einer Gefährdung des schwedischen Sozialmodells durch die Erweiterung entgegenzuwirken. Das Verhältnis zur Türkei hat sich in der letzten Zeit allerdings erneut verschärft.

Auf Kritik Schwedens – insbesondere bezogen auf den Umgang der türkischen Regierung mit Minderheiten im Land – reagierte die Türkei sehr scharf. Geplante Staatsbesuche wurden in diesem Zusammenhang abgesagt.

Schweden engagierte sich in den letzten Jahren verstärkt in der Region des westlichen Balkans und sieht sich deutlich als Anwalt der Staaten des ehemaligen Jugoslawiens. Für die schwedische Regierung war es selbstverständlich, Kosovo als souveränen Staat bereits wenige Tage nach der Erklärung seiner Unabhängigkeit anzuerkennen. Schon die Aktivitäten der Vereinten Nationen in Kosovo wurden von Schweden als eine Vorbereitung zu einer späteren Eigenständigkeit betrachtet. Trotzdem ist Schweden auch sehr daran interessiert, dass sich das Verhältnis zwischen Kosovo und Serbien schnell normalisiert.



Die schwedische Regierung nutzt ebenso selbstverständlich den Verfassungsnamen Mazedoniens und verzichtet – zum Ärger der Kollegen aus Griechenland – auf die offizielle Bezeichnung der Vereinten Nationen. Schweden steht auf dem Standpunkt, dass die Republik Mazedonien ein Recht hat, selbst über seinen Verfassungsnamen zu bestimmen.

Schweden hat für alle Staaten des westlichen Balkans und für die Türkei eine nationale Strategie entwickelt, um ihnen beim Aufbau der Wirtschaft, des Rechtssystems und der Justiz zu helfen.

Gemeinsam mit Frankreich hatte Schweden sich für einen visafreien Reiseverkehr dieser Staaten in die Schengener Staaten eingesetzt. Für Albanien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Montenegro und Serbien wurde im Jahre 2010 die Visumpflicht für die Staaten des Schengener Abkommens abgeschafft.

Als großer Beitragszahler der Union fürchtet Schweden allerdings, einen überproportionalen Teil der Erweiterungskosten tragen zu müssen und pocht daher auf eine klare Begrenzung des Finanzierungsrahmens, bevor neue Beitritte erfolgen können.

Taktik

Als Vertreterin/Vertreter Schwedens unterstützen Sie im Allgemeinen die Aufnahme weiterer Mitglieder in die EU. In Bezug auf die Sorgen Ihrer EU-kritischen Bevölkerung knüpfen Sie Ihre Zustimmung jedoch an bestimmte Bedingungen. Oberstes Gebot ist für Sie, dass die Beitrittskandidaten die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien und die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards garantieren und diese Bemühungen auch deutlich machen. Argumentieren Sie, dass die Erweiterung, die sie befürworten und vorantreiben, nicht auf eine Weise realisiert werden darf, die das europäische und besonders das schwedische Sozialsystem untergräbt.



Ebenso muss für Sie garantiert sein, dass Transparenz und demokratische Legitimation des europäischen Entscheidungsgefüges nach der Erweiterung erhalten bleiben und weiter gestärkt werden. Schließlich verlangen Sie im Kreis der gegenwärtigen Mitgliedstaaten, die Kosten für die Erweiterung vertraglich zu begrenzen und die kostenintensive europäische Agrarpolitik vor der Aufnahme neuer, stark landwirtschaftlich geprägter Länder zu reformieren.

In Bezug auf den Balkan sehen Sie einen deutlichen Zusammenhang zwischen einer europäischen Perspektive und einer Beschleunigung des Stabilisierungs- und Reformprozesses. Sie plädieren dafür, die Integration dieser Staaten in westliche Strukturen parallel zu den Maßnahmen zur Stabilisierung der Region vorzubereiten.

Dies muss nicht zwingend durch einen Beitritt zur EU geschehen, sondern kann auch die Form von speziellen Partnerschaften annehmen. Unabdingbare Voraussetzung ist jedoch die absolute Bereitschaft dieser Länder, die Kriterien der EU zu erfüllen.

Die Türkei messen Sie selbstverständlich mit dem gleichen Maßstab wie die anderen Kandidaten: Wenn das Land die Kriterien erfüllt und den Reformprozess konsequent vorantreibt, sind Sie für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen. Von dieser Zusage versprechen Sie sich insbesondere ein positives Zeichen und einen Anreiz zur Umsetzung der beschlossenen Reformen. Allerdings machen Sie der Türkei gegenüber auch deutlich, dass vor einem tatsächlichen Beitritt noch viele Probleme zu bewältigen sind, vor allem die der Menschenrechtsfrage, der Rechte der Frauen, der Abschaffung der Folter und der Situation der Kurden.

Versuchen Sie, im Namensstreit zwischen Griechenland und Mazedonien zu vermitteln, obwohl Sie eigentlich auf Mazedoniens Seite stehen, denn nur durch einen Kompromiss zwischen beiden Staaten kann die notwendige Zustimmung Griechenlands zur Integration Mazedoniens in die EU erreicht werden.

Insgesamt müssen Sie bei der Festlegung Ihrer Verhandlungsstrategie daran denken, dass Sie auf die Unterstützung und Kooperation mit anderen Staaten angewiesen sind. Daher sollten Sie dazu bereit sein, Kompromisse einzugehen. Loten Sie zuerst aus, welche Staaten ähnliche Interessen haben wie Sie und versuchen Sie, gemeinsam vorzugehen.

Slowakei (Slovenská Republika)



HAUPTSTADT Bratislava (432.801 Einwohner)
STAATSFORM parlamentarische Demokratie
FLÄCHE 49.034 km²
EINWOHNER 5,418 Millionen
EINWOHNER/KM² 110
BIP/EINWOHNER (2011) 18.400 Euro
WACHSTUMSRATE (2011) 3,3%
ARBEITSLOSENQUOTE 13,9%
SPRACHEN Slowakisch (Amtssprache), Ungarisch, Tschechisch
RELIGIONEN 68,9% Katholiken, 6,9% Evangelisch-Augsburgerische Kirche, 2% Reformierte, 0,9% orthodoxe Christen, 13% konfessionslos
ETHNISCHE GRUPPEN 85,8% Slowaken, 9,7% Ungarn, 1,7% Roma, 0,8% Tschechen
BEITRITT ZUR EG/EU 2004
STAATSOBERHAUPT Ivan Gasparovic
REGIERUNGSCHEF Robert Fico
WEITERE INFORMATIONEN www.botschaft-slowakei.de

*Der Neue Fischer Weltatlas 2012 // Wirtschaftsdaten: Eurostat
epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home*

Sie sind die Vertreterin/der Vertreter der Slowakei im Rat der Europäischen Union. Ihr Land ist seit dem 1. Mai 2004 Mitglied in der EU. In dieser Funktion ist die Slowakei jetzt mit der Entscheidung über die nächste Erweiterungsrunde konfrontiert.

Die Slowakei in der EU

Zusammen mit dem nordwestlichen Nachbarn Tschechien war die Slowakei seit dem 11. Jahrhundert ein Teil des österreichisch-ungarischen Reiches. Erst nach dem Ersten Weltkrieg erhielt die Tschechoslowakei die Unabhängigkeit von Österreich-Ungarn. Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges geriet sie in den Einflussbereich der Sowjetunion



und wurde Teil des Ostblocks. Nach dessen Zusammenbruch verstärkten sich die bestehenden Spannungen zwischen Tschechen und Slowaken. Aus der friedlichen Trennung gingen 1993 die beiden unabhängigen Republiken Tschechien und Slowakei hervor.

Der sehr nationalistische und autoritäre Regierungsstil des ersten Ministerpräsidenten der unabhängigen Slowakei, Vladimir Meciar, sowie die Kontroverse mit Ungarn über den Status der ungarischen Minderheit im Land verhinderten, dass das Land 1998 in die erste Erweiterungsrunde der EU aufgenommen wurde.

Das Verhältnis zur EU besserte sich erst mit der Wahl einer neuen, liberalen Regierung im Jahr 1998, die die demokratischen Defizite der Vorgängerregierung schnell beseitigte. Die danach aufgenommenen Beitrittsverhandlungen mit der EU führten 2002 zu einem positiven Abschluss.

Nachdem der Beitritt in einem Referendum von 92,46% der teilnehmenden Slowaken befürwortet wurde, trat die Slowakei schließlich am 1. Mai 2004 der EU bei.

Das zur Erfüllung der EU-Beitrittskriterien notwendige Wirtschaftsprogramm zur Beseitigung des makroökonomischen Ungleichgewichts hat Erfolge gezeigt. Zum Zeitpunkt der Vorlage der Konvergenzberichte durch die Europäische Zentralbank und die EU-Kommission im Mai 2008 erfüllte die Slowakei die Maastricht-Kriterien. Der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister der EU hat dementsprechend am 7. Juli 2008 die Euroeinführung in der Slowakei zum 1. Januar 2009 beschlossen.

Die Slowakei bemüht sich erfolgreich um gute Beziehungen zu ihren Visegrád-Nachbarn (Tschechien, Polen, Ungarn). Die Regierung nutzt den Visegrád-Kontext, um sich mit diesen Staaten in EU- und NATO-Fragen abzustimmen. Die Slowakei hatte 2006/2007 den Vorsitz der Visegrád-Gruppe inne.

Die Beziehungen zur Tschechischen Republik sind aufgrund der langen gemeinsamen Staatlichkeit und nach wie vor wirksamer persönlicher, wirtschaftlicher und politischer Verflechtungen besonders eng. Die Beziehungen zu Ungarn werden seit Mitte 2006 auch durch Spannungen zwischen der slowakischen Regierung und der ungarischen Minderheit belastet. Alle Beteiligten sind an einer Verbesserung der Beziehungen interessiert.



Die Slowakei und die nächste Erweiterungsrunde

Als Land am östlichen Rand der jetzigen EU mit engen Beziehungen zum restlichen Osteuropa steht die Slowakei einer neuen Erweiterung der EU positiv gegenüber. Der Umsturzprozess im Ostblock und die anschließende Integration der Staaten in die EU, die mit der letzten Erweiterungsrunde begonnen wurde, sind von elementarer Bedeutung für den gesamten Kontinent. Aus eigener Erfahrung wissen die Slowaken, wie wichtig die Anziehungskraft der EU für die konsequente Durchsetzung des Reformprozesses und für das Selbstverständnis der Bevölkerung als Europäer ist. Daher unterstützt das Land die Fortsetzung des Erweiterungskurses in Richtung (Süd-)Osten und sieht es als eine Aufgabe der EU an, Demokratisierungsprozesse in der Region aktiv zu unterstützen.

Ein elementares Anliegen der Slowakei ist es, zu verdeutlichen, dass die Anstrengungen zur Realisierung eines Beitritts letztlich von den Beitrittskandidaten selbst vollbracht werden müssen. Das bedeutet, dass diese oft schmerzhaft soziale und wirtschaftliche Transformationen durchlaufen müssen, um ihren ernsthaften Willen zu einer Mitgliedschaft in der EU zu belegen und dass die EU ihrerseits streng auf die Einhaltung der hohen demokratischen, rechtsstaatlichen und wirtschaftlichen Standards achten muss. In den Augen der Slowakei ist dieser Weg der ernsthaften internen Reformen der einzige, der die Beitrittsländer nach Europa führen kann.

Ähnliche Forderungen knüpft die slowakische Regierung auch an die Nachbarschaftspolitik der EU, deren aktiven Ausbau in Richtung südlichem Kaukasus und Schwarzem Meer sie vorantreiben möchte. Auch hier soll das Ziel die Anregung von Reformen und verstärkter regionaler Kooperation sein. Die Slowakei will gegenüber den Nachbarn der EU deutlich machen, dass nur Demokratien von den Vorteilen einer europäischen Nachbarschaftspolitik profitieren können, dass auf dem Weg dorthin jedoch Unterstützung angeboten wird.

Die Frage nach der Unabhängigkeit Kosovos und damit nach seinem Beitritt in die EU wird von der Slowakei mit einem klaren Nein beantwortet. Damit findet sie insbesondere bei Rumänien Unterstützung. Dabei ist es nicht grundsätzlich die Unabhängigkeit Kosovos, die Slowaken und Rumänen so reagieren lässt, sondern eher die Angst vor einem Dominoeffekt.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

In beiden Ländern, die bis zum Jahr 1918 Teil der ungarischen Krone waren, lebt eine starke und politisch aktive ungarische Minderheit, die sich noch mehr Gehör verschafft, seitdem Budapest 2002 ein „Gesetz über die in den Nachbarländern lebenden Bürger ungarischer Nationalität“ verabschiedete. Dieses Gesetz, das zum Beispiel finanzielle Prämien für Familien vorsieht, die ihre Kinder auf ungarische Schulen schicken, hat die latente Angst vor Großungarn neu entfacht. Die Parallele zur Frage der Anerkennung eines unabhängigen Kosovos ist unübersehbar.

Dementsprechend undiplomatisch wandte sich die slowakische Außenpolitik gegen die Kosovo-Resolution der Vereinten Nationen, die Kosovo das Recht der Unabhängigkeit zubilligte. Die Slowakei erkennt ein diesbezügliches kollektives Recht für nationale Minderheiten nicht an und ist selbstverständlich auch dagegen, dass dieses Prinzip einmal auf dem Gebiet der Slowakischen Republik geltend gemacht werden könnte. Das Verhältnis zu dem Nachbarstaat Ungarn ist aus diesen Gründen zurzeit als sehr gespannt zu betrachten.

Die neue ungarische Regierung stellt Auslands-Ungarn, davon etwa 500.000 Personen in der Slowakei, die Staatsbürgerschaft in Aussicht und provoziert damit die Slowakei. Deren Vorfahren hatten sich durch den am 4. Juni 1920 unterzeichneten Vertrag von Trianon außerhalb der Grenzen des um zwei Drittel reduzierten ungarischen Staatsgebiets wiedergefunden, so auch in der heutigen Slowakei – ein Gebiet, das bis 1918 viele hundert Jahre zum ungarischen Staatsgebiet gehörte.

Die Angehörigen der ungarischen Minderheit in der Slowakei lehnen eine Wiedervereinigung mit Ungarn – zumindest offiziell – jedoch deutlich ab.



Taktik

Als Vertreterin/Vertreter der Slowakei befürworten Sie die Aufnahme neuer Mitglieder aus Ihrer eigenen Nachbarschaft in die EU. Weisen Sie auf die historische Bedeutung der ersten Erweiterung und auf die Chance einer kompletten Wiedervereinigung des europäischen Kontinents hin. Ein wirklich vereintes Europa wird es ohne diese Staaten in Ihren Augen nicht geben. Außerdem sollten Sie betonen, dass die EU durch ihre große Anziehungskraft eine gewisse Verantwortung für die demokratische Entwicklung in den Beitrittsländern trägt. Ihrer Meinung nach sollte keine europäische Demokratie außerhalb der Union bleiben.

Hier setzen allerdings auch Ihre strengen Bedingungen für neue Beitritte an. Sie bestehen darauf, dass die demokratischen, rechtsstaatlichen und wirtschaftlichen Kriterien von den Kandidatenländern strikt eingehalten werden, bevor eine Aufnahme erfolgen kann. Unterstreichen Sie, dass Sie aus eigener Erfahrung wissen, wie schmerzlich und schwer die notwendigen Veränderungen für die Staaten und ihre Bevölkerung sind, dass jedoch kein Weg in die EU an diesen Reformen vorbei führen kann. Machen Sie deutlich, dass die Reformen letztendlich nur zum Wohl der Beitrittsstaaten selber sind.

Montenegro und Mazedonien sehen Sie klar auf dem Weg in die EU, allerdings bestehen Sie weiterhin auf einer Fortsetzung des Reformprozesses und unterstreichen, dass bis zur endgültigen Erfüllung der Kriterien von beiden Ländern noch einiges zu leisten ist. Sie können hierzu ihre Unterstützung und Erfahrung anbieten. Sollte Mazedonien den vorgezeichneten Kurs konsequent verfolgen, unterstützen Sie dessen Beitritt insbesondere mit Nachdruck.

Bezüglich der Stabilität des Balkans loben Sie die erreichten Fortschritte aller Staaten der letzten Jahre und fordern, diese Entwicklung in Zukunft aktiver zu unterstützen. Hierzu ziehen Sie die bekannten Konzepte heran. Aber auch für den restlichen westlichen Balkan sollte die EU Ihrer Meinung nach eine langfristige, realistische Integrationsstrategie erarbeiten.



Auch in der Türkei sehen Sie einen Teil Europas, dem die Möglichkeit eines Beitritts eröffnet werden sollte, wenn die notwendigen Reformen umgesetzt worden sind. Innerhalb einer globalen Perspektive spielt die Türkei für Sie eine Schlüsselrolle für Frieden, Freiheit und Wohlstand im weiteren Mittleren Osten. Mit dem Beginn von Beitrittsverhandlungen würde die EU diese Rolle weiter stärken und außerdem anerkennen, dass sich die Türkei zu Menschenrechten und historischer Versöhnung bekannt hat.

In den anstehenden Verhandlungen innerhalb des Rates und mit den Beitrittskandidaten sollten Sie versuchen, Partner für Ihren Erweiterungskurs zu finden und Koalitionen zu schmieden. Da die Visegrad-Staaten (Polen, Tschechien, Ungarn, Slowakei) eine besonders enge Kooperation innerhalb der EU pflegen und ähnliche Interessen bezüglich der östlichen Nachbarn der EU haben, könnten Sie hier mit Ihrer Partnersuche beginnen.

Slowenien (Slovenija)



HAUPTSTADT Ljubljana (272.220 Einwohner)
STAATSFORM Republik, parlamentarische Demokratie
FLÄCHE 20.253 km²
EINWOHNER 2,043 Millionen
EINWOHNER/KM² 101
BIP/EINWOHNER (2011) 21.300Euro
WACHSTUMSRATE (2011) 0,6%
ARBEITSLOSENQUOTE 8,2%
SPRACHEN 87% Slowenisch (Amtssprache), Kroatisch, Serbisch, Bosnisch
RELIGIONEN ca. 57,8% Katholiken, ca. 2,3% Orthodoxe, 2,4% Muslime, 0,9% Protestanten, 10,9% konfessionslos
ETHNISCHE GRUPPEN 83,6% Slowenen, 2% Serben, 1,8% Kroaten, 1,1% Bosniaken, 0,3% Ungarn, 0,3% Albaner
BEITRITT ZUR EU 2004
STAATSOBERHAUPT Dr. Danilo Türk
REGIERUNGSCHEF Janez Janša
WEITERE INFORMATIONEN vbn@gov.si

Der Neue Fischer Weltalmanach 2012 // Wirtschaftsdaten: Eurostat
epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home

Sie sind die/der Delegierte Sloweniens im Rat der Europäischen Union. Ihr Land gehört der EU seit dem 1. Mai 2004 an und ist nun an der Entscheidung über die nächste Erweiterungsrunde beteiligt.

Slowenien in der EU

Die Ausrichtung Sloweniens nach Westeuropa wurde seit der Unabhängigkeit von allen maßgeblichen gesellschaftlichen Gruppierungen im Land unterstützt. Slowenien war bereits früh Mitglied verschiedener internationaler Organisationen, beispielsweise der UNO, dem Europarat, der Weltbank, der Alpen-Adria-Arbeitsgemeinschaft und der Zentraleuropäischen Initiative (einem



Zusammenschluss verschiedener mitteleuropäischer Staaten). Die Zugehörigkeit zu Europa und das Streben nach Einbindung in die euroatlantischen Strukturen gehören seit der Unabhängigkeit zu den Grundpfeilern der slowenischen Außenpolitik. Daher hat das Land gleichzeitig mit Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik, Estland und Zypern im November 1998 Verhandlungen über den Beitritt zur Europäischen Union aufgenommen. Diese Verhandlungen wurden auf dem Kopenhagener Gipfel im Dezember 2002 zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht. Die slowenische Bevölkerung stimmte bei einem Referendum am 23. März 2003 mit einer überwältigenden Mehrheit von fast 90% für den Beitritt. Mit der Mitgliedschaft hat Slowenien auch die vormals belasteten Beziehungen zu Italien verbessern können.

Als Schwerpunkt seiner Europapolitik betrachtet Slowenien die Beziehungen der Gemeinschaft zu den Staaten des westlichen Balkans. Unter diesem Gesichtspunkt misst das Land den anstehenden Verhandlungen mit neuen Beitrittskandidaten besondere Bedeutung zu.

Die Position Sloweniens in der aktuellen Erweiterungsrunde

Slowenien sieht den Erweiterungsprozess der Europäischen Union auch nach der Aufnahme der zehn neuen Mitgliedstaaten am 1. Mai 2004 und der Erweiterung um Bulgarien und Rumänien noch nicht als beendet an, sondern fordert eine Fortsetzung der Beitrittsoptionen für weitere beitrittswillige Staaten. Die Weiterführung der Erweiterung wird als Garant für Wohlstand und dauerhafte Stabilisierung des gesamten Kontinents angesehen.

Ganz in der Logik dieses erweiterungsfreudlichen Tenors steht die slowenische Regierung auch der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufgeschlossen gegenüber.

Das eindeutige Hauptinteresse Sloweniens in den kommenden Erweiterungsrounden liegt jedoch auf dem westlichen Balkan. Das Engagement für diese Region ist sowohl geografisch als auch historisch bedingt. Durch die unmittelbare Nähe des Krisenherdes der Balkanstaaten zur slowenischen Grenze stellt jede Instabilität in der Region auch eine Gefahr für Slowenien dar. So wird befürchtet, dass es nach Abzug der EUFOR-Truppen wieder zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den Konfliktparteien kommen könnte. Bei allen Bemühungen, sich von den Unruheprovinzen abzusetzen, ist Slowenien als Teilrepublik des ehemaligen Jugoslawiens trotzdem historisch eng mit der Region verbunden.



Die Tatsache, dass das Land als erster und bis jetzt einziger dieser Staaten die Aufnahme in die EU geschafft hat, bringt für Slowenien eine gewisse Verantwortung für die weitere Entwicklung der Balkanländer und ihre Annäherung an die EU mit sich. Dieser Verantwortung wird Slowenien schon jetzt durch die aktive Teilnahme am Stabilitätspakt für den Balkan, durch die Unterstützung politischer Kooperationen im bilateralen Bereich und nicht zuletzt durch den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen gerecht. Da sich die Verhältnisse auf den traditionellen regionalen Märkten Sloweniens stabilisiert haben, hat sich auch der Handel mit den Nachbarländern, insbesondere mit Kroatien, rasch ausgeweitet. Im Rahmen dieser Entwicklung und nach dem Ende der Ära Tudjman hat sich auch das teilweise problematische Verhältnis zum Nachbarland Kroatien vehement gebessert, wenn auch alte Grenzstreitigkeiten von Zeit zu Zeit kurzfristig immer wieder aufflammen.

Slowenien trat im Allgemeinen immer für eine zügige Aufnahme Kroatiens in die EU ein.

Wichtigstes Thema für Slowenien ist allerdings eine geordnete Unabhängigkeit Kosovos und die Heranführung Serbiens und der übrigen Balkanstaaten an die EU. „Wir in Slowenien glauben, dass es höchste Zeit ist, dass die jugoslawische Krise endet“, ist die Devise des Landes. Diese Krise begann 1991 mit dem Angriff des damaligen Präsidenten Slobodan Milošević auf Slowenien. Nun kann die Lösung nur eine Einbettung des westlichen Balkans in die Europäische Union und eine Erweiterung der EU sein, wie sie 2003 bei einem Treffen in Thessaloniki in Griechenland beschlossen wurde. Hier hatte die EU allen Balkanstaaten die Aufnahme in die Gemeinschaft zugesagt.

Die slowenische Regierung ist zuversichtlich, dass eine Spaltung der EU in Bezug auf die Frage der Anerkennung der Unabhängigkeit Kosovos zu verhindern sein wird. Ihrer Ansicht nach gilt es, die Realität zu akzeptieren, die auf dem westlichen Balkan herrscht, weshalb Kosovo durch alle 28 Mitgliedstaaten der Union völkerrechtlich als Staat anerkannt werden sollte. Slowenien kennt die Befürchtung Zyperns, dies könnte in der EU als Präzedenzfall für das Schicksal des türkisch besetzten Nordens der Inselrepublik angesehen werden und macht immer wieder seine Überzeugung deutlich, dass Kosovo „ein ganz eigener Fall“ ist.

Insgesamt verfolgt die slowenische Regierung vier Schwerpunkt-Themen: die Zukunft der EU, Erweiterung und Nachbarschaftspolitik (Vorrang: Kosovo und West-Balkan), Klimaschutz und Energie sowie interkultureller Dialog.



Taktik

Als Vertreterin/Vertreter des kleinen Mitgliedslandes Slowenien sind Sie Verfechter einer Fortsetzung der europäischen Erweiterungspraxis, die Ihrer Meinung nach nicht nur den neuen Kandidaten, sondern auch der jetzigen EU ein Plus an Frieden, Stabilität und Freiheit bringen würde.

Geografisch gesehen hat die Stabilisierung des gesamten Balkans für Sie absolute Priorität. Argumentieren Sie, dass die fortdauernde Existenz eines Konflikt- und Krisenherdes unmittelbar vor den Toren der EU deren Mitgliedstaaten nicht nur in ihrer eigenen Sicherheit und Freiheit, sondern auch in ihrer Glaubwürdigkeit als internationaler Akteur bedrohen würde.

Da die Erfahrung gezeigt hat, dass die Eröffnung einer europäischen Perspektive enorme Motivation in Bezug auf die Reform- und Friedensbemühungen der Beitrittskandidaten ausübt, plädieren Sie dafür, eine Annäherung des Balkans an die EU aktiv zu unterstützen. Appellieren Sie in diesem Zusammenhang an die Verantwortung der EU gegenüber ihrer unmittelbaren Nachbarschaft, und erinnern Sie an das europäische Ziel der friedlichen Verbreitung demokratischer und freiheitlicher Werte und Normen.

Auf lange Sicht treten Sie für eine Ausdehnung der EU auf alle beitrittswilligen Staaten des Westbalkans ein und fordern schon jetzt die Verabschiedung eines Kriterienkatalogs für die Aufnahme dieser Staaten.

Als Vertreterin/Vertreter eines kleinen Landes sollten Sie versuchen, die Unterstützung anderer Mitgliedstaaten für Ihre Position zu gewinnen. Andere kleine Staaten könnten ähnliche Interessen haben wie Sie.

Slowenien war das erste Land auf dem Balkan, das die Unabhängigkeit Kosovos anerkannt hat. Sie treten für eine zügige Anerkennung Kosovos durch alle Staaten der EU ein und fordern außerdem Gespräche über einen Beitritt des Landes zur EU.

Obwohl Slowenien im Jahre 1991 stark unter den Angriffen Serbiens gelitten hat, das eine Unabhängigkeit Sloweniens verhindern wollte, treten Sie auch für einen Beitritt eines modernen und reformierten Serbiens ein. Das muss dafür allerdings ebenfalls die Existenz eines unabhängigen Kosovos akzeptieren.



Mit der Republik Mazedonien verbindet Sie eine enge Freundschaft. Selbstverständlich haben Sie die Republik Mazedonien mit ihrem Verfassungsnamen anerkannt und fordern dies auch von allen anderen Staaten der EU. Im Hinblick auf die wirtschaftliche Situation in den EU-Staaten Rumänien und Bulgarien ist für Sie ein Beitritt der Republik Mazedonien schon längst überfällig. Sie erfüllt Ihrer Ansicht nach – ebenso wie seine Nachbarländer – schon längst alle Voraussetzungen dafür.

Neben Ihrem Engagement auf europäischer Ebene suchen Sie gemäß Ihrem Verständnis als Mittler auch den Kontakt zu den Beitrittskandidaten. Bieten Sie an, Ihre eigenen Erfahrungen auf dem Weg in die europäische Integration zu teilen und mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Dieses Angebot gilt nicht nur für Mazedonien oder Serbien, sondern auch für die Türkei, deren Beitritt Sie ebenfalls befürworten, auch wenn Ihr Hauptaugenmerk auf Ihre direkte Nachbarschaft gerichtet ist.

Spanien (España)



HAUPTSTADT Madrid (3,273 Mio. Einwohner)

STAATSFORM parlamentarische Monarchie, Einheitsstaat

FLÄCHE 504.645 km²

EINWOHNER 45,958 Millionen

EINWOHNER/KM² 91

BIP/EINWOHNER (2011) 24.700 Euro

WACHSTUMSRATE (2011) 0,4%

ARBEITSLÖSENQUOTE 21,7%

SPRACHEN Spanisch (Castellano) ist verfassungsmäßige Staatssprache. Daneben haben Katalanisch, Baskisch, Galizisch und Valenzianisch offiziellen Rang in der betreffenden autonomen Gemeinschaft

RELIGIONEN über 90% Katholiken

BEITRITT ZUR EG/EU 1986

STAATSOBERHAUPT König Juan Carlos I. de Borbón y Borbón

REGIERUNGSCHEF Mariano Rajoy Brey

WEITERE INFORMATIONEN www.spanischebotschaft.de

*Der Neue Fischer Weltatmanach 2012 // Wirtschaftsdaten: Eurostat
epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home*

Sie sind die Vertreterin/der Vertreter Spaniens im Rat der Europäischen Union. In dieser Funktion sind Sie kurz nach der Erweiterung um Kroatien erneut mit der Entscheidung über weitere Beitrittsgesuche konfrontiert.

Spanien in der EU

Spanien ist 1986 der Europäischen Gemeinschaft beigetreten. Seitdem hat das Land einen großen wirtschaftlichen Aufschwung vollzogen. Trotz eines kritischen weltwirtschaftlichen Umfelds verzeichnete die Wirtschaft relativ hohe Wachstumsraten. Seit 1994 ist die Arbeitslosigkeit faktisch halbiert worden, nunmehr steigt diese wieder. Insbesondere junge Menschen sind von Arbeits-



losigkeit betroffen. Es gibt zwar noch wirtschaftlich unterentwickelte Regionen, aber Spanien ist dank seines relativ niedrigen Lohnniveaus zu einem bedeutenden Produktionsstandort Europas geworden. Das Interesse der spanischen Bevölkerung an der EU ist jedoch eher gering.

Durch die Norderweiterung 1995 und die letzte Osterweiterung 2004 hat sich der Einfluss der südlichen Staaten innerhalb der Europäischen Union bereits reduziert. Die spanische Regierung und die Bevölkerung befürchten ebenso wie andere „alte“ europäische Mittelmeerstaaten, nicht nur geografisch, sondern auch politisch an den Rand der Europäischen Union gedrängt zu werden.

Als Anrainer der Mittelmeerregion sieht Spanien deshalb eine besondere Aufgabe in der Stärkung der europäischen Mittelmeerpolitik, die die Zusammenarbeit mit den südlichen Nachbarstaaten der EU regelt. So soll beispielsweise die finanzielle Förderung der Region und die wirtschaftliche Zusammenarbeit verstärkt sowie der politische und wirtschaftliche Dialog mit Staaten des Nahen Ostens intensiviert werden. Spanien bewertet die zunehmenden Probleme an der „Südflanke“ der EU (z.B. Immigrationsdruck aus Nordafrika, islamischer Fundamentalismus) als wesentlich gravierender für die eigenen nationalen Interessen als die Frage einer erneuten Erweiterung der Europäischen Union.

Bezüglich eventueller institutioneller Reformen innerhalb der EU lehnt Spanien das Modell einer engeren Zusammenarbeit einiger weniger Mitgliedstaaten ab und setzt sich für eine Verstärkung der Integration auf einheitlichem Niveau ein. Die spanische Regierung war der Auffassung, dass die Einstimmigkeitsregel bei Abstimmungen innerhalb der EU verteidigt werden muss, weil von einer Abschaffung die eigenen nationalen Interessen betroffen wären, wenn zukünftig lediglich die Mehrheit entscheidet. Mit dieser Position hat sich Spanien nicht durchsetzen können. Für den Beitritt in der EU gilt jedoch weiterhin die Regel der Einstimmigkeit.





Spanien und die nächste Erweiterung

In Anbetracht der beschriebenen Prioritätensetzung der spanischen Regierung kann eine Erweiterung ihrer Ansicht nach erst dann erfolgen, wenn die tatsächliche Vertiefung erreicht worden ist und die mit der Erweiterung verbundenen Probleme gelöst werden können.

Mit der erst kürzlich abgeschlossenen Aufnahme zwölf mittel- und osteuropäischer Staaten sowie Kroatiens und den damit einhergehenden Kürzungen einiger Zuwendungen an Spanien sieht sich das Land vor einer neuen Herausforderung: dem Kampf um die Verteilung der EU-Fördergelder. Spanien sieht vor allem die Gefahr, dass durch eine erneute Erweiterung der EU nicht mehr so viele finanzielle Transferleistungen nach Spanien fließen werden wie bisher, weil eine größere Anzahl „ärmerer“ Länder um die Gelder konkurrieren würde.

Außerdem befürchtet Spanien, bei einem Beitritt weiterer Länder den bisherigen Kostenvorteil in der Produktion zu verlieren, weil in den potenziell neuen Mitgliedstaaten noch billiger produziert werden kann.

Nach den Anschlägen in Madrid vom 11. März 2004 hat die Terrorismusbekämpfung in Spanien besondere Priorität. Eine Aufnahme von Staaten mit fragwürdigem Sicherheitsempfinden und löchrigen Außengrenzen könnte zum „Einfallstor“ für terroristische Gruppen werden. Die geografische Annäherung an Krisenherde in Nahost, gerade durch die direkte Angrenzung der Türkei an den Irak, birgt ebenfalls eine solche Gefahr. Spanien fürchtet, dass sich die Sicherheitsprobleme der „Neumitglieder“ auf die EU übertragen werden.

Trotz dieser Bedenken ist die Aufnahme der Türkei in die EU durchaus auch im Interesse Spaniens, weil dadurch die Stellung der südlichen Mitgliedstaaten innerhalb der EU gestärkt werden würde. Spanien äußert zwar gewisse Bedenken (siehe oben), unterstützt aber letztendlich die Kandidaten, wenn diese sich bereit erklären, den angesprochenen Problemen in den nächsten Jahren besondere Beachtung zukommen zu lassen.

Die Entwicklungen um die Frage der Unabhängigkeit Kosovos sieht Spanien mit großer Sorge. Anders als Deutschland oder Frankreich hat Spanien die Loslösung Kosovos aus dem serbischen Staatsverband zu keiner Zeit unterstützt. Deshalb hat es auch ebenso wie Griechenland, Zypern, Rumänien und die Slowakei dessen Unabhängigkeit nicht anerkannt. Trotzdem unterstützen auch diese Länder im Rahmen der EU die Mission EULEX, die den Aufbau der Rechtsstaatlichkeit in Kosovo fördern soll.



Spaniens Position besteht darin, dass es eine Unabhängigkeit Kosovo nur dann akzeptieren kann, wenn diese auch von Serbien mitgetragen wird. Eine einseitige Erklärung erkennt die spanische Regierung nicht an. Sie hat die Befürchtung, mit einer Anerkennung Kosovos separatistischen Forderungen im eigenen Land Vorschub zu leisten. Deshalb fordert Spanien ganz ausdrücklich eine Stärkung Serbiens, um so die Möglichkeit für gegenseitige Zugeständnisse zu schaffen. Für Spanien hat die Resolution 1244 der UN weiterhin Bestand.

Taktik

Als Vertreterin/Vertreter Spaniens sind Sie offiziell der Meinung, dass mit allen Staaten Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden können, auch wenn Sie realistisch gesehen nicht wirklich an der Aufnahme weiterer Staaten interessiert sind. Verbinden Sie Ihre Zustimmung daher in jedem Fall mit der Forderung, dass eine Erweiterung den jetzigen Mitgliedern der Union keine Nachteile bringen darf. Diese Forderung ist für Spanien ganz besonders wichtig, da die wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Jahren bedingt durch die Wirtschafts- und Finanzkrise stark rückläufig war.

Als noch größter Empfänger von Subventionszahlungen der EU sind Sie sich aber bewusst, dass die Gründe für die Zuwendung finanzieller Mittel an Ihr Land schon teilweise entfallen sind und diese sich weiter verringern werden, da Spanien dank der EU-Mittel ein massives Aufholwachstum entfalten konnte. Sie plädieren deswegen für äußerst lange Übergangsfristen, bevor neue Mitglieder voll von der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und den Strukturfondszahlungen profitieren können. Der wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt innerhalb der „alten“ EU darf nicht gefährdet werden.



Damit aber trotzdem weitere Mitglieder aufgenommen werden können, sind neue zusätzliche Fonds einzurichten, und der EU-Haushalt muss vergrößert werden. Hier mahnen Sie vor allem eine stärkere Beteiligung der größeren, reichen Mitgliedsländer an.

Ihre Zustimmung zur Erweiterung machen Sie von erfolgreichen institutionellen Reformen abhängig, die den Einfluss der mittelgroßen Staaten im europäischen Entscheidungsgefüge angemessen berücksichtigen. Loten Sie aus, ob Staaten gleicher Größe (z.B. Polen) ein ähnliches Anliegen haben, das sich gemeinsam vertreten ließe.

Schließlich fordern Sie eine erhebliche Aufstockung der finanziellen Mittel für eine Intensivierung der europäischen Mittelmeerpolitik. Es ist Ihnen ein elementares Anliegen, dass diese Dimension der europäischen Politik nicht durch eine Konzentration auf die Ostgrenze in den Hintergrund gerät. Mitstreiter für dieses Anliegen können Sie bei den anderen Mittelmeeranrainerstaaten der EU suchen.

Bei all dem dürfen Sie nicht Ihre Abhängigkeit von den EU-Fördertöpfen vergessen, weshalb Sie den Aufnahmeprozess für neue Mitglieder nicht wirklich torpedieren sollten.

Es ist Ihnen wichtig, einen Ausgleich zwischen Serbien und Kosovo zu ermöglichen. Versuchen Sie, Serbien zu Zugeständnissen gegenüber Kosovo zu bewegen, um so möglicherweise eine Anerkennung der Unabhängigkeit zu erreichen. Ein Mittel könnte dabei sein, Serbien einen raschen Beitritt in die EU in Aussicht zu stellen. Dafür müsste Serbien aber selbstverständlich dennoch die strengen Aufnahmekriterien erfüllen.

Tschechische Republik (Česká Republika)



HAUPTSTADT Prag (1,249 Mio. Einwohner)
STAATSFORM parlamentarische Demokratie
FLÄCHE 78.866 km²
EINWOHNER 10,490 Millionen
EINWOHNER/KM² 133
BIP/EINWOHNER (2011) 20.200 Euro
WACHSTUMSRATE (2011) 1,9%
ARBEITSLSENQUOTE 6,7%
SPRACHEN Tschechisch
RELIGIONEN 27% Katholiken, 59% konfessionslos, Minderheiten von Protestanten
ETHNISCHE GRUPPEN 90,3% Tschechen, 3,7% Mährer und Schlesier, 1,9% Slowaken, 0,5% Polen, 0,4% Deutsche, 3,0% andere
BEITRITT ZUR EG/EU 2004
STAATSOBERHAUPT Vaclav Klaus
REGIERUNGSCHEF Petr Necas,
WEITERE INFORMATIONEN www.mzv.cz/berlin

*Der Neue Fischer Weltatmanach 2012 // Wirtschaftsdaten: Eurostat
epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home*

Sie sind die Vertreterin/der Vertreter der Tschechischen Republik im Rat der Europäischen Union. Ihr Land ist seit dem 1. Mai 2004 Mitglied der EU und in dieser Funktion nun mit der Entscheidung über eine erneute Erweiterung der Union konfrontiert.

Die Tschechische Republik in der EU

Die Tschechische Republik (vormals Tschechoslowakei) ist schon immer einen eigenen Weg gegangen („Prager Frühling“ 1968). Bereits in den Achtzigerjahren löste sie sich vom autoritären sozialistischen System. 1989 fand die „samtene Revolution“ statt, die den Schriftsteller Vaclav Havel zum Präsidenten machte. Seit 1989 hat sich eine po-



litische Demokratie entwickelt. Tschechien hat den friedlichen Übergang vom sozialistischen Einparteiensystem hin zu einem pluralistischen Mehrparteiensystem geschafft. Die Grundlagen des Staates – Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Pluralismus – sind fest verankert. Die Verfassungsorgane arbeiten einwandfrei.

Das Staatsgebiet der Tschechischen Republik war historisch eines der wirtschaftlich und industriell am stärksten entwickelten Gebiete Europas. Bis 1938 war die damalige Tschechoslowakei eine Demokratie und gehörte vor dem Zweiten Weltkrieg als einziges mitteleuropäisches Land zu den zehn am stärksten entwickelten Industriestaaten der Welt.

Auch wenn die Tschechische Republik im völkerrechtlichen Sinne ein sehr junges europäisches Land darstellt, fühlt sie sich dem europäischen Vermächtnis ihrer früheren Staatsgebilde verpflichtet und weist immer wieder auf die Jahrhunderte alte Tradition der multikulturell ausgerichteten tschechischen Gesellschaft in der Mitte Europas hin. Aus historischen („Rückkehr nach Europa“) und politischen Gründen hatte die Aufnahme der Tschechischen Republik in die EU einen hohen Stellenwert in der tschechischen Außenpolitik, und der endgültige Beitritt im Mai 2004 wurde als großer Erfolg gewertet. Für die Tschechische Republik hat die europäische Einigung auch die Verbesserung der Beziehungen zu den Nachbarstaaten, vor allem zu Deutschland und Polen, mit sich gebracht, und seit einigen Jahren hat auch die Zusammenarbeit mit der Slowakei wieder höchste Priorität.

In jüngster Vergangenheit wurde die „Europhorie“ allerdings durch das deutliche Erstarken europaskeptischer Kräfte im Land etwas gedämpft. Das „Ja“ der Tschechen im Referendum über den Beitritt zur Europäischen Union fiel dann auch nicht so eindeutig aus wie erhofft.

Auf inhaltlicher Ebene engagiert sich Tschechien besonders im Bereich der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und tritt für eine starke Euro-Atlantische Partnerschaft ein. Auch eine Intensivierung der europäischen Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres – insbesondere in Flüchtlingsfragen und in der Drogenbekämpfung – wird favorisiert.



Die Tschechische Republik und die nächste Erweiterungsrunde

Trotz der angesprochenen aufkeimenden Skepsis ist man sich in Tschechien der äußerst positiven Reformentwicklung im Rahmen des EU-Beitritts bewusst. Der Regierung ist es deshalb ein besonderes Anliegen, diese Erfahrungen an noch außen stehende Beitrittskandidaten weiterzugeben.

Grundsätzlich ist Tschechien auch auf bilateraler Ebene darauf bedacht, seine Beziehungen zu den mittel- und osteuropäischen Nachbarstaaten zu intensivieren. Neben der konkreten Unterstützung bestimmter Beitrittskandidaten setzt sich Tschechien deshalb für eine aktive europäische Nachbarschaftspolitik für die Länder ein, die in absehbarer Zeit keine Beitrittsperspektive haben.

Seine Beziehungen zum Balkan hat Tschechien in letzter Zeit intensiviert. Nach Ende des Balkankrieges hat die Tschechische Republik die gute Ausgangsposition zur Wiederaufnahme der intensiven Handelsbeziehungen in diese Region genutzt. Auch auf politischer und sicherheitspolitischer Ebene ist das Land an multilateralen Initiativen wie dem Stabilitätspakt für Südosteuropa und der SFOR-Truppe (bis 2001) beteiligt. Die Unterstützung der Region ist ein prioritäres Anliegen der tschechischen Außenpolitik, von konkreten Beitrittsperspektiven zur EU ist jedoch noch nicht die Rede.

Im Hinblick auf die Anerkennung Kosovos war die tschechische Regierung eher zurückhaltend. Tschechien sah es als dringend notwendig an, dass die Staaten der Europäischen Union gemeinsam entscheiden, wie in dieser Frage vorzugehen ist. Die Wahrung der UN-Resolution 1244 war dabei von besonderer Bedeutung.

Die Position Serbiens in Bezug auf diese Resolution ist für Tschechien durchaus nachvollziehbar, auch wenn die Europäische Union in ihrer Gesamtheit ein unabhängiges Kosovo unterstützen wird.

Für Tschechien ist es trotzdem wichtig, dass Serbien nicht auf diese Entwicklung reduziert wird. Vielmehr sollte es umso mehr in die Überlegungen zu weiteren Beitritten einbezogen und, sofern dies von der serbischen Regierung gewollt ist, in diese Richtung gefördert werden.



Taktik

Als Vertreterin/Vertreter der tschechischen Regierung sprechen Sie sich generell für die Fortsetzung der europäischen Erweiterung aus. Sie unterstreichen jedoch, dass eine Beitrittsoption nur denjenigen Ländern eröffnet werden soll, die unmissverständlich die Kopenhagener Kriterien erfüllen.

Ihr Engagement für eine Stabilisierung der Verhältnisse des westlichen Balkans setzen Sie unvermindert fort. Allerdings vermeiden Sie es, eine konkrete Beitrittsperspektive auszusprechen. Im Falle von Montenegro und Mazedonien, die in Ihren Augen am weitesten fortgeschritten ist, unterstützen Sie die Integration in europäische Strukturen. Dies kann je nach Entwicklung auf beiden Seiten mit oder jenseits einer Vollmitgliedschaft erfolgen.

Ähnlich ist Ihre Position gegenüber dem Beitrittsgesuch der Türkei. Sind alle Kriterien erfüllt, stehen Sie der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen nicht im Wege. Einen tatsächlichen Beitritt des Landes zur EU können Sie sich jedoch nur in ferner Zukunft am Ende eines langen Anpassungsprozesses vorstellen.

Nach der Unabhängigkeitserklärung Kosovos wollen Sie unbedingt einen guten Kontakt zu Serbien pflegen und versuchen, dem serbischen Staat einen Beitritt in die Europäische Union zu ermöglichen.



Ungarn (Magyarország)

HAUPTSTADT Budapest (1,721 Mio. Einwohner)
STAATSFORM parlamentarische Demokratie
FLÄCHE 93.039 km²
EINWOHNER 10,022 Millionen
EINWOHNER/KM² 108
BIP/EINWOHNER (2011) 16.500 Euro
WACHSTUMSRATE (2011) 1,6%
ARBEITSLOSENQUOTE 11%
SPRACHEN Ungarisch
RELIGIONEN 55% Katholiken, 16% Calvinisten, 3% Lutheraner, 15% konfessionslos, 10% k.A., u.a.
ETHNISCHE GRUPPEN 92% Ungarn, Minderheiten von Ungarn, Deutschen, Roma, Rumänen, Serben, Slowaken
BEITRIFF ZUR EG/EU 2004
STAATSOBERHAUPT János Áder
REGIERUNGSCHEF Viktor Orban
WEITERE INFORMATIONEN www.ungarische-botschaft.de

*Der Neue Fischer Weltatlas 2012 // Wirtschaftsdaten: Eurostat
epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home*

Sie sind die Vertreterin/der Vertreter Ungarns im Rat der Europäischen Union. Ihr Land ist seit dem 1. Mai 2004 Mitglied der EU und nun mit der Entscheidung über die nächste Erweiterungsrunde konfrontiert.

Ungarn in der EU

Ungarn hat sich schon in den Siebziger- und Achtzigerjahren vom autoritären sozialistischen System gelöst. Seit Mitte der Achtzigerjahre hat sich eine politische Demokratie entwickelt, und das Land hat den friedlichen Übergang vom sozialistischen Einparteiensystem hin zu einem pluralistischen Mehrparteiensystem geschafft.



Aus historischen („Rückkehr nach Europa“) und politischen Gründen genoss der Beitritt in die EU einen hohen Stellenwert in der ungarischen Außenpolitik. Ungarn versteht sich als europäisches Land mit einer tausendjährigen Geschichte und hat immer wieder bewiesen, dass es als Modell zur Integration verschiedener Nationen und Kulturen herangezogen werden kann.

Die Rechte der in Ungarn lebenden dreizehn anerkannten nationalen und ethnischen Minderheiten – die die Verfassung als konstituierende Elemente des Staates bezeichnet – sind im Minderheitengesetz von 1993 verankert. Das Gesetz wurde im Oktober 2005 novelliert und erhebt jetzt den Anspruch, EU-Vorgaben zu erfüllen. Es räumt den Angehörigen der Minderheiten weitgehende individuelle und kollektive Rechte ein. Dies sind in erster Linie kulturelle Autonomierechte wie das Recht auf muttersprachlichen Unterricht. Frei gewählte Selbstverwaltungen der Minderheiten auf kommunaler sowie auf Landesebene setzen sich aktiv für die Wahrnehmung der Minderheitenrechte ein, auch wenn die individuellen und kollektiven Rechte der Roma, die sechs Prozent der Bevölkerung ausmachen, teilweise noch ungenügend sind.

In der Kritik steht Ungarn hinsichtlich der 2011 durchgeführten Verfassungsänderung. Die Möglichkeiten der Verfassungsklage wurden stark eingeschränkt. Künftig wird diese Klagemöglichkeit nicht mehr den einzelnen Bürgerinnen und Bürgern zustehen sondern nur noch der Regierung, dem Staatspräsidenten oder mindestens 20% der Abgeordneten des Parlaments zu. Dem Verfassungsgericht wurden zudem die Befugnisse im Bereich der Steuer- und Finanzpolitik entzogen.



Weiterhin wird Ungarn in Bezug auf Einschränkungen der Freiheit der Pressearbeit gerügt. Ein umstrittenes Mediengesetz wurde insoweit wieder geändert, dass zumindest Blogs, Internetmedien sowie ausländische Medienanbieter von der Pflicht zur „ausgewogenen Berichterstattung“ und der damit verbundenen Strafanzeige ausgenommen worden sind.

Weil Ungarn bereits früher bi- oder trilaterale Verträge geschlossen hatte bzw. in supranationale Organisationen eingebunden war, wird die Mitgliedschaft in der EU nicht vornehmlich als Souveränitätseinbuße verstanden. Vielmehr wird sie als Möglichkeit bewertet, durch supranationale Gremien den globalen Einfluss kleinerer Nationen zu stärken. Seit 1999 ist Ungarn auch Mitglied der NATO. Des Weiteren legt Ungarn Wert auf ein gutes Verhältnis zu seinen Nachbarstaaten (Rumänien, Slowakische Republik, Ukraine) und auf die Unterstützung der dort lebenden ungarischen Minderheiten.

Ungarn hat großes Interesse an der politischen und wirtschaftlichen Stabilität seiner südlichen Nachbarn. Am Stabilitätspakt für Südosteuropa beteiligt sich das Land deshalb aktiv und mit eigenen Initiativen. Es hat als erstes Land die Co-Präsidentschaft des Arbeitstisches für Menschen- und Minderheitenrechte übernommen. Schon vor dem demokratischen Wandel in Belgrad hat es sich für die Unterstützung der demokratischen Opposition gegen Milosevic in Jugoslawien eingesetzt. 2008 hat Ungarn die Republik Kosovo als souveränen Staat anerkannt.



Darüber hinaus baut Ungarn seine wirtschaftlichen Beziehungen zu den Nachbarstaaten, besonders zu den neuen EU-Mitgliedstaaten, intensiv aus. Zahlreiche ungarische Großunternehmen engagieren sich mit beträchtlichen Investitionen aktiv in den Ländern der Balkanregion. Auch die Infrastrukturverbindungen, besonders die Autobahnverbindungen, zu den Nachbarn baut Ungarn aus. Es betrachtet sich dabei als führende regionale Logistikkreuzung in Mittel-Ost-Europa.

Ungarn beabsichtigt, die Visegrád-Zusammenarbeit mit der Tschechischen Republik, der Slowakei und Polen fortzusetzen. Die Regierung bemüht sich, die Beziehungen auch zu Nicht-EU-Mitgliedstaaten in der Nachbarschaft zu verbessern und zu intensivieren. Ungarn hatte sich stets mit Nachdruck für den EU-Beitritt von Rumänien und Bulgarien eingesetzt.

Ungarn und die nächste Erweiterung:

Ungarn hat durch seine geografische Lage – das Land hat Außengrenzen zu zwei der möglichen neuen Beitrittskandidaten – ein besonderes Interesse an der neuen Erweiterungsrunde. Grundsätzlich verspricht sich Ungarn von der möglichst raschen und engen Anbindung seiner Nachbarn an die EU eine anhaltende Stabilisierung der gesamten Region und damit Sicherheit an den eigenen Grenzen. Diese Stabilitäts- und Sicherheitsinteressen des Landes und das Bedürfnis, die teilweise historisch belasteten Beziehungen zu den Nachbarstaaten zu verbessern, sind ein elementarer Beweggrund der ungarischen Erweiterungspolitik und zeichnen die Argumentationslinien vor.

Gerade in Bezug auf den Balkan hat Ungarn ein besonderes Interesse an dauerhafter Stabilisierung. Neben einem Ausbau der bilateralen politischen wie wirtschaftlichen Beziehungen bemüht sich das Land auch, die

Region verstärkt auf die europäische Agenda zu bringen.

Daneben spielt aber auch das besondere Verhältnis Ungarns zu seinem Nachbarn Serbien eine große Rolle. Die Beziehungen zwischen den beiden Ländern waren in der Vergangenheit nicht immer unproblematisch. Ein großer Streitpunkt sind dabei auch heute noch die Rechte der in Serbien lebenden ungarischen Minderheit. In diesem Zusammenhang erhofft sich Ungarn durch einen EU-Beitritt des Nachbarlandes auch eine europäische Lösung für diesen historisch bedingten Konflikt. Die Durchsetzung europäischer Werte und Normen und eine Verstärkung der wirtschaftlichen Verflechtungen sollen die Spannungen entschärfen und eine gemeinsame praktische Lösung möglich machen.



Auch bezüglich der weiteren Balkanstaaten und der Türkei setzt die ungarische Regierung ihren integrationsfreundlichen Kurs fort. Ohne sich auf einen definitiven Beitritt festzulegen, will Ungarn allen Staaten die Chance eröffnen, europäische Normen zu erfüllen und Verhandlungen zu beginnen.

Taktik

Sie können aus Ihrer Sicht von der Integration Ihrer Nachbarländer auf dem Balkan in die EU nur profitieren. In der jetzigen Situation ist ein großer Teil Ihrer Landesgrenze auch EU-Außengrenze, was große Herausforderungen im Bereich der Grenzsicherung und der Bekämpfung der illegalen Migration und des organisierten Verbrechens mit sich bringt. Außerdem werden durch die strenge Sicherung der EU-Grenzen einige Ihrer traditionell gewachsenen bilateralen Beziehungen zu den Nachbarländern erschwert. Allgemein argumentieren Sie deshalb, dass

eine Ausgrenzung bestimmter Nachbarstaaten destabilisierende Wirkung auf die ganze Region haben und damit auch zur Gefahr für die EU selbst werden kann. Werben Sie dafür, dass eine Einbindung oder ein Beitritt dieser Länder Vorteile in vielen Bereichen wie der Verbrechensbekämpfung und der Einwanderungspolitik und damit ein Plus an Stabilität und Sicherheit für Europa bringt.

Dies gilt natürlich in erster Linie für Serbien, wobei Sie im Fall Serbiens kein Verfechter einer bedingungslosen Zustimmung zu einem Beitritt sind. Sie setzen sich sehr deutlich dafür ein, dass die ungarische Minderheit in Serbien weiterhin ausreichende Garantien für Minderheitsrechte und politische Partizipation erhält. Außerdem pochen Sie auf die vertragliche Verpflichtung der Beitrittskandidaten zur Einhaltung bestimmter Umweltstandards.

Mit Blick auf die weiteren Balkanstaaten plädieren Sie für eine baldige Annäherung an die EU, um demokratische Reformen und regionale Stabilität voranzutreiben. Im Falle der am weitesten fortgeschrittenen Länder Montenegro und Mazedonien bedeutet das für Sie, sobald wie möglich mit den Beitrittsverhandlungen zu beginnen und keine neuen Hürden durch zusätzliche Kriterien aufzubauen. Allerdings betonen auch Sie, dass Serbien mit dem Kriegsverbrechertribunal für Ex-Jugoslawien zusammenarbeiten muss.

In der Türkei Diskussion drängen Sie darauf, der Türkei mit der Eröffnung von Verhandlungen die Gelegenheit zu geben, den Reformprozess fortzusetzen und die europäischen Normen zu erfüllen. Allerdings ist Ihnen in diesem Prozess ein weitgesteckter Rahmen wichtig, und Sie wollen sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht definitiv auf den Ausgang der Verhandlungen festlegen.

Zypern (Kypros – Kibris)



HAUPTSTADT Nikosia (234.000 Einwohner)
STAATSFORM Republik, Präsidentialdemokratie
FLÄCHE 9.251 km²
EINWOHNER 871.000
EINWOHNER/KM² 94
BIP/EINWOHNER (2011) 23.300 Euro
WACHSTUMSRATE (2011) 0,5%
ARBEITSLOSENQUOTE 7,9%
SPRACHEN Griechisch, Türkisch, Englisch
RELIGIONEN 93,6% orthodoxe Christen, 1,7% Katholiken, 1,2% Anglikaner, 0,7% Maroniten, 0,7% Muslime, 0,3% armenische Christen
BEITRITT ZUR EG/EU 2004
STAATS- UND REGIERUNGSCHEF Dimitris Christofias
WEITERE INFORMATIONEN www.mfa.gov.cy/mfa/embassies/berlinembassy.nsf

*Der Neue Fischer Weltalmanach 2012 // Wirtschaftsdaten: Eurostat
epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home*

Sie sind die Vertreterin/der Vertreter der Republik Zypern im Rat der Europäischen Union. Ihr Land ist seit dem 1. Mai 2004 Mitglied der EU. Durch die Teilung der Insel in einen türkischen Norden und einen griechisch-zyprischen Süden kommt Zypern in den nun anstehenden Erweiterungsrounden eine besondere Aufmerksamkeit speziell mit Blick auf das Beitritts-gesuch der Türkei zu.

Zypern in der EU und der Zypern-Konflikt
 Zypern stellt einen Knotenpunkt zwischen Europa, Asien und Afrika dar, der jetzt auch für die EU von Bedeutung sein wird. Das Land hat eine sehr alte Kultur und spielte seit dem 10. Jahrhundert immer wieder die kulturelle



und wirtschaftliche Mittlerrolle zwischen den Kontinenten. Auf Zypern wechselten sich islamische und christliche Herrscher ab. Im Zuge des russisch-türkischen Kriegs übernahm Großbritannien 1878 die Verwaltung Zyperns. Von 1925 bis 1960 war Zypern eine britische Kronkolonie.

Mit der militärischen Intervention der Türkei im Jahre 1974 in der Republik Zypern sollte der – aus türkischer Sicht geplante – Anschluss Zyperns an Griechenland durch die griechische Militärdiktatur verhindert und die Verfolgung und Unterdrückung der türkischen Zyprioten beendet werden. Seither ist Zypern faktisch eine geteilte Insel. Im griechisch-zyprischen Südteil der Insel übt die Regierung der von den Vereinten Nationen (UN) als Vertretung für ganz Zypern anerkannten Republik Zypern die effektive Hoheitsgewalt aus.

Die 1983 im türkisch-zyprischen Nordteil der Insel ausgerufenen so genannte „Türkische Republik Nordzypern“ wird – außer von der Türkei – international nicht anerkannt.

Bis heute sichern rund 860 UN-Soldaten und 69 UN-Polizisten auf Zypern den Frieden. Zahlreiche UN-Vermittlungsversuche in den Achtziger- und Neunzigerjahren zur Lösung des Konfliktes schlugen fehl. Mit dem Beitrittsantrag der Republik Zypern zur EU und dem Beginn der Beitrittsverhandlungen am 31. März 1998 verband sich die Hoffnung, auch zu einer Lösung des Zypernproblems zu gelangen. Der Beginn eines griechisch-türkischen Annäherungsprozesses nach dem Erdbeben 1999, direkte Gespräche zwischen den führenden Politikern beider Bevölkerungsgruppen Klerides und Denktasch sowie der Vermittlungsvorschlag des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Kofi Annan („Annan-Plan“), setzten positive Signale.

Zu einem Durchbruch ist es dennoch nicht gekommen. Der Europäische Rat beschloss 2002 in Kopenhagen die Aufnahme der Republik Zypern in die EU. Um dem Land die Möglichkeit zu geben, wiedervereinigt der Europäischen Union beizutreten, wurde beschlossen, im Vorfeld des Beitritts in beiden Teilen der Insel dazu eine Volksbefragung auf der Grundlage des Annan-Plans durchzuführen. In den am 24. April 2004 abgehaltenen Referenden stimmten aber 75,83% der griechischen Zyprioten gegen den „Annan-Plan V“ und 64,9% der türkischen Zyprioten jedoch für dessen Annahme.

Am 1. Mai 2004 wurde die gesamte Insel Mitglied der Europäischen Union, wobei die Geltung des Europäischen Rechts laut Beschluss des Europäischen Rates im nördlichen Teil der Insel, in dem die Behörden der Republik Zypern keine Hoheitsgewalt ausüben, bis zu einer Lösung des Zypernkonfliktes ausgesetzt ist.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Abgesehen von der Erleichterung des Personen- und Warenverkehrs über die „Grüne Linie“ hat es seitdem keine Fortschritte im Zypernkonflikt gegeben. Vielmehr hat die Türkei anlässlich der Unterzeichnung des Zusatzprotokolls zum Ankara-Abkommen am 29. Juli 2005 eine einseitige Erklärung abgegeben, in der sie es nach wie vor ablehnt, die Republik Zypern vor einer Gesamtlösung des Zypernproblems im UN-Rahmen anzuerkennen und auch die Umsetzung des Zusatzprotokolls (besonders die Öffnung von türkischen Häfen und Flughäfen für zypriische Schiffe und Flugzeuge) von zyprischen Konzessionen gegenüber der so genannten „Türkischen Republik Nordzypern“ abhängig macht.

Die „Trennungslinienverordnung“ vom 28.04.2004, die die Bedingungen für die Anwendung des EU-Rechts auf die Trennungslinie, insbesondere den Personen- und Warenverkehr über die „Grüne Linie“ festlegt, stellt klar, dass es sich hierbei nicht um eine EU-Außengrenze handelt und dass die Freizügigkeit der EU-Bürger auch hier gewährleistet ist. In der Praxis können also EU-Bürger – und damit auch griechische und türkische Zypriern – die Trennungslinie an vier Übergängen unter Vorzeigen ihres Personalausweises frei passieren. Der für beide Bevölkerungsgruppen so wichtige fünfte Übergang an der Ledra-Straße im Herzen der Altstadt von Nikosia konnte am 3. April 2008 geöffnet werden.

Unter den neuen Mitgliedstaaten der EU nimmt die Republik Zypern hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eine Spitzenstellung ein. Zyperns Wirtschaftswachstum liegt bei 82% des EU-Durchschnitts und überflügelt damit sogar die EU-Mitgliedstaaten Griechenland, Portugal und Spanien. Außerdem ist das Wachstum fünfmal so hoch wie in Nordzypern, das wirtschaftlich in hohem Maße von der Türkei abhängig ist.



Zypern und die nächste Erweiterung

Der Beitritt Zyperns hat die EU näher an das weiterhin instabile Nordafrika (Maghreb-Staaten) und die Krisenregion des Nahen Ostens gebracht und in Fragen der Sicherheit und der Immigration neue Herausforderungen geschaffen. Andererseits bringt Zypern auch seine guten Kontakte zum Nahen Osten mit in die EU, wodurch diese neue Einflusskanäle gewinnt.

Die aktuelle Erweiterungsrunde ist für Zypern von vitalem Interesse, da mit der Türkei eine „Besatzungsmacht“ der Insel auf der Kandidatenliste steht. Während die Aufnahme des von der Türkei nicht anerkannten Zyperns in die EU ohne den türkischen Nordteil mit einem großen Prestigeverlust für die Türkei verbunden war, stellt sich die Frage jetzt umgekehrt. Erwartungsgemäß steht die zyprische Regierung einem Beitritt der Türkei eher skeptisch gegenüber oder stellt zumindest strenge Bedingungen. In Anbetracht der Tatsache, dass Entscheidungen über den Beitritt neuer Mitglieder zur EU einstimmig gefällt werden müssen, kommt dem Zypernproblem in möglichen zukünftigen Beitrittsverhandlungen auch auf europäischer Ebene hohe Bedeutung zu. Zypern wird in seiner Position oft von Griechenland unterstützt, das ebenfalls mit der Türkei über Hoheitsrechte in der Ägäis im Streit liegt.

Hinsichtlich der Staaten auf dem westlichen Balkan zeigt sich Zypern sehr moderat. Ein Beitritt dieser Staaten erscheint ihm durchaus wahrscheinlich. Den Beitritt Kosovos hält die zyprische Regierung allerdings nicht für möglich. Auch die Unabhängigkeit Kosovos erkennt Zypern nicht an. Gründe für diese Haltung sind sicherlich auch in der Angst zu sehen, dass der mehrheitlich von Türken bewohnte Nordteil der Insel im Falle einer Vereinigung weite Rechte beanspruchen oder aber sogar dauerhaft eine Anerkennung der Eigenstaatlichkeit verlangen könnte.



In der Frage des Namensstreits mit der Mazedonien (aus Ihrer Sicht ist der Name des Landes lediglich: „FYROM“ – the Former Yugoslav Republic of Macedonia) steht Zypern eng an der Seite Griechenlands und schließt sich unkritisch der Position des griechischen „Brudervolkes“ an. Ein Beitritt Mazedoniens ist aber keineswegs ausgeschlossen, sollte sich eine Lösung im Streit um den Namen des Landes ergeben.

Taktik

Die Lösung des Zypernproblems ist nicht nur Ihr dringendstes innenpolitisches Anliegen, es ist auch das wesentliche Thema Ihrer Außen- und Europapolitik. Mit der möglichen Eröffnung einer neuen Erweiterungsrunde, die auch die Türkei einschließt, ist somit eines Ihrer vitalen Interessensgebiete betroffen, das Sie und Ihre Bevölkerung auch emotional stark berührt.

Gleichzeitig bietet die mögliche Aufnahme der Türkei in die EU aber auch die Chance, das Erarbeiten einer Lösung und die Wiedervereinigung der Insel unter europäischem Druck zu beschleunigen oder überhaupt erst zu ermöglichen. Letzteres sollte auch in Ihrem Interesse liegen.

Außerdem sollten Sie im Hinterkopf behalten, dass der letzte Wiedervereinigungsplan an der Ablehnung der griechischen Zyprioten gescheitert ist und deshalb nicht mit einer kompletten Blockadehaltung gegenüber der Türkei in die Verhandlungen gehen. Gleichwohl verlangen Sie von der Vertreterinnen und Vertretern der Türkei ein deutliches Entgegenkommen und Verständnis für die zypriische Position.

Allerdings ist für Sie klar, dass ein Beitritt der Türkei, wenn überhaupt, nur unter der vorherigen Erfüllung einiger elementarer Bedingungen erfolgen kann.



An erster Stelle und als Voraussetzung schon für den Beginn von Beitrittsverhandlungen fordern Sie die Anerkennung der Republik Zypern durch die Türkei. Ihre Argumentation ist hier klar: Es ist undenkbar, Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufzunehmen, solange Ankara einen der 28 EU-Mitgliedstaaten nicht anerkennt. Mit dieser Ausgangsposition gehen Sie in die Verhandlungen. Im Stillen ist Ihnen natürlich bewusst, dass eine solche Anerkennung für die Türkei einen enormen Schritt bedeutet. Als allerletzte Rückfallposition sollten Sie deshalb zumindest vorerst auch eine De-facto-Anerkennung akzeptieren. Eine solche faktische Anerkennung könnte z.B. durch die Ausdehnung der bisherigen Zollunion zwischen der Türkei und der EU auf die 2004 beigetretenen Mitgliedstaaten und damit auch auf Zypern erfolgen. Das käme faktisch einer staatlichen Anerkennung Zyperns gleich, erspart der Türkei jedoch die öffentliche Demütigung.

In Verbindung mit der Forderung nach Anerkennung stellen Sie auch Ihre zweite Bedingung: Ein (zumindest Teil-)Abzug der etwa 36.000 türkischen Soldaten aus dem Nordteil Zyperns.

Im Allgemeinen können Sie bei den Verhandlungen durchaus darauf hinweisen, dass Ihnen wie allen anderen Mitgliedstaaten bei der letztendlichen Entscheidung ein Vetorecht zusteht, um Ihre Verhandlungsposition zu stärken. Im Endeffekt sollten Sie sich aber gut überlegen, ob Sie tatsächlich von diesem Recht Gebrauch machen und damit das Scheitern einer historischen Etappe der europäischen Einigungsgeschichte auf sich nehmen wollen. Gerade als junger und kleiner Mitgliedstaat, der bei zukünftigen Mehrheitsentscheidungen oft auf Unterstützung angewiesen sein wird, empfiehlt es sich nicht, sich so kurz nach dem eigenen Beitritt zu isolieren.

Versuchen Sie stattdessen, bei anderen Regierungen Unterstützung für Ihr Anliegen zu erhalten (Griechenland könnte hier ein Ansprechpartner sein) und tragfähige Kompromisse zu finden.

Ein Beitritt eines eigenständigen Kosovos scheidet für Sie im Moment völlig aus. Alle weiteren Staaten des westlichen Balkans haben jedoch Ihrer Ansicht nach eine realistische Chance, in die EU aufgenommen zu werden

einleitung
szenario
kommission
rat
parlament
bewerber
medien
materialien

Das Europäische Parlament (EP)

europarl.europa.eu

- ▶ Ihre Rolle als Mitglied des Europäischen Parlaments

Seit der ersten Direktwahl 1979 ist das Europäische Parlament die einzige direkt von den Bürgern gewählte Institution in der Europäischen Union. Die Wahlen finden alle fünf Jahre statt. Im Europäischen Parlament sitzen derzeit mehr als 750 Abgeordnete. Die-

se kommen aber nicht nach ihren Herkunftsländern, den 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union, zusammen, sondern haben sich in verschiedenen politischen Gruppen (den so genannten Fraktionen) organisiert, beispielsweise in der „Fraktion der Europä-

Die Entscheidungsfindung in der Europäischen Union ist zwischen den gemeinschaftlichen europäischen Institutionen (Europäisches Parlament und Europäische Kommission) und den Regierungen der Mitgliedstaaten exakt aufgeteilt.

Der Rat der Europäischen Union besteht aus den Ministern der Mitgliedstaaten und wirkt als Legislative (rechtsetzende Gewalt) und Exekutive (ausführende Gewalt). Der Schwerpunkt seiner

Tätigkeit liegt jedoch auf der Gesetzgebung, denn bis auf wenige Ausnahmen überträgt der Rat der Kommission die Befugnis zur Umsetzung der von ihm verabschiedeten Rechtsvorschriften. Die Europäische Kommission erlässt folglich in der Regel die notwendigen Durchführungsvorschriften, um beschlossene Rechtsakte umzusetzen.

Je nach angewandtem Entscheidungsverfahren hat das Europäische Parlament mehr oder weni-

ger Mitbestimmungsrechte bei der europäischen Gesetzgebung. Bei der Erweiterung der EU ist die Zustimmung des Europäischen Parlaments am Ende des Verfahrens erforderlich.

Deswegen kann der Rat der Europäischen Union das Europäische Parlament im Entscheidungsprozess nicht außer Acht lassen, sondern muss immer seine Position mit bedenken.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

ischen Volkspartei (EVP)“ oder in der „Fraktion Die Grünen/Freie Europäische Allianz“ (siehe unten). Fast alle Fraktionen haben mittlerweile Beziehungen zu Parteien ihrer politischen Ausrichtung in den Ländern geknüpft, die der EU beitreten möchten, und diese in ihre Strukturen auf europäischer Ebene eingebunden.

Das Europäische Parlament ist ein öffentliches Forum der Meinungsäußerung und mitentscheidendes Organ der Gemeinschaft. Wichtige fraktionsübergreifende Interessen sind die Verstärkung der demokratischen Strukturen der EU und das Forcieren der europäischen Einigung. Das Europäische Parlament konnte seine Zuständigkeiten zwar in mehreren Etappen erweitern, es besitzt jedoch keine den nationalen Parlamenten vergleichbaren Kompetenzen. Da das Europäische Parlament durch die Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedstaaten gewählt wird, versteht es sich als demokratisches Modell der Uni-

Das Europäische Parlament (EP) unterscheidet sich erheblich von nationalen Parlamenten (wie z.B. dem Deutschen Bundestag), da es nur eingeschränkte parlamentarische Zuständigkeiten besitzt. Die Rechte, die das EP im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens besitzt, hängen im Wesentlichen vom Politikfeld ab, in dem die Entscheidung getroffen wird. Seit dem Vertrag von Lissabon sind diese Rechte stark angestiegen. In nahezu allen Politikfeldern ist das EP neben dem Rat in Bezug auf die Entscheidungsfindung gleichberechtigt.

on und als Vertretung der Interessen ihrer Bürger. Es hat kein Initiativrecht, darf also keinen eigenen Vorschlag zur Erweiterung machen. Auch darin unterscheidet sich das Europäische Parlament ganz deutlich von den nationalen Parlamenten.

Für Entscheidungen im Europäischen Parlament sind nicht die nationalen Interessen ausschlaggebend, sondern die Zusammenset-

Außerdem kann es Untersuchungsausschüsse einrichten. Bei der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik besitzt das Europäische Parlament bis heute nur eingeschränkte Rechte der Mitbestimmung. Hier dominiert weiterhin der Rat. Wesentlich stärker ist die parlamentarische Befugnis beispielsweise bei der erwähnten Aufnahme weiterer Länder in die EU (Verfahren der Zustimmung, vgl. Art. 49 EU-Vertrag) und beim ordentlichen Rechtssetzungsverfahren, das für einen großen Teil aller Politikbereiche Anwendung findet.

zung und die politischen Leitlinien der Fraktionen, die sich europaweit gebildet haben.

Trotz aller betont europaeuphorischen Reden vertreten die Europaparlamentarier keine einheitliche Meinung. Die Kontroverse „Vertiefung oder Erweiterung der EU“ verläuft quer durch alle Fraktionen des Europäischen Parlaments.



Als Abgeordnete/r im EP berücksichtigen Sie bei Ihrer Arbeit auch Stimmungen und Tendenzen im eigenen Land. Sie fühlen sich neben Ihrer Parteizugehörigkeit auch an Ihre Wahlversprechen und die Interessen der Wählerinnen und Wähler gebunden.

Weil die Entscheidungen in der EU vom Parlament und dem Rat der Union gefällt werden, ist es für die Mitglieder des Europäischen Parlaments unvermeidlich, Kompromisse mit den anderen Fraktionen einzugehen, um Druck auf den Rat der Union ausüben zu können. Deswegen ist es empfehlenswert, die Zeit zwischen Sitzungen und Diskussionen im Parlament für Verhandlungen mit anderen Kollegen zu nutzen, um eine akzeptable Position zu finden. Damit die eigene Position im EP mehrheitsfähig wird, benötigen Sie die Unterstützung anderer Fraktionen.

Aufteilung der Abgeordneten nach Fraktionen

Um qualifizierte Mehrheiten erlangen zu können, ist deswegen oft eine Übereinkunft der großen Parteien im EP notwendig. Sie sollten bedenken, dass jede Entscheidung, die Sie unterstützen, jeder politische Kommentar und jede politische Handlung Auswirkungen auf Ihre Wählerinnen und Wähler haben und Ihre Wiederwahl beeinträchtigen kann. Außerdem sollten Sie in Ihrem politischen Handeln nie die Medien vergessen!

Auf jeden Fall versuchen Sie als Mitglied des EP die europäische Integration und ihre Auswirkungen auf die alltägliche Politik weiter voranzutreiben. Besonders bei den Menschenrechten, der Umweltschutzpolitik, bei der Berücksichtigung der sozialen Dimension des Binnenmarktes und dem Verbraucherschutz ist das EP inzwischen ein Vorbild für andere Institutionen und Zusammenschlüsse in der Welt geworden. Als Mitglied kann es deswegen nicht in Ihrem Interesse sein, wenn dieses Image möglicherweise durch eine Geringschätzung des Parlaments beeinträchtigt wird. Die Europäische Union soll zu einem demokratischen und handlungsfähigen politischen Gebilde weiterentwickelt werden.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

In unserem Planspiel existieren maximal sieben Fraktionen. Sie sind entweder ein Mitglied der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP), der Fraktion der progressiven Allianz der Sozialisten und Demokarten im Europäischen Parlament (S&D), der Fraktion „DIE GRÜNEN/Freie Europäische Allianz“ im Europäischen Parlament (Greens/EFA), der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE), der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten (ECR), der Konföderation der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) oder Sie sind Mitglied der Fraktion Europa der Freiheit und der Demokratie (EFD). Es ist klar, dass Sie als Mitglied des EP (MdEP) die politischen Ideen Ihrer Fraktion vertreten und versuchen, Ihre politischen Positionen in Entscheidungen des EP durchzusetzen.

Wichtig: Es hängt nur von Ihnen ab, wie Sie Ihre Rolle als Mitglied des Europäischen Parlaments (MdEP) spielen. Sie können Initiativen vorantreiben, Ihre Position erlaubt es Ihnen aber auch, Pläne zu blockieren. Sie können die Medien als Mittel zur Stärkung Ihrer politischen Positionen benutzen, Sie können vielleicht sogar die politischen Lager verändern. Sie alleine bestimmen, was das Beste für Sie und Ihre Wählerinnen und Wähler ist!

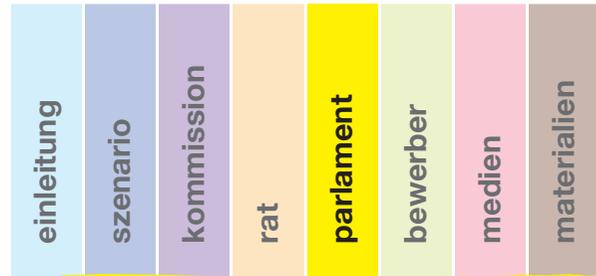
Zur Erinnerung: Welche Rolle spielt das EP im Erweiterungsprozess?

Art. 49 EUV [Aufnahme weiterer Mitglieder]

„Jeder europäische Staat [...] kann beantragen, Mitglied der Union zu werden. Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente werden über diesen Antrag unterrichtet. Der antragstellende Staat richtet seinen Antrag an den Rat; dieser beschließt einstimmig nach Anhörung der Kommission und nach Zustimmung des Europäischen Parlaments, das mit der Mehrheit seiner Mitglieder beschließt. Die vom Europäischen Rat vereinbarten Kriterien werden berücksichtigt.“

Hinweis: Aus spieltechnischen Gründen wird nur eine Ausschusssitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten simuliert!





Ihre Aufgaben als Mitglied des Europäischen Parlaments während der Simulation

- ▶ Sie erarbeiten sich mit Hilfe des Rollenprofils Ihre Position; bei der Eröffnungsrede der Kommissionspräsidentin/des Kommissionspräsidenten besteht die Möglichkeit zu ersten informellen Kontakten.
 - ▶ Sie wählen die/den Vorsitzende/n mit einfacher Mehrheit (50%+1 der in der Sitzung anwesenden Mitglieder des Parlaments). Sie klären und verabschieden eine Geschäftsordnung, z.B. Redezeiten, Ablauf, Protokoll. Sie geben ein individuelles Statement ab (max. drei Minuten pro Statement).
 - ▶ Sie erhalten die Beitrittsanträge und beraten diese in der ersten Ausschusssitzung.
 - ▶ Sie geben eine erste Pressekonferenz.
 - ▶ Auf der Grundlage der Anträge erarbeiten Sie eine gemeinsame Stellungnahme.
- ▶ Sie laden Delegierte der Beitrittsländer zur Darstellung ihrer Gesuche ein und hören sich deren Präsentation an. Sie geben Ihre Stellungnahme an den Rat weiter.
 - ▶ Sie werden von der Kommission über den Fortgang der Verhandlungen informiert und haben die Möglichkeit, Pressegespräche zu führen.
 - ▶ Der Ausschuss des Europäischen Parlaments simuliert nun das Vollplenum des Europäischen Parlaments. Die Stellungnahme des Ausschusses stellt die Basis der Parlamentsentscheidung dar. Das Europäische Parlament muss mit absoluter Mehrheit seiner Mitglieder abstimmen (für ein positives Votum müssen mindestens 50%+1 der Mitglieder des Parlaments für die entsprechenden Vereinbarungen stimmen). Vertreter der Beitrittsländer sind Gäste bei der Abstimmung.
- ▶ Sie haben die Möglichkeit, Reden für die feierliche Aufnahmekonferenz vorzubereiten.
 - ▶ Auf der gemeinsamen Aufnahmekonferenz halten zwei Abgeordnete eine Rede zur Unterzeichnung der Beitrittsabkommen und stehen für eventuelle Interviews oder eine Talkshow bereit.



Fraktion „Europäische Volkspartei“ im Europäischen Parlament (EVP)

- ▶ www.eppgroup.eu

Die Europäische Volkspartei ist der Zusammenschluss von Parteien, die sich christlich-demokratischen Grundwerten und Traditionen verpflichtet fühlen. Sie will grundlegende Werte verwirklichen, die auf der unveräußerlichen und unantastbaren Würde der Menschen beruhen: Freiheit, Chancengleichheit, soziale Gerechtigkeit und aktive Solidarität. Die Freiheit des Menschen begründet das Recht und die Pflicht eines jeden, die volle Verantwortung für seine Handlungen und Entscheidungen zu tragen sowie eine Mitverantwortung gegenüber seinem Nächsten und der Schöpfung zu übernehmen. In diesem Sinne versteht sich die

EVP als eine politische Partei der Werte. Die EVP tritt für eine vereinte und handlungsfähige Europäische Union ein, um die Stabilität des Kontinents zu fördern und zur Stärkung Europas in der Welt beizutragen. Die Europäische Union soll durch ihre Bürgerinnen und Bürger weiterentwickelt werden.

Die EVP-Fraktion hat sich für die derzeitige Legislaturperiode 10 Prioritäten gesetzt:

- ▶ die Verteidigung starker Werte
 - ▶ eine wirkliche transatlantische Solidarität
 - ▶ gemeinsame Werte der Europäer und ihrer Nachbarn
 - ▶ konkrete und gezielte Lösungen für die Finanzkrise und eine verstärkte wirtschafts-
- politische Abstimmung sowie die Vollen-
- derung eines wirksamen Binnenmarkts
- ▶ die Reform des EU-Haushalts und seiner Finanzierung
 - ▶ die Verstärkung des Kampfes gegen den Terrorismus und den Schutz der Bürger angesichts der organisierten Kriminalität;
 - ▶ eine kohärente Energiepolitik im Rahmen der Bewältigung des Klimawandels und der nachhaltigen Entwicklung
 - ▶ die Ernährungs- und Lebensmittelsicherheit
 - ▶ eine gemeinsame Einwanderungspolitik
 - ▶ die Stärkung der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten, insbesondere im Rahmen der Kohäsionspolitik und der Verteidigung der Werte des europäischen Sozialmodells



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Die EU muss darüber hinaus offen bleiben für europäische Staaten, die am gemeinsamen Haus Europa weiterbauen möchten, denn nur die Erweiterung überwindet die Teilung Europas. Voraussetzung ist, dass neue Beitrittsländer sich zur Einhaltung der in der Union geltenden Werte verpflichten und diese im Rahmen einer parlamentarischen und pluralistischen Demokratie praktizieren. Sie müssen sich an den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft orientieren und bereit sein, an allen vereinbarten Projekten teilzunehmen. Mit der Erweiterung verbunden bleiben muss die Vertiefung dieser Werte, die insbesondere dem Abbau von Demokratie in der EU entgegenwirken soll.

Die angestrebte Erweiterung um die Staaten des westlichen Balkans erfordert auch ein prinzipielles Nachdenken über die Grenzen der Erweiterung und macht institutionelle Veränderungen notwendig. Als Ziel der EU sieht die EVP eine föderale Europäische Union.

Eine völlig überhastet eingeleitete Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei hat aus Sicht der EVP erheblich zu einer allgemeinen Verunsicherung und Orientierungslosigkeit der europäischen Öffentlichkeit gegenüber der zukünftigen EU-Erweiterungsstrategie beigetragen. Seit vielen Jahren fordert die Fraktion mit Nachdruck, dass eine Erweiterung nur mit gleichzeitigen institutionellen Reformen der EU möglich ist. Diese Position fand nach Meinung der Fraktion mit dem Verfassungskonvent bei den Mitgliedstaaten erst spät Gehör und konnte bis heute nicht umgesetzt werden. Daraus allerdings den Schluss zu ziehen, dass nach der Erfül-

lung der Kriterien durch die Beitrittskandidaten keine weiteren Aufnahmen mehr zugelassen werden können, wäre fatal. Es müssen vielmehr die Instrumente geschaffen werden, die durch eine konsequente Umsetzung der EU-Verfassung möglich sind, um so eine Aufnahmefähigkeit der EU wieder herzustellen. Ohne institutionelle Reformen scheint die Aufnahme neuer Staaten nur sehr schwer möglich zu sein.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Allen Staaten des westlichen Balkans soll die Aufnahme in die EU angeboten werden. Das große bisherige Engagement der EU auf dem Balkan muss konsequent und zielgerichtet mit der Annäherung dieser Länder an die EU fortgesetzt werden. Dies war und ist aus Sicht der Fraktion nach den schrecklichen Auseinandersetzungen im ehemaligen Jugoslawien ein wichtiger Motor für die dort notwendigen Veränderungen. Ein einfacher Blick auf die Landkarte zeigt: Diese Region liegt mitten in der EU, ihre Stabilität ist somit entscheidend für die Stabilität Europas.

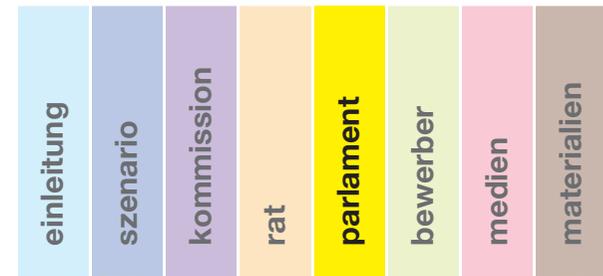
Entscheidend ist, dass den mittel-, ost- und südosteuropäischen Staaten die Perspektive einer schrittweisen Integration in die Europäische Union gegeben wird, damit in diesen Ländern die Strukturen für eine demokratische Gesellschaft und ein modernes Staatswesen gestärkt werden. Die Unterstützung für Mittel-, Ost- und Südosteuropa muss sich besonders auf die Entwicklung einer ökologisch orientierten sozialen Marktwirtschaft richten.

Die Aufnahme der Türkei ist aufgrund von Menschenrechtsfragen in der Fraktion immer wieder umstritten. Es gibt jedoch auch Stimmen, die sagen, dass die Türkei – weil sie ein muslimisch geprägtes Land ist – aus religiösen und kulturellen Gründen keinen Platz in der europäischen Union habe.

Die EU-Mitgliedschaft darf aber nicht das einzige verfügbare Mittel sein, um anderen europäischen Ländern nahezu legen, dass sie im eigenen Interesse Reformen durchführen sollten. Es bedarf alternativer Möglichkeiten, wie die Europäische Union in ihrem Umkreis einen Raum des Friedens, der Stabilität, der Demokratie und des Wohlstands schaffen kann und diejenigen Nachbarn, die enge Beziehungen zur Union wünschen, fest in die politische Sphäre der EU einzubinden.

Dabei kann die europäische Nachbarschaftspolitik, die die Europäische Union für den südlichen Mittelmeerraum und die strategische Partnerschaft mit Russland entwickelt hat, weiter ausgebaut und verstärkt werden.





Die Fraktion sieht darüber hinaus eine europäische Perspektive für Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Moldau und die Ukraine durch weitere Assoziierungsabkommen, allmähliche Einbeziehung in die Wirtschaft der EU und Erleichterungen für die Bürger dieser Länder (Visaerleichterungen und Rückübernahmeabkommen für Flüchtlinge).

Die EVP-Fraktion verweist dabei deutlich auf grundlegende Bedeutung der Werte der EU: demokratischer Verfahren, gute Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit, Recht der Bürger auf Information und Durchführung unabhängiger Wahlen

Ihre Aufgabe als Mitglied der Fraktion

Als politische Kraft der Mitte, des Ausgleichs und für die soziale Marktwirtschaft war die EVP schon immer eine der größten Fraktionen, seit der letzten Wahl ist sie sogar die stärkste Kraft im Europäischen Parlament. Aus dieser Position heraus haben Sie einen großen Einfluss auf alle Diskussionen im Plenum. Dennoch besitzen Sie nicht die Mehrheit und sind deshalb nicht in der Lage, auf Initiativen der Kommission allein zu reagieren. Eine fraktionsinterne Einigung ist deshalb wichtig.

Sie brauchen aber auch die Unterstützung der anderen politischen Fraktionen und müssen in Ihren Überlegungen berücksichtigen, dass die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (S&D) gleichfalls sehr stark ist und leicht Ihre Initiativen blockieren kann, wenn sie die Unterstützung der kleineren Gruppen erhält.

So liegt es an Ihnen, den richtigen Mittelweg zu finden. Denn einerseits müssen Sie einen Kompromiss suchen, was zur Aufgabe Ihres politischen Profils führen kann, andererseits kann das Festhalten an den eigenen Positionen eine Schmälerung des Einflusses des EP bedeuten, wenn Sie sich mit Ihren Kollegen nicht einigen können. Damit würde die Entscheidung am Ende in die Hände der Kommission und des Rates der Europäischen Union gelegt werden.

In jeder Fraktion gibt es Experten für bestimmte Politikbereiche. Sie gehören dem „Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten“ an und arbeiten hauptsächlich an Fragen der künftigen Gestaltung einer sich wandelnden und erweiternden Europäischen Union. Es liegt an Ihnen, die Chancen und Risiken einer EU-Erweiterung um südosteuropäische Staaten kritisch zu beleuchten, und Ihre Aufgabe ist es, sich mit den anderen Mitgliedern der EVP über eine gemeinsame Position gegen-

einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	------------------	----------	--------	-------------

über der Erweiterungsfrage zu verständigen. Weiterhin werden Sie sich auf die Suche nach Verbündeten in anderen Fraktionen begeben, mögliche Koalitionen finden und die Thematik im Parlament kontrovers diskutieren, um den politischen Gegner von der eigenen politischen Auffassung zu überzeugen. Aber denken Sie immer daran: Es ist nutzlos, nur zu reden, ohne zuzuhören. Um die Arbeit des EP effektiv zu gestalten, müssen Sie an einem Kompromiss arbeiten, damit Sie auch solchen Vorschlägen des Rates der Union erfolgreich entgegenreten können, die möglicherweise nicht auf der Linie des EP liegen.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Die Abgeordnete/der Abgeordnete der EVP im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Bulgarien



Bulgarien und die europäische Integration – die Position der GERB (bulgarisch ГЕРБ)

Das Initialwort GERB setzt sich im Bulgarischen aus den Anfangsbuchstaben von *Graschdani sa Ewropejsko Raswitie na Balgaria/Graždani za Ewropejsko Razwitie na B lgarija/Bürger für eine europäische Entwicklung Bulgariens* (bulg. „Граждани за европейско развитие на България“) zusammen. Zugleich hat das Wort „gerb“ die Bedeutung Wappen. Die Partei ist seit 2007 Mitglied der Fraktion der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament.

Bereits kurz nach ihrer Gründung wurde GERB die führende politische Kraft in Bulgarien. Im Mai 2007 gewann sie die Wahlen für das Europäische Parlament. Bei den landesweiten Kommunalwahlen im Oktober 2007 erhielt GERB ebenso die meisten Stimmen im Land und die Mehrheit in einigen Großstädten.

Zu den Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahre 2009 trat GERB ohne Koalition mit anderen Parteien an und konnte diese mit 24,36 Prozent gewinnen.

Ein wichtiges Ziel der GERB ist, die Mafia und die Korruption im Lande zu bekämpfen, sowie das Vertrauen Europas zurückzugewinnen.

Obwohl es sich um eine junge Partei handelt, geht sie davon aus, dass sie das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger gewinnen konnte, um ein besseres und europäisches Bulgarien aufzubauen. Dieses neue, bessere Bulgarien soll für alle Menschen im Land gelten, unabhängig ihrer Rasse, der ethnischen Abstammung, des Geschlechts oder des Alters.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	------------------	----------	--------	-------------

GERB ist eine Partei, die an die christlich-demokratischen Prinzipien glaubt, die Wurzeln der Partei liegen im Christentum, in der Familie und den traditionellen Werten, die aus der Sicht der GERB sehr wichtig sind für diese sehr unsichere Welt heute.

GERB versucht in dieser unsicheren Welt für alle Bulgaren Stabilität und den Glauben an den morgigen Tag zurückzubringen. Dies soll insbesondere erreicht werden durch eine liberale Demokratie, die auf den Grundlagen der Freiheit, der Verantwortung, des Fortschritts, der Solidarität und der Gerechtigkeit fußt. Parallel dazu stehen natürlich die christlichen Werte als Grundlage der Traditionen. GERB ist froh über die Tatsache, dass Bulgarien mit seinem spezifischen historischen Hintergrund und seiner Kultur ein Mitgliedsland der EU geworden ist.

Daher möchte die Partei an einem positiven Image Bulgariens in der EU arbeiten, allerdings müsse sich auch die Eigenwahrnehmung der Bulgaren in diesem Zusammenhang ändern. Die Mitgliedschaft Bulgariens in der EU stelle eine einzigartige historische Chance dar, daher arbeitet die Partei unentwegt an dem weiteren Integrationsprozess des Landes.

Wichtig ist dabei jedoch, dass Korruption und organisierte Kriminalität im Land bekämpft werden und die Bürgerinnen und Bürger wieder den Glauben an die staatlichen Institutionen erhalten. Die Partei möchte aus diesem Grund ein effektives System für die Verteilung der Fördermittel der EU einrichten, um weiteren Schaden, der durch das bisherige korrupte Staatswesen entstand, zu vermeiden.

Die Partei will daher einen Dialog mit den bulgarischen Bürgerinnen und Bürgern führen, um diese in die politischen Entscheidungsprozesse einzubinden.

Die EU steht aus der Sicht der GERB vor großen Herausforderungen, wie z.B. der Finanzkrise, der globalen Welterwärmung, der Arbeitslosigkeit, Migration und der demografischen Entwicklung, deren Lösung weder schnell noch leicht ablaufen wird; doch jede Krise stellt nach Meinung der Partei auch eine Chance dar!

Bulgarien soll eine aktive Rolle in der Realisierung der politischen Vision für den westlichen Balkan und der „Ost-Partnerschaft“ mit einem Schwerpunkt auf die Schwarzmeerregion spielen.



Daher will Bulgarien die EU-Beitrittsperspektive der Länder des westlichen Balkans mit konkreten Initiativen unterstützen.

Bulgarien soll aber ganz klar auf seine eigenen nationalen Interessen achten und v.a. auch die Rechte der Bulgaren in den Ländern der Region wahren. Sie kritisieren Mazedonien insbesondere dahingehend, dass die mazedonische Regierung versuchen würde, sich bulgarische Geschichte anzueignen.

Dieses Verhalten trage nicht positiv dazu bei, dass sich GERB kooperativ beim weiteren Integrationsprozess in die EU zeigt. Sie gehen vielmehr davon aus, dass es sich bei dem Staat Mazedonien um eine Konstruktion der Neuzeit handele und der heutige mazedonische Staat ursprünglich ein Teil des historischen Bulgariens sei, wobei dieser Sachverhalt in Mazedonien häufig übersehen würde. Menschen, die diesen Sachverhalt formulieren, würden – so nehmen sie es wahr – in Mazedonien benachteiligt werden.

Ferner muss der Status der in den Nachbarländern lebenden Bulgaren aus der Sicht der Partei geklärt werden.

Taktik

Sie verfolgen das Ziel der Erweiterung der Europäischen Union. Natürlich müssen die Beitrittsländer politische und wirtschaftliche Bedingungen erfüllen, bevor der Beitritt zur Union möglich ist. Bei ihren Reformbemühungen sollte die EU die beitrittswilligen Länder aber großzügig unterstützen, ohne die Hilfe für die strukturschwachen Gebiete der jetzigen Mitgliedstaaten und vor allem Bulgariens zu kürzen.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Ihnen ist sehr an einer engen Kooperation mit diesen Nachbarländern gelegen, um so auch Probleme, wie die illegale Immigration nach Europa und die Bekämpfung des islamistischen Fundamentalismus und Terrorismus zu lösen. Von beiden Problemen sind Sie aufgrund Ihrer geografischen Lage ganz besonders betroffen.

Sie sind sich bewusst, dass Ihre Stimme als Angehöriger der stärksten Fraktion im Europäischen Parlament Gewicht hat. Versuchen Sie deshalb, innerhalb Ihrer Fraktion zu einer Einigung über die wichtigsten Positionen der Erweiterungspolitik zu kommen. Stellen Sie in den Beratungen die Notwendigkeit einer raschen Erweiterung dar.

In Ihren Augen schafft die Aufnahme der Türkei in die EU nicht zwingend eine größere Zone der Stabilität und der Demokratie, von der im Endeffekt nicht alle Seiten profitieren müssen. Ohne dies offen auszusprechen, sind Sie aber der Meinung, dass ein Beitritt der Türkei die Position und Interessenvertretung der südöstlichen Mitgliedstaaten innerhalb der EU stärken würde.

Eine besonders starke Bindung unterhält Bulgarien – nicht zuletzt aus historischen Gründen – zu Mazedonien. Im Rahmen des Engagements für den Balkan nimmt daher aus bulgarischer Perspektive besonders Mazedonien eine wichtige Rolle ein. Sie sehen sich als Nachbar Mazedoniens, der enge historische Verbindungen zu Mazedonien unterhält. Die Geschichte Bulgariens und Mazedoniens hat in Bereichen der slawischen Sprache und Kultur einen gemeinsamen Ursprung. Aus Ihrer Sicht ist dieses aber der Ursprung ausschließlich der bulgarischen Kultur, aus dem sich erst später auch das heutige Mazedonien entwickelt habe, das nun versucht das „bulgarische kulturelle Erbe“ zu leugnen. Dass Griechenland ebenso das kulturelle Erbe Mazedoniens in der Region für sich beansprucht, ignorieren Sie.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Die Abgeordnete/der Abgeordnete der EVP im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Bulgarien



Die Union der Demokratischen Kräfte (*Съюз на Демократичните Сили/SDS*) ist eine christlich-demokratische Partei und Mitglied der Fraktion der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament.

Gründung der Partei

Die SDS wurde im Dezember des Jahres 1989 als Bündnis von zehn oppositionellen Parteien im damals noch kommunistischen Bulgarien gegründet.

Die SDS beteiligte sich an der ersten demokratischen Regierung unter Führung der Sozialisten. Unter der späteren alleinigen Politik der Sozialisten geriet der Staat 1996 wirtschaftlich in den Ruin. In diesem Zeitraum wurde 1996 die Koalition „Vereinte Demokratischen Kräfte“ (ODS) gegründet.

Die wirtschaftliche Lage im Land verschlechterte sich und führte im Winter 1996/97 zur Inflation und Massenprotesten im ganzen Land, welche von der ODS geleitet wurden.

Bei den vorgezogenen Wahlen zum Parlament im April 1997 konnte die SDS (erneut in einer ODS Koalition) die absolute Mehrheit im Parlament erringen.

Zu den Europawahlen 2009 und zu den bulgarischen Parlamentswahlen am 5. Juli 2009 trat die SDS als Teil der sogenannten „Blauen Koalition“ an.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Die Partei der Minderheiten

Die SDS vertritt hauptsächlich die Interessen der türkischen Minderheit und anderer Minderheitengruppen in Bulgarien. Die Partei bezeichnet sich selber als liberal-demokratische Partei, die sich in der Mitte des politischen, eher konservativen Spektrums in Bulgarien positioniert. Die Situation der Minderheiten, auch der großen türkischen Minderheit in Bulgarien, ist nicht einfach. Die Inanspruchnahme von Minderheitenrechten wird zum Teil sehr erschwert. Die Situation der Minderheit der Roma kann sogar als kritisch bezeichnet werden.

Programm der Partei

Seit der Gründung verfolgt die Partei, ohne jedwede Änderung ihres politischen Kurses, folgende grundlegende liberale Werte: Freiheit, Toleranz, Verantwortung, insbesondere der Schutz der Rechte und Freiheiten der Einzelperson und der Minderheiten wird eine große Bedeutung eingeräumt. Die Minderheiten in Bulgarien sollen in alle gesellschaftlichen Bereiche integriert werden. Im Vordergrund stehen dabei ganz besonders die Bereiche: Soziales, Kultur und Wirtschaft.

Die Partei möchte für die bulgarische Gesellschaft ein grundlegendes Toleranzmodell aufbauen, in dem die Toleranz gegenüber den Minderheiten als gesellschaftliche Bereicherung angesehen wird. Dabei ist es wichtig, dass die Angehörigen der Minderheiten ihre Muttersprache erlernen können.

So können diese Menschen die eigene Kultur ausbilden und pflegen sowie einen Beitrag zu einer multikulturellen und toleranten Gesellschaft im Gesamtkontext eines vereinten Europas leisten.

Die Partei möchte insbesondere den destruktiven Tendenzen im Kontext des ethnisch motivierten Krieges in den 90-er Jahren im ehemaligen Jugoslawien etwas entgegensetzen und die Logik der Intoleranz und des Hasses auf Grundlage einer unterschiedlichen Herkunft und Zugehörigkeit der Menschen in Bulgarien durchbrechen.



Die SDS als proeuropäische Partei

Die Partei setzt sich auf europäischer Ebene ein für die effektive Verwendung der EU-Fördermittel im Bereich der Landwirtschaft. In diesem Zusammenhang soll die Landwirtschaft modernisiert und vor allem auf Bio-Landwirtschaft gesetzt werden.

Im Zuge der Integration Bulgariens in die EU soll auf regionaler Ebene eine Politik umgesetzt werden, die die unterschiedlichen Entwicklungsstufen im sozialen und wirtschaftlichen Bereich versucht auszugleichen.

Die Partei möchte ein Informationssystem für die Bürgerinnen und Bürger über die Chancen, aber auch Verpflichtungen einrichten, die aus einer Mitgliedschaft in der EU erwachsen.

Sie möchte Reformen in der Verwaltung einleiten, um den Bürgerinnen und Bürgern einen modernen und effektiven Service bieten zu können.

Dem Integrationsprozess der Länder des westlichen Balkans steht die Partei sehr positiv gegenüber. Insbesondere aber den Beitritt der Türkei fördern sie massiv und stehen damit in einem gewissen Konfrontationskurs zu anderen, konservativen Parteien in Bulgarien.

Taktik

Sie sitzen als Vertreterin/Vertreter der SDS in der Fraktion der EVP. Die SDS ist traditionell eine der stärksten BefürworterInnen und UnterstützerInnen der europäischen Integration in Bulgarien und hat diese immer aktiv vorangetrieben. Sie sind für eine erneute Erweiterung der Europäischen Union, da diese Ihrer Meinung nach mittel- und langfristig nur Vorteile sowohl für die Mitgliedstaaten, als auch für die Beitrittskandidaten bringt und das europäische Modell von Stabilität und Frieden weiter ausdehnen wird.

Sie gehen davon aus, dass sich ebenso die Situation der Minderheiten in Bulgarien verbessern wird, wenn die Nachbarstaaten Bulgariens, in denen ein großer Teil der Minderheiten in Bulgarien ihre Wurzeln haben, zügig beitreten.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Sie engagieren sich sehr deutlich für die Türkei, aber auch für Mazedonien und Serbien. Im Hinblick auf den Namensstreit zwischen Mazedonien und Griechenland stützend Sie offensiv die Position von Mazedonien.

Auch wenn bei den Verhandlungen die Staaten anfangs gleichberechtigt behandelt werden müssen, sollten die Beitritte zu unterschiedlichen Zeiten und Bedingungen erfolgen können. Sie pochen auf die strikte Anwendung der Kopenhagener Kriterien bei der Prüfung der Beitrittsgesuche, insbesondere auf die Einhaltung von Minderheitenrechten und Religionsfreiheit.

Ihrer Meinung nach müssen die beitriftswilligen Länder den gesamten gemeinschaftlichen Besitzstand vor einem Beitritt übernehmen, weshalb ihnen eine lange Übergangszeit eingeräumt werden muss. Sie wissen aus den Erfahrungen im Zuge des Beitritts von Bulgarien in die EU, dass ein verfrühter Beitritt dazu folgen kann, dass die Bereitwilligkeit zur Übernahme europäischer Regeln schnell nachlassen kann.

Als Vorbedingung weiterer EU-Beitritte gilt für Sie der Abschluss der unionsinternen Reformen der Institutionen, der Finanzierung, der Agrarpolitik und der Strukturfonds. Die beitriftswilligen Staaten müssen ihre Wirtschaftsstrukturen liberalisiert und eine gewisse Wettbewerbsfähigkeit für die große Dynamik des europäischen Binnenmarktes erreicht haben.



Die/der Abgeordnete der EVP im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Deutschland



Die CDU und die europäische Integration

Die Christlich Demokratische Union (CDU) stellt die größte Delegation innerhalb der Fraktion der EVP im Europäischen Parlament dar und verfügt demnach über den wohl größten Einfluss auf die Parlamentspolitik. Die CDU ist traditionell einer der stärksten Befürworter und Unterstützer der europäischen Integration und hat diese immer aktiv vorangetrieben. Aktuell liegt der Fokus der Partei unter anderem auf der Asylpolitik und der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

Im Bereich der Flüchtlings- und Asylpolitik setzt sich die CDU stark für die Beibehaltung nationaler Entscheidungskompetenzen ein. Die Asylpolitik sollte ihrer Ansicht nach zwar auf europäischer Ebene besser geregelt werden, wobei insbesondere der Schutz der Grenzen vor illegaler Einwanderung und Schleuserkriminalität im Vordergrund steht, dies sollte jedoch nicht aufgrund von Entscheidungen des Europäischen Rates geschehen, sondern vom EU-Parlament oder von nationalen Parlamenten legitimiert werden.

In der Außen- und Sicherheitspolitik fordert die CDU ein verantwortungsvolleres Handeln der EU. So sollen die Militärstrukturen innerhalb der EU ausgebaut werden, damit die EU innerhalb der NATO größere Beiträge zu internationalen Einsätze leisten kann. Europäische Sicherheitsstrukturen sollten jedoch nicht zu Lasten der USA gehen, sondern dem transatlantischen Bündnis eine größere Handlungsfähigkeit verschaffen.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Erweiterung der Europäischen Union – die Position der CDU

In den vergangenen Jahren stellte die Europäische Kommission die Heranführung der Staaten des westlichen Balkans an die Europäische Union in den Vordergrund ihrer Politik, der Beitritt Kroatiens konnte erfolgreich vollzogen werden.

Die zentrale Aufgabe der europäischen Erweiterungspolitik besteht aus Sicht der CDU darin, das bisher Erreichte zu konsolidieren, die in den jetzigen Kandidatenländern begonnenen Reformen unumkehrbar zu machen und im Rahmen der Beitrittspartnerschaften sowie der Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen zu wirtschaftlicher Entwicklung, Zusammenarbeit und gutnachbarschaftlichen Beziehungen beizutragen. Die Staaten des westlichen Balkans haben und behalten eine Perspektive auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union.

Die Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit den potentiellen Beitrittskandidaten auf dem westlichen Balkan sind ein mit Konditionalitäten ausgestattetes Instrument, das es den beitriftswilligen Ländern ermöglicht, durch individuelle Reformschritte das Tempo der Annäherung an die Europäische Union selbst zu bestimmen.

Jedes Beitrittsland verdient dabei eine individuelle Beurteilung seiner Beitrittsreife.



Die Lage im Kosovo

Die Invasion Russlands in georgisches Kernland im Sommer 2008 und die Anerkennung der Unabhängigkeit beider Regionen durch den russischen Präsidenten bedeutet aus der Sicht der EU eine gravierende Verletzung des Völkerrechts und der territorialen Grenzen Georgiens. Eine Gleichsetzung dieses Einmarsches mit der Intervention von NATO-Truppen in Kosovo im Jahre 1999 ist für Sie inakzeptabel, da die Loslösung Kosovos von Serbien eine Folge der Aufhebung des Autonomiestatus durch den damaligen serbischen Präsidenten Milosevic mit nachfolgender Unterdrückung und Völkermord war und internationale Verhandlungen über einen von den Vereinten Nationen vermittelten Status der Autonomie an Serbien und Russland scheiterten.

Russland lehnt die Loslösung Kosovos bis heute als völkerrechtswidrig ab, es kann deshalb seine Militäraktion in Georgien auch nicht als Parallele zu der Entwicklung im ehemaligen Jugoslawien und zur Anerkennung der Unabhängigkeit Kosovos durch westliche und EU-Staaten rechtfertigen.

Die CDU Fraktion begrüßt die klare Haltung des Europäischen Rates zum Recht eines jeden europäischen Staates, unter Achtung des Völkerrechts und der friedlichen Zusammenarbeit seine Bündnisse frei zu bestimmen. Dies gilt auch für den Wunsch eines jeden Staates, Mitglied in der NATO zu werden und so die noch engere Anbindung an die Europäische Union zu suchen. Dafür muss das betreffende Land jedoch selbst die Voraussetzungen schaffen, indem es die Standards von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit erfüllt, die von einem NATO-Mitglied erwartet werden.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Taktik

Als Vertreterin/Vertreter der CDU haben Sie im EP ein sehr starkes Gewicht. Sie sind jedoch für die Durchsetzung Ihrer Anliegen in Erweiterungsfragen von der Zustimmung anderer Fraktionen abhängig. Versuchen Sie, auch auf konservative Regierungen im Europäischen Rat Einfluss zu nehmen, die Ihre Anliegen möglicherweise teilen.

In Bezug auf einen möglichen Türkei Beitritt sind Ihre Vorstellungen sehr klar. Die Türkei kann momentan nicht Vollmitglied der EU werden. Auch wenn ein Reformprozess im Gange ist, bleibt das Land von europäischen Standards noch zu weit entfernt (Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Religions- und Pressefreiheit). Prinzipiell ist die Vollmitgliedschaft der Türkei sogar ausgeschlossen, da sie kultur- und mentalitätsgeschichtlich nicht zu Europa gehört.

Nach der Erweiterung und dem Anwachsen der EU auf fast 30 Mitgliedstaaten wäre der Türkei Beitritt nicht zu verkraften. Die EU würde keine Handlungsfähigkeit mehr besitzen und wäre auch wirtschaftlich mit dem Beitritt überfordert.

Alle anderen Beitrittsgesuche von Staaten des Balkans werden von Ihnen grundsätzlich begrüßt. Einem Beitritt von Montenegro und Mazedonien stehen grundsätzlich positiv gegenüber. Sie stellen aber klar: Nicht die Geschwindigkeit, sondern die Qualität der Reformen in den beitragswilligen Staaten ist ausschlaggebend für den Zeitpunkt des Beitritts. Als Vorbedingung weiterer EU-Beitritte gilt für Sie der Abschluss der unionsinternen Reformen der Institutionen, der Finanzierung, der Agrarpolitik und der Strukturfonds.

Die beitragswilligen Staaten müssen ihre Wirtschaftsstrukturen liberalisiert und eine gewisse Wettbewerbsfähigkeit für die große Dynamik des europäischen Binnenmarktes erreicht haben.

Sie setzen sich für ein starkes und handlungsfähiges Europa ein, welches nicht als Gegenentwurf zu den USA zu sehen ist, sondern gemeinsam mit den USA internationale Herausforderungen angeht.

einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Die/der Abgeordnete der EVP im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Frankreich



Die Union pour un mouvement populaire (UMP) und die europäische Integration

Die UMP ist als Zusammenschluss verschiedener konservativer Parteien – unter anderem auch dem Rassemblement pour la République (RPR) – aus der letzten Präsidentschaftswahl hervorgegangen und hat sich seitdem in Frankreich als Partei etabliert. Insgesamt betreibt die Partei eine eher proeuropäische Politik, die eine angemessene Rolle Frankreichs in einem vereinigten Europa anstrebt.

Das Zusammenwachsen Europas am Anfang des 21. Jahrhunderts wird als unabdingbar für die Modernisierung Frankreichs und für eine gemeinsame Unabhängigkeit auf internationaler Ebene angesehen. Es herrscht die Überzeugung vor, dass die Größe der französischen Nation nur in einem vereinten und unabhängigen Europa erhalten werden kann, das nach dem Muster einer Föderation der Nationalstaaten aufgebaut ist und die Verschiedenheit seiner einzelnen Mitglieder achtet.

Der UMP ist es besonders wichtig, nicht nur einen europäischen Wirtschaftsraum zu errichten, sondern eine politische Union mit klaren Grundwerten, eigener Identität und politischen und sozialen Zielen zu verwirklichen. Eine solche Europäische Union soll in der Lage sein, in der Weltpolitik ein eigenständiges Gegengewicht zu den USA zu bilden. Dies erfordert auch die Schaffung einer Europäischen Verteidigungspolitik, die den Frieden auf dem europäischen Kontinent garantieren kann.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Die UMP und die nächste Erweiterung

Ebenso wie ein großer Teil der französischen Bevölkerung hat auch die UMP die letzten Erweiterungsrounds der Union als Ende der Teilung Europas und als Durchsetzung der Werte des Friedens, der Demokratie und der Solidarität begrüßt und unterstützt. Die Osterweiterung betrachtete sie somit als Bestandteil der geografischen und geschichtlichen Logik des Kontinents und gleichzeitig als eine historische Herausforderung. Neben der historischen und politischen Symbolkraft unterstreicht die Partei auch heute noch die positiven wirtschaftlichen Auswirkungen auf Beschäftigung und Wachstum in Europa. Aber sie macht auch darauf aufmerksam, dass Frankreich seine wirtschaftliche Attraktivität steigern muss, wenn es im neuen Europa nicht zurückfallen will.

Die Mitglieder der UMP sind der Meinung, dass die jetzige EU ihre natürlichen Grenzen so gut wie erreicht hat. Das Thema Erweiterung spielt daher für Sie keine übergeordnete Rolle. Das Hauptaugenmerk der Partei liegt jetzt darauf, den Charakter der EU als politische, wertebasierte und handlungsfähige Gemeinschaft zu erhalten und weiter zu stärken. Hierzu ist es absolut notwendig, dass die Union ihre eigenen Grenzen klar definiert. Anderenfalls würde eine unendlich weiter wachsende EU zu einer bloßen Freihandelszone verkommen, eine Entwicklung, die dem französischen Verständnis einer politischen und vor allem sozialen Union diametral gegenübersteht. Folglich fordern die Abgeordneten der UMP, die endgültigen Grenzen der Europäischen Union so festzusetzen, dass eine gemeinsame Politik insbesondere in den Bereichen der Verteidigung, der Außenpolitik und der sozialen Sicherung verwirklicht werden kann. Bei diesem Prozess der Selbstdefinition ist nach Ansicht der

Partei auch das gemeinsame historische und kulturelle Erbe der Länder ein entscheidender Faktor für eine funktionierende Gemeinschaft.

In Anbetracht dieser Überlegungen befürwortet die UMP dennoch den Beitritt von Balkanstaaten, sobald letztere die notwendigen Reformschritte vollzogen haben. Um die Handlungsfähigkeit und den besonderen Charakter der EU zu erhalten, muss von diesen Ländern jedoch die vollständige Übernahme des *acquis communautaire*, des rechtlichen Besitzstandes der EU, gefordert werden, bevor ein Beitritt erfolgen kann.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Über diese Grenzen hinaus ist für die UMP keine Erweiterung mehr denkbar. Anderenfalls wäre die EU nicht mehr die EU, sondern eine bloße Addition disparater Interessen, ein demografisch unausgewogenes Gebilde und ein Wirtschaftsraum ohne gemeinsamen Willen und ohne jeden internationalen Einfluss. Um dies zu verhindern, plädiert die UMP für ein Ende des Erweiterungsprozesses nach der Aufnahme der oben genannten Länder.

Selbstverständlich bedeutet dies nicht, dass Europa sich hinter undurchlässigen Grenzen gegenüber dem Rest der Welt abschotten soll. Für die Länder, die dann nicht zur EU gehören, möchte die Partei Programme für intensive Partnerschaften und Kooperationen entwickeln.

Taktik

Als Abgeordnete/Abgeordneter der UMP ist es im Sinne der obigen Argumentation Ihr Hauptanliegen, einen Beitritt der Türkei zur EU zu verhindern. Stützen Sie sich auf den obigen Gedankengang und machen Sie deutlich, dass es Ihnen nicht um eine Entscheidung gegen die Türkei, sondern für die EU und für die besondere Idee Europas geht. Sie würdigen das Land als Freund und große Nation, die beachtliche Fortschritte in Richtung Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gemacht hat. Um diesen Prozess weiter zu unterstützen und die beiderseitige Kooperation auszubauen, schlagen Sie vor, die Türkei über eine privilegierte Partnerschaft eng an die EU zu binden.

Eine Vollmitgliedschaft hingegen würde die Handlungsfähigkeit und den immanenten Charakter der Europäischen Union elementar schwächen. Weder eine wirkliche politische und soziale Union noch eine internationale Emanzipation von den USA wären in einer derart vielstimmigen Gemeinschaft zu verwirklichen. Argumentieren Sie, dass es hier nicht um eine Frage der Religion geht, sondern um die Frage des Erhalts der politischen EU in ihrer Originalität und Finalität.

Für Sie würde ein Beitritt der Türkei eine Flucht vor der notwendigen geografischen Definition Europas bedeuten. Denn ist die Türkei einmal aufgenommen, ließen sich keine tragfähigen Argumente gegen einen Beitritt von Ländern wie der Ukraine, Moldawien, Weißrussland oder auch den Maghreb-Staaten finden, was den Weg in eine sich ewig erweiternde EU ohne feste Grenzen bedeuten würde.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Auch gegenüber der Türkei vertreten Sie, dass ein klares „Nein“ fairer ist als ein nicht ernst gemeintes „vielleicht irgendwann“. Außerdem weisen Sie auf die weitgehend skeptische Haltung der europäischen und besonders der französischen Bevölkerung bezüglich eines Türkeibeitritts hin und warnen davor, mit den Ängsten und Unsicherheiten der Bevölkerung zu spielen.

Versuchen Sie, innerhalb Ihrer Fraktion Unterstützung für Ihre Position zu finden, die deutsche Schwesterpartei CDU-CSU könnte hier ein erster Ansprechpartner sein. So sehr Sie auch persönlich von der obigen Linie überzeugt sind, sollten Sie bei Ihrer Argumentationsstrategie und Ihrer Wortwahl jedoch auch bedenken, dass der französische Staatschef, der Ihrer Partei angehört, der Türkei vorsichtig eine langfristige Beitrittsperspektive signalisiert hat. Diese Unstimmigkeiten innerhalb Ihrer eigenen Partei müssen Sie einkalkulieren. Betonen Sie daher ausdrücklich, dass Sie mit der Türkei eine enge privilegierte Partnerschaft anstreben, die eine intensive Zusammenarbeit und eine gute Nachbarschaft außerhalb der Vollmitgliedschaft ermöglichen soll.

Der Mitgliedschaft von Staaten des Westbalkans stehen sie ebenso eher kritisch gegenüber. Mit dem Beitritt von Kroatien konnten Sie sich in der Vergangenheit noch anfreunden, schon um nicht gänzlich als Blockierer in Verruf zu kommen. Aber auch hier mahn-ten Sie zur Zurückhaltung und verwiesen auf strikte Einhaltung der Kopenhagener Kriterien.

Die/der Abgeordnete der EVP im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Italien



Italien und die europäische Integration – die Position der Popolo della liberta (Volk der Freiheit)

Italien ist Mitunterzeichner der Römischen Verträge von 1957, Mitglied der NATO und der Westeuropäischen Union. Von Anfang an war Italien von der Idee einer europäischen Gemeinschaft sehr überzeugt und betrieb eine deutlich auf Europa ausgerichtete Politik. Auch heute noch ist Italien einer der integrationsfreundlichsten Mitgliedstaaten der EU.

Aufgrund seiner geografischen Lage ist die Mittelmeerpolitik für Italien von großer Bedeutung. Deswegen unterstützte es auch die südliche Erweiterung der EU, obwohl Italien zu diesen fünf Ländern in Konkurrenz um den südlichen Agrarmarkt steht.

Die Osterweiterung der EU in den Jahren 2004 und 2007, der Italien grundsätzlich positiv gegenüberstand, wurde vor allem unter finanziellen und sicherheitspolitischen Gesichtspunkten kritisch betrachtet. Italien befürchtete durch den Beitritt dieser Staaten finanzielle Einbußen und eine Verringerung seines Einflusses in der EU. Da Italien seine Interessen aber besonders in der Mittelmeerregion verfolgt, war die Frage der Aufnahme

von Malta und Zypern von größerer Bedeutung als die Frage eines Beitritts der mittel- und osteuropäischen Länder.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Trotz dieser Vorbehalte befürwortete aber auch die konservativ-rechte Partei Forza Italia („Vorwärts Italien“) die Erweiterung. Forza Italia ist die Vorgängerpartei, aus der 2008 die Popolo della Liberta entstanden ist. Sie wurde 1994 im Umfeld der Auflösung der „Democrazia Cristiana“ als neue politische Bewegung von Silvio Berlusconi gegründet und setzte sich hauptsächlich für ein liberaleres und weniger zentralistisches Italien ein. Mit ihrem zum Teil populistischen Einsatz für ein patriotisches Italien, das gleichzeitig offen für Gemeinschaft und Solidarität in Europa ist, wurde sie sofort sowohl in das italienische als auch in das europäische Parlament gewählt.

Umstritten ist die Partei vor allem wegen Berlusconi und seiner Wahlversprechen. Der Parteivorsitzende stand mehrmals wegen Korruption, illegaler Parteienfinanzierung und Bilanzfälschung vor Gericht und wurde in erster Instanz dreimal zu Gefängnisstrafen verurteilt. Eine rechtsgültige Verurteilung zu einer Gefängnisstrafe wurde von italienischen Gerichten jedoch bisher nicht verhängt.

Die ab 2001 von Silvio Berlusconi und der Forza Italia geführte Regierung erwies sich als die stabilste in der italienischen Nachkriegsgeschichte. Politisch geriet sie jedoch immer wieder unter Druck und konnte verschiedene Vorhaben unter anderem aufgrund massiver Proteste der Gewerkschaften und teilweise wegen des Widerstands von Koalitionspartnern nicht durchsetzen. Bei der Abwahl der Forza Italia spielte die konjunkturelle Lage des Landes eine wichtige Rolle. Die Partei hatte es entgegen ihrer Wahlversprechen nicht geschafft, eine wirtschaftliche Blütezeit einzuleiten. Stattdessen wies das Land niedrige Wachstumsraten und ein hohes Haushaltsdefizit auf.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Die Popolo della Liberta und die Erweiterung der Europäischen Union

Italien unterstützte seit Beginn der Europäischen Union alle Maßnahmen, die auf eine Vertiefung der Gemeinschaft abzielten. Deswegen wurden auch alle bisherigen Erweiterungen als eine positive Entwicklung bewertet. Auch der geplanten Erweiterung steht die Popolo della Liberta positiv gegenüber, dabei werden jedoch sowohl die politischen Vorteile als auch die eventuellen wirtschaftlichen Nachteile bedacht. Die Demokratisierung und Stabilisierung von Mittel- und Osteuropa ist für Italien zwar ein wichtiges Ziel, das jedoch nicht zu Lasten der europäischen Mittelmeerpolitik verwirklicht werden darf.

Hinsichtlich einer Aufnahme der Türkei in die EU äußert sich die Popolo della Liberta positiv, womit sie sich vom Standpunkt der EVP (Europäischen Volkspartei) abgrenzt, der sie im Europäischen Parlament angehört.

Taktik

Sie verfolgen das Ziel der Erweiterung der Europäischen Union, um so den eigentlichen Geist der Römischen Verträge – die Schaffung einer großen europäischen Gemeinschaft – verwirklichen zu können. Natürlich müssen die Beitrittsländer politische und wirtschaftliche Bedingungen erfüllen, bevor der Beitritt zur Union möglich ist. Bei ihren Reformbemühungen sollte die EU die beitrtrittswilligen Länder aber großzügig unterstützen, ohne die Hilfe für die strukturschwachen Gebiete der jetzigen Mitgliedstaaten und vor allem Italiens zu kürzen.

Bei aller Zustimmung zur Erweiterung ist Ihnen allerdings wichtig, dass durch die Südosterweiterung die Nachbarschaftspolitik in der Mittelmeerregion nicht vernachlässigt wird. Ihnen ist sehr an einer engen Kooperation mit diesen Nachbarländern gelegen, um so Probleme wie die illegale Immigration nach Europa und die Bekämpfung des islamistischen Fundamentalismus und Terrorismus zu lösen. Von beiden Problemen sind Sie aufgrund Ihrer geografischen Lage ganz besonders betroffen.



Sie sind sich bewusst, dass Ihre Stimme als Angehöriger der stärksten Fraktion im Europäischen Parlament Gewicht hat. Versuchen Sie deshalb, innerhalb Ihrer Fraktion zu einer Einigung über die wichtigsten Positionen der Erweiterungspolitik zu kommen. Stellen Sie in den Beratungen die Notwendigkeit einer raschen Erweiterung, auch hinsichtlich der Türkei, dar. In Ihren Augen schafft die Aufnahme der Türkei in die EU eine noch größere Zone der Stabilität und der Demokratie, von der im Endeffekt alle Seiten profitieren werden. Ohne dies offen auszusprechen, sind Sie außerdem der Meinung, dass ein Beitritt der Türkei die Position und Interessenvertretung der südlichen Mitgliedstaaten innerhalb der EU stärken würde.

Eine besonders starke Bindung unterhält Italien – nicht zuletzt aus historischen Gründen – zu Albanien. Im Rahmen des Engagements für den Balkan nimmt daher aus italienischer Perspektive besonders Albanien eine wichtige Rolle ein. Aber auch aus geografischen Gründen und den damit zusammenhängenden Flüchtlingsströmen nach Italien wünscht sich Popolo della liberta eine rasche Einbindung Albaniens in Beitrittsgespräche.

einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Die Abgeordnete/der Abgeordnete der EVP im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Kroatien



Die HDZ (Hrvatska demokratska zajednica/Kroatische Demokratische Union) und die europäische Integration

Die HDZ wurde bereits am 17. Juni 1989 bei einem geheimen Treffen als nationale Sammlungsbewegung gegründet und gab sich eine zentralistische Struktur. Die HDZ erlangte 1990 bei der ersten freien Mehrparteienwahl für das Parlament in Kroatien die absolute Mehrheit. Sie trieb die Unabhängigkeit Kroatiens vom jugoslawischen Staatsverband im Jahre 1991 deutlich voran.

Aufgrund ihrer mit der Parlamentsmehrheit erlassenen maßgeschneiderten Wahlgesetze von 1992 und 1995, war sie in der Abgeordnetenkammer deutlich stärker repräsentiert als es ihrem prozentualen Stimmenanteil entsprach. Die Trennung von Staat und Wirtschaft wurde nicht ernsthaft umgesetzt. Ihre anfängliche Neigung zum Einparteiensystem wurden im Umgang mit den Medien deutlich. Nach den Wahlsiegen von 1990 und 1992 übernahm sie die Kontrolle über alle wichtigen Medien des Landes.

Von 2000 bis 2003 unterzog sich die Partei zahlreichen Reformen und brachte sich von einem nationalistischen und rechtspopulistischen Kurs auf einen pro-europäischen, christlich-demokratischen Kurs. Außerdem wurden korrupte Parteimitglieder ausgeschlossen. Die Partei ging gestärkt aus diesen Reformen hervor und erlangte wieder größere Zustimmung unter der Bevölkerung.

Hauptziel der Partei ist die Schaffung neuer Arbeitsplätze; dies soll durch eine unternehmerfreundliche Wirtschaftspolitik erfolgen, durch die Mitgliedschaft in der EU erhofft man sich weitere Finanzspritzen für einzelne Unternehmen.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Bürokratische Hindernisse sollen in allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung verringert werden und diese soll in der Hinsicht verbessert werden, dass sie den Erfordernissen und Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger, aber auch den Unternehmen entgegenkommt.

Um die Umsetzung der Rechte der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern, möchte die HDZ eine stärkere Zusammenarbeit und Vernetzung zwischen den Institutionen der Regierung und den Institutionen auf lokaler Ebene erreichen; es muss sichergestellt werden, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Rechte in einem so kurzen Zeitraum und so einfach wie möglich umsetzen können.

Eine HDZ-geführte Regierung will eine service- und qualitätsorientierte Verwaltung einführen.

Für die HDZ ist die Entwicklung einer sicheren Gesellschaft für Kroatien sehr wichtig; dabei wird an die Sicherheit des Einzelnen, aber auch an die Sicherheit der Gemeinschaft gedacht; die Mitgliedschaft Kroatiens in der NATO stellt dabei einen wichtigen Stützpfeiler für die staatliche Sicherheit Kroatiens dar, v.a. im Hinblick auf die Bürgerkriegserfahrungen des Landes während der 1990er Jahre im Zuge der Abspaltung von der Bundesrepublik Jugoslawien.

Die rechtliche Sicherheit ist der HDZ für die Bürgerinnen und Bürger Kroatiens ebenfalls sehr wichtig; hierbei stellt die HDZ die Bereiche Bildung, gesundheitliche und soziale Versorgung, als auch ein gerechtes Steuersystem in den Vordergrund.

Die Partei ist stolz auf ihre Erfolge in der Vergangenheit im Bereich der Korruptionsprävention; die Korruption stellt für die Partei ein Verbrechen und eine große Ungerechtigkeit dar, da sie die Menschenrechte, die Wirtschaft und die Gesellschaft an sich bedroht.

Die HDZ hat aus ihrer Sicht Kroatien die Vollmitgliedschaft in der EU gesichert. Damit wird ein strategisches Ziel erreicht, das seit der Unabhängigkeit Kroatiens verfolgt wurde; dabei hat die HDZ Kroatien durch ein Großteil der Verhandlungen geführt und ist stolz auf deren erfolgreichen Abschluss; die Mitgliedschaft in der EU bedeutet für Kroatien eine veränderte bzw. verbesserte außenpolitische Position; das Land wird gleichberechtigtes EU-Mitgliedsland und erhält dadurch sehr viel bessere Rahmenbedingungen für den Aufbau von Beziehungen zu großen Ländern, wie z. B. Russland, USA, Brasilien, Indien.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Mit seiner Mitgliedschaft in der EU möchte die HDZ den weiteren Prozess der europäischen Integration fördern und fortsetzen.

Durch die Mitgliedschaft wird Kroatien Teil der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Die HDZ möchte dabei, dass sich Kroatien als Stabilitätsfaktor für die Region Südosteuropa stark macht und den Ländern der Region eine euroatlantische Perspektive eröffnet und dabei alle offenen Fragen mit den Nachbarländern langfristig löst.

Taktik

Als Vertreterin/Vertreter der HDZ müssen Sie im EP um ein starkes Gewicht noch kämpfen. Sie sind jedoch für die Durchsetzung Ihrer Anliegen in Erweiterungsfragen von der Zustimmung anderer Parteien in Ihrer Fraktion abhängig. Versuchen Sie, auch auf konservative Regierungen im Europäischen Rat Einfluss zu nehmen, die Ihre Anliegen im Bereich der Erweiterungspolitik möglicherweise teilen.

In Bezug auf einen möglichen Türkei Beitritt sind Ihre Vorstellungen sehr klar. Auch die Türkei kann Vollmitglied der EU werden. Wenn ein Reformprozess im Gange ist, bleibt das Land von europäischen Standards dauerhaft nicht entfernt (Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Religions- und Pressefreiheit).

Alle Beitrittsgesuche von Staaten des Balkans werden von Ihnen grundsätzlich und äußerst positiv begrüßt. Sie stellen aber auch als Neumitglied in der EU klar: Nicht die Geschwindigkeit, sondern die Qualität der Reformen in den beitragswilligen Staaten ist ausschlaggebend für den Zeitpunkt des Beitritts. Als eine Vorbedingung weiterer EU-Beitritte gilt für Sie der Abschluss der unionsinternen Reformen der Institutionen, der Finanzierung, der Agrarpolitik und der Strukturfonds für nunmehr 28 Staaten.

Die beitragswilligen Staaten müssen ihre Wirtschaftsstrukturen liberalisiert und eine gewisse Wettbewerbsfähigkeit für die große Dynamik des europäischen Binnenmarktes erreicht haben.



Im Namensstreit zwischen Mazedonien und Griechenland stehen Sie deutlich auf der Seite von Mazedonien und fordern von Griechenland eine Einigung mit Mazedonien.

Kroatien hat den Kosovo anerkannt und fordert dieses ebenso von Serbien und den anderen Staaten der EU, die die Anerkennung des Kosovo noch nicht erfüllt haben.

Sie setzen sich für ein starkes und handlungsfähiges Europa ein, welches nicht als Gegenentwurf zu den USA zu sehen ist, sondern gemeinsam mit den USA internationale Herausforderungen angeht.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Die Abgeordnete/der Abgeordnete der EVP im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Luxemburg



Die CSV und die europäische Integration
(Christlich Soziale Volkspartei (lux. Chrëschtlech Sozial Vollekspartei; franz. Parti chrétien social), kurz: CSV oder PCS)

Die CSV wurde bereits im Winter 1944 in Luxemburg, kurz nach der Befreiung von der deutschen Besatzung, gegründet. Einen Schwerpunkt stellt die Wirtschaftspolitik dar. Um die weitere wirtschaftliche Entwicklung abzusichern, gilt es, die Standortvorteile Luxemburgs weiterhin zu erhalten. Dazu möchte die Partei konsequent in Bildung, Forschung und Innovation investieren, da die luxemburgische Wirtschaft hauptsächlich auf den Export konzentriert ist.

Hochwertige Produkte und Dienstleistungen können aus der Sicht der Partei nur dann erbracht werden, wenn in die zuvor genannten Bereiche investiert wird, um so den Erfolg des Exports nachhaltig zu sichern.

Im Zuge der Finanzkrise wird aus Sicht der Partei deutlich, dass die kleine, offene luxemburgische Wirtschaft sehr stark von auswärtigen Entscheidungsträgern abhängig ist. Daher sei es wichtig, dass der Staat hierbei ausgleichende und ruhige Rahmenbedingungen vorgibt. Er soll sich stärker als Entscheidungs- und Führungsinstanz sehen.

Die CSV möchte hierbei die Arbeit der einzelnen Ministerien stark miteinander vernetzen und verbinden, einzelne Themenbereiche sollen gemeinsam im Gesamtzusammenhang bearbeitet werden.

Ein großes Augenmerk möchte die Partei auf die Energieversorgung legen; diese soll im Hinblick auf den Klimaschutz ausgerichtet werden.

Weiterhin sollen die Bereiche Handwerk, Handel und Transport, die als äußerst wichtige Bestandteile der Wirtschaft angesehen werden, gefördert werden.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Der Medien- und Technologiesektor sowie auch die Tourismuswirtschaft sollen ebenso gefördert werden. Luxemburg hat der EU einen großen Anteil seines wirtschaftlichen Erfolgs zu verdanken.

Im Parteiprogramm wird daher unterstrichen, dass die CSV die Europapartei Luxemburgs ist und nur gemeinsam mit allen anderen EU-Mitgliedsländern Luxemburg seine Stärke und die gemeinsame Währung absichern kann. So kann auf Augenhöhe mit den USA und Russland verhandelt werden.

Die EU ist aus der Sicht der CSV die beste Antwort auf die Globalisierung. Sie stellt für die Bürgerinnen und Bürger ein Hort der Stabilität dar, der Ersparnisse, Arbeitsplätze und Wachstumschancen sichert.

Die CSV möchte gerne friedenserhaltende Missionen der EU fortsetzen; diese Politik soll weiter ausgebaut werden durch eine Neufassung der politisch-strategischen Leitlinien. Die Rolle der EU wird aus der Sicht des CSV schon heute sehr stark durch die Sicherheits- und Verteidigungspolitik geprägt, wie zum Beispiel auf dem Balkan, in Afrika und im Kaukasus.

Taktik

Als Vertreterin/Vertreter der CSV haben Sie im EP ein sehr starkes Gewicht. Sie stammen zwar aus einem kleinen Land, dennoch misst man Ihrer Stimme viel Gewicht bei. Sie sind aber dennoch für die Durchsetzung Ihrer Anliegen in Erweiterungsfragen von der Zustimmung anderer Fraktionen abhängig. Versuchen Sie auch auf konservative Regierungen im Europäischen Rat Einfluss zu nehmen, die Ihre Anliegen möglicherweise teilen.

In Bezug auf einen möglichen Türkei Beitritt sind Ihre Vorstellungen sehr klar. Die Türkei kann momentan nicht Vollmitglied der EU werden. Auch wenn ein Reformprozess im Gange ist, bleibt das Land von europäischen Standards noch zu weit entfernt (Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Religions- und Pressefreiheit). Prinzipiell ist die Vollmitgliedschaft der Türkei sogar ausgeschlossen, da sie kultur- und mentalitätsgeschichtlich nicht zu Europa gehört. Nach der Erweiterung und dem Anwachsen der EU auf fast 30 Mitgliedstaaten wäre der Türkei Beitritt nicht zu verkraften. Die EU würde keine Handlungsfähigkeit mehr besitzen und wäre auch wirtschaftlich mit dem Beitritt überfordert.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	------------------	----------	--------	-------------

Alle anderen Beitrittsgesuche von Staaten des Balkans werden von Ihnen grundsätzlich begrüßt. Einem Beitritt von Montenegro und Mazedonien stehen Sie grundsätzlich positiv gegenüber. Sie stellen aber klar: Nicht die Geschwindigkeit, sondern die Qualität der Reformen in den beitriftswilligen Staaten ist ausschlaggebend für den Zeitpunkt des Beitritts. Als Vorbedingung weiterer EU-Beitritte gilt für Sie der Abschluss der unionsinternen Reformen der Institutionen, der Finanzierung, der Agrarpolitik und der Strukturfonds.

Die beitriftswilligen Staaten müssen ihre Wirtschaftsstrukturen liberalisiert und eine gewisse Wettbewerbsfähigkeit für die große Dynamik des europäischen Binnenmarktes erreicht haben.

Sie setzen sich für ein starkes und handlungsfähiges Europa ein, welches nicht als Gegenentwurf zu den USA zu sehen ist, sondern gemeinsam mit den USA internationale Herausforderungen angeht.



Fraktion „Progressive Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament“ (S&D)



► www.socialistgroup.eu

Die Progressive Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament (S&D) ist die zweitgrößte Fraktion im Europäischen Parlament. Sie umfasst insbesondere die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE), die italienische Partito Democratico (PD) sowie weitere Mitglieder, die keiner Partei auf europäischer Ebene angehören, aber inhaltlich der Sozialdemokratie nahestehen. Sie ist die einzige Fraktion mit Abgeordneten aus allen 28 EU-Mitgliedstaaten.

Die S&D wurde am 23. Juni 2009 gegründet. Bis zur Europawahl 2009 hat die SPE im Europaparlament allein eine Fraktion gebildet, der jedoch auch einige Abgeordnete angehörten, die Mitglied keiner europäischen politischen Partei waren. Mit der Umbenennung der Fraktion sollte die Einbindung der italienischen PD ermöglicht werden. Diese Mitte-Links-Partei war 2007 aus verschiedenen Parteien hervorgegangen, die im Europaparlament teils der sozialdemokratischen, teils der liberalen Fraktion angehörten. Da einige PD-Mitglieder eine Selbstbezeichnung als „Sozialisten“ oder „Sozialdemokraten“ ablehnen, sollte ihnen durch den neuen Namen eine Zustimmung zu der gemeinsamen Fraktion erleichtert werden.

Traditionell hat die Fraktion ihre Wurzeln im Kampf der Arbeiter für bessere Arbeitsbedingungen und für eine gerechtere Wohlstandsverteilung. Die Abgeordneten engagieren sich besonders für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Verteidigung und Erweiterung der Menschen- und Bürgerrechte, die Förderung des Friedens und der Zusammenarbeit in einem grenzenlosen Europa und den Schutz des Verbrauchers.



Europa ist für die Abgeordneten der S&D eine zwischenstaatliche Ordnung, die mehr soziale Gleichheit, mehr Demokratie in Staat und Wirtschaft und mehr Solidarität unter allen Völkern der Welt – vor allem auch mit denen in der Dritten Welt – verwirklicht.

Die S&D ist für einen Ausbau der Europäischen Union, der die Demokratie stärkt, zugleich aber die kulturelle Vielfalt der Völker bewahrt. Die EU wird von der Fraktion als ein Instrument angesehen, dem Antworten auf die Herausforderungen möglich sind, die von den Nationalstaaten nicht mehr selbst bewältigt werden können. Dazu gehören die Globalisierung der Wirtschaft, aber auch Terrorismus und Armut.

Innerhalb der SPE ist die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Entwicklung eines europäischen Sozialmodells gegenwärtig ein wichtiges Ziel. Sie fordert eine koordinierte Wachstumsstrategie, außerdem sollen im Binnenmarkt soziale Fragen stärker diskutiert werden. Die Rolle des Parlaments – als der einzigen wirklich von der Bevölkerung gewählten demokratischen Institution der EU – muss weiter gestärkt werden.

Die Fraktion der S&D hat sich für die derzeitige Legislaturperiode 12 wichtige Prioritäten gesetzt:

- ▶ Reform der wirtschaftspolitischen Steuerung mit dem Ziel Wachstum, Beschäftigung und einer soliden Finanzpolitik, mittels effizienterer wirtschaftlicher Steuerung und wirksamen Krisenmanagements; des weiteren Eurobonds, um Kosten der öffentlichen Kreditaufnahme zu senken und die Macht der Spekulanten zu beschneiden
- ▶ weitreichend Reformen zur Bewältigung der Probleme der Finanzinstitute (Größe, Struktur, Geschäftsmodelle)
- ▶ Einführung einer Finanztransaktionssteuer
- ▶ Schaffung und Überarbeitung von Richtlinien über Arbeitnehmerrechte, Sozialdienste und Arbeitsbedingungen
- ▶ Schaffung kohlenstoffarmer und ressourcenschonender Wirtschaft
- ▶ Schutz der Artenvielfalt und Erhaltung von Ökosystemen
- ▶ Reformen in Bezug Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit in der Agrar- und Fischereipolitik



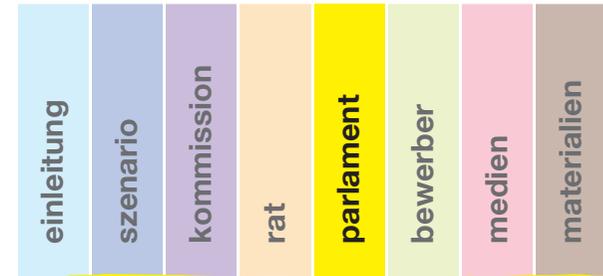
- ▶ Maßnahmen zum Fortschritt einer „digitalen Agenda der Weltklasse“
- ▶ besondere Beachtung des Vorsorgeprinzips und Vorbereitung auf Pandemien
- ▶ Stärkung der Bürgerrechte (Geschlechtergleichstellung, bürgerliche Freiheiten, lebenslanges Lernen, Sport, kulturelle Vielfalt, Datenschutz, Kampf gegen Kriminalität, Stärkung der EU-Demokratie)
- ▶ durchgreifende Überprüfung des mehrjährigen EU-Finanzrahmens, damit die EU schnell auf neue Herausforderungen reagieren kann
- ▶ Stärkung Europas in der Welt (Verbesserung der Vertretung in internationalen Organisationen, weltweite Förderung menschenwürdiger Arbeit, Erreichen der sogenannten Millenniumsentwicklungsziele)

Die S&D setzt sich für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und für eine gemeinsame Verteidigungspolitik als bedeutenden Schritt zur Friedenssicherung in einem zusammenwachsenden Europa ein. Die Erweiterung der Europäischen Union sieht sie als historische Chance zur endgültigen Beseitigung der Teilung Europas, zur Ausdehnung der geografischen Grenzen und zur Förderung von Demokratie und Stabilität auf dem gesamten Kontinent. Die S&D setzt sich für gleichzeitige Verhandlungen mit allen Beitrittskandidaten ein, auch wenn mancher früher als der andere beitreten kann. Ausschlaggebend für den Beitritt ist für die S&D die Übernahme des gemeinsamen Besitzstands – des *acquis communautaire* – der Europäischen Union, sie spricht sich aber auch für Flexibilität durch Übergangsregelungen aus.

Eine besondere Unterstützung seitens der Union möchte die Fraktion aber den Beitrittskandidaten zukommen lassen, die im Beitrittsprozess noch einen weiten Weg vor sich haben.

Hinsichtlich der Türkei betont die S&D eine prinzipielle Offenheit der Union und die grundsätzliche Möglichkeit eines Beitritts, der eigentlich schon seit dem ersten Assoziationsabkommen von 1963 vorgesehen ist. Bevor die Beitrittsverhandlungen allerdings beginnen können, fordert sie von der Türkei die Einhaltung der oft eingeforderten „politischen Kriterien“ für einen Beitritt: die Schaffung einer soliden Demokratie, die Errichtung eines Rechtsstaates, die volle Einhaltung der Menschen- und Minderheitenrechte und die Entwicklung von guten nachbarschaftlichen Beziehungen gemäß den Prinzipien des internationalen Rechts und der internationalen Verträge.





Die Fraktion sieht die Notwendigkeit einer gründlichen Durchführung von politischen und wirtschaftlichen Reformen auf dem westlichen Balkan. Die Länder des westlichen Balkans müssen weiterhin an der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien arbeiten, in denen die Existenz einer funktionierenden Marktwirtschaft, die ökonomische Stabilisierung, die Achtung der Minderheitenrechte und auch die Nachbarschaftskooperation vorausgesetzt wird. Im Gegenzug würde sich die S&D-Fraktion für den weiteren Abbau der Visabestimmungen für die Bürgerinnen und Bürger der Balkanstaaten einsetzen.

Die volle Kooperation mit dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag bleibt zudem eine zentrale Bedingung für den Beginn von Verhandlungen in Richtung einer EU-Mitgliedschaft.

Der Beitritt Kroatiens sendet aus Sicht der Fraktion ein gutes Signal an die anderen westlichen Balkanländer hinsichtlich ihrer eigenen Beitrittsaussichten, sobald sie die notwendigen Bedingungen erfüllen.

Insbesondere die Kooperation zwischen dem Europäischen Parlament und den Parlamenten der westlichen Balkanländer ist ein ausschlaggebender Faktor in den Vorbereitungen der Länder für eine Aufnahme in die EU.

Ihre Aufgabe als Mitglied der Fraktion

Ihre Gruppe ist gegenwärtig die zweitstärkste Kraft im Europäischen Parlament. So haben Sie einen großen Einfluss auf alle Diskussionen im Plenum. Dennoch besitzen Sie nicht die Mehrheit und sind deswegen nicht in der Lage, auf Initiativen der Kommission allein zu reagieren. Dazu brauchen Sie die Unterstützung anderer politischer Gruppen, wobei Sie sich bewusst sein müssen, dass besonders die

Europäische Volkspartei eine wichtige Rolle im EP spielt und Ihre Initiativen im Zweifelsfall auch blockieren kann, indem sie kleinere „Koalitionspartner“ findet.

So liegt es an Ihnen, den richtigen Mittelweg zu finden. Denn einerseits müssen Sie einen Kompromiss suchen – was zur Aufgabe Ihres politischen Profils führen könnte –, andererseits kann das Festhalten an den eigenen Positionen zu einer Schmälerung des Einflusses des EP führen, wenn Sie sich mit Ihren Kollegen nicht einigen können. Die Entscheidung würde damit am Ende in die Hände der Kommission und des Rates der Europäischen Union gelegt werden.

In jeder Fraktion gibt es spezielle Experten für bestimmte Politikbereiche. Sie gehören dem „Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten“ an und arbeiten hauptsächlich an Fragen der zukünftigen Gestaltung einer sich wandelnden und erweiternden Europäischen Union.

einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	------------------	----------	--------	-------------

Es liegt an Ihnen, die Chancen und Risiken einer erneuten Erweiterung der EU um süd-osteuropäische Staaten kritisch zu beleuchten. Ihre Aufgabe ist es, sich mit den anderen Mitgliedern der S&D über eine gemeinsame Position gegenüber der Erweiterungsfrage zu verständigen. Weiterhin werden Sie sich auf die Suche nach Verbündeten in den anderen Fraktionen begeben, mögliche Koalitionen finden und die Thematik im Parlament kontrovers diskutieren, um den politischen Gegner von der eigenen politischen Auffassung zu überzeugen. Aber denken Sie immer daran: Es ist nutzlos, nur zu reden, ohne zuzuhören. Um die Arbeit des EP effektiv zu gestalten, müssen Sie an einem Kompromiss arbeiten, damit Sie auch solchen Vorschlägen des Rates der Union erfolgreich entgegentreten können, die möglicherweise nicht auf der Linie des EP liegen.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Die/der Abgeordnete der S&D im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Deutschland



Deutschland und die EU – die Position der SPD

Deutschland ist eines der sechs Gründungsmitglieder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und hat seit den Anfängen der europäischen Einigung eine sehr integrationsfreundliche Politik betrieben.

Dies liegt historisch auch darin begründet, dass die europäische Integration Deutschland kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die Möglichkeit bot, nicht nur seine langjährige Feindschaft mit Frankreich zu überwinden und in ein Vertrauensverhältnis umzuwandeln, sondern darüber hinaus durch die Teilhabe an der supranationalen Entscheidungsfindung eine Teilsouveränität und eine gewisse internationale Anerkennung und Handlungsfähigkeit wiederzugewinnen. Ein geeintes und handlungsfähiges Europa gilt folglich als elementares deutsches Interesse, die Zusammenarbeit mit Frankreich im Rahmen des „deutsch-französischen Motors“ hat erste Priorität.

Auch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) möchte eine weitere Integration hin zu einer politischen Union und setzt sich dafür ein, dass die EU auch weiterhin ihren Herausforderungen gerecht werden kann. Deshalb fordert sie die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Außen- und Verteidigungspolitik, in der mögliche Mehrheitsentscheidungen die Handlungsfähigkeit gewährleisten.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Die SPD und die nächste Erweiterung

Die erneute Aufnahme ost- und südosteuropäischer Staaten unterstützt Deutschland aus verschiedenen Gründen. So hat es zum Beispiel ein massives sicherheitspolitisches Interesse an einer wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung dieser Staaten. Bei verschiedenen Anlässen hat Deutschland außerdem immer wieder auf die historisch-moralische Pflicht hingewiesen, den osteuropäischen Staaten die Einbindung in die EU zu ermöglichen, um die unnatürliche Spaltung Europas zu überwinden. Zugleich ist Deutschland allerdings auch am stärksten mit den sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen konfrontiert, die sich aus einer erneuten Erweiterung ergeben, wie z.B. der Ost-West-Migration und der Einwanderung von so genannten „Billiglohn-Arbeitskräften“.

Die bisherigen Erweiterungen sieht die SPD trotz einiger Vorbehalte im Bereich der Arbeitnehmerfreizügigkeit als beiderseitigen Gewinn und betont insbesondere die Ausdehnung von Frieden, Sicherheit und Stabilität, den Kampf gegen organisierte Kriminalität, den Schutz vor illegaler Zuwanderung sowie die wirtschaftlichen Vorteile eines erweiterten Binnenmarktes.

Bezüglich der südöstlichen Nachbarn der EU möchte die Partei einen konsequenten Ausbau der vertraglichen Instrumente zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit, die jedoch nicht automatisch zu einem Beitritt führen müssen. Allerdings hat sich die SPD bereits im Jahr 2001 dafür eingesetzt, dass die Einwirkungsmöglichkeiten auf die mazedonischen und albanischen Konfliktparteien unterhalb der Ebene physischen Zwangs (Diplomatie, Sanktionen) ausgeschöpft werden.

Gewalt als Mittel zur Lösung politischer Ziele hat die SPD immer zu vermeiden versucht. Der Not leidende Staat Mazedonien ist aus ihrer Sicht auf ökonomische Hilfe von außen angewiesen und kann zu einer Politik für ethnische Minderheiten, die internationalen Standards entspricht, nur mittels einer Kombination von Anreizen und Druck bewegt werden. Die militanten albanischen Kräfte haben ihre materielle Basis im Einflussbereich der internationalen Gemeinschaft: in Kosovo, in Albanien und in einzelnen Diaspora-Ländern.



Erforderlich ist deshalb ein langfristig angelegtes politisches und wirtschaftliches Konzept, um der Region eine Perspektive für Frieden, Freiheit und Wohlstand zu geben. Ein richtiger Ansatz ist der von der EU entwickelte Stabilitätspakt für den Balkan. Dieser Stabilitätspakt ist fortzuentwickeln und kann in einen Beitritt in die Europäische Union münden.

In der Türkeifrage werden eine zukünftige Beitrittsperspektive und die Aufnahme von Verhandlungen befürwortet und als historische Chance für den gesamten Kontinent betrachtet. Die SPD unterstreicht sowohl die unterstützende Wirkung einer Beitrittsoption auf die beachtlichen Reformanstrengungen der Türkei auf der einen als auch die geostrategischen und wirtschaftlichen Vorteile für die EU und Deutschland auf der anderen Seite.

Zu dem Argument, die EU sei nicht in der Lage, auch noch den Beitritt der Türkei zu verkräften, gibt die SPD Folgendes zu bedenken:

Von der Entscheidung in Kopenhagen bis zur Aufnahme der zehn Neumitglieder am 1. Mai 2004 hat es elf Jahre gedauert. Die Gesellschaften in Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik und in den anderen Beitrittsstaaten sind heute völlig andere als 1993. Auch die EU hat sich verändert.

Die Türkei rechnet mit einer Verhandlungsdauer von mindestens zehn Jahren, Ministerpräsident Erdogan hat selbst als Ziel das Jahr 2019 genannt. Bei einem Beitritt der Türkei in 15 Jahren, sprich 2028, wird sich nicht nur die Türkei verändert haben, sondern auch die EU wird nicht mehr die von heute sein. Bis zu diesem Zeitpunkt wird auch die Union ihre innere Reform durchgeführt haben. Es wird dafür gesorgt, dass die Funktionsfähigkeit der Union bei Aufnahme der Türkei und anderer südosteuropäischer Staaten gewährleistet ist.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Auch als Wirtschaftspartner und Absatzmarkt ist die Türkei für die EU von hohem Interesse. Die EU und Deutschland profitieren schon heute erheblich durch die intensivierten Wirtschaftsbeziehungen seit der Zollunion. Deutschland ist seit Jahren der wichtigste Handelspartner der Türkei, die ihrerseits 50% ihres Außenhandels mit der EU abwickelt. Davon entfällt ein Drittel auf Deutschland. Außerdem ist Deutschland führend bei Direktinvestitionen in der Türkei. Andererseits existieren in Deutschland mehr als 40.000 türkische Unternehmen, die zusätzliche Arbeitsplätze schaffen.

Die Wirtschaft der Türkei verzeichnet eine positive Entwicklung. Sie wuchs zwischen 1990 und 2002.2003 legte das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) weiterhin zu. Auch das Problem der Inflation konnte in den letzten Jahren abgemildert werden.

Taktik

Sie als deutsche Abgeordnete/deutscher Abgeordneter der SPD im Europäischen Parlament haben immer auf das Ende des Ost-West-Konflikts gehofft, damit endlich auch die (süd-)osteuropäischen Staaten Mitglieder der lange nur westeuropäisch geprägten Europäischen Union sein können. Außerdem betrachten Sie die Erweiterung als große Chance für die Wirtschaft, neue Absatzmärkte zu erschließen und damit neue Arbeitsplätze zu schaffen. Langfristig überwiegen die Gewinnerwartungen über die mittelfristig notwendigen Mehrbelastungen.

Sie verhehlen nicht, dass Sie Deutschland auch gerne als Führungsmacht in Europa sehen würden, die sich besonders in Fragen des Umweltschutzes, der sozialen Standards und des Verbraucherschutzes engagiert.

In diesem Zusammenhang verweisen Sie energisch auf die hohe finanzielle Belastung, die Deutschland durch EU-Hilfen an strukturschwache EU-Mitgliedstaaten bisher entstanden ist. Dieses Thema und das „Bauernsterben“ sind Punkte, die bei Ihren Heimatbesuchen im Wahlkreis immer wieder kritisiert werden. Einige Ihrer Wählerinnen und Wähler befürchten bei einer erneuten Erweiterung der EU – gerade mit Blick auf die Türkei – noch stärkere finanzielle Verpflichtungen durch dann fällige Transferleistungen, außerdem sieht man die Gefahr zunehmender Kriminalität und die Infragestellung des bisherigen europäischen Agrarmarktsystems. Bei vielen Wählern ist die Angst vor Billiglohnkonkurrenz auf dem Arbeitsmarkt weiterhin groß. Sie können diese Bedenken nicht komplett ignorieren, daher plädieren Sie wie schon bei der ersten Osterweiterung in sensiblen Bereichen wie der Arbeitnehmerfreizügigkeit für die Festschreibung von Übergangsfristen.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Auch bezüglich der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei befürworten Sie Verhandlungen, sobald die Türkei die politischen Kriterien von Kopenhagen erfüllt, wobei Ihnen durchaus bewusst ist, dass in den Bereichen Religionsfreiheit, Minderheitenschutz und Rechtsstaat noch viel Arbeit zu leisten ist. Sie drängen die Türkei, die Defizite möglichst schnell zu beheben. Ist dies garantiert, überwiegen für Sie die Vorteile eines zukünftigen Beitritts: Der Reformprozess in der Türkei wird unterstützt und gestärkt, die Ausweitung des Binnenmarktes bringt für alle Seiten wirtschaftliche Vorteile, das außenpolitische Gewicht der erweiterten EU steigt und ein Mitgliedsland Türkei kann als Brücke zur islamischen Welt fungieren.

Die Türkei ist in Ihren Augen historisch in Europa verankert und gehört damit zu den europäischen Staaten. Religion und Kultur zählen nicht als Argumente gegen einen Türkeibeitritt, da die EU eine Wertegemeinschaft und keine Religionsgemeinschaft ist, die gerade von ihrer vertraglich gesicherten kulturellen Vielfalt lebt.

Vergessen Sie aber nicht, dass in Ihrer Wählerschaft gemischte Gefühle gerade mit Blick auf mögliche Migrationsbewegungen nach einem Türkeibeitritt vorherrschen und dass die Türkeifrage in der politischen Landschaft Europas heiß umstritten ist. Treten Sie also nicht zu offensiv auf, um nicht frühzeitig isoliert zu werden, und fordern Sie Übergangsfristen für Freizügigkeit und Arbeitsmarkt im Sinne Ihrer Wähler. Weisen Sie bei Widerstand immer darauf hin, dass niemand die Türkei morgen in die EU aufnehmen will, sondern dass es sich um einen Prozess handelt, der sich mindestens über ein Jahrzehnt hinziehen wird. Aus diesem Grund lassen sich auch Argumente bezüglich der unzureichenden Handlungsfähigkeit einer erweiterten EU heute nicht sachgerecht begründen.

Die/der Abgeordnete der S&D im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Großbritannien



► www.labour.org.uk

Großbritannien in der EU – die Position der Labour-Party

Die Interessen Großbritanniens sind wegen seiner früheren Weltmachtrolle und seinen Beziehungen zu den ehemaligen Kolonialstaaten global und nicht nur auf Europa beschränkt. In der Vergangenheit betrieb Großbritannien daher oft eine zweideutige oder gleichgültige und isolationistische Politik gegenüber der EU. Den Sinn europäischer Integration sah es vor allem im wirtschaftlichen Bereich, während es weitere politische Integration – verbunden mit der Abgabe staatlicher Souveränität an supranationale EU-Institutionen – skeptisch betrachtete.

Obwohl EU-Politik für Großbritannien inzwischen Priorität hat, ist das enge Bündnis mit den USA genauso wichtig.

Unter der ehemaligen Regierung von Tony Blair versuchte Großbritannien aber verstärkt, ein führender und ernst zu nehmender Partner in der EU zu sein und für ein friedliches und demokratisches Europa der Stabilität und des Wohlstands einzutreten. Sein positives Engagement betrachtet die Labour-Party auch heute noch als besten Weg, um die nationalen Interessen zu schützen, verlorenen Einfluss zurückzugewinnen, mit den Mitgliedstaaten gemeinsam eine florierende Zukunft zu gestalten und für das eigene Land das Beste herauszuholen.

In der EU setzt sich Großbritannien für ökonomische Reformen ein, die mittels Marktliberalisierung, Privatisierung und sozialer Gerechtigkeit helfen sollen, neue Beschäftigungsmöglichkeiten und Innovationen zu schaffen. Auch an einem Ausbau der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie einer gemeinsamen Verteidigungspolitik ist Großbritannien gelegen. Dies sollte aber auf zwischenstaatlicher Ebene geschehen und andere Bündnisse – vor allem die NATO – nicht untergraben.



Labour und die nächste Erweiterung

Erweiterungen der Europäischen Union bewertet die Labour Party als große historische Chance und Entwicklungsmöglichkeit, für beitrittswillige Staaten genauso wie für EU-Mitglieder. Großbritannien hat sich auch für die letzten Erweiterungen eingesetzt. Die EU ist jetzt der größte Binnenmarkt der Welt. Damit verbunden sind Hoffnungen auf wirtschaftliches Wachstum und technologischen Fortschritt in der ganzen EU sowie auf Stabilität der politischen und ökonomischen Reformen in den mittel- und osteuropäischen Staaten.

Auch bei erneuten Erweiterungen propagiert Großbritannien „fair play“: Jedes Land soll bei Erfüllung der Kopenhagener Kriterien individuell und objektiv nach seinen Fortschritten beurteilt werden. Vor allem auf dem gesamten Balkan erhofft sich Großbritannien durch EU-Beitritte Stabilität und Wohlstand und damit eine Garantie gegen Unruhen und Kriege, wie diese Region sie in den 1990er Jahren erfahren musste. Aus hauptsächlich strategischen Gründen ist Großbritannien prinzipiell auch für einen Beitritt der Türkei.

Während es darüber hinaus der Ukraine oder auch Moldawien die Möglichkeit einer EU-Mitgliedschaft grundsätzlich zubilligt, sieht es bei allen anderen Ländern in den nächsten 20 Jahren keine wirklichen Chancen auf eine Aufnahme, dazu sind diese politisch, ökonomisch und rechtlich den EU-Normen noch zu fern.

Die EU-Erweiterungen sind für die Labour Party nicht von hoher Priorität, zumal sie mit ihrer pro-europäischen Einstellung bei großen Teilen der Bevölkerung und der Presse auf Skepsis und Desinteresse stößt. Argumente der britischen Konservativen gegen die Einführung des Euro und gegen die EU-Verfassung fallen auf genauso fruchtbaren Boden wie die Befürchtung, dass zusätzliche Erweiterungen erhebliche finanzielle Belastungen für Großbritannien bedeuten könnten. Immerhin schafften es die konservativen Tories bei der letzten Europawahl mit ihrer „europaskeptischen“ Einstellung, mehr Abgeordnete nach Straßburg zu schicken als die Labour-Party.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Taktik

Sie sind eine Anhängerin/ein Anhänger der New Labour und kämpfen in Ihrem Land schon seit vielen Jahren für einen besseren Ruf der Europäischen Union im Vereinigten Königreich. EU-Erweiterungen sehen Sie als große historische Chance, und der erweiterte europäische Markt und Währungsraum böte auch für Großbritanniens Unternehmer eine verbesserte Möglichkeit für Absatz und Investitionen.

Gleichzeitig sehen Sie die Gefahr, dass sich die Unternehmer die „billigen“ Staaten als Produktionsstandorte aussuchen und damit eine Verschiebung der sozialen Ausgangsbedingungen provozieren. In einer gezielten Integration und Unterstützung der Beitrittskandidaten sehen Sie aber die einzige Chance, solch einem „Sozialdumping“ zuvorzukommen.

Sie haben zudem die Befürchtung, dass sich potenzielle neue und arme EU-Mitglieder in Fragen der Haushaltsfinanzierung sehr schnell zu Lasten der größeren Beitragszahler (wie z.B. Großbritannien) mit den süd- und osteuropäischen Staaten verbünden könnten.

So gehen Sie mit gemischten Gefühlen in die Sitzungen des Parlaments. Da Ihr Wahlkreis in einer strukturschwachen Region mit hoher Arbeitslosigkeit liegt, stehen Sie unter massivem Druck Ihrer Wähler. Stellen Sie sich deshalb im Ausschuss und in der Fraktion als überzeugten Europäer und Befürworter einer erweiterten Union dar. Versuchen Sie aber, den Beitrittsprozess so zu lenken, dass Kosten und Nutzen gleichmäßig verteilt werden und vor allem Ihre eigenen Interessen gewahrt bleiben.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Weisen Sie auf die Probleme aller beitragswilligen Staaten hin (hohe Korruption, organisiertes Verbrechen, Menschenhandel sowie Probleme bei der Umsetzung von Reformen). Auch die weit verbreitete Armut ist ein schwerwiegendes Problem, und viele vor allem ländliche Regionen sind besonders strukturschwach und vom Fortschritt abgeschnitten.

Dieses gilt aus Ihrer Sicht ganz besonders für Kosovo. Montenegro und Mazedonien stehen Sie eher positiv gegenüber. Sie unterstützen die Position Mazedoniens im Namensstreit gegenüber Griechenland.

Obwohl Sie bezüglich der Türkei viele Bedenken anderer Abgeordneter teilen (z.B. Menschenrechtsverletzungen wie Folter und die Lage der Kurden), weisen Sie auf die große Bedeutung der Türkei für Europa hin. Seit langem NATO-Mitglied und Beispiel für eine säkulare Demokratie in einem muslimischen Staat, ist das Land als politisches und ökonomisches Bindeglied zwischen Eurasien, dem Nahen Osten und dem Westen von hoher sicherheitspolitischer und geostrategischer Bedeutung. Ohne eine konkrete und rasche Beitrittsperspektive könnten dortige Reformbemühungen zusammenbrechen und islamistische Kräfte die Überhand gewinnen. Schlagen Sie deshalb allmähliche Beitrittsverhandlungen mit intensiver Unterstützung und Kontrolle seitens der EU vor. So hätte die Türkei Zeit, politische, rechtliche und wirtschaftliche Reformen umzusetzen, und die EU könnte sich ebenfalls langsam auf diesen Beitritt vorbereiten.

Grundsätzlich warnen Sie vor allzu raschen Entscheidungen. Die beitragswilligen Staaten müssen nachweisen können, dass sie tatsächlich EU-Niveau erreicht haben.



Die/der Abgeordnete der S&D im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Malta

Malta in der EU und die Erweiterung – die Position der Partit Laburista

Das politische Geschehen in Malta wird vor allem von zwei großen Parteien dominiert, der Arbeiterpartei Partit Laburista und der konservativ-liberalen Nationalistischen Partei. Beide stellten bisher abwechselnd die Mehrheit im maltesischen Parlament und damit die Regierung des Landes.

Hinsichtlich des Beitritts zur Europäischen Union herrschte in Malta lange kein übergreifender politischer Konsens. 1990 stellte Malta unter der Regierung der Nationalistischen Partei seinen Antrag auf Aufnahme in die EU, den die 1996 gewählte Regierung der Partit Laburista wieder aussetzte. Nach erneutem Regierungswechsel 1998 erneuerte Malta seinen Beitrittsantrag. Von diesem Zeitpunkt an war der Beitritt zur EU das wichtigste außenpolitische Ziel Maltas.

Im Referendum vom 8. März 2003 sprachen sich 53,6% der Bevölkerung für einen EU-Beitritt aus. Dem Trend des Referendums folgend und die EU-Annäherung begrüßend, wurde die nationalistische Partei 2003 wiedergewählt. Am 1. Mai 2004 trat Malta der EU bei und löste damit Luxemburg als kleinstes Mitgliedsland ab. Am 01. Januar 2008 führte Malta den Euro ein. Bei den Parlamentswahlen im Frühjahr 2008 siegte erneut die Nationalistische Partei.



Die 1921 gegründete Partit Laburista stand einer Integration Maltas in die EU sehr kritisch gegenüber. Zwar befürwortet die Partei seit jeher eine verstärkte politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU, wie im Rahmen des Assoziierungsabkommens und in Form einer Freihandelszone, trotzdem lehnte sie eine Mitgliedschaft in der EU aus verschiedenen anderen Gründen ab.

Die Partit Laburista vertrat die Meinung, dass eine politische Union zu große Verpflichtungen und Lasten für Malta beinhaltet. Zudem befürchtete sie negative Wirtschaftsfolgen für Malta, die nach Ansicht der Partei zu einer Armutsvergrößerung und zu einer Verstärkung des sozialen Ungleichgewichts hätten führen können. Seit dem EU-Beitritt Maltas hat sich die Partei jedoch einem Wandel unterzogen und vertritt mittlerweile eine weitgehend pro-europäische, wenn auch nicht unkritische Linie. Die Wahlbeteiligung ist aufgrund der Wahlpflicht traditionell hoch.

Im Europäischen Parlament gehört Partit Laburista der Fraktion der S&D an. Obwohl diese eine erneute Erweiterung der EU befürwortet, vertritt Partit Laburista in diesem Punkt eine etwas andere Auffassung. Auch wenn sich die traditionell skeptische Position der Partit Laburista zum Thema EU gewandelt hat und sie der EU nun deutlich positiver gegenübersteht, zeigt die Partei bei der geplanten Erweiterung eher Zurückhaltung. Sie ist zwar kein vehementer Gegner dieser Erweiterung, aber dennoch eher skeptisch.



Taktik

Trotz Ihrer Mitgliedschaft in der Fraktion der S&D stimmen Sie einer erneuten Erweiterung der EU nicht bedingungslos zu, viel eher sind Sie skeptisch in Hinblick auf die Aufnahme neuer Mitglieder, unabhängig von der geografischen Lage und Größe der Staaten.

Ihre größte Befürchtung ist, dass die wirtschaftlichen und vor allem sozialen Errungenschaften in der EU durch die Aufnahme weiterer wirtschaftlich ärmerer Mitglieder gefährdet werden könnten. Größere soziale Ungleichheiten und eine steigende Armutsgefahr könnten die Folgen sein.

Äußern Sie diese Position aber vorsichtig und diplomatisch, da die S&D eine andere Meinung, nämlich eine Befürwortung der Aufnahme neuer Mitglieder, vertritt. Sie sind sich der Tatsache bewusst, dass Sie eine kleine Partei im Europäischen Parlament sind und Ihre Einflussmöglichkeiten aufgrund der geringen Anzahl von Sitzen begrenzt sind. Suchen Sie daher Verbündete für Ihre Position, aber seien Sie gleichzeitig offen für Kompromisse.

Insbesondere auch aufgrund Ihrer geografischen Lage sprechen Sie sich außerdem dafür aus, dass die Europäische Union ihre Bestrebungen auf den Raum des nördlichen Afrikas ausweiten sollte.



Die/der Abgeordnete der S&D im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Schweden

Schweden in der EU – die Position der

Sveriges Socialdemokratiska Arbetareparti

Seit dem frühen 19. Jahrhundert hat sich Schweden im Wesentlichen von den Entwicklungen auf dem europäischen Festland ferngehalten. Durch seine lange „Neutralitätspolitik“ und die damit verbundene politische Isolation erfuhr das Land eine lange Friedenszeit, die auch dazu beitrug, dass eine Einbindung Schwedens in die Europäische Gemeinschaft als eigentlich nicht notwendig angesehen wurde.

Andererseits sollte Europa in den Augen der Schweden auch lediglich ein Kontinent des freien Handels unter souveränen Staaten sein. Einen intensiveren politischen Austausch mit den direkten Nachbarstaaten ermöglichte zudem der seit 1952 bestehende „Nordische Rat“.

Der Vertrag von Maastricht (1993), der große Umbruch in Mittel- und Osteuropa sowie die immer enger werdenden Handelsbeziehungen zwischen Schweden und der EU führten jedoch zu einer Neuausrichtung der schwedischen Europapolitik. Am 1. Januar 1995 trat Schweden der Europäischen Union bei.

Ein Referendum zum Beitritt in die Wirtschafts- und Währungsunion im September 2003 fiel jedoch negativ aus, so dass das Land den Euro nicht einführte. Hier zeigte sich, dass die Mehrheit der schwedischen Bevölkerung ihre bisweilen sehr EU-kritische Haltung nicht aufgegeben hat.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Die schwedische EU-Mitgliedschaft wird in erster Linie von dem Interesse geleitet, die Basis für Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Wohlstand durch den freien Zugang zu den internationalen Märkten zu gewährleisten. Zudem sind die Schweden sehr stolz auf die Errungenschaften ihres Sozialmodells, des Umweltschutzes und des transparenten Regierungsstils des Landes, die sie nicht durch europäische Politik gefährdet sehen wollen. Schwerpunkte der schwedischen Europapolitik sind daher die Beschäftigungs- und Wachstumspolitik, die Gleichstellung von Mann und Frau, der Umwelt- und Verbraucherschutz sowie Transparenz, demokratische Legitimation und Bürgernähe der europäischen Institutionen.

Neben diesen Themen sind auch die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) und die Erweiterung der EU wichtige Politikbereiche für Schweden und die sozialdemokratische Arbeiterpartei.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei ist die älteste Partei Schwedens, sie wurde im Jahr 1889 gegründet. Nach ihrer ersten Regierungsbeteiligung 1917 war sie fast 70 Jahre lang Regierungspartei und wurde nach einigen Unterbrechungen im Jahr 2002 wieder in die Regierung gewählt. Seit den Wahlen 2006 befindet sie sich jedoch erneut in der Opposition.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei und die Erweiterung

Das vorrangige Ziel, das Schweden mit der letzten Erweiterung verband, nämlich die historische Chance einer Aufnahme der baltischen Nachbarn und Handelspartner in die EU, ist seit dem 1. Mai 2004 erfüllt. Trotz gewisser Bedenken hat Schweden den gesamten letzten Erweiterungsprozess während seiner Ratspräsidentschaft 2001 unterstützt und steht auch jetzt einer Fortsetzung dieser Erweiterungspolitik aufgeschlossen gegenüber. Das Hauptargument ist hier, dass die Anziehungskraft der EU einen beeindruckenden demokratischen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt in den Kandidatenländern bewirkt. Dies wiederum wirkt sich positiv auf die Sicherheitslage Schwedens und ganz Europas aus.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Darüber hinaus liegt Schweden aus historischen und geografischen Gründen viel an einer engen Partnerschaft mit Russland. Die Regierung verspricht sich von der Aufnahme mittel- und osteuropäischer Staaten gleichzeitig einen Impuls für die EU-Russland-Beziehungen. Auf der anderen Seite muss Schweden in seiner Erweiterungspolitik berücksichtigen, dass Russland das Bestreben einer Annäherung z.B. der ehemaligen Sowjet-Republiken an die EU sehr argwöhnisch verfolgt.

Weiterhin ist die sozialdemokratische Arbeiterpartei bei aller Befürwortung des Erweiterungsprozesses ein Verfechter der strengen Anwendung der Kopenhagener Kriterien als Bedingung für einen Beitritt. Sie sollen der Maßstab dafür sein, ob ein Land beitriffähig ist oder nicht.

Für Schweden ist in diesem Zusammenhang die Wahrung von Sozial- und Umweltstandards in den Beitrittsstaaten von großer Bedeutung, um einer Gefährdung des schwedischen Sozialmodells durch die Erweiterung entgegenzuwirken.

Als großer Beitragszahler der Union fürchtet Schweden schließlich, einen überproportionalen Teil der Kosten für die Erweiterung tragen zu müssen und pocht daher auf eine klare Begrenzung des Finanzierungsrahmens und auf die Reform der kostenträchtigen gemeinsamen Agrarpolitik, bevor neue Beitritte erfolgen können.

Taktik

Als Vertreterin/Vertreter der sozialdemokratischen Regierungspartei unterstützen Sie im Allgemeinen die Aufnahme weiterer Mitglieder in die EU. Auch mit Blick auf die Sorgen der EU-kritischen Bevölkerung Schwedens knüpfen Sie Ihre Zustimmung jedoch an bestimmte Bedingungen. Oberstes Gebot ist für Sie dabei, dass die Beitrittskandidaten die Kopenhagener Kriterien erfüllen und besonders die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards garantieren. Ebenso muss für Sie garantiert sein, dass Transparenz und demokratische Legitimation des europäischen Entscheidungsgefüges nach der Erweiterung erhalten und weiter gestärkt werden. Schließlich verlangen Sie im Kreise der gegenwärtigen Mitgliedstaaten, die Kosten für die Erweiterung vertraglich zu begrenzen und die kostenintensive europäische Agrarpolitik vor der Aufnahme neuer, stark landwirtschaftlich geprägter Länder zu reformieren und für Marktkräfte zu öffnen.



Auch mit Blick auf den Balkan sehen Sie einen deutlichen Zusammenhang zwischen europäischer Perspektive und einer Beschleunigung des Stabilisierungs- und Reformprozesses. Sie plädieren dafür, parallel zu den Aktivitäten zur Stabilisierung der Region auch deren Integration in westliche Strukturen vorzubereiten. Dies muss nicht zwingend durch einen Beitritt zur EU geschehen, sondern kann auch die Form von speziellen Partnerschaften annehmen.

Allerdings schließen Sie Beitrittsverhandlungen zum jetzigen Zeitpunkt mit allen Staaten aus, die nicht engagiert mit dem Kriegsverbrechertribunal der Vereinten Nationen kooperieren.

An die Türkei legen Sie die gleichen Maßstäbe an wie an die anderen Kandidaten: Wenn das Land die Kriterien erfüllt und den Reformprozess konsequent vorantreibt, befürworten Sie die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen. Hiervon versprechen Sie sich ein positives Zeichen und einen Anreiz zur Umsetzung der beschlossenen Reformen. Allerdings machen Sie gegenüber der Türkei deutlich, dass vor einem tatsächlichen Beitritt noch viele Probleme zu bewältigen sind, wie die Menschenrechtsfrage und die Rechte der Frauen, die Abschaffung der Folter und die Situation der Kurden.



Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE)



Die liberale Fraktion hat ihre Wurzeln in der liberalen Tradition der Aufklärung und sieht sich als politische Kraft des ökonomischen Liberalismus im Europäischen Parlament. Die Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa – Alliance of Liberals and Democrats for Europe (ALDE) ist die drittstärkste Fraktion im EP. Sie war immer schon die Partei, die für Marktwirtschaft und Wohlstand eingetreten ist.

Die Erweiterung der Europäischen Union wird von den Liberalen als eine moralische Verpflichtung und als politische Notwendigkeit unterstützt, gleichzeitig aber auch als eine ökonomische Notwendigkeit gesehen.

So fordern sie, dass alle beitrittswilligen Staaten am Beitrittsprozess beteiligt werden, von denen die folgenden Kriterien erfüllt werden:

- ▶ stabile Institutionen, die Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechte garantieren
- ▶ eine funktionierende Marktwirtschaft und die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck der Union standzuhalten
- ▶ die Fähigkeit, die Verpflichtungen der Mitgliedschaft zu übernehmen und den Zielen der Union beizupflichten

Eine institutionelle Reform der EU sowie eine marktbestimmte und wettbewerbsfähige Landwirtschaft sieht ALDE jedoch ebenfalls als Vorbedingung.

Die Fraktion tritt für eine gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein, mit der man in friedenserhaltenden Maßnahmen überall dort reagieren kann, wo Menschenrechte verletzt werden.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Für die Balkanländer, die noch nicht als Beitrittskandidaten angesehen werden können, fordern die Liberalen ebenfalls eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union, um so einen Rückfall dieser Länder in Gewalt und Chaos zu verhindern. Die Fraktion setzt sich daher für eine gemeinsame Strategie der Union zur Unterstützung der regionalen Kooperation der südosteuropäischen Staaten untereinander ein, um so die Stabilität vor Ort auszubauen, eine demokratische und marktorientierte Entwicklung zu stärken und langfristig eine Beitrittsperspektive zu eröffnen. Dabei setzt sie unter anderem auf eine effizientere finanzielle Hilfe und die Errichtung pluralistischer Medien. Der demokratische Reformprozess in der Türkei soll unterstützt werden, indem dem Land die Mitgliedschaft in der EU in Aussicht gestellt wird.

In der Fraktion wurde besonders die Unterzeichnung der Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen der Europäischen Union mit Bosnien-Herzegowina, Albanien, Mazedonien, Montenegro, und Serbien in den vergangenen Jahren begrüßt. Diese Abkommen werden als ein weiterer wichtiger Schritt dieser Staaten in Richtung Mitgliedschaft in der Europäischen Union angesehen.

Ihre Aufgabe als Mitglied der Fraktion

Zur Verfolgung Ihrer Interessen benötigen Sie die Unterstützung anderer politischer Gruppen, wobei Sie sich bewusst sein müssen, dass besonders die Europäische Volkspartei (EVP) und die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (S&D) wichtige Rollen im EP spielen und Ihre Initiativen im Zweifelsfall auch blockieren können, wenn sie kleinere „Koalitionspartner“ finden.

So liegt es an Ihnen, den richtigen Mittelweg zu finden. Denn einerseits müssen Sie einen Kompromiss suchen – was zur Aufgabe Ihres politischen Profils führen kann –, andererseits kann das Festhalten an den eigenen Positionen zu einer Schmälerung des Einflusses des EP führen, wenn Sie sich mit Ihren Kollegen nicht einigen können. Damit würde die Entscheidung letztlich in die Hände der Kommission und des Rates der Europäischen Union gelegt werden.



In jeder Fraktion gibt es spezielle Experten für bestimmte Politikbereiche. Sie gehören dem „Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten“ an. Sie arbeiten hauptsächlich an Fragen der zukünftigen Gestaltung einer sich wandelnden und erweiternden Europäischen Union. Es liegt an Ihnen, die Chancen und Risiken der Erweiterung zu verstehen und gegeneinander abzuwägen. Ihre Aufgabe ist es, sich mit den anderen Mitgliedern ihrer Fraktion über eine gemeinsame Position gegenüber der Erweiterungsfrage zu verständigen.

Weiterhin werden Sie sich auf die Suche nach Verbündeten in den anderen Fraktionen begeben, mögliche Koalitionen finden und die Thematik im Parlament kontrovers diskutieren, um den politischen Gegner von der eigenen politischen Auffassung zu überzeugen. Aber denken Sie immer daran: Es ist nutzlos, nur zu reden, ohne zuzuhören. Um die Arbeit des EP effektiv zu gestalten, müssen Sie an einem Kompromiss arbeiten, damit Sie auch solchen Vorschlägen des Rates der Union erfolgreich entgegentreten können, die möglicherweise nicht auf der Linie des EP liegen.

einleitung
szenario
kommission
rat
parlament
bewerber
medien
materialien

Die Abgeordnete/der Abgeordnete der ALDE im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Bulgarien



Die „Bewegung für Rechte und Freiheiten“ (*Движение за права и свободи/DPS, ДПС*) ist eine liberale Partei aus Bulgarien und gehört der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa im Europäischen Parlament an.

Gründung der Partei

Die „Bewegung für Rechte und Freiheiten“ (DPS) wurde im Jahr 1990 gegründet um zunächst die Interessen der türkischen Minderheit in Bulgarien zu vertreten. Die Wurzeln der Partei liegen in der Zeit der Repressionspolitik des bulgarischen Staates gegenüber den Minderheiten im Land während des Zeitraums zwischen 1984 und 1989, die sich vor allem gegen die türkische Minderheit richtete.

Heute hat die Partei ihre Ziele erweitert, die alle Fragen der Bürgerrechte umfasst und die Rechte und Freiheiten aller Bürgerinnen und Bürger vertreten möchte, unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft und religiösen Überzeugung. Die Partei lehnt islamischen Fundamentalismus und Terrorismus kategorisch ab sowie jede Art von Diskriminierung, wie z.B. eine politische oder religiöse.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Die Partei wurde im Jahr 2003 Vollmitglied der Internationalen Liberalen, nachdem sie sechs Jahre lang den Beobachterstatus innehatte. Die politische Richtung des Liberalismus stellt in Bulgarien und insbesondere in Südosteuropa eine vergleichsweise neue politische Orientierung dar.

Die Partei der Minderheiten

Die DPS vertritt hauptsächlich die Interessen der türkischen Minderheit und anderer Minderheitengruppen in Bulgarien. Die Partei bezeichnet sich selber als liberal-demokratische Partei, die sich in der Mitte des politischen, eher konservativen Spektrums in Bulgarien positioniert. Die Situation der Minderheiten, auch der großen türkischen Minderheit in Bulgarien, ist nicht einfach. Die Inanspruchnahme von Minderheitenrechten wird zum Teil sehr erschwert. Die Situation der Minderheit der Roma kann sogar als kritisch bezeichnet werden.

Programm der Partei

Seit der Gründung verfolgt die Partei, ohne jedwede Änderung ihres politischen Kurses, folgende grundlegende liberale Werte: Freiheit, Toleranz, Verantwortung, insbesondere dem Schutz der Rechte und Freiheiten der Einzelperson und der Minderheiten wird eine große Bedeutung eingeräumt. Die Minderheiten in Bulgarien sollen in alle gesellschaftlichen Bereiche integriert werden. Im Vordergrund stehen dabei ganz besonders die Bereiche: Soziales, Kultur und Wirtschaft.

Die Partei möchte für die bulgarische Gesellschaft ein grundlegendes Toleranzmodell aufbauen, in dem die Toleranz gegenüber den Minderheiten als gesellschaftliche Bereicherung angesehen wird. Dabei ist es wichtig, dass die Angehörigen der Minderheiten ihre Muttersprache erlernen können. So können diese Menschen die eigene Kultur ausbilden und pflegen sowie einen Beitrag zu einer multikulturellen und toleranten Gesellschaft im Gesamtkontext eines vereinten Europas leisten.

Die Partei möchte sich insbesondere den destruktiven Tendenzen im Kontext des ethnisch motivierten Krieges in den 1990er Jahren im ehemaligen Jugoslawien entgegensetzen und die Logik der Intoleranz und des Hasses auf Grundlage einer unterschiedlichen Herkunft und Zugehörigkeit der Menschen in Bulgarien durchbrechen.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Die DPS als proeuropäische Partei

Die Partei setzt sich auf europäischer Ebene ein für die effektive Abrufung der EU-Fördermittel im Bereich der Landwirtschaft. In diesem Zusammenhang soll die Landwirtschaft modernisiert und vor allem auf Bio-Landwirtschaft gesetzt werden.

Im Zuge der Integration Bulgariens in die EU soll auf regionaler Ebene eine Politik umgesetzt werden, die die unterschiedlichen Entwicklungsstufen im sozialen und wirtschaftlichen Bereich versucht auszugleichen.

Die Partei möchte ein Informationssystem für die Bürgerinnen und Bürger über die Chancen aber auch Verpflichtungen einrichten, die aus einer Mitgliedschaft in der EU erwachsen.

Sie möchte Reformen in der Verwaltung einleiten, um den Bürgerinnen und Bürgern einen modernen und effektiven Service bieten zu können.

Dem Integrationsprozess der Länder des westlichen Balkans steht die Partei sehr positiv gegenüber. Insbesondere aber den Beitritt der Türkei fördert sie massiv und steht damit in einem gewissen Konfrontationskurs zu anderen Parteien in Bulgarien.

Taktik

Sie sitzen als Vertreterin/Vertreter der DPS in der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa. Die DPS ist traditionell eine der stärksten Befürworter/Innen und Unterstützer/Innen der europäischen Integration in Bulgarien und hat diese immer aktiv vorangetrieben Sie sind für eine erneute Erweiterung der Europäischen Union, da diese Ihrer Meinung nach mittel- und langfristig nur Vorteile sowohl für die Mitgliedsstaaten, als auch für die Beitrittskandidaten bringt und das europäische Modell von Stabilität und Frieden weiter ausdehnen wird.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Sie gehen davon aus, dass sich ebenso die Situation der Minderheiten in Bulgarien verbessern wird, wenn die Nachbarstaaten Bulgariens, in denen ein großer Teil der Minderheiten in Bulgarien ihre Wurzeln haben, zügig beitreten.

Sie engagieren sich sehr deutlich für die Türkei, aber auch für Mazedonien und Serbien. Im Hinblick auf den Namensstreit zwischen Mazedonien und Griechenland stützen Sie offensiv die Position von Mazedonien.

Auch wenn bei den Verhandlungen die Staaten anfangs gleichberechtigt behandelt werden müssen, sollten die Beitritte zu unterschiedlichen Zeiten und Bedingungen erfolgen können. Sie pochen auf die strikte Anwendung der Kopenhagener Kriterien bei der Prüfung der Beitrittsgesuche, insbesondere auf die Einhaltung von Minderheitenrechten und Religionsfreiheit.

Ihrer Meinung nach müssen die beitriftswilligen Länder den gemeinschaftlichen Besitzstand übernehmen, weshalb ihnen eine lange Übergangszeit eingeräumt werden muss. Sie wissen aus den Erfahrungen im Zuge des Beitritts von Bulgarien in die EU, dass ein verfrühter Beitritt dazu folgen kann, dass die Bereitschaft zur Übernahme europäischer Regeln schnell nachlassen kann.

Als Vorbedingung weiterer EU-Beitritte gilt für Sie der Abschluss der unionsinternen Reformen der Institutionen, der Finanzierung, der Agrarpolitik und der Strukturfonds. Die beitriftswilligen Staaten müssen ihre Wirtschaftsstrukturen liberalisiert und eine gewisse Wettbewerbsfähigkeit für die große Dynamik des europäischen Binnenmarktes erreicht haben.



Die/der Abgeordnete der ALDE im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Deutschland



Die FDP und die europäische Integration

Die Freie Demokratische Partei ist ein Verfechter der europäischen Einigungspolitik, die sie als Erfolgsmodell liberaler Politik betrachtet. Die europäische Einigung hat nach dem Zweiten Weltkrieg geholfen, die Völker Europas miteinander zu versöhnen, den Kalten Krieg zu beenden und die deutsche Einheit zu ermöglichen. Besondere Schwerpunkte ihrer Europapolitik legt die FDP auf individuelle Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, soziale Marktwirtschaft und freien Handel. Damit Europa weiterhin ein wirtschaftliches Erfolgsmodell bleibt, setzt die Partei auf Leistungsorientierung, hohe Bildungsstandards und offene Märkte.

Die EU muss ihre Wettbewerbsfähigkeit im globalen Umfeld wieder neu erobern. Dazu sollen der Binnenmarkt vollendet, der freie Wettbewerb gestärkt und marktwirtschaftliche Prinzipien mehr in den Vordergrund gerückt werden. Hierbei sieht die FDP eine wichtige Rolle bei den supranationalen Institutionen, sofern ein Bereich nach dem Subsidiaritätsprinzip in deren Zuständigkeit fällt. Auch in der Außenpolitik befürwortet die Partei eine europäische Lösung und plädiert für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die ihren Namen verdient.

Die FDP und die nächste Erweiterung

Die FDP hat bereits die erste und zweite Osterweiterung aktiv vorangetrieben und setzt sich nun für die Vollendung der Integration der neuen Mitgliedstaaten ein, damit die Erweiterung auf keinen Fall auf Kosten einer weiteren Vertiefung geht. Sie pocht auf die strikte Einhaltung der Kopenhagener Kriterien, so dass ein Beitritt weiterer Länder erst nach der vollen Erfüllung dieser Kriterien erfolgen kann. Dann jedoch werden die Ausdehnung des Binnenmarktes und die weitere Verbreitung von Stabilität und liberalen Prinzipien als äußerst positive Faktoren gesehen.



Bezüglich der Türkei erkennt die FDP die Fortschritte der Reformbemühungen der türkischen Regierung an und will ihre Fortsetzung aktiv unterstützen. Da sie jedoch an die Türkei die gleichen menschenrechtlichen, demokratischen und wirtschaftspolitischen Anforderungen stellt wie an vorherige Beitrittskandidaten, sieht sie zurzeit noch erhebliche Defizite, die einen eventuellen Beitritt in weite Ferne rücken lassen. Dies gilt umso mehr, da die EU selbst und ihre institutionelle Struktur derzeit nicht auf einen Türkeibeitritt vorbereitet sind.

Mit Blick auf den Balkan befürwortet die FDP die Eröffnung einer mittel- bis langfristigen europäischen Perspektive als Voraussetzung für eine dauerhafte Befriedung und Stabilisierung Südosteuropas. Montenegro und Mazedonien stehen dabei besonders im Vordergrund der Bemühungen. Die Realisierung dieser Perspektive hängt jedoch von den Reformanstrengungen der betroffenen Länder ab, die damit in einem gewissen Maße das Tempo selbst vorgeben. Letztendlich hängt ein individueller Beitritt an der Erfüllung der genannten Kriterien, von der einige Staaten aus Sicht der FDP noch sehr weit entfernt sind.

Dem Staat Bosnien-Herzegowina fühlt sich die FDP allerdings besonders verbunden, da der Hohe Repräsentant der Internationalen Gemeinschaft in Bosnien und Herzegowina und EU-Sonderbeauftragte, Christian Schwarz-Schilling, Mitglied ihrer Partei ist und in Bezug auf die Schaffung eines tragfähigen Friedens und einen langsamen wirtschaftlichen Aufschwung sehr viel erreicht hat.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Die FDP fordert zudem, dass ein positives Zeichen an Serbien gegeben wird. Die Ermöglichung der Festnahme des bosnischen Serbenführers Radovan Karadzic wird sehr begrüßt. Ihm werden Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Verletzung des Kriegsrechtes und schwere Verstöße gegen die Genfer Konventionen vorgeworfen. Die Karadzic-Verhaftung ist ein riesiger Schritt für Serbien, mit dem die neue Regierung Mut und Entschlossenheit zeigte. Ihr Bekenntnis zu Europa ist offenkundig sehr ernst zu nehmen.

Grundsätzlich setzt sich die Partei für eine umfassende und kohärente Nachbarschaftspolitik der EU ein. Sie möchte dem Eindruck einer „Festung Europa“ entgegenwirken und will durch die Schaffung eines Raumes gemeinsamer Werte auf der Basis freien Handels, wirtschaftlicher Integration und kultureller Beziehungen den Frieden, die Sicherheit und die Stabilität auf die Nachbarschaft der erweiterten Union ausdehnen.

Taktik

Sie stehen einer Erweiterung der EU grundsätzlich offen gegenüber, wobei Sie auf die Einhaltung bestimmter Grundsätze bedacht sind, allen voran die strikte Bewertung der Beitrittskandidaten anhand der Kopenhagener Kriterien, insbesondere der freien Marktwirtschaft und der Rechtsstaatlichkeit.

Als Befürworter der ersten Osterweiterungsrunde ist es Ihnen zunächst wichtig, dass die Integration der neuen Mitgliedstaaten schnell vollendet wird und dass erneute Erweiterungsrunden nicht auf Kosten einer Fortführung der europäischen Integration gehen.

Bezüglich der Türkei versuchen Sie, die Nennung einer konkreten Beitrittsoption zu vermeiden und verweisen auf die weiter bestehenden Defizite des Landes in Bezug auf Menschenrechte, Rechte von Minderheiten und den Rechtsstaat. Sie plädieren für eine Intensivierung des Dialogs zwischen der EU und der Türkei, um letztere bei ihrer Modernisierung und ihrer weiteren Annäherung an die EU zu unterstützen. Sie unterstreichen jedoch, dass dieser Prozess noch am Anfang steht und dass daher zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht über einen Beitritt gesprochen werden kann.

Als weiteres Argument führen Sie die unzureichende institutionelle und inhaltliche Vorbereitung der EU selbst auf die Aufnahme der Türkei an. Als Zukunftsoption können Sie die Möglichkeit eines Volksentscheids über den Beitritt der Türkei ins Gespräch bringen. Für Ihre Position bezüglich der Türkei sollten Sie Koalitionspartner besonders in den Reihen der EVP suchen, um im Parlament eine Mehrheit zu erlangen.

Mit Blick auf den Balkan verschließen Sie sich einer mittel- bis langfristigen Beitrittsperspektive nicht, da Sie hierin ein Mittel der politischen und sozialen Stabilisierung dieser Länder und ganz Europas sehen.

Allerdings bestehen Sie auch hier auf der strikten Einhaltung der Beitrittskriterien und auf der Einzelfallprüfung der jeweiligen Kandidaten und lehnen eine überstürzte Aufnahme aus rein politischen Gründen ab. Stattdessen forcieren Sie zunächst einen Ausbau der bestehenden Nachbarschaftskonzepte als Angebot für Stabilität und eine Zusammenarbeit zwischen der EU und der Region, die letztendlich in einen EU-Beitritt münden können. Versuchen Sie, diese Position bei anderen Fraktionen und Abgeordneten populär zu machen.

Für Montenegro und Mazedonien fühlen Sie sich dagegen ein Stück weit in der Verantwortung, hier eine rasche Heranführung an die EU – vielleicht sogar einen Beitritt – zu ermöglichen.



Die/der Abgeordnete der ALDE im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus den Niederlanden



Die Niederlande in der EU – die Position der VVD

Die Niederlande gehört zu den sechs Gründungsmitgliedern der Europäischen Gemeinschaft und hat immer eine sehr integrationsfreundliche Politik betrieben. Die Niederlande pflegt ihrer geografischen Lage und ihrer Größe wegen eine intensive Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten und hat somit ein großes Interesse an einem funktionsfähigen Binnenmarkt, denn 75 Prozent der Exportprodukte werden in diesen Markt ausgeführt.

Ein gewisser Grad an verstärkter Zusammenarbeit einiger Mitgliedstaaten ist für die Niederlande in der Europäischen Union unumgänglich. Eine differenzierte Integration muss jedoch mit den Zielsetzungen des EU-Vertrages vereinbar sein. Jeder Mitgliedstaat muss die Freiheit haben, sich anzuschließen, wenn er die Erfordernisse einer schnelleren Integration erfüllen kann. Eine abgestufte Zusammenarbeit darf nie die Rechtsordnung der Gemeinschaft gefährden oder den Zusammenhalt des Binnenmarktes grundsätzlich beeinträchtigen.

Die liberale Volkspartij voor Vrijheid en Democratie (VVD) war besonders in den Achtzigerjahren oft an der Regierung beteiligt. In vielen Punkten stützt die VVD die oben beschriebene Europapolitik des Landes. Drastischer fordert sie in der Europapolitik jedoch die Reform der Landwirtschaft und die Orientierung am Markt und am Wettbewerb. Sie macht sich stark für ein Europa der Regionen und der Deregulierung. Die Zentrale in Brüssel sollte nur über das entscheiden, was nicht auf nationaler oder regionaler Ebene entschieden werden kann, z.B. eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.



Die Niederlande und die nächste Erweiterungsrunde – die Position der VVD

Die Niederlande sprechen sich deutlich für die Integration weiterer Beitrittskandidaten aus, bedeutet die Erweiterung doch eine Ausweitung der europäischen Idee und der Sicherheit. Das Land erhofft sich von einer erneuten Erweiterung außerdem die Stärkung ihrer Handelsbeziehungen zu den jungen osteuropäischen Staaten. Es ist jedoch sicherzustellen, dass eine Erweiterung nicht zu einer neuen Teilung Europas führt. Zudem darf die Ausweitung nicht zum Verlust an Effizienz und Entscheidungsvermögen in der EU führen. Die derzeitigen EU-Politiken (z.B. Umweltschutz, Binnenmarkt) dürfen nicht verwässert werden.

Die Erweiterungspolitik der VVD stützt sich auf folgende Punkte:

- ▶ Gegenüber den mittel- und osteuropäischen Staaten soll eine Politik umgesetzt werden, mit der eine stabile Sicherheit, eine günstige soziale und wirtschaftliche Entwicklung sowie eine demokratische Stabilität erreicht werden kann.
- ▶ Der Binnenmarkt und die gemeinsame Rechtsordnung in der Europäischen Union müssen dabei aufrechterhalten werden; die Europäische Union muss reformiert werden, damit sie auch mit mehr Mitgliedern effektiv handeln kann.
- ▶ Alle genannten Aspekte müssen zu vertretbaren Kosten verwirklicht werden können.

Die Partei betont die Notwendigkeit der strikten Anwendung der Kopenhagener Kriterien und die individuelle Prüfung ihrer Einhaltung in den einzelnen Kandidatenländern, insbesondere im Hinblick auf das Funktionieren der freien Marktwirtschaft und des Rechtsstaats.

Allerdings muss die VVD wie alle Parteien die in letzter Zeit stark gestiegene Europaskepsis der niederländischen Bevölkerung berücksichtigen, die sich mit zahlreichen Ängsten bezüglich der Erweiterung verbindet. Die Niederländer fürchten zunehmend, in einer immer größer werdenden EU unterzugehen und an Einfluss zu verlieren. Dabei spielt auch die Angst vor massiven Einwanderungsströmen und einer „Überfremdung“ der Gesellschaft eine Rolle. Vor dem Hintergrund dieser Mischung aus unterschiedlichen Sorgen haben die Niederländer im Juni 2005 in einem Referendum auch die Europäische Verfassung mehrheitlich abgelehnt.

Die niederländischen Liberalen treten stark für das Selbstbestimmungsrecht der Völker ein, begrüßen deshalb die Unabhängigkeit Kosovos und fordern ein Recht für Mazedonien ein, seinen Namen selbst bestimmen zu können.



Taktik

Sie sind für eine erneute Erweiterung der Europäischen Union, da diese Ihrer Meinung nach mittel- und langfristig nur Vorteile sowohl für die Mitgliedstaaten als auch für die Beitrittskandidaten bringt und das europäische Modell von Stabilität und Frieden weiter ausdehnen wird. Als Vorbedingung gilt für Sie die abgeschlossene Reform der europäischen Institutionen, der gemeinsamen Agrarpolitik sowie der Strukturprogramme.

Auch wenn der Beitritt der Kandidaten zeitnah erfolgen sollte, sprechen Sie sich doch für einige „Sicherheitsmaßnahmen“ aus. So unterstreichen Sie die Zweckmäßigkeit einer allmählichen Integration und der Einrichtung einer Freihandelszone für die nächsten zehn Jahre.

Auch wenn bei den Verhandlungen die Staaten anfangs gleichberechtigt behandelt werden müssen, sollten die Beitritte zu unterschiedlichen Zeiten und Bedingungen erfolgen können. Sie pochen auf die strikte Anwendung der Kopenhagener Kriterien bei der Prüfung der Beitrittsgesuche.

Ihrer Meinung nach müssen die beitragswilligen Länder den gemeinschaftlichen Besitzstand übernehmen, weshalb ihnen eine lange Übergangszeit eingeräumt werden muss. Auch in den Fragen der Zuwanderung müssen lange Übergangsfristen festgelegt werden. Sie plädieren daher für gewisse Beschränkungen im Bereich der Freizügigkeit, bis die Migrationstendenzen nachlassen, um eine mögliche anfängliche Massenzuwanderung zu verhindern. Die Kontrollen an den Grenzen zu den neuen Mitgliedsländern müssen für die erste Zeit beibehalten werden.

Erst wenn sichergestellt ist, dass es nicht zu übermäßigen Migrationsströmungen kommt und dass in den neuen Mitgliedsländern die Mechanismen zur Bekämpfung organisierter Kriminalität und illegaler Zuwanderung funktionieren, können diese Kontrollen wegfallen. Mit diesen Maßnahmen wollen Sie auch Ihre kritischen Landsleute beruhigen und für eine erneute Erweiterung gewinnen.

Fraktion „Die Grünen“ im Europäischen Parlament (Die Grünen)



Die Fraktion Die Grünen betrachtet sich als ökologische Kraft im Europäischen Parlament. Die Partei ist ebenso wie ihre Wählerbasis sehr jung und bildete im Parlament schon immer eine kleine Minderheit. Als einzige europäische Parteienfamilie traten die Grünen bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 mit einem einheitlichen Wahlprogramm an, das für alle Mitgliedstaaten galt.

Innerhalb der Grünen Parteien in Europa bestehen unterschiedliche Ansichten und Konzepte über die europäische Integration. Diese unterscheiden sich vor allem im Ausmaß der Übertragung nationaler Souveränität auf die Gemeinschaft.

Die inhaltlichen Grundlagen aller Abgeordneten dieser Fraktion sind

- ▶ Verbesserte Strukturen für demokratische Teilhabe und Mitwirkungsrechte, die Nichtregierungsorganisationen (NGO), Gewerkschaften, Bürger und Organe der Zivilgesellschaft auf allen Ebenen mit einbezieht und die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen sichert
- ▶ Garantierte Chancengleichheit und Gleichberechtigung sowie kulturelle und sprachliche Vielfalt
- ▶ Gleichberechtigung der Geschlechter

Einig sind sich die europäischen Grünen jedoch darüber, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt der Regionen Europas zu stärken, das europäische Sozialmodell weiterzuentwickeln und zukunftsfähiges, nachhaltiges Wirtschaften verbindlich festzuschreiben zu wollen, auch im Agrarbereich.

Die Grünen sind der Meinung, dass die Europäische Union den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit zu einseitig auf Wirtschaftsinteressen legt. Zugleich fehlt ihnen eine ausreichend demokratische Verankerung der Institutionen und der Politiken der Europäischen Union. Ihrer Ansicht nach sollten Menschenrechte und Demokratie zunehmend die Leitmotive der Europäischen Union sein. Deswe-



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

gen haben sich die Grünen im Rahmen der Reformdebatte innerhalb der EU für eine klare Stärkung der Mitwirkungsmöglichkeiten des Europäischen Parlaments ausgesprochen.

Bereits sehr früh nach dem Ende des Ost-West-Konflikts haben die Grünen Kontakte zu entsprechenden Gruppierungen innerhalb der neu entstehenden Demokratien in den mittel- und osteuropäischen Staaten geknüpft. Die Fraktion strebt die politische Integration von ganz Europa und den Ausbau der Gemeinschaft zu einer politischen Union an. Kritischen Stimmen zum Trotz, die vor einer zu raschen Erweiterung und vor allem ihren ökologischen Folgen warnen, setzen sich die europäischen Grünen für eine zwar nachhaltige, aber doch zügige Erweiterung ein.

Ihrer Ansicht nach sollte die EU allen europäischen Staaten offen stehen, in denen die Mehrheit der Wähler beitreten möchte, um nicht neue Grenzen in Europa zu ziehen, die einen dauerhaften Frieden unmöglich machen würden. Jeder Beitrittsantrag sollte gleich behandelt werden, ohne auf die Größe, die strategische Bedeutung oder etwa die ökonomische Situation des jeweiligen Landes zu achten. Einzige Vorbedingungen sollten demokratische Strukturen, die Respektierung sozialer und kultureller Rechte, besonders der Minderheitenrechte, und der Wunsch der Bürger sein.

Um Schockeffekte auf die lokale ökonomische Situation zu vermeiden, sollten auf Wunsch begrenzte Übergangsfristen eingeräumt werden, um die Märkte der Kandidatenländer einseitig zu schützen. Die Union sollte die Beitrittsländer großzügig unterstützen und die Heranführungshilfen mindestens verdoppeln. Diese Gelder sollten in erster Linie dazu genutzt werden, soziale und ökologische Standards in den Kandidatenländern zu heben und die Länder behutsam in den Binnenmarkt zu integrieren. Die Verbesserung der Sozial- und Umweltstandards ist eine der Hauptforderungen der Grünen im Rahmen der Beitrittsverhandlungen mit den Kandidaten.

Die Grünen haben versucht, für die anstehenden Herausforderungen Handlungsoptionen zu entwickeln:



Die Erweiterung ist als die wirkungsvollste Politik der Konfliktverhütung zu betrachten, die jemals von der EU entwickelt und umgesetzt wurde. Den Übergangsprozess von einer Diktatur zur Demokratie und von der Staatswirtschaft zur Marktwirtschaft in den benachbarten mittel- und osteuropäischen Ländern leiten und beeinflussen zu können, stellt eine große historische Herausforderung dar, deren Ergebnis als Erfolgsgeschichte für die EU angesehen werden muss.

Die Länder des westlichen Balkans sind ein wichtiger Teil der europäischen Familie, daher wäre ihr Beitritt zur EU die natürliche Vollendung dieser Einigung.

Für die Länder Mittel- und Osteuropas stellt die Perspektive einer EU-Mitgliedschaft den Ansporn dar, umfangreiche Reformen durchzuführen, die ohne diese Perspektive nicht eingeleitet worden wären. Sowohl für die alten als auch für die neuen Mitgliedstaaten wirkt sich die Erweiterung überwiegend vorteilhaft aus. Dennoch ist die derzeitige Lage innerhalb der 28 Mitgliedstaaten der EU nicht zufrieden stellend, insbesondere was die wirtschaftlichen und sozialen Standards für große Gruppen in Mittel- und Osteuropa betrifft.

Die Erweiterung der Europäischen Union hat zur Stärkung der Rolle Europas in der Welt beigetragen, gleichzeitig jedoch auch die Schwächen, Defizite und Unzulänglichkeiten der bestehenden Verträge aufgezeigt, die die EU daran hindern, auf der Weltbühne wirkungsvoll tätig zu werden und zu handeln. Weitere Erweiterungen werden der weltweiten Stärkung des außenpolitischen Ansatzes der Europäischen Union nur dann zugute kommen, wenn tief greifende Reformen unternommen werden, deren Schwerpunkt vor allem auf der Konfliktverhütung liegen muss.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Für die Grünen stellen die 1993 in Kopenhagen niedergelegten Kriterien die entscheidenden Maßstäbe für die Reife der Kandidaten für den Beitritt zur EU dar. Diese Kriterien sind nicht verhandelbar. Die Pflicht zur Erfüllung aller politischen Beitrittskriterien endet nicht mit dem Beitritt. Daher sollte ein Mechanismus eingeführt werden, mit dem die Einhaltung der grundlegenden Prinzipien der EU – Freiheit, Demokratie, Menschenrechte, Grundfreiheiten und Rechtsstaatlichkeit – in allen Mitgliedstaaten, in neuen ebenso wie in alten, regelmäßig überprüft wird.

Das Europäische Parlament spielt bei der Überwachung der Einhaltung der Beitrittskriterien seitens der Beitrittsländer eine bedeutende Rolle.

Trotz einer klaren allgemeinen Zustimmung zu einem Beitritt der Türkei haben die Grünen stets deutlich gemacht, wo ihres Erachtens die Unzulänglichkeiten bei den Reformen in diesen Ländern liegt. Die Grünen wollen auch weiterhin zu den zuverlässigen, aber kritischen Befürwortern des Beitritts beider Länder zählen. Der Prozess der Beitrittsverhandlungen ist seinem Wesen nach ergebnisoffen, trotzdem besteht das Ziel einzig und allein in der Mitgliedschaft.

Die europäische Perspektive für den westlichen Balkan – einschließlich des Kosovo muss aufrechterhalten werden, denn Stabilisierung und Frieden auf dem Balkan müssen für die EU in den kommenden Jahren weiterhin absolute Priorität genießen. Das Niveau der regionalen Zusammenarbeit zwischen den Ländern des westlichen Balkans stellt einen entscheidenden Hinweis auf ihre Reife für eine EU-Mitgliedschaft dar, letztlich muss aber jedes Land anhand des von ihm erreichten Standes beurteilt werden und seinen Beitritt gemäß einem individuellen Zeitplan aushandeln. Die Verhandlungen für einen Beitritt müssen dazu genutzt werden, um weiteren Einfluss auf noch vorhandene und unbedingt zu beseitigende Problembereiche in den Staaten zu nehmen (Korruption, Presse- und Meinungsfreiheit, Umgang mit Minderheiten, Umweltpolitik)



Für die gegenwärtige Union sind ebenso wie als Voraussetzung für künftige Erweiterungen tief greifende Reformen notwendig. Diese müssen auf jeden Fall die zentralen Errungenschaften des Verfassungsentwurfes und die rechtliche Bindung an die Grundrechtecharta beinhalten.

Ohne die endgültigen Grenzen für die Europäische Union festzulegen, erkennen die Grünen an, dass die Integrationsfähigkeit der Union im kommenden Jahrzehnt mit den Verhandlungen und dem möglichen Beitritt der Türkei und den Ländern des westlichen Balkans an ihre Grenzen stoßen wird. Die Integration dieser Länder bedeutet für die EU eine große Herausforderung. Daher sollte die Gemeinschaft keinem weiteren Staat die konkrete Aussicht auf einen Beitritt anbieten, bevor nicht die Auswirkungen der derzeitigen Verhandlungen und der möglichen Beitritte beurteilt werden können.

Ihre Aufgabe als Mitglied der Fraktion

Sie sind Mitglied dieser Fraktion. Sie brauchen die Unterstützung anderer politischer Gruppen, um diese Positionen als Positionen des Parlaments in den Erweiterungsprozess einbringen zu können. Es ist äußerst wichtig für Sie, sich zu vergegenwärtigen, dass besonders die Europäische Volkspartei starken Einfluss im EP ausübt und Ihre Initiativen im Zweifelsfall blockieren kann, indem sie „Koalitionspartner“ findet.

So liegt es an Ihnen, den richtigen Mittelweg zu finden. Denn einerseits müssen Sie einen Kompromiss suchen – das kann jedoch zur Aufgabe Ihres politischen Profils führen –, andererseits kann das Festhalten an eigenen Positionen zu einer Schmälerung des Einflusses des EP führen, wenn Sie sich mit Ihren Kollegen nicht einigen können. Damit würde die Entscheidung am Ende in die Hände der Kommission und des Rates der Europäischen Union gelegt werden.

In jeder Fraktion gibt es spezielle Experten für bestimmte Politikbereiche. Sie gehören dem „Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten“ an. Sie arbeiten hauptsächlich an Fragen der zukünftigen Gestaltung einer sich wandelnden und erweiternden Europäischen Union. Es liegt an Ihnen, die Chancen und Risiken einer baldigen zweiten Erweiterung der EU um südosteuropäische Staaten kritisch zu beleuchten.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	------------------	----------	--------	-------------

Es ist Ihre Aufgabe, sich mit den anderen Mitgliedern der Fraktion über eine gemeinsame Position in der Erweiterungsfrage zu verständigen. Weiterhin werden Sie sich als Abgeordnete/Abgeordneter auf die Suche nach Verbündeten in anderen Fraktionen begeben, mögliche Koalitionen finden und die Thematik im Parlament kontrovers diskutieren, um den politischen Gegner von der eigenen politischen Auffassung zu überzeugen. Eines ist immer zu berücksichtigen: Es ist nutzlos, nur zu reden, ohne zuzuhören. Um die Arbeit des EP effektiv zu gestalten, müssen Sie an einem Kompromiss arbeiten, damit Sie auch solchen Vorschlägen des Rates der Union erfolgreich entgegentreten können, die möglicherweise nicht auf der Linie des EP liegen.



Die Abgeordnete/der Abgeordnete der „Grünen“ im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Österreich



Österreich und die EU – Position der Grünen Partei

Aufgrund des Neutralitätsgesetzes von 1955 stand Österreich einer Mitgliedschaft in der EU lange Zeit skeptisch gegenüber. Nach einem Umschwenken des politischen Kurses erfolgte 1995 aber doch der Beitritt, der von einer Mehrheit der österreichischen Bevölkerung befürwortet wurde. Seit dem Beginn seiner Mitgliedschaft signalisiert Österreich, dass es zum harten Kern der Europäischen Union gehören will. So unterzeichnete es beispielsweise das „Schengener Abkommen“, in dem der schrittweise Abbau der Personenkontrollen an den Binnengrenzen der einzelnen Unterzeichnerstaaten geregelt ist. Trotz seiner außenpolitischen Neutralität

seit dem Zweiten Weltkrieg wirkt Österreich außerdem an der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU mit.

Die Grüne Partei Österreichs lehnte einen Beitritt Österreichs zur EU lange Zeit ab, da sie die Neutralität des Landes für wichtiger hielt als eine Mitgliedschaft. Seit einiger Zeit hat sich diese Position gewandelt und die Grüne Partei setzt sich sehr für eine europäische Politik und die EU ein.

Die Grünen und die Erweiterung

Die Grünen sehen die Erweiterung der EU als Chance zu einer Überwindung der Spaltung Europas, des Nationalismus und der Trennung zwischen einem reichen und einem armen Europa, wenn sie unter voller Beachtung der Demokratie, der Menschenrechte und der sozialen Grundrechte erfolgt. Die Erweiterung darf nicht für nationalistische Polemik missbraucht werden! Sie kann gelingen, wenn sie ein soziales Projekt ist, und wenn sie auf einem ökologischen Fundament steht.

Die Grünen fordern darüber hinaus eine Gesamtstrategie zur Heranführung Südosteuropas zur EU, die für alle Staaten einen



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

gleichen und klaren Zugang zu EU-Fördermitteln gewährleistet – unabhängig davon, ob sie bereits Kandidatenstatus haben oder noch nicht. Des Weiteren wird Visafreiheit für alle Bewohnerinnen und Bewohner des Westbalkans gefordert – bereits in den achtziger Jahren brauchten Menschen aus Jugoslawien keine Einreisegenehmigung mehr.

Da schon die letzte Osterweiterung von den Grünen befürwortet wurde, standen sie auch der Erweiterung um Kroatien positiv gegenüber. Mit diesem Land pflegt Österreich ebenso wie mit anderen Ländern des westlichen Balkans aufgrund seiner geografischen Lage enge Beziehungen. Die Grüne Partei sieht in der Erweiterung eine historische Chance, um die Spaltung Europas zu überwinden, weshalb sich die Partei aktiv für einen raschen Beitritt der Bewerberkandidaten zur EU und gegen starre Übergangsfristen einsetzt.

Die Grünen stimmten im Nationalrat für die

österreichischen Entsendungen für EULEX (Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäische Union im Kosovo). Was die Anerkennung der Unabhängigkeit Kosovos betrifft, waren sie für weniger Eile. Österreich sollte kein Vorreiter sein und hätte noch vor einer endgültigen Entscheidung die Stabilität in Kosovo und den Nachbarregionen, die völkerrechtliche Basis und den Schutz von Minderheiten in Erwägung ziehen sollen.

Die Grünen waren die einzige Partei im Nationalrat, die sich vor dem Europäischen Rat am 16./17. Dezember 2004 klar für Verhandlungen mit der Türkei ausgesprochen hat. An dieser Haltung hat sich nichts geändert, auch wenn die Lage in der Türkei genau beobachtet wird.

Nach Ansicht der Grünen gründet sich die Einheit Europas nicht auf Kriterien wie Religion und ethnische Herkunft, sondern einzig und allein auf Demokratie und Wahrung der Menschenrechte. Aus diesem Grund sehen die Grünen die volle Durchsetzung der Menschenrechte und der Demokratie als unabdingbare Voraussetzungen eines Beitritts zur EU an.

Ziel der Grünen ist es, die EU zu einer sozialen, ökologischen und demokratischen Staatengemeinschaft zu machen, die ihre Rolle in den internationalen Beziehungen wahrnehmen kann.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Taktik

Sie gehören zu den Erweiterungsbefürwortern der EU. Der Beitritt Kroatiens war für Sie selbstverständlich, da Sie mit diesem Land schon lange gute Beziehungen, gerade in wirtschaftlicher Hinsicht, pflegen. Aus eben diesen Gründen setzen Sie sich verstärkt für Montenegro und Mazedonien ein.

Sie engagieren sich für ein großes Europa, das deutlich über die Grenzen der bisherigen EU hinausgeht. Deshalb plädieren Sie auch für einen Beitritt der Türkei, weil Sie der Ansicht sind, dass die EU sich nicht auf Kriterien wie eine gemeinsame Religion, Sprache oder einen gemeinsamen ethnischen und kulturellen Hintergrund gründet, sondern auf Werte wie Demokratie und die Einhaltung der Menschenrechte.

Die Wahrung dieser Werte ist für Sie die Voraussetzung für einen Beitritt. Erst wenn die Kandidatenstaaten, vor allem die Türkei, diese Voraussetzung erfüllen, können Sie einer Erweiterung der EU, die Sie grundsätzlich befürworten, zustimmen.

Weitere Ziele sind für Sie die Demokratisierung der EU und die Umweltpolitik. Deshalb fordern Sie eine am Ziel der Nachhaltigkeit ausgerichtete Struktur- und Reformpolitik. Legen Sie besonderen Wert darauf, dass die Beitrittskandidaten ihre nuklearen Anlagen verbessern müssen. Richten Sie zusätzlich eine Kontaktstelle ein, um die Interessen der Beitrittsländer im Europäischen Parlament zur Geltung zu bringen.

Im Zuge der Verhandlungen soll den Beitrittskandidaten umfangreiche Hilfestellung – vor allem im Naturschutz (Stichwort: Reaktorschutz) – gewährt werden.

Als „Gegenleistung“ erwarten Sie aber eine klare Beachtung der Menschenrechte und die Sicherung des Minderheitenschutzes in den beitragswilligen Ländern. Nehmen Sie auch zu anderen Parteien, die einer Erweiterung positiv gegenüberstehen, Kontakt auf und versuchen Sie, gemeinsame Positionen und Strategien zu entwickeln.

Die/der Abgeordnete der „Grünen“ im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Belgien



► www.ecolo.be

Europäische Integration und Osterweiterung – die Position der *Écologistes confédérés pour l'organisation de luttes originales (ECOLO)*

In der Parteienlandschaft Belgiens gibt es keine nationalen Parteien, da die jeweiligen Parteifamilien in den drei Regionen Belgiens (Flandern, Wallonien und Brüssel) eigenständig organisiert sind und durchaus zu einzelnen Politikthemen zum Teil unterschiedliche Positionen vertreten. Jede Parteifamilie hat eine Partei im flämischen und wallonischen Landesteil, in der Hauptstadt Brüssel sind alle Parteien vertreten.

In den letzten Jahren durchlebte Belgien eine intensive Auseinandersetzung um die zukünftige Gestaltung der Europäischen Union. Aus den Wahlen zum belgischen und zum Europäischen Parlament sind die Anhänger der radikalen Gruppierung, die sich für eine Stärkung der Regionen aussprechen und die bisherigen Erfolge des europäischen Einigungsprozesses in Frage stellen, mit mehr als zehn Prozent der Wählerstimmen gestärkt hervorgegangen. Außer dieser radikalen Gruppierung in Flandern und ihrem politisch unbedeutenderen Pendant in Wallonien sind die anderen belgischen Parteien Anhänger des europäischen Einigungsprozesses.

Auch Ecolo, die grüne Partei des französischsprachigen Teils Belgiens, befürwortet den europäischen Einigungsprozess grundsätzlich und setzt sich besonders für die Stärkung sozialer und ökologischer Prinzipien und Projekte ein. Europa soll eine führende Kraft im Umweltschutz und bei der Durchsetzung der sozialen Gerechtigkeit werden. Hierbei betont die Partei insbesondere das Prinzip der ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit und fordert eine auf lange Sicht ausgerichtete europäische Politik. Chancengleichheit für alle Bevölkerungsgruppen und die Integration von Minderheiten in die Gesellschaft gehören ebenfalls zu den Hauptanliegen der Grünen.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

ECOLO wurde im März 1980 gegründet und war eine der ersten grünen Parteien, die im Jahr 1981 in ein nationales Parlament einzogen. Bei der Wahl 1981 erhielt ECOLO fünf Prozent der Stimmen, was fünf Sitzen entsprach, zwei davon im Repräsentantenhaus und drei im Senat.

In das Europäische Parlament entsendet ECOLO einen Abgeordneten, die flämische Schwesterpartei Groen! ist ebenfalls mit einem Sitz vertreten.

Die Écologistes begrüßen deutlich die bisherigen Reformschritte in der Türkei und befürworten die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen. Die Türkei soll nach den gleichen Beitrittskriterien beurteilt werden wie alle anderen Kandidaten auch. Allerdings verlangt ECOLO von der türkischen Regierung die vollständige Erfüllung der Kopenhagener Kriterien, insbesondere im Bereich der Menschenrechte und des Minderheitenschutzes.

ECOLO spricht sich wie die anderen grünen Parteien auf europäischer Ebene für die Integration der Balkanländer in die Europäische Union aus, sofern diese die Kriterien, die auch für alle anderen ehemaligen und zukünftigen Kandidatenländer galten bzw. gelten (insbesondere die Übereinstimmung mit den Menschenrechten und der Rechtsstaatlichkeit), respektieren. Hinsichtlich der Möglichkeit, das europäische Projekt noch auf andere Staaten auszudehnen, erachtet ECOLO es als notwendig, eine öffentliche europäische Debatte über die Grenzen der EU und das Ziel der europäischen Einigung zu führen.

Ganz allgemein müssen die nationalen Regierungen nach Ansicht der Écologistes auch ihre Verantwortung hinsichtlich aktueller und kommender Erweiterungen ernst nehmen: eine konsequente, vor allen Dingen finanzielle und solidarische Begleitung muss eingehalten werden, um eine bessere Integration neuer und zukünftiger Mitglieder zu erreichen und ein Ungleichgewicht innerhalb der Europäischen Union zu verhindern. In diesem Sinne halten sie die aktuelle Tendenz, den Beitrag der nationalen Regierungen zu verringern, für unsinnig. Deshalb betrachten sie einen erhöhten und mit eigenen Mittel gespeisten europäischen Haushalt als unerlässlich für das gute Funktionieren der EU und für die Realisierung ihrer Ziele.



Taktik

Sie als Abgeordnete/Abgeordneter von ECOLO im EP haben trotz einer weitgehenden Unterstützung des Fraktionsprogramms der europäischen Grünen hinsichtlich der Erweiterung Bedenken gegenüber einer zu schnellen Aufnahme von neuen Mitgliedern, weil diese den Integrationsstand der Gemeinschaft der nunmehr 28 Staaten Ihrer Meinung nach unweigerlich absenken würde.

Zugleich mahnen Sie an, dass auch die belgische Bevölkerung Zeit braucht, um eine Erweiterung als notwendig anzusehen und zu unterstützen und langfristig die Vorteile zu erkennen. Ein übereiltes Handeln könnte auch rechte Gruppierungen nicht nur in Belgien stärken.

Sie bevorzugen eine großzügige Unterstützung politischer, wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Reformen, die zu einer schrittweisen Annahme des gemeinsamen Besitzstands der EU durch die Beitrittskandidaten führen können.

Die Frage nach der institutionellen Handlungsfähigkeit der EU und den damit verbundenen Reformen ist für Sie ebenfalls von Bedeutung. Sie fordern hierbei einen Ausbau der sozialen und ökologischen Prinzipien der EU.

Letztendlich machen Sie darauf aufmerksam, dass eine Erweiterung der EU – insbesondere um die Türkei – einer großen finanziellen Anstrengung aller Mitgliedstaaten bedarf. Eine Erweiterung ohne eine gesicherte Finanzierung kann keinesfalls geschehen.

einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Die Abgeordnete/der Abgeordnete der „Grünen“ im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Luxemburg



Luxemburg und die EU – Position der Grünen Partei (lux. déi gréng, fr. Les Verts)

Die grüne Partei Luxemburgs wurde am 23. Juni 1983, dem luxemburgischen Nationalfeiertag, gegründet. Aus der Perspektive der Grünen befinden sich das Land und die Europäische Union in einer großen Umbruchphase; Globalisierung, Klima- und Energieproblematik sowie Verteilungsgerechtigkeit sind große Herausforderungen, die die Menschheit zu bewältigen hat. Luxemburg verfügt jedoch aus Ihrer Sicht über gute Ausgangsbedingungen, diese Herausforderungen zu meistern, wenn es die aktuellen strukturellen Defizite erkennt und in den kommenden Jahren umfassende Reformen einleitet.

Das wirtschaftliche Wachstum Luxemburgs ist aus der Sicht der Grünen in gefährlich hohem Maße abhängig von einem einzigen Wirtschaftssektor, und zwar dem Finanzsektor. Arbeitsplätze, die neu geschaffen werden, werden zu 80% von sog. Grenzgängern besetzt. Zumeist sind diese deutsche und französische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die nahe der Grenze wohnen und in der Lage sind nach Luxemburg zu pendeln.

Um die Abhängigkeit von einem Wirtschaftssektor zu verringern, möchten die Grünen unter Einbeziehung des Finanz- und Dienstleistungssektors zur Erschließung der Zukunftsmärkte in den Bereichen der Energie- und Umwelteffizienztechniken, des Gesundheitssektors und der Kommunikationstechnologien ein Konzept vorlegen.

Die Grünen möchten ein Gesamtkonzept für Erziehung, Orientierung und Ausbildung vorlegen, das den jungen Menschen und dessen Fähigkeiten in den Mittelpunkt stellt.



Die Grünen fordern ein Landesplanungskonzept, das die zukünftige Bevölkerungsentwicklung, verbunden mit einem nachhaltigen Verkehrskonzept, ermittelt.

Die Grünen möchten gezielt daran arbeiten, die Klima-, Energie- und Umweltkrise zu überwinden; dazu möchten sie einen Rahmen schaffen, der effizient und unbürokratisch den notwendigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel begleitet.

Aus der Sicht der Grünen soll eine sozial abgefederte ökologische Steuerreform eingeführt werden, die die Gesamtsteuerlast nicht erhöht und die dritte industrielle Revolution (= zunehmende Nutzung Informationstechnologie in allen Lebensbereichen) auch in Luxemburg fördert. Dabei soll die Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Klima-, Energie- und Umweltpolitik in enger Zusammenarbeit mit der Universität Luxemburg und anderen wissenschaftlichen Instituten massiv gefördert werden.

Darüber hinaus stehen die Grünen für die Umsetzung einer zeitgemäßen Familienpolitik.

Grüne Politik in Luxemburg stellt Friedens- und Sicherheitspolitik in den Vordergrund und zielt dabei auf den Schutz der Menschenrechte, auf internationale Gerechtigkeit und Solidarität, Nachhaltigkeit, Gewaltfreiheit und die Stärkung des internationalen Rechts ab.

Die Grünen werden sich in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU für die Entscheidungsfindung per Mehrheit und die gleichberechtigte Beteiligung des Europäischen Parlaments einsetzen.

Europäische Kleinstaaterei ist aus der Sicht der Grünen die falsche Antwort auf die rasante wirtschaftliche Entwicklung von Staaten wie China und Indien; nur ein europäisches Projekt, das wirtschaftliches Wachstum mit dem Anspruch auf hohe Sozial- und Umweltstandards verbindet, kann zugleich wirtschaftlichen Wohlstand und sozialen Schutz garantieren und auch den nachfolgenden Generationen eine Lebensperspektive bieten.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Nur wenn die EU ihren Kurs ändert, wird sie die großen Herausforderungen bewältigen: Innovationen anstoßen, die Wettbewerbsfähigkeit erhalten, den Klimawandel und die zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich reduzieren, Integration fördern und ihre Bürgerinnen und Bürger vor den sozialen und umweltpolitischen Verwerfungen der Globalisierung schützen.

Die Grünen engagieren sich bei ihrer Europapolitik in erster Linie für das europäische Gemeinwohl; sie berücksichtigen aber bei wichtigen Themen auch die besonderen Interessen Luxemburgs.

Die Grünen in Luxemburg und die Erweiterung

Die Grünen sehen die Erweiterung der EU als wichtige Chance zu einer Überwindung der Spaltung Europas, des Nationalismus und der Trennung zwischen einem reichen und einem armen Europa, wenn sie unter voller Beachtung der Demokratie, der Menschenrechte und der sozialen Grundrechte erfolgt. Die Erweiterung darf nicht für nationalistische Polemik missbraucht werden! Sie kann gelingen, wenn sie ein soziales Projekt ist, und wenn sie auf einem ökologischen Fundament steht.

Die Grünen fordern darüber hinaus eine Gesamtstrategie zur Heranführung Südosteuropas zur EU, die für alle Staaten einen gleichen und klaren Zugang zu EU-Fördermitteln gewährleistet – unabhängig davon, ob sie bereits Kandidatenstatus haben oder noch nicht.

Des Weiteren wird Visafreiheit für alle Bewohnerinnen und Bewohner des Westbalkans gefordert.

Da schon die letzte Osterweiterung von den Grünen befürwortet wurde, standen sie auch der Erweiterung um Kroatien positiv gegenüber. Mit allen Ländern des westlichen Balkans pflegt Luxemburg enge Beziehungen. Die Grüne Partei sieht in der Erweiterung eine historische Chance, um die Spaltung Europas zu überwinden, weshalb sich die Partei aktiv für einen raschen Beitritt der Bewerberkandidaten zur EU und gegen starre Übergangsfristen einsetzt.



Die Grünen sprechen sich klar für Verhandlungen mit der Türkei aus. An dieser Haltung hat sich nichts geändert, auch wenn die Lage in der Türkei genau beobachtet wird.

Nach Ansicht der Grünen gründet sich die Einheit Europas nicht auf Kriterien wie Religion und ethnische Herkunft, sondern einzig und allein auf Demokratie und Wahrung der Menschenrechte. Aus diesem Grund sehen die Grünen die volle Durchsetzung der Menschenrechte und der Demokratie als unabdingbare Voraussetzungen eines Beitritts zur EU an.

Ziel der Grünen ist es, die EU zu einer sozialen, ökologischen und demokratischen Staatengemeinschaft zu machen, die ihre Rolle in den internationalen Beziehungen wahrnehmen kann.

Taktik

Sie gehören zu den deutlichen Erweiterungsbefürwortern der EU. Der Beitritt Kroatiens ist für Sie selbstverständlich, da Sie mit diesem Land schon lange gute Beziehungen, gerade in wirtschaftlicher Hinsicht, pflegen. Aus eben diesen Gründen setzen Sie sich verstärkt für Montenegro und Mazedonien ein.

Sie engagieren sich für ein großes Europa, das deutlich über die Grenzen der bisherigen EU hinausgeht. Deshalb plädieren Sie auch für einen Beitritt der Türkei, weil Sie der Ansicht sind, dass die EU sich nicht auf Kriterien wie eine gemeinsame Religion, Sprache oder einen gemeinsamen ethnischen und kulturellen Hintergrund gründet, sondern auf Werte wie Demokratie und die Einhaltung der Menschenrechte.

Die Wahrung dieser Werte ist für Sie die Voraussetzung für einen Beitritt. Erst wenn die Kandidatenstaaten, vor allem die Türkei, diese Voraussetzung ausdrücklich und unzweifelhaft erfüllen, können Sie einer Erweiterung der EU, die Sie grundsätzlich befürworten, zustimmen.

Weitere Ziele sind für Sie die Demokratisierung der EU und die Umweltpolitik. Deshalb fordern Sie eine am Ziel der Nachhaltigkeit ausgerichtete Struktur- und Reformpolitik. Legen Sie besonderen Wert darauf, dass die Beitrittskandidaten ihre nuklearen Anlagen verbessern müssen. Richten Sie zusätzlich eine Kontaktstelle ein, um die Interessen der Beitrittsländer im Europäischen Parlament zur Geltung zu bringen.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	------------------	----------	--------	-------------

Im Zuge der Verhandlungen soll den Beitrittskandidaten umfangreiche Hilfestellung – vor allem im Naturschutz (Stichwort: Reaktorschutz) – gewährt werden.

Als „Gegenleistung“ erwarten Sie aber eine klare Beachtung der Menschenrechte und die Sicherung des Minderheitenschutzes in den beitrittswilligen Ländern. Nehmen Sie auch zu anderen Parteien, die einer Erweiterung positiv gegenüberstehen, Kontakt auf und versuchen Sie, gemeinsame Positionen und Strategien zu entwickeln.



Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten (ECR)



Die Europäischen Konservativen und Reformisten (ECR, nach der englischen Bezeichnung European Conservatives and Reformists) sind eine 2009 neu gegründete, stark konservative und europaskeptische Fraktion im EP. Diese umfasst die britische Conservative Party, die tschechische ODS (Demokratische Bürgerpartei), die polnische PiS (Recht und Gerechtigkeit) sowie mehrere kleinere Parteien aus verschiedenen Ländern. Sie ist die fünftgrößte Fraktion des Europäischen Parlaments. Genau betrachtet, ist sie die Nachfolgerin der nationalkonservativen Fraktion Union für ein Europa der Nationen (UEN), allerdings mit deutlich veränderter Mitgliederstruktur.

Die ECR wurde am 22. Juni 2009 in Folge der Europawahl 2009 gegründet. Ihre Mitglieder hatten zuvor verschiedenen anderen Fraktionen angehört: Die britische Conservative Party und die ODS waren als Mitglieder der Europäischen Demokraten in der christdemokratisch-konservativen Fraktion EVP, während die PiS und andere Mitglieder der nationalkonservativen Fraktion UEN angehört hatten.

Unter dem Motto „Nein zu den Vereinigten Staaten von Europa: Ja zu einem Europa der vereinigten Staaten“ soll auch die Position der Nationalstaaten innerhalb der Europäischen Union und deren Souveränität und Unterschiedlichkeit gewahrt bleiben. Kulturen und Sprachen sollen geschützt werden. Nach Ansicht der ECR muss ein Großteil der politischen Macht bei den Mitgliedstaaten verbleiben, und die EU soll sich hier möglichst nicht einmischen.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Die Fraktion wünscht sich ein Europa, das hauptsächlich ökonomische und technische Fragen im Hinblick auf die großen Herausforderungen der Globalisierung beantwortet. Programmatisch betont die Fraktion den Ausbau der inneren Sicherheit durch Verschärfung von Strafgesetzen in den Mitgliedstaaten (bis hin zu Forderungen nach der Wiedereinführung der Todesstrafe – diese Forderung ist jedoch mit dem geltenden EU-Recht nicht vereinbar!). Auch eine von der Fraktion geforderte restriktivere Politik gegenüber Schwulen und Lesben wird von der Mehrheit im Europäischen Parlament sehr deutlich abgelehnt.

Angesichts der immer wiederkehrenden Krisen auf dem Balkan fordert die Fraktion auch eine starke gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Mitgliedstaaten der EU, die mit den notwendigen Mitteln versehen ist und der Instrumente zur Verfügung stehen, um Krisen zu lösen und Europa zu einem ernst zu nehmenden Akteur auf Weltebene zu machen. In der Innen- und Rechtspolitik lehnt die Fraktion eine Vereinheitlichung und stärkere Verlagerung von Kompetenzen auf die europäische Ebene ab und setzt auch hier auf nationale Unterschiedlichkeit.

Die ECR befürwortet zwar die Vision des ehemaligen französischen Präsidenten de Gaulle von einem „vereinten Europa vom Ural bis zum Kaukasus“. Die konkrete Erweiterung der EU in den nächsten Jahren ist aber nicht ihr eigentliches Thema, auch wenn sie sehr vage die Union als offen für Länder betrachtet, sofern diese vollständig den wirtschaftlichen Bedingungen in der Union entsprechen können.

Ihre Aufgabe als Mitglied der Fraktion

Zur Verfolgung Ihrer Interessen benötigen Sie die Unterstützung anderer politischer Gruppen, wobei Sie bedenken sollten, dass besonders die Europäische Volkspartei und die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas eine wichtige Rolle im EP spielen und Ihre Initiativen im Zweifelsfall auch blockieren können, indem sie kleinere „Koalitionspartner“ finden.

So liegt es an Ihnen, den richtigen Mittelweg zu finden. Denn einerseits müssen Sie einen Kompromiss suchen – das kann jedoch zur Aufgabe Ihres politischen Profils führen –, andererseits kann das Festhalten an den eigenen Positionen zu einer Schmälerung des Einflusses des EP führen, wenn Sie sich mit Ihren Kollegen nicht einigen können. Damit würde die Entscheidung über eine Erweiterung der EU letztlich in die Hände der Kommission und des Rates der Europäischen Union gelegt werden.



In jeder Fraktion gibt es spezielle Experten für bestimmte Politikbereiche. Sie gehören dem „Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten“ an. Sie arbeiten hauptsächlich an Fragen der zukünftigen Gestaltung einer sich wandelnden und erweiternden Europäischen Union. Es liegt an Ihnen, die Chancen und Risiken der Erweiterung zu verstehen und gegeneinander abzuwägen. Ihre Aufgabe ist es, sich mit den anderen Mitgliedern Ihrer Fraktion über eine gemeinsame Position gegenüber der Erweiterungsfrage zu verständigen.

Weiterhin werden Sie sich auf die Suche nach Verbündeten in den anderen Fraktionen begeben, mögliche Koalitionen finden und die Thematik im Parlament kontrovers diskutieren, um den politischen Gegner von der eigenen politischen Auffassung zu überzeugen. Denken Sie dabei daran: Es ist nutzlos, nur zu reden, ohne zuzuhören. Um die Arbeit des EP effektiv zu gestalten, müssen Sie an einem Kompromiss arbeiten, damit Sie auch solchen Vorschlägen des Rates der Union erfolgreich entgegenreten können, die möglicherweise nicht auf der Linie des EP liegen.

Die/der Abgeordnete der ECR im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus der Tschechischen Republik



Seit dem 1. Mai 2004 ist die Tschechische Republik Mitglied der Europäischen Union. Sie ist dieser gemeinsam mit neun weiteren mittel- und osteuropäischen Staaten beigetreten. Damit wurde die größte und wohl auch die schwierigste Erweiterung der EG/EU vollendet – aus der EU-15 wurde durch diese „Osterweiterungen“ die EU-25.

In der tschechischen Außenpolitik wurde seit dem Regimewechsel Ende der 80er Jahre auf einen erfolgreichen EU-Beitritt hingearbeitet. Jetzt, nach Erfüllung dieser außenpolitischen Priorität, ist das Ziel der neuen tschechischen Regierung die aktive und konstruktive Beteiligung am politischen Tagesgeschehen der EU.

Die ODS und die europäische Integration

Die deutlich recht konservative, Občanská demokratická strana (ODS, bürgerliche demokratische Partei) wurde 1991 gegründet. In den letzten beiden Nationalwahlen wurde sie von den Sozialdemokraten (SSD) besiegt, weshalb sie seit sieben Jahren die stärkste Oppositionspartei im tschechischen Parlament ist. Zuvor war die ODS als Regierungspartei sechs Jahre lang an der Macht und hat umfassende demokratische und ökonomische Reformen auf den Weg gebracht.

Die ODS ist im tschechischen Parlament eine der stärksten politischen Kräfte.

Nach der Mitgliederzahl ist die ODS die drittgrößte Partei in der Tschechischen Republik.

Auch dank der unpopulären Wirtschaftsmaßnahmen der tschechischen Regierungsparteien haben sich die Wähler bei der letzten Europawahl im Juni 2009 wieder vermehrt der ODS zugewandt.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Die Haltung der ODS gegenüber der EU war durchgehend eher skeptisch, bestenfalls neutral. Den Verfassungsvertrag hätte die ODS im tschechischen Parlament und im Senat abgelehnt. Einem Zusammenwachsen der europäischen Wirtschaftssysteme steht die ODS allerdings sehr offen gegenüber. Die Partei hat auf problematische oder sogar negative Seiten der europäischen Integration aufmerksam gemacht: zu viel Bürokratie, zu viel Regulation, zu viele Kompetenzen in Brüssel und die drohende Beschränkung von tschechischen Nationalinteressen. Die von der Regierung ausgehandelten Beitrittsbedingungen hat die ODS stark kritisiert und die Position der neuen Mitgliedstaaten allgemein als unvorteilhaft betrachtet. Diskussionen und Bemühungen um eine Vertiefung der europäischen Integration hielt die ODS meistens für unpassend.

Die ODS hat die Fraktion ECR im Jahre 2009 mitgegründet.

Die Tschechische Republik und die Erweiterung – die Position der ODS

In Bezug auf die Erweiterung der EU um die Türkei und Staaten des Balkans ist die Meinung der ODS der offiziellen außenpolitischen Haltung der Tschechischen Republik sehr ähnlich. Auch ihrer Ansicht nach soll der Erweiterungsprozess auf der Grundlage der Kopenhagener Kriterien fortgesetzt werden. Innerhalb der Partei existiert eine offene Unterstützung für die nächste EU-Erweiterung, die aber gründlich vorbereitet werden muss und keinesfalls negativen Einfluss auf den jetzigen Stand der wirtschaftlichen Integration haben darf.

Taktik

Als tschechische Abgeordnete/tschechischer Abgeordneter der Partei ODS stehen Sie dem europäischen Integrationsprozess nicht gerade enthusiastisch gegenüber. Sie schätzen zwar einerseits die Vorteile der Integration, vor allem die Liberalisierung des Außenhandels und die Beschleunigung des Warenverkehrs auf dem Binnenmarkt, andererseits bemühen Sie sich aber nur schwach um eine weitere Vertiefung der Integration. Tendenzen zur Föderalisierung der EU und zur Verschiebung von weiteren Kompetenzen auf das europäische Niveau lehnen Sie eindeutig ab. Sie verweisen dabei auf das in Verträgen verankerte Subsidiaritätsprinzip und auf die nationale Souveränität und Vielfalt der Mitgliedstaaten.

Sie unterstützten in der Vergangenheit die Erweiterungsrunde der EU im Allgemeinen, wobei es zunächst um Kroatien ging. Sie bestehen bei der Fortführung des Erweiterungs-



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

prozesses aber vehement auf einer präzisen Vorbereitungsphase, die konsequent von der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien ausgeht. Die politische und ökonomische Bereitschaft jedes Kandidaten zur Erfüllung dieser Kriterien ist für Sie entscheidend, um den Beitrittsgesuchen zustimmen zu können.

Ein ökonomisch instabiler oder stark rückständiger Beitrittskandidat hat bei Ihnen keinerlei Chance auf die EU-Mitgliedschaft, solange er seine ökonomische Lage nicht stabilisiert und das Wirtschaftswachstum vorantreibt. Die Aufnahme eines solchen Landes in die Gemeinschaft könnte das erreichte Wirtschaftsniveau der jetzigen EU bedrohen.

Sie argumentieren insbesondere auch damit, dass die Subventionen der Strukturfonds für die Wirtschaftsankurbelung der mittlerweile zwölf neuen Mitgliedsländer (einschließlich Tschechiens) schon jetzt nicht ausreichend sind. Deswegen und auch wegen der fehlenden Konkurrenzfähigkeit im Landwirtschaftssektor setzen Sie sich stark für eine schnelle und radikale Reform der gemeinsamen Agrarpolitik und für die Verschiebung eines großen Teils der Finanzmittel in die regionale Strukturhilfe ein.

Die/der Abgeordnete der ECR im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Lettland



Europäische Integration und Osterweiterung – die Position der TB/LNNK

Die rechtskonservative Vereinigung Allianz für Vaterland und Freiheit (Tevzemei un Brīvībai Latvijas Nacionalas Neatkarības Kustība [TB/LNNK]) hat bei den letzten Europawahlen mit ihren politischen Ansichten in Lettland punkten können. Einer der neun lettischen Abgeordneten im Europaparlament wird seitdem von diesem Wahlbündnis gestellt. In der nationalen Innenpolitik ist das Parteienbündnis ebenfalls vertreten, aber mittlerweile keine starke politische Kraft mehr.

Innenpolitisch hat sich die Allianz immer wieder mit feindlichen Initiativen gegenüber den großen russischen und polnischen Minderheiten hervorgetan. So strebte die Partei mit dem Referendum „Für ein lettisches Lettland“ eine Verhinderung des Zuspruchs von Minderheitenrechten für Russen, Ukrainer und Polen an.

Die Partei zeichnet sich durch eine ausgeprägt skeptische Haltung gegenüber der EU aus und stellt nationale Anliegen vor alle europäischen Angelegenheiten. Deshalb plädiert die Partei für die Beibehaltung souveräner Rechte im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik. Eine vertiefte Kooperation auf europäischer Ebene wird nicht gewünscht.

Im Bereich der Asyl- und Flüchtlingspolitik fordert die Partei hohe Hürden zur Aufnahme von Asylsuchenden. So unterstützt das Parteienbündnis Vorschläge zur Errichtung von Aufnahmelagern für Flüchtlinge in der Ukraine. Gekoppelt werden sollen diese Initiativen mit einem sehr strengen Asylrecht, um die hohe Zahl der Asylantragssteller und so genannter illegaler Flüchtlinge zu reduzieren.



In der Sicherheits- und Verteidigungspolitik spricht sich das Parteienbündnis gegen den Aufbau konkurrierender Strukturen zur NATO aus, da diese das Verteidigungsbündnis schwächen könnten. Die europäischen Militärstrukturen müssen innerhalb der NATO aufgebaut werden.

In Bezug auf die erneute Erweiterung der EU sieht die Partei Probleme bei einem Beitritt der Türkei. Eine Aufnahme sei aus kulturellen Gründen und aufgrund einer drohenden Handlungsunfähigkeit der EU nicht zu befürworten.

Taktik

Sie sitzen als Vertreterin/Vertreter der TB/LNNK in der Fraktion der ECR für ein Europa der Nationen. Sie brauchen die Unterstützung anderer politischer Gruppen, um Ihre Positionen als Positionen des Parlaments einbringen zu können. Versuchen Sie deshalb,

die Unterstützung der stark vertretenen Europäischen Volkspartei für Ihre Anliegen zu gewinnen.

Bei den zu behandelnden Themen im Ausschuss unterstreichen Sie stets Ihren Unabhängigkeitswillen und Ihre Abneigung gegen zu viel politische Macht bei den EU-Institutionen. Für diese Anliegen finden Sie mögliche Unterstützung bei anderen, insbesondere englischen, Vertretern konservativer Parteien. Auch bei den konservativen Abgeordneten der anderen baltischen Staaten dürften Sie Zuspruch erhalten.

Sie sprechen sich sehr offen gegen einen Beitritt der Türkei zur EU aus, da diese Ihrer Überzeugung nach schon groß genug ist und ein Beitritt der Türkei die Handlungsfähigkeit der EU sprengen würde. Zudem würden sich durch einen möglichen Beitritt der Türkei die Prioritäten zugunsten der südosteuropäischen Region verlagern.

Einen Beitritt der Balkanstaaten und möglicher weiterer Kandidaten aus der Region möchten Sie dagegen aufgrund der gemeinsamen Erfahrung einer kommunistischen Herrschaft nicht verhindern. Trotzdem treten Sie nicht als Fürsprecher dieser Staaten auf.

Für Sie stehen in erster Linie Sicherheitsaspekte im Vordergrund, die durch eine Mitgliedschaft in der EU gewährleistet werden können. Jede weitere politische und institutionelle Vertiefung der Europäischen Union, die mit einem Beitritt weiterer Staaten verbunden sein könnte, lehnen Sie deutlich ab.

Fraktion „Vereinte Europäische Linke/ Nordische Grüne“ (GUE/NGL)



Die Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne ist eine sozialistische/kommunistische politische Gruppierung im Europäischen Parlament. Sie wurde 1989 von den französischen, griechischen, spanischen und portugiesischen kommunistischen Parteien gegründet. Mit jeder Erweiterung der Europäischen Union traten Parteien der neuen Mitgliedstaaten dieser locker verbundenen Gruppe bei, die sich selbst als Forum für die oft sehr variierenden Ansichten ihrer konstituierenden nationalen Parteien sieht.

Parteien der linken Seite des politischen Spektrums aus verschiedenen Mitgliedstaaten verbanden sich mit den südlichen kommunistischen Parteien zur gegenwärtig sechstgrößten Fraktion im Europäischen Parlament. Die größten Parteien dieser Gruppe sind derzeit die deutsche Partei DIE LINKE und die italienischen Kommunisten.

Die Mehrheit der Parteiengruppe ist für eine weitere Demokratisierung der Institutionen der Europäischen Union sowie das Vorantreiben der Integration. Sie persönlich widersetzen sich jedoch der neoliberalen Wirtschafts- und Finanzpolitik der EU. Zu Ihren Prioritäten gehören die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, besonders in den neuen Mitgliedstaaten, und Umweltschutz. Verbesserte Entwicklungs- und Hilfspolitik und der Schutz von politischen und Wirtschaftsflüchtlingen sind Themen, die für alle GUE/NGL Mitgliedsparteien von Bedeutung sind. Ihrer Meinung nach soll die Europäische Union ein Sozialklima schaffen und erhalten, das allen Bürgern gleiche Rechte und Möglichkeiten garantiert.



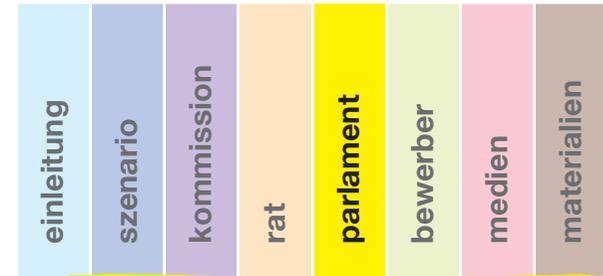
einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Instabilität, exzessive Machtkonzentration, ökonomisch begründete Migration und Rassismus können nur durch eine weitere Demokratisierung der Europäischen Union bekämpft werden. Sie widersetzen sich der gegenwärtigen eurozentrierten Politik der EU, die Sie als Grund für die anhaltende Ungleichheit ansehen. Sie wollen die europäische Stabilitäts- und Wohlstandszone verbreitern, entweder durch Aufnahme neuer Mitgliedstaaten oder durch die Einrichtung von privilegierten Partnerschaften mit Anliegerstaaten.

Die Tatsache, dass der GUE/NGL auch äußerst europafeindliche Parteien angehören, die die EU als kapitalistisches und imperialistisches Machtkonstrukt ansehen, zeigt ganz deutlich, wie vielfältig und teilweise widersprüchlich die Ansichten innerhalb dieses Parteibündnisses sind.

Die Fraktion setzt sich dennoch in der Summe deutlich für neue Beitritte zur Europäischen Union ein. Außer für die Türkei spricht sie sich besonders für einen Beitritt der Republik Mazedonien aus. Der Streit zwischen Griechenland und der Republik Mazedonien um den Namen des Landes ist ihrer Ansicht nach schnell auszuräumen. Das Europäische Parlament sollte sich ebenfalls an der Lösung dieser Frage beteiligen. Ein Veto Griechenlands zum Beitritt der Republik Mazedoniens in die Europäische Union hätte allerdings weitreichende Folgen für die gesamte Union – und nicht nur für die beiden betroffenen Staaten.





Ihre Aufgabe als Mitglied der Fraktion

Um Ihre eigenen Interessen durchzusetzen, benötigen Sie die Unterstützung der anderen Parteien. Beachten Sie, dass besonders die zwei größten politischen Gruppierungen, die Europäische Volkspartei (EVP) und die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (S&D), eine wichtige Rolle im Parlament spielen und Ihre Initiativen im Zweifelsfall auch blockieren können, weil Sie als kleiner Verhandlungspartner angesehen werden.

So liegt es an Ihnen, den richtigen Mittelweg zu finden. Denn einerseits müssen Sie einen Kompromiss suchen, der allerdings zur Aufgabe Ihres politischen Profils führen kann, andererseits kann das Festhalten an den eigenen Positionen zu einer Schmälerung des Einflusses des Europäischen Parlaments führen, wenn Sie sich mit Ihren Kollegen nicht einigen können. Damit würde die Entscheidung am Ende in die Hände der Kommission und des Rates der Europäischen Union gelegt werden.

In jeder Partei gibt es spezielle Experten für bestimmte Politikfelder. Sie gehören dem „Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten“ an. Sie arbeiten hauptsächlich an Fragen der zukünftigen Gestaltung einer sich wandelnden und erweiternden Europäischen Union. Es liegt an Ihnen, die Chancen und Risiken einer Erweiterung der EU kritisch zu beleuchten.

Ihre Aufgabe ist es, sich mit den andern Mitgliedern der GUE/NGL über eine gemeinsame Position gegenüber der Erweiterungsfrage zu verständigen. Weiter werden Sie sich auf die Suche nach Verbündeten in den anderen Fraktionen begeben, mögliche Koalitionen finden und die Thematik im Parlament kontrovers diskutieren, um den politischen Gegner von der eigenen politischen Auffassung zu überzeugen. Aber denken Sie immer daran: Es ist nutzlos, nur zu reden, ohne zuzuhören. Um die Arbeit des EP effektiv zu gestalten, müssen Sie an einem Kompromiss arbeiten, damit Sie auch solchen Vorschlägen des Rates der Union erfolgreich entgegenreten können, die möglicherweise nicht auf der Linie des EP liegen.

Die/Der Abgeordnete der GUE/NGL im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus Griechenland



Griechenland und die Osterweiterung – die Position der Kommunistischen Partei

Die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) wurde 1918 gegründet und baute von Anfang an auf die Loyalität der traditionell kleinen Arbeiterklasse. Sie gab sich bereits früh ein starres ideologisches Programm und eine feste Organisationsstruktur. Ihr Hauptziel ist die revolutionäre Umwandlung der griechischen Gesellschaft durch eine Beseitigung des Kapitalismus und eine Einführung des Sozialismus und des Kommunismus. Den Kern der KKE bilden Arbeiter, Angestellte, Akademiker und Studenten.

Die KKE war gegen den Beitritt Griechenlands zur Europäischen Union. Als einzige Partei Griechenlands hat die KKE auch gegen den Maastrichter Vertrag und die Osterweiterung der EU gestimmt. Die Europäische Union wird von der KKE als eine europäische Kapitalunion betrachtet, die sich unter der Leitung von drei bis vier Großmächten befindet, an deren Spitze Deutschland steht. Damit steht die EU den sozialistischen und kommunistischen Zielen der KKE elementar entgegen.

Daher steht die KKE auch allen weiteren geplanten Erweiterungen der EU ablehnend gegenüber. Zum Wohle der Arbeiterklasse in den Kandidatenländern will sie die als impe-

rialistisch erachtete Ausdehnung der kapitalistischen EU auf jeden Fall verhindern. Aus den letzten Wahlen in Griechenland sind sie erneut gestärkt hervorgegangen.

Taktik

Als Abgeordnete/Abgeordneter einer europafeindlichen Partei sind Sie strikt gegen jede mögliche Erweiterung der Europäischen Union. Sie lehnen die imperialistischen Eingriffe und eine mögliche Ausdehnung der EU auf den Balkan und den Mittelmeerraum kategorisch ab.



Die Zypernfrage deuten Sie als einen Fall türkischer Invasion und Besetzung innerhalb eines souveränen und unabhängigen Staates. Aus diesem Grund vertreten Sie die Meinung, dass die Zypernproblematik durch internationales Recht und Resolutionen der Vereinten Nationen und nicht im Rahmen der Außenpolitik der EU gelöst werden sollte.

Das Engagement der Europäischen Union für Kosovo halten Sie ebenfalls für bedenklich, da es auch hier es eine Resolution der Vereinten Nationen gibt, die als bindend angesehen werden muss.

Hinsichtlich des Konflikts (Namensstreit) zwischen der mazedonischen und griechischen Regierung nehmen Sie eine vermittelnde, eher sogar promazedonische Position ein. Das jugoslawische Mazedonien hat im griechischen Bürgerkrieg von 1947-1949 die später unterlegenen griechischen Kommunisten im Kampf gegen die königstreuen Griechen stark unterstützt. Diese historische Tatsache ist bis heute unvergessen. Dennoch möchten Sie Mazedonien vor einem Beitritt in die EU „bewahren“ und sprechen sich deshalb gegen eine Aufnahme aus.

Sie sind grundsätzlich ein Gegner eines starken Europas mit großen Entscheidungsbefugnissen. Stattdessen fordern Sie eine Rückverlagerung europäischer Kompetenzen auf die nationale Ebene.

Suchen Sie vor allem den Austausch mit Parlamentariern anderer radikaler Gruppierungen im EP.

Die/die Abgeordnete der GUE/NGL im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus der Tschechischen Republik



Die Abgeordnete/der Abgeordnete der GUE/NGL im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus der Tschechischen Republik

Die Tschechische Republik und die EU – die Position der KS M

Die Tschechische Republik ist seit dem 1. Mai 2004 Mitglied der Europäischen Union. Zusammen mit ihr sind der EU zu diesem Datum neun weitere mittel- und osteuropäische Länder beigetreten. Damit wurde die größte und wohl schwierigste Erweiterung der EG/EU vollendet – die EU der 15 vergrößerte sich um zehn neue Mitgliedstaaten.

Mit dem EU-Beitritt wurde eines der wichtigsten Anliegen der tschechischen Außenpolitik seit dem Wechsel des Regimes Ende der Achtzigerjahre erfüllt. Das Ziel der tschechischen mitte-links-orientierten Regierung ist jetzt eine aktive und konstruktive Beteiligung an der alltäglichen Arbeit der europäischen Integration, wobei das tschechische Nationalinteresse immer gewahrt bleiben soll.

Die deutlich linksorientierte Komunistická strana ech a Moravy (KS M, Kommunistische Partei Böhmens und Mährens) ist seit März 1990 die Nachfolgeorganisation der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. Diese regierte in der ehemaligen sozialistischen Tschechoslowakei über 40 Jahre lang uneingeschränkt.

Die KS M verfügt bis heute über eine stabile Anzahl an Stammwählern, vor allem in der älteren Generation. Nach einigen schwächeren Jahren Anfang der Neunziger gewinnt die KS M neuerdings wieder an Zulauf und ist nun die drittstärkste Partei im tschechischen Parlament. Die tschechische Öffentlichkeit war von der Regierungspolitik, die



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

zunächst rechts- und später linksorientiert war, stark enttäuscht, so dass die Wahlbeteiligung deutlich sank. Das trug – zusammen mit der stabilen Anzahl an kommunistischen Stammwählern – dazu bei, dass die oppositionelle KS M mehr Unterstützung erhielt. Die Abgeordneten reihen sich in die Konföderale Fraktion der Vereinigten europäischen Linken/Nordischen Grünen Linken ein.

Die Haltung der KS M gegenüber der EU war in den vergangenen 20 Jahren jedoch zurückhaltend. Heute lehnen die Kommunisten den Integrationsprozess zwar nicht grundsätzlich ab, seine gegenwärtige Form und Orientierung ist für sie aber nicht akzeptabel. Dies wurde auch beim nationalen Referendum zum tschechischen EU-Beitritt deutlich – die KS M hat damals ihren Wählern eine klare Ablehnung empfohlen. Neben den schlecht ausgehandelten Beitrittsbedingungen für Tschechien werden von den oppositionellen Kommunisten vorrangig das übertriebene

und unfaire „EU-Diktat aus Brüssel“ sowie die wachsende Bürokratie und die für Bürger und Bürgerinnen unübersichtliche und einschränkende Legislative kritisiert.

Grundsätzlich fordert die Partei:

Ein Europa, das Verantwortung für den Frieden in der Welt wahrnimmt: keine Aufstellung europäischer Truppen, Einrichtung eines Amtes für Abrüstung und Rüstungsexportkontrolle.

Ein Europa, in dem Vollbeschäftigung und sozialer Zusammenhalt Vorrang hat: mehr Investitionen, Bewahrung und Verankerung des Sozialstaatsprinzips, statt Festlegung auf eine neoliberale Wirtschaftsordnung, Einführung eines europäischen Mindestlohns und Harmonisierung der Steuern statt Sozial- und Steuerdumping in einzelnen Staaten.

Ein demokratischeres Europa: mehr Rechte für das Europäische Parlament, mehr direkte Demokratie, Durchsetzung des Prinzips der Gewaltenteilung auf europäischer Ebene, Garantierung des Streikrechts.

Ein Europa, das sich konsequent zur Bekämpfung von Nationalismus, Antisemitismus, Rassismus und für Weltoffenheit, Toleranz und Demokratie bekennt.



Die KSČM und die nächste Erweiterung

In Bezug auf eine eventuelle zukünftige EU-Erweiterung ist die KSČM jedoch besonders mit Blick auf die Türkei und die Staaten des westlichen Balkans sehr positiv eingestellt. Die Kommunisten sind bereit, diese Erweiterung auch aktiv zu fördern, da sie mit den Zielen ihrer Partei korrespondiert: Unterstützung der Politik in Europa, die auf den Prinzipien der Partnerschaft, Zusammenarbeit und der gegenseitigen Koordinierung zwischen den einzelnen Staaten basiert. Eine gut vorbereitete EU-Erweiterung kann ein Schritt auf dem richtigen Weg zu einem sicheren, friedlichen und prosperierenden europäischen Kontinent sein.

Taktik

Als tschechische Abgeordnete/tschechischer Abgeordneter der KSČM in der Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordischen Grünen Linken setzen Sie sich im EP zwar für den EU-Beitritt der Länder Südosteuropas aktiv ein, aber nur unter bestimmten Bedingungen. Jede Erweiterung kann nur auf der Grundlage der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien erfolgen, und jeder eventuelle Beitrittskandidat muss auf die Mitgliedschaft politisch und ökonomisch präzise vorbereitet sein. Vor allem die ökonomische Bereitschaft und Stabilität der Kandidaten ist für Ihre Unterstützung wichtig.

Politische Kriterien verfolgen Sie sorgfältig, speziell im Fall der Türkei, da dort die Menschenrechte – trotz Besserungen – immer noch nicht hundertprozentig eingehalten werden.

In den Beitrittskandidatenländern wie der Türkei und den Staaten des westlichen Balkans sind die Fragen nach der Stellung und den Rechten der jeweiligen Minderheiten (z.B. Kurden, Serben, Albaner) Ihrer Ansicht nach noch zu klären.

Im EP kritisiert die KSČM offen und vehement die allgemeine Schwächung der sozialen Standards. Sie bestehen darauf, dass die nationale Identität und die Gleichberechtigung der einzelnen Länder der EU unter keinen Umständen berührt werden darf.

Fraktion Europa der Freiheit und der Demokratie (EFD)



Europa der Freiheit und der Demokratie (EFD, französische Abkürzung: ELD) ist die kleinste Fraktion im Europäischen Parlament, in der sich äußerst nationalkonservative und sehr europaskeptische Parteien zusammengeschlossen haben. Die Fraktion wurde erst nach der Europawahl 2009 gegründet und umfasst vor allem die britische United Kingdom Independence Party (UKIP) und die italienische Lega Nord sowie einige weitere kleinere Parteien.

Die EFD-Fraktion ist als eigentliche Nachfolgerin der Fraktion Unabhängigkeit und Demokratie (Ind/Dem) anzusehen, denn viele der handelnden Politiker sind identisch. Nach der Europawahl 2009 konnte Ind/Dem allein nicht mehr die Anzahl an Europaabgeordneten erreichen, die notwendig sind, um eine eigene Fraktion zu bilden. Zugleich waren mehrere rechtsgerichtete und europaskeptische Parteien erstmals ins Parlament gewählt worden, auf deren Unterstützung zur Bildung einer neuen Fraktion zurückgegriffen werden konnte. Einige Ind/Dem-Mitglieder schlossen sich auch der neu gegründeten Fraktion Europäische Konservative und Reformisten (ECR) an. Der britischen UKIP und der italienischen Lega Nord gelang

es dagegen, verschiedene rechtsgerichtete Kleinparteien für die Gründung einer neuen europaskeptischen Fraktion zu gewinnen. Diese wurde am 1. Juli 2009 im Rahmen einer Pressekonferenz vorgestellt. Nach der Gründung der Fraktion bekundete auch die österreichische FPÖ ihr Interesse an einer Teilnahme, diese wurde jedoch von verschiedenen Fraktionsmitgliedern abgelehnt. Deutsche Abgeordnete sind nicht in der Fraktion vertreten. Die EFD hält aber Beziehungen zur Wählerversammlung „Bürger in Wut“.



Die Fraktion steht einer weiteren und verstärkten Zusammenarbeit der Staaten der Europäischen Union sowie einer erneuten Integration weiterer Länder sehr skeptisch bis ablehnend gegenüber. Alle weiteren Veränderungen, die das politische Machtgefüge Richtung Europäische Union verschieben, sollen nach Ansicht der EFD nur noch nach Volksabstimmungen in allen Staaten der EU möglich sein.

Ein Beitritt der Türkei als muslimischer Staat wird gänzlich abgelehnt.

Die Fraktion sieht sich von vielen Seiten dem Vorwurf der Fremdenfeindlichkeit und des Antisemitismus ausgesetzt. In ihrem Programm setzt sich die Fraktion mit diesen Vorwürfen deutlich auseinander und wendet sich gegen jede Form von Diskriminierung.

Aufgrund ihrer sehr uneinheitlichen Zusammensetzung ist die EFD – obwohl die kleinste aller Fraktionen im Europäischen Parlament – auch diejenige mit der geringsten Fraktionsdisziplin. Nur bei knapp der Hälfte aller Abstimmungen in der Legislaturperiode seit 2009 stimmten die Mitglieder geschlossen ab, während alle anderen Fraktionen dies in über 80% der Fälle tun

Ihre Aufgabe als Mitglied der Fraktion

Zur Verfolgung Ihrer Interessen benötigen Sie die Unterstützung anderer politischer Gruppen, wobei Sie bedenken sollten, dass besonders die Europäische Volkspartei und die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas eine wichtige Rolle im EP spielen und Ihre Initiativen im Zweifelsfall auch blockieren können, indem sie kleinere „Koalitionspartner“ finden.

So liegt es an Ihnen, den richtigen Mittelweg zu finden. Denn einerseits müssen Sie einen Kompromiss suchen – das kann jedoch zur teilweisen Aufgabe Ihres politischen Profils führen –, andererseits kann das Festhalten an den eigenen Positionen zu einer Schmälerung des Einflusses des EP führen, wenn Sie sich mit Ihren Kollegen nicht einigen können. Damit würde die Entscheidung über eine Erweiterung der EU letztlich in die Hände der Kommission und des Rates der Europäischen Union gelegt werden.



In jeder Fraktion gibt es spezielle Experten für bestimmte Politikbereiche. Sie gehören dem „Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten“ an. Sie arbeiten hauptsächlich an Fragen der zukünftigen Gestaltung einer sich wandelnden und erweiternden Europäischen Union. Es liegt an Ihnen, die Chancen und Risiken der Erweiterung zu verstehen und gegeneinander abzuwägen. Ihre Aufgabe ist es, sich mit den anderen Mitgliedern Ihrer Fraktion über eine gemeinsame Position gegenüber der Erweiterungsfrage zu verständigen.

Weiterhin werden Sie sich auf die Suche nach Verbündeten in den anderen Fraktionen begeben, mögliche Koalitionen finden und die Thematik im Parlament kontrovers diskutieren, um den politischen Gegner von der eigenen politischen Auffassung zu überzeugen. Denken Sie dabei daran: Es ist nutzlos, nur zu reden, ohne zuzuhören. Um die Arbeit des EP effektiv zu gestalten, müssen Sie an einem Kompromiss arbeiten, damit Sie auch solchen Vorschlägen des Rates der Union erfolgreich entgegenreten können, die möglicherweise nicht auf der Linie des EP liegen.

Die/der Abgeordnete der EFD im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP aus den Niederlanden



Die Staatkundig Gereformeerde Partij (SGP) ist eine kleine, stark evangelisch-reformiert geprägte Partei aus den Niederlanden (staatkundig ist ein alter niederländischer Begriff für „politisch“). Sie wurde 1918 in der südwestlichen Region Zeeland gegründet und ist damit die älteste noch aktive Partei der Niederlande.

Diese radikale konservative und konservativ christliche Partei ist seit 1922 durchgehend im Parlament der Niederlande vertreten, aber seit 1994 nur mit jeweils zwei Abgeordneten. Im Europäischen Parlament ist sie seit 2009 mit einem Abgeordneten vertreten.

Sie erreicht in einigen Regionen der Niederlande bis heute sehr gute Wahlergebnisse.

Die Partei sieht ihre Grundlagen in der Bibel. Sie ist eine der wenigen nicht-islamischen Gruppierungen im heutigen Europa, die einen „Staat Gottes“ anstreben. Zu ihrem Programm gehört es, „alle Abgötterei und falsche Religion abzuwehren und auszurotten“. Um den Tag des Herrn zu ehren, will sie erreichen, dass Läden und Vergnügungsstätten am Sonntag geschlossen sein müssen, damit niemand die Sonntagsruhe bricht.

Frauen durften bis 2007 weder aktive Mitglieder der SGP sein noch in ihrem Namen Abgeordnetensitze oder Verwaltungsposten bekleiden. Im Jahre 2005 sprach das Landgericht in Den Haag ein Urteil, demzufolge der niederländische Staat darum der SGP keine Subventionen mehr zahlen durfte. Innerhalb der Partei entstand dadurch eine erneute Diskussion über der Frauenmitgliedschaft. Schon in den neunziger Jahren wollte eine knappe Mehrheit Frauen als vollwertige Mitglieder zulassen, die benötigte Zweidrittelmehrheit für einen solchen Beschluss konnte jedoch nicht erreicht werden. Im März 2007 sprachen sich bei einer Generalversammlung der Partei drei Viertel der Mitglieder für eine Änderung der Parteisatzung aus, um so



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	------------------	----------	--------	-------------

die Frauenmitgliedschaft zu ermöglichen. Gleichzeitig wurde den Fundamentalisten in der Partei versprochen, dass Frauen auch künftig keine Abgeordnetensitze innehaben dürfen.

Ein weiteres wichtiges Thema für die SGP ist die Abwehr staatlichen Einflusses auf die Familien. Dies wird besonders in Bezug auf die Impfpflicht deutlich. In den Niederlanden besteht keine Impfpflicht. Während die meisten Eltern sich selbst und ihre Kinder impfen lassen, lehnen etliche Anhänger auch der SGP dies als Eingriff in die göttliche Fügung ab. Zuletzt kam es 1978 in einigen Dörfern der Niederlande zu über 100 Polio-Fällen. Alle Betroffenen waren aus religiösen Gründen nicht geimpft worden: („Gott bringt über mich, was er für mich entschieden hat“).

Die SGP tritt vehement für eine Verankerung christlicher Werte in der Europäischen Union ein und fordert, dass diese auch schon bei der Entscheidung über einen Kandidatenstatus berücksichtigt werden. Dabei setzt sich die Partei über den Grundsatz der Religionsfreiheit in der Europäischen Union lautstark hinweg.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

In Bezug auf die erneute Erweiterung der EU sieht die Partei deshalb deutliche Probleme. Der Beitritt der Türkei ist für Sie nicht möglich. Eine Aufnahme von Staaten mit einer auch nur teilweise muslimischen Bevölkerung ist aus kulturellen Gründen und aufgrund einer drohenden Handlungsunfähigkeit der EU in keiner Weise zu befürworten.

Taktik

Sie sitzen als Vertreterin/Vertreter der SGP in der Fraktion der EFD. Sie brauchen die Unterstützung anderer politischer Gruppen, um Ihre Positionen als Positionen des Parlaments einbringen zu können. Versuchen Sie deshalb, die Unterstützung der stark vertretenen Europäischen Volkspartei, die sich ebenso für christliche Werte einsetzt, für Ihre Anliegen zu gewinnen.

Bei den zu behandelnden Themen im Ausschuss unterstreichen Sie stets Ihren Unabhängigkeitswillen und Ihre Abneigung gegen zu viel politische Macht bei den EU-Institutionen.

Für diese Anliegen finden Sie mögliche Unterstützung bei anderen, insbesondere deutschen, Vertretern konservativer Parteien. Auch bei den konservativen Abgeordneten der anderen Staaten dürften Sie Zuspruch erhalten.

Sie sprechen sich sehr offen gegen einen Beitritt der Türkei zur EU aus, da Ihrer Überzeugung nach die EU schon groß genug ist und ein Beitritt der Türkei die Handlungsfähigkeit der EU sprengen würde. Die aus Ihrer Sicht alltäglich stattfindende Verfolgung von Christen in der Türkei ist dabei ein weiterer Ausschlussgrund für Sie.

Einen Beitritt christlich geprägter Balkanstaaten und möglicher weiterer Kandidaten aus der Region möchten Sie dagegen nicht grundsätzlich verhindern. Trotzdem treten Sie nicht als Fürsprecher dieser Staaten auf, solange diese sich nicht eindeutig zum christlichen Fundament bekennen und deutlich machen, dass das Christentum der Wegweiser für ihre politische Ausrichtung ist.

Beitrittsbewerber

Art. 3 EU-Vertrag

(1) Ziel der Union ist es, den Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern.

(2) Die Union bietet ihren Bürgerinnen und Bürgern einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ohne Binnengrenzen, in dem – in Verbindung mit geeigneten Maßnahmen in Bezug auf die Kontrollen an den Außengrenzen, das Asyl, die Einwanderung sowie die Verhütung und Bekämpfung der Kriminalität – der freie Personenverkehr gewährleistet ist.

(3) Die Union errichtet einen Binnenmarkt. Sie wirkt auf die nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums und von Preisstabilität, eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt

abzielt, sowie ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität hin. Sie fördert den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt.

Sie bekämpft soziale Ausgrenzung und Diskriminierungen und fördert soziale Gerechtigkeit und sozialen Schutz, die Gleichstellung von Frauen und Männern, die Solidarität zwischen den Generationen und den Schutz der Rechte des Kindes.

Sie fördert den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten.

Sie wahrt den Reichtum ihrer kulturellen und sprachlichen Vielfalt und sorgt für den Schutz und die Entwicklung des kulturellen Erbes Europas.

(4) Die Union errichtet eine Wirtschafts- und Währungsunion, deren Währung der Euro ist.

(5) In ihren Beziehungen zur übrigen Welt schützt und fördert die Union ihre Werte und Interessen und trägt zum Schutz ihrer Bürgerinnen und Bürger bei. Sie leistet einen Beitrag zu Frieden, Sicherheit, globaler nachhaltiger Entwicklung, Solidarität und gegenseitiger Achtung unter den Völkern, zu freiem und gerechtem Handel, zur Beseitigung der Armut und zum Schutz der Menschenrechte, insbesondere der Rechte des Kindes, sowie zur strikten Einhaltung und Weiterentwicklung des Völkerrechts, insbesondere zur Wahrung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen.

(6) Die Union verfolgt ihre Ziele mit geeigneten Mitteln entsprechend den Zuständigkeiten, die ihr in den Verträgen übertragen sind.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Ihre Rolle als Außenministerin/Außenminister eines beitrittswilligen Staates

Bereits mit den Umbrüchen in Osteuropa Ende der 1980er Jahre hat sich für die Europäische Union der Druck, die Erweiterung fortzusetzen und den jungen ost- und südosteuropäischen Staaten eine Beitrittsperspektive zu eröffnen, stark erhöht.

Die Europäische Gemeinschaft stand dem Systemwandel in Osteuropa damals jedoch zunächst sehr unbeholfen gegenüber, da sie auf die dortigen Veränderungen und die damit zusammenhängenden politischen und ökonomischen Folgen für die Gemeinschaft nicht vorbereitet war.

Später jedoch reagierte die Europäische Union (seit 1993) mit dem Aufbau diverser Hilfsprogramme zur Unterstützung des Transformationsprozesses und zur Heranführung dieser Länder an die EU. Das Programm PHARE („Poland and Hungary: Aid for Restructuring of the Economies“) zum Beispiel war ursprünglich nur auf Polen und Ungarn ausgelegt, wurde aber später auf alle mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer ausgeweitet. PHARE ist mittlerweile das Hauptfinanzierungsprogramm zur Unterstützung der Beitrittskandidaten. Weitere Programme sind ISPA (Instrument for structural policies für preaccession – „Strukturpolitische Instrumente zur Vorbereitung auf den Beitritt“ und SAPARD (Special Accession Programme for Agricultural and Rural Development) „Spezielles Beitrittsprogramm für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung“

Im Rahmen der Heranführungsstrategie verläuft ein möglicher Beitritt der Kandidatenländer in mehreren Etappen. Ein Zwischenschritt sind dabei die Europa-Abkommen, die eine Freihandelszone, begleitet von einem politischen Dialog und ökonomischer Unterstützung, vorsehen und den beitrittswilligen Staaten eine spätere EU-Mitgliedschaft in Aussicht stellen.

Zu Beginn des neuen Jahrhunderts besteht die Gruppe der Beitrittskandidaten, nachdem nunmehr 13 Staaten bereits beigetreten sind, momentan nur aus wenigen Staaten. Das Interesse an einer EU-Mitgliedschaft ist bei diesen aber unverändert vorhanden. Dabei wird deutlich, dass zunehmend auch südosteuropäische Länder wie Mazedonien, Montenegro und seit vielen Jahren die Türkei die Kooperation und den Anschluss an die Europäische Union suchen.



Die beitrittswilligen Länder sind keine homogene Gruppierung. Der politische und wirtschaftliche Reformstand in Ost- und Südosteuropa ist sehr unterschiedlich. Oberstes gemeinsames Ziel dieser Länder ist aber der Beitritt zur Europäischen Union bzw. die Erlangung einer klaren Beitrittsperspektive in absehbarer Zeit.

Als Außenministerin/Außenminister eines beitrittswilligen Staates sind Sie sich bewusst, dass Sie in Ihrem Land hinsichtlich der Fortsetzung des wirtschaftlichen Reformprozesses, der Stärkung administrativer Strukturen sowie in Bereichen des Umweltschutzes, der Menschenrechte oder des Minderheitenschutzes noch einige Anstrengungen unternehmen müssen, um die Standards der EU zu erreichen.

Weisen Sie trotzdem besonders deutlich auf Fortschritte hin, die Ihr Land bereits vollbracht hat.

Gleichzeitig wissen Sie, dass es im Interesse einiger Mitgliedstaaten der Union liegt, den Erweiterungsprozess zu verzögern. Verweisen Sie bei Ihrer Präsentation im Rat deshalb auch auf die Bedeutung eines vereinten Europas und auf die Notwendigkeit der Überwindung der Teilung des Kontinents. Sprechen Sie den beidseitigen Nutzen einer zügigen Erweiterung an.

Als Außenministerin/Außenminister vertreten Sie natürlich immer die Interessen Ihres eigenen Landes, es ist aber nützlich und wichtig, Kontakt zu den Kollegen der anderen beitrittswilligen Staaten zu pflegen und nach einer gemeinsamen Strategie zu suchen, um dem Anliegen einer raschen Aufnahme in die EU im Rat der Union und im Europäischen Parlament stärkeres Gehör und Gewicht zu verschaffen.

Um die Chancen zu einem baldigen Beitritt zu erhöhen, stehen Ihnen einige Mittel zur Verfügung, die Sie je nach eigener Einschätzung einsetzen können:

- ▶ Sie versuchen, informell Kontakt zu der Ministerin/dem Minister eines Mitgliedstaates aufzunehmen, der Ihr Beitrittsge-such unterstützt und Ihr Anliegen im Rat der Union voranbringen kann.
- ▶ Sie können bestehende Konflikte (z.B. Grenzstreitigkeiten mit anderen Staaten) oder Probleme Ihres Landes mit diplomatischem Geschick lösen und somit Ihre Bereitschaft zur Erfüllung der Beitrittskriterien unter Beweis stellen.
- ▶ Sie lassen sich bei der Präsentation im Rat der Union nicht durch das zahlenmäßige Ungleichgewicht aus der Ruhe bringen.
- ▶ Sie versuchen, die Vertreter der Presse zu beeinflussen, damit Ihr Land in den Medien positiv dargestellt wird.



Zur Erinnerung: Wie wird ein Staat Mitglied der Europäischen Union?

Art. 49 EUV [Aufnahme weiterer Mitglieder)

„Jeder europäische Staat [...] kann beantragen, Mitglied der Union zu werden. Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente werden über diesen Antrag unterrichtet. Der antragstellende Staat richtet seinen Antrag an den Rat; dieser beschließt einstimmig nach Anhörung der Kommission und nach Zustimmung des Europäischen Parlaments, das mit der Mehrheit seiner Mitglieder beschließt. Die vom Europäischen Rat vereinbarten Kriterien werden berücksichtigt.“

Ihre Aufgaben als Delegierte/Delegierter eines beitrittswilligen Landes

- ▶ Sie arbeiten sich in Ihre spezifische Rolle ein. Bei der eröffnenden Rede der Kommissionspräsidentin/des Kommissionspräsidenten haben Sie die Möglichkeit zu ersten informellen Kontakten.
- ▶ Sie formulieren mit Hilfe des Aufnahmegesuchs einen Beitrittsantrag.
- ▶ Sie übergeben Ihr Aufnahmegesuch persönlich an die Vorsitzende/den Vorsitzenden des Rates der Europäischen Union.
- ▶ Sie haben ein Informationsgespräch bei der Europäischen Kommission. Sie entwickeln eine Strategie und Taktik für die anstehenden Verhandlungen. Sie führen eine Pressekonferenz durch und erarbeiten eine Presseinformation zu Ihrem Land, die Sie der Presse übergeben.
- ▶ Sie präsentieren Ihr Beitrittsgesuch im Rat der Europäischen Union und im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlamentes.
- ▶ Sie führen mit der Kommission die Beitrittsverhandlungen.
- ▶ Sie sind eventuell Gast bei den Abstimmungen im Rat der Europäischen Union und im Europäischen Parlament.
- ▶ Sie bereiten eine Rede für die (gegebenfalls) folgende Aufnahmekonferenz vor.
- ▶ In der feierlichen Aufnahmekonferenz halten Sie eine kurze Ansprache (zwei Minuten) und stehen im Anschluss für eventuelle Interviews oder eine Talkshow bereit.

Albanien



HAUPTSTADT Tirana (540.000 Einwohner)
STAATSFORM Parlamentarische Republik
FLÄCHE 28.748 km²
EINWOHNER 2,832 Millionen
EINWOHNER/KM² 104,17
BIP/EINWOHNER (2011) 3.840 Euro US-Dollar
WACHSTUMSRATE (2011) 3,3%
ARBEITSLOSENQUOTE 13,0%
WÄHRUNG Albanischer Lek
SPRACHEN Albanisch (Shqip, Italienisch, Englisch)
RELIGIONEN 70% Muslime (mehrthl. Sunniten), 20% orthodoxe Christen, 10% Katholiken
ETHNISCHE GRUPPEN 95% Albaner, Minderheiten von Makedoniern, Griechen u.v.a.
STAATSCHEF Bujar Nishani
REGIERUNGSCHEF Sali Berisha
WEITERE INFORMATIONEN www.botschaft-albanien.de

*Der Neue Fischer Weltalmanach 2012 //
 Wirtschaftsdaten: Deutsche Industrie- und Handelsvereinigung in Albanien (DIHA)*

Sie sind Delegierte/Delegierter Albaniens bei den Verhandlungen mit der EU. Sie streben den schnellstmöglichen EU-Beitritt Ihres Landes an. Auf nachfolgende Daten aus Geschichte, Politik und Wirtschaft können Sie bei den Verhandlungen zurückgreifen. Natürlich dürfen Sie auch einige nicht so günstige Daten verschleiern oder beschönigen. Denken Sie immer daran, Ihr Ziel ist der rasche EU-Beitritt Ihres Landes!

Albanien hat am 28. April 2009 einen offiziellen Antrag auf Mitgliedschaft in der EU gestellt.



Albanien im Überblick

Albanien (albanisch: Shqipëri/Shqipëria oder Republika e Shqipërisë) ist ein Staat in Südosteuropa. Er grenzt im Norden an Montenegro und Kosovo, im Osten an Mazedonien sowie im Süden an Griechenland. Die natürliche Westgrenze wird durch die Küsten der Adria und des Ionischen Meeres gebildet, wodurch das Land zu den Anrainerstaaten des Mittelmeers zählt. Das Land ist Mitglied in den Vereinten Nationen und im Europarat. Am 3. April 2008 wurde Albanien von der NATO eingeladen, der Organisation 2009 beizutreten.

Mit einer Fläche von 28.748 Quadratkilometern ist Albanien etwas kleiner als Belgien und hat mit ca. 2,8 Millionen Einwohnern etwas weniger Bevölkerung als der Ballungsraum von Berlin.

Albanien besitzt an der Adria und am Ionischen Meer 362 Kilometer Küstenlinie mit vielen Sand- und Kiesstränden. Bekannte Urlaubsorte sind Durrës, Vlora, Shëngjin und Velipoja an der Adria sowie Dhërmi, Himara und Saranda am Ionischen Meer. Im Süden (Straße von Otranto) ist die albanische Küste nur 71 Kilometer von Italien entfernt.

55% der albanischen Bevölkerung leben auf dem Land. Ethnisch gesehen ist Albanien nach Griechenland (93%) der Balkanstaat mit der größten Homogenität: fast 95% der Bevölkerung sind Albaner. Im Süden des Landes gibt es eine größere griechische Minderheit. Weitere Gruppen sind Mazedonier im östlichen Grenzgebiet sowie Roma und Aromunen.



Die Albaner gliedern sich in die zwei großen Gruppen, Gegen und Tosken, die sich nicht nur sprachlich, sondern auch kulturell voneinander unterscheiden. Während die Tosken in der Südhälfte des Landes viel stärker von der orientalistisch-städtischen Kultur des Osmanischen Reiches beeinflusst wurden, dominierte im gegischen Norden bis ins 20. Jahrhundert hinein eine archaische Stammeskultur das Leben der Menschen. Eine Ausnahme bildet die wichtige nordalbanische Stadt Shkodra, die bis ins 15. Jahrhundert hinein längere Zeit venezianisch beherrscht war. Hier beeinflussten der Katholizismus und die Verbindungen nach Italien auch später noch die Lebensweise der Bewohner.

Demografische Verschiebungen

Wenn auch in kommunistischer Zeit ein Urbanisierungs- und Industrialisierungsprozess einsetzte, wohnte doch die große Mehrheit der Albaner vor 1990 noch auf dem Land. Das prägt die Mentalität vieler Menschen bis heute auch in den Städten, denn wenn sie nicht erst selbst in die Stadt gezogen sind, so waren es ihre Eltern und in jedem Fall haben sie nahe Verwandte, die noch immer von der Kleinlandwirtschaft leben. Ein traditionelles Bürgertum ist in Albanien immer sehr rar gewesen. Moderne bürgerliche Kultur gab es Anfang des 20. Jahrhunderts nur in Shkodra, Korça und Gjirokastra. In den zwanziger Jahren kam Tirana wegen seiner Hauptstadt-funktion dazu. Die Kommunisten lehnten das bürgerliche Selbstbewusstsein dieser Städte ab und zerstörten die bürgerlichen Kulturleistungen nach 1945 weitgehend.

Nach der Wende von 1990 kam es zu umfassenden demografischen Verschiebungen.

Zum einen emigrierten hunderttausende Albaner legal oder illegal nach Italien, Griechenland, in andere Staaten der EU und nach Nordamerika, zum anderen verzeichneten die Hauptstadt Tirana und die Hafenstadt Durrës einen enormen Zuwachs aus der Binnenwanderung (Tirana wuchs von 250.000 Einwohnern im Jahr 1990 auf heute weit über 600.000 Einwohner). Das Land und viele Kleinstädte veröden dagegen regelrecht. In den nächsten Jahren werden hunderte Dörfer vollständig verlassen sein. Hatten die Albaner vor 1990 die höchste Geburtenrate Europas (Verhütungsmittel waren verboten), so ist diese jetzt auf den europäischen Durchschnitt von etwas weniger als zwei Kindern pro Frau gesunken. Dieser Umstand und die anhaltende Abwanderung bewirken eine rapide Alterung der albanischen Bevölkerung, was angesichts der stark vertretenen Generation der 15- bis 30-jährigen bis jetzt allerdings noch keine spürbaren Auswirkungen hat.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Religion in Albanien

Die Kommunisten hatten von 1968 bis 1990 Albanien zum atheistischen Staat erklärt und jegliche Religionsausübung verboten. Nach wie vor hat die Mehrheit der Albaner kein offizielles Bekenntnis abgelegt, die meisten erinnern sich jedoch daran, ob die eigene Familie der muslimischen, der orthodoxen oder katholischen Tradition entstammt. So zählen sich ungefähr 40% der Albaner zu den Sunniten, 20% zu den Bektaschi, weitere 20% zu den orthodoxen Christen und etwa 10% zu den Katholiken. Die restlichen 10% bezeichnen sich als Atheisten oder gehören anderen Religionen – insbesondere christlichen Freikirchen – an.

Lässt man die Bekenntnislosen außer Acht, haben sich die Verhältnisse zugunsten der Christen und besonders der westlichen Kirchen verschoben. Einerseits haben gerade unter den Katholiken relativ viele auch in der Zeit der kommunistischen Verfolgung an ihrem Glauben festgehalten, so dass es der katholischen Kirche nach 1990 mit italienischer Hilfe leichter fiel, sich zu reorganisieren. Andererseits wählten viele das Christentum, weil es kulturell mit dem Westen verbunden ist. So ist nicht nur die katholische Kirche gewachsen, sondern auch die im Land aktiven protestantischen Kirchen und Glaubensgemeinschaften verzeichnen zahlreiche Eintritte. Andererseits hat auch die albanisch-orthodoxe Kirche seit 1991 besonders durch die Arbeit von Erzbischof Anastasios Yannoulatos einen ungeahnten Zulauf. Weniger dynamisch war die Entwicklung des Islam. Zwar kam viel Unterstützung aus Arabien, und es wurden zahllose Moscheen

errichtet, die strenge wahabitische Ausrichtung der arabischen Helfer stieß bei den Albanern aber auf wenig Resonanz, gleiches gilt für die Missionsversuche schiitischer Mullahs aus dem Iran.

Wie schon vor dem Religionsverbot ist die gegenseitige Akzeptanz und Toleranz unter den Anhängern der alteingesessenen Religionen sehr hoch. Zum Teil werden religiöse Feste gemeinsam gefeiert und auch religiöse Stätten anderer Gemeinschaften aufgesucht. Ehen zwischen Christen und Muslimen sind seit dem Kommunismus für beide Seiten kein Problem und in Albanien an der Tagesordnung.



Die ethnischen Minderheiten und ihre Siedlungsgebiete

Griechen

Die Griechen sind trotz einer großen Emigrationsbewegung nach Griechenland mit 105.000 Menschen (3,2%) immer noch die zahlenmäßig größte Minderheit Albaniens. Sie leben in den südalbanischen Distrikten Saranda, Delvina, Gjirokastra und Vlora. Die Griechen waren schon zu kommunistischen Zeiten als ethnische Gruppe offiziell anerkannt und haben im heutigen Albanien keinerlei direkte Nachteile zu erleiden.

Sie haben eigene Schulen (soweit genügend Schüler für griechischsprachige Klassen vorhanden sind), an der Universität von Gjirokastra werden Unterrichtsgänge auf Griechisch angeboten, es gibt griechische Radiosendungen, und auch mit den Lokalbehörden kann auf Griechisch kommuniziert werden. Daraus folgt, dass die Abwanderung der Griechen häufig vor allem durch die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse motiviert ist. Seit den 1990er Jahren ist zu beobachten, dass sich immer mehr Menschen im Süden Albaniens als Griechen bezeichnen und sogar ihren muslimischen Namen gegen einen christlichen tauschen. Das hat auch damit zu tun, dass ethnische Griechen bedeutend leichter ein Einreisevisum für das EU-Nachbarland bekommen.

Roma

Offizielle Angaben über die Zahl der in Albanien lebenden Roma sind nicht vorhanden, Schätzungen zufolge sind es jedoch zwischen 90.000 und 120.000 (3% der Gesamtbevölkerung). Sie leben im ganzen Land verstreut. Die Mehrheit dieser Volksgruppe lebt in Armut, obwohl sich die mittel- und südosteuropäischen Staaten verpflichtet haben, Bildung, Beschäftigung, Gesundheit und Wohnsituation der Roma zu verbessern.



Serben, Montenegriner und Goranen

Kleinere Gruppen Serben bzw. Montenegriner leben in der Region nördlich von Shkoder. Die genaue Zahl ist unbekannt. Sie war aber schon in der Zwischenkriegszeit durch Assimilation auf wenige Tausend zurückgegangen. Gleichwohl gab es bis Mitte der 30er Jahre noch ein halbes Dutzend kirchlicher Grundschulen, die in serbischer Sprache lehrten. Die albanische Regierung hat die kleinen slawischen Minderheiten jahrzehntelang nicht anerkannt, und nach dem Zweiten Weltkrieg setzte sich die Assimilierung fort. Erst 2004 hat die Regierung Albaniens die Existenz montenegrinischer bzw. serbischer Minderheiten offiziell bestätigt.

Die Goranen sind Südslawen islamischen Glaubensbekenntnisses, die vor allem in Grenzregion von Albanien, Serbien und Mazedonien leben. Insgesamt dürfte Ihre Zahl bei wenigen tausend liegen.

Mazedonier

Laut der Volkszählung 1989 gab es zu diesem Zeitpunkt 4.697 Mazedonier in Albanien. Sie siedeln mehrheitlich in der Gemeinde am Prespasee, der teilweise auch zu Mazedonien und Griechenland gehört. Die etwas über 4.000 Einwohner dieser Gemeinde sind fast alle Slawen. Sie haben eigene Schulen, im Hauptort der Gemeinde gibt es beispielsweise das einzige mazedonischsprachige Gymnasium Albaniens. Kleinere mazedonische Gruppen gibt es in der Umgebung von Korça, bei Pogradec, in der mittelalbanischen Stadt Elbasan, in Tirana sowie in einigen Dörfern zwischen Peshkopia und Maqellara nahe dem Dreiländereck mit Kosovo und Mazedonien. Insgesamt wird die Zahl der Mazedonier in Albanien heute 20.000 nicht überschreiten.

Aromunen

Die Aromunen (meistens „Walachen“ genannt) leben in kleineren Gruppen über ganz Südalbanien verstreut. Ortschaften mit einer bedeutenden aromunischen Bevölkerung sind vor allem Korça, wo sie eine eigene große orthodoxe Kirche haben, und das nahe gelegene Voskopoja, bis ins 18. Jahrhundert das Zentrum der Aromunen. Ein Teil von ihnen lebt auch in Tirana und Elbasan. Über ihre Gesamtzahl liegen keine sicheren Angaben vor, sie schwanken zwischen 10.000 und 100.000.



Jüngere Geschichte Albaniens

Albanien wurde 1912, nach dem Ersten Balkankrieg, in seinen heutigen Grenzen unabhängig, verlor diese Unabhängigkeit jedoch im Ersten Weltkrieg und war bis 1919 durch die kriegführenden Mächte besetzt.

Von 1919 bis 1924 versank Albanien in Nachkriegswirren mit sich schnell ablösenden Regierungen. 1920 konnte der Kongress von Lushnja erste Ansätze einer neuen Staatsorganisation schaffen. Unter Fan Noli scheiterte der Versuch, eine demokratische Republik zu errichten. 1925 bis 1939 folgte eine Phase der autoritären Herrschaft des Ahmet Zogu, der sich 1928 zum König proklamierte. Albanien wurde zunehmend abhängig vom faschistischen Italien, 1939 erfolgte die italienische Annexion.

Während des Zweiten Weltkriegs von 1939 bis 1944 fand ein Partisanenkrieg gegen die italienischen und später deutschen Besatzer statt. Diese hatten dem albanischen Marionettenstaat auch Teile Kosovos, Mazedoniens und des griechischen Epirus angeschlossen. 1944 wurde Albanien von der faschistischen Fremdherrschaft befreit und eine kommunistische Diktatur unter Enver Hoxha errichtet. Die Vorkriegsgrenzen wurden wiederhergestellt. In den folgenden vier Jahren ging Albanien ein Bündnis mit dem Jugoslawien Titos ein. 1948 folgte der Bruch mit Jugoslawien, eine Phase der Anlehnung an die Sowjetunion begann.

Im Jahr 1949 trat Albanien dem von der Sowjetunion geführten Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) bei. 1955 wurde das Land Mitglied im Warschauer Pakt, im gleichen Jahr auch Mitglied der UNO. 1961 kam es zum Bruch mit der Sowjetunion, worauf eine Anlehnung an die Volksrepublik China folgte.

1967 wurde ein totales Religionsverbot erlassen. Albanien wurde der erste atheistische Staat. Ein Jahr später trat Albanien aus dem RGW und dem Warschauer Pakt aus und blieb auf stalinistischem Kurs. Einige Jahre bestand ein Bündnis mit der Volksrepublik China, allerdings erfolgte eine zunehmende Selbstisolation des Landes. 1985 starb Enver Hoxha, zum Nachfolger wurde Ramiz Alia ernannt. 1990 wurde das kommunistische Regime gestürzt, und eine Massenauswanderung der Albaner begann.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Der anschließende Transformationsprozess verlief zunächst nur schleppend und ohne große Erfolge. 1991 wurden die ersten freien Wahlen abgehalten, Sieger waren die Kommunisten. Das Land wurde in die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) aufgenommen. Die Demokraten unter Sali Berisha übernahmen die Regierung 1992 und leiteten Reformen ein. 1995 wurde Albanien in den Europarat aufgenommen.

Mit dem so genannten Lotterieaufstand 1997 ging der Zusammenbruch der staatlichen Strukturen einher. Betrüger hatten leichtgläubige Bürger durch hohe Zinsversprechen zur Anlage von großen Teilen ihres Vermögens in sog. Pyramidensysteme gelockt. Am Ende verloren die Bürger 1,2 Mrd. US-Dollar, also ca. 50 % des damaligen BIP. Die Verbindungen zwischen organisierter Kriminalität, Politik und den Pyramidenfirmen sind bis heute nicht geklärt. Es schloss sich eine Friedens- und Aufbaumission der OSZE an. 1998 wurde eine neue Verfassung durch Volksabstimmung angenommen. 1999 nahm das Land zehntausende Flüchtlinge aus dem Kosovo auf. Albanien unterzeichnete 2006 das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) mit der Europäischen Union.

Die wirtschaftliche Situation

Zwar machen die Privatisierung und der Ausbau des rechtlichen Rahmens weitere Fortschritte, gleichwohl bestehen weiterhin gravierende strukturelle Probleme: Das Wirtschaftswachstum beruht zum großen Teil auf Überweisungen der internationalen Geber und der im Ausland lebenden Albaner sowie auf Bautätigkeit zwecks Geldwäsche aus illegalen Einkommen. Noch immer ist rund ein Drittel der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig und lebt von Subsistenzwirtschaft. Auch der Tourismus ist bisher kaum entwickelt. Fast die Hälfte der Bevölkerung muss mit weniger als zwei US-Dollar pro Tag auskommen und gilt deshalb gemäß Weltbank als arm.



Eines der größten Probleme des Landes ist die schwache Infrastruktur. Transportwege sind meist schlecht, die Wasserversorgung ist oft auf wenige Stunden pro Tag beschränkt, und Stromausfälle gehören insbesondere in den Wintermonaten zum Alltag. Diese Umstände halten nicht nur ausländische Investoren fern, sondern machen es auch inländischen Unternehmen unmöglich, produktiv und kostengünstig tätig zu sein. Die Abschaltung des bulgarischen Kernkraftwerks Kosloduj Ende Dezember 2006 verschärfte die Lage stark: Albanien, das selber Strom fast nur aus Wasserkraft erzeugt, war wie viele Nachbarländer auf Importe aus Bulgarien angewiesen.

Das Wirtschaftswachstum gründet sich auf eine anhaltende Aktivität der Bauindustrie, da Gelder aus Mangel an Alternativen hauptsächlich in Immobilien angelegt werden. Darüber hinaus spielen Kleingewerbe und Dienstleistungen eine wichtige Rolle. Landwirtschaft sowie Industrie und Bergbau kamen, bedingt durch die gravierende Energiekrise, die Produktionsausfälle zur Folge hatte, etwas langsamer voran. Die Landwirtschaft hat nach wie vor einen bedeutenden Anteil am Bruttoinlandsprodukt, den größten Anteil hält jedoch der Dienstleistungssektor mit 46,4%, die Bauwirtschaft macht 14,3% aus. In der Industrie wurden 9,7% erwirtschaftet, im Transportsektor 8,9%. Der Tourismus konnte sich trotz politischer Bemühungen nicht als starker Wirtschaftsfaktor etablieren und hatte 2004 Einnahmen von lediglich 735 Millionen Dollar zu verzeichnen.

Einen hohen Anteil des Bruttoinlandsprodukts stellen die Rücküberweisungen von Auslandsalbanern in die Heimat dar. Im Jahr 2009 lagen diese bei 1,29 Milliarden Euro.

Überdies geben die offiziellen Zahlen nicht annähernd den hohen Grad der Unterbeschäftigung auf dem albanischen Arbeitsmarkt wieder. So gelten zum Beispiel die Angehörigen von Kleinbauernfamilien nicht als arbeitslos, auch wenn ein halbes Dutzend erwachsene Familienangehörige zusammen kaum zwei bis drei Hektar Land bebauen.



Die Staatsbank von Albanien wurde 1863 gegründet. Die Bank bemüht sich, den Kurs mit dem US-Dollar, dem Euro, dem Pfund und dem Schweizer Franken stabil zu halten oder sogar zu senken. Auch die Stabilität der Lebensmittelpreise, die in den letzten Monaten stark gestiegen sind, ist ein wichtiges Anliegen der Institution.

Wichtigste Außenhandelspartner sowohl bei Importen als auch bei Exporten sind – in dieser Reihenfolge – Italien, Griechenland und Deutschland. In der Statistik folgen vor allem weitere Balkanländer. Daneben erfolgt eine kleinere Zahl an Exporten nach Schweden, Frankreich, in die Türkei (Istanbul), nach Japan und in die Vereinigten Staaten. Exportiert werden verarbeitete Nahrungsmittel, Chrom, Textilien, Rohöl, Asphalt und Baumwolle. Importiert werden Nahrungsmittel, Maschinen, Chemikalien, Textilien und andere Verbrauchsgüter.

Landwirtschaft

Als traditionelles Agrarland ist die Landwirtschaft einer der wichtigsten Sektoren Albaniens. Rund ein Viertel der Gesamtfläche – 7.000 km² – ist landwirtschaftlich nutzbar. Das Klima ist grundsätzlich für alle Arten von Landwirtschaft und Viehzucht geeignet, die Qualität der Böden variiert stark nach Region und Lage.

Mit 22% tragen landwirtschaftliche Aktivitäten wesentlich zum BIP bei. 2011 waren fast 50% der berufstätigen Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig. Allerdings betreibt der Großteil nur Subsistenzlandwirtschaft. Die Produktivität in der Landwirtschaft ist nach wie vor gering. Hauptprobleme sind der Mangel an Kapital für Investitionen in Maschinen, Anlagen und die Erhaltung bzw. Wiederherstellung der Bodenfruchtbarkeit, unzureichende Bewässerungssysteme, veraltete Produktionsmethoden (Know-how) und der fehlende Zugang zu Märkten.

Die starke Zerstückelung der Anbauflächen und die psychologische Belastung durch ein strenges Genossenschaftswesen stellen weitere strukturelle Probleme dar, die die Entwicklung der albanischen Landwirtschaft noch auf längere Zeit hinaus hemmen werden.

Die Einführung von Qualitätsstandards, die Verbesserung der Ausbildung, Produktdiversifizierung und die Erschließung neuer Distributionswege könnten kurz- und mittelfristig Qualität und Quantität der landwirtschaftlichen Produktion verbessern und zur Deckung des nationalen Bedarfs an Grundnahrungsmitteln (Obst, Gemüse, Milch, Getreide) sowie Halbfertig- und Fertigprodukten (Fleisch- und Milchprodukte, Frucht- und Gemüsekonzentrate, Honig, Kräuter und Heilpflanzen) beitragen bzw. das Handelsbilanzdefizit entlasten.



Die Innenminister der EU-Mitgliedstaaten beschlossen am 08.11.2010, für Bürgerinnen und Bürger Albaniens die Visumpflicht für Kurzaufenthalte in der EU abzuschaffen. Die Voraussetzung ist ein biometrischer Pass.

Taktik

Sie sind Vertreterin/Vertreter Ihres Landes. Denken Sie immer daran: Ihr Ziel ist der Beitritt Albaniens zur Europäischen Union! Sie müssen also Ihre Verhandlungspartner von der Beitrittsreife Albaniens überzeugen. Verweisen Sie auf die großen Erfolge der Regierungsarbeit und erläutern Sie die weiteren Reformpläne.

Albanien hat im Bereich Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gewisse Fortschritte erzielt. Dies gilt auch für die Achtung der Menschenrechte und den Schutz von Minderheiten sowie für die Stärkung der Eigentumsrechte. Das Land hat zudem eine positive Rolle bei der Aufrechterhaltung der Stabilität in der Region gespielt und zum Abschluss des regionalen Freihandelsabkommens (CEFTA – Central European Free Trade Agreement) beigetragen. Gleichwohl muss das demokratische Miteinander verbessert und ein funktionierendes Parteiensystem als Basis für eine Demokratie aufgebaut werden.

Im Rahmen der letzten Wahlen zum Parlament gab es erneut Vorwürfe von Seiten der Opposition, es habe Unregelmäßigkeiten und Wahlbetrug gegeben. Im Zuge eines anhaltenden Protestes gab es Ausschreitungen und mehrere Todesopfer. Die Umstände des Todes der Demonstranten wurden nie aufgeklärt.

Albanien hat bei der Schaffung einer funktionierenden Marktwirtschaft Fortschritte gemacht. Nun sind weitere beträchtliche Reformanstrengungen erforderlich, damit es langfristig dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standhalten kann. Die registrierte Arbeitslosigkeit ist zwar noch hoch, geht aber weiter zurück. Die Privatisierung erhielt 2007 neuen Schwung. Die sehr kritische Energieversorgung verhindert allerdings wirkliche Fortschritte auf diesem Gebiet.

Albanien hat bei der Angleichung seiner Rechtsvorschriften, politischer Maßnahmen und Kapazitäten an die europäischen Standards und bei der Umsetzung seiner Handelsverpflichtungen aus dem Interimsabkommen Fortschritte erzielt. In einigen Bereichen wie Zoll, Wettbewerb und Bekämpfung der organisierten Kriminalität wurde zwar an die Fortschritte der Vorjahre angeknüpft, diese blieben aber dennoch hinter den Erwartungen der Europäischen Union zurück. Auf anderen Gebieten wie Verkehr und Rechte an geistigem Eigentum blieben die Fortschritte insgesamt sehr begrenzt.

Vorwürfe im Hinblick auf die Bestechlichkeit im Amt haben in den vergangenen Jahren immer wieder zu Rücktritten von Politikern des Landes geführt.

In der Frage der Unabhängigkeit des Kosovo haben Sie diesen zu jeder Zeit unterstützt und wünschen sich ebenso einen raschen Beitritt des Kosovo zur Europäischen Union. Werben Sie bei Spanien, Griechenland, Zypern, Rumänien und der Slowakei für eine Anerkennung der staatlichen Unabhängigkeit des Kosovo als ersten Schritt in Richtung EU.

Im Namenstreit zwischen Griechenland und Mazedonien könnten Sie durch eine vermittelnde Rolle punkten. Zum einen wollen Sie die in Mazedonien lebenden Albaner unterstützen, zum anderen sind Sie aber auch an guten Beziehungen zu Griechenland interessiert.

Werben Sie insbesondere bei Italien für Ihren Beitrittswunsch und erinnern Sie an eine historische Verantwortung des Landes.



Bosnien und Herzegowina



HAUPTSTADT Sarajevo (393.000 Einwohner)
STAATSFORM Republik
FLÄCHE 51.129 km²
EINWOHNER 3,767 Millionen
EINWOHNER/KM² 74
BIP/EINWOHNER (2010) 3.557 Euro
WACHSTUMSRATE (2010) 0,7%
ARBEITSLÖSENQUOTE (2010) 27,2%
WÄHRUNG Marka (allerdings ist auch der Euro als Zahlungsmittel gemeinhin akzeptiert)
SPRACHEN Bosnisch, Kroatisch, Serbisch
RELIGIONEN 45% Muslime, 36% orthodoxe Christen, 15% Katholiken
ETHNISCHE GRUPPEN 48% Bosniaken, 37% Serben, 14% Kroaten
STAATSPRÄSIDIUM Nebojša Radmanovic, Bakir Izetbegovic, Željko Komšić (je ein Vertreter der kroatischen Bosnier, der Bosniaken sowie der serbischen Bosnier; der Vorsitz rotiert alle 8 Monate)
REGIERUNGSCHEF Vjekoslav Bevanda
WEITERE INFORMATIONEN www.botschaftbh.de

Der Neue Fischer Weltatmanach 2012 // Wirtschaftsdaten: Deutsche Außenhandelskammer – Standort Bosnien-Herzegowina

Sie sind Delegierte/Delegierter Bosnien-Herzegowinas bei den Verhandlungen mit der EU. Sie streben den schnellstmöglichen EU-Beitritt Ihres jungen Landes an. Auf nachfolgende Daten aus Geschichte, Politik und Wirtschaft können Sie bei den Verhandlungen zurückgreifen. Natürlich dürfen Sie auch einige nicht so günstige Daten verschleiern oder beschönigen. Denken Sie immer daran, Ihr Ziel ist der rasche EU-Beitritt Ihres Landes!



Der Zerfallsprozess des ehemaligen Jugoslawien führte in den letzten 20 Jahren zu viel Leid und Blutvergießen. Mit der Unabhängigkeitserklärung von Bosnien und Herzegowina im Jahre 1992 hoffte die Staatengemeinschaft, endlich die Vergangenheit hinter sich lassen und den Blick auf eine friedliche Zukunft richten zu können. Für den gesamten Balkan wünscht sich die Europäische Union eine Zukunft mit Frieden, Stabilität und wirtschaftlicher Prosperität. Dieses Ziel verfolgen auch Sie.

Wichtigstes Bestreben der Politik von Bosnien und Herzegowina ist eine rasche Annäherung an bzw. eine Eingliederung in die euroatlantischen Strukturen mit dem Ziel einer Mitgliedschaft in EU und NATO. Dies ist auch Konsens aller politischen Parteien in dem ansonsten auf dem Prinzip ethnischer Parität der drei wichtigsten Bevölkerungsgruppen aufgebauten Staat. Die Aufnahme des Landes in das NATO-Programm „Partnerschaft für den Frieden“ auf dem NATO-Gipfel in Riga im Dezember 2006 war eine Ermutigung auf diesem Weg. Der NATO-Gipfel in Bukarest beschloss Anfang April 2008 die Aufnahme eines „intensivierten Dialogs“ als weiteren Schritt in Richtung euroatlantische Integration.

Das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA)

Die Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) mit der EU konnten im Dezember 2006 abgeschlossen werden. Das SAA wurde am 4.12.2007 paraphiert und am 16.6.2008 unterzeichnet. Bisher ist es aber nicht in Kraft getreten. Grund hierfür ist, dass die Verfassung von Bosnien-Herzegowina die Diskriminierung aufgrund von Nationalität erlaubt. Dieser Passus soll im Laufe des Jahres 2012 geändert werden. Wenn dies erfolgt ist, wird sich die Europäische Kommission mit der Ratifizierung des SAA beschäftigen.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Ebenfalls am 16.6.2008 wurde ein Interimsabkommen über Handel und handelsbezogene Fragen unterzeichnet, welches am 1.7.2008 in Kraft trat. Die EU hatte die Unterzeichnung von einer seit langem geforderten Reform des Polizeiwesens abhängig gemacht. Die Polizeikräfte der beiden Landesteile, der Republika Srpska und der bosniakisch-kroatischen Föderation, hatten bis dato nicht zusammengearbeitet, was zum Beispiel eine gemeinsame Fahndung nach mutmaßlichen Kriegsverbrechern verhindert hatte. Nach fast vierjährigen Verhandlungen beschloss das bosnische Parlament im April 2008 eine Polizeireform. Diese hat die Polizeikräfte der beiden Landesteile zwar nicht zu einer gemeinsamen Polizei vereint, beide Seiten garantieren jedoch eine enge Zusammenarbeit.

Theoretisch bietet das Abkommen Vorteile sowohl für den EU-Beitrittskandidaten, als auch für die Mitgliedstaaten. Dies betrifft insbesondere den Handel, da stufenweise Zölle abgeschafft werden und sich durch Handels- und Transportverträge das Kreditrating des betroffenen Staates verbessert. In der Summe kann das zu höheren ausländischen Investitionen führen. Ferner haben Beitrittskandidaten Zugang zu einer Vielzahl von EU-Fonds, aus denen erhebliche Mittel für die Entwicklung von Landwirtschaft, Bildungs- und Gesundheitswesen, Wissenschaft oder auch Kultur und Kunst beantragt werden können.

Die Anpassung bosnisch-herzegowinischen Rechts an die Normen der EU – es geht dabei um immerhin etwa 1.200 Gesetze – ist einer der wichtigsten Teile des Abkommens. Umgesetzt werden muss die Anpassung bis zum Jahr 2014. Viele Politiker in Bosnien-Herzegowina werden versuchen, ihre lokalen Interes-

sen zu verteidigen, sich dem Abkommen zu entziehen oder es zu blockieren.

Andere haben die Unterzeichnung des Abkommens als persönlichen Erfolg empfunden und dabei vergessen, dass das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen eher ein Geschenk an Bosnien-Herzegowina ist – ebenso wie das kürzlich auch bei Serbien der Fall war. Während das Abkommen gegenüber Serbien aber auch als Ausgleich für den Verlust des Kosovo gedacht war, hatte die EU bei Bosnien-Herzegowina eher moralische Gründe für die Unterzeichnung: Es wäre unfair gewesen, Bosnien-Herzegowina bei der EU-Integration hinter Serbien zurückfallen zu lassen.



Das Engagement der EU

Trotz der weiter schwelenden ethnischen Konflikte versucht die Europäische Union, sich umfangreich in dem Balkanstaat zu engagieren: Von Anfang der 1990er Jahre bis zum Jahr 2000 stellte die Gemeinschaft mehr als 2 Mrd. Euro bereit. Die damals von der EU finanzierten Programme dienten der Nachkriegshilfe, vorrangig unterstützten sie Bürgerkriegsflüchtlinge und den Wiederaufbau.

Die Menschen in Bosnien und Herzegowina

Die drei offiziellen Staatsvölker des Landes sprechen die eng miteinander verwandten Sprachen Bosnisch, Serbisch und Kroatisch. Je nach Sichtweise werden diese Sprachen auch zusammenfassend als Serbokroatisch bezeichnet.

Die Staatsbürger der Republik Bosnien und Herzegowina werden oft als Bosnier bezeichnet. Damit sind Serben und Kroaten wie auch Bosniaken gemeint, die in Bosnien und Herzegowina beheimatet sind. Dagegen steht der Begriff Bosniaken ausschließlich für die Muslime.

Die Religion in Bosnien und Herzegowina

In Bosnien und Herzegowina gibt es seit Jahrhunderten ein Nebeneinander verschiedener Religionen und Glaubensrichtungen. Die meisten Einwohner werden formell einer der zwei großen monotheistischen Religionsgemeinschaften (Christentum und Islam) zugerechnet, 48% sind Muslime, 34% serbisch-orthodox und 13% römisch-katholisch. In Mostar hat sich während des Krieges auch eine kleine evangelische Gemeinde aus Serben, Kroaten und Bosniaken gebildet. Außerdem leben ca. 1000 Juden im Land.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Die Vergangenheit in Bosnien und Herzegowina

Bosnien und Herzegowina besteht aus zwei historischen Regionen, die aber in keiner Beziehung zu der heutigen Einteilung in Entitäten stehen: Bosnien und die Herzegowina. Der Landesname Bosnien leitet sich vom Fluss Bosna ab, der nahe der Hauptstadt Sarajevo entspringt. Der Name Herzegowina geht auf den Herrschertitel Herceg = Herzog (Hercegovina=Herzogsland) zurück. Der Berliner Kongress stellte 1878 die osmanischen Provinzen Bosnien, Herzegowina sowie den Sandschak von Novi Pazar unter österreichisch-ungarische Verwaltung. Die formale Annexion durch die Doppelmonarchie im Jahre 1908 löste die Bosnische Annexionskrise aus, in der die ohnehin wirtschaftlich schwache Region durch Wirtschaftboykotte anderer Länder weiter geschwächt wurde. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde das Land Bestandteil des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen.

Bosnien und Herzegowina erklärte am 15. Oktober 1991 seinen Austritt aus dem Staatsverband Jugoslawien und ist seither eine unabhängige Republik. Die internationale Anerkennung erfolgte am 17. April 1992. Es folgten drei Jahre Krieg zwischen serbischen, kroatischen und bosnisch-muslimischen Einheiten. Am Ende des Bosnienkrieges stand der 1995 in Dayton (USA) paraphierte und in Paris am 14. Dezember unterzeichnete Dayton-Vertrag, der die föderale Republik Bosnien und Herzegowina schuf, die allerdings bis heute unter den Folgen des Krieges und den anhaltenden Auseinandersetzungen zwischen den Volks- und Religionsgruppen leidet.

Das Massaker von Srebrenica war ein Kriegsverbrechen während des Kriegs in Bosnien und Herzegowina, das durch UN-Gerichte als Völkermord klassifiziert worden ist.

In der Gegend von Srebrenica wurden im Juli 1995 ungefähr 8000 Bosniaken – vor allem Männer und Jungen zwischen 12 und 77 Jahren – getötet. Das Massaker wurde unter der Führung von Radko Mladic von der Vojska Republike Srpske (Armee der Republika Srpska), der Polizei und serbischen Paramilitärs trotz Anwesenheit von Blauhelmsoldaten verübt. Es zog sich über mehrere Tage hin und verteilte sich auf eine Vielzahl von Tatorten in der Nähe von Srebrenica. Die Täter vergruben tausende Leichen in Massengräbern. Mehrfache Umbettungen in den darauf folgenden Wochen sollten die Taten verschleiern.

Das Massaker vom Juli 1995 gilt als das schwerste Kriegsverbrechen in Europa seit dem Ende des II. Weltkriegs. Bereits abgeschlossene Prozesse vor internationalen Gerichten haben gezeigt, dass die Verbrechen nicht spontan erfolgten, sondern systematisch geplant und durchgeführt wurden.



Friedensabkommen von Dayton

Der Dayton-Vertrag (auch Dayton-Friedensabkommen genannt) beendete 1995 nach dreieinhalb Jahren den Krieg in Bosnien und Herzegowina und Kroatien. Der Vertrag wurde unter Vermittlung der USA mit Beteiligung der Europäischen Union und unter der Leitung des damaligen US-Präsidenten Bill Clinton am 21. November 1995 in Dayton, Ohio, paraphiert und am 14. Dezember 1995 in Paris unterzeichnet. Die Unterzeichner waren der serbische Präsident Slobodan Milošević, der kroatische Präsident Franjo Tuđman und der bosnisch-herzegowinische Präsident Alija Izetbegović.

Vorgeschichte und Verhandlungen

Die Initiative für die Verhandlungen zur Beilegung des Krieges in Bosnien und Herzegowina ging von den USA aus. Medienberichte von den grausamen Kämpfen auf dem Balkan hatten einen erheblichen öffentlichen Druck ausgelöst, der sich darin niederschlug, dass die Regierung Bill Clinton gegenüber den Konfliktparteien massiven diplomatischen Zwang ausübte, Verhandlungen zu beginnen.

Die Verhandlungen wurden am 1. November 1995 aufgenommen und fanden unter den Bedingungen strenger Klausur statt. Die amerikanische Seite zwang die drei Präsidenten zu ununterbrochenen dreiwöchigen Verhandlungen, während derer der Kontakt zur Außenwelt weitgehend unterbunden war. Vor allem ging es in dieser Zeit um die zukünftige Grenzziehung in Bosnien.

Am 10. November 1995 unterzeichneten Vertreter der Republik Bosnien-Herzegowina und der bosnisch-kroatischen Föderation das Abkommen von Dayton über die Implementierung der Föderation Bosnien-Herzegowina mit einer Übereinkunft über die Übergangsverwaltung für die Stadt Mostar.

Am 12. November 1995 unterzeichneten Kroaten und bosnische Serben der Republik Serbische Krajina ein Grundsatzabkommen über die Region Ostslawonien, die Baranja und West-Syrmien, das für die weiteren Verhandlungen zum Friedensabkommen von großer Bedeutung war.



Ergebnis des Abkommens

Am 21. November 1995 konnte die Paraphierung des Vertrages erfolgreich abgeschlossen werden. Am 22. November 1995 wurden durch zwei Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen das Waffenembargo und die Aussetzung der Wirtschaftssanktionen gegen Jugoslawien angekündigt. Die Umsetzung erfolgte allerdings erst im Juni bzw. Oktober 1996. Am 8. und 9. Dezember 1995 kam es im Anschluss an die Verhandlungen zum Dayton-Abkommen in London, Großbritannien, zu einer Implementierungskonferenz unter der Leitung des Hohen Repräsentanten für den Wiederaufbau Carl Bildt aus Schweden. Am 14. Dezember 1995 wurde dann das Friedensabkommen von Dayton in Paris (Frankreich) formell unterzeichnet und trat sofort in Kraft.

Die wichtigsten Inhalte des Dayton-Vertrages

- Bosnien und Herzegowina, das sich 1992 für unabhängig von Jugoslawien erklärt hatte, bleibt als souveräner und ungeteilter Staat in den international anerkannten Grenzen bestehen.
- Sarajevo bleibt Hauptstadt von Bosnien und Herzegowina.
- Bosnien und Herzegowina wird von Kroatien und von der Bundesrepublik Jugoslawien anerkannt.
- Bosnien und Herzegowina, so der neue Name, setzt sich aus zwei Teilrepubliken zusammen: der Republika Srpska (Serbische Republik) mit 49% und der (bosniakisch-kroatischen) Föderation von Bosnien und Herzegowina mit 51% des Territoriums.
- Über die Zugehörigkeit des Brčko-Distrikts zu einer der beiden Teilrepubliken soll erst später entschieden werden. (In der Zwischenzeit ist diese Entscheidung dahingehend gefallen, dass Brčko ein Kondominium¹ zwischen beiden Teilrepubliken ist, tatsächlich untersteht der Distrikt jedoch der Zentralregierung bei lokaler Selbstverwaltung.)

¹ Kondominium:
Gebiet mit gemeinschaftlich ausgeübter Macht

einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Das Abkommen verlangt die völlige Bewegungsfreiheit der Bewohner und gewährt den Flüchtlingen und Vertriebenen das Recht auf Rückkehr in ihre ursprünglichen Wohnorte. Die neue Verfassung sieht Demokratie und Marktwirtschaft vor und setzt fünf gesamtstaatliche Institutionen ein: das Zweikammer-Parlament, das Präsidium, den Ministerrat, das Verfassungsgericht und die Zentralbank. Die Staatsebene erhält nur wenige Kompetenzen: Außen- und Außenhandelspolitik, Zoll- und Geldpolitik, Einwanderungsfragen sowie weniger bedeutende Bereiche wie die Kontrolle des Luftverkehrs. Die Macht der Teilrepubliken umfasst alle Bereiche, die die Verfassung nicht den Zentralinstitutionen zuordnet. Die Zuständigkeit für die in Dayton noch den Teilstaaten überlassene Verteidigungspolitik ist seit 2005 schrittweise auf den Gesamtstaat übergegangen.

Im militärischen Teil des Friedensabkommens (Annex 1A) vereinbarten die Konfliktparteien, einander keine Gewalt mehr anzudrohen oder gegeneinander anzuwenden. Heute überwacht und sichert dies eine europäische Friedenstruppe (EUFOR). Sie übernahm diese Aufgabe von der der NATO unterstehenden Schutztruppe (erst ab Dezember 1995 IFOR im Rahmen der Operation Joint Endeavour und als Ersatz für die UNPROFOR, später SFOR). Außerdem wurde nach Annex 11 die Errichtung einer internationalen Polizeitruppe (IPTF) mit einer Sollstärke von 1.700 Mann vereinbart.

Die Verwaltung von Bosnien und Herzegowina

Die politische Gliederung des Staates ist komplex. Seit dem Dayton-Vertrag (auch bekannt als Dayton-Friedensabkommen) besteht Bosnien und Herzegowina aus zwei Entitäten: der Föderation Bosnien und Herzegowina (Federacija Bosne i Hercegovine, auch bekannt als Bosniakisch-Kroatische Föderation) und der Republika Srpska (Serbische Republik). Beide Entitäten verfügen jeweils über eine eigene Exekutive und Legislative. Die Föderation Bosnien und Herzegowina setzt sich aus zehn Kantonen zusammen, die über weitere eigene Zuständigkeiten verfügen.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Der gesamtstaatlichen Ebene waren zunächst nur die Außenpolitik, die Geldpolitik sowie die Außenwirtschaftsbeziehungen zugeordnet. In den vergangenen Jahren wurden die Kompetenzen des Zentralstaats um weitere Aufgaben ergänzt (Verteidigung, Zoll und indirekte Besteuerung, Verfolgung und Aburteilung von Kriegsverbrechern und Bekämpfung der Schwerekriminalität).

Faktisch übt einen Teil der Staatsgewalt jedoch der Hohe Repräsentant (derzeit: der Österreicher Valentin Inzko) als Vertreter der UN aus, was damit begründet wird, dass infolge des im Krieg entstandenen gegenseitigen Misstrauens unter den Verantwortlichen der Volksgruppen nach wie vor eine Blockadehaltung vorherrsche. Außerdem sind nach wie vor rund 1000 ausländische Soldaten im Rahmen der Operation EUFOR/Althea in Bosnien und Herzegowina stationiert.

Die Politik in Bosnien und Herzegowina

Die Wahlen am 1. Oktober 2006 galten als zukunftsweisend, weil die Internationale Gemeinschaft 2007 den Hohen Repräsentanten abziehen und Bosnien und Herzegowina in die volle Souveränität überführen wollte. Im Nachhinein wurde dieses Vorhaben um ein weiteres Jahr verschoben.

Bosnien-Herzegowina hat die vertraglichen Beziehungen mit der Europäischen Union in den letzten Jahren kontinuierlich ausgebaut, ein voller EU-Beitritt wäre für die Zukunft möglich. Bis dahin müsste der Balkanstaat aber noch seine ökonomische Situation verbessern, demokratische Strukturen weiter aus- und die ethnischen Spannungen abbauen.

Die wirtschaftliche Lage von Bosnien und Herzegowina

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Bosnien und Herzegowinas wuchs von 2006 auf 2007 um geschätzte 6%. Auch im Jahr 2008 wurde noch ein Wachstum von 5,7% erreicht. Vor der Wirtschafts- und Finanzkrise, die im Jahr 2007 als US-Immobilienkrise begann, blieben auch Bosnien und Herzegowina nicht verschont; schon im darauffolgenden Jahr (2009) verzeichnete man ein nur noch negatives wirtschaftliches Wachstum von 3,0%. Prognosen zufolge soll im Jahr 2012 ein Wirtschaftswachstum von 3% erreicht werden. Die weltweite Nachfrage nach Rohstoffen (besonders im Metallbereich) kommt dem Land, welches über erhebliche Rohstoffvorkommen verfügt, zugute. Die Wirtschaftsrechtsreform ist fortgeschritten, Probleme schaffen häufig fehlende oder widersprüchliche Durchführungsbestimmungen. Das Verständnis der „Verwaltung als Dienstleister“ für Wirtschaft und Bevölkerung ist schwach



ausgeprägt, die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraumes schreitet nur zögerlich voran. Auch im Interesse von Investoren wird der Auf- und Ausbau eines IT-gestützten Grundbuch- und Katasterwesens forciert.

Wachstumspotenzial besteht in Bosnien und Herzegowina in den Wirtschaftssektoren Stromindustrie (einziger Nettostromexporteur der Region), Agrarwirtschaft (Nischenprodukte, Bioprodukte), Holzverarbeitende Industrie, Bauindustrie (besonders Verkehrsinfrastruktur), Metallverarbeitung und Tourismus.

Im Jahre 2009 konnte die symbolisch wichtige Zugverbindung zwischen Belgrad und Sarajevo wieder aufgenommen werden. Einmal täglich verkehrt nun ein Zug in jede Richtung.

Die Innenminister der EU-Mitgliedstaaten beschlossen am 08.11.2010 für Bürgerinnen und Bürger Bosnien-Herzegowinas die Visumpflicht für Kurzaufenthalte in der EU abzuschaffen. Die Voraussetzung ist ein biometrischer Pass.

Taktik

Sie sind Vertreterin/Vertreter Ihres Landes. Denken Sie immer daran: Ihr Ziel ist der Beitritt zur Europäischen Union. Sie müssen Ihre Verhandlungspartner auf allen Seiten der Europäischen Union von der Beitrittsreife Ihres Landes überzeugen. Verweisen Sie auf erste Erfolge der Regierungsarbeit und erläutern Sie, welche Reformen weiterhin nötig sind.

Machen Sie dabei deutlich, dass Sie keine Anstrengung scheuen, um Veränderungen in Ihrem Land zu erreichen.



Hinsichtlich der Erfüllung der politischen Kriterien hat sich das Tempo Ihres Landes verlangsamt. Im Bereich der öffentlichen Verwaltung wurden einige Fortschritte erzielt, aber es sind noch erhebliche zusätzliche Anstrengungen erforderlich. Die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) hat sich verbessert und ist nun insgesamt zufriedenstellend. Das Land beteiligt sich aktiv an der regionalen Zusammenarbeit und ist dem regionalen Freihandelsabkommen (CEFTA) beigetreten. Jedoch gelang es der politischen Führung des Landes nicht, die Polizei umfassend zu reformieren. Der Stillstand in diesem und in anderen wichtigen Bereichen verzögerte erheblich den Abschluss des SAA und bremst weiterhin die Reformen. Auch in Zukunft muss das Land uneingeschränkt mit dem ICTY kooperieren.

Bosnien und Herzegowina ist bei der Schaffung einer funktionierenden Marktwirtschaft kaum vorangekommen. Die weiterhin sehr hohe Arbeitslosigkeit gibt Anlass zu großer Besorgnis. Umfangreiche Reformen sind erforderlich, damit das Land langfristig dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standhalten kann.

Weisen Sie deutlich darauf hin, dass nach wie vor das hohe Wirtschaftswachstum anzieht und die Inflation zurückgeht. Die Föderation Bosnien und Herzegowina vereinfachte das Steuersystem und senkte die Steuerlast. Die ausländischen Direktinvestitionen erhöhten sich 2007 deutlich und trugen zur Finanzierung des Außenhandelsdefizits bei. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit wurde weitgehend aufrechterhalten.

Die Bündelung sämtlicher Gesetzgebungs- und Haushaltskompetenzen für Polizeiangelegenheiten auf gesamtstaatlicher Ebene, das Abschaffen politischer Einmischung in die praktische Polizeiarbeit und die Festlegung der Polizeibezirke anhand technischer Kriterien haben stattgefunden.

Jedoch wurden die Reformen sowohl auf der Ebene der Entitäten als auch auf den anderen Regierungsebenen durch die mangelnde Einigkeit über die wirtschaftspolitischen Grundsätze gebremst. Die starren Strukturen auf dem Arbeitsmarkt behindern die Schaffung von Arbeitsplätzen. Das Land verfügt immer noch über einen großen öffentlichen Sektor.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Bosnien und Herzegowina hat bei der Angleichung seiner Rechtsvorschriften und seiner Politik an die europäischen Standards begrenzte Fortschritte erzielt. In den Bereichen Wettbewerb, Verkehr, Energie, Bildung, Visapolitik und Asyl sind Fortschritte zu verzeichnen, in anderen Bereichen wie Freizügigkeit, Sozialpolitik und Beschäftigung wurde dagegen nur wenig erreicht. Dieses können Sie nicht leugnen.

Werben Sie nachdrücklich für Ihre Interessen und machen Sie deutlich, dass Sie erste Schritte in Richtung Europäische Union erfolgreich unternommen haben und jetzt die weitere Unterstützung der EU notwendig ist. Die Verleihung des Status eines Beitrittskandidaten könnte ein wichtiges Zeichen sein, weitere Anstrengungen Ihres Landes zu befördern und ein weiterhin hohes Tempo bei der Annäherung an die EU zu halten.



Kosovo



HAUPTSTADT Prishtina (Priština) (200.000 Einwohner)
STAATSFORM Republik
FLÄCHE 10.887 km²
EINWOHNER 1,805 Millionen
EINWOHNER/KM² 166
BIP/EINWOHNER (2010) 1982
WACHSTUMSRATE (2010) 4%
ARBEITSLOSENQUOTE (2009) 45% (Schätzung, aufgrund informeller Wirtschaft zu relativieren)
WÄHRUNG Euro (einseitig eingeführt, aber kein Mitglied der Eurozone)
SPRACHEN Albanisch, Serbisch
RELIGIONEN Muslime, orthodoxe Christen, Katholiken
ETHNISCHE GRUPPEN 92% Albaner, 5% Serben, 3% Türken, Bosniaken, Goraner, Roma u.a.
STAATSCHEF Atifete Jahjaga
REGIERUNGSCHEF Hashim Thaçi
WEITERE INFORMATIONEN embassy.germany@ks-gov.net

Der Neue Fischer Weltalmanach 2012 // Wirtschaftsdaten: Auswärtiges Amt

Sie sind Delegierte/Delegierter des Kosovo bei den Verhandlungen mit der EU. Sie streben den schnellstmöglichen EU-Beitritt Ihres jungen Landes an. Auf nachfolgende Daten aus Geschichte, Politik und Wirtschaft können Sie bei den Verhandlungen zurückgreifen. Natürlich dürfen Sie auch einige nicht so günstige Daten verschleiern oder beschönigen. Denken Sie immer daran, Ihr Ziel ist der rasche EU-Beitritt Ihres Landes!



Der Zerfallsprozess des ehemaligen Jugoslawien führte in den letzten 20 Jahren zu viel Leid und Blutvergießen. Mit der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo im Jahr 2008 hoffte die Staatengemeinschaft, endlich die Vergangenheit hinter sich lassen und den Blick auf eine friedliche Zukunft richten zu können. Für den gesamten Balkan wünscht sich die Europäische Union eine Zukunft mit Frieden, Stabilität und wirtschaftlicher Prosperität. Dieses Ziel verfolgen auch Sie.

Kosovo und Serbien

Serbien und Kosovo-Albaner waren und sind sich uneinig, welchen völkerrechtlichen Status die Provinz hat. Das Kosovo hat sich für unabhängig erklärt, Serbien betrachtet das Kosovo jedoch weiterhin als Teil seines Staatsgebietes.

Seit 1999 steht Ihr Land unter der Verwaltungshoheit der Vereinten Nationen. Grundlage dafür ist die Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates vom 10. Juni 1999. Dieser hatte die Mission „UNMIK“ (United Nations Interim Administration Mission in Kosovo) ins Leben gerufen. Die UNMIK sollte nach den kriegerischen Ereignissen eine Übergangsverwaltung zur Wiederherstellung normaler Lebensverhältnisse schaffen.

Am 24. Oktober 2005 stimmte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen dem Beginn von Gesprächen über den künftigen Status des Kosovo zu. Dabei gab es im Vorfeld den Konsens, dass jede Lösung zur Stärkung der regionalen Sicherheit und Stabilität beitragen muss und daher eine Rückkehr des Kosovo zur Situation von vor 1999, seine Teilung oder sein Anschluss an einen Drittstaat ausgeschlossen sind. Einigkeit bestand auch darin, dass dem Schutz der Rechte aller Teile der Bevölkerung und Minderheiten in Kosovo eine zentrale Rolle zukommen muss.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Ab Anfang 2006 bemühte sich zunächst der UN-Sondergesandte Martti Ahtisaari in Direktgesprächen zwischen Belgrad und Prishtina um eine Einigung über den künftigen Status der Provinz. Die Mitglieder des Sicherheitsrates konnten sich jedoch nicht auf eine Sicherheitsratsresolution auf Basis der Vorschläge von Ahtisaari einigen.

Vermittlungsversuche der Europäischen Union, Russlands und der USA, die weitere Gespräche zwischen Belgrad und Prishtina ermöglichen sollten, blieben ebenfalls ergebnislos.

Nach den jahrelangen, aber letztlich erfolglosen Verhandlungen zwischen Serben und Kosovo-Albanern über den endgültigen Status, erklärte das Kosovo am 17. Februar 2008 seine Unabhängigkeit von Serbien. 22 Staaten der EU, darunter Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien, haben das Kosovo mittlerweile anerkannt. Damit hat der lange und schwierige Zerfallsprozess des ehemaligen Jugoslawien endlich ein Ende gefunden. In der Europäischen Union besteht die Hoffnung, dass die Region auf diesem Weg zur Ruhe kommt.

Der Internationale Gerichtshof (IGH) in Den Haag fällte im Juli 2010 seine Entscheidung bezüglich der Klage Serbiens gegen die Unabhängigkeit des Kosovo. Es stellte fest, dass sich weder in der UN-Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrats Argumente gegen die Unabhängigkeit finden ließen, noch dass das Völkerrecht einseitige Unabhängigkeiten verbiete. Serbien betonte hierzu, dass es keinesfalls die Unabhängigkeit des Kosovo anerkennen werde.

Seit 2011 finden Gespräche zwischen dem Kosovo und Serbien unter Vermittlung der EU statt. Die Frage der Unabhängigkeit bleibt dabei ausgeklammert. Im Vordergrund stehen praktische Fragen wie Verkehr, Telekommunikation, Energieversorgung, Zollabfertigung und Anerkennung von Personaldokumenten und KFZ-Kennzeichen.



Kosovo und die EU

Bereits in der Unabhängigkeitserklärung vom Februar 2008 verpflichteten das Parlament und die politische Führung des Kosovo ihr Land auf rechtsstaatliche und demokratische Standards. Die am 15. Juni 2008 in Kraft getretene Verfassung unterstreicht dies. Sie erklärt das Kosovo zur Heimat für alle seine Bürgerinnen und Bürger und formuliert ein klares Bekenntnis zu Rechtsstaat, Demokratie und Multi-Ethnizität.

Insbesondere dem Minderheitenschutz wird auch in der Internationalen Gemeinschaft stets große Bedeutung beigemessen. Ein weiteres Ziel für das Kosovo besteht zudem darin, dass die Menschen dort eine konkrete Verbesserung ihrer Lebensumstände erfahren. Die EU will den jungen Staat auf seinem Weg dorthin unterstützen.

Die auswärtigen Beziehungen des Kosovo stehen weiterhin ganz im Schatten des Streites um seine diplomatische Anerkennung. Eine Reihe von Staaten, darunter Deutschland, haben seit Februar 2008 nunmehr Botschaften in Pristina eröffnet. Mit Ausnahme Serbiens haben die unmittelbaren Nachbarländer Albanien, Montenegro und Mazedonien diplomatische Beziehungen zur Republik Kosovo aufgenommen. Gerade diese Anerkennung durch ehemalige jugoslawische Republiken hat Serbien ganz besonders verärgert und enttäuscht.

Einen internationalen Erfolg hat Serbien im Oktober 2008 durch einen mehrheitlichen Beschluss der Vereinten Nationen erreicht, die Unabhängigkeit des Kosovo durch den Internationalen Gerichtshof überprüfen zu lassen. 77 von 192 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen stimmten für diesen Beschluss, 74 Staaten – darunter mehrheitlich die Staaten

der EU – enthielten sich. Die Überprüfung kam im Juli 2010 zu dem Ergebnis, dass die Unabhängigkeit des Kosovo in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht steht.

Ein wichtiger Verbündeter des Landes sind die Vereinigten Staaten, die eine größere Militärbasis in Kosovo unterhalten. Russland als ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates hat sich dagegen auf die Seite Serbiens gestellt, auch China verhält sich weiterhin ablehnend. Daher bleibt der Republik Kosovo der Weg in die Vereinten Nationen und viele andere internationale Organisationen bis auf weiteres versperrt.

Deutschland hat in der jüngsten Vergangenheit sehr deutlich gemacht, dass ein Weg in die Europäische Union für Serbien und den Kosovo nur gemeinsam als zwei souveräne Staaten vorstellbar ist.



Wirtschaft

Innerhalb Jugoslawiens war das Kosovo die ärmste Region. Ursache dafür war – neben der allgemeinen Rückständigkeit – auch eine verfehlte Wirtschafts- und Strukturpolitik in den vergangenen 30 Jahren. Hier wurde überwiegend rohstoff erzeugende und wenig weiterverarbeitende Industrie angesiedelt. Zwar wurde das Kosovo von anderen jugoslawischen Republiken subventioniert, trotzdem lagen die Investitionen in den sechziger und siebziger Jahren nur bei etwa 50% des jugoslawischen Durchschnitts.

1989 lag das monatliche Durchschnittseinkommen in Kosovo bei 454 Dinar (Slowenien: 1180; Kroatien: 823; Zentralserbien: 784). In den frühen neunziger Jahren wurde die wirtschaftliche Produktivität des Kosovo noch einmal halbiert. Gründe dafür waren der Zerfall des früheren Wirtschaftsraumes Jugoslawien im Gefolge der Bürgerkriege, internationale Sanktionen und mangelnder

Zugang zu auswärtigen Märkten und Finanzen. Durch den serbisch-albanischen Konflikt kam es 1998/99 noch einmal zu einem Rückgang von 20% – auf einem ohnehin schon sehr niedrigen Niveau.

Nach dem Kosovo-Krieg wurden rund zwei Milliarden Euro Hilfgelder zur Verfügung gestellt. Wieder aufgebaut oder hergestellt wurden bisher 50.000 Häuser, 1.400 Kilometer Straßen sowie Krankenhäuser und Schulen. Dies führte zu einem kurzfristigen Nachkriegsaufschwung in den Branchen Bau, Handel und öffentliche Verwaltung.

Heute stützt sich die Wirtschaft der Republik Kosovo zum einen auf kleinbäuerliche Familienbetriebe – angebaut werden Getreide (Weizen, Mais), Sonnenblumen, Raps, Zuckerrüben und Trauben – sowie auf Privatunternehmen im Handel- und Bausektor.

Der industrielle Sektor ist von den Bereichen Bergbau, Chemie, Elektronik, Textil, Baustoffe und Holz geprägt. Im Bergbau werden Erz, Kohle, Blei und Zink gefördert. Insgesamt ist der industrielle Sektor aber eher schwach.

Das Wirtschaftswachstum wurde 2002 auf 2,2%, 2003 auf 3,1%, 2004 auf 3,2%, 2005 auf 3,5% und 2007 auf knapp 3,5% bis 4,2% geschätzt. Die Inflation sank im gleichen Zeitraum von 3,6% (2002) auf 1,1% (2003) bzw. 1,5% (2004). 2005 wurde mit -0,5% sogar ein Preisrückgang registriert.

Offizielle Währung ist der Euro. Das Kosovo ist jedoch kein Mitglied der Europäischen Währungsunion. Die damals bereits als Zweitwährung etablierte D-Mark wurde 1999 von der UNO-Verwaltung als Währung eingeführt und später vom Euro abgelöst. In Gebieten mit vorwiegend serbischer Bevölkerung kann auch mit serbischem Dinar bezahlt werden.



Die Wirtschaft hängt in außerordentlich hohem Maß von Finanzzuflüssen von außen ab (Hilfsgelder, Kapitaltransfers von Emigranten). Nach Angaben des Finanzministeriums der Republik Kosovo sind die Überweisungen durch Gastarbeiter aus dem Ausland höher als die im Kosovo selbst erwirtschafteten Werte. Da die Hilfsgelder zurückgehen und der Zutritt zum EU-Arbeitsmarkt auch für Kosovaren erschwert wird, birgt diese ohnehin ungesunde Struktur erhebliche Risiken.

Seit 2007 ist das Kosovo auch Mitglied der Mitteleuropäischen Freihandelszone CEFTA (Central European Free Trade Agreement).

Arbeitslosigkeit und Armut

Derzeit gibt es bei einer Million arbeitsfähiger Bevölkerung lediglich etwa 325.000 Arbeitsplätze (einschließlich nicht registrierter Schattenwirtschaft). Jährlich kommen weitere 36.000 junge Leute neu auf den Arbeitsmarkt.

Die Arbeitslosigkeit ist in den letzten Jahren auf hohem Niveau leicht gesunken (2001: 57,1%, 2002: 55%, 2003: 49,7%). Im Jahr 2008 lag die Arbeitslosigkeit zwischen 42% und 43%. Die Altersgruppe von 16 bis 24 Jahren ist dabei zu 60% betroffen.

Nach Angaben der Weltbank leben 37% der Bevölkerung des Kosovo unterhalb der Armutsgrenze (Einkommen unter 1,37 Euro pro Tag und Erwachsenem), 15% sogar unterhalb der Grenze extremer Armut (Einkommen unter 0,93 Euro pro Tag und Erwachsenem).

Betroffen sind vor allem Alte, Behinderte, Bewohner kleiner oder abgelegener Städte und Gemeinden sowie die Angehörigen der nicht-serbischen Minderheiten wie Roma oder slawische Moslems (Bosniaken). Die Armut wirkt sich auch auf andere Bereiche aus: Der Sektor Erziehung ist unterfinanziert, an den Schulen wird in drei bis vier Schichten unterrichtet. Die Gesundheitsdaten der Bewohner gehören zu den schlechtesten in Südosteuropa.



Infrastruktur

Die Eisenbahn des Kosovo gehört zu den ältesten der Region und geht auf den osmanischen Bau der Strecke Üsküp (heute Skopje) nach Kosovo Polje 1874 zurück. Das bis heute nicht wesentlich weiter ausgebaut und auch nicht elektrifizierte, der Personenbeförderung dienende Schienennetz, besitzt dabei lediglich eine Länge von 333 Kilometern, die seit Ende des Krieges 1999 aber nicht mehr vollständig genutzt werden können und sich sowohl was die Schienenwegeinfrastruktur als auch die Zugkompositionen angeht, in einem äußerst schlechten baulichen, technischen und technologischen Zustand befindet. Im vorrangig von Serben bewohnten Nordkosovo hat Anfang März 2008 die serbische Eisenbahngesellschaft Železnice Srbije den Betrieb übernommen.

Es gibt derzeit 1.925 Kilometer Haupt- und Landstraßen, Autobahnen gibt es nicht. Jedoch liegt bereits ein Entwurf für eine Autobahn von Merdare nach Morina vor, die Serbien über Kosovo mit Albanien verbinden soll. Der einzige zivile Flughafen des Kosovo ist der Flughafen Pristina. Er fertigte im Jahr 2002 insgesamt 844.098 Passagiere ab, in diesem Zeitraum gab es 4.171 Flüge von und nach Pristina. Zahlreiche Fluggesellschaften aus ganz Europa fliegen Pristina an.

Taktik

Sie sind Vertreterin/Vertreter Ihres Landes. Denken Sie immer daran: Ihr Ziel ist der Beitritt der Republik Kosovo zur Europäischen Union. Sie müssen Ihre Verhandlungspartner auf allen Seiten der Europäischen Union von der Beitrittsreife des Kosovo überzeugen. Verweisen Sie auf erste Erfolge der Regierungsarbeit und erläutern Sie, welche Reformen weiterhin notwendig sind.

Das Kosovo hat am 17. Februar 2008 seine Unabhängigkeit erklärt, was von etwa 50 Staaten, aber nicht vom bisherigen Mutterland Serbien, anerkannt wird. Das Kosovo wird von der EU zu den potenziellen Kandidatenländern für einen Beitritt in die EU gezählt.



Einem tatsächlichen EU-Beitritt stehen momentan aber noch zahlreiche Hindernisse entgegen. Zwar haben auch die meisten Staaten der EU das Kosovo als unabhängigen Staat anerkannt, Griechenland, Rumänien, die Slowakei, Spanien und Zypern haben die Anerkennung jedoch bislang verweigert, was zu guten Teilen mit innenpolitischen Fragen zusammenhängt. Ohne eine Anerkennung durch alle Staaten der EU ist aber die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen nicht denkbar, denn für einen Beitritt neuer Mitglieder zur EU ist selbstverständlich die Zustimmung aller EU-Mitgliedstaaten notwendig. Versuchen Sie in erster Linie, für eine Anerkennung der Unabhängigkeit durch alle EU-Staaten zu sorgen.

Ein außenpolitischer Erfolg konnte mit Ihrem Nachbarn, der Republik Mazedonien, erzielt werden. Ein Abkommen über die Festsetzung der gemeinsamen Grenze führte zur offiziellen Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten.

Abgesehen davon sind die diplomatischen Spannungen auch außerhalb der EU sehr stark. So hat Serbiens Parlament beschlossen, dass alle Verträge, die Serbien abschließt, die staatliche Einheit des Landes berücksichtigen müssen. Verhandlungen der EU mit dem Kosovo könnten also weitere Vertragsabschlüsse mit Serbien unmöglich machen. Radikale Kräfte in Serbien bestehen darauf, dass Serbien nur mit dem Kosovo Mitglied der EU werden könne. Die moderaten Kräfte des Landes wiederum setzen auf die Möglichkeit, der EU beizutreten und dann als EU-Mitglied den Beitritt des Kosovo zu verhindern.

Auch das Kosovo selbst ist noch mit zahlreichen Problemen belastet. So sind die demokratischen Strukturen nicht sehr weit entwickelt. Die Parteienlandschaft ist noch instabil und repräsentiert vor allem die ethnischen Gruppen. Korruption ist weit verbreitet, und es existiert eine große Schattenwirtschaft. Die ethnischen Spannungen im Land sind groß, weil die serbische Minderheit strikt gegen eine Unabhängigkeit des Kosovo ist. Die wirtschaftlichen Probleme sind ebenfalls massiv. So gibt es beispielsweise nur eine unzureichende Energieversorgung. Die Mehrheit der Bevölkerung ist arbeitslos, ein großer Teil der Bevölkerung lebt in Armut.

Machen Sie dennoch deutlich, dass Sie keine Anstrengung scheuen, um Veränderungen in Ihrem Land zu erzielen.



Insbesondere die zur Unabhängigkeit beschlossene Verfassung, die Minderheiten zahlreiche Rechte zusichert, ist ein positives Zeichen für einen Neubeginn im Kosovo. Im Rahmen der EU-Mission EULEX werden Sie schon jetzt durch Polizisten, Richter, Staatsanwälte und Zollbeamte unterstützt.

Da das Kosovo vorwiegend muslimisch geprägt ist, könnten ähnliche Argumente wie im Fall der Türkei gegen einen EU-Beitritt sprechen. Dies erscheint allerdings aufgrund der geringen Größe des Kosovo eher als unwahrscheinlich. Zudem gibt es in der Republik Kosovo, ebenso wie in Albanien und in Bosnien-Herzegowina, die ebenfalls einen bedeutenden muslimischen Bevölkerungsanteil haben, kaum islamistische Strömungen.

Mit Ihren Nachbarstaaten Montenegro, Albanien und Mazedonien unterhalten Sie gute Kontakte. Im Namensstreit zwischen Mazedonien und Griechenland stehen Sie auf der Seite Mazedoniens, allerdings wollen Sie andererseits nicht Investitionen Griechenlands riskieren und verhalten sich daher öffentlich eher zurückhaltend wenn es gilt, eine Meinung in dieser Frage zu vertreten.

Werben Sie nachdrücklich für Ihre Interessen und machen Sie deutlich, dass Sie erste Schritte in Richtung Europäische Union erfolgreich unternommen haben und dass eine weitere Unterstützung durch die EU wichtig ist. Die Verleihung des Status eines Beitrittskandidaten könnte ein wichtiges Zeichen sein, weitere Anstrengungen des Landes zu befördern und ein hohes Tempo bei der Annäherung an die EU zu halten.

Mazedonien



HAUPTSTADT Skopje (486.600 Einwohner)
STAATSFORM Republik
FLÄCHE 25.713 km²
EINWOHNER 2,057 Millionen
EINWOHNER/KM² 80
BIP/EINWOHNER (2011) 3.522 Euro
WACHSTUMSRATE (2011) 3%
ARBEITSLOSENQUOTE 31,8%
WÄHRUNG Mazedonischer Denar
SPRACHEN Mazedonisch, Albanisch, Türkisch, Romani, Serbisch, Aromunisch
RELIGIONEN 70% orthodoxe Christen, 25% Muslime, außerdem Katholiken
ETHNISCHEN GRUPPEN 64,2% Makedonier, 25,2% Albaner, 3,9% Türken,
 2,7% Roma, 1,8% Serben, 0,8% Bosniaken, 0,5% Aromunen
STAATSCHEF Gjorgje Ivanov
REGIERUNGSCHEF Nikola Gruevski
WEITERE INFORMATIONEN missions.gov.mk/berlin | honorarkonsulat-mazedonien-nrw.de

Der Neue Fischer Weltatmanach 2012 // Wirtschaftsdaten: Deutsche Außenhandelskammer – Standort Mazedonien

Sie sind Delegierte/Delegierter Mazedoniens bei den Verhandlungen mit der EU. Sie streben den schnellstmöglichen EU-Beitritt Ihres Landes an. Auf nachfolgende Daten aus Geschichte, Politik und Wirtschaft Ihres Landes können Sie bei den Verhandlungen zurückgreifen. Natürlich dürfen Sie auch einige nicht so günstige Daten verschleiern oder beschönigen. Denken Sie immer daran, Ihr Ziel ist der rasche EU-Beitritt Ihres Landes!



Über Mazedonien

Mazedonien ist ein Binnenstaat und grenzt im Norden an Serbien und Kosovo, im Osten an Bulgarien, im Süden an Griechenland und im Westen an Albanien. Mazedonien war die südlichste Teilrepublik Jugoslawiens und rief 1991, etwas später als Kroatien und Slowenien, seine Unabhängigkeit aus.

Die Muttersprache der Mehrheit der Bevölkerung ist das Mazedonische, die Sprache mit der zweitgrößten Zahl von muttersprachlichen Sprechern das Albanische. Daneben wird regional auch Türkisch, Serbisch und von Roma das Romani gesprochen, sie sprechen aber auch oft mazedonisch bzw. albanisch.

Staat und Politik

Die Staatsform in Mazedonien ist laut der mazedonischen Verfassung von 1991 eine Republik mit der Regierungsform einer parlamentarischen Demokratie. Die Verfassung wurde maßgeblich vom deutschen Altpräsidenten Roman Herzog und dem ehemaligen französischen Justizminister Georges Badinter ausgearbeitet und am 17. November 1991 verabschiedet. Seither wurde sie viermal (1992, 1998, 2001, 2003) fortgeschrieben: 1992, um ausdrücklich zu erklären, dass das Land keine territorialen Ansprüche gegenüber Nachbarstaaten erhebt und nicht in die Souveränitätsrechte anderer Staaten oder in ihre internen Angelegenheiten eingreift (im Zusammenhang mit den Verhandlungen mit Griechenland wegen des Streits über den Namen des Landes und seine internationale Anerkennung), 2001 zwecks Einführung eines verfassungsrechtlichen Rahmens für die Umsetzung des Rahmenabkommens von Ohrid vom 13. August 2001.

Das Rahmenabkommen von Ohrid ist eine zwischen den beiden größten mazedonischen und den beiden größten Parteien der albanischen Minderheit Mazedoniens geschlossene Vereinbarung, die eine angemessene Repräsentation der Minderheiten in Mazedonien in Politik und Verwaltung sichern soll. Von Bedeutung ist hierbei insbesondere das zur Anwendung kommende Prinzip doppelter Mehrheiten, d.h. einer Mehrheit auch unter denjenigen Abgeordneten im mazedonischen Parlament, die eine Minderheit vertreten, also vornehmlich der albanischstämmigen Abgeordneten.



Anlass für den Abschluss des Abkommens am 13. August 2001 waren Anschläge der so genannten Albanischen Befreiungsarmee in Mazedonien, einer separatistischen und militaristischen Gruppierung, die den Anschluss der albanischen Siedlungsgebiete in Mazedonien an das Kosovo anstrebte. Die durch die Aktionen dieser Gruppierung ausgelösten Unruhen hätten zum Bürgerkrieg und in der Konsequenz zur Gefährdung der territorialen Integrität der Republik Mazedonien führen können.

Auf Druck der Europäischen Union und der USA entschlossen sich die Vertreter der vier größten Parteien des Landes Gespräche aufzunehmen über die Frage, wie der ethnische Konflikt zwischen der mazedonischen Mehrheit und der albanischen Minderheit zu lösen sei. Mit Hilfe internationaler Vermittler einigte man sich in Ohrid auf das Rahmenabkommen, das unter anderem eine Dezentralisierung der Verwaltung, eine Neuziehung von Gemeindegrenzen und weitergehende Verwendungsmöglichkeiten für die albanische Sprache in der Verwaltung vorsah. Das Abkommen selbst hatte keinerlei Rechtsverbindlichkeit. Vielmehr mussten die darin vorgesehenen Veränderungen durch Gesetze des mazedonischen Parlaments in geltendes Recht umgesetzt werden. Dies ist in den folgenden Jahren auch geschehen.

Das mazedonische Parteiensystem ist durch eine doppelte Polarität gekennzeichnet: einerseits eine ethnisch-nationale (mazedonisch und albanisch) und andererseits eine politische (post-kommunistisch und anti-kommunistisch).



Die Innenpolitik Mazedoniens

Die mazedonische Innenpolitik war in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts vor allem durch Konflikte zwischen den beiden größten Nationalitäten geprägt, den Mazedoniern und den Albanern. Im Kosovokonflikt hatte Mazedonien 1999 auf internationalen Druck hin etwa 380.000 Flüchtlinge aus dem Kosovo aufgenommen, was noch einmal zu einer Veränderung des brüchigen ethnischen Gefüges im Land führte.

Durch das Engagement des ehemaligen Präsidenten Boris Trajkovski, der EU und der USA konnte im Rahmenabkommen von Ohrid ein Ausgleich zwischen den Volksgruppen und eine Entwaffnung der militanten albanischen Gruppe erreicht werden.

Mit Blick auf die angestrebte Aufnahme in die EU hat Mazedonien eine Reihe von umfassenden innenpolitischen Reformen abgeschlossen (Kommunal-, Hochschul-, Polizei- und Justizreform), die das Land auf EU-Standard bringen sollen.

Am 01.01.2010 haben die Staaten der Europäischen Union die im Zuge des Zerfalls Jugoslawiens eingeführte Visumpflicht für Bürgerinnen und Bürger Mazedoniens wieder abgeschafft.

Nachbarschaftliche Beziehungen

Die Außenpolitik Mazedoniens ist stark durch die Bemühungen geprägt, Mitglied der NATO und der EU zu werden. Allerdings widersetzt sich der Nachbar Griechenland gegen die Aufnahme Mazedoniens unter dem Namen „Republik Mazedonien“. Dieser Namensstreit verhinderte im April 2008 die von Mazedonien erwünschte Beitrittszusage der NATO.

Bulgarien hat die Unabhängigkeit der Republik Mazedonien am 15. Januar 1992 als erstes Land anerkannt und zwar unter ihrem verfassungsgemäßen Namen. Trotzdem hat Bulgarien es lange abgelehnt, die Existenz einer separaten mazedonischen Nation und einer separaten mazedonischen Sprache anzuerkennen. Das führte bei Vertragsunterzeichnungen zwischen beiden Ländern zu einigen Komplikationen.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Bulgarien gibt den Mazedoniern das Recht, die bulgarische Staatsbürgerschaft zu erhalten, wenn sie bulgarische Herkunft nachweisen können. Davon haben bisher nur ungefähr 10% der berechtigten Bürgerinnen und Bürger Gebrauch gemacht, darunter der ehemalige Ministerpräsident Ljubčo Georgievski. Historisch gesehen ist das heutige Land Mazedonien, seine Bevölkerung, seine Traditionen und seine Sprache, zwar eng mit der bulgarischen Geschichte verbunden, dennoch verweist Mazedonien zu Recht auf seine historische und kulturelle Eigenständigkeit.

Im Jahr 1999 legten die bulgarische und die mazedonische Regierung ihren jahrelangen Sprachenstreit bei, der die bilateralen Beziehungen schwer belastet hatte. Bulgarien erkannte die Eigenständigkeit der mazedonischen Sprache und Nation erstmals offiziell an, Mazedonien verzichtete im Gegenzug auf jegliche Einflussnahme auf die mazedonische Minderheit in Bulgarien.

Serbien sieht seinen südlichen Nachbarn kritisch, weil sich Mazedonien von Jugoslawien abgespalten und im Kosovo-Konflikt auf Seiten der NATO gestanden hat. Mazedonien hat gemeinsam mit Montenegro im Herbst 2008 die Unabhängigkeit des Kosovo anerkannt. Wegen dieser Umstände ist die mazedonische Politik in Bezug auf Serbien vor allem auf Beschwichtigung ausgelegt.

Zentrale Themen der mazedonischen Außenpolitik sind die angestrebten Beitritte zu NATO und EU. 2004 trat das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) mit der EU in Kraft. Am 3. April 2008 nahm Mazedonien mit einer Delegation am NATO-Gipfel in Bukarest teil. Die Delegation hoffte auf eine Einladung zum Militärbündnis, welche aber wegen eines Vetos von Griechenland aufgrund des immer noch nicht gelösten Namensstreites nicht ausgesprochen wurde.



Neben den Bemühungen um eine Annäherung an die EU hat das Land wichtige Beziehungen zu den USA hergestellt. So ist die Republik Mazedonien mit einem kleinen Truppenkontingent am Irak-Krieg beteiligt gewesen. Washington erkannte das Land kurz nach den US-amerikanischen Präsidentschaftswahlen im November 2004 daraufhin unter dem Namen „Republik Mazedonien“ an. Dies führte zu einem Eklat mit Griechenland, in dessen Verlauf der US-Botschafter in Athen in das griechische Außenministerium zitiert wurde. Die EU hat Griechenland allerdings zugesichert, dem US-amerikanischen Beispiel nicht zu folgen. Mittlerweile haben 121 Staaten, darunter auch die Türkei, Russland, China und Kanada erklärt, im bilateralen Verkehr den verfassungsmäßigen Namen Mazedoniens „Republika Makedonija“ zu verwenden. Die Regelung über den völkerrechtlich anerkannten Namen bleibt davon unberührt. Die Menschen im Land selbst

bezeichnen sich selbstverständlich als Makedonierinnen und Makedonier.

Der Disput um den Verfassungsnamen „Republik Mazedonien“ begann mit der Unabhängigkeitserklärung Mazedoniens im Jahre 1991 und dauert bis zum heutigen Tag an. Anfangs fürchtete Athen territoriale Ansprüche Skopjes auf die griechische Provinz mit dem Namen Mazedonien. Bis 1993 verzögerte das die internationale Anerkennung des jungen Staates, der schließlich im April 1993 als „the former jugoslav republic of Macedonia (die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien) in die Vereinten Nationen aufgenommen wurde. Im Februar 1994 verhängte Griechenland unter der Ägide von Premierminister Andreas Papandreou ein Handelsembargo über Mazedonien.

1995 kam Bewegung in den Konflikt. Dank der internationalen Vermittler Cyrus Vance und Lord Owen unterzeichneten Skopje und Athen ein Interimsabkommen. Nach diesem Abkommen änderte Mazedonien seine Staatsflagge: Sie zeigt jetzt nicht mehr den „Stern von Vergina“, sondern eine stilisierte Sonne.¹ Zuvor hatte Mazedonien seine Verfassung um drei Passagen ergänzt, in denen es auf territoriale Ansprüche gegenüber seinen Nachbarn verzichtet und erklärt, sich nicht in deren innere Angelegenheiten einzumischen sowie Grenzänderungen allenfalls in Übereinstimmung mit internationalen Normen anzustreben.



Eine mögliche Lösung für den Konflikt hat die Brüsseler Nichtregierungsorganisation „International Crisis Group“ (ICG) vorgeschlagen. Darin listet die ICG drei Schlüsselemente auf, die beiden Seiten eine Einigung ohne Gesichtsverlust ermöglichen könnten. So ist ein bilateraler Vertrag zwischen Mazedonien und Griechenland vorgesehen, der Griechenland berechtigt, für seinen Nachbarn die Bezeichnung „Ober-Mazedonien“ oder eine andere zusammengesetzte Formel zu verwenden. Gleichzeitig dürfen Unternehmen beider Staaten für Waren und Dienstleistungen, die auf dem jeweiligen Territorium produziert werden, den Namen „Mazedonien“ führen.

Wirtschaftliche Situation

Mazedonien war in Jugoslawien eines der wirtschaftlich rückständigsten Gebiete mit einer nur gering entwickelten Industrie und mit nur geringen Rohstoffvorkommen. Im Jahr 2000 wurden immer noch 9,7% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) durch Landwirtschaft erzielt und nur 31,6% durch die Industrie. Die Arbeitslosenquote verharrt mit etwa 35% auf weiterhin besorgniserregendem Niveau. Mazedonien ist auch heute noch einer der ärmeren Staaten Europas.

Das Land leidet unter den typischen Problemen eines postsozialistischen Staates, zu denen zum Beispiel eine ausgeprägte Korruption, ein zu großer Beamtenapparat und die Ineffizienz der (noch teilweise staatlichen) industriellen Betriebe gehören. Die Schattenwirtschaft macht in Mazedonien wohl bis zu 45% des BIP aus.

Die sehr hohe Arbeitslosigkeit stellt eines der wirtschaftlichen Hauptprobleme dar. Das Handelsbilanzdefizit ist hoch, die Einfuhren übertreffen die Ausfuhren um mehr als 70%. Ausgeglichen wird dieses Missverhältnis bislang noch durch Transferzahlungen der im Ausland lebenden Mazedonier.



Zum 1. Januar 2007 führte Mazedonien eine so genannte Flat Tax nach dem slowakischen Vorbild ein. Der Steuersatz betrug für natürliche Personen und Körperschaften einheitlich 12% und wurde 2008 auf 10% gesenkt.

Wichtige Exportprodukte sind Nahrungsmittel, Wein und Tabak sowie Eisen und Stahl. Die bedeutendsten Zielländer der Exporte sind Serbien (31,4%), Deutschland (19,9%), Griechenland (8,9%) und Kroatien (6,9%). Den größten Anteil am Import nach Mazedonien haben Griechenland (15,4%), Deutschland (13,1%), Serbien (10,4%), Slowenien (8,6%) und Bulgarien (8,1%).

Am 19.12.2009 wurde die Visumspflicht für Reisen in die EU nach mehr als über 10 Jahren abgeschafft, was den Bürgerinnen und Bürgern Mazedoniens wieder ein freies Reisen ermöglicht.

Seit 2006 ist Mazedonien zudem Mitglied im Mitteleuropäischen Freihandelsverbund (CEFTA – Central European Free Trade Agreement).

Taktik

Sie sind Vertreterin/Vertreter Ihres Landes. Denken Sie immer daran: Ihr Ziel ist der Beitritt Mazedoniens zur Europäischen Union! Sie müssen also Ihre Verhandlungspartner von der Beitrittsreife Mazedoniens überzeugen. Verweisen Sie auf die großen Erfolge der Regierungsarbeit und erläutern Sie die weiteren Reformpläne.

Mazedonien hat wichtige Schritte unternommen, um die politischen Kriterien für einen Beitritt zur EU zu erfüllen. Die Umsetzung des Rahmenabkommens von Ohrid trägt weiter zur Konsolidierung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit bei. Bei der Reform des Justizsystems wurden Fortschritte erzielt und bei der Korruptionsbekämpfung einige ermutigende Ergebnisse erreicht. Die Achtung der Menschenrechte und der Schutz von Minderheiten haben sich ebenso wie die interethnischen Beziehungen verbessert.

Durch die anhaltenden ethnischen Spannungen im Land verzögern sich jedoch die Reformen.

Sie wissen, dass der Dialog zwischen allen Parteien im Parlament in friedlicher und konstruktiver Weise geführt werden muss. Es muss dafür gesorgt werden, dass sämtliche politischen Akteure ihre in der Verfassung vorgesehene Funktion ausüben und zusammenarbeiten, um einen wirksamen Demokratieprozess zu gewährleisten. Auf diese Weise könnten weitere Fortschritte verwirklicht werden, beispielsweise in den Bereichen Polizei und Justiz, Konsolidierung der Rechtsstaatlichkeit sowie Schutz und Förderung der Rechte von Minderheiten. Die Korruption ist in Ihrem Land noch weit verbreitet und auf einem der höchsten Stände in ganz Europa.

Ein außenpolitischer Erfolg konnte mit Ihrem Nachbarn, der Republik Kosovo, erzielt werden. Ein Abkommen über die Festsetzung der gemeinsamen Grenze ermöglichte die offizielle Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten.

Mazedonien ist bei der Einführung einer funktionierenden Marktwirtschaft auf einem guten Stand und weiter vorangekommen. Das Land dürfte zumindest mittelfristig in der Lage sein, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten, sofern es sein umfassendes Reformprogramm entschlossen umsetzt, um die nach wie vor erheblichen strukturellen Schwachstellen zu beseitigen.

Die Arbeitslosigkeit ist allerdings noch ausgesprochen hoch, und das Funktionieren der Marktwirtschaft wird durch institutionelle Mängel beeinträchtigt. Selbst das Justizwesen stellt weiterhin einen Engpass dar. Der Grad der Rechtssicherheit ist weiterhin vergleichsweise gering. Die Arbeitsmärkte funktionieren nach wie vor nicht zufriedenstellend.

Mazedonien hat aber weitere Anstrengungen unternommen, um seine Fähigkeit zur Übernahme der aus der Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen zu verbessern. Allerdings muss das Land noch erhebliche Schwachstellen bei der Anwendung und wirksamen Durchsetzung der Rechtsvorschriften beseitigen. Es fehlt insbesondere an angemessenen personellen und finanziellen Ressourcen.



Durch einen breit angelegten Austausch von qualifiziertem Personal infolge politischer Veränderungen wurden die Bemühungen um die Stärkung der Verwaltungskapazitäten beeinträchtigt.

Mazedonien hat gute Aussichten, Mitglied der Europäischen Union zu werden. Um den bislang sehr positiven Weg weiter gehen zu können, benötigen Sie für Ihr Land, das so reich an Kultur und Geschichte ist, allerdings auch finanzielle Hilfe.

Sie können Mazedonien zu Recht als vorbildlich beim Schutz der Minderheiten bezeichnen. Obwohl es nicht immer einfach ist, gelingt ein friedliches Miteinander von unterschiedlichen Ethnien und Religionen. Ihre Vorbildfunktion in diesem Bereich wird allzu oft unterschätzt. Ihnen ist aber auch bewusst, dass die Auseinandersetzungen mit Griechenland überwunden werden müssen. Versuchen Sie, im Rat viele Staaten für Ihre Position zu begeistern.



Montenegro (Crna Gora)



HAUPTSTADT Podgorica (151.312 Einwohner)
STAATSFORM Republik
FLÄCHE 13.812 km²
EINWOHNER 624.000
EINWOHNER/KM² 45
BIP/EINWOHNER (2010) 5.050 Euro (Schätzung)
WACHSTUMSRATE (2011) 2,5% (Schätzung)
ARBEITSLOSENQUOTE (2011) 11,5% (Schätzung)
WÄHRUNG Euro (nicht Mitglied der Eurozone, siehe unten)
SPRACHEN Montenegrinisch (bzw. Serbisch), Albanisch, Ungarisch
RELIGIONEN 75% orthodoxe Christen, 15% Muslime, 3,5% Katholiken
ETHNISCHEN GRUPPEN 43% Montenegriner, 32% Serben, 15% Bosniaken, 7% Albaner, u.a.
STAATSCHEF Filip Vujanović
REGIERUNGSCHEF Igor Lukšić

*Der Neue Fischer Weltatmanach 2012 //
 Wirtschaftsdaten: Germany Trade & Invest – Wirtschaftsdaten kompakt – Montenegro*

Sie sind Delegierte/Delegierter Montenegros bei den Verhandlungen mit der EU. Sie streben den schnellstmöglichen EU-Beitritt Ihres Landes an. Auf nachfolgende Daten aus Geschichte, Politik und Wirtschaft Ihres Landes können Sie bei den Verhandlungen zurückgreifen. Natürlich dürfen Sie auch einige nicht so günstige Daten verschleiern oder beschönigen. Denken Sie immer daran, Ihr Ziel ist der rasche EU-Beitritt Ihres Landes!



Montenegro (montenegrinisch/serbisch Crna Gora, serb.-kyrillisch Црна Гора [ˈt͡sr̩na ˈɡɔra], albanisch Mali i Zi) liegt in Südosteuropa und ist seit dem 03. Juni 2006 wieder unabhängig. Seine Nachbarn sind Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Serbien, Kosovo und Albanien. Im Südwesten des Landes bildet das Adriatische Meer die natürliche Grenze.

Montenegro ist Mitglied der Vereinten Nationen, der OSZE und des Europarates. Zudem wird der Beitritt zur Europäischen Union und zur NATO angestrebt.

Montenegro im Überblick

Montenegro bedeutet wörtlich übersetzt „Schwarzer Berg“, während der Landesname Crna Gora mit „schwarzes Gebirge“, „schwarzes bewaldetes Gebirge“ oder „schwarzer Wald“ übersetzt werden kann. Die internationale Bezeichnung Montenegro stammt nicht aus dem Italienischen – der Name müsste sonst Montenero lauten –, sondern aus dem Venetischen. Im Österreich-Ungarn des 19. Jh. sagte man auch Schwarzenberg.

Der Balkanstaat ist mit etwa 600.000 Einwohnern und einer Fläche von 13.812 km² einer der kleineren Staaten Europas. Die Hauptstadt ist Podgorica.

Montenegro ist ein im europäischen Vergleich relativ dünn besiedeltes Gebirgsland im südöstlichen Teil des Dinarischen Gebirges. Es besitzt eine steil abfallende und durch Buchten (z.B. Bucht von Kotor) gegliederte Küste am Mittelmeer (Adria). Besonders in der kargen Karstregion in Westmontenegro (Orjen, Lovćen) befinden sich nur vereinzelte Dörfer. Hier bieten nur wenige Landstriche etwas landwirtschaftlich nutzbaren Boden (Grahovo, Cetinje). Im nördlichen Landesteil finden sich die höchsten Erhebungen Montenegros und des gesamten Dinarischen Gebirges. Hier liegen die zentralen Hochgebirgsmassive, der Prokletije mit dem höchsten Berg des Landes, dem Zla Kolata (2.534 m) sowie das Durmitor-Massiv.



Die Einwohner Montenegros bezeichnen sich zu 43% als Montenegriner, zu 32% als Serben, zu etwa 15% als Bosniaken, zu 7% als Albaner und zu 3% als slawische Muslime. Die Frage, ob die Montenegriner ein eigenes Volk oder ein Teil des serbischen Volkes sind, ist in der Bevölkerung selbst umstritten; insbesondere konservative Serben halten einen großen Teil der Montenegriner für einen Bestandteil des serbischen Volkes.

Auch bei der größten Minderheit, den vor allem im Norden des Landes (dem montenegrinischen Teil der Raschka beziehungsweise des Sandschak) lebenden Bosniaken und slawischen Muslimen, gibt es unterschiedliche Präferenzen hinsichtlich der Bezeichnung ihrer Nationalität.

Eine weitere Minderheit bilden die Albaner, die vor allem in den Gebieten längs der Grenzen zu Albanien und dem Kosovo leben. In der Gemeinde Ulcinj (alb. Ulqin) stellen sie mit 72% die Bevölkerungsmehrheit (Volkszählung 2003).

In der Volkszählung von 2003 gaben 63,49% der Bevölkerung Serbisch und 21,96% Montenegrinisch als ihre Muttersprache an. Die Amtssprachen Montenegros sind laut der Verfassung vom 19. Oktober 2007 Montenegrinisch, Serbisch, Bosnisch, Albanisch und Kroatisch. Artikel 11 des am 11. Mai 2006 verabschiedeten Minderheitengesetzes erlaubt dagegen die Verwendung von Minderheitensprachen als Amtssprachen nur in Gemeinden, in denen die betreffende Minderheit die Bevölkerungsmehrheit oder einen bedeutenden Teil der Bevölkerung stellt, was den montenegrinischen Behörden einen gewissen Spielraum bietet. Sowohl das

lateinische als auch das kyrillische Alphabet sind im Gebrauch.

Bis zu 75% der Einwohner Montenegros gehören der serbisch-orthodoxen Kirche mit dem Metropoliten Amfilohije (Radović) als Oberhaupt an. Daneben existiert noch die 1993 gegründete, von der Orthodoxen Kirche nicht anerkannte Kirche Montenegros. Neben den orthodoxen Gläubigen gibt es eine rund 15% der Bevölkerung umfassende muslimische Minderheit und vor allem in den Küstenstädten einige tausend Katholiken, vorwiegend Kroaten und Albaner. Die Angehörigen verschiedener protestantischer Gemeinschaften zählen jeweils weniger als 1.000 Mitglieder.



Das Problem der organisierten Kriminalität

Montenegro gilt seit den 1990er Jahren u.a. als Zentrum des internationalen Zigaretenschmuggels. Die Opposition sieht in den Verwicklungen des Ministerpräsidenten Đukanović in den Schmuggel einen Grund für dessen Unterstützung der Kampagne zur Unabhängigkeit Montenegros von Jugoslawien, um so die Ermittlungen zu erschweren. Milo Đukanović stellte sich deshalb nach seinem erneuten Amtsantritt als Premier Montenegros im Februar 2008 freiwillig den ermittelnden Beamten in Bari in Italien. Eine Einigung mit dem Gericht in Bari, die der freiwilligen Beantwortung der Fragen durch Đukanović vorausgegangen war, verhinderte die Veröffentlichung des Inhalts der Befragung.

Heute nimmt der Schmuggel von Drogen, Zigaretten, Waffen, Menschen und gestohlenen Fahrzeugen wieder zu. Zudem geschehen immer mehr Auftragsmorde durch die organisierte Kriminalität. Ein Beispiel hierfür ist der unaufgeklärte Mord an Duško Jovanović, dem Chefredakteur der regierungskritischen Zeitung Dan, der in der Nacht vom 24. auf den 25. Mai 2004 erschossen wurde. Die Verhandlung gegen den Hauptverdächtigen wurde Ende 2006 aus Mangel an Beweisen ausgesetzt.

Die wirtschaftliche Situation Montenegros

Zu den wichtigsten Bodenschätzen Montenegros zählen Bauxit, Eisenerz und Braunkohle, in der Industrie gehören die Tabak-, Aluminium- und Salzverarbeitung zu den bedeutenden Produktionszweigen. In der Agrarwirtschaft werden vor allem Gemüse, Getreide, Kartoffeln, Tabak, Wein, Zitrusfrüchte, Oliven und Feigen angebaut. Außerdem spielt in Montenegro der Tourismus eine entscheidende Rolle. 15% des Bruttoinlandsproduktes werden durch ihn erwirtschaftet, Montenegro ist laut World Travel & Tourism Council (WTTC) seit Jahren unter den wachstumsstärksten drei Reiseländern weltweit.



Im Jahr 1999 wurde als Währung die Deutsche Mark eingeführt. Aufgrund der Umstellung der Deutschen Mark auf den Euro ist dieser seit 2002 auch Landeswährung Montenegros. Da das Land nicht an der Europäischen Wahrungunion teilnimmt, hat es nicht das Recht, eigene Euromünzen zu prägen.

Ende 2005 wurden erstmals seit 1913 wieder eigene Briefmarken herausgegeben.

Am 19.12.2009 wurde die Visumpflicht für Reisen in die EU nach über 10 Jahren abgeschafft. Dadurch ist für die Bürgerinnen und Bürger Montenegros wieder ein freies Reisen möglich.

Seit 2007 ist Montenegro zudem Mitglied in der Mitteleuropäischen Freihandelszone CEFTA (Central European Free Trade Agreement).

Taktik

Sie sind Vertreterin/Vertreter Ihres Landes. Denken Sie immer daran: Ihr Ziel ist der Beitritt Montenegros zur Europäischen Union! Sie müssen also Ihre Verhandlungspartner von der Beitrittsreife Montenegros überzeugen. Verweisen Sie auf die großen Erfolge der Regierungsarbeit und erläutern Sie die weiteren Reformpläne.

Montenegro hat nach der Erlangung der Unabhängigkeit gute Fortschritte bei der Schaffung der erforderlichen rechtlichen Rahmenbedingungen und Institutionen gemacht. Unlängst nahm das Parlament eine Verfassung an, die im Wesentlichen mit den europäischen Standards übereinstimmt. Das Land ist bei der Verwaltungs- und Rechtsreform weiter vorangekommen. Die wichtigsten politischen Parteien stimmten einer Erklärung über die grundlegenden Verfassungsgrundsätze des Rechtsstaats zu und verpflichteten sich, diese Grundsätze in die Verfassung aufzunehmen.

Dies ermöglichte den Beitritt des Landes zum Europarat. Es gab Fortschritte bei der Schaffung des erforderlichen Rahmens für die Achtung der Menschenrechte und den Schutz von Minderheiten. Montenegro engagiert sich außerdem für die regionale Zusammenarbeit in Südosteuropa.

Andererseits läuft die Reform der Justiz gerade erst an, die Korruption ist noch weit verbreitet, und die öffentliche Verwaltung ist viel zu schwach aufgestellt.

Montenegro hat weitere Fortschritte bei der Einführung einer funktionierenden Marktwirtschaft erzielt, auch wenn sich das Tempo verlangsamt hat. Weitere umfassende Reformen sind erforderlich, um das Land in die Lage zu versetzen, langfristig dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten. Die makroökonomische Stabilität hat sich erhöhet. Das rasche



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Wirtschaftswachstum hat zur Schaffung von Arbeitsplätzen beigetragen, während die Inflation gedämpft blieb. Umfangreiche ausländische Direktinvestitionen haben die Wirtschaftstätigkeit zusätzlich angekurbelt. Durch eine umsichtige Finanzpolitik kam es erneut zu einem Haushaltsüberschuss. Die Öffnung des Handels und die Angleichung an die WTO-Regeln brachten die wirtschaftliche Integration in die EU weiter voran.

Das Land hat bei der Anpassung an die europäischen Standards und beim Ausbau seiner Verwaltungskapazitäten deutliche Fortschritte erzielt, so dass am 15. Oktober 2007 das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) mit der EU unterzeichnet werden konnte.

In Bereichen wie Zoll und Steuern, Wettbewerb, öffentliches Beschaffungswesen, freier Kapitalverkehr und Landwirtschaft sind gute Fortschritte zu verzeichnen. Allerdings blieben die Fortschritte in den Bereichen Sozial- und Beschäftigungspolitik, Energie, Umwelt sowie Recht, Freiheit und Sicherheit begrenzt. Montenegro muss seine rechtlichen, politischen und administrativen Kapazitäten weiter verbessern, damit das SAA erfolgreich umgesetzt werden kann.

Serbien (Srbija)



HAUPTSTADT Belgrad (1,280 Mio. Einwohner)
STAATSFORM Republik
FLÄCHE 77.474 km²
EINWOHNER 7,28 Millionen
EINWOHNER/KM² 95
BIP/EINWOHNER (2011) 4.543 Euro
WACHSTUMSRATE (2011) 1,6%
ARBEITSLOSENQUOTE (2011) 22,9%
WÄHRUNG Dinar
SPRACHEN Serbisch, Albanisch und Ungarisch
RELIGIONEN 85% Serbisch-orthodox, 6% Katholiken, 3% Muslime
ETHNISCHEN GRUPPEN 82,7% Serben, 3,9% Ungarn, 1,8% Bosniaken und 1,4% Roma
STAATSCHEF Tomislav Nikolić
REGIERUNGSCHEF Iвица Dačić
WEITERE INFORMATIONEN www.konzulati-rs.de

Der Neue Fischer Weltatmanach 2012 // Wirtschaftsdaten: Deutsche Außenhandelskammer – Standort Serbien

Sie sind Delegierte/Delegierter Serbiens bei den Verhandlungen mit der EU. Sie streben den schnellstmöglichen EU-Beitritt Ihres Landes an. Auf nachfolgende Daten aus Geschichte, Politik und Wirtschaft Ihres Landes können Sie bei den Verhandlungen zurückgreifen. Natürlich dürfen Sie auch einige nicht so günstige Daten verschleiern oder beschönigen. Denken Sie immer daran, Ihr Ziel ist der rasche EU-Beitritt Ihres Landes!



Serbiens jüngere Geschichte ist geprägt durch seine Rolle als größter Teilstaat Jugoslawiens.

Die Regierung strebt einen Beitritt zur Europäischen Union und zur NATO an. Serbiens Wirtschaft als eine der am schnellsten wachsenden in der Region, das Wirtschaftswachstum lag in den vergangenen Jahren oft über 5 % und die ausländischen Direktinvestitionen sind, besonders im Vergleich zu anderen Balkanländern, sehr hoch (2011: 1,8 Mrd. Euro).

Serbien im Überblick

Die Zusammensetzung der Bevölkerung ist in den verschiedenen Landesteilen sehr unterschiedlich. In Zentralserbien leben zum größten Teil Serben, daneben außerdem Rumänen (Walachen) im Osten und Nordosten, Bulgaren im Südosten und verstreut Roma. In der Region von Stari Ras lebt auch eine größere Minderheit von Bosniaken, im Preševo-Tal im südlichsten Zipfel des engeren Serbien eine albanische Minderheit.

Die Vojvodina (Banat, Batschka und Syrmien) ist schon seit Jahrhunderten durch ein buntes Völkergemisch geprägt, das vor allem aus Serben (65,05%), aber auch aus Ungarn (14,28%), Slowaken (2,79%), Kroaten (2,78%), Rumänen (1,5%) Roma (1,43%) und früher etwa 200.000 bis 350.000 Deutschen, die nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Begründung des Landesverrates vertrieben wurden, besteht.

Politik und Verwaltung

Serbien ist eine parlamentarische Demokratie mit einem Einkammerparlament, der Narodna Skupština (wörtlich übersetzt: Volksversammlung), mit 250 Abgeordneten. Dies hat die Legislative inne. Die Exekutive wird von einem Ministerpräsidenten (serb. Predsednik Vlade, kurz Premier) und einem Ministerrat, der vom Staatspräsidenten ernannt wird und mit dieser gewisse Kompetenzen (Landesverteidigung, Außenpolitik) teilt, aber dem Parlament verantwortlich ist, geführt. Der Präsident wird alle vier Jahre vom Volk direkt gewählt. Eine Wiederwahl ist möglich. In der Vojvodina gibt es zudem ein Regionalparlament. Die Bezirksregierungen der serbischen Okruzi werden dagegen von der Zentralregierung ernannt.



Die wichtigsten Parteien in Serbien sind die Demokratische Partei (DS, linksliberal) und die Serbische Radikale Partei (SRS / CPC offensiv nationalistisch). Daneben existieren mehrere kleinere Parteien.

Serbien und Kosovo

Nach der Unabhängigkeitserklärung Kosovos im Februar 2008 traten innerhalb der Regierung erhebliche Meinungsverschiedenheiten über den weiteren Weg der Annäherung an die Europäische Union zutage. Während die DSS zusammen mit den Oppositionsparteien SRS und SPS einen Parlamentsbeschluss fasste, der faktisch den Abbruch der Beziehungen zur EU und denjenigen EU-Staaten, die den Kosovo anerkannt hatten, forderte, bestanden die übrigen Regierungsparteien auf weiteren Verhandlungen über den Abschluss des bereits in wesentlichen Punkten vereinbarten Stabilisierungs- und Assoziationsabkommens (SAA) mit der EU.

Die Vojvodina im Norden und Kosovo im Süden bildeten nach der Verfassung aus dem Jahr 2006 zwei autonome Provinzen Serbiens. Kosovo steht seit 1999 und dem Ende des Kosovokrieges unter UN-Verwaltung. Das Parlament in Pristina erklärte im Februar 2008 die Unabhängigkeit der Republik Kosovo. Die serbische Regierung und andere Staaten sahen in diesem Vorgehen einen Verstoß gegen die UN-Resolution 1244 und den Grundsatz der territorialen Integrität. Am 8. Oktober 2008 stimmte die UN-Generalversammlung einem Antrag Serbiens zu, die völkerrechtliche Gültigkeit der Unabhängigkeitserklärung durch den Internationalen Gerichtshof prüfen zu lassen. Genau einen Tag später erkannten die ehemaligen Jugoslawischen Republiken Montenegro und Mazedonien Kosovo als unabhängigen Staat an, was für Serbien erneut eine schwere internationale Niederlage bedeutete.

Der Internationale Gerichtshof erklärte im Juli 2010 den Prozess der Unabhängigkeit Kosovos für rechtmäßig. Serbien betrachtet dieses Urteil als für sich nicht bindend.

Deutschland macht in seiner Außenpolitik sehr deutlich, dass es sich für Serbien durchaus einen Weg in die EU vorstellen kann. Dieser ist allerdings nur parallel zu einem Beitritt Kosovos als unabhängigem Staat möglich.



Die jüngste Geschichte Serbiens

Ab 1991 begann der Zerfall Jugoslawiens, alle Teilrepubliken bis auf Serbien und Montenegro erklärten nach und nach ihre Unabhängigkeit. Daraufhin gründeten Serbien und Montenegro am 27. April 1992 die Bundesrepublik Jugoslawien. Diese war zwar nicht als alleiniger Rechtsnachfolger der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien anerkannt, konnte aber Jugoslawiens Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen fortführen.

Mit der Loslösung Sloweniens, Kroatiens und Bosnien und Herzegowinas brachen die Jugoslawienkriege aus. Zunächst intervenierte die Jugoslawische Volksarmee, die von Belgrad aus kommandiert wurde. Sie musste jedoch nach der internationalen Anerkennung Sloweniens, Kroatiens und Bosniens diese nun nicht mehr jugoslawischen Territorien verlassen. Serbien unterstützte die serbischen Paramilitärs in den Kriegsgebieten Kroatiens und Bosniens militärisch und finanziell, un-

terbrach diese Unterstützung jedoch, als die UNO ein Handelsembargo gegen die Bundesrepublik Jugoslawien beschloss. Auslöser der Sanktionen war, dass gegen die bosnischen Muslime gerichtete ethnische Säuberungen bekannt geworden waren.

Mit Unterstützung Serbiens war es den kroatischen und bosnischen Serben gelungen, große Gebietsgewinne zu erringen. Die meisten dieser Gebiete gingen jedoch im Verlauf des Krieges wieder verloren. Im Zuge der kroatischen Militäroperation Oluja im August 1995 wurden etwa 200.000 kroatische Serben, darunter die geschlagene Armee der Republik Serbische Krajina, vertrieben. Als die kroatische Armee und die bosnischen Streitkräfte in Bosnien weiter vorrückten, flohen auch viele bosnische Serben in die Bundesrepublik Jugoslawien oder zogen in Drittländer, in denen sie teilweise bis heute leben.

Nach dem Abkommen von Dayton, das den Bürgerkrieg in Bosnien und Herzegowina beendete, und dem Ende der Krajina blieb nach 1995 der Status der mehrheitlich von Albanern besiedelten Provinz Kosovo die letzte politisch brisante Frage in den Zerfallskriegen Jugoslawiens. Ihre Unabhängigkeit von Serbien war die zentrale politische Forderung der albanischen Führung. Amnesty international machte in seinem Jahresbericht 1996 auf die prekäre Menschenrechtssituation in Kosovo aufmerksam. Die zunehmend gewalttätiger werdenden Unruhen dort versuchte Serbien mit polizeilichen und schließlich auch militärischen Mitteln zu beenden.

Die mit terroristischen Mitteln operierende UÇK („Befreiungsarmee des Kosovo“) begann 1996 mit verstärkten Angriffen auf serbische Sicherheitskräfte. Zudem kam es zu Gewaltaktionen gegen die serbische Zivilbevölkerung in den Städten. Durch eine Aufrüstung aus Waffenbeständen der Armee Albanien,



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

wo nach dem Lotterieaufstand die öffentliche Ordnung völlig zusammenbrach und ganze Munitions-Bestände geplündert wurden, konnte die UÇK den Konfrontationskurs gegen serbische Sicherheitskräfte gestärkt fortsetzen. Die Partei Ibrahim Rugovas wehrte sich jedoch energisch gegen den Terror.

Nach den serbischen Präsidentschaftswahlen von 1997, die von den Kosovo-Albanern fast geschlossen boykottiert wurden, eskalierte die Situation weiter. Als Reaktion auf die immer häufiger stattfindenden Angriffe der UÇK, die im Verlauf des Jahres 1998 die Kontrolle in der Region Drenica an sich reißen konnte, begannen serbische Sicherheitskräfte eine koordinierte polizeiliche Gegenoffensive, die von Einheiten der Armee unterstützt wurde und mit der Zerschlagung des Kerns der UÇK-Einheiten in der Region Drenica endete.

Da es während dieser Kämpfe zu schweren Menschenrechtsverletzungen gekommen war, sahen sich die westlichen Staaten unter der Führung der USA gezwungen zu handeln. Die USA gaben der serbischen Führung die alleinige Schuld an der Eskalation und machten Milošević persönlich für die Situation verantwortlich. Eine Ablösung des als persona non grata geltenden Milošević und seines unhaltbar autoritären Regimes galt von nun an als Vorbedingung für einen dauerhaften Frieden. Durch die offene Drohung mit militärischem Eingreifen des NATO-Bündnisses gegen Serbien erzwang die USA eine Kontrolle des Waffenstillstandes durch die KVM und eine Luftüberwachung durch die USA. Diese Maßnahmen sollten den Konflikt entschärfen, wurden von den USA aber aufgrund der Kontrolle durch die UNO als unbefriedigend empfunden.

Nach dem erneuten Aufflammen der Gefechte im Frühjahr 1999 unternahm die NATO unter der Führung der USA im französischen Rambouillet den Versuch, Serbien einen Vertrag aufzuzwingen, der durch einen geheimen militärischen Anhang die Besetzung der Bundesrepublik Jugoslawien durch NATO Truppen beinhaltete, für die serbische Regierung aber schlicht unannehmbar war. Die Ablehnung des Ultimatums für die Besetzung Jugoslawiens interpretierte die NATO als Casus Belli. Ab dem 24. März 1999 bombardierten Flugzeuge des westlichen Militärbündnisses 78 Tage lang die gesamte Bundesrepublik Jugoslawien.

Dieser Luftkrieg, der ohne UNO-Mandat erfolgte und als humanitärer Krieg bezeichnet wurde, hatte die gewaltsame Besetzung eines Teils von Serbien zum Ziel. Die dabei vollzogene Aufhebung der territorialen Souveränität eines Landes sowie das militärische Eingreifen des westlichen Militärbündnisses



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

ohne UNO-Mandat stellen nach Ansicht einiger Völkerrechtler eine völkerrechtswidrige Handlung dar. Andere Experten betrachten dieses Vorgehen jedoch als durch das Nothilferecht legitimiert.

Die Situation der Kosovo-Albaner verschärfte sich allerdings weiter, da die serbischen Streitkräfte sich nicht wie erwartet sofort aus dem Gebiet zurückzogen. Unter dem Druck der Bombardierungen stimmte die jugoslawische Regierung am 10. Juni 1999 der UN-Resolution 1244 zu und unterzeichnete das Abkommen von Kumanovo.

Die Ära nach Milošević

Bei den Präsidentschaftswahlen am 24. September 2000 wurde Vojislav Koštunica zum serbischen Präsidenten gewählt, womit das Ende der Ära Milošević eingeleitet wurde. Milošević hatte sich zunächst zum Wahlsieger erklärt, musste aber nach mehrtägigen Streiks, Demonstrationen der Demokratischen Opposition Serbiens und der Besetzung des Parlaments am 5. Oktober schließlich nachgeben. Bei den Parlamentswahlen im Dezember 2000 errang die DOS einen überwältigenden Sieg. Im Januar 2001 wurde Zoran Dindić zum neuen Ministerpräsidenten gewählt. Dies führte u.a. dazu, dass Slobodan Milošević am 29. Juni 2001 an den Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) in Den Haag ausgeliefert wurde. Am 12. März 2003 wurde Dindić auf offener Straße von Attentätern aus den Reihen der ehemaligen „Roten Barette“ ermordet.

Mit der Annahme einer neuen Verfassung im Jahr 2003 wurde die 1992 gegründete Bundesrepublik Jugoslawien in einen losen Staatenbund umgewandelt und änderte ihren Namen in Serbien und Montenegro.

Mitte März 2004 verübten ethnische Albaner schwere Pogrome gegen die im Kosovo lebende serbische Minderheit. Dabei wurden über 4.000 Menschen vertrieben und 19 getötet, 1.000 Häuser in Brand gesteckt und 27 serbisch-orthodoxe Kirchen und Klöster zerstört.

Am 30. März 2004 wurde ein kontrovers diskutiertes Gesetz erlassen, das die Republik Serbien dazu verpflichtet, Angeklagten vor dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag alle Spesen zu ersetzen. Drei Tage später wurde allerdings ein weiterer Erlass veröffentlicht, wonach sich dieses Gesetz nicht auf die Familie von Slobodan Milošević erstreckt.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Am 27. Juni 2004 wurde ein neuer Präsident gewählt, nachdem mehrere vorangegangene Versuche an einer zu geringen Wahlbeteiligung gescheitert waren. Nach Abschaffung einer Bestimmung, nach der die Wahlbeteiligung bei über 50% liegen musste, gewann der liberale und Europa zugewandte Reformler Boris Tadić von der DS die Präsidentschaftswahl gegen Tomislav Nikolić von der Nationalistischen Radikalen Partei mit 53,24% der Stimmen.

Am 17. August 2004 hat die serbische Nationalversammlung einstimmig das frühere königliche Wappen, das einen doppelköpfigen silbernen Adler, ein silbernes Kreuz und eine Krone zeigt, und die Hymne Bože Pravde des 19. Jahrhunderts als zu verwendende nationale Symbole vorgeschlagen, jedoch nur provisorisch, bis eine endgültige Lösung bestimmt wird. Die Hymne und das Wappen aus Zeiten der serbischen Monarchie sollen die letzten kommunistischen Symbole ersetzen.

Serbien auf dem Weg in Richtung EU

Die am 8. November 2005 begonnenen Stabilisierungs- und Assoziierungsgespräche zwischen der EU und dem damals noch bestehenden Staatenbund Serbien und Montenegro wurden im Frühjahr 2006 von Seiten der EU unterbrochen, da die Regierung in Belgrad keine ausreichenden Schritte zur Ergreifung der als Kriegsverbrecher gesuchten Radovan Karadžić und Ratko Mladić unternahm. Nach einer verbesserten Kooperation Serbiens mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) wurden die Gespräche fortgesetzt und mündeten am 7. November 2007 in die Paraphierung eines Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens. Unterzeichnet werden soll das Abkommen aber erst nach der Überstellung von Karadžić und Mladić an das ICTY.

Serbien grenzt an acht weitere Staaten und hat dadurch so viele Nachbarn wie kein anderer Staat in dieser Region, was das Land in eine geostrategisch wichtige Position bringt. Dieser Standortvorteil führt dazu, dass besonders ausländische Firmen ihre Präsenz immer stärker ausbauen, wie zuletzt der russische Energiegigant Gazprom oder der Automobilhersteller Fiat. Serbien ist Mitglied der Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation und der CEFTA.

Die wirtschaftliche Situation Serbiens

Ein großer Teil der seit Jahrzehnten nach Serbien fließenden Devisen stammt von den im Ausland lebenden Serben. Dabei handelt es sich u.a. um Einnahmen aus der Tourismusbranche, um Klein-, vereinzelt Großinvestitionen in verschiedene Projekte im eigenen Land oder um Unterstützung für die Familien. Sie umfassen ca. 3,5 Mrd. Dollar jährlich.



Serbien gehört zu den Ländern, die eine Einheitssteuer (flat tax) haben.

Etwa 40% der gesamten Fläche Serbiens sind agrarisch nutzbar. Die Landwirtschaft macht ca. 16,6% des serbischen Bruttoinlandsprodukts aus. Gemäß der Statistik aus dem Jahr 2002 arbeiteten zu diesem Zeitpunkt rund 30% der Gesamtbevölkerung in der Landwirtschaft.

Der industrielle Sektor des Landes befindet sich seit einigen Jahren in stetigem Wachstum. Die meisten Firmen in Serbien waren staatliche Unternehmen, die seit 2002 nach und nach privatisiert werden, um so den Standort Serbien für Investitionen attraktiver zu machen.

Energie wird in Serbien hauptsächlich durch Kohle- und Wasserkraftwerke erzeugt. Durch die Unterzeichnung des Abkommens über den Bau der South Stream Gaspipeline, die etwa 400 km durch Serbien verlaufen soll, im Januar 2008 in Moskau entsteht in Serbien in nächster Zukunft einer der wichtigsten Transitknoten für Gas in Südosteuropa. Es ist eines der mit Abstand größten Wirtschaftsjahrprojekte in Serbien seit dem Bau der Eisenbahn im 19. Jahrhundert.

Dominiert wird die Wirtschaft Serbiens seit 2001 durch den Dienstleistungssektor, der weit über die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts ausmacht (57,9% der serbischen Wirtschaftsleistung im Jahr 2007). Dies ist der Teil der serbischen Wirtschaft, der sich am schnellsten entwickelt.

In Serbien gibt es 18 Tageszeitungen, von denen Politika, Blic und Veernje novosti die höchsten Auflagen erreichen. Der Radiosender Internationales Radio Serbien sendet ein Programm in 12 Sprachen, darunter auch in Deutsch, und kann auf Kurzwelle, via Satellit und im Internet als Podcast gehört werden.

Am 19.12.2009 wurde die Visumpflicht für Reisen in die EU nach mehr als über zehn Jahren abgeschafft, wodurch für die Bürgerinnen und Bürger Serbiens wieder ein freies Reisen möglich ist.



Taktik

Sie sind Vertreterin/Vertreter Ihres Landes. Denken Sie immer daran: Ihr Ziel ist der Beitritt Serbiens zur Europäischen Union! Sie müssen also Ihre Verhandlungspartner von der Beitrittsreife Serbiens überzeugen. Verweisen Sie auf die großen Erfolge der Regierungsarbeit und erläutern Sie die weiteren Reformpläne.

Serbien hat gewisse Fortschritte bei der Erfüllung der politischen Kriterien gemacht. Die neue Verfassung trat im November 2006 in Kraft. Ein Verfassungsgesetz wurde ebenfalls angenommen. Im Januar 2007 fanden erstmals Parlamentswahlen statt, die den internationalen Standards entsprachen. Allerdings traten in der Zeit bis zur Bildung einer neuen Regierung im Mai 2007 scharfe politische Gegensätze zutage. Dadurch verlangsamte sich das Reformtempo. Die neue Regierung hat sich aber bemüht, den Reformprozess wieder anzukurbeln. Die zivile Kontrolle über das

Militär wurde verbessert. Serbien hat einen positiven Beitrag zur regionalen Zusammenarbeit geleistet.

Zudem hat Serbien an den Beratungen über den künftigen Status des Kosovo unter der Federführung des Sondergesandten des UN-Generalsekretärs für den Kosovo teilgenommen und tut dies weiterhin unter der Leitung der internationalen Troika.

Trotzdem gibt es Verzögerungen bei der Reform der Justiz, und es wird noch ein neuer Rechtsrahmen benötigt. Zudem ist die Korruption in Serbien immer noch sehr weit verbreitet.

Auch die Menschenrechte, insbesondere von Frauen, Kindern und Roma (Minderheiten insgesamt), müssen stärker geachtet werden, denn es bestehen nach wie vor ethnische Spannungen.

Serbien muss endlich uneingeschränkt mit dem ICTY zusammenarbeiten. Alle noch auf freiem Fuß befindlichen Angeklagten müssen festgenommen und an den Haager Strafgerichtshof überstellt werden, damit die Verhandlungen über das SAA formal abgeschlossen werden können.

Serbien hat spürbare Fortschritte bei der Schaffung einer funktionierenden Marktwirtschaft erzielt. Weitere Reformanstrengungen sind jedoch erforderlich, damit das Land mittelfristig dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standhalten kann.

Die wesentlichen Elemente der Wirtschaftspolitik wurden beibehalten. Die Wirtschaft expandiert weiterhin stark. Nach wie vor fließen erhebliche Kapitalströme ins Land. Die Inflation geht zurück, der Haushaltsüberschuss bleibt erhalten, und auf der



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Ausgabenseite werden die Mittel für Investitionen genutzt. Der Außenhandel und die Investitionstätigkeit nehmen weiter zu, die wirtschaftliche Integration in die EU kommt voran.

Trotzdem ist die Arbeitslosigkeit immer noch sehr hoch. Auch die Privatisierung muss weiter vorangetrieben werden, denn dem Privatsektor fehlt es noch an Wettbewerbsfähigkeit und Dynamik. Die Verhandlungen über das Stabilitäts- und Assoziierungsabkommen SAA haben gezeigt, dass Serbien über die erforderlichen Verwaltungskapazitäten verfügt, um einem EU-Beitritt näher zu kommen. Die Voraussetzungen für die Umsetzung eines SAA durch Serbien sind gut.

In Bereichen wie dem freien Warenverkehr, Zoll und Steuern, Industrie und KMU, Landwirtschaft und Visaerteilung ist Serbien gut vorangekommen. Gleichzeitig hat das Land weitere Anstrengungen unternommen, um seine Fähigkeiten zur Übernahme der aus der Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen zu verbessern. Allerdings müssen noch erhebliche Schwachstellen bei der Anwendung und wirksamen Durchsetzung der Rechtsvorschriften beseitigt werden. Dabei fehlt es insbesondere an angemessenen personellen und finanziellen Ressourcen. Betonen Sie Ihre Bereitschaft, mit dem Haager Kriegsverbrecher-Tribunal zu kooperieren, zeigen Sie aber auch Ihre Abneigung gegen Pauschalurteilungen. Signalisieren Sie Ihre Bereitschaft, die Streitigkeiten einvernehmlich zu lösen.

Türkei (Türkiye)



HAUPTSTADT Ankara (4,232 Mio. Einwohner)
STAATSFORM Republik, parlamentarische Demokratie
FLÄCHE 779.452 km²
EINWOHNER 74,816 Millionen
EINWOHNER/KM² 96
BIP/EINWOHNER (2011) 13.400 Euro
WACHSTUMSRATE (2011) 8,5% (Prognose)
ARBEITSLOSENQUOTE 8,2%
WÄHRUNG Türkische Lira
SPRACHEN Türkisch, kurdische Dialekte
RELIGIONEN ca. 99% Muslime (davon 70% Sunniten, 15-25% Aleviten) Minderheiten von Christen und Juden
ETHNISCHE GRUPPEN 70-80% Türken, 15-20% Kurden (geschätzt), 2% Araber
STAATSCHEF Abdullah Gül
REGIERUNGSCHEF Recep Tayyip Erdogan
WEITERE INFORMATIONEN www.berlin.be.mfa.gov.tr

Der Neue Fischer Weltatmanach 2012 // Wirtschaftsdaten: Eurostat (epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home)

Sie sind die Vertreterin/der Vertreter der Türkei. Ihr Land hat bereits 1987 einen Antrag auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union gestellt. Aufgrund dieser langen Zeitspanne fordern Sie eine baldige Aufnahme in die Union. Auf folgende Daten aus Geschichte, Politik und Wirtschaft Ihres Landes können Sie bei den Verhandlungen zurückgreifen. Sie dürfen natürlich auch einige nicht so günstige Daten verschleiern oder beschönigen. Denken Sie immer daran, Ihr Ziel ist der EU-Beitritt Ihres Landes.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Geschichte

Die Geschichte der Türkei als republikanischer Staat begann im Jahr 1923. In einer Serie von kulturevolutionären Gewaltaktionen versuchte Mustafa Kemal „Atatürk“ einen modernen Staat nach westlichem Vorbild zu schaffen. Das Konzept des „Kemalismus“ umfasst sechs Prinzipien, die 1934 in das Programm der von Atatürk gegründeten Staatspartei, der „Republikanischen Volkspartei“ (CHP) aufgenommen wurden. Sie lauten: Nationalismus (Errichtung eines türkischen Nationalstaates), Säkularismus (Laizismus, d.h. Trennung von Staat und Religion und somit Abkehr von der islamischen Reichsidee), Republikanismus (Wahl der republikanischen Regierungsform unter endgültiger Absage an die Wiedereinführung einer Sultans- oder Kalifatsherrschaft), Populismus (Gleichheit der Bürger ohne Ansehen von Volkszugehörigkeit, Sprache und Glauben, zugleich sollte der „Wille des Volkes“ als konstitutives Element des türkischen Staates anerkannt werden),

Etatismus (bestimmende Rolle des Staates in der Wirtschaft) und Reformismus (Postulat einer permanenten dynamischen Umformung von Staat und Gesellschaft).

Seit den Reformen Atatürks hat die Türkei einen Neuorientierungsprozess vollzogen, der so umfassend, radikal und – trotz Rückschläge – nachhaltig ist, wie kein anderer in einem islamischen Land. Das Bestreben, sich in das westliche Europa zu integrieren, führt bis heute zu Demokratisierungsmaßnahmen, die sich zuletzt im August 2002 in umfassenden Verfassungsänderungen niederschlugen.

Neuere politische Entwicklungen

Am 03. November 2002 wurden in der Türkei vorgezogene allgemeine Wahlen abgehalten. Die neue regierende Partei, die AKP („Partei der Gerechtigkeit und Entwicklung“), eine Mitte-Rechts-Partei, brachte ihr Bekenntnis zu Reformen sehr deutlich zum Ausdruck und setzte sich zum Ziel, die politischen Kriterien von Kopenhagen zu erfüllen, um den Weg für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU zu ebnen. Die Oppositionspartei, die mitte-links-orientierte Republikanische Volkspartei, unterstützt das Bekenntnis der Regierung zum Beitrittsprozess der Türkei. Dennoch bleibt die Frage offen, inwieweit die Einstellungen einer westlich geprägten Elite Rückhalt in einer Gesellschaft finden, die in ihrer Mehrheit stark in islamischen Traditionen verwurzelt ist und daraus Sicherheit, Orientierung und Identität gewinnt. Diese Problematik wurde bereits bei den Parlamentswahlen 2002 deutlich, die freiheitlich-demokratischen Grund-



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

sätzen verpflichtet waren, bei denen die Stimmberechtigten jedoch mehrheitlich für eine islamistische Partei votierten.

Die Entscheidung über einen EU-Beitritt, die derzeit unter den Mitgliedstaaten äußerst kontrovers diskutiert wird, wird in jedem Fall von der weiteren Entwicklung des Landes abhängig sein. Deutschland, mit traditionell guten Beziehungen zur Türkei, verfolgt dabei ein besonderes Interesse, denn die türkischstämmigen Zugewanderten stellen in Deutschland mit 2,4 Millionen Menschen eine große ethnische Minderheit.

Für die Türkei stellte bereits das neue Zivilgesetzbuch, das am 1. Januar 2002 in Kraft trat, einen Wendepunkt in den Bemühungen um eine Angleichung an die EU-Standards dar, da es bedeutende Änderungen auf den Gebieten der Geschlechtergleichberechtigung, des Schutzes des Kindes und der Schwachen sowie der Vereinigungsfreiheit enthielt.

Insgesamt hat die türkische Regierung zwischen dem 19. Februar 2002 und dem 7. August 2003 sieben „Harmonisierungspakete“ verabschiedet. Bereits 2001 wurden 34 Artikel der türkischen Verfassung an den europäischen Rechtsbestand angeglichen. Die Verfassungsänderungen vom 3. Oktober 2001 betrafen die Gedanken- und Meinungsfreiheit, den Schutz vor Folter, die Stärkung der Demokratie und der zivilen Behörden, die Freiheit und Sicherheit des Individuums, das Recht auf Privatsphäre, die Unverletzlichkeit der Wohnung, die Kommunikationsfreiheit, die freie Wohnortwahl sowie die Freizügigkeit, die Vereinigungsfreiheit und die Gleichberechtigung der Geschlechter.

Die große Herausforderung besteht nun darin, diese zahlreichen Gesetzesänderungen auch in die Praxis umzusetzen. Hier gibt es weiterhin massive Mängel, insbesondere bei der Durchsetzung des Folterverbots und, mit Blick gerade auf den kurdischen Bevölke-

rungsteil, des effektiven Minderheitenschutzes. Daher konzentriert sich die EU verstärkt darauf, zu kontrollieren, ob die türkischen Gesetze im Alltag auch die gewünschte Wirkung zeigen.

Mitte 2010 wurde die von der Europäischen Union unterstützte Verfassungsreform von den Bürgerinnen und Bürgern der Türkei im Rahmen eines Referendums gebilligt. Diese neue Verfassung bringt vor allem grundlegende Änderungen der Gerichtsbarkeit mit sich. Angehörige des Militärs müssen sich nun auch vor zivilen Gerichten für ihr Handeln verantworten. Auch die Gewerkschaften profitieren von der Verfassungsänderung, da sie nun mehr Rechte zur Beteiligung geltend machen können.



In einigen Bereichen wurden bis heute jedoch nur begrenzte Fortschritte erzielt:

- ▶ Bei der freien Meinungsäußerung und den Rechten von nicht-muslimischen Religionsgemeinschaften bedarf es noch erheblicher Bemühungen.
 - ▶ Weitere zusätzliche Anstrengungen sind erforderlich bei der Korruptionsbekämpfung, im Justizsystem, bei den Rechten für Gewerkschaften, Kinder und Frauen, bei kulturellen Rechten sowie im Bereich der zivilen Aufsicht über die Sicherheitskräfte.
 - ▶ Die neue Regierung sollte in diesen prioritären Bereichen nun unverzüglich handeln.
 - ▶ In Bezug auf die dringlichsten Themen, nämlich die freie Meinungsäußerung und die Religionsfreiheit, sollte die Regierung sofortige Schritte einleiten.
- ▶ Die terroristischen Anschläge der PKK, die auf der EU-Liste der terroristischen Vereinigungen steht, haben zugenommen. Es ist von ausschlaggebender Bedeutung, dass die Türkei und der Irak dieses Problem durch eine Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden angehen, wobei das Völkerrecht zu achten ist.
 - ▶ Die Türkei muss die ernstlichen wirtschaftlichen und sozialen Probleme im Südosten des Landes lösen. Außerdem hat die Türkei ihre Beschränkungen der direkten Verkehrsverbindungen zu Zypern aufrechterhalten.

Wirtschaft

In der Türkei wurde innerhalb von nur wenigen Jahrzehnten die fast ausschließlich bestehende Agrarökonomie in ein differenziertes Wirtschaftssystem umgewandelt. Dies entwickelt sich ständig weiter, weist aber ein starkes West-Ost-Gefälle auf. Auch heute arbeiten noch über 40% der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft und leisten damit einen Beitrag von zirka 13% zum Bruttonettoprodukt (BSP). Der infrastrukturell noch vergleichsweise unterentwickelte Osten und der Südosten sind überwiegend Agrargebiet. Diese Konzentration auf den stark ausgeprägten Agrarsektor ist einer der Hauptdiskussionspunkte im Zusammenhang mit einem möglichen EU-Beitritt des Landes. Unter den jetzigen Mitgliedstaaten wird befürchtet, dass eine Ausweitung der europäischen Agrarsubventionen auf die Türkei den finanziellen Rahmen der Gemeinschaft sprengen würde. Vor allem in der Westtürkei ist jedoch die industrielle Entwicklung schon stark ausgeprägt (Textil, Fahrzeuge, Chemie,



Maschinen, Elektrobranche), die Industrie trägt mit ca. 25% zum BSP bei.

2002 und 2003 begann die Wirtschaft sich von der einschneidenden Rezession im Jahr 2001 zu erholen. Motor des Aufschwungs waren hauptsächlich Exporte und die Wiederauffüllung der Lagerbestände. Die Inlandsnachfrage scheint seitdem wieder anzuziehen, der Inflationsdruck hat nachgelassen. Die Arbeitslosigkeit hatte weiter zugenommen. Dabei waren deutliche Unterschiede zwischen den städtischen Gebieten und dem Land festzustellen. Obwohl sich die Einkommensunterschiede auch in den letzten Jahren noch erheblich verschärft haben, konnte die Herausbildung absoluter Armut weitgehend vermieden werden.

Obwohl die neue Regierung 2002 eine breite Unterstützung der notwendigen Struktur-reformen angekündigt hatte, verlangsamte sich das wirtschaftliche Reformtempo seitdem spürbar. Ursache hierfür war in erster Linie die vorrangige Ausrichtung auf politische Reformen und die Krise im Nachbarland Irak.

Die türkischen Reformanstrengungen werden vom IWF und von der Weltbank technisch und finanziell unterstützt; die IWF- und Weltbankdarlehen machen mehr als 10% des BSP aus.

Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Türkei

Die Eingliederung in das westliche Bündnis begann für die Türkei mit der Kriegserklärung an Deutschland im Jahr 1945. Diese schuf die Voraussetzung dafür, Gründungsmitglied der UNO zu werden. Die Truman-Doktrin aus dem Jahre 1947 garantierte der Türkei und Griechenland nationale Integrität und Souveränität, die für die Sicherheit der USA von Bedeutung waren. Damit war der Weg frei für massive Militär- und Wirtschaftshilfe des Westens. Am 18. Februar 1952 stimmte das türkische Parlament mit überwältigender Mehrheit dem Beitritt in die NATO zu. Schon zuvor hatte die Türkei zu den Gründern der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa (OEEC) gehört und war im August 1949 – zusammen mit Griechenland – dem Europarat beigetreten.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Im Jahr 1964 vereinbarte die damalige Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) ein Assoziierungsabkommen mit der Türkei. Der Artikel 28 dieses Assoziierungsabkommens bot der Türkei die Perspektive einer Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft. Nach diesem Schritt gab es lange Zeit keine weitere Annäherung zwischen Europa und der Türkei. Erst im Jahr 1987 stellte die Türkei einen Antrag auf Vollmitgliedschaft, der jedoch 1990 abgelehnt wurde.

Im Dezember 1995 schloss die Europäische Union eine Zollunion mit der Türkei. Dadurch wurden alle Zölle zwischen der Türkei und der EU abgebaut und ein gemeinsamer Außenzoll bestimmt.

Die Kommission verabschiedete im März 1998 eine „Europäische Strategie für die Türkei“, die Vorschläge für die Stärkung der beiderseitigen Zusammenarbeit enthielt. Die Türkei erklärte sich ihrerseits in der „Strategie zur Entwicklung der Beziehungen zwischen der Türkei und der EU – Vorschläge der Türkei“ mit dem Text der Europäischen Kommission einverstanden.

Auf dem Europäischen Rat von Helsinki im Dezember 1999 wurde die Türkei schließlich formell als Beitrittskandidat anerkannt. Damit war ein Wendepunkt in den Beziehungen erreicht, der eine lange Phase der Eiszeit beendete. Der Vertrag über die Beitrittspartnerschaft mit der Türkei wurde schließlich während des EU-Gipfels in Nizza im Dezember 2000 unterzeichnet. Seit dem Jahr 2000 erhält die Türkei Vor-Beitritts-hilfen der Europäischen Union.

Am 19. März 2001 verabschiedete die türkische Regierung ihr nationales Programm zur Umsetzung der Beitrittspartnerschaft. Dieses Reformprogramm hat das Ziel, die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien, auf denen der Erweiterungsprozess der EU basiert, möglich zu machen. Ein EU-Generalsekretariat in der Türkei ist bereits eingerichtet worden. Die Türkei steht somit am Beginn einer fundamentalen Revision ihres gesamten politischen, ökonomischen und sozialen Systems. Trotz dieser Wiederbelebung der EU-Türkei-Beziehungen gibt es nach wie vor Probleme zwischen beiden Partnern.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Der Vorbereitungsstand der Türkei wird seit 1998 in jährlichen Fortschrittsberichten von der Europäischen Kommission aufgelistet und bewertet. Nach Einschätzung der Europäischen Kommission sind die Kopenhagener Kriterien bis auf einige Ausnahmen inzwischen erfüllt. Kritik gibt es nach wie vor in Bezug auf die Bereiche Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Auch die Anerkennung und Durchsetzung bestimmter (kultureller) Rechte für die kurdische Minderheit im Land wird noch als mangelhaft bewertet. Unter der Bedingung, dass die Türkei die aufgeführten Mängel behebt, hat die EU dem Land die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zugesagt. Diese Verhandlungen sollen jedoch ergebnisoffen geführt werden, ein Beitritt der Türkei ist somit noch keine gesicherte Angelegenheit.

Nach den Ereignissen des 11. September 2001 und dem Krieg im Irak sieht die Türkei sich selbst in ihrer geostrategisch wichtigen Rolle gestärkt. Das Land versteht sich als Brücke zwischen Europa und der islamischen Welt und als wichtiger Partner des Westens im Kampf gegen den fundamentalistischen Terrorismus. In diesem Zusammenhang ist die Kooperation mit der Türkei für die EU von elementarer Bedeutung. Auch für die USA ist die Türkei ein wichtiger Partner. Wiederholte Terroranschläge könnten zur Folge haben, dass die Türkei in Sachen EU-Beitritt in Zukunft fordernder auftreten wird als bisher.

Ebenfalls von Bedeutung für Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ist ihr Verhältnis zu Griechenland. Dies hat sich durch die Aufnahme Zyperns in die EU eher verschlechtert als verbessert. Grenzstreitigkeiten im Seegebiet sowie gegensätzliche Standpunkte bezüglich der geteilten Insel Zypern (der griechische Süden Zyperns ist 2004 als Mit-

gliedstaat der EU beigetreten, die Republik im türkisch dominierten Norden ist nur von der Türkei anerkannt und wird durch türkische Truppen unterstützt) belasten die Beziehungen. Die Annäherung der Türkei an die EU setzt allerdings eine konstruktive Haltung Ankaras in der Zypernfrage voraus. Die von der EU als Bedingung für den Beginn von Beitrittsverhandlungen geforderte türkische Anerkennung des griechischen Teils Zyperns als Staat ist bis jetzt noch nicht erfolgt. Allerdings muss auch beachtet werden, dass die von der UNO anvisierte Wiedervereinigung der Insel nicht an den türkischen Zyprioten, sondern am negativen Votum der Zyprioten gescheitert ist.



Viele Debatten um den möglichen Beitritt der Türkei sind in den letzten Jahren aus Stimmungen entstanden, die wenig mit Rationalität und Objektivität zu tun haben. Beeinflusst werden die Debatten über den EU-Beitritt der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland wie in anderen EU-Staaten von den innen- und wirtschaftspolitischen Schwierigkeiten der Mitgliedstaaten einerseits, und den Hemmnissen des politischen und wirtschaftlichen Reformprozesses in der EU andererseits. Die EU steckt in einer tiefen Krise, was ihr politisches Programm, die Festlegung von Zielen und deren Umsetzung angeht.

Diese Probleme spiegeln sich in der Diskussion über mögliche Probleme, die sich aus dem EU-Beitritt der Türkei ergeben könnten. Im Vordergrund stehen dabei die Befürchtungen,

- ▶ dass dadurch der politische und wirtschaftliche Entwicklungs- und Einigungsprozess in der EU weiter ins Stocken geraten könnte.
- ▶ dass die wirtschaftliche Förderung der Türkei die EU finanziell zu sehr belasten könnte.
- ▶ dass die kulturelle Andersartigkeit der Türkei der Durchsetzung und Festigung der europäischen Werteordnung nicht zuträglich sei.

Ein potenzielles neues Mitgliedsland, dessen demografische Entwicklung die allgemeine Tendenz schrumpfender und alternder Bevölkerungen in der EU umkehrt, das trotz beachtlichen Wirtschaftswachstums einen Anteil von 25% der Bevölkerung unter der Armutsschwelle aufweist und dessen Bevölkerung zwar deutlich die Demokratie unterstützt, sich aber trotzdem zu zwei Dritteln auch eine starke politische Führungsfigur wünscht, ist ein starker Antrieb für hitzige Debatten. Oft sind diese Debatten jedoch ideologisch besetzt und nur sehr wenig durch konkrete Zahlen, Fakten und objektive Untersuchungen gestützt.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Dennoch ist es auch möglich, einen Konsens zu erzielen – gerade dort, wo Fortschritt messbar ist, beispielsweise auf der Ebene der Wirtschaftlichkeit eines EU-Beitritts der Türkei und auf der Ebene greifbarer politischer und auch rechtlicher Reformen und Veränderungen, wie sie in der Türkei in den zurückliegenden Jahren stattgefunden haben. Für die Bundesrepublik Deutschland als wichtigstem Handelspartner der Türkei liegen die wirtschaftlichen Vorteile eines EU-Beitritts auf der Hand.

Ein ganz besonderes Problem allerdings bereitet die Debatte um eine vermeintliche europäische Identität, die sich der Türkei verschließt. Dieser Art von Werte- und Grundsatzdiskussion – so wie sie von den Mitgliedstaaten geführt wird – fehlt eine eindeutige, quasi objektive geografische, historisch-kulturelle oder politische Grundlage in den Verträgen der Europäischen Union. Für die Türkei werden zum Teil Maßstäbe angelegt, die bislang bei keinem anderen Staat für den Beitritt herangezogen wurden.

Auch in der Türkei selbst ist der EU-Beitritt mittlerweile mit Fragezeichen versehen. Hoffnungen wurden geweckt, einerseits in wirtschaftlicher Hinsicht, andererseits setzen auch ethnische und religiöse Minderheiten und Menschenrechtler auf Unterstützung aus der Europäischen Union. Es gibt jedoch auch in der Bevölkerung eine Vielzahl von Ängsten vor der „Europäischen Regierung“ in Brüssel.

Taktik

Als Vertreterin/Vertreter der Türkei verweisen Sie bei Ihrer Argumentation darauf, dass das Land für die EU eine Brücke zum Islam, den Republiken der ehemaligen Sowjetunion und zu Zentralasien darstellt. Die Berechtigung einer raschen EU-Mitgliedschaft leiten Sie von dem bereits sehr früh gestellten Beitrittsantrag ab.

Betonen Sie vor allem die sicherheitspolitischen Vorteile für die EU, die sich durch eine Mitgliedschaft der Türkei ergeben würden. Machen Sie deutlich, dass im Falle einer Ablehnung ein Wiedererstarken der nationalistischen und fundamentalistischen Kräfte in der Türkei droht, was nicht im Interesse der EU sein kann.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Zugleich müssen Sie mögliche Einwände der EU-Staaten entkräften, die eine Zunahme der Spannungen zwischen Griechenland und der Türkei fürchten und den möglichen türkischen Beitritt als erhöhtes Sicherheitsrisiko für die EU in der Mittelmeerregion einstufen. Zeigen Sie sich daher hinsichtlich einer Integration in eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der Union aufgeschlossen. Sie wissen, dass zahlreiche Mitgliedstaaten der Union sowie die Vereinigten Staaten von Amerika die Einbindung der Türkei in diesen sicherheitsrelevanten Bereich begrüßen würden.

Was den Zypern-Konflikt angeht: Bleiben Sie diplomatisch und unterstützen Sie eine in Ihrem Sinne gerechte Konfliktlösung auf Zypern (Bildung einer gleichberechtigten Konföderation und internationale Anerkennung Nordzyperns).

Sie sind zu Zugeständnissen bereit, aber auch die EU, insbesondere Griechenland und Zypern, muss auf einige Ihrer Anliegen eingehen. Sie unterstreichen, dass die Zypernfrage ein beiderseitiges Problem ist und nicht allein durch die türkische Seite gelöst werden kann. Auch im Hinblick auf die Grenzstreitigkeiten mit Griechenland suchen Sie nach einer einvernehmlichen Lösung.

Verweisen Sie auf die politische und wirtschaftliche Bedeutung der Türkei als Mittelmeeranrainer. Versuchen Sie, die anderen Mittelmeerländer (Spanien und Italien) als Befürworter Ihres Beitrittsgesuches zu gewinnen. Neben Griechenland ist das Neumitglied Bulgarien darüber hinaus sogar Ihr direkter Nachbar und möglicherweise Ihr Befürworter.

Da Sie die Einwände gegen eine baldige Mitgliedschaft kennen (mangelnde Demokratie, Situation der Kurden, viele türkische Arbeitnehmer in europäischen Staaten, besonders in Deutschland), bieten Sie Kompromisse an, um die Vollmitgliedschaft zu ermöglichen. So könnte im Falle einer Vollmitgliedschaft für eine Übergangsfrist die Freizügigkeit der Türken eingeschränkt werden, damit mögliche Ängste der EU-Partner vor zu vielen türkischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern abgebaut werden. Stellen Sie sich auch darauf ein, dass einige Mitgliedstaaten die zu großen „kulturellen Unterschiede“ zwischen der Türkei und Europa als Argument gegen einen Beitritt Ihres Landes anführen werden. Entgegenen Sie hier, dass die EU eine Wertegemeinschaft ist, die auf den Prinzipien der kulturellen Vielfalt und der Toleranz basiert, und dass gerade ein Beitritt der Türkei diesen Prinzipien Ausdruck verleihen würde.

einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Äußern Sie zudem die Sorge, dass durch eine mögliche negative Empfehlung der EU-Kommission die türkisch-europäischen Beziehungen gefährdet und fundamentalistische Strömungen gestärkt werden könnten.

Richten Sie Ihr besonderes Interesse auf die deutsche Position im Rat der Europäischen Union. Die Türkei erwartet aufgrund der allgemein engen Beziehungen zwischen beiden Ländern eine besonders aktive deutsche Unterstützung für ihre Mitgliedschaft in der EU. Deutschland ist der wichtigste Handelspartner der Türkei und tätigt hier die meisten Investitionen. In Deutschland lebt eine große türkische Minderheit, allein ca. 40.000 türkische Unternehmer tragen in unterschiedlicher Weise zur bundesdeutschen Volkswirtschaft bei und fördern z.B. Arbeitsplätze.



Die Vertreterinnen und Vertreter der Medien

Die Bedeutung der Medien in der Politik nimmt ständig zu. Beide Bereiche sind immer enger miteinander verflochten, ob über Printmedien, Fernsehen oder Internet. Die Medien stellen neben Gesetzgebung, Regierung und Rechtssprechung eine Art vierte Gewalt in einem politischen System dar. Das gilt auch für die EU.

Die Medien haben eine umfassende Berichts- und Informationsgewalt. Sie wird dadurch verstärkt, dass die politischen Institutionen von sich aus kaum informieren, wenn man von PR-Broschüren oder wenig publikumsfreundlichen Publikationen wie Gesetzes- und Amtsblättern oder der Abhaltung von Pressekonferenzen absieht.

Medien wirken durch ihre permanente Präsenz in Schrift, Bild und Ton als Bewusstseinsbildner und Bewusstseinsveränderer. Sie erfüllen damit einerseits eine wichtige Aufgabe für eine transparente Politik in einem demokratischen System. Andererseits beeinflussen die Massenmedien nicht nur direkt die Meinungen und Ansichten der Bevölkerung, sondern bestimmen indirekt auch die politische Entscheidungsfindung mit. Damit geraten die Medien zu einer quasi-politischen Größe, die – ohne vergleichbare Legitimation – den eigentlichen Akteur Politik zu ersetzen und zu verdrängen droht.

In Anlehnung an Rolf Stober: Medien als vierte Gewalt. Zur Verantwortung der Massenmedien; in: Gerhard W. Wittkämper (Hrsg.): Medien und Politik. Darmstadt 1992, S. 28.

Sehr geehrte Redakteurinnen und Redakteure, sehr geehrte Fernsehreporterinnen und Fernsehreporter!

Sie wissen, dass in den nächsten Tagen und Wochen wichtige Entscheidungen hinsichtlich der Erweiterung der Europäischen Union um neue Mitglieder getroffen werden. Sie werden für diesen Zeitraum von jeglichen anderen Verpflichtungen freigestellt und können sich vollständig diesem Thema widmen. Als Journalistin/Journalist haben Sie die Aufgabe, über Hintergründe, den Verlauf und die Ergebnisse der Verhandlungen im Rahmen des Beitrittsprozesses zu berichten. Mit Ihrer Berichterstattung und Ihren Kommentaren erfüllen Sie die wichtige Aufgabe,



die Geschehnisse sowohl für die breite Öffentlichkeit als auch für die verschiedenen am Erweiterungsprozess beteiligten Einzelakteure (Institutionen und Staaten) aufzubereiten und so für mehr Transparenz in einem demokratischen Europa zu sorgen.

Verteilen Sie in Ihrem Redaktionsteam die verschiedenen Aufgaben und legen Sie fest, wann Sie an den unterschiedlichen Entscheidungszentren präsent sein wollen. Zu Besprechungen und zum Schreiben der Artikel kehren Sie zwischendurch immer wieder an Ihren Redaktionsort zurück. Wenn möglich, sollten Sie sich in ein Zeitungs- und ein Fernsighteam mit jeweils mindestens zwei Personen aufteilen.

Seien Sie sich bewusst, dass Sie mit Ihrer Berichterstattung, Ihren Fragen und Kommentaren oder nur durch Ihre Präsenz die politischen Akteure und Entscheidungen beeinflussen können und stellen Sie sich dieser Verantwortung.

Als erfahrenen Journalisten bieten sich Ihnen verschiedene Möglichkeiten, um Informationen zu sammeln und zu verbreiten. Sie können sich z.B. verstärkt auf Formen des Boulevard- oder des seriösen Journalismus konzentrieren. Bieten Sie im Hinblick auf die unterschiedlichen Leserschichten und -wünsche für jedes Zielpublikum etwas an.

Sie sollten:

- ▶ die Akteure (Mitglieder des Europäischen Parlaments, Minister des Rates der Union, Mitglieder der Europäischen Kommission und Abgesandte der Beitrittskandidaten) interviewen;
- ▶ an Pressekonferenzen, die von den Akteuren veranstaltet werden, teilnehmen und sich im Vorfeld darauf vorbereiten, um kritische Fragen stellen zu können, die für die europäische Öffentlichkeit von Interesse sind;
- ▶ an öffentlichen Sitzungen der verschiedenen Gremien teilnehmen;
- ▶ über die Verhandlungen berichten, Hintergrundinformationen sammeln und Ihre Beiträge in einer ständig aktualisierter Wandzeitung veröffentlichen;
- ▶ versuchen, die Öffentlichkeit vor Ort (z.B. durch Umfragen am Veranstaltungsort oder in der Fußgängerzone) mit einzubeziehen.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Zum Abschluss des Planspiels sollte eine kurze (zwei bis vier Seiten umfassende) Zeitung mit dem Verlauf des Geschehens und den Ergebnissen für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer angeboten werden.

Anstelle eines Print-Journals kann auch eine Webseite eingerichtet werden.

Das Video- bzw. Fernsighteam sollte die wichtigsten Verhandlungen aufnehmen und Interviews durchführen. Zum Abschluss des Planspiels sollte dieser Film gezeigt werden können.

Möglich ist auch eine Live-Tagesschau mit aktuellen Berichterstattungen aus den Institutionen und den Beitrittskandidatenländern oder eine Talkshow mit Politikern und Vertretern aus den beitriftswilligen Staaten. Das bietet sich vor allem dann an, wenn sich der Rat zur Beschlussfassung zurückzieht und Europäisches Parlament und die Vertreter der Beitrittskandidaten auf die Entscheidung warten.

Wir wünschen Ihnen viel Erfolg bei Ihrer Arbeit!

Ihre Herausgeber

Chronologie der europäischen Integration

09. Mai 1950

Vorschlag Robert Schumanns zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)

18. April 1951

Vertragsunterzeichnung zur Gründung der EGKS (Belgien, BRD, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande > „Die Sechs“)

27. Mai 1952

„Die Sechs“ unterzeichnen den Vertrag zur Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG); dieser scheitert jedoch 1954 in der französischen Nationalversammlung

01. Januar 1958

Inkrafttreten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG)

08. April 1965

Vertrag über die Fusion der drei Europäischen Gemeinschaften EGKS, EWG und EAG (tritt am 01. Juli 1967 in Kraft)

01. Juli 1968

Verwirklichung der Zollunion, Einführung eines gemeinsamen Außenzolls

08. Oktober 1970

Werner-Plan zur stufenweisen Einführung einer Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) wird Rat und Kommission vorgelegt

22. Januar 1972

EG unterzeichnet Beitrittsverträge mit Dänemark, Großbritannien, Irland und Norwegen (Norwegen lehnt im September in einem Referendum den Beitritt ab); Erweiterung tritt am 01. Januar 1973 in Kraft

21. März 1972

Einführung der „Währungsschlange“: Wechselkurse der Währungen der EG-Mitglieder dürfen nur noch um 2,5% voneinander abweichen



19./20. Oktober 1972
Staats- und Regierungschefs beschließen in Paris den Ausbau der EG zur „Europäischen Union“ sowie einen Zeitplan für die WWU

09./10. Dezember 1974
Staats- und Regierungschefs tagen von nun an als „Europäischer Rat“

01. Juli 1977
Vollendung des Zollabbaus zwischen den neun EG-Mitgliedstaaten

06./07. Juli 1978
Europäischer Rat beschließt die Schaffung des Europäischen Währungssystems (EWS) und einer europäischen Währungseinheit

07.-10. Juni 1979
Erste Direktwahlen zum Europäischen Parlament

01. Januar 1981
Griechenland wird zehntes Mitglied der EG

14. Juni 1985
Die Kommission legt das Weißbuch zur Vollendung des Binnenmarktes vor

28./29. Juni 1985
Europäischer Rat beschließt Regierungskonferenz zur Änderung der Römischen Verträge

02./03. Dezember 1985
Mit der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) beschließt der Europäische Rat die Reform des institutionellen Systems, die Erweiterung der Gemeinschaftskompetenzen und die Schaffung eines rechtlichen Rahmens für die außenpolitische Zusammenarbeit

01. Januar 1986
Spanien und Portugal treten der EG bei, diese hat nun zwölf Mitglieder

14. April 1987
Türkei stellt Beitrittsantrag

26./27. Juni 1989
Europäischer Rat beschließt Regierungskonferenz zum Delors-Plan (Drei-Stufen-Plan zur Errichtung der WWU)

01. Juli 1990
Erste Stufe der WWU tritt in Kraft

09./10. Dezember 1991
Europäischer Rat einigt sich in Maastricht auf den Vertrag über die Europäische Union (EU)

01. Januar 1993
Verwirklichung des Binnenmarktes

01. November 1993
Vertrag von Maastricht (Vertrag über die Europäische Union/EUV) tritt in Kraft



01. Januar 1994
Zweite Stufe der WWU tritt in Kraft

01. Januar 1995
Finnland, Österreich und Schweden treten der EU bei, diese hat nun 15 Mitglieder

26. März 1995
Schengener Abkommen tritt in Kraft (Wegfall der Personenkontrollen zwischen Deutschland, Benelux, Frankreich, Spanien, Portugal)

15./16. Dezember 1995
Europäischer Rat legt den Namen „Euro“ für die künftige europäische Währung fest

29. März 1996
Eröffnung der Regierungskonferenz zur Reform der EU in Turin

16./17. Juni 1996
Abschluss der Regierungskonferenz mit dem Vertrag von Amsterdam

30. März 1998
Mit Slowenien, Polen, Ungarn, Tschechien, Estland und Zypern („Luxemburg-Gruppe“) werden Beitrittsverhandlungen aufgenommen

02. Mai 1998
Europäischer Rat legt Teilnehmer der Währungsunion fest

01. Januar 1999
WWU startet mit Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Österreich, Portugal und Spanien

24.-26. März 1999
Europäischer Rat verabschiedet „Agenda 2000“ (Festlegung des Finanzrahmens 2000-2006)

01. Mai 1999
Vertrag von Amsterdam tritt in Kraft

03./04. Juni 1999
Europäischer Rat wählt Javier Solana zum Hohen Vertreter der EU für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)

15./16. Oktober 1999
Europäischer Rat beschließt im finnischen Tampere den Aufbau eines EU-weiten Rechtsraumes sowie die Erarbeitung einer Grundrechtecharta durch ein Gremium

15. Januar 2000
Mit Bulgarien, Lettland, Litauen, Malta, Rumänien und der Slowakei („Helsinki-Gruppe“) werden Beitrittsverhandlungen aufgenommen



14. Februar 2000
Eröffnung der Regierungskonferenz 2000 zur institutionellen Reform der EU

07. Dezember 2000
Auf dem Europäischen Rat von Nizza wird die Charta der Grundrechte der EU feierlich proklamiert

07.-11. Dezember 2000
Europäischer Rat verabschiedet den Vertrag von Nizza zur Vorbereitung der EU auf zwölf neue Mitgliedstaaten, für 2004 wird eine neue Regierungskonferenz angesetzt

01. Januar 2001
Griechenland wird Mitglied der Eurozone, diese umfasst nun 12 Mitglieder

26. Februar 2001
Vertrag von Nizza wird unterzeichnet

07. Juni 2001
Iren lehnen in einem Referendum den Vertrag von Nizza ab

15./16. Juni 2001
Europäischer Rat beschließt eine Strategie für nachhaltige Entwicklung

25. Juli 2001
Kommission legt ihr Weißbuch „Europäisches Regieren“ vor

21. September 2001
Sondertagung des Europäischen Rates zu den Terroranschlägen des 11. September

14./15. Dezember 2001
Europäischer Rat von Laeken nimmt die „Erklärung zur Zukunft der EU“ an und beschließt die Einberufung eines Konvents zur Vorbereitung einer umfassenden EU-Reform

01. Januar 2002
In den Mitgliedstaaten der Eurozone wird das erste Euro-Bargeld ausgegeben

28. Februar 2002
Erste Sitzung des Konvents findet in Brüssel statt

15./16. März 2002
Europäischer Rat von Barcelona beschließt Verstärkung der Maßnahmen zur Schaffung einer wissensbasierten, wettbewerbsfähigen Wirtschaft

31. Mai 2002
Die EU ratifiziert das Kyoto-Protokoll

23. Juli 2002
Der EGKS-Vertrag läuft nach fünfzig Jahren aus



19. Oktober 2002
Iren billigen in einem zweiten Referendum den Vertrag von Nizza

28. Oktober 2002
Konvent legt Vorentwurf des Verfassungsvertrages vor

19. März 2003
Europäisches Parlament verabschiedet mit Mehrheit einen Bericht, der grünes Licht für den Beitritt von Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, der Slowakei, Slowenien, der Tschechischen Republik, Ungarn und Zypern im Jahr 2004 gibt

16. April 2003
Feierliche Unterzeichnung der Beitrittsverträge mit diesen zehn Ländern im Rahmen der informellen Tagung des Europäischen Rates in Athen

18. Juli 2003
Konvent legt abschließenden Verfassungstext vor

4. Oktober 2003
Beginn der Regierungskonferenz zum Konventsentwurf

26. März 2004
Einigung der Staats- und Regierungschefs über den Text der Europäischen Verfassung

01. Mai 2004
Erweiterung der Europäischen Union um 10 neue Staaten

12./13. Dezember 2004
Beschluss zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei

29. Mai 2005
Die Verfassung wird in Frankreich per Referendum abgelehnt

03. Oktober 2005
Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei

01. Januar 2007
Erweiterung der EU um Bulgarien und Rumänien

01. Dezember 2009
Der Vertrag von Lissabon tritt in Kraft

1. Juli 2013
Kroatien ist 28. Mitgliedstaat

Friedensabkommen von Dayton

Der Dayton-Vertrag (auch Dayton-Friedensabkommen genannt) beendete 1995 nach dreieinhalb Jahren den Krieg in Bosnien und Herzegowina und Kroatien. Der Vertrag wurde unter Vermittlung der USA mit Beteiligung der Europäischen Union und unter der Leitung des damaligen US-Präsidenten Bill Clinton am 21. November 1995 in Dayton, Ohio, paraphiert und am 14. Dezember 1995 in Paris unterzeichnet. Die Unterzeichner waren der serbische Präsident Slobodan Milošević, der kroatische Präsident Franjo Tuđman und der bosnisch-herzegowinische Präsident Alija Izetbegović.

Vorgeschichte und Verhandlungen

Die Initiative für die Verhandlungen zur Beilegung des Krieges in Bosnien ging von den USA aus. Medienberichte von den grausamen Kämpfen auf dem Balkan hatten einen erheblichen öffentlichen Druck ausgelöst, der sich darin niederschlug, dass die Regierung Bill Clinton gegenüber den Konfliktparteien massiven diplomatischen Zwang ausübte, Verhandlungen zu beginnen.

Die Verhandlungen wurden am 1. November 1995 aufgenommen und fanden unter den Bedingungen strenger Klausur statt. Die amerikanische Seite zwang die drei Präsidenten zu ununterbrochenen dreiwöchigen Verhandlungen, während derer der Kontakt zur

Außenwelt weitgehend unterbunden war. Vor allem ging es in dieser Zeit um die zukünftige Grenzziehung in Bosnien.

Am 10. November 1995 unterzeichneten Vertreter der Republik Bosnien und Herzegowina und der bosnisch-kroatischen Föderation das Abkommen von Dayton über die Implementierung der Föderation Bosnien und Herzegowina mit einer Übereinkunft über die Übergangsverwaltung für die Stadt Mostar.



Am 12. November 1995 unterzeichneten Kroaten und bosnische Serben der Republik Serbische Krajina ein Grundsatzabkommen über die Region Ostslawonien, die Baranja und West-Sirmium, das für die weiteren Verhandlungen zum Friedensabkommen von großer Bedeutung war.

Ergebnis des Abkommens

Am 21. November 1995 konnte die Paraphierung des Vertrages erfolgreich abgeschlossen werden. Am 22. November 1995 wurden durch zwei Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen das Waffenembargo und die Aussetzung der Wirtschaftssanktionen gegen Jugoslawien angekündigt. Die Umsetzung erfolgte allerdings erst im Juni bzw. Oktober 1996. Am 8. und 9. Dezember 1995 kam es im Anschluss an die Verhandlungen zum Dayton-Abkommen in London, Großbritannien, zu einer Implementierungskonferenz unter der Leitung des Hohen Repräsen-

tanten für den Wiederaufbau Carl Bildt aus Schweden. Am 14. Dezember 1995 wurde dann das Friedensabkommen von Dayton in Paris (Frankreich) formell unterzeichnet und trat sofort in Kraft.

Die wichtigsten Inhalte des Dayton-Vertrages

- ▶ Bosnien und Herzegowina, das sich 1992 für unabhängig von Jugoslawien erklärt hat, bleibt als souveräner und ungeteilter Staat in den international anerkannten Grenzen bestehen.
- ▶ Sarajevo bleibt Hauptstadt von Bosnien und Herzegowina.
- ▶ Bosnien und Herzegowina wird von Kroatien und von der Bundesrepublik Jugoslawien anerkannt.

- ▶ Bosnien und Herzegowina, so der neue Name, setzt sich aus zwei Teilrepubliken zusammen: der Republika Srpska (Serbische Republik) mit 49% und der (bosniakisch-kroatischen) Föderation von Bosnien und Herzegowina mit 51% des Territoriums.
- ▶ Über die Zugehörigkeit des Brčko-Distrikts zu einer der beiden Teilrepubliken soll erst später entschieden werden. (In der Zwischenzeit ist diese Entscheidung dahingehend gefallen, dass Brčko ein Kondominium zwischen beiden Teilrepubliken ist, tatsächlich untersteht der Distrikt jedoch der Zentralregierung bei lokaler Selbstverwaltung.)



Das Abkommen verlangt die völlige Bewegungsfreiheit der Bewohner und gewährt den Flüchtlingen und Vertriebenen das Recht auf Rückkehr in ihre ursprünglichen Wohnorte. Die neue Verfassung sieht Demokratie und Marktwirtschaft vor und setzt fünf gesamtstaatliche Institutionen ein: das Zwei-Kammer-Parlament, das Präsidium, den Ministerrat, das Verfassungsgericht und die Zentralbank. Die Staatsebene erhält nur wenige Kompetenzen: Außen- und Außenhandelspolitik, Zoll- und Geldpolitik, Einwanderungsfragen sowie weniger bedeutende Bereiche wie die Kontrolle des Luftverkehrs. Die Macht der Teilrepubliken umfasst alle Bereiche, die die Verfassung nicht den Zentralinstitutionen zuordnet. Die Zuständigkeit für die in Dayton noch den Teilstaaten überlassene Verteidigungspolitik ist seit 2005 schrittweise auf den Gesamtstaat übergegangen.

Im militärischen Teil des Friedensabkommens (Annex 1A) vereinbarten die Konfliktparteien, einander keine Gewalt mehr anzudrohen oder gegeneinander anzuwenden. Heute überwacht und sichert dies eine europäische Friedenstruppe (EUFOR). Sie übernahm diese Aufgabe von der der NATO unterstehenden Schutztruppe (erst ab Dezember 1995 IFOR im Rahmen der Operation Joint Endeavour und als Ersatz für die UNPROFOR, später SFOR). Außerdem wurde nach Annex 11 die Errichtung einer internationalen Polizeitruppe (IPTF) mit einer Sollstärke von 1.700 Mann vereinbart.

Kopenhagener Kriterien

Für einen Beitritt zur Europäischen Union haben die Staats- und Regierungschefs der EU 1993 bei ihrem Treffen in Kopenhagen drei Voraussetzungen formuliert. Diese so genannten „Kopenhagener Kriterien“ müssen alle Staaten erfüllen, die der EU beitreten wollen:

- ▶ Das „politische Kriterium“: Institutionelle Stabilität, demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, Wahrung der Menschenrechte sowie Achtung und Schutz von Minderheiten.
- ▶ Das „wirtschaftliche Kriterium“: Eine funktionsfähige Marktwirtschaft und die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck innerhalb des EU-Binnenmarktes standzuhalten.
- ▶ Das „Acquis-Kriterium“: Die Fähigkeit, sich die aus einer EU-Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen und Ziele zu Eigen zu machen, das heißt: Übernahme des gesamten gemeinschaftlichen Rechts und des „gemeinschaftlichen Besitzstandes“ (Acquis communautaire).

Die Bedingungen für die Beitritte werden grundsätzlich in Abkommen festgelegt. Diese Beitrittsabkommen werden zwischen der Union und den Beitrittskandidaten kapitelweise ausgehandelt. Derzeit sind dies 35 Kapitel, die alle Rechtsbereiche umfassen. Bestandteil der Abkommen sind meist Übergangsregelungen, um den Beitritt eines Landes für beide Seiten verträglich zu gestalten. Diese Verhandlungen dauern normalerweise mehrere Jahre.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Die EU-Kommission legt jährlich so genannte Fortschrittsberichte vor. Darin werden der Stand der Verhandlungen und die Entwicklung des Beitrittskandidaten in Bezug auf die Anpassung an die EU-Anforderungen beschrieben.

Das Europäische Parlament muss zunächst den Beitrittsabkommen mit der absoluten Mehrheit seiner Mitglieder zustimmen. Danach muss der Rat einstimmig seine Zustimmung geben. Die Unterzeichnung der Abkommen obliegt dann den Staats- und Regierungschefs der EU und der Beitrittsländer. Jedes Beitrittsabkommen muss als völkerrechtlicher Vertrag von den EU-Mitgliedstaaten und den Beitrittsländern gemäß den jeweiligen verfassungsrechtlichen Vorschriften ratifiziert werden.

Mit der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden ist das Beitrittsverfahren abgeschlossen, und die Abkommen treten in Kraft. Die Beitrittsländer werden dann zu Mitgliedstaaten.

einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Aufnahmegesuch

Ministerium des Auswärtigen

Beitritts-gesuch an die Europäische Union

Hiermit erklären wir feierlich die Beweggründe für unseren Antrag, Mitglied der Europäischen Union zu werden.

Gründe:



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

Aufnahmevertrag

Europäische Kommission, Brüssel
Vereinbarungen über den Beitritt zur EUROPÄISCHEN UNION

Die Vertreterinnen und Vertreter von

haben beschlossen, dass

_____ zum

in die Europäische Union aufgenommen wird.



einleitung	szenario	kommission	rat	parlament	bewerber	medien	materialien
------------	----------	------------	-----	-----------	----------	--------	-------------

.....

Folgende Bedingungen des Beitritts wurden vereinbart:

§ 1

§ 2

§ 3

§ 4

Brüssel, den

Unterschrift des/der Bevollmächtigten der Ratspräsidentschaft

Unterschrift des Beitrittskandidaten

